

Stephanie Pigorsch

PARTIZIPATION UND SOZIALE AUSSCHLIEßUNG

Eine Ethnografie im Kontext
von Gemeinwesenarbeit

[transcript]

Gesellschaft der Unterschiede

Stephanie Pigorsch
Partizipation und soziale Ausschließung

Stephanie Pigorsch (Dr. phil.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich soziale Literatur am Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI, Berlin). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Partizipation, Differenz und soziale Ausschließung als Schlüsselthemen Sozialer Arbeit, Gemeinwesenarbeit und sozialraumbezogene Handlungsfelder, historische Entwicklungslinien und Informationsinfrastrukturen Sozialer Arbeit sowie qualitativ-rekonstruktive Forschungszugänge.

Stephanie Pigorsch

Partizipation und soziale Ausschließung

Eine Ethnografie im Kontext von Gemeinwesenarbeit

[transcript]

Originaltitel der Inauguraldissertationsschrift: »Partizipation und soziale Ausschließung in der Sozialen Arbeit. Eine Ethnographie von Situationen veranstalteter Partizipation im Kontext von Gemeinwesenarbeit«.

Datum der Disputation: 20.02.2024.

Fachbereich Erziehungswissenschaften, Goethe Universität Frankfurt am Main.

D.30

Gutachter: Prof. Dr. Andreas Walther, Prof. Dr. Michael May.

Die Open-Access-Publikation dieses Buches wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Goethe-Universität Frankfurt am Main unterstützt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2025 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Stephanie Pigorsch**

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839474952>

Print-ISBN: 978-3-8376-7495-8

PDF-ISBN: 978-3-8394-7495-2

Buchreihen-ISSN: 2702-9271

Buchreihen-eISSN: 2702-928X

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
Dank	13
1 Einleitung	15
2 Zum Begriff der Partizipation	21
2.1 Vielfalt der Diskurse zu Partizipation	21
2.2 Politik und Partizipation	23
2.3 Stadtplanung und Partizipation	42
2.4 Pädagogik und Partizipation	47
2.5 Soziale Arbeit und Partizipation	52
3 Gemeinwesenarbeit zwischen Konfliktorientierung und Intermedialität	59
3.1 Das Verhältnis von GWA und Politik zwischen kritischer und affirmativ-integrativer GWA	60
3.2 Aktuelle Spannungsfelder der GWA	65
3.3 GWA und Partizipation	67
4 Forschungsstand zu sozialer Ausschließung im Kontext politischer Partizipation und Engagement	69
4.1 Zur sozialen Selektivität in Partizipation und Engagement	69
4.2 Soziale Ausschließung im Kontext Partizipation und Engagement	73
5 Method(olog)ischer Zugang und Forschungsdesign	81
5.1 Praxis zwischen Wiederholung und Transformation	81
5.2 Diskurs als Praxis	88
5.3 Machttheoretische Sensibilisierung	93
5.4 Zur Wissensproduktion ethnografischer Forschung	106

5.5	Zur Situationsanalyse als Grounded Theory nach dem postmodern turn.....	114
5.6	Heuristik und Forschungsfragen zu sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation	128
6	Forschungsprozess	131
6.1	Feldzugang und Sampling	131
6.2	Auswertung	134
6.3	Forschungsethik	135
7	Metabetrachtungen von Situationen veranstalteter Partizipation	137
7.1	Situationen veranstalteter Partizipation als Konfliktarena	140
7.2	Zur Ergebnisdarstellung	143
8	Materialität von Situationen veranstalteter Partizipation	145
8.1	Raum und Wirkung/Raumgestaltung	146
8.2	Zwischen Methode, Materialschlacht und Techniktools	157
8.3	Zur Materialität der Moderationsmethode	170
8.4	Dokumentation gleich mitgedacht	182
9	<i>Doing competence</i>	185
9.1	Die Anrufung als kompetentes Subjekt	186
9.2	<i>Doing difference</i> durch die Moderation	189
9.3	Der »Super-Bürger«	193
9.4	<i>Doing competence</i> bei Konflikten: »Wir sind doch alle erwachsene Menschen«	197
9.5	<i>Doing (in)competence</i> in intermediären Formaten	200
10	Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn	203
10.1	Teilnahme zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung	203
10.2	Bearbeitungsweisen der Situation durch die Alltagsakteur_innen	204
10.3	Nicht Kommen.....	207
10.4	Räumlich Distanzieren	209
10.5	Widerständiges Sitzen	211
10.6	Eigensinniges Raumgreifen	216
10.7	Sich-lustig-Machen	218
10.8	Artikulierter Einspruch von Einzelnen	222
10.9	Widerstand kollektiver Akteur_innen	228
10.10	Gehen und nicht Wiederkommen.....	241
11	Zur Rolle der Sozialen Arbeit	245
11.1	Nicht Mitspielen	245
11.2	Bespielen	253

11.3	Mitspielen und Kaputtgespielt-Werden	281
11.4	Zu den unterschiedlichen Partizipationsverständnissen von Planung und kritischer GWA	284
12	Zusammenfassung und Fazit	291
Literatur		299

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Spannungsverhältnisse des Partizipationsbegriffs I	22
Abbildung 2:	Spannungsverhältnisse des Partizipationsbegriffs II	29
Abbildung 3:	Typologie von Formen politischer Partizipation	31
Abbildung 4:	Formen und Richtungen von Partizipation	32
Abbildung 5:	Stufenleiter der Partizipation	34
Abbildung 6:	Clarkes Situationsmatrix	120
Abbildung 7:	Ungeordnete Situations-Map »Die Situation veranstalteter Partizipation« ..	122
Abbildung 8:	Exemplarische Map von Sozialen Welten und Arenen: »Aushandlungen in einer Situation veranstalteter Partizipation«	125
Abbildung 9:	Abstrakte Positions-Map	126
Abbildung 10:	Heuristik der Forschung in Situationen veranstalteter Partizipation	129
Abbildung 11:	Der iterative Forschungsprozess der Grounded Theory Methodologie	135
Abbildung 12:	Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Affirmation und Widerstand	205
Abbildung 13:	Praktiken der Alltagsakteur_innen zwischen Passung, Widerstand und Eigensinn	207
Abbildung 14:	Diskursverlauf »Wut« im Themenraum »Ordnung«	257
Abbildung 15:	Diskursverlauf »Dialog« im Themenraum »Ordnung«	262
Abbildung 16:	Diskursverlauf »AG Kooperation« im Themenraum »Ordnung«	265

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vergleich des normativen und instrumentellen Partizipationsverständnisses.....	27
Tabelle 2:	geordnete Situations-Map »Die Situation veranstalteter Partizipation«	123
Tabelle 3:	Sample der Forschung	132
Tabelle 4:	Spannungsverhältnisse unterschiedlicher Partizipationsverständnisse	286

Dank

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um meine Dissertationsschrift, mit der ich an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. im Fachbereich Erziehungswissenschaften promoviert wurde.

Eine Dissertation zu schreiben, ist ohne Unterstützung nur sehr schwer vorstellbar, insbesondere für jene, die sich erst im Laufe der Zeit in der Wissenschaft sozialisieren, die intensiv in Care-Arbeit eingebunden sind und/oder nebenberuflich promovieren. Mein erster Dank geht an Prof. Dr. Michael May, der mein Forschungsinteresse von Anbeginn an gefördert hat und mich mittlerweile viele Jahre in meinem akademischen Werdegang begleitet. Ich danke Prof.in Dr.in Gudrun Perko für die solidarische Bestärkung und das stete Aufzeigen von Möglichkeiten, handlungsfähig zu bleiben. Prof. Dr. Andreas Walther möchte ich danken für die wertschätzende Unterstützung meines Promotionsprozesses.

Ich bin dankbar, dass mich die Fachhochschule Potsdam über vier Jahre mit einem Promotionsstipendium gefördert hat, welches mir ermöglichte, mich auf meine Dissertation zu konzentrieren. Auch Prof.in Dr.in Monika Alisch und Prof.in Dr.in Martina Ritter bin ich für ihre Begleitung und der Hochschule Fulda insgesamt für das Stipendium zur Vorbereitung einer Promotion zu großem Dank verpflichtet. Mithilfe der finanziellen Förderung durch den Publikationsfonds der Universitätsbibliothek der Goethe-Universität Frankfurt a.M. kann meine Dissertation im Open-Access veröffentlicht werden: Besten Dank dafür!

Diese ethnografische Arbeit hat einige Jahre intensiven Arbeitens in Anspruch genommen. Ohne eine ermutigende und verständnisvolle Familie wäre das niemals möglich gewesen. Ich danke daher in ganz besonderer Weise Step, Artur und Tammo sowie Helga für deren jederzeit bedingungslose Unterstützung. Bylle gilt größter Dank für das sorgfältige Auge bei der Korrektur.

Viele Menschen haben mich seit Beginn der Arbeit an der Dissertation kollegial und freundschaftlich begleitet, inspiriert und produktiv irritiert. Neben weiteren Wegbegleiter_innen möchte ich namentlich Jasmin Bempreisz-Luthardt, Julia Brielmaier, Britta Klose, Falko Müller, Joseph Rothmaler, Katrin Rubel, David Scheller, Marcel Schmidt und Andrea Schneider für intensive Diskussionen zu zweit, im Rahmen von Workshops und Kolloquien, via Skype, zoom und Co. sowie bei dem ei-

nen oder anderen Kaltgetränk danken. Nicht zuletzt danke ich Julia Zeyn, die meine Arbeit durch gemeinsame »Schreiburlaube« nicht nur genau kennt und wertschätzt, sondern mich so auch in meinem persönlichen Prozess auf besondere Weise begleitet hat.

Zu guter Letzt: Vielen Dank an meine Mitstreiter_innen beim mitMachen e.V. in Potsdam, denen die Frage nach der Partizipation auch nicht aus dem Kopf geht.

1 Einleitung

Die Frage nach der Partizipation von Bewohner_innen an der Gestaltung ihres Stadtteils und am nachbarschaftlichen Zusammenleben oder die Aktivierung einer spezifischen Bevölkerungsgruppe, sich für ihre Interessen einzusetzen, ist meist nicht ohne Soziale Arbeit vor Ort zu beantworten. Ob als Türöffnerin für partizipative Stadtplanungsprozesse, als Mitorganisatorin von Stadtteilforen, als Initiatorin nachbarschaftlichen Engagements oder als professionelle Akteurin, die stellvertretend für die Belange ihrer Adressat_innen an Partizipationsveranstaltungen teilnimmt – sozialraumbezogene Soziale Arbeit ist mit dem Thema Partizipation verschiedentlich verbunden. Als Praktikerin aus dem Bereich sozialraumbezogener, politischer Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit habe ich über viele Jahre hinweg »Partizipationspraxis« betrieben, habe Veranstaltungen organisiert, in denen Jugendliche und Kommunalpolitik zusammengebracht wurden, mit Planungsakteur_innen Planungswerkstätten ausgerichtet, Bewohner_innen zur Artikulation und Repräsentation ihrer Interessen verholfen. Häufig bin ich an meine fachlichen Grenzen gestoßen und mit zunehmender Erfahrung wuchs mein Unbehagen, weil mit der Praxis bisweilen nur wenig Gebrauchswert für die Adressat_innen einherzugehen schien. Dies zeigte sich nicht zuletzt an der Schwierigkeit, viele und vor allem vielfältige Teilnehmende zu gewinnen. Auch wurden vereinbarte Ergebnisse und Forderungen nicht umgesetzt oder die Formate waren methodisch hochschwierig, dass es sich selbst für die professionell involvierten Akteur_innen eher wie eine Kraftübung anfühlte. Dennoch erschien diffus, was das Unbehagen genau auslöste. Aus dem berufsbiografisch erlebten Unbehagen als Sozialarbeiterin, das ich mit Kolleg_innen teilte, erwuchs über die Zeit der Wunsch, sich diesem im Rahmen von Forschung analytisch zu nähern: Woran liegt es, dass Adressat_innen Sozialer Arbeit als partizipativ antizipierte Settings nicht für ihre Repräsentation nutzen, diese wieder verlassen oder gar nicht erst erscheinen? Dazu genügte es nicht, Expert_innen zu befragen oder Fragebögen auszuteilen. Ich wollte mich nochmals in einer anderen als einer beruflichen Position in die Situationen begeben, um herauszufinden, was dort vor sich geht. Im Fokus dieser Forschung steht damit nicht *die* Partizipation in einem allumfassenden Sinne. Zur Reduzierung von Komplexität und Fokussierung auf einen spezifischen Gegenstand werden

empirisch ausschließlich sog. Situationen veranstalteter Partizipation im Kontext sozialraumbezogener Sozialer Arbeit betrachtet. Damit gemeint sind Formate und Veranstaltungen, welche die Organisator_innen als partizipativ, als Beteiligungsprozess oder als Format zur Förderung stadtteilbezogenen Engagements bezeichnen würden.

Partizipation ist in der Disziplin Soziale Arbeit breit verankert. Programmatische Arbeiten verweisen auf die Rolle Sozialer Arbeit als Impulsgeberin für eine demokratischere und sozial gerechtere Gesellschaft sowie als Schlüsselakteurin bei der Partizipation und Selbstorganisation ihrer Adressat_innen. Damit reihen sich die Diskussionen zu Partizipation in der Sozialen Arbeit ein in den Partizipationstrend der letzten gut zwanzig Jahre, der weit über Disziplin und Profession Sozialer Arbeit hinausreicht und etwa in der Politikwissenschaft, der Planung und Pädagogik zu einer Ausweitung und Diversifizierung von Partizipationsdiskursen und -praxen geführt hat. Partizipation – oder auch Beteiligung, Mitwirkung, Mitbestimmung und Teilhabe – ist ein Schlüsselbegriff (nicht nur) der Sozialen Arbeit. Dabei besitzt er Unschärfen und scheint begrifflich zu diffundieren, je nachdem, von welchem Standort man ihn betrachtet. Aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit, die sensibilisiert ist für machtförmige Schließungsprozesse und die Ungleichverteilung gesellschaftlich erzeugter Ressourcen wird die Frage virulent, welche Implikationen mit dem Partizipationsbegriff (bzw. den Partizipationsbegriffen) und damit einhergehender Praxis verbunden sind und wofür sie jeweils produktiv gemacht werden. Partizipation ist nicht gleich Partizipation. Im Ansinnen, eine Soziale Arbeit zu realisieren, die in erster Linie für ihre Adressat_innen gebrauchswerthaltig ist, scheint es angesichts anhaltender gesellschaftlich ungleich verteilter Teilhabe dringlich, sich dem normativ aufgeladenen Partizipationsbegriff multiperspektivisch zu nähern, um diesen zu fassen und schließlich spezifisch kritisch abzugrenzen.

Diese Arbeit schlägt einen weiten Bogen in einem interdisziplinären und multiprofessionellen Terrain – von disziplinär unterschiedlichen Begriffsverständnissen über die Frage, wer teilnimmt bzw. teilhat an Partizipation und wer ausgeschlossen wird, bis hin zur Darstellung der gegenstandsangemessenen diskurs- und machtanalytisch informierten Methodologie und einer ethnografisch angelegten Forschung, die das »Machen« von Situationen veranstalteter Partizipation *in situ* und *in actu* einfängt. Die vorliegende Arbeit möchte ein Desiderat in der Forschung Sozialer Arbeit, insbesondere der Sozialraum- und Gemeinwesenarbeitsforschung schließen, mittels derer keine Programmatik von Partizipation geprüft und verbessert wird, sondern welche die Vollzugspraxis von Situationen veranstalteter Partizipation vor der Folie immanenter Prozesse sozialer Ausschließung in den Blick nimmt. Damit einher geht die Verortung in der (Nicht-)Nutzungsforschung Sozialer Arbeit, die mittels eines kritischen Partizipationsverständnisses *from be-*

low die Praktiken alltäglicher Reproduktion der Adressat_innen Sozialer Arbeit hochhält und gegenüber Enteignungen des Subjekts verteidigt.

In Situationen veranstalteter Partizipation, wie etwa Nachbarschaftsforen oder Stadtplanungsprozessen, kommen neben Bewohner_innen und interessierten Teilnehmenden auch Akteur_innen aus unterschiedlichen Professionen zusammen. Davon ausgehend, dass jede Profession über eine eigene Wissensbasis zum Thema Partizipation verfügt, die sich durch disziplinäre Logiken und Zielrichtungen von anderen unterscheidet, ist es zunächst Anliegen, den Begriff der Partizipation in seiner Vielfalt – hier aus den Perspektiven Politik, Stadtplanung, Pädagogik und Soziale Arbeit – einzufangen (Kapitel 2 »Zum Begriff der Partizipation«). Dabei wird deutlich, wie unterschiedlich die Zielrichtungen und die Umsetzung von als partizipativ intendierter Praxis je nach Wissenskörper ist. Das Kapitel schließt mit einem kritischen Partizipationsbegriff Sozialer Arbeit (2.5.4), der für diese Arbeit grundgelegt wird.

In der Gemeinwesenarbeit (GWA) als sozialraumbezogenem Handlungsfeld Sozialer Arbeit ist man mit der Vielfalt von Praxis veranstalteter Partizipation im Besonderen tangiert. Im Ansinnen, die Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten ihrer Adressat_innen in häufig marginalisierten Lebenslagen gemeinsam mit ihnen zu verbessern, hat GWA auch einen politischen Auftrag, den sie u.a. mittels der Organisation und Unterstützung partizipativer Settings im Stadtteil erfüllt. In Kapitel 3 »Gemeinwesenarbeit zwischen Konfliktorientierung und Intermediarität« wird die Bandbreite der GWA-Diskussion zur eigenen Rolle zwischen den Polen einer kritisch-emanzipatorischen Praxis und einer vermittelnden Scharnierfunktion nachgezeichnet.

Dass Partizipationspraxis von sozialer Selektivität gekennzeichnet ist, ist weithin bekannt: zahlreiche Forschungen insbesondere im Bereich politischer Partizipation belegen dies. Im Kapitel 4 »Forschungsstand zu sozialer Ausschließung im Kontext politischer Partizipation und Engagement« wird zunächst ein Überblick über statistische Forschungsergebnisse geboten. Daraufhin wird eine kritische Ausrichtung verfolgt und es werden Studien vorgestellt, die nach sozialer Ausschließung im Kontext von Partizipation und Engagement fragen. Diese insbesondere qualitativ ausgerichteten Forschungsarbeiten verweisen u.a. auf institutionelle Strukturen, die der Partizipation marginalisierter Gruppen im Wege stehen.

Daraufhin wird in Kapitel 5 »Method(olog)ischer Zugang und Forschungsdesign« der eigene Forschungszugang dargestellt. Entlang einer praxistheoretischen Grundlegung, die für den Diskurs *als* Praxis geöffnet wird, werden macht- und hegemonietheoretische Sensibilisierungen angelegt, die es ermöglichen, gesellschaftlich ungleich verteilte Macht als den Situationen nicht äußerlich einzufangen und das Subjekt gleichsam als eigensinnig und potenziell widerständig zu rahmen. Dabei wird in der Arbeit mit zwei Subjektbegriffen im Sinne unterschiedlicher analy-

tischer Perspektiven operiert: Einerseits mit einem auf Handlungsfähigkeit rekurrierenden Begriff von Subjektivität im Sinne eines Agens menschlicher Praxis, das Wirkungen und Wirklichkeit erzeugt (bezeichnet als Praxissubjekt), und auf der anderen Seite mit einem Subjektbegriff, verstanden als Effekt einer bestimmten Anrufungspraxis (bezeichnet als Anrufungssubjekt). Das Auseinanderhalten dieser Perspektiven ermöglicht, deren Spannungsverhältnis zu untersuchen. Das Verstehen sozialer, materieller (diskursiver) Praxis wird in der vorliegenden Forschung mittels eines ethnografischen Zugangs ermöglicht. Eine diskursanalytische Sensibilisierung der Ethnografie erlaubt, nicht nur die Vollzüge der Praxis, also das *Wie*, einzufangen, sondern auch die Perspektive, wofür die Praktiken produktiv sind, als das machtförmige *Wozu*. Schließlich wird der methodologische Zugang vervollständigt, indem geklärt wird, wie das empirische Material eingefangen und prozessiert wird: die Situationsanalyse stellt sich der Herausforderung, diskursanalytische Elemente in die Analyse einzubeziehen. Für die vorliegende Arbeit ist es mit der Situationsanalyse möglich, den Blick auf die komplexe Situation veranstalteter Partizipation zu dezentrieren und Praxis als Zusammenspiel unterschiedlich positionierter Akteur_innen, die mit materiellen und diskursiven Elementen verbunden sind, analytisch einzufangen. Im Abschnitt 5.6 »Heuristik und Forschungsfragen zu sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation« werden schließlich die Blickrichtungen der Erkenntnisgewinnung beleuchtet, die sich gemäß dem iterativen Vorgehen erst im Laufe des Forschungsprozesses konturiert haben. Diese sind: die Effekte räumlicher und materieller Formatierungen, die Bearbeitungen des Subjekts (*doing competence*), widerständige und eigensinnige Praktiken sowie die Rolle der Sozialen Arbeit. Entlang dieser Heuristik können die Forschungsfragen beantwortet werden: Wie ist die Situation materiell inszeniert? Wie wird das Subjekt zur Teilnahme angerufen und wie wird Kompetenz konstruiert? Wie zeigen sich Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen¹ in der Situation? Und schließlich: Welche Praktiken bringen Akteur_innen der Sozialen Arbeit hervor?

Im Kapitel 6 wird der Forschungsprozess skizziert. Neben Feldzugang und Sampling wird ein Überblick über die Situationen gegeben, die der Analyse als empirischem Material zugrunde liegen. Ausführungen zum Auswertungsprozess und zur Forschungsethik schließen den theoretischen Teil ab.

Der empirische Teil wird in Kapitel 7 »Metabetrachtungen von Situationen veranstalteter Partizipation« mit verdichteten Charakterisierungen der untersuchten Situationen eingeleitet. Sie werden als soziale Konfliktarenen konturiert, in denen um Artikulation, Ressourcen und soziale Positionierungen gerungen wird. So wird auf die dann folgende multiperspektivische Betrachtung vorbereitet, in

1 In der Arbeit wird der Begriff der Alltagsakteur_innen im Anschluss an Kerstin Herzog und die Forschungsperspektive *from below* verwendet, »um die Alltagsperspektive gegenüber der institutionell geprägten Perspektive zu betonen« (Herzog 2015: 11).

der die machtförmigen, mit institutionellen Arrangements verknüpften Praktiken professionell involvierter Akteur_innen im Zusammenspiel mit den Praktiken der Alltagsakteur_innen eingefangen werden.

Die Ergebnisse werden in den folgenden Kapiteln entlang der Heuristik dieser Arbeit dargestellt. So werden Fragen nach der Raumgestaltung, dem Methodeneinsatz, der Nutzung technischer Mittel sowie im Besonderen nach den Implikationen der Moderationsmethode im Kapitel 8 »Materialität von Situationen veranstalteter Partizipation« betrachtet. Es zeigt sich die materielle Vermitteltheit sozialer Ausschliefung. Daraufhin stehen im Kapitel 9 »*Doing competence*« die Praktiken der machtförmigen Hervorbringung von Unterscheidungen zwischen »guter« und »schlechter« Teilnahme in Situationen veranstalteter Partizipation im Fokus. Das Kapitel 10 »Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn« stellt die Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung in den Fokus. Es zeigt, wie diskursive Praktiken subalternen Akteur_innen unsichtbar werden, während professionalisierte Akteur_innen Praktiken der Repräsentation wirksamer aufführen können. Schließlich werden in Kapitel 11 »Zur Rolle der Sozialen Arbeit« die Praktiken der Akteur_innen Sozialer Arbeit aus GWA, aufsuchender Sozialer Arbeit und Jugendarbeit fokussiert. Deren heterogene Bearbeitungsweisen zwischen Affirmation, Entziehen und Kritik verdeutlichen, wie Akteur_innen Sozialer Arbeit in die Reproduktion sozialer Ausschliefung eingebunden sind. Die Darstellung mündet in der Ausarbeitung der Spannungsverhältnisse zwischen fachlicher Kritik an Situationen veranstalteter Partizipation bei gleichzeitiger Einbindung in lokale Abhängigkeitsverhältnisse. Abschließend werden die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse von Planung/Verwaltung einerseits und (kritischer) GWA andererseits zum Zwecke der Bildung einer kritischen Argumentationsbasis für die GWA gegenübergestellt und verdichtet.

Im Kapitel 12 »Zusammenfassung und Fazit« werden die Erkenntnisse der Arbeit gebündelt, an Diskurse rückgebunden und Anschlüsse an weitere Forschungen sowie die Praxis hergestellt.

2 Zum Begriff der Partizipation

2.1 Vielfalt der Diskurse zu Partizipation

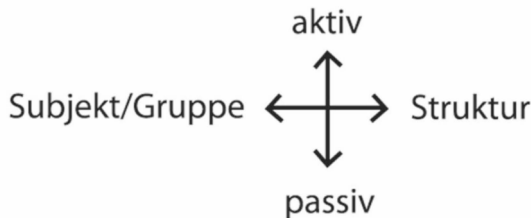
Die Frage der (politischen) Partizipation wird zentral in den politikwissenschaftlichen Diskursen thematisiert, aber prinzipiell stellt sie sich in allen gesellschaftsrelevanten Bereichen von Wissenschaft und Praxis. Im Zuge vermehrter Demokratisierungsansprüche seit den 1970er Jahren wurden Forderungen nach demokratischer Teilhabe bei Entscheidungsprozessen in den unterschiedlichsten Institutionen von der Politik über Bildung bis hin zur Jugend- und Gemeinwesenarbeit immer lauter. Die Gestaltung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen sollte ohne die programmatische Betonung von Partizipation nicht mehr auskommen. Mittlerweile nimmt Partizipation »als Form der Sicherung von demokratischen Prozessen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, als Kriterium für Transparenz sowie als Weg zu mehr Gerechtigkeit in Machtverhältnissen einen zentralen Stellenwert« ein (Betz/Gaiser/Pluto 2010: 2).

Doch was heißt Partizipation genau? Es ist herausforderungsvoll, diskursive Felder und Forschungsergebnisse über ein so heterogenes und vielschichtiges Themenfeld wie das der Partizipation zusammenzustellen. Im Begriff der Partizipation sind »Unschärfen« (ebd.: 1) angelegt, die eine Sortierung nicht einfach machen. Der Begriff der Partizipation und die mit ihm zusammenhängenden Begriffe wie Teilhabe, Mitbestimmung, Mitwirkung oder Beteiligung haben sich über die letzten Jahrzehnte entwickelt, verändert, manche wurden begriffskonjunkturell eher genutzt als andere. Der Partizipationsbegriff hat eine normative Aufladung erfahren und im Sinne konkreter Mitwirkung an Entscheidungsprozessen als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, letzteren Begriff in den Hintergrund rücken lassen. Das Feld zu überblicken, bringt die Ambivalenzen des Partizipationsbegriffes zutage. »Die unterschiedlichen Diskurse, in denen Partizipation zum Thema wird, sind mitunter nur schwer miteinander in Einklang zu bringen, sie widersprechen sich oder aber sie werden auf sehr unterschiedlichen Ebenen geführt.« (Ebd.) So gibt es nicht den einen Begriff, vielmehr scheinen sich uneindeutige Beschreibungen hinter ihm zu verstecken. Wer etwa in der Praxis steht und mit der Aufgabe betraut ist, Partizipation im Stadtteil zu unterstützen, lernt verschiedene Perspektiven

auf den Begriff kennen: Stadtplaner_innen verstehen etwas anderes darunter als Streetworker_innen, Akteur_innen aus der Kommunalpolitik oder aus zivilgesellschaftlichen Initiativen. Wer Partizipationsformate organisiert, verständigt sich mit diversen Akteur_innen über Partizipation – meist über ein spezifisches Format veranstalteter Partizipation – und hat dabei ein eigenes, fachlich begründetes oder zumindest sensibilisiertes Begriffsverständnis. Partizipation wird zum *Koffer*, in dem sich eine Vielzahl an Bedeutungen und Funktionen von Partizipation verbergen. Doch bei näherer Betrachtung wird klar, dass sich die Akteur_innen in Situationen veranstalteter Partizipation unter dem, was sich in diesem Koffer befindet, etwas ganz Unterschiedliches, teils Antagonistisches vorstellen.

Das Wort Partizipation ist abgeleitet vom lateinischen *particeps*, was so viel heißt wie »Anteil habend, beteiligt sein an« (Kluge/Seebold 2011: 686). Der Begriff setzt sich zusammen aus ›pars‹ (Teil) und ›capere‹ (nehmen, ergreifen) (ebd.). Die Substantivierung Partizipation betont das Anteil-Haben von Subjekten an gesellschaftlicher Macht und Ressourcen, die im Rahmen von aktiven Handlungen (sich eines Teils habhaft machen) vollzogen werden. Gleichsam ist im Begriff etymologisch aber auch die passive Dimension impliziert: das Beteiligt-Werden als strukturell ermöglichte Option zur Partizipation einerseits und das Beteiligt-Sein im Sinne der Teilnahme von Subjekt/Gruppe an den Partizipationsgelegenheiten. Dem Begriff ist sowohl das gesellschaftliche Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Subjekt/Gruppe inhärent als auch das Spannungsverhältnis zwischen den Aktivitätsleveln aktiv und passiv (siehe Abbildung 1). Partizipation ist also ein Verhältnisbegriff, der mit der Frage nach den Möglichkeiten des Anteil-Habens an gesellschaftlich erzeugten Ressourcen auch die Frage nach der gesellschaftlichen Verteilung der Ressourcen impliziert (Nieß 2016: 68).

Abbildung 1: Spannungsverhältnisse des Partizipationsbegriffs I



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

Partizipation und Beteiligung werden häufig synonym verwendet, ebenso wie Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung, Einbeziehung und andere, für die es jeweils

und in Abhängigkeit von der disziplinären Verankerung wieder eigene Bedeutungs-schattierungen gibt. Der Begriff der Beteiligung meint im Kontext der partizipativen bzw. deliberativen Demokratie in der Regel »Bürgerinnenbeteiligung«, also die Beteiligung der Bürger_innen eines spezifischen Raums an öffentlichen Planungen und Entscheidungen, die im Rahmen konkreter Verfahren realisiert wird (Nanz/Fritsche 2012). Trotz dessen sich die vorliegende Forschung auch in Settings bewegt, die als »Bürgerbeteiligung« bezeichnet werden können, wird hier der Begriff Partizipation verwendet, um den Fokus für Diskurse jenseits von Programmatiken und Formaten zu lenken und die Perspektivität auf das Anteil-Haben und Anteil-Erlangen der Alltagsakteur_innen an gesellschaftlichen Ressourcen zu öffnen. So kann schließlich auch eine spezifische Perspektivität der Sozialen Arbeit angelegt werden.

Der Begriff der Teilhabe wird ebenfalls vielfach synonym zum Begriff der Partizipation verwendet, ist jedoch eher ein normativer und sozialpolitischer Leitbegriff, der die Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit betont (Nieß 2016: 69). Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen wird hier als Gegenbegriff zur Ausgrenzung/Ausschließung von gesellschaftlichen Ressourcen verwendet (Bartelheimer 2007: 5). Mit Blick auf das gesellschaftliche Spannungsverhältnis zwischen innen und außen – oder auch Inklusion und Exklusion – fällt auf, dass mit dem positiven normativen Begriff der Partizipation in der Regel kein solcher Gegenbegriff, wie etwa Ausschließung/Ausgrenzung/Exklusion, verknüpft ist (Ahrens/Wimmer 2014: 182).

Mit dem folgenden Kapitel soll eine vertiefte begriffliche Grundlage für die vorliegende Arbeit geschaffen werden: Partizipation soll aus einem politikwissenschaftlichen, (stadt)planerischen, pädagogischen und sozialarbeitswissenschaftlichen Blickwinkel heraus definiert werden. Diese Diskursannäherung hat überdies die Funktion, für mögliche Wissensstandorte von professionellen Akteur_innen in der Praxis zu sensibilisieren: Was unterscheidet das Partizipationsverständnis Sozialer Arbeit z.B. von dem der Planung? Aus den unterschiedlichen Perspektiven auf Partizipation wird deutlich, worin je nach Wissensstandort die Produktivität und Funktion des Partizipationsbegriffes liegen kann.

2.2 Politik und Partizipation

Ob die Aktionen der Letzten Generation, die Teilnahme an einer Friedensdemonstration, die Konsumverweigerung kritischer Konsument_innen gegenüber Produkten global agierender Konzerne, die Teilnahme an einem Runden Tisch der Jugendpolitik, ob die Unterschrift unter der Online-Petition gegen die Anklage von Seenotrettungs-Aktivist_innen im Mittelmeer, die Besetzung eines leerstehenden Hauses als Zeichen gegen die Krise der Wohnungspolitik oder der Gang in eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Wiederaufbau historischer Fassaden in Innen-

städten – Formen von Partizipation jenseits des Wählens und jenseits der Mitarbeit in Parteien gibt es auf vielfältige Art und Weise. Kein gesellschaftlicher Bereich ist denkbar, der nicht prinzipiell Ziel politischer Partizipationsbemühungen sein könnte (van Deth 2009: 141).

Dabei hat sich die Partizipationspraxis im historischen Verlauf stets gewandelt. In westlichen Demokratien ist seit Ende der 1960er Jahre eine Diversifizierung politischer Partizipationsformen sowie ein größerer gesellschaftlicher Diskurs zu verzeichnen. Ein zentraler Anlass zur Beschäftigung mit dem Thema der politischen Partizipation waren die »katastrophalen Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft und die Erkenntnis, dass demokratische Systeme wesentlich von der Mitwirkung ihrer Bevölkerung abhängen« (Alcántara et al. 2016: 9). Dominierten vormals eher auf das repräsentative System mit den konventionellen Formen des Wählens und der Mitarbeit in Parteien ausgerichtete Ansätze, formulierten Verba und Nie im Jahre 1972 die Frage »What is participation?« (Verba/Nie 1979, zit.n. Geißel 2012: 220) vor dem Hintergrund, dass die Bürger_innen ein verändertes Beteiligungsverhalten zeigten. Insbesondere die unkonventionellen Beteiligungsformen wurden erprobt. Die mit den Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, etwa der zweiten Frauenbewegung, verbundenen Akteur_innen forderten größere politische Einflussmöglichkeiten ein (Geißel 2012: 220). Sie haben sich »von unten« für einen Paradigmenwechsel gesellschaftlicher Politiken »von oben« eingesetzt. Davon unterschieden werden muss die Lage in der DDR. Dort bildeten die massiven Einschränkungen politischer Mitwirkungsrechte der Bevölkerung und die Verfolgung politisch Andersdenkender einen komplett unterschiedlichen Kontext. Die massiven Proteste der Bevölkerung artikulierten die Forderung nach grundlegenden Partizipationsrechten. Hier fand eine Demokratisierungsbewegung statt, die sich mit »Wir sind das Volk« 1989 auf den Straßen entlud und mit Forderungen nach einem Politikwechsel aus der Zivilgesellschaft heraus einherging.

Neben Regelungen auf Landesebene, dem Demokratisierungsschub durch die Sozialen Bewegungen in den 1960/70er Jahren sowie der Einführung erster Partizipationsmaßnahmen im Städtebaurecht, waren es aber insbesondere die 1990er Jahre, die einen quantitativen und qualitativen Sprung im Bereich der unterschiedlichen Formen und Praxen politischer Partizipation jenseits der Wahlen mit sich bringen sollten (Geißel/Kersting 2014: 80). Zum einen kündigte der Paradigmenwechsel hin zum Neuen Steuerungsmodell eine veränderte Haltung der Verwaltungen gegenüber den Bürger_innen an: sie wurden, zumindest den Idealen des New Public Managements zufolge, als »Leistungsverstärker im Modernisierungsprozess« (ebd.: 85) zu Kund_innen umgedeutet. Zum anderen stieg in den 1990er Jahren erstmals der Handlungsdruck der Politik, etwas gegen die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger_innen und die sinkende Wahlbeteiligung zu unternehmen. »Wahlrechtsreformen, direktdemokratische Optionen und diskursive Verfahren wurden

vor allem auf der kommunalen Ebene eingeführt und Stadtentwicklungsprozesse setzten und setzen immer häufiger auf partizipative Verfahren« (ebd.: 80). Nach dem ersten Entwicklungsschub durch die eingeforderten vermehrten Partizipationsrechte »von unten« lancierte die Politik gewissermaßen »von oben« einen zweiten Schub.

Politische Partizipation ist, dies wird insbesondere aus der historischen Betrachtung deutlich, eng gekoppelt an das politische System, in dessen Rahmen sie stattfindet. In einer Demokratie ist die Partizipation konstitutiv im Sinne des Regierens durch den *demos* angelegt. Und sie ist auch von ihr abhängig, denn ohne die Einflussnahme und die Einflussmöglichkeiten, die die Menschen eines gesellschaftlichen Systems auf die politische Sphäre haben, wäre der Kern des demokratischen Konzeptes ad absurdum geführt, denn »[w]er Demokratie sagt, meint Partizipation« (van Deth 2009: 141). »Where few take part in decisions there is little democracy; the more participation there is in decisions, the more democracy there is.« (Verba/Nie 1972: 1) Partizipation umfasst dabei in Abgrenzung zu einstellungsbezogenen Neigungen, beispielsweise der Vorliebe für politische Medienformate oder dem unmittelbaren Interesse für ein politisches Thema, eben jene konkreten Verhaltensweisen, die das »Regieren« durch die Bürger_innen markieren (van Deth 2009: 141).

Die Beteiligung von Bürger_innen erfährt insbesondere auf der kommunalen Ebene in den letzten rund 20 Jahren eine Konjunktur. Im Zuge dieser »vierte[n] Beteiligungswelle« (Roth 2017: 61) erscheint »der Ausbau kommunaler Beteiligungsangebote [...] vielen kommunal Verantwortlichen als intelligente Antwort auf unterschiedlichste Herausforderungen« (ebd.). Die kommunale Ebene ist demnach ein »Experimentierfeld« politischer Partizipation und der häufigste Ort für informelle Beteiligungsprozesse. So gilt Kommunalpolitik als weniger abstrakt und dafür greif- und nachvollziehbarer als die Landes-, Bundes- oder Europapolitik und entscheidungsverantwortliche Akteur_innen sind für die Einwohner_innen besser zu erreichen (Najemnik 2021). Aus Sicht der Kommunalwissenschaften stellt sich die kommunale Ebene überdies als »Bürgerkommune« den Modernisierungsanforderungen des 21. Jahrhunderts:

»Dabei geht es nicht allein um responsive, dialogische, kommunikative und kooperative Beteiligung in demokratischen Entscheidungsprozessen, die in governance-geprägten Netzwerkstrukturen auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen kann. Vielmehr setzt das populäre Leitbild der Bürgerkommune auf bürgerschaftliches Engagement auch zur Erschließung von Informationen und Ressourcen von privaten Akteuren sowie von Akteuren aus dem Dritten Sektor (Vereine, Verbände, Kirchen etc.) für die Bereitstellung öffentlicher Leistungen. Bürgerbeteiligung und Bürgeraktivierung verbinden sich hier zu einer übergreifenden Modernisierungsstrategie, die auf die Ausbildung einer neuen

Partizipationskultur in der Bürgerkommune zur Optimierung des Gemeinwohls zielt.« (Bauer/Hajasch 2017: 18)

In der Literatur zu Beteiligung auf der kommunalen Ebene wird die Kommune häufig als »Rettungsanker der Demokratie« (Vetter 2011) positiv gerahmt. Diese Funktion ist ganz unmittelbar verbunden mit einem gemeinwohlorientierten Anspruch an die Politik. Der Fokus liegt auf der Mitverantwortung aller Bürger_innen für die kommunale Gemeinschaft, auf der Entwicklung einer Beteiligungskultur. Durch Beteiligung sollen die politischen Entscheidungen näher an den Bedürfnissen der Einwohner_innen ansetzen – ein Wissensschatz, den Verwaltung und Politik dadurch zu bergen versuchen, dass sie zuhören, wo »der Schuh drückt« (Klages/Vetter 2013: 61ff.). Roth (2017) zeigt auf, dass Kommunen nunmehr nicht alleinig auf punktuelle Beteiligungsgelegenheiten setzen, sondern deutliche Zeichen einer »stärkeren Institutionalisierung von Beteiligungsansprüchen und -garantien« (ebd.: 62) zu verzeichnen ist. »Ziel ist eine neue kommunale Partizipationskultur, in der alle Beteiligten, nicht zuletzt auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass wichtige Entscheidungen nur mit Bürgerbeteiligung gefällt werden« (ebd.: 62). Auch, wenn es skeptische Stimmen gibt, die Lai_innenpartizipation eher ablehnend gegenüberstehen, »wird anerkannt, dass Öffentlichkeitsbeteiligung grundsätzlich möglich, manchmal sinnvoll oder zumindest in bestimmten Bereichen auch erstrebenswert wäre« (Alcántara et al. 2016: 20). Es scheint »kaum ein Zurück hinter bereits etablierte Praxen und Bedürfnisse möglich« (ebd.: 21). Regierung ohne Berücksichtigung der Einwohner_innen erscheint als ein Projekt von gestern.

2.2.1 Zwischen instrumentellem und normativem sowie engem und weitem Partizipationsverständnis

In der begrifflichen Einordnung von Partizipation kann zwischen einem instrumentellen und einem normativen Partizipationsbegriff unterschieden werden (Hoecker 2006). Aus der instrumentellen Perspektive sind mit politischer Partizipation meist Tätigkeiten gemeint »die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen« (Kaase 1996: 521). Politischer Partizipation werden hier drei Zwecke zugeordnet: Beeinflussung, Mitsprache sowie Meinungs- und Willensbildung, welche über ganz verschiedene Formen der Partizipation umgesetzt werden können (van Deth 2009: 145). Das normative Partizipationsverständnis beschränkt den Begriff nicht auf die Ebene konkreter Tätigkeit, sondern hier wird Partizipation zum Wert an sich. Hier wird die Betrachtung für die Selbstbestimmungsfunktion von Partizipation für das Subjekt in einer Demokratie geöffnet (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Vergleich des normativen und instrumentellen Partizipationsverständnisses

Unterscheidungs-kriterium	Normatives Partizipations-verständnis	Instrumentelles Partizipationsverständnis
Begriff	Ziel und Wert an sich	Methode und Mittel zur Einflussnahme
Funktion	Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung	Regulierung gesellschaftlicher Konflikte [...]
Formen	Direktdemokratische Formen	Repräsentativ-demokratische Formen [...]
Reichweite	Politisch-soziale Teilhabe in möglichst vielen Lebensbereichen	Beschränkung auf politische Sphäre
Intensität	Prozessual	Punktuell
Politische Kompetenzen der Bürger_innen	Erwerb durch Bildung und partizipatorische Praxis	Urteilsvermögen, Engagementbereitschaft
Politische Apathie	Ergebnis konkreter Herrschaftsverhältnisse, Abbau durch Ausweitung der Partizipation	Empirischer Tatbestand, funktionell im Sinne der Systempersistenz

Quelle: Hoecker 2006

Während also unter politischer Partizipation im Sinne des instrumentellen Verständnisses punktuelle Gelegenheiten zur Mitwirkung und Beteiligung gemeint sind, orientiert das normative Verständnis politischer Partizipation auf die prozessuale Dimension gesellschaftlicher Teilhabe von Subjekten und Gruppen.

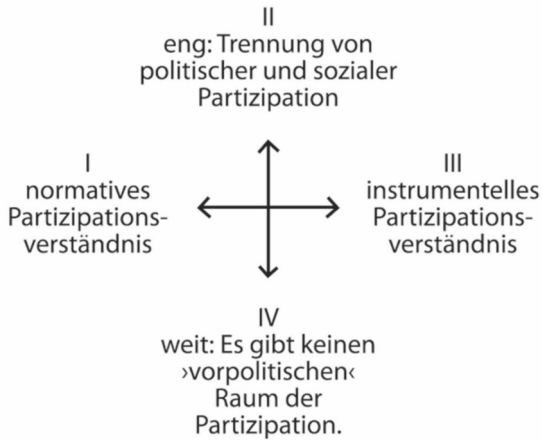
Es gibt eine weitere etablierte Unterscheidung im Begriffsverständnis: jene zwischen politischer und sozialer Partizipation (van Deth 2001) bzw. gesellschaftlicher Partizipation (Kersting 2008). Lange Zeit wurde der Partizipationsbegriff in der empirischen Partizipationsforschung vor dem Hintergrund verwendet, dass Partizipation auf Einflussnahme auf politische Entscheidungen abzielt und im engeren politischen Raum stattfindet. Obwohl Kaase (1992) schon zu Beginn der 1990er Jahre versuchte, einen erweiterten Partizipationsbegriff zu etablieren, da jede Form des Handelns prinzipiell eine politische Bedeutsamkeit haben könne (ebd.: 146), wichte die bis dahin geltende, eher instrumentelle, zweckrationale Fassung von Partizipation erst seit Ende der 1990er Jahre auf. Geißel und Penrose (2003: 4) betonen, dass seitdem auch Formen sozialer Partizipation in Beziehung gesetzt werden zur politischen Partizipation. Damit rückten auch Partizipationsformen aus dem privaten, vopolitischen Raum in den Fokus der Betrachtungen. Während (Roßteutscher 2009) unter politischer Partizipation gemäß des instrumentellen Verständnisses Handlungen versteht, die explizit mit dem Ziel des Einflusses auf politische Ent-

scheidungen vorgenommen werden, ist »[s]oziale Partizipation [...] ein Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht« (ebd.: 163). Kersting (2008) grenzt mit der Unterscheidung zwischen politischer und gesellschaftlicher Partizipation die Beteiligung an politischen Entscheidungen von gemeinwohlorientierter Selbsthilfe ab (ebd.: 21). Mit dem Begriff der sozialen/gesellschaftlichen Partizipation wird der Partizipationsbegriff also nochmals um konkrete Tätigkeiten erweitert, die sich nicht auf das politische System im engeren Sinne beziehen, sondern auf gesellschaftliches Engagement als »Massenphänomen« (Roßteutscher 2009: 163). Gleichsam wird die Funktion und Reichweite von Partizipation bei der Betrachtung sozialer Partizipation erweitert, denn es geht hier um weit mehr als Konfliktregulierung im politischen System, sondern mit der Betrachtung sozialer Partizipation wird die Dimension der Selbstorganisation, Selbstbestimmung, das soziale und demokratische Lernen betont und gesellschaftlichem Engagement eine demokratische Funktion zugewiesen (ebd.: 165ff.).

In Bezug auf die Unterscheidung zwischen politischer Partizipation und sozialer Partizipation (verstanden als Engagement) herrscht in der Partizipationsforschung jedoch keine Einigkeit. So stehen sich unterschiedliche Definitionen von Mainstream-Forschung einerseits und kritischer (z.B.) feministischer Partizipationsforschung andererseits gegenüber: Feministische Positionen greifen bewusst zurück auf Forschungsergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement, um Aussagen über den Bereich politischer Partizipation zu machen (Geißel/Penrose 2003: 13). Entgegen dem Bedenken, dass »ein sehr breiter Partizipationsbegriff empirisch schlecht handhabbar« (Fuchs 2006: 239) ist, erscheint es sinnvoll, die Praxis bürgerschaftlichen Engagements nicht aus dem Bereich politischer Partizipation auszuschließen. Denn bürgerschaftliches Engagement sei mehr als nur Engagement, insbesondere, wenn es mit protesthaften oder kommunikativen Formen der Aushandlung zwischen Zivilgesellschaft und Politiksystem einhergehe. So kann zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstorganisation ein hoher demokratischer Wert beigemessen werden. Das heißt, die Diskussion, ob es sich bei zivilgesellschaftlichem Engagement und Selbstorganisation um Formen politischer Partizipation handelt oder nicht, berührt Fragen des Begriffsverständnisses von Partizipation, das je nach Demokratieverständnis und empirischer/theoretischer Orientierung unterschiedlich bewertet wird (van Deth 2009: 143). Während Positionen, die sich für eine Trennung von politischer Partizipation und Engagement aussprechen, eher einen Partizipationsbegriff bemühen, der »im begrenzten Horizont politischer Institutionen und ihrer Funktionsträger« (Sauer 1994: 102) verbleibt, begründen Ansätze, die die Trennung verneinen, politische Partizipation tendenziell eher als Wert an sich und betrachten politische Aktivitäten damit »als [einen] integrale[n] Bestandteil des sozialen Lebens« (van Deth 2009: 143; Najemnik 2021: 23). Aus einer feministischen Perspektive erscheint die Ausklammerung

»expressive[r]« Handlungsweisen und Identitätsbildungsprozesse von Akteursgruppen als »vopolitisch« (Geißel/Penrose 2003: 3) problematisch (Sauer 1994: 102f.). Denn, wenn sie als politisch gerahmt würden, könnten auch Politisierungsprozesse im nicht-öffentlichen Raum und die Frage nach der Konstituierung ihrer politischen Akteur_innen in der Forschung zur politischen Partizipation vermehrt Berücksichtigung finden (Fuchs 2006: 239).

Abbildung 2: Spannungsverhältnisse des Partizipationsbegriffs II



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

Die Abbildung 2 verdeutlicht die hier skizzierten Spannungsfelder, in denen sich die Thematisierungen von Partizipation bewegen. Sie dient dazu, das unübersichtliche Terrain des Partizipationsdiskurses in einer für das Forschungsvorhaben angemessenen Weise zu sortieren. Auf diese Abbildung wird im Folgenden partiell Bezug genommen.

2.2.2 Typologien politischer Partizipation

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über Typologien politischer Partizipation der vergleichenden politischen Partizipationsforschung. Das entsprechende Partizipationsverständnis ist eher das instrumentelle (Pfeil III in der Abbildung 2) und die Ausführungen beziehen sich größtenteils auf die politische Partizipation im engen Begriffsverständnis, verstanden als konkrete Einflussnahme auf das politische System (Pfeil II).

In der Forschung wird eine kontinuierlich wachsende Vielfalt an Formen und strukturell ausdifferenzierten Beteiligungsaktivitäten in den letzten sechs Jahrzehnten beobachtet (van Deth 2021). Begriffsbestimmungen von politischer Partizipation, die über die Erfassung verschiedener Formen und Aktivitäten formuliert werden, haben ihren Ursprung im vermehrten Aufkommen unkonventioneller Formen der Partizipation und damit der Pluralisierung an Möglichkeiten, zu partizipieren. Zu den Formen politischer Partizipation zählen demnach alle empirisch vorfindlichen Aktivitäten, die nicht-professionelle Akteur_innen freiwillig mit dem Ziel der Einflussnahme in der politischen Arena ausüben bzw. die auf politische Akteur_innen oder kollektive Probleme abzielen bzw. in einem politischen Kontext stattfinden oder politisch motiviert sind (ebd.).

Es gibt verschiedene Systematisierungen politischer Partizipation, die versuchen, die Vielfalt an empirisch vorfindlichen Formen und Ansätzen zu sortieren. Van Deth (2009) differenziert verschiedene Haupttypen bzw. Dimensionen von Partizipation, nämlich

- Wählen,
- Kampagnenaktivitäten,
- Kontaktieren von Behörden oder Politiker_innen,
- Protestaktivitäten (und Neue Soziale Bewegungen)
- sowie Aktivitäten in freiwilligen Organisationen (wobei unklar bleibt, ob es sich hierbei um einen eigenen Typus politischer Partizipation handelt oder sich diese Tätigkeiten innerhalb einer der oben genannten Haupttypen einordnen) (ebd.: 147).

Eine typologisch orientierte Systematisierung von Formen politischer Partizipation schlagen Teorell, Torcal und Montero (2007) vor (siehe Abbildung 3). Hier wird unterschieden im Hinblick auf die Kanäle bzw. Richtungen der Partizipation (repräsentativ – extra-repräsentativ), also ob sich die Aktivität direkt auf das repräsentative System bezieht oder nicht, sowie den Charakter (exit-basiert – voice-basiert) der verschiedenen Aktivitäten, also Einflussmöglichkeiten, die genutzt werden können (exit) oder Aktivitäten, die Aufmerksamkeit erreichen sollen (voice). Der Ansatz berücksichtigt auch neuere Formen des »political consumerism« (van Deth 2009: 147), also den bewussten und zielgerichteten (Nicht-)Konsum als Form von politischer Partizipation, mit dem Menschen zu mehr sozialer und/oder ökologischer Gerechtigkeit beitragen wollen. Konsument_innen wird hier eine aktive Rolle im Hinblick auf die Wahl für oder gegen bestimmte Wirtschafts- und Regierungspraktiken zugeschrieben (ebd.: 147; Micheletti 2003). Die vermehrt zu beobachtenden Online-Partizipationsformate gehören ebenso zu den empirisch vorfindlichen Erscheinungsformen politischer Partizipation (DIVSI 2014; Wilker 2019; Voss 2014). Und auch Tätigkeiten wie das Guerilla Gardening werden als Form politischer Par-

tizipation gefasst, solange sie Ausdruck der politischen Problembearbeitung sind und in einem politischen Kontext stattfinden bzw. politisch motiviert sind (van Deth 2021).

Abbildung 3: Typologie von Formen politischer Partizipation

Benutzte Kanäle:	
Repräsentativ	Extra-Repräsentativ
Wählen	Konsumentenbeteiligung
nicht gezielt:	
Parteiaktivität	Protestaktivität
gezielt:	
Kontaktieren	

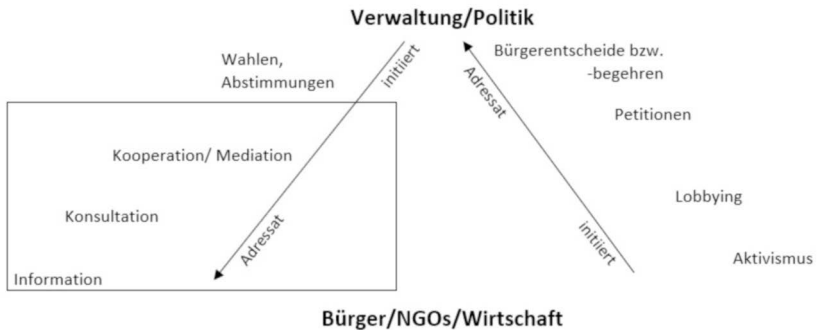
Quelle: Teorell/Torcal/Montero 2007: 341

Kubicek, Lippa und Westholm (2009) fokussieren wiederum die Richtungen, aus denen heraus ein Beteiligungsverfahren bzw. ein Partizipationsprozess initiiert wird (siehe Abbildung 4). Sie gliedern die Formen politischer Partizipation auf in jene, die in der Richtung top-down (also »von oben«) von Verwaltung und Politik ausgehen und in jene, die bottom-up (also »von unten«) von der Zivilgesellschaft aus initiiert werden. Diese Übersicht ist dienlich im Anliegen, die Bemühungen von Politik und Verwaltung (top) sichtbar zu machen, die Beteiligungsaktivitäten in Richtung der Adressat_innen (down) initiieren sowie um zu zeigen, wie die Zivilgesellschaft (bottom) in Richtung der Verwaltung/Politik (up) über Aktivitäten einen Beitrag zur politischen Willensbildung leistet bzw. politische Entscheidungen zu beeinflussen versucht. Die für den spezifischen Kontext der Bürger_innenbeteiligung relevanten Formen von Top-down-Prozessen heben Kubicek et al. hervor (Information, Konsultation, Kooperation/Mediation, siehe Abbildung 4). Die im Rahmen dieser Forschung ebenfalls untersuchten *intermediären* Formen veranstalteter Partizipation, die häufig von Akteur_innen Sozialer Arbeit ausgerichtet werden, also jene Formen, die zwischen top-down und bottom-up angesiedelt sind (wie z.B. forenartige Veranstaltungen, die Verwaltung/Politik mit den Bewohner_innen eines Quartiers zusammenbringen), finden sich in der Grafik jedoch nicht wieder.

In der Partizipationsforschung wird ferner unterschieden zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen der Partizipation, also zwischen der »Beteiligung an Wahlen, [der] Mitarbeit in einer Partei oder [dem] Mandat in einem Parlament« einerseits und andererseits den »Aktivitäten in einer Bürgerinitiative, [der] Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder auch häufig ille-

gale[n] Protestformen wie wilde[n] Streiks, Besetzungen, Blockaden, Gewalt gegen Sachen« (Fuchs 2006: 239). Kersting (2008) unterscheidet zudem u.a. zwischen verfassten und nicht verfassten Partizipationsformen, also zwischen Formen, die stark (Wahlen, Parteimitgliedschaft, Petitionen, Stadtteilräte u.a.) bzw. wenig/gar nicht institutionalisiert (Protest, Bürgerforen, Gemeindearbeit) sind. Zu den nicht-verfassten Beteiligungsformen zählen etwa all jene Formate, die nicht gesetzlich (z.B. im BauGB) vorgeschrieben sind. Darüber hinaus differenziert er zwischen konsultativen und dezisiven Formen – also jenen Formen, die eine Nähe zur politischen Entscheidungsfindung haben und bindend sind (wie z.B. Referenden oder gewählte Gremien) oder aber, die lediglich beratenden Charakter haben.

Abbildung 4: Formen und Richtungen von Partizipation



Quelle: Kubicek/Lippa/Westholm 2009: 19

Für die vorliegende Forschung ist die Spezifizierung von Alcantara et al. (2016) sinnvoll. Sie fokussieren auf informelle und deliberative Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung, die sie zusammenfassen als zeitlich befristete Prozesse, die an einem Gegenstand orientiert, konsensorientiert, entscheidungsorientiert, diskursiv, freiwillig und grundsätzlich offen und gleich für alle ausgerichtet sind (ebd.: 42). Die Ergebnisse sind selten rechtlich verbindlich. Einwohner_innen haben in informellen Verfahren also grundsätzlich keinen rechtlichen Anspruch auf Beteiligung, jedoch soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihr Wissen, ihre Einschätzung in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen (ebd.: 16). In der Praxis sind dies häufig Formate wie die Planungszelle/Bürgergutachten, Bürgerpanel, Charette oder das Deliberative Polling (zu einer Beschreibung der einzelnen Ansätze siehe zusammenfassend (Sommer 2015: 488ff.), also dialogorientierte, deliberative Formate im engeren Sinne.

2.2.3 Ein Wort zum Qualitätsdiskurs politischer Partizipation

In der Praxis politischer Partizipation, insbesondere dort, wo unter dem Begriff »Bürgerbeteiligung« neue partizipative Formate entworfen werden, sind programmatische Publikationen verbreitet, in denen Argumente, Qualitätskriterien und methodische Ansätze vorgestellt werden (Stiftung Mitarbeit 2013; Sommer 2021; Allianz Vielfältige Demokratie 2017; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2015). Das instrumentelle und normative Partizipationsverständnis fließen dort ineinander, wo für eine bestimmte Qualität partizipativer Praxis, verstanden als Partizipation im engeren Sinne argumentiert wird. In der wissenschaftlichen Literatur wird ebenso versucht, »gute« von »schlechter« Praxis zu unterscheiden (Sinning 2018). So mache »[d]ie Vielzahl der Beteiligungsinstrumente [...] eine Bewertung notwendig« (Kersting 2008: 33). Im Anliegen Praxis evaluieren zu können, werden vier »universelle« Kernbereiche von Qualität im Kontext politischer Beteiligungsverfahren vorgeschlagen:

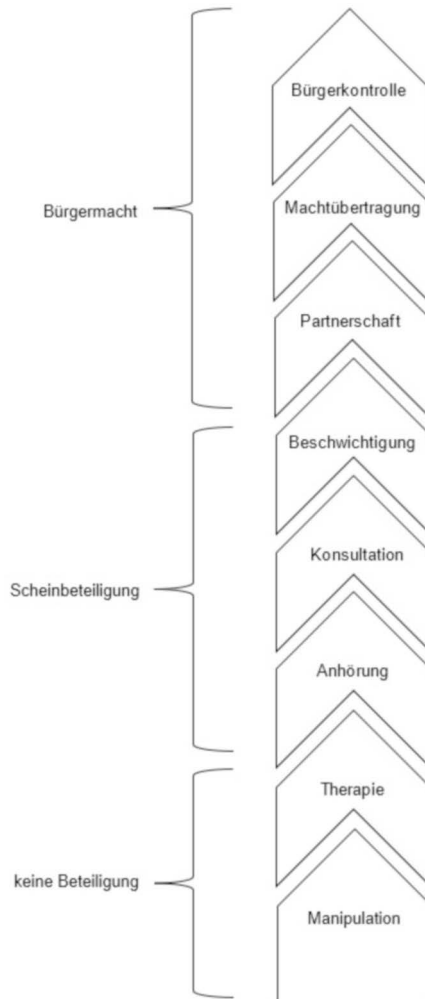
- »Offenheit und politische Gleichheit
- Machtkontrolle und Legitimität
- Rationalität und Transparenz
- Effizienz und Effektivität« (ebd.).

Mit Offenheit und politischer Gleichheit thematisiert Kersting die Frage der Inklusion (ohne den Begriff der Exklusion als Pendant direkt zu benennen). Qualität werde daran bemessen, wie der Abbau von Hierarchien betrieben und wie mit sozial oder technokratisch dominanten Sprecher_innen umgegangen werde. Das Kriterium der Machtkontrolle und Legitimität fokussiert die Responsivität und die Nähe zu politischen Entscheidungen und fragt danach, wo sich das Verfahren zwischen Mitbestimmung und Konsultation bzw. Engagement verorten lasse. Unter dem Qualitätskriterium Rationalität und Transparenz sind die Kompetenz und die Kenntnisse der Bürger_innen und der politischen Eliten gemeint. Transparenz von Expert_innen, Verwaltung und Zivilgesellschaft über die Interessen und Argumente stärke die Gemeinwohlorientierung und den deliberativen Diskurs, der auf Argumenten, gegenseitigem Respekt, Empathie und Konsensorientierung beruhe. Mit Effizienz und Effektivität sind der Ressourceneinsatz und die Zielerreichung in Verfahren angesprochen (ebd.).

In der Qualitätsdebatte spielen auch die sog. Stufenleitern oder -modelle der Partizipation eine große Rolle, insbesondere das von Arnstein (1969) oder (in Bezug auf die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen) das von Hart (1997). Mittlerweile wird Arnsteins Modell für die aktuelle Debatte um die Qualität von Partizipation etwa von Rohr (2018) adaptiert und angepasst. Für Sommer (Bipar 2018) ist die Stufenleiter von Sherry R. Arnstein nicht nur ein Modell zur Klassifikation von

Bürgerbeteiligungsverfahren, sondern auch ein Analysetool für die Qualität von Beteiligungsverfahren, insbesondere gemessen an der Beteiligungstiefe. Die Stufenleiter besteht hier aus acht Stufen (siehe Abbildung 5) und bildet Beteiligungsverfahren von der Manipulation über konsultative Formen bis hin zur zivilgesellschaftlichen Selbststeuerung ab.

Abbildung 5: Stufenleiter der Partizipation



Quelle: Bipar 2018: o.S.

Auch wenn, wie Sommer betont, die Stufenleiter in ihrer ursprünglichen Form nur noch selten vorkomme, findet sie sich jedoch wieder in analytischen Modellen zur beschreibenden und kritischen Einordnung von Partizipationsprozessen. Denn es gelinge so, den Fokus einerseits auf die Intention der Initiiierenden des Prozesses zu lenken als auch auf die Notwendigkeit, inhaltlich genauer auf Verfahren und deren Entscheidungsrelevanz zu schauen (ebd.).

Mit programmatischer Literatur ist immer schon eine Wertung im Hinblick auf ein normatives Partizipationsverständnis mittransportiert, da sie Partizipation nicht nur beobachtend empirisch erforscht, sondern Partizipation mit Blick auf eine spezifische Qualität in der Praxis umzusetzen hilft. Die Kongruenz von normativem Anspruch und instrumenteller Praxis wird dort antizipiert; gleichsam wird die bestehende Praxis als Experimentierfeld betrachtet, das einer kritischen Perspektive im Hinblick auf die Qualität von Partizipation unterzogen werden sollte. Der Fokus auf konkrete Beteiligungsinstrumente, die es zu verbessern gilt, bringt jedoch auch eine Verschiebung des Partizipationsdiskurses mit sich: weg vom Fokus auf »*Teilhabe* am gesellschaftlichen Reichtum hin zur *Teilnahme* an sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhängen, Prozessen und Veranstaltungen« (Ahrens/Wimmer 2014: 176, Herv. i. O.). In kritischer Perspektive werden die Effekte dieser Fokussierung auf Formate mit Konfliktvermeidung und Konsensorientierung beschrieben, wenn Partizipation in erster Linie als Paradigma politischer Steuerung verstanden wird:

»Versteht man Demokratie nämlich nicht einfach als formales Abstimmungsverfahren, als etwas längst Routine Gewordenes, sondern grundsätzlich im Sinne der neueren politischen Philosophie als eine Form, die sich über die Etablierung neuer Dissense permanent wandelt und immer wieder neu erfunden werden muss, dann fällt im Kontrast auf, wie sehr mit dem Gebrauch des Partizipationsbegriffes eine Neigung zum Konsensuellen einhergeht und wie häufig er dazu eingesetzt wird, Konflikte strategisch gezielt zu unterlaufen.« (Ebd.)

Je nach Perspektive herrscht zwischen den Begriffen Demokratie und Partizipation eine konfliktreiche Spannung, die es im Folgenden mit Blick auf die politiktheoretischen Perspektiven auf Partizipation etwas näher zu betrachten gilt.

2.2.4 Politiktheoretische Perspektiven auf Partizipation

In der Demokratietheorie gibt es unterschiedliche Vorstellungen zur Bedeutung, zum Umfang und zur Ausgestaltung von Partizipation. »Die jeweilige normative Sichtweise bestimmt, was als Beteiligung angesehen wird, welche Fragestellungen im Zusammenhang mit Beteiligung als wesentlich angesehen werden, und sie steuert die Interpretation von Beteiligungsbefunden vor dem Hintergrund der Erwar-

tungen, die an Beteiligung gestellt werden.« (Vetter/Remer-Bollow 2017: 34f.) Im Folgenden soll Partizipation insbesondere in jenen demokratietheoretischen Positionen kursorisch verortet werden, die Partizipation als einen Wert an sich betrachten. Trotz der massiven Zunahme an Teiligungspraxis und einer wachsenden Zahl an programmatischen Texten und methodischen Ansätzen, steht eine umfassende und gemeinsame Einordnung der Praxis vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftstheoretischen Einbettung, praktischen Umsetzung oder bezüglich ihres transformatorischen Potenzials noch aus (Alcántara et al. 2016: 19). Gemein ist diesen Ansätzen die Überzeugung, »dass eine um deliberative Elemente erweiterte Demokratie den [...] Krisensymptomen bestehender demokratischer Systeme erfolgreich begegnen kann« (ebd.). Nanz und Leggewie (2016) betonen das Potenzial der »Konsultativen« (also der partizipationsintensiven konsultativen und deliberativen Form von Demokratie). Eine so verstandene Demokratie bündele die »Weisheit der Vielen« (Surowiecki 2005) im Sinne eines Schlüssels zur Behebung der vielfältigen Erklärungs- und Vermittlungsprobleme gegenwärtiger Demokratien (Nanz/Leggewie 2016). Im Gegensatz zu elitistischen, ökonomischen oder pluralistischen Demokratietheorien, welche ein tendenziell eher »restriktiveres und instrumentelleres Verhältnis zur Demokratie haben« (Alcántara et al. 2016: 20), sind es insbesondere jene Ansätze normativer Demokratietheorie, die als partizipativ (Pateman 1974; Barber 1994) und deliberativ (Habermas 1996; Fishkin 2009) bezeichnet werden können, sowie Ergänzungen und Kritiken vonseiten emanzipatorischer/radikaler Demokratietheorien, die alle eine möglichst vielseitige und weitreichende Beteiligung am Gemeinwesen einfordern (Alcántara et al. 2016: 20). Hier wird »die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung [...] als logische Verlängerung des grundlegenden individuellen Selbstbestimmungs- und Entfaltungsrechts auf die Ebene der Gesellschaft und der Politik verstanden« (ebd.: 21). Partizipation und das Konzept der Demokratie sind hier eng miteinander verbunden und mit normativen Annahmen einer Herrschaft des *demos* verknüpft.

Im Folgenden sollen Aspekte von Ansätzen partizipativer, deliberativer und kritischer Demokratietheorie herausgegriffen werden. Dies geschieht im Ansinnen, spezifischen Annahmen und Figuren nachzuspüren, wie etwa diskursethische Fragen oder Konturierungen von Gemeinwohl und dem Stellenwert des Konflikthaften, die auch in der hier untersuchten Praxis aufgeführt und verhandelt werden.

2.2.4.1 Deliberative Demokratietheorie: Habermas

Habermas (1990; 1992) hat mit seinen Ausführungen zum Konzept der Öffentlichkeit eine deliberative Demokratietheorie formuliert, die sich breit etablieren konnte (Schaal/Ritzi 2009: 7). Sie ist verknüpft mit der Erwartung der Verbesserung politischer Entscheidungen durch diskursive Formen von Öffentlichkeit (Lietzmann 2016). Sein Modell der deliberativen Demokratie im Sinne einer »[p]roceduralized popular sovereignty [...] [goes] hand-in-hand with the image of a *decentered society*«

(Habermas 1996: 27). Es benötige Diskursarenen und Beratungsforen, um moralische und ethische Fragen öffentlich zu diskutieren und damit die Möglichkeit zur Partizipation zu geben. Die kommunikativen Freiheiten und Praktiken demokratischer Willensbildung dienen dabei »als eine Methode zur Erzeugung von Legitimität aus Legalität« (Habermas 2005: 109). In »Faktizität und Geltung« (1992) stellt er die Frage, wie eine Institutionalisierung des Prinzips diskursiver Konfliktlösung in modernen Gesellschaften gelingen kann. Eine Lösung sieht Habermas in der Selbstgesetzgebung der Bürger_innen. Das Diskursprinzip wendet er hier also im Sinne eines Demokratieprinzips für den politischen Raum an.

Öffentlichkeit stellt sich für Habermas als ein Raum des rationalen und verständigungsorientierten Handelns dar. Die Öffentlichkeit ist Produzentin von (De-)Legitimationsprozessen in Richtung des Zentrums im Sinne der administrativen und parlamentarischen Strukturen. Die Öffentlichkeit thematisiert also gesellschaftliche Problemlagen und wirkt als Korrektiv auf das politische System ein. Sie besitzt demnach kommunikative Macht. Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf eine kritische Öffentlichkeit angewiesen, deren »eingespielte[...] Routinen [müssen] für erneuernde Anstöße aus der Peripherie offen bleiben« (Habermas 1992: 433).

Für Habermas ist der rational motivierte Konsens Ziel von öffentlichen Auseinandersetzungen. Unter einem gerechten Diskurs wird hier der Austausch von Argumenten zwischen sprech- und handlungsfähigen Menschen verstanden. Sein Diskursmodell ist demnach als konsensorientiert zu bezeichnen. Demokratische Entscheidungen könnten nur dann getroffen werden, wenn sie einen Bezug zur Argumentationspraxis der »idealen Sprechsituation« (Habermas 1990: 40) herstellen. Demokratische Diskurse als herrschaftsfreie Diskurse vollzögen sich demnach argumentativ, dürften niemanden ausschließen und niemanden privilegieren (seien also inklusiv und öffentlich), sollten sich ganz auf den Austausch von Argumenten beziehen und keinen äußeren oder inneren Zwängen gehorchen. Schließlich bedürften die Diskurse letztlich einer Mehrheitsentscheidung (die im besten Falle konsensual sei und jederzeit wieder diskutiert werden könne) (Habermas 1992: 369ff.). Das Konsensprinzip sowie die Diskursregeln des rationalen, fairen Austauschs »auf Augenhöhe«, moderiert von einer allparteilichen Moderationsinstanz, sind in der Praxis ganz zentral vertreten und finden sich in zahlreichen anwendungsbezogenen Publikationen.

2.2.4.2 Partizipatorische Demokratietheorien: Pateman und Barber

Die partizipatorischen Demokratietheorien, für die etwa Pateman (1974) und Barber (1994) stehen, weisen Überschneidungen zur deliberativen Theorie von Habermas auf. In diesen jedoch wird der Stellenwert der Partizipation als Eigenwert explizit hervorgehoben. Er besteht darin, möglichst viele Menschen auf vielfältige Art und Weise in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Alcántara et al. 2016: 39). Nur eine Demokratie, welche die Bürger_innen oft und weitreichend beteilige, sei

eine gute Demokratie. So könne auch das Aufkeimen antidemokratischer Einstellungen verhindert werden (Najemnik 2021).

Wesentlich für eine »starke Demokratie« (Barber 1994) sei die Idee der »sich selbst regierenden Gemeinschaft von Bürgern, die weniger durch einheitliche Interessen vereinigt sind als durch staatsbürgerliche Erziehung, und die eher aufgrund ihrer staatsbürgerlichen Einstellungen und partizipatorischen Institutionen als durch ihren Altruismus oder ihre Gutmütigkeit die Fähigkeit erworben haben, einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen und nach dem Gegenseitigkeitsprinzip zu handeln« (ebd.: 99). Partizipation geht hierbei also weit über das repräsentative Wählen hinaus (Vetter/Remer-Bollow 2017: 30) und erschöpft sich nicht in Formaten, Anlässen oder gesetzlichen Grundlagen, sondern stellt sich als Kulturaufgabe dar, die bis in die Netze des Alltäglichen hinein reicht. So zielt diese Demokratietheorie auf Problemlösung »durch den partizipatorischen Prozeß fortwährender, direkter Selbstgesetzgebung sowie die Schaffung einer politischen Gemeinschaft, die abhängige, private Individuen in freie Bürger und partikularistische wie private Interessen in öffentliche Güter zu transformieren vermag« (Barber 1994: 146, Herv. i. O.). Prägnant ist hier die Gegenüberstellung von privaten Partikularinteressen einerseits und Gemeinwohl andererseits; dieses Spannungsverhältnis, welches sich im partizipativen Prozess in Richtung gemeinwohlorientierter Lösungen verschieben soll, ist zentral für die partizipatorische Praxis, die auch im Rahmen dieser Forschungsarbeit thematisch wird und sich (nicht nur) in den Diskussionen zu Initiativen erschöpft, die unter der Bezeichnung NIMBYs¹ verhandelt werden (Menzl 2014). Barber geht ebenso wie Habermas auf Sprechsituationen partizipatorischer Aushandlung ein, die er jedoch anders konnotiert und neben Hören, Denken, Reden, Handeln, Reflektieren auch die emotionale Seite des Fühlens integriert (Barber 1994: 175).

Auch für Patemans partizipative Demokratietheorie (1974) steht die Ausweitung von partizipativen Möglichkeiten im Fokus, die ebenfalls bis in die Ebene der Selbstverwaltung hineinreichen. So könne Entfremdungstendenzen entgegenge wirkt werden. Partizipation sei jedoch nur im vollumfänglichen Sinne durch ein ausgeglichenes Machtverhältnis und damit Gleichheit ausgezeichnet: Volle Partizipation nach Pateman ist »a process where each individual member of a decision-making body has equal power to determine the outcome of decisions« (Pateman 1970: 71, zit.n. Labitzke 2016: 48). Somit ist ein kritisches Korrektiv in die Theorie eingebaut, wonach unterschieden werden muss zwischen Momenten voller und partialer Partizipation. Letztere ist immer dann der Fall – wie in der Regel bei konsultativen Beteiligungsverfahren – wenn die letztendliche Entscheidung nicht in der Hand der Gemeinschaft liegt.

Die Potenziale partizipatorischer Demokratietheorien liegen in der vermehrten Möglichkeit der Partizipation, in der Vervielfältigung der Formen, womit letzt-

1 NIMBY steht für engl. »Not in my Backyard«, dt. »Nicht in meinem Hinterhof«.

lich auch der Glaube an ein Mehr an effektivem politischen Handeln einhergeht, an eine bessere Legitimität von Entscheidungen, an die Identifikation der Beteiligten mit dem Beteiligungsgegenstand und dem -ergebnis. Partizipatorische Demokratietheorien bieten damit vornehmlich Anknüpfungspunkte für dienstleistungstheoretische Bezugnahmen: Verwaltungshandeln und Planungspraxis würden durch Partizipation bürger_innennäher, passgenauer, wartungsärmer und letztlich kostengünstiger.

2.2.4.3 Emanzipatorische/Radikale Demokratietheorien: Benhabib, Rancière sowie Laclau und Mouffe

Diskurse aus einer kritisch-emanzipatorischen Perspektive verweisen dagegen u.a. auf die paradoxalen Folgen, die mit Partizipation vor der Folie einer an Konsens orientierten Postdemokratie (Jörke 2011; Meyer 2011) einhergingen. Ansätze der neueren politischen Philosophie, zu der die Arbeiten von Benhabib (1995), Rancière (2002) oder Laclau und Mouffe (1991) gezählt werden können, setzen sich kritisch in Bezug zu konsensorientierten Verfahren. Demokratie kann in diesen Ansätzen eher verstanden werden als eine »Form, die sich über die Etablierung neuer Dissense permanent wandelt und immer wieder neu erfunden werden muss« (Ahrens/Wimmer 2014: 176).

Eine Konfliktlinie betrifft die impliziten Voraussetzungen des Konzepts von Öffentlichkeit, wie sie etwa bei Habermas angelegt sind: eine funktionierende Öffentlichkeit setze voraus, dass es weitgehend machtfreie Beziehungen zwischen den Anwesenden gebe: Deliberation erfordert Augenhöhe. Zwischen der emphatischen Betonung von Offenheit und Gleichheit und den im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit hervorgebrachten Praxisformen liegt jedoch ein Unterschied. So ist die Diskursethik Habermas' moralphilosophischen Einwänden ausgesetzt, etwa von Benhabib (1995), die feststellt, dass faire Argumentation nach Habermas die universale Achtung der Gesprächspartner_innen zur Voraussetzung habe. Dies berge problematische Implikationen, etwa, wenn diese Achtung als Maßstab für die Bewertung der Kompetenz (und letztlich Akzeptanz) der Gesprächspartner_innen in einem Gespräch herangezogen werde. Schwierig sei ferner die Reproduktion anti-egalitärer Positionen und Auffassungen der Ungleichheit, wenn diese als rational begründet im Diskurs platziert würden (ebd.). Betont wird also die Ebene der Macht, die in Situationen ungleicher Diskutant_innen nicht ausgeblendet werden könne, und die damit einhergehenden potenziellen ungleichheitsreproduzierenden Effekte einer Programmatik der »Offenheit für alle«, die in ihrer emphatischen Betonung in der Praxis veranstalteter Partizipation breit vertreten ist.

Eine Perspektive, die mit dem Ideal einer Sprechsituation auf Augenhöhe radikal bricht, nimmt Rancière (2002) ein. So sei davon auszugehen, dass Sprechsituationen mit massiven Verständigungsproblemen zwischen Herrschenden und Beherrschten einhergingen. Der Typus von Sprechsituation, der Ungleichheit re-

produziere und von Rancière als »Unvernehmen« bezeichnet wird, zeichnet sich dadurch aus, dass dort »einer der Gesprächspartner gleichzeitig vernimmt und auch nicht vernimmt, was der andere sagt« (ebd.: 9f.). So trügen etwa staatlich agierende Akteur_innen (die Rancière als Polizei bezeichnet) die implizite Ordnung weiter und bestimmten, wie zu sprechen sei und welche Worte »Lärm« seien. Politisch in seinem Sinne sei partizipative Praxis erst dann – und nur dann –, wenn es eine »Unterbrechung der einfachen Wirkungen der Herrschaft der Reichen« (ebd.: 24) gebe, »wenn die natürliche Ordnung der Herrschaft unterbrochen ist durch die Einrichtung eines Anteils der Anteillosen« (ebd.). Politik, verstanden als die Praxis der Verschiebung gesellschaftlicher Ressourcen zugunsten der Anteillosen, unterwandle also die polizeiliche Ordnung. Politik bestehe in der »Demonstration des Dissenses als Vorhandensein zweier Welten in einer einzigen« (Rancière 2008: 33). Das bedeutet umgekehrt, dass in einer an Konsens orientierten Demokratie, für ihn einer »Postdemokratie«, Ausschließung und Exklusion geläufige Praxisformen darstellten. Als Beispiel nennt Rancière die Meinungsumfrage (Rancière 2002: 112f.), eine »paradigmatische Verkörperung dieser pazifizierenden Operation« (Hildebrand 2018: 17), welche »die Illusion einer vollständigen Darstellbarkeit des *populus* als bloße Summe individueller Präferenzen« schaffe (ebd.).

Rancières emanzipatorischer Politikbegriff positioniert sich für die Beseitigung einer ungleichen Ordnung. Dieser enge Fokus auf die Wirkung, die im politischen Kampf für die Anteillosen bei gleichzeitiger ideologischer Nicht-Zuordnung erzielt werden kann, steht nicht unwidersprochen. So kritisiert Hildebrand Rancières Position zum politischen Handeln genau für dessen Fokussierung auf die Anteillosen, ohne das Soziale und das Politische im Zusammenhang zu sehen: »Dass sich ein polizeiliches Regime eben nicht nur im Namen der Gleichheit herausfordern lässt, die Ungezählten ihre Unzählbarkeit auch in Formen ausdrücken, die den egalitären Zielen Rancières [...] zuwiderlaufen, führen derzeit etwa rechtspopulistische Parteien vor.« (ebd.: 20) Gerade vor dem Hintergrund populistischer Fakenews, die zu Dissens anreizen und gleichsam Gleichheit einzuschränken trachten, ermögliche es Rancières Ansatz nicht, auf emanzipatorischer Politik zu bestehen und gleichsam restaurative und anti-emanzipatorische Politik nicht aus dem Blick zu verlieren (ebd.). Das Potenzial für die vorliegende Arbeit besteht in Rancières Ansatz aber darin, den Unterschied zwischen emphatisch betonter Partizipation einerseits und einer eher praxisorientierten Gebrauchswertperspektive von Situationen vonseiten der Anteillosen andererseits ausmachen zu können: wird eine Situation veranstalteter Partizipation zu einer Ressource für die Anteillosen und verschiebt sich damit die gesellschaftliche Macht- und Ressourcenverteilung oder wird dies bisweilen im Modus von Legitimationspolitiken lediglich rhetorisch behauptet? Der enge und sehr spezifische Politikbegriff Rancières, der Politik von Polizei unterscheidet, ist als kritische Perspektive insbesondere für Positionen von Relevanz, die für Ungleichheit und Ausschließung sensibilisiert sind. Sie kann verhelfen, legiti-

onssichernde Praxisformen der, in den Worten Rancières, Polizei analytisch in den Fokus zu nehmen.

Laclau und Mouffe (1991) schlagen mit ihrer *Theorie der radikalen Demokratie* ein neomarxistisches und gramscianisches Begriffsrepertoire von Politik, Öffentlichkeit und Partizipation vor. Mit Bezug zu Gramsci treten all jene hegemonialen Herrschaftsverhältnisse in den Blick, die Gruppen von Menschen unterdrücken. Mittels einer poststrukturalistischen Perspektive auf die Kontingenz von Konstruktionen darüber, was hegemonial als legitim/illegitim gilt, wollen sie zeigen, wie Setzungen (Normen, Werte, Gesetze, Diskurse) von herrschenden Akteur_innen als situiert, relational und damit potenziell veränderlich angesehen werden können. Sie formulieren soziale Kämpfe und Konflikte als unabdingbar für die Demokratie. So könne »[j]ede hegemoniale Ordnung, jede Fixierung von Sinn und Identität [...] von kontrahegemonialen Verfahrensweisen in Frage gestellt werden, d.h. von Verfahrensweisen, die versuchen werden, die bestehende Ordnung zu desartikulieren, um eine andere Form von Hegemonie zu installieren« (Mouffe 2007: 27). Die (etwa in Sozialen Bewegungen mobilisierte) Zivilgesellschaft sei demnach das Pendant zu etablierten, institutionellen politischen Strukturen. Als demokratisch wird bei Laclau und Mouffe die Festlegung auf Dissens gerahmt. Der Theorie liegt demnach ein Machtbegriff zugrunde, der Hegemonie, Dominanz und Gewalt in modernen pluralistischen Demokratien nicht verneint, sondern anerkennt und eben aus diesem Befund heraus die Relevanz eines »establishment of a set of institutions through which they can be limited and contested« (Mouffe 1996) herausstellt. Demokratie erscheint als nie abgeschlossener Prozess, der verlangt, sich über die Zusammenhänge von Herrschaft immer wieder neu zu verständigen. Dabei gehen Laclau und Mouffe jedoch über die Fokussierung auf klassenbedingte Unterdrückung, wofür der marxistische Hegemoniebegriff Gramscis steht, hinaus. Aus einer poststrukturalistischen Perspektive kritisieren sie den ökonomischen Determinismus Gramscis und »befreien« das Hegemoniekonzept von diesen »Resten« eines ökonomischen Essentialismus: Hegemonie definieren sie als die Expansion eines Diskurses zu einem dominanten Horizont sozialer Orientierung« (Glasze/Mattissek 2009: 160). Diese »Entledigung« fußt auf der diskursanalytischen Fundierung der Theorie: Ihr weiter Diskursbegriff vermag es, Soziales und Diskursives miteinander zu verknüpfen und differenztheoretisch zu denken (Laclau/Mouffe/Hintz/Vorwallner 2006). Ihre Perspektive sei zwar nicht radikalkonstruktivistisch – sie verneinten nicht die Existenz einer Welt jenseits der Diskurse – aber ihr gemäß ist die Welt für die Menschen nur dann relevant, wenn sie diskursiv (und damit zusammenhängend auch materiell) mit Sinn versehen wird (Glasze/Mattissek 2009: 160). Das Soziale ist demnach immer brüchig und kontingent und Herrschaft lasse sich dementsprechend auch immer nur vorläufig aufbauen und festigen. Demokratie sei daher herausgefordert, sich immer wieder neu zu begründen (Nonhoff 2007).

In Bezug auf die Analyse von Situationen veranstalteter Partizipation kann mit Laclau und Mouffe sowohl die hegemoniale als auch die gegenhegemoniale Herstellung von Sinn als diskursive Praxis im Vollzug der Situation in den Blick genommen werden. Um eine ungleichheitssensible Inblicknahme von Praxis vor dem Hintergrund der Frage nach sozialer Ausschließung gewährleisten zu können, wird es jedoch nicht reichen, lediglich auf gegenhegemoniale Praktiken kollektiver Akteur_innen aus sozialen Bewegungen zu blicken. So wird auch der in ›kleinen Widerständen‹ artikulierte Dissens einzelner Akteur_innen, der über klassen- und alltagsweltbezogene Erfahrungen sich bildet und in keinen kollektiven gegenhegemonialen Diskurs zu münden scheint, mit einbezogen.

Zusammenfassend ergibt sich angesichts der Betonung des Konsensualen in den etablierten Theorien (gegenüber dem in den kritisch-emanzipatorischen Theorien beanspruchten Dissensualen) mit Blick auf die hier untersuchten Situationen veranstalteter Partizipation die Frage, wie einerseits der positive Partizipationsbegriff und die damit einhergehende Orientierung an gemeinwohlorientiertem Konsens konkret aufgeführt und hergestellt werden und wie andererseits Dissens situativ aufgeführt und verhandelt wird. Denn angesichts der Kontrafaktizität der idealen Sprechsituation (Alcántara et al. 2016: 38) muss es Brüche und Grenzbearbeitungen des Konsensualen/Dissensualen in den Situationen geben, die analytisch greifbar werden. Die Herstellung von Konsens erscheint als hegemoniale Praxis der Formung des Diskurses, die über Schließungsprozeduren im Sinne von Unterscheidungen zwischen rational/irrational, richtig/falsch, wichtig/unwichtig etc. funktioniert. Zentral dabei ist auch der Fokus auf die Kompetenzanforderungen an die Subjekte in Settings deliberativer Demokratieformate im Sinne einer spezifischen Anrufungspraxis sowie die Verknüpfung des Diskursiven mit der materiell-methodischen Inszenierung.

2.3 Stadtplanung und Partizipation

Städte sind Kulminationspunkte des Sozialen, Agglomerationen verschiedener Lebensentwürfe, Räume diverser Architektur, ausdifferenzierter Netzwerke, kultureller Nischen, Zufluchtsorte. Sie verstehen sich als Katalysatoren von Wissen, als Labore der Zukunft. Städte konkurrieren entlang neoliberaler Marktlogiken im globalen Wettbewerb miteinander. Gleichsam sind sie Auffangbecken der Subalternen und Verstärker sozialer Ungleichheit. Wie sehen Perspektiven auf die Planung und Gestaltung von Städten aus, die Partizipation einen eigenen Stellenwert einräumen?

Das Verständnis von Stadtplanung hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Einer der Auslöser, zunächst in den USA, dann auch in Europa, war Jane Jacobs mit ihrem Buch »The Death and Life of Great American Cities« (1992[1961]). An ei-

ner Stelle schreibt sie, die Bürger_innenversammlungen in New York ethnografisch begleitet hat, über die verheerenden Fehler in der Stadt- und Raumplanung:

»So many of the problems need never have arisen. If only well-meaning officials in departments of the city government or in freewheeling authorities knew intimately, and cared about, the streets or districts which their schemes so vitally affect—or if they knew in the least what the citizens of that place consider of value in their lives, and why. So many of the conflicts would never occur if planners and other supposed experts understood in the least how cities work and respected those workings.« (ebd.: 406)

Jacobs sah in dichten, historisch gewachsenen Quartieren die Basis lebendiger und sicherer öffentlicher Räume. Indem sie die Bewohner_innen in den Mittelpunkt stellte, die aus Slums vertrieben und in neue Hochhaussiedlungen umgesetzt werden sollten, gab sie auch Kritiken an den sozialen Folgen moderner Wohnungspolitik Raum (Kress 2015). Jacobs Schrift hat auch in der Bundesrepublik das Verständnis von Stadtplanung verändert. Der Paradigmenwechsel im Planungsverständnis der Stadtplanung in der BRD wurde u.a. eingefordert durch den »Widerstand gegen modernistische Stadtzerstörung« (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 272). Hier war man überzeugt, »daß man die Planer und die Verwaltung nicht einfach ohne jegliche Mitwirkung machen lassen könne, was sie wollten« (ebd.). Aus bürgerlichen Kreisen wurde der Schutz historischer Bausubstanz eingefordert, der der Stadtsanierung nicht zum Opfer fallen sollte, sowie aus kritisch-studentischen Milieus, die sich für Altbausubstanz als günstigen Wohnraum und gegen Verdrängung einsetzten (Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg 1971). Wegweisend in den 1970er Jahren war auch die Kritik von Burkhardt (2004), der die Planungspraxis als an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei kritisierte. Seine »Beobachtungen der Machtverquickungen von Planer*innen sind scharfsinnig und – wie sich auch später noch zeigen wird – in vielen Punkten visionär. Er erkannte bereits damals, dass die Gestaltungsmöglichkeiten von Beteiligten in den von der Planungstheorie entwickelten Partizipationsverfahren zur reinen Organisation von Zustimmung verkommen« (Dzudzek 2017: 163). In der kritischen Stadtforschung waren/sind es insbesondere die von einer neomarxistischen Haltung geprägten Arbeiten von Lefebvre (1996) und Harvey (2008), die den Topos »Recht auf Stadt« und damit die Forderung nach partizipativer und sozial gerechter Planungspraxis beförderten bzw. befördern (Kühl 2019). Damals in den 1970er Jahren wie heute stellen Vertreter_innen kritischer Positionen die Frage, wem die Stadt gehört und fordern ein, »die politischen Dimensionen des Städtebaus anzuerkennen, die sich weder durch architektonische oder städtebauliche Gestaltung, noch durch technokratische (Beteiligungs-)Verfahren eliminieren lassen« (Gribat 2021).

Der Diskurs, wie Stadt- und Raumplanung kollaborativ gestaltet und damit demokratisiert werden kann, verbreiterte sich sukzessive (Healey 1997; Siebel 2010; Ipsen 2010) und Partizipation/Beteiligung wurde begrifflich in den offiziellen Programmen zur Stadtentwicklung verankert. So wurde in der European Regional/Spatial Planning Charter bereits 1983 verabschiedet, dass »all European citizens should be enabled to participate, in a suitable institutional framework, in the introduction and application of regional/spatial planning measures« (European Conference of Ministers Responsible for Regional Planning 1983: 2). Im Städtebaulichen Bericht der Bundesregierung 2004 wird formuliert, dass es den Städten nur unter Mitgestaltung und Engagement der Bewohner_innen gelinge, die Herausforderungen der Stadt der Zukunft zu meistern (Selle 2006). Gemäß der »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt« ist, »[u]m die optimale Lösung für jedes einzelne benachteiligte Stadtquartier zu finden, [...] eine aktive Beteiligung der Bewohner und eine Intensivierung des Dialogs zwischen Vertretern aus der Politik, Bewohnern und wirtschaftlichen Akteuren erforderlich« (BMUB 2007: 5f.). Aktuell wird die Demokratisierung von Planung über deliberative Ansätze hinaus weiter vorangetrieben: in der partizipativen Forschung erarbeiten Akteur_innen der Zivilgesellschaft Problemstellungen und -lösungen im Zusammenspiel mit Planer_innen (Thomas/Scheller/Schröder 2021).

Das Ideal der deliberativen Demokratie, demnach autonome Bürger_innen sich um die öffentlichen Angelegenheiten selbst kümmern, scheint angesichts hochgradig funktional ausdifferenzierter Städte weit hergeholt. So sind staatliche Einflüsse auf die Lösung gesellschaftlicher Problemlagen heute so groß, dass es weniger um eine von Bürger_innen regierte demokratische Stadt geht, sondern eher die Rolle von Planung und Verwaltung fokussiert wird, das Verhältnis zu den Bürger_innen als koproduktives Verhältnis zu gestalten (Siebel 2010: 25). Im politikwissenschaftlichen Diskurs zu Partizipation, insbesondere auf der kommunalen Ebene, wird das planerische Handeln betont (Rosol/Dzudzek 2014: 212). Bürokratische Apparate und Verwaltungen akkumulieren beträchtliche Macht- und Wissensressourcen: »Diese sogenannten Verwaltungen wiederum verfügen über enorme institutionelle Eigenwilligkeit, stellen mithin auch einen eigenen Machtfaktor im demokratischen Institutionengefüge dar.« (Alcántara et al. 2016: 24) Insbesondere auf der Ebene des Städtischen werden Beteiligungsprozesse zwar häufig politisch-legislativ auf den Weg gebracht, die Organisation, Ausrichtung und Gestaltung obliegt aber meist der Verwaltung. Die Verwaltungen wiederum sind heute vor dem Hintergrund integrierter Planungs- und Verwaltungsstrategien zunehmend aufgefordert, die Expertise aus der Wissenschaft und Planung, der Wirtschaft, von Kommunikationsagenturen, von Lobbyist_innen und Stakeholder_innen aus der Zivilgesellschaft sowie aus der Bewohner_innenschaft mit einzuholen. Perspektiven von Verwaltungshandeln, die Planungen vor dem Hintergrund sozialer Problemlösungsansätze und eines erhöhten Partizipationsanspruches der Bevölkerung diskutieren, sind unter der Be-

zeichnung good (local/regional/urban) governance versammelt: »Good governance is defined as an effective democratic form of government relying on broad public engagement (participation), accountability (control of power) and transparency (rationality).« (Kersting et al. 2009: 15) Mit dem »communicative turn« (Selle 2006), also der Verbreitung des Partizipationsparadigmas in der Planung, gibt es ganze Verwaltungsstrategien, wie etwa die normative Leitidee der Bürgerkommune (Bauer/Büchner/Hajasch 2017), mit denen partizipatorische Elemente des Verwaltungshandelns strukturell verankert werden sollen. Der Governance-Aspekt betont die Kooperation zwischen öffentlich und privat auch im Hinblick auf die Frage, wie die diversen Akteur_innengruppen in Entwicklungs- und Abstimmungsprozesse integriert werden können. Beteiligung ist hier mehr als die Mitwirkung von Bürger_innen als Einzelne und als Gruppen an Entscheidungen, sondern der gesamte Prozess der Ausgestaltung von Stadtentwicklung wird dezentriert (Reimann 2018: 299–301). Die Partizipationspraxis in der Stadtplanung ist heute methodisch, materiell, organisatorisch und zeitlich zunehmend ausdifferenzierter und aufwendiger, was insbesondere zivilgesellschaftliche Akteur_innen aus den städtischen Bewegungen, die dort ehrenamtlich agieren, trotz teils gezahlter Aufwandsentschädigungen vor große Herausforderungen stellt, aber auch die personell dünn aufgestellten Ämter und beteiligten Institutionen (Gribat 2021).

Um bedarfs- und nutzer_innengerechte Planungen zu erzielen, bedarf es des Wissens um Bedarfe und Bedürfnisse der Nutzer_innen und der Berücksichtigung in der Planungspraxis. Angesichts wachsender Spaltungstendenzen zwischen sozialen Gruppen in den Städten (Helbig/Jähnen 2018) und der Dringlichkeit der mit den residenziellen Segregationsprozessen einhergehenden Herausforderungen für die Stadtentwicklung, sind Stadtplanungs- und -entwicklungsprozesse nicht nur aufgefordert, den Ansprüchen einer Politik in der Wissensgesellschaft (van Dülmen/Rauschenbach 2004; Streich 2005; Engelhardt/Kajetzke 2010; Hebestreit 2013) und in der Postwachstumsgesellschaft (Niermann/Schnur/Drilling 2019) mittels Planung und Kollaboration zu begegnen, sondern deren Praxis gleichsam an der Wirksamkeit gegen Prozesse wachsender sozialer Ungleichheit auszurichten. Partizipation an Stadtplanung und Stadtentwicklung fungiert hier als Problemlösungsformel für die (Wieder-)Herstellung von Kohäsion in segregierten Stadtteilen. Die Partizipation der Bewohner_innen ist damit auch eine wesentliche Fördergrundlage der seit 1999 eingeführten Städtebauförderprogramme (Sinnig 2013; Claussen 2013).

Dabei tangiert die Frage nach der Artikulation und Geltendmachung der Expertise möglichst vieler und möglichst diverser Bevölkerungsgruppen die Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit. Denn die Möglichkeiten, die eigenen Sichtweisen, Ideen und Bedürfnisse artikulieren zu können bzw. Gehör und Akzeptanz zu finden, sind gesellschaftlich ungleich verteilt. So problematisieren Alisch und May (2010) das empirische Phänomen, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen in Selbst-

organisationsprozessen, die ihre Expertise in Planungsprozesse einbringen, überhaupt nicht als kollektive Akteur_innen ernst genommen werden. Es scheint zentral, genauer hinzuschauen: so »[erfordert] ein auf Dialog und Kollaboration gerichteter Stadtentwicklungsprozess [...] ein planerisches Selbstverständnis, in dem die Bürgerschaft als Erkenntnisquelle für planerische Fragen konsultiert wird« (Kühl 2019: 134). Die Frage ist jedoch, ob zwischen der Expertise marginalisierter und privilegierter Akteur_innen in der Planungspraxis ein Unterschied gemacht wird: Wie wird Kompetenz für Fragen der Stadtplanung hervorgebracht und verhandelt? Und wie kommt die Planung an das Wissen gerade der gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, die Partizipationsofferten aus diversen Gründen häufig nicht nutzen (können/wollen)?

Die Frage nach umfassender Partizipation tangiert auch die Frage danach, wie mit der Diskrepanz zwischen Lai_innen- und Expert_innenwissen umgegangen wird. Während die Expertise von Wissenschaft und Forschung sowie von professionellen Stakeholder_innen in Partizipationsprozessen angesichts der Herausforderungen der Wissensgesellschaft positiv gerahmt werden, erscheint die Frage der Kompetenz der »nicht-professionellen« Beteiligten fraglich. Deren lebens- und alltagsweltliches Wissen wird in entsprechend sensibilisierten Diskurspositionen der Planungstheorie als relevantes Wissen in Planungsprozessen anerkannt (Selle 2013: 19; Keller 1996). Gleichzeitig finden sich im Fachdiskurs Positionen, die das Wissen oder die Forderungen von Einwohner_innen als Partikularinteressen und NIMBY-Haltung problematisieren (Selle 2015). Hier zeigt sich die Tendenz, die Kompetenz der Einwohner_innen, gemeinwohlorientierte und nachhaltige Entscheidungen genügend einschätzen zu können, einzuschränken und deren Rolle im Prozess der Wissensproduktion partizipativer Stadtentwicklung von der professioneller Akteur_innen abzugrenzen.

Partizipativen Stadtplanungsprozessen gegenüber wird immer wieder Kritik formuliert. So habe sich trotz Partizipationsbemühungen an den Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft an der Stadtplanung im Grunde nichts geändert hat. So sei »[a]n die Stelle der ›Mitwirkungseuphorie [...] angesichts der Defizite partizipativer Verfahren [...] Ernüchterung getreten« (Klöti 2016: 53). Der im Kontext partizipativer Stadtentwicklung relevante Begriff der Governance sei aus kritischer Perspektive als Modus neoliberaler Steuerung (ebd.) zu bezeichnen und als »a new choreography of elite power« (Swyngedouw/Moulaert/Rodriguez 2002). Top-down-Beteiligungsverfahren sind hier gedacht als ein Instrument für die unternehmerische Stadt (Heeg 2016). Dem Governance-Diskurs wird also eine gewisse Machtblindheit nachgesagt (Klöti 2016: 63) und partizipative Prozesse werden aus einer kritischen Perspektive hinsichtlich von Fragen von Macht und Ausschließung diskutiert (Rosol/Dzudzek 2014; Gribat et al. 2017).

Auch in der Planungstheorie wird Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns aufgegriffen und paradigmatisch weiterentwickelt. Kritische Positionen, wie die von Flyvbjerg und Richardson (2002) problematisieren den Umgang mit Macht bei Habermas. Ein zentraler Kritikpunkt ist die Überhöhung des Ideals der Sprechsituation bei gleichzeitiger Nicht-Beantwortung der Frage, wie die Diskursethik angesichts der dafür notwendigen Bedingungen, die in der Praxis nicht als ideal einzustufen sind, in die Praxis überführt werden kann. So verliere Habermas nicht viele Worte über die Machtbeziehungen, die ebenjene Hürden für den gelungenen Diskurs kreierte (ebd.: 47f.). »In short, Habermas lacks the kind of concrete understanding of relations of power that is needed for political change.« (ebd.: 47f.) Aus Sicht einer feministischen Kritik an Planungstheorie müssten zuvorderst die Konstruktionen des Wissens hinsichtlich der Machtimmanenz abgeklopft werden, bevor über Partizipation gesprochen werden könne. So betont etwa Becker (2010), dass Räume, rekurrierend auf ein relationales Raumverständnis (Löw 2001), als die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse implizierende soziale Konstrukte gesehen werden müssen. Die feministische Kritik an Stadt- und Raumplanung, die mit der Frauenbewegung in den 1970er Jahren ihren Anfang nahm, hat eine Sensibilisierung für die Blindstellen einer androzentrischen Planungslogik mit sich gebracht. Deren Kritik richtete sich auf die Invisibilisierung häuslicher Carearbeit und der Nicht-Beachtung von Fragen der mit den Reproduktionsaufgaben in Zusammenhang stehenden Notwendigkeiten für die Wohnraum-, Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturplanung (Becker 2010: 807). Etwaige partizipative Planungsprozesse müssten geschlechtersensibel gestaltet werden, wobei ein großes Problem die fehlende Gender-Kompetenz der Planungsakteur_innen sei (Bitzan 2016b).

Das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung trägt sich bis in die Praxis hinein fort. Die professionell involvierten Akteur_innen inszenieren ein Partizipationsverständnis, das sich zusammenfassend als eher formatorientiert, konsensorientiert und mit einem Steuerungsinteresse ausgestattet, beschreiben lässt. Die Ausführungen dieses Abschnitts helfen dabei, für die Rationalität entsprechenden der Praxis veranstalteter Partizipation zu sensibilisieren.

2.4 Pädagogik und Partizipation

Der Diskurs der Partizipation in den Erziehungswissenschaften bzw. der Pädagogik ist komplex. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, Partizipation aus einer pädagogischen Perspektive begrifflich zu rahmen. Dies kann nur fragmentarisch und überblickshaft gelingen. Der Partizipationsbegriff tangiert die pädagogische Grundfrage nach dem Verhältnis zwischen Subjekt und Struktur und der damit einhergehenden »pädagogische[n] Aufgabe im Spannungsfeld von Tradierung,

Einbindung und Veränderung« (Jergus 2020: 453). Jergus betont den engen Zusammenhang zwischen Politischem und Pädagogischem:

»Die kategorialen Berührungspunkte zwischen Partizipation und Pädagogik legen den Fokus auf Prozesse der Subjektwerdung im Horizont soziokultureller Zugehörigkeits- und Teilhabelogiken, die aktuell etwa im Umfeld gesellschaftlicher und bildungspolitischer Problemlagen als Fragen nach Inklusion und Integration aufscheinen« (ebd.: 453).

Wie in anderen Disziplinen auch, hat sich der Diskurs um Partizipation sehr ausgeweitet und die Rufe nach mehr und tiefgreifenderer und besserer Partizipation sind auch hier zu vernehmen. So hat sich der Begriff über die zunächst erfolgte Fokussierung auf das Erlernen von Verfahren und Perspektiven im Kontext politischer Bildung ausgeweitet auf die Frage, wie durch Bildungsprozesse Partizipation, verstanden als gesellschaftliche Teilhabe, befördert werden kann (ebd.: 453). Darüber hinaus hat Partizipation einen festen Platz im Begriffsinventar postwohlfahrtsstaatlicher Präventionsprogrammatiken, was für pädagogische Zusammenhänge eine Fokussierung auf das Selbst und die Tendenz einer Partizipationspflicht statt eines Partizipationsrechts bedeutet (ebd.: 453). Für Masschelein und Quaghebeur (2005: 56ff.) bringt das Subjekt hierbei in Anlehnung an Foucault Praktiken der Selbstregierung hervor:

»[P]articipation can be considered as an element in this mode of government: it is a regime or strategy for putting one's freedom into practice, for realising oneself as a free individual—that is, an autonomous, self-reliant, self-reflective, self-responsible individual, who invests in participation as a way to invest in herself and to (trans)form herself« (ebd.: 60).

Neben einem instrumentellen Verständnis von Partizipation, das sich auf Verfahren und Instrumente der Partizipation in der pädagogischen Praxis bezieht, findet auch im Kontext von Pädagogik die Verschränkung mit einem normativen Begriffsverständnis von Partizipation statt. Das heißt im Hinblick auf pädagogische Prozesse verknüpfen sich die methodische Herangehensweise und die Zielperspektive von Partizipation (Moser 2010). In normativer Hinsicht wird Partizipation etwa als Wert an sich für die Demokratie und die Demokratisierung von Institutionen begriffen (Hansen/Knauer/Friedrich 2006), als Bedingung für das gelingende Aufwachsen (Sünker 2005), als Modus von Lernen und des Erwerbs individueller und sozialer Kompetenzen (Schäfer 2019) bzw. von Erfahrungen der Selbstwirksamkeit (Bandura 1997) oder als Anforderung an pädagogische Settings zur Herstellung von Bildungsteilhabe (Prenzel 2016) und politischer sowie sozialer Integration (Schröder 2012) und schließlich als Praxis eines Rechts auf Selbstrepräsentation (Liebel 2019).

Die Unschärfen (Betz/Gaiser/Pluto 2010) und Ambivalenzen (Ahrens/Wimmer 2014) des Partizipationsbegriffes ergeben sich nicht zuletzt aus der gleichzeitigen Attraktivität für sowohl sozialstaatlich-steuernd-befriedende als auch emanzipatorisch-gerechtigkeitsorientierte Argumentationslinien (Jergus 2020).

Im Bereich der *frühkindlichen Bildung* betont Equit (2018) zwei wesentliche Diskurslinien der Partizipation: die Fachdiskussionen zum Stellenwert von Aneignung und Selbstbestimmung als wesentliche Voraussetzungen für (demokratische) Bildungsprozesse und jene zum Stellenwert der Kinderrechte. U.a. Hildebrandt (2021) verbindet beide Linien und betont die bereits in der Krippe zu fördernden demokratischen Kompetenzen von Kindern als Praxis der Kinderrechte, die durch kinderrechtsbasierte Qualitätsstandards in Institutionen zu sichern sei (Uray-Preininger 2019). Knauer und Sturzenhecker (2016) rahmen die Beteiligung an formellen Entscheidungsprozessen im Sinne von Bildung zur Demokratie in Kindertageseinrichtungen. Deren Partizipationsbegriff beinhaltet die Notwendigkeit von Lernprozessen von Kindern am demokratischen Modell, um zu autonomen, mündigen Bürger_innen von morgen zu werden. Institutionelle Partizipationsbemühungen in Kindertageseinrichtungen bewegen sich nach Equit (2018) im Spannungsfeld zwischen Instrumentalisierung und Partizipation, verstanden einerseits als wohlfahrtsstaatliches Programm und andererseits als kritische Perspektive auf die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe auch der Kinder, deren Verwirklichungschancen gesellschaftlich behindert werden (ebd.).

»Frühe partizipative Bildung verspricht demzufolge einen zukünftigen Bürger, eine zukünftige Bürgerin, der/die nicht nur den Anforderungen vollinklusive Erwerbstätigkeit entspricht, sondern darüber hinaus auch den beteiligungsorientierten demokratischen idealen Staatsbürger resp. Ideale Staatsbürgerin repräsentiert.« (ebd.: 94)

Equit sieht im Teilhabebegriff eine notwendige Möglichkeit zur Perspektivverschiebung, um die der deliberativen Partizipationspraxis in Kindertageseinrichtungen immanente soziale Selektivität in den Blick nehmen zu können (ebd.: 94). In den vergangenen Jahren hat sich im Bereich der frühkindlichen Bildungsforschung zudem das partizipative Forschungsparadigma weiterentwickelt (Bollig/Kelle 2014; Schelle/Blatter/Michl 2019; Thomas 2021; Thole/Simon/Prigge 2022).

Im Themenfeld Partizipation und *Schule* werden die UN-Kinderrechtskonvention als rechtliche Grundlage für die Entwicklung demokratischer Schulen (Krappmann 2016) sowie die UN-Behindertenrechtskonvention insbesondere im schulischen Inklusionsdiskurs (Asbrand et al. 2020) zitiert. Der Inklusionsdiskurs thematisiert Partizipation tendenziell eher als Teilhabe von gesellschaftlich behinderten Schüler_innen in schulischen Settings (Lang/Sarimski 2019). Partizipation und Inklusion als Schlüsselbegriffe demokratischer Schulen werden häufig

im Spannungsfeld zwischen emphatischer Betonung und kritischem Realitätscheck thematisiert (Gerhartz-Reiter/Reisenauer 2020). So übt Lindner (2016) Kritik an der tendenziell eher an Legitimationsproduktion interessierten schulischen Mitbestimmung, die sich zumeist in parlamentarischen Formaten realisiere. Diese verstärkte letztlich Ungleichheit und Benachteiligung und demnach bedürfe es einer Wende hin zu einer grundlegenden Orientierung an der Partizipationsbefähigung Jugendlicher (Boban/Hinz 2020). Ethnografische Forschungen zu Partizipation in Schule bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Partizipation, verstanden als Programm, und Partizipation, verstanden als nicht pädagogisch intendierte Praxis »ohne Einladung« (Müller/Munsch 2021). Sie beleuchten etwa Handlungsmacht von Schüler_innen zwischen Passung und Verletzbarkeit am Beispiel des Klassenrates (Flügel 2021) oder Aushandlungsprozesse zur Erarbeitung gemeinsamer Regeln in einer Demokratischen Schule (Leßner 2021). Budde (2010) arbeitet kritisch heraus, dass die Asymmetrie im Lehrer_innen-Schüler_innenverhältnis den Anspruch und Ausgangspunkt vieler Partizipationsangebote konterkariere – die Norm der Gleichheit. Partizipationspraxis sei so ambivalent, dass die Schüler_innen zuvorderst mit Praktiken des *doing student* reagierten, anstatt das Machtgefüge zu bearbeiten (ebd.: 393).

In der *Kinder- und Jugendarbeit* ist Partizipation von Kindern und Jugendlichen einer der zentralen Schlüsselbegriffe. Als leitendes Handlungsprinzip ist Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im § 11 SGB VIII rechtlich verankert und programmatisch breit ausgearbeitet (Schwanenflügel/Schwerthelm 2021; Voigts 2021). Historisch betrachtet, fußt der Diskurs der Partizipation in der Jugendzentrumsbewegung der 1960er und insbesondere der 1970er Jahre (Templin 2015), in der nicht von Partizipation, sondern von Selbstorganisation und Selbstverwaltung im Sinne einer emanzipatorischen Jugendarbeit (Giesecke 1978) die Rede war (Katzenmaier/Böttcher 2021). Selbstorganisation wird in der Jugendarbeit weiterhin ein Stellenwert beigemessen, der insbesondere anschlussfähig ist im Diskurs um das gesellschaftliche Engagement als demokratiebildende Praxis (Sturzenhecker/Schwerthelm 2016) und Jugendbewegungen als aktivistische Praxis im Kontext globaler und gesellschaftlicher Transformationsnotwendigkeiten (Posmek 2022). Dennoch ist die Selbstorganisation insbesondere von benachteiligten Jugendlichen Hemmnissen ausgesetzt (Schwerthelm/Sturzenhecker 2021) und sind Räume der Selbstorganisation vielfach politisch/gesellschaftlich umkämpft (Pigorsch 2021a). Im Partizipationsdiskurs der Jugendarbeit findet sich zahlreiche programmatische, konzeptionelle und methodische Literatur zu Partizipation in Jugendverbänden (DBJR 2018) und der OKJA (AGJ 2018), die sich tendenziell eher an einem engeren Partizipationsbegriff im Sinne von Beteiligung und Mitbestimmung an sie betreffenden Entscheidungen und Aushandlungsprozessen orientieren. Zur Einschätzung dahingehender Qualität von Beteiligungsprozessen wird vielfach auf die Stufenleitern der Partizipation von Schröder (1995) oder Hart (1997) verwiesen.

Es liegen zudem empirische Forschungen zu Beteiligungsmöglichkeiten in der OK-JA vor (Seckinger et al. 2016), bei denen teils auch die Nutzer_innen selbst zu deren Partizipationsempfinden befragt wurden (Neumann/Riedel/Sturzenhecker 2020). Ein zentrales Spannungsfeld der Partizipationspraxis in der Jugendarbeit bleibt die Kontroverse zwischen den Zielen der Erziehung der Jugendlichen zu starken, mündigen, gesunden oder – kritisch – sozial angepassten Gesellschaftsmitgliedern einerseits und selbstbestimmten, eigensinnigen und gesellschaftskritischen Subjekten andererseits. Professionelle Jugendarbeiter_innen wirken dabei aktiv mit bei der Ermöglichung bzw. Begrenzung von Emanzipation (Scherr/Sturzenhecker 2014). Immer wieder wird sich dabei auch auf demokratietheoretische Prämissen bezogen, die der partizipativen Praxis als normative Grundlegung dienen: so kritisiert Lindner (2022) eine am Habermas'schen Ideal des Konsens orientierte Partizipationspraxis der Jugendarbeit und Demokratiebildung und orientiert ebenso wie Sturzenhecker (2013) oder Schwerthelm und Kohlschmidt (2022) auf konfliktorientierte Partizipationslogiken in der Praxis. Zentrale Begründungen für die Abkehr von Konsenslogiken sind auch hier Machtrelationen und ungleichheitsreproduzierende Effekte von Praxis.

Insofern Jugendarbeit auch den Auftrag hat, in die *Sozialräume* hinein zu wirken (Sturzenhecker/Noack/Freitag 2018; Lindner 2021), arbeitet sie an der Partizipation der Jugendlichen, verstanden als Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen, etwa gegen Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum (Deinet/Mildner 2009). In Bezug auf repräsentative Formate der Jugendbeteiligung im kommunalen Raum verzeichnen Roth und Stange (2022) einen Anstieg der Zahl der Jugendparlamente in Deutschland. Häufig sind es Akteur_innen der Jugendarbeit, die diese Prozesse unterstützen bzw. organisieren ebenso wie kommunale Koordinierungsstellen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Hier gibt es eine Verschränkung zwischen demokratischer/politischer Bildung und sozialräumlicher Partizipationspraxis (Maykus 2018).

Der Überblick zu pädagogischen Perspektiven auf Partizipation wurde vorgenommen, um sich dem zu nähern, wie insbesondere professionelle Akteur_innen aus dem Bereich der Pädagogik den Begriff der Partizipation rahmen (zumindest welche Deutungsangebote die wissenschaftliche Wissensbasis der Disziplin vorhält). Dies ist hilfreich, um sich den Aushandlungsprozessen zwischen Vertreter_innen unterschiedlicher Sichtweisen analytisch nähern zu können. Dabei wurde aus pragmatischen Gründen eine Trennung zwischen Sozialer Arbeit und (Sozial-)Pädagogik/Erziehungswissenschaften vollzogen. Der Partizipationsdiskurs Sozialer Arbeit wird im nun folgenden Abschnitt beleuchtet.

2.5 Soziale Arbeit und Partizipation

Es sollte nun deutlich geworden sein, dass Partizipation in sehr heterogenen Disziplinen und Fachdiskursen als Begriff begründet wird. Im Kontext Sozialer Arbeit wird Partizipation als transdisziplinärer Begriff verhandelt, entlang unterschiedlicher disziplinärer Begründungslinien hergeleitet und aber auch aus der Disziplin Sozialer Arbeit heraus begründet. Im Ansinnen, einen für die vorliegende empirische Arbeit gegenstandsangemessenen Partizipationsbegriff zunächst theoretisch herauszuarbeiten, wurde Partizipation in den vorangegangenen Abschnitten erstens aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet und demokratietheoretisch hergeleitet, dann zweitens aus den Perspektiven der (Stadt-)Planung sowie drittens der Pädagogik skizziert und soll nun viertens um die Perspektive Sozialer Arbeit begrifflich zusammengeführt und verdichtet werden. Dazu wird Partizipation zunächst als demokratieorientierte Handlungsmaxime Sozialer Arbeit beschrieben, dann um Bezugspunkte des Partizipationsdiskurses ergänzt und für die Unterschiede zwischen einem engen und einem weiten Partizipationsbegriff Sozialer Arbeit sensibilisiert, um schließlich zu einem die Arbeit leitenden kritischen Partizipationsverständnis Sozialer Arbeit zu gelangen.

2.5.1 Partizipation als demokratieorientierte Handlungsmaxime Sozialer Arbeit

Schnurr (2018) bezeichnet Partizipation in der Sozialen Arbeit als einen »Schlüsselbegriff« (Schnurr 2018: 631), was angesichts der breiten Resonanz des Begriffes in den unterschiedlichen Theoriepositionen Sozialer Arbeit eine mehr als berechtigte Bezeichnung zu sein scheint. Partizipation wird als übergreifendes Ziel Sozialer Arbeit beschrieben sowie als zentrale Handlungsmaxime (Urban 2005; Debiel 2006; Rieger 2015), als Element der Professionalisierung sozialer Dienste (Wurtzbacher 2022: 636), als Mitwirkung an den Arbeitsformen der Sozialen Arbeit (Autrata 2013: 16), als professionelle Haltung und Korrektiv (Rieger 2015), als Ausdruck von Fachlichkeit (Motzke 2014: 61) oder auch als spezifische Qualität von Handlungspraxis, die die Zugangsmöglichkeiten der Adressat_innen zu Ressourcen verbessert (Dewe/Otto 2012: 204). Oft jedoch bleibt unklar oder sogar umstritten, was genau Partizipation bedeutet, worin handlungsfeldübergreifende Gemeinsamkeiten im Begriffsverständnis liegen und was Partizipation ganz praktisch heißt (Schnurr 2018: 631).

Partizipation ist bei aller Unterschiedlichkeit der Theoriepositionen ein »politisch-normatives Konzept« (Kardorff 2014: 13), das eng mit dem Ziel der Demokratisierung sozialarbeiterischer Praxis verbunden ist (Flösser/Otto 1998; Oehler 2019). In der globalen Definition Sozialer Arbeit der International Federation of Social Workers (IFSW) wird betont, dass »Soziale Arbeit [...] gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung

der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen [fördert]« (DBSH 2016), wobei »[d]ie Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt [...] die Grundlage der Sozialen Arbeit [bilden]« (ebd.). Hier wird deutlich, dass der in seiner Handlungsfähigkeit zu fördernde Mensch nicht ohne die sozialen und gesellschaftlichen Strukturen gedacht werden kann, deren Teil er ist, und die ebenso Ziel gemeinwohlorientierter Veränderungen sind. Soziale Arbeit bewegt sich damit zwischen Subjekt und Struktur, sie »befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein« (ebd.). Mit diesem Selbstverständnis einher geht das Bild der Adressat_innen als Subjekte demokratischer Gemeinwesen, die Anteil nehmen an der Gestaltung von Gesellschaft und mitentscheiden sollen über deren Regeln und Normen (Schnurr 2018: 633). Es kann auf einen Subjektbegriff verdichtet werden, der den Adressat_innen eine spezifische Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit zuspricht und im Rahmen dieser Arbeit unter der Bezeichnung *Praxissubjekt* geführt wird. Partizipation kann hier bestimmt werden als Handlungsprinzip in der Arbeit mit den Adressat_innen, als Wert an sich sowie als politische Praxis demokratischer Selbstorganisation, förderliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen – wo immer möglich gemeinsam mit den Adressat_innen. Kunstreich und May (2020) sprechen im Ansinnen, Partizipation als Praxis einer die Kluft zwischen Subjekt und Struktur dialektisch aufhebenden »gemeinsamen Aufgabenbewältigung« von Sozialarbeitenden und Adressat_innen, von »Partizipation als Arbeitsprinzip« (ebd.). Partizipation bedeutet, so verstanden, die »Handlungs- und Erfahrungsdomänen der Betroffenen« durch die »Stärkung sozialitärer Teilhabemacht« (Kunstreich 2001: 128) zu erweitern.

Mit Blick auf die Praxis Sozialer Arbeit muss jedoch anerkannt werden, dass der Partizipationsdiskurs allzu oft nur unzureichend die tiefen Widersprüche der Partizipation widerspiegelt. So stehen Soziale Arbeit und Demokratie seit den 1970er Jahren in einem Spannungsverhältnis »von politischer Aktion (*social movement perspective*) und sozialtechnischer Einhegung von oben initiiert Partizipation« (Kardorff 2014: 11). Das Narrativ der Sozialen Arbeit als gesellschaftsverändernde und transformierende Kraft greift also zu kurz, wenn nicht deren doppelte Verstrickung, ihr »institutionalisierter Konflikt« (Kunstreich 1975) oder ihre »Dialektik der Institutionalisierung [...] klassisch auseinandergelegt in ›Hilfe‹ und ›Kontrolle‹« (Sünker 2006: 145) vor Augen geführt wird: Soziale Arbeit bewegt sich zwischen Emanzipation und Befriedung, zwischen Transformation und Stabilisierung und damit inmitten der Widersprüche postwohlfahrtsstaatlicher und spätkapitalistischer Sozialpolitiken. Politik ist der Sozialen Arbeit immanent (Sünker 2001) und »allen anderen Bestimmungen vorgängig, ohne dass damit die Differenz von Politik und Sozialpädagogik aufgehoben wäre« (ebd.: 71). Neben dem Anspruch also, Soziale Arbeit als demokratische, partizipative und teilhabeorientierte Praxis zu realisieren, steht ihr Eingee-

wobensein in die Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Dies kann man aktuell, wie u. a. Köttig und Röh (2019) im Kontext des europäischen Umgangs mit Flucht und Asyl betonen, an der Gleichzeitigkeit sozialarbeiterischer Bestrebungen zwischen der Er kämpfung von Rechten für Geflüchtete und der Eingebundenheit in restriktive nationalstaatliche Politiken ablesen (ebd.: 11). Theorieangebote, die Partizipation ausschließlich emphatisch einfordern, laufen damit Gefahr, die Kontroversen und Paradoxien, die im Partizipationsbegriff angelegt sind und sich in der Praxis zeigen, zugunsten einer affirmativen Wiederholung der Handlungsmaxime auszublenden.

2.5.2 Bezugspunkte des Partizipationsdiskurses in der Sozialen Arbeit

Von Kardorff hat in einem 2014 erschienenen Artikel recht übersichtlich herausgearbeitet, welche Bezugspunkte des sozialpädagogischen Partizipationsdiskurses besonders hervorzuheben sind. Diese sind 1) soziale Bewegungen wie die Heimkampagne, die Jugendzentrumsbewegung, die autonome Frauenhausbewegung oder antipsychoiatriische Initiativen, die teils gemeinsam mit Fachkräften realisiert wurden, 2) handlungsorientierte GWA-Konzepte, die Selbstorganisation und intermediäre Kooperation zwischen Bewohner_innen und lokalen Akteur_innen fördern, 3) die Selbsthilfe, etwa im Bereich Gesundheit oder in Bezug auf die Behindertenbewegung, als mitunter professionell unterstützte, alltägliche Partizipationsstrategie, 4) die Orientierung an der Lebenswelt der Zielgruppen insbesondere durch das Konzept der Lebensweltorientierung nach Thiersch, 5) die im Zuge der »Dienstleistungswende« (Olk/Otto 2003) entfachten Diskussionen um Partizipation der als mündig gerahmten Nutzer_innen sozialpädagogischer Dienstleistungen, 6) der Partizipationsbegriff des subjektorientierten Capability-Ansatzes in der Sozialen Arbeit sowie 7) die Entwicklung und Etablierung von Formen der E-Participation (Kardorff 2014: 11–13). Ein Bezugspunkt, der hinzuzufügen wäre, ist 8) der sich abzeichnende *critical turn* im neueren Partizipationsdiskurs Sozialer Arbeit, der gängige Partizipationsverständnisse hinsichtlich der Festigung gesellschaftlicher Ungleichheit hinterfragt.

Hervorgehoben werden sollen zum einen die Bezüge, die sich aus *sozialen Bewegungen* für den Partizipationsdiskurs Sozialer Arbeit ergeben (Debiel 2006: 345f.). So entspringt Soziale Arbeit als Beruf in historischer Betrachtung wesentlich sozialen Kämpfen um Demokratie, wie etwa bei Alice Salomon und Jane Addams (Oehler 2018). Dies schlägt sich etwa bei Oehler (2019) nieder im Vorschlag einer »demokratischen Professionalität« Sozialer Arbeit, im Rahmen derer die sonst häufig unterbelichtete Frage der Demokratie im Kontext von Professionstheorien Sozialer Arbeit wieder stark gemacht wird. Der Partizipationsbegriff erstreckt sich hier auf einen Modus demokratischer, dialogischer und aushandlungsorientierter Handlungspraxis, die Arbeit an demokratischen Organisationsformen und auf eine politisch-gesellschaftliche Praxis (ebd.: 240–247).

Zum anderen ist die Frage nach Partizipation dem *Selbsthilfediskurs* der Sozialen Arbeit immanent. So kann Selbsthilfe als Handlungsgrundsatz Sozialer Arbeit, die sich als Hilfe zur biografischen Selbstbestimmung, -ermächtigung, -organisation und -reflexion (Beushausen/Rusert/Stummbaum 2019: 273) bestimmen lässt, nicht ohne eine partizipative Gestaltung dieser Unterstützung realisiert werden. Diese mutualistischen Ansätze haben überdies eine demokratische Implikation, da sie als Formen der »Gegenseitigkeitshilfe [...] auf die Genossenschaftsartigkeit der gesundheitsbezogenen selbstorganisierten und selbstverwalteten Gruppen der Selbsthilfe [verweisen]« (Schulz-Nieswandt 2019: 24) und den Partizipationsdiskurs um die Aspekte Gebrauchswertorientierung und kollektive Kontrolle erweitern und so zu einer Politik des Sozialen als einer Alternative zur hegemonialen Sozialpolitik beitragen können (Widersprüche Redaktion 2015).

Ein zentraler Bezugspunkt des Partizipationsdiskurses in der Sozialen Arbeit ist das Konzept der *Lebensweltorientierung*. Die lebensweltorientierte Soziale Arbeit (Thiersch 2014) verankert Partizipation als eine von fünf Entwicklungs- und Strukturmaximen und wird wiederum selbst als zentrale Handlungsmaxime Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert verhandelt (Debiel 2006). Mit Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe bezeichnet Schnurr (2022) Partizipation als Schlüsselbegriff, der spätestens seit der Implementierung der Lebensweltorientierung in die Jugendhilfe mit dem Achten Kinder- und Jugendbericht (Bundesministerium für Frauen und Jugend 1990) und der zur gleichen Zeit ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention nicht mehr wegzudenken ist (ebd.: 14).

In der Theorie Sozialer Arbeit als *Dienstleistung* (Schaarschuch 1998; Oelerich/Schaarschuch 2005) und deren Weiterentwicklungen wird die Partizipation bzw. aktive Beteiligung der Nutzer_innen bei der Dienstleistungserbringung betont (Wurtzbacher 2022: 636). Fachliches Handeln braucht den »Willen zur Partizipation« (Motzke 2014: 61), der sich unabdingbar aus dem Phänomen der Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsumption der sozialarbeiterischen Dienstleistungen ergibt, denn Fachkräfte könnten ihre Arbeit nicht »vorproduzieren [...], sondern sie [erbringen] ihre Arbeit in Koproduktion mit ihren Adressaten« (ebd.: 61). Soziale Dienstleistungen, die einseitig durch Fachkräfte geplant werden, werden hier zugunsten jener dialogischen Vorgehen abgelehnt, die den Gebrauchswert der Dienstleistungen für die Adressat_innen stark machen (ebd.: 62).

Schließlich soll hier ein sich abzeichnender *critical turn* im neueren Partizipationsdiskurs Sozialer Arbeit als Bezugspunkt nicht fehlen. So werden insbesondere enge Partizipationsverständnisse in der Sozialen Arbeit auf deren Blindstellen, soziale Ungleichheit in Bezug auf subalterne, sozial benachteiligte, gesellschaftlich diskriminierte und ausgeschlossene Adressat_innen Sozialer Arbeit zu reproduzieren, kritisch hinterfragt (Munsch 2012; Wagner 2017; Pigorsch 2021b; Pigorsch 2022b; Schwerthelm/Kohlschmidt 2022; Rund 2022). Auf diesen Aspekt wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch näher einzugehen sein.

2.5.3 Zwischen weiten und engen Begriffsverständnissen von Partizipation in der Sozialen Arbeit

Schnurr (2022) unterscheidet zwischen Partizipation als Teilnahme im Sinne der konkreten Mitwirkung an Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen und Teilhabe im Sinne eines weiteren Verständnisses von Partizipation als »einen Anteil haben« an den gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen und den damit verbundenen Möglichkeiten zur Realisierung individueller Lebensentwürfe und zur Herausbildung von Subjektivität« (ebd.: 17). Das engere Begriffsverständnis von Partizipation als Teilnahme wird von Munsch und Müller (2021) auch als »Partizipation als Veranstaltung und als Programm« (ebd.: 13) gerahmt, um die vielfältigen institutionalisierten Formate der Partizipation gegenüber alltäglichem, flüchtigem und informellem Partizipationshandeln abzugrenzen. Teilhabe wiederum bezeichnet tendenziell eher ein weites Partizipationsverständnis. Auch Wesselmann (2019) unterscheidet im Ansinnen, einen gemeinsamen Begriff zu finden, zunächst zwischen einem engen und einem weiten Begriffsverständnis und ordnet den Begriff der Partizipation eher einer (im engen Sinne) Form aktiver Mitbestimmung zu, während Teilhabe (im weiteren Sinne) eher für eine Verhältnisbestimmung des Einzelnen zum Staat und zweitens für Praktiken der Aneignung von gesellschaftlich gegebenen Ressourcen und Möglichkeiten individueller Lebensführung steht.

Vertreter_innen eines *engen Begriffsverständnisses* sehen Partizipation als »Teilhabe an Entscheidungsmacht« (Urban 2005: 175). Partizipation meint hier insbesondere die Mitwirkung an Entscheidungen und die Einflussnahme auf das Ergebnis im Kontext konkreter Partizipationsprozesse in institutionellen Kontexten Sozialer Arbeit (Straßburger/Rieger 2019b). Die Spezifizierung hin auf ein enges Begriffsverständnis entspringt dabei vorrangig dem Bemühen, die Qualität von Partizipation in Einrichtungen Sozialer Arbeit im Sinne der Adressat_innen zu verbessern. Einer Exploration von Rieger (2015) folgend werde Partizipation von Fachkräften zwar mehrheitlich bejaht, jedoch ginge die konkrete Umsetzung häufig nicht über Vorstufen von Partizipation hinaus (ebd.: 342). Um die Begrenzungen der Partizipation, die sich durch den institutionellen Rahmen ergeben, konstruktiv bearbeiten zu können, beurteilen Vertreter_innen eines engen Begriffsverständnisses die Intensität und Qualität von Partizipation in politischen und institutionellen Zusammenhängen häufig anhand von Stufenmodellen der Partizipation (Wright/Unger/Block 2010; Straßburger/Rieger 2019a). Somit kann gelingen, die Aushandlungsprozesse »zwischen ungleichen, aber gleichwertigen Partnern« (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011: 22) im Kontext asymmetrischer Machtverhältnisse ernsthafter und wirksamer zu gestalten.

Partizipation in einem *weiten Begriffsverständnis* wird (in Ergänzung zum oben erwähnten Aspekt rechtlicher und gesellschaftlicher Teilhabe an Ressourcen) in einer subjektorientierten Lesart begreifbar als »die Einflussnahme auf ein subjektives

Ganzes, um die eigene Lebensqualität zu erhalten oder zu erhöhen« (Scheu 2013: 21). Sozialarbeiterische Praxis in dieser Lesart ist damit nicht automatisch partizipativ, nur, weil sie als solches bezeichnet wird. Weite Begriffsverständnisse sind perspektivisch relational, weil sie die Handlungsorientierungen der Subjekte als Ergebnis einer Verhältnisbestimmung zwischen Teil und Ganzem einordnen (Autrata 2013: 17). Erweiternd bestimmen Munsch und Müller (2021) den Alltag als Orientierungspunkt von Partizipation und eben nicht die professionelle Perspektive. So werden die Strategien von Teilnahme und Teilhabe sichtbar, die Akteur_innen nutzen, um Ressourcen für ihren Alltag aufzuschließen (Küchler 2021; Pigorsch 2022b). Dieser, die Partizipation als Gefüge, als Verhältnis fassenden Perspektive, sind kritische Impulse inhärent, die zur Klärung der Ambivalenzen von Partizipation »als Programm« (Munsch/Müller 2021: 13) und »als Bestandteil alltäglicher Aktivität« (ebd.: 19) beitragen können.

2.5.4 Zu einem kritischen Partizipationsbegriff Sozialer Arbeit

Im Weiteren soll der Partizipationsbegriff als eingebettet in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingefangen und damit über eine Verhältnissetzung kritisch bestimmt werden. Soziale Arbeit als transdisziplinäres Unterfangen, die eingebunden ist in eine Vielzahl multiprofessioneller Kontexte, entwickelt Praxis in Auseinandersetzung, Zusammenarbeit und Abgrenzung zu anderen Akteur_innen und Institutionen. Im Kontext der Partizipationspraxis trifft sie häufig, wie im weiteren Verlauf der Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit (GWA) beschrieben wird, auf eine Vielzahl an Akteur_innen mit je eigenen Vorstellungen von Partizipation (u.a. aus Politik, Verwaltung, Planung). Hierbei ist wichtig, dass »Partizipation als Programm« (Munsch/Müller 2021: 13) aufseiten der Organisator_innen in der Regel mit einer spezifischen Intentionalität, etwa der Diskussion (oder auch: Legitimation) eines Planungsprozesses, verbunden ist. Gleichsam muss im Blick behalten werden, dass die Institutionen selbst nicht kontextlos agieren, was deren Eingebundenheit in die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse anbetrifft. Die Soziale Arbeit und ihre Adressat_innen bewegen sich daher in Räumen, in denen unterschiedliche Interessen in einem asymmetrischen Beziehungsgefüge aufgeführt und konflikthaft verhandelt werden. Partizipation in veranstalteten Partizipationsräumen ist damit widersprüchlich bestimmt und muss mit den spezifischen Vorstellungen der Sozialen Arbeit, was Partizipation ist oder sein sollte, nicht zwangsläufig übereinstimmen.

Aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit bzw. der (Nicht-)Nutzungsforschung (Steinert 2003; Bareis/Cremer-Schäfer 2013; Stehr 2021) macht es Sinn, Partizipation als *Doppelbegriff* zusammen mit dem Begriff der sozialen Ausschließung zu denken. Partizipation wird hier aus der Alltagsperspektive gefasst und meint die Realisierung von Teilnahme an gesellschaftlich erzeugten Ressourcen

(siehe auch das erweiterte Partizipationsverständnis u.a. von Küchler (2021), das sich ebenfalls an der (Nicht-)Nutzungsforschung orientiert). Damit erhält Partizipation eine andere Bedeutung als ein von Professionellen als partizipativ bezeichneter Prozess: Die in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebundenen »Alltagsakteur_innen« (Herzog 2015) im Sinne von Teilnehmenden, die nicht zuvorderst mit einem professionellen Auftrag zur Veranstaltung kommen, rücken als »eigensinnige« (Steher 2013), handlungsfähige Subjekte in den Fokus. Dieser kritische Begriff der Partizipation betont die Gebrauchswerthaftigkeit von Partizipation aus der Perspektive des Alltags und rahmt Teilnahme als konflikthafte Praxis innerhalb gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse (Bareis/Cremer-Schäfer 2013). Wenn Partizipationsangebote also nicht genutzt werden, kann dies aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung Anlass dazu sein, über die der Situation inhärenten möglichen Beschränkungen oder Behinderungen von Teilnahme zu reflektieren. Gleichsam betont die Alltagsperspektive *from below* (Bareis 2012) die Strategien und Techniken, die sich Alltagsakteur_innen zunutze machen, um Ressourcen trotz Beschränkungen für sich aufzuschließen.

Der doppelte Begriff von Partizipation und Ausschließung ist überdies analytisch sinnvoll, weil so gefragt werden kann, »über welche Prozesse und in welcher Form Partizipation darüber erschwert bis verhindert wird, dass sozialen Akteuren für die Teilnahme benötigte gesellschaftlich produzierte Ressourcen systematisch vorenthalten, verweigert oder nur begrenzt zugänglich gemacht werden« (Steher 2021: 191). Damit wird zugleich die demokratietheoretische Dimension des Begriffes der sozialen Ausschließung betont (Steinert 2003: 277). Ein so verstandener Komplex von Partizipation und Ausschließung betrachtet Partizipation als relationales Gefüge in Situationen, Dynamiken und Konflikten und sensibilisiert eher für die Akteur_innen, die (nicht-intendiert) ausschließen, als für jene, die ausgeschlossen werden (ebd.: 283).

3 Gemeinwesenarbeit zwischen Konfliktorientierung und Intermediarität

Soziale Arbeit hat eine lange Tradition der Gemeinwesenarbeit (GWA). Die vorliegende Arbeit forscht und verortet sich im Feld der GWA, die hier als begriffliche Klammer für das sozialraumbezogene Handlungsfeld Sozialer Arbeit dient (Stövesand 2019). Dieses umfasst auch Ansätze des Community Organizing, der Stadtteilarbeit, des Quartiersmanagements, der in den Sozialraum hinausreichenden Jugendarbeit oder der aufsuchenden Sozialen Arbeit. Partizipation ist dabei eine zentrale Handlungsmaxime, wie auch grundsätzlich in der Sozialen Arbeit. Unter der Bezeichnung GWA lassen sich ganz unterschiedliche Praxisansätze und Organisationsformen finden – es gibt nicht *die* eine GWA. Dennoch gibt es allgemeine und konzeptionell-übergreifende Gemeinsamkeiten, die sich zu folgender Definition von GWA verdichten lassen:

»Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet.« (Stövesand/Stoik 2013: 21)

Die verschiedenen konzeptionellen Ansätze lassen sich entlang ihres Verhältnisses zu Politik unterscheiden zwischen konfliktorientierten, (gesellschafts-)kritischen, transformatorisch-emanzipatorischen Ansätzen einerseits und eher affirmativ-integrativen Ansätzen andererseits (Bitzan/Stövesand 2022: 42).

3.1 Das Verhältnis von GWA und Politik zwischen kritischer und affirmativ-integrativer GWA

In der GWA wird seit Jahrzehnten daran gearbeitet, die »Trennung zwischen gesellschaftlichen Strukturproblemen auf der Makro-Ebene und lebenspraktischen Problemen auf der Mikro-Ebene – das heißt zwischen Lebenswelt und System – demokratisch aufzuheben« (Schmidt/Pigorsch 2022: 283). GWA »bedeutet, individuelle Probleme im analytischen Zugang und im professionellen Handeln mit gesellschaftlichen Bedingungen zu verknüpfen« (Stövesand 2021: 345). Dabei lässt sich das Ziel der Gestaltung von Verhältnissen gemeinsam mit den Adressat_innen, z.B. durch den Aufbau von Selbstorganisationsstrukturen und in Form von öffentlichen Problematisierungen, nur über einen durch Beziehungsarbeit hergestellten Zugang zu Wissen über die alltäglichen Kämpfe und eigensinnigen Bewältigungsweisen der Adressat_innen realisieren. Alltagswissen wird dabei als in einem Bedingungs Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen stehend verstanden, das Hinweise auf die gesellschaftlichen Konflikte und Kämpfe um Ressourcen gibt. Mit dem Ziel der Erweiterung von Handlungsspielräumen der Adressat_innen arbeitet GWA traditionell nicht an der Individualisierung von Problemen, sondern agiert gegen diese mittels einer auf kollektive Handlungsfähigkeit orientierten Arbeitsweise (Bitzan 2016a: 375).

In den 1970er Jahren gab es erste Annäherungen an ein kritisches Verständnis von GWA. Zuvor waren es eher sozialintegrative Ansätze (Ross/Lappin 1971), die in der BRD diskutiert wurden und der GWA einen Platz in der »Koordination der Fürsorge-Verbände und Vereine und [...] [bei der] Partizipation der betroffenen Bürger zum Zwecke der Selbsthilfe« (Müller 1997: 114) zuwiesen. Dabei gab es in den USA (Alinsky 1974; Specht 1973) und in England, Italien und den Niederlanden durchaus aggressive Konzepte und Aspekte von GWA, die in den Lehrwerken aber keinen Niederschlag fanden (Müller 1997: 114). Vor einem halben Jahrhundert entwickelte sich eine radikale GWA-Konzeption rund um das Burckhardthaus sowie die »Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit« der Victor-Gollancz-Stiftung (Victor-Gollancz-Stiftung 1975; Müller 1997: 119ff; Kunstreich 2014: 124), die sich klar gegen harmonisierende Ansätze der GWA richtete und ihr Augenmerk auf Selbstorganisation und die damit einhergehende Überwindung unterdrückender und entfremdender Herrschaftsverhältnisse legte. Deren fundamentaldemokratische Forderungen wurden von den Träger_innen und Geldgeber_innen der Einrichtungen nicht toleriert und führten zur Reorganisation bzw. Schließung der Institutionen (Müller 1997: 130f.). »Beide Konflikte markieren zugleich das Ende der [...] ›wilden Jahre‹ [...]. Dabei spielten GWA-Projekte rein zahlenmäßig nie eine große Rolle« (Kunstreich 2014: 125). Bedeutend waren sie vielmehr durch die fachliche Aufmerksamkeit, die sie erlangten. »Sowohl die ersten Dozenten – als auch Studentengenerationen fühl-

ten sich als Pioniere einer neuen kritischen Sozialarbeit, die nicht bei der Ideologiekritik stehen blieb, sondern auch wirklich neue Wege gehen wollte.« (ebd.: 125)

Ein erster an die kritischen Denkweisen anknüpfender Versuch eines Gesamtkonzeptes von GWA, das auf Gesellschafts- und Handlungstheorien beruhte und der GWA nicht lediglich als dritte Methode der Sozialen Arbeit neben Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit verstand, war die »Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip« (Boulet/Krauss/Oelschlägel 2019[1980]). Struktur und Individuum wurden darin nicht getrennt voneinander betrachtet, sondern ihr Nexus begründete Inhalt und Handlungspraxis:

»Die primäre Orientierung der GWA richtet sich auf die Emanzipation des Gemeinwesens; diese ist zu verstehen als prozeßhafte Entwicklung zu einem Zustand, bei dem zunehmendes Bewußtsein über die eigene Lage das Handeln ungebrochener zu leiten vermag und sich insbesondere durch immer umfassendere Teilnahme (Partizipation) am Leben des Gemeinwesen und an den Entscheidungsstrukturen, die dieses Leben bedingen, auszeichnet. Hierbei stehen Emanzipation und Partizipation notwendigerweise in einem dialektischen Wechselverhältnis, indem sie sich gegenseitig voraussetzen und hervorrufen« (ebd.: 289).

Damit wurde auch konzeptionell herausgearbeitet, dass pädagogische Arbeit mit Einzelnen und Gruppen zur Befähigung zur Selbsthilfe in eins gehen muss mit der gemeinsamen Reflexion über strukturelle Missstände, die die Entfaltung von Eigenaktivität verhindern (ebd.: 289). Das politische Moment bestand in der Grundlegung, dass Individuen sich selbst (mit Unterstützung der GWA) in die Lage versetzen, strukturelle Veränderungen in von ihnen gemeinsam gestalteten Gemeinwesen vorzunehmen. Dem lag eine kritische Gesellschaftsreflexion zugrunde, nämlich

»die durch die zunehmende Zerteilung der Lebenswelten (Arbeit, Konsum, Rekreation, Sozialisation usw.) entstehende Entfremdung und ihre Folgeprobleme tendenziell aufheben zu können; – die durch gesellschaftliche Prozesse gestörten Mensch-Mensch und Mensch-Umwelt-Beziehungen, die sich im konkreten Wohnbereich zeigen, exemplarisch verbessern zu lernen« (ebd.: 290).

Im Verständnis von GWA als Arbeitsprinzip gibt es drei Formen, die im Sinne von Ordnungskriterien unterschiedliche Zugänge und Organisationsformen verdeutlichen und die auch heute noch im Sprachgebrauch der GWA Anwendung finden (Stövesand/Stoik 2013: 16). Es wird unterschieden zwischen territorialer, funktionaler und kategorialer GWA, wobei sich territoriale GWA auf einen konkreten politisch-ökologischen Raum wie etwa eine Nachbarschaft oder einen Stadtteil bezieht, in dem gemeinsam an Formen der Kommunikation, Problemlösung und Repräsentation gearbeitet wird bezieht (z.B. im Rahmen von Stadtteilstesten, -zeitingen und politischen Selbstvertretungsstrukturen). Funktionale GWA fokussiert

auf die institutionellen Versorgungsstrukturen in einem Gemeinwesen, die für die Erfüllung reproduktiver (und im Rahmen von GWA zu erhebender) Bedürfnisse der Bewohner_innen notwendig sind und eingefordert, entwickelt und gestaltet werden. Unter kategorialer GWA ist die Arbeit mit nach gesellschaftlichen Kategorien wie Alter, Geschlecht, kultureller und (post)migrantischer Zugehörigkeit unterscheidbaren Gruppen gemeint, deren je spezifische Vermögen und Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, die in dialektischer Vermittlung mit dem Gemeinwesen nicht nur über Prozesse der Bildung entwickelt, sondern als Formen der Selbstorganisation im besten Fall über »Intergruppenarbeit« demokratisch umgesetzt werden sollen (Boulet/Krauss/Oelschlägel 2019[1980]: 293ff.).

May (2017) knüpft mit seiner aktuellen Theorie von »Soziale[r] Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen« an das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit an. Hierbei ist die Annahme dialektischer Vermittlung der »inneren« Gemeinwesen von Bewohner_innen mit dem »äußeren« Gemeinwesen zentral, die verknüpft wird mit Fragen nach der Entwicklung nicht nur demokratischer, sondern auch sozialer Gemeinwesen »in der Verwirklichung menschlicher *Subjektivität*« (ebd.: 33). Um zu ermitteln, was die Menschen wirklich wollten, bedürfe es keiner Befragungen per Postwurfsendung oder beiläufiger Wunschproduktionen auf Stadtteilstesten, sondern einer dialogischen »Politik der Bedürfnisinterpretation« (Fraser 1994a), verstanden als Herangehensweise, in der Bedürfnisse nicht bereits durch Professionelle definiert oder auch lediglich interpretiert werden, sondern in der an der gemeinsamen »Verwirklichung ihrer *Subjektivität*, als auch [...] ihrer Selbstvergewisserung, sowie der kollektiven, demokratischen Vergewisserung« (May 2017: 141) gearbeitet wird. Diese Prozesse der Bedürfnisinterpretation und Problemartikulation sind gleichsam Prozesse der Bildung, die die Einzelnen mit deren Vorstellungen und Vermögen (inneres Gemeinwesen) in dialektische Vermittlung mit dem äußeren Gemeinwesen treten lassen. So verstanden arbeitet GWA am Prozess der »Bildung des Sozialen«, die dialektisch vermittelt ist mit einer »Bildung am Sozialen« (Kunstreich/May 1999; May 2017). Die Politikimmanenz einer so verstandenen Sozialen Arbeit liegt demnach in der demokratischen Entwicklung von Gemeinwesen über die Verwirklichung der Menschen im Sozialen. GWA baut Handlungsfähigkeit »von unten« auf und stellt sich gegen Formen von Bildungspraxis, der Herrschaftsmomente innewohnen. Sie kann hier auch in Verbindung gebracht werden zu mutualistischen Ansätzen einer gemeinwesenorientierten Selbstorganisation, im Rahmen derer eine basisdemokratisch-legitimierte kollektive Politik des Sozialen als Alternative zur hegemonialen Sozialpolitik antizipiert wird (Widersprüche Redaktion 2015).

Obwohl sich kritische und radikale GWA-Ansätze wie das Community Organizing in der Tradition von Alinsky stets weiterentwickelt haben und heute wieder einen deutlichen Aufschwung erfahren, gab es in den 1980er Jahren eine Verschiebung in der GWA-Diskussion und Praxis hin zur »stadtteilorientierten Sozialen Arbeit« (ISSAB 1989). Die Bezeichnung GWA wurde etwa von Hinte und Karas (1989) in

diesem Zusammenhang als »Reizwort« (ebd.: 31) diffamiert, »das bei vielen Amtsleitern und Geschäftsführern Phantasien von demonstrierenden Ruhestörern und die eigene Institution bedrohenden Professionellen weckt[e]« (ebd.: 31). Die stadtteilorientierte Soziale Arbeit »rückte [...] Alltag und Lebensweltorientierung in den Mittelpunkt« (Stövesand 2019: 564) und bediente sich eines auf Vermittlung angelegten Partizipationsverständnisses bei Trägern und Kommunen, was ihr zunehmend die Funktion als »intermediäre Instanz« (Hinte 2005[1994]) zuwies. Ausgehend von der Gesellschaftsdiagnose wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen und der Abnahme von Vertrauen in die Politik seitens der Adressat_innen, wurde die Soziale Arbeit als vermittelnde/intermediäre Instanz gedacht, die es vermag, »die kleinsten gemeinsamen Nenner der jeweils agierenden Gruppierungen [...] mit dem Interesse [zu suchen], jeweils vorhandene Potentiale effektiver zu nutzen« (ebd.: o.S.). Diese vermittelnde und aktivierende Rolle von GWA wurde in den politischen Raum erweitert und Soziale Arbeit als eine sich »in gesellschaftliche Prozesse einmischende[.] Instanz« (ebd.: o.S.) verstanden. Intermediarität meint damit eine strategische Position zwischen Adressat_innen und Verwaltung/Politik. Aufgabe einer diesbezüglichen Sozialen Arbeit ist der Wissenstransfer zwischen diesen Gruppen: »Auf der einen Seite müssen sie für Politik und Verwaltung seriöse Zustandsbeschreibungen liefern, nicht im Sinne von Denunziation oder Tratscherei, sondern im Sinne einer aufklärenden, aus der Sicht der betroffenen Menschen vorgenommenen Information« (ebd.: o.S.) und zwar in einer für Politik und Verwaltung kommunikativ übersetzten Form. Die Soziale Arbeit wird damit zu einer für die Möglichkeiten der politischen Partizipation von Adressat_innen relevanten Instanz zwischen Alltag und politischen Institutionen, von der angenommen wird, die Entfernung zwischen privat und öffentlich kommunikativ überbrücken zu können. »Auf der anderen Seite müssen sie bei den Bürgerinnen Aufklärungs- und Organisationsarbeit leisten: Wie funktioniert städtische Politik, welche/n Politikerin kann man wofür ansprechen, wie erhält man Leistungen aus Ämtern usw.« (ebd.: o.S.) Der politischen Partizipation sind damit Bildungsprozesse über Institutionenwissen vorgängig, welche als Bedingungen dafür angesehen werden können, dass Adressat_innen überhaupt gelingend an diesen Formen der Partizipationspraxis teilnehmen können. Die beiden Formen des Wissenstransfers führen dann idealiter zum

»Dialogmanagement« [...] und zwar mit Blick auf eine Form der Kooperation und Partizipation, die basisdemokratische Konzepte nach demokratischer Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen realisiert und versucht, Bedeutungsverlust und Selbstbezogenheit parlamentarischer Instanzen und administrativer Verfahrensweisen durch Formen von direktem Kontakt und Diskurs auszugleichen« (ebd.: o.S.).

Akteur_innen der stadtteilorientierten Sozialen Arbeit sind dann jene, »[d]ie mit den Wölfen tanzen« (ebd.), »unabhängig, aber im Herzen parteilich« (ebd.: o.S.), und die sich als Bindeglied oder Scharnier zwischen Alltag und politischem System verstehen.

Ohne an dieser Stelle näher auf das zugrundeliegende Politikverständnis der stadtteilorientierten Sozialen Arbeit als intermediäre Instanz eingehen zu können, sollte die angenommene Kluft zwischen den Adressat_innen im Sinne der für Partizipation zu bildenden Akteur_innen einerseits und den über Probleme des Alltags zu informierenden politischen Akteur_innen andererseits deutlich geworden sein. Dass mit der konzeptionellen Fassung von GWA als stadtteilorientierter Sozialer Arbeit, wie von Stövesand (2019) beschrieben, also »Alltag und Lebensweltorientierung in den Mittelpunkt [rückten]« (ebd.: 564), kann dann auch als Ausdruck ihrer tendenziellen Entpolitisierung interpretiert werden. So ist die Soziale Arbeit zwar bei der Formulierung von Alltagsproblemen und -bedarfen behilflich und moderiert den Transfer von Wissen zwischen Bewohner_innen und verantwortlichen Akteur_innen, rahmt die Bewohner_innen und sich selbst jedoch nicht mehr als jene politischen Subjekte, die Handlungsfähigkeit bzw. Gegenmacht »von unten« entwickeln und aufbauen. Gleichsam bleibt zu vermuten, dass es in der gemeinsamen Bedürfnisartikulation mit Bewohner_innen und Professionellen Reibungseffekte bei der Formulierung von Alltagswissen und -bedarfen gibt, da das Alltagswissen im Ansinnen, dies für die professionellen Akteur_innen handhabbar zu machen, entsprechend »aufbereitet« werden muss. Ein so verstandenes Verhältnis von GWA und Politik arbeitet dann weniger daran, die »Trennung [...] zwischen Lebenswelt und System – demokratisch aufzuheben« (Schmidt/Pigorsch 2022: 283), sondern eher an der Optimierung dieser Trennung zugunsten der Adressat_innen.

Die intermediäre Rolle Sozialer Arbeit wurde in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt und fand u. a. als »Fachkonzept Sozialraumorientierung« (Hinte/Litges/Springer 1999) breite Anwendung in verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit (Budde/Früchtel/Hinte 2006; Hinte/Treeß 2014; Kluschatzka/Wieland 2009). Oelschlägel (2011) würdigt die Impulse, die von Hinte und Kolleg_innen ausgingen: erstens als Einbringen einer »nicht-pädagogische[n] Kompetenz der Professionellen, die die Wünsche und Interessen der Betroffenen in den Vordergrund stellen und deshalb im Stadtteil Moderationsfunktion übernehmen« (ebd.: 117) sowie als Beteiligung am öffentlichen politischen Leben, »die Verwaltungen nicht prinzipiell als Gegner, sondern bis zum Beweis des Gegenteils als Bündnispartner sieht und deshalb eine Scharnierfunktion im Stadtteil übernimmt« (ebd.: 117). Das heißt, dass intermediäre GWA-Konzeptionen eher nicht dazu tendieren, Interessenkonflikte antagonistisch aufzuladen und sich weniger distanziert gegenüber Institutionen zeigen, als dies vielleicht eher kritische Ansätze der GWA tun (Fehren 2006: 579f.).

Die Ausführungen zum Verhältnis von GWA und Politik haben nicht den Anspruch, vollständig zu sein. Die Praxis der GWA war und ist vielfältig, sodass

eine systematische Übersicht über Entwicklungslinien in Praxis und Theorie eher anderen überlassen werden soll (Müller 1997; Stövesand/Stoik/Troxler 2013; Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2011). Wichtig ist allerdings, herauszustellen, dass politische, soziale »Konfliktorientierung [...] immer ein wichtiger Antrieb für GWA [war]« (Bitzan/Stövesand 2022: 39): Die historischen Verweise auf die Settlementbewegung, das Community Organizing, die Aktivitäten der Victor-Gollancz-Stiftung oder die aktuellen Diskussionen um soziale Stadtentwicklung »von unten« bezeugen die Konfliktorientierung, verstanden als »Bewusstsein über Konfliktstrukturen und ein Identifizieren der je konkreten Konfliktlinien in dem zu bearbeitenden Feld und der Akteur*innen, mit denen zusammengearbeitet wird« (ebd.: 40). Dabei sind Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln, die manchmal nicht leicht zu erkennen sind, weil sie struktureller Natur sind und Fragen ungleicher gesellschaftlicher Ressourcenverteilung berühren. Dass Konflikte in den Lebenslagen der Bewohner_innen und soziale Konflikte im Stadtteil politisch sind, wird durch die (kritische) GWA auch heute entsprechend artikuliert. Um strukturell verursachter sozialer Ungleichheit gegenüber politisch handlungsfähig zu sein, bedarf es daher erneut verstärkter Bemühungen um einen Aufbau von Organisationsmacht (ebd.: 40). Soziale Bewegungen waren und sind daher für eine auf Transformation zielende GWA relevant, auch wenn dieses Verhältnis nicht frei von Widersprüchen ist (Widersprüche Redaktion 2022).

Zusammenfassend kann gesagt werden: »GWA war nie per se ein emanzipatorisches (transformatorisches) Projekt« (Bitzan/Stövesand 2022: 39). Die Vielfalt der Praxisformen erschwert eine trennscharfe Zuordnung zu kritischer GWA oder affirmativ-integrativer GWA. Es ist zu vermuten, dass es neben dezidiert kritischen Ansätzen einerseits und klar intermediär sich bezeichnenden Formen andererseits viele Mischformen gibt, die eine Praxis »von unten« angesichts struktureller Zwänge und Trägervorgaben nur im Kleinen und punktuell umsetzen (können). So »ist GWA [eher] als ein Dach zu verstehen, unter dem transformative Arbeit geleistet werden kann und teilweise geleistet wird« (ebd.: 44).

3.2 Aktuelle Spannungsfelder der GWA

GWA bewegt sich, wie die Soziale Arbeit im Allgemeinen, in gesellschaftlichen Spannungsfeldern. Sie zeigen die Eingebundenheit der GWA in zum einen die Bearbeitung gesellschaftlicher Schlüsselthemen und zum anderen die Widersprüche der Praxis zwischen Emanzipation/Transformation einerseits und sozialtechnischer Einhegung andererseits.

So steht die GWA vor der Herausforderung, der *Diversität* ihrer Adressat_innen u. a. dadurch gerecht zu werden, dass sie selbst diverser wird (Bitzan/Stövesand 2022: 46f.). Mehr Diversität unter den GWA-ler_innen würde nicht nur in Gemein-

wesen mit einem hohen Anteil (post)migrantischer Communities die Möglichkeiten der Beziehungsarbeit positiv beeinflussen, sondern GWA auch im Einsatz gegen Formen von Diskriminierung, wie Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie (Perko/Czollek 2022: 164ff.) positiv unterstützen.

GWA ist überdies herausgefordert, sich zu *rechtspopulistischen, rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Praxen* im Stadtteil zu verhalten – von der Auseinandersetzung mit Nutzer_innen der eigenen Angebote bis hin zu Akten der Solidarität mit diversitätsorientierten und antirassistischen Projekten im Stadtteil, die immer häufiger von rechts attackiert und diskreditiert werden (Schuhmacher/Schwerthelm/Zimmermann 2021; Bringt 2021). GWA wird in den letzten Jahren als zu steuernde Größe bei der Mobilisierung von Zivilgesellschaft angerufen sowie als Akteur_in gegen rechts und für mehr Demokratie (Bitzan/Stövesand 2022: 45).

Ein zentrales Spannungsfeld ist das zwischen *Emanzipation und Instrumentalisierung*. GWA als mehrheitlich öffentlich finanziertes Programm wird »im Wesentlichen gerahmt durch die Vorgaben der jeweiligen Anstellungsträger« (Hinte 2018: 210) und damit »politisch als Steuerungs- und Herrschaftsinstrument entdeckt und [...] stärker als solches genutzt« (Stoik 2018: 81). Dabei hat die Finanzierung »erheblichen Einfluss auf die Handlungsspielräume der Praktiker*innen, darauf, ob substantielle Mitbestimmung möglich wird, ob GWA in Konflikten agieren kann oder harmonisiert« (Stövesand 2021: 346). Beispielhaft kann dies 1) verdeutlicht werden an den im Zuge der Corona-Pandemie verstärkten Bemühungen der GWA um Nachbarschaftshilfe und Solidarität bei gleichzeitiger Adressierung, Kontakteinschränkungen durchzusetzen und Impfpfehlungen in schwer erreichbare communities hineinzutragen (van Rießen/Scholten/Funk 2020). 2) Zum Zweiten wird dies im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten deutlich. GWA schließt hier aktiv Selbsthilfepotenziale im Stadtteil auf, wird gleichzeitig aber auch in ihrer Funktion für lokale Integration politisch eingespannt (Riede/Noack 2017). Die Spannung zwischen Emanzipation und Instrumentalisierung kann 3) auch verdeutlicht werden an der solidarischen Mieter_innenarbeit angesichts steigender Wohnkosten, Gentrifizierung und gravierenden Mängeln in der Wohnraumversorgung, insbesondere für Geringverdienende und Empfänger_innen von Transferleistungen einerseits und der Mitwirkung an partizipativen Stadtentwicklungsprozessen andererseits, im Rahmen derer Quartiere nachverdichtet und, orientiert am Ziel sozialer Mischung, perspektivisch mehrheitlich Besserverdienende mit Wohnraum versorgt werden. Und schließlich kann 4) das Spannungsfeld auch an der im Zuge der Bundesprogramme »Soziale Stadt« bzw. seit 2020 »Sozialer Zusammenhalt« vermehrten Ausrichtung als Quartiersmanagement (Drilling/Oehler 2013) gezeigt werden. So wurden und werden »unter Begriffen wie Stadtteilmanagement, Quartiermanagement, Quartiersarbeit, Regionalentwicklung oder Sozialraumkoordination« (Hinte 2018: 210) zuvorderst Anschlüsse an die Se-

mantik von Städtebauförderung und Integrierter Stadtentwicklung gesucht und gefunden.

Allein das Wording impliziert die politische Ausrichtung im sozialraumbezogenen Handlungsfeld: Durch die Umbenennung als Stadtteilarbeit oder als Quartiersmanagement geriet die Bezeichnung GWA begrifflich etwas ins Abseits und mit ihr auch ein Stück des emanzipatorischen Charakters. Zusammenfassend steht GWA in widersprüchlichen Spannungsverhältnissen zwischen Bottom-up- und Top-down-Orientierung – bzw. der Scharnierfunktion als intermediäre Instanz. Dabei reflektiert GWA die eigene politische Rolle je nach Ausrichtung – und zunehmend seltener entlang einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Vielmehr werden »Fragen der konkreten Machbarkeit demokratiefördernder emanzipatorischer und vor allem partizipatorischer Vorgehensweisen durchdekliniert« (Bitzan/Stövesand 2022: 48).

3.3 GWA und Partizipation

Die GWA-Praxis ist eingebunden in eine Vielzahl partizipativer Prozesse. So werden Stadtteilzentren beispielsweise für Selbstorganisationsprozesse zur Verfügung gestellt, für Planungsbeteiligungsprozesse genutzt oder Fachkräfte fungieren als Scharniere zwischen Bewohner_innen und Verwaltung, Planung und Politik und haben eine wichtige Funktion für die Zugänglichkeit zu Partizipationsformaten inne. Akteur_innen der GWA konzentrieren Wissen über die Alltagsprobleme im Stadtteil, welches im Rahmen von Partizipationsprozessen auch stellvertretend eingebracht wird. Häufig sind sie es, die dafür sensibilisieren, dass »Frauen und Männer, MigrantInnen und Alteingesessene, ärmere und wohlhabendere Bevölkerungsgruppen [...] ihre Wohn- und Lebensquartiere unterschiedlich [erleben] und andere Bedürfnisse für die Gemeinwesenentwicklung [haben]« (Bitzan 2016b: 237). GWA wird aktiv adressiert, das demokratische Repräsentationsproblem mittels partizipativer Formate aufzufangen und zu bearbeiten (BMFSFJ 2017: 307) und insbesondere durch aufsuchende und partizipative Arbeit in den Quartieren diejenigen zu erreichen, die im Bereich politischer Partizipation sonst nicht vertreten sind.

Es gibt für die GWA, wie für die Soziale Arbeit allgemein, keinen einheitlichen Partizipationsbegriff. Um sich dem Spektrum des Begriffs zu nähern, muss festgestellt werden, dass es Unterschiede zwischen einerseits der Theorie und andererseits der Praxis der GWA gibt, die sich wie beschrieben im Spannungsfeld zwischen eigenen Setzungen und politischen Programmatiken bewegt (Stoik 2018: 76). Auch in der GWA ist es sinnvoll, zwischen einem engen und einem weiten Partizipationsverständnis zunächst zu unterscheiden. So sollten *Partizipationsformate* (enger Begriff) aus Perspektive der GWA-Forschung niedrigschwellig, aufsuchend, alltagssprachlich orientiert sein, sich prozessual und nicht am Ergebnis ausrichten so-

wie non-formal und projektförmig gestaltet sein (Bitzan 2016b: 244). Dazu braucht es Orte im Stadtteil, »an denen die Gruppierungen sich zwanglos treffen und in nicht formalisierter Form voreinander und als Teil des Gemeinwesens sichtbar werden« (ebd.: 245). Partizipation wird in der GWA damit aber nicht nur als punktuellles Ereignis, sondern vielmehr als langfristige Strategie zur Bildung von Subjektivität und Gemeinschaft gedacht. Dies zeigt, dass der Partizipationsbegriff der GWA zwischen eng und weit synthetisiert wird und das Ziel der GWA, die Lebensbedingungen der Bewohner_innen eines Gemeinwesen zu verbessern, als Ergebnis eines partizipativen Prozesses gedacht werden kann, der mittels methodischer Hilfestellungen (z.B. aktivierende Befragung, Zukunftswerkstatt, Planning for Real, World Café etc.) zwar häufig »formatiert« und handhabbar gemacht wird, dennoch in eine übergreifende Handlungsstrategie mündet, die Elemente eines *weiten Partizipationsverständnisses* beinhaltet. Letzteres erfordert einen Fokus auf eine alltagsorientierte Beziehungsgestaltung mit den Adressat_innen. Fachkräfte der GWA, so legen Forschungsbefunde aus der sozialraumorientierten Praxisforschung nahe, sollten eine erhöhte Sensibilität gegenüber den asymmetrischen Machtverhältnissen haben: So wird das weitgehende Aufgeben der klassischen Unterscheidung zwischen professionellen Akteur_innen und Adressat_innen zu einer Bedingung für das Gelingen partizipativer Ansätze (Alisch 2018: 210). Tendenziell wird in der GWA also daran gearbeitet, die Trennung zwischen engem und weitem Partizipationsbegriff zugunsten einer synthetisierten Partizipationspraxis aufzuheben.

Der Partizipationsbegriff der GWA kann jedoch auch entlang der verschiedenen Auslegungen im Handlungsfeld sozialraumbezogener Sozialer Arbeit unterschiedlich gefasst werden. Ob also Partizipation z.B. eher auf ein spezifisches Format bezogen gedacht wird, das methodisch gestaltet wird und sich auf einen konkreten Beteiligungsprozess bezieht, in den unterschiedliche Akteur_innen eingebunden sind, – oder ob Partizipation sich in der beziehungsorientierten Alltagspraxis realisiert, die Adressat_innen dabei unterstützt, Ressourcen aufzuschließen, zu sichern oder wiederzuerlangen, entscheidet sich je nach der fachlichen Ausrichtung der GWA oder aber auch je nach Situation und Gelegenheit. Im Verlauf der Arbeit wird auf das Partizipationsverständnis der GWA noch zurückzukommen sein.

4 Forschungsstand zu sozialer Ausschließung im Kontext politischer Partizipation und Engagement

Im ersten Abschnitt werden Forschungsergebnisse zusammengetragen, welche die soziale Selektivität im Bereich politischer Partizipation und Engagement zuverderst statistisch beleuchten. Im zweiten Abschnitt werden Studien zusammengetragen, die für den Zusammenhang von sozialer Ausschließung und Partizipation/Engagement sensibilisieren.

4.1 Zur sozialen Selektivität in Partizipation und Engagement

Im Folgenden werden Studienergebnisse zur sozialen Selektivität aus der vergleichenden Politikwissenschaft und der Engagementforschung vorgestellt. Es wird deutlich, dass die Teilnahme an politischen Partizipationsgelegenheiten sowie im Bereich des Engagements entlang von Kategorien wie Geschlecht, Klasse, Alter, Migrationshintergrund bestimmt werden kann.

Die Forschungslage scheint eindeutig – politische Partizipationsformate werden von Menschen dominiert, die eher der *weißen*, männlichen, bildungsstarken Mittelschicht zuzuordnen sind (Alcántara et al. 2016; Geißel 2008; van Deth 2003; Selle 2000; Bödeker 2012). Die Forschungen zu politischer Partizipation bescheinigen regelmäßig eine soziale Schieflage bezüglich der verschiedenen Formen von Partizipation von der Wahl bis hin zum deliberativen Format. Weder das repräsentativ ausgerichtete Wählen, das direktdemokratische Engagement in Bürgerinitiativen, das demonstrative Engagement etwa bei Unterschriftenaktionen, noch das deliberativ ausgerichtete Sprechen, Zeigen, Argumentieren etc. werden in gleichem Maße von privilegierten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen als Formen politischer Partizipation genutzt. Im Folgenden sollen Forschungsergebnisse zu politischer Partizipation und Engagement hinsichtlich von Differenzlinien wie Geschlecht, Klasse/Bildung, Migration und Alter vorgestellt werden.

Um Antworten auf die Frage geben zu können, wer jenseits von Wahlen politisch partizipiert, greift die Forschung auch auf Daten zu freiwilligem Engagement zurück und positioniert sich damit an der Schnittstelle zwischen politischer Parti-

zipation und politischem Engagement (Geißel/Penrose 2003; Fuchs 2006). So gibt es positive Zusammenhänge zwischen dem Interesse bzw. der Partizipation an Politik und dem freiwilligen Engagement (Gaiser/Gille 2012). Auch Formen zivilgesellschaftlichen Handelns, wie z.B. Meinungsäußerungen, werden in Studien zu politischer Partizipation an der Schnittstelle zur Engagementforschung berücksichtigt (Simonson/Vogel 2017: 201). Um Aussagen zu Partizipation im Kontext dialogorientierter, nicht-verfasster Formen oder von Engagement in Bürger_inneninitiativen zu erhalten, macht es Sinn, Ergebnisse aus der Engagementforschung in die Betrachtung einzubeziehen. Aus einer Geschlechterperspektive gelangen so außerdem die nicht-verfassten Formen politischer Partizipation in den Blick, die mit einer ausschließlich an formalen Partizipationsformen orientierten Forschung unsichtbar bleiben würden (Friedrich 2012: 59).

Hinsichtlich der *Partizipation nach Klasse und Bildung* gibt es große Unterschiede: Angehörige der Mittel- und Oberschicht sind sowohl in den repräsentativen Partizipationsformaten als auch bei den eher dem politischen Engagementbereich zuzuordnenden deliberativen Beteiligungsformaten nach wie vor signifikant häufiger vertreten (Bödeker 2012; Böhnke 2011; Alcántara et al. 2016: 12; BMFSFJ 2017: 216). Persönlicher Wohlstand – also eine höhere Schichtzugehörigkeit und damit einhergehende bessere Einkommenssituationen – hängen mit dem Potenzial zusammen, sich politisch oder sozial zu engagieren (Simonson/Hameister 2017: 439ff.). Menschen in Erwerbsarbeit oder in Ausbildung engagieren sich überdies häufiger als arbeitslose Menschen, Personen in Rente oder jene, die aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sind. Dabei fällt auf, dass arbeitslose Menschen mit 19 % deutlich weniger engagiert sind als Menschen, die in Vollzeit (43,5 %) oder Teilzeit (50,8 %) erwerbstätig sind (Simonson et al. 2022: 82). Freiwilliges Engagement hängt stark mit den finanziellen Ressourcen zusammen. Die Engagementquote von Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro liegt mit 24 % deutlich unter der durchschnittlichen Engagementquote von 39,7 %. Menschen aus oberen Einkommensgruppen ab 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen sind hingegen mit gut 50 % überdurchschnittlich häufig engagiert (ebd.: 82f.). Die soziale Verzerrung ist bei politischen Partizipationsformen stark ausgeprägt. So partizipiert das untere Einkommensfünftel der Gesellschaft z.B. deutlich weniger bei öffentlichen Diskussionen: während in der höchsten Einkommensgruppe etwa ein Drittel an öffentlichen Diskussionen teilnehmen, sind es in der niedrigsten Einkommensgruppe nur rund 15 %. Dies bedeutet auch, dass Menschen mit niedrigem Einkommen in politischen Partizipationsformen schlechter repräsentiert sind (Bödeker 2012: 4f.). Bei der Betrachtung spielt auch der Faktor Bildung eine Rolle: So haben sich im Zeitvergleich die Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichem Bildungsstatus in den letzten 20 Jahren vergrößert: während das Engagement von Menschen mit höherer formaler Bildung deutlich gestiegen ist, stagniert das Engagement von Menschen mit geringeren formalen Bildungsabschlüssen auf niedrigerem Niveau

(Kausmann et al. 2022: 321f.). Menschen mit hoher formaler Bildung engagieren sich fast doppelt so häufig (51,1 %) als Menschen mit niedriger formaler Bildung (26,3 %) (Simonson et al. 2022: 81).

Bei der Frage nach *Partizipation und Geschlecht* muss differenziert werden zwischen Engagement im Allgemeinen und politischer Partizipation im engeren Sinne. Bekannt ist, dass die Kategorie Geschlecht den Bereich verfasster/institutionalisierter politischer Partizipation noch immer wesentlich mitstrukturiert. Von der Parteimitgliedschaft bis zur Repräsentation in Führungsebenen von Parlamenten und Regierungen ist das Feld männlich dominiert (Friedrich 2012). Dies lässt darauf schließen, »dass Frauen im Hinblick auf ihren Zugang zu zentralen Entscheidungspositionen der verfassten politischen Partizipation strukturell benachteiligt werden« (ebd.: 59). Des Weiteren sind Männer im politischen Engagementsbereich drei Mal häufiger aktiv als Frauen: so engagierten sich laut der Allensbach-Studie 2013 9 % der Männer in der Politik, bei Frauen lag die Zahl bei 3 % (Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 18). Najemnik (2021) hat in einer qualitativen Studie eine Reihe geschlechtsspezifischer Beteiligungsbarrieren identifiziert, darunter insbesondere das von Frauen als männlich codierte und dominiert empfundene Feld kommunaler Politik sowie ein vergeschlechtlichter Habitus im Kontext von Partizipationsformaten. Die dadurch hervorgerufenen Unsicherheiten der Frauen seien als hinderlich für eine Mitwirkung reflektiert worden. Zudem sei die Care-Arbeit von Frauen eine Barriere für Beteiligung an Kommunalpolitik (ebd.: 253). Die Beteiligungsdifferenz zwischen den Geschlechtern ist nach Pickel (2010) bei den nicht-verfassten Formen und beim Engagement in sozialen Bewegungen nicht so umfangreich festzustellen. Dies bestätigen auch aktuelle Erkenntnisse aus dem Freiwilligensurvey, demnach die Differenz in der Engagementquote zwischen Männern und Frauen in den letzten Jahren kleiner geworden ist und sich mittlerweile mit 39,2 % bei den Frauen und 40,2 % bei den Männern beinahe angeglichen hat (Simonson et al. 2022: 77). Jedoch besetzen im Engagementbereich Männer in der Regel leitende Positionen, wo knapp jeder dritte engagierte Mann, aber etwa nur jede fünfte engagierte Frau administrative oder Leitungsfunktionen innehat (Karnick/Simonson/Hagen 2022: 183).

Auch im Bereich der *Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund* lassen sich starke Unterschiede im Engagement empirisch belegen. Den Ergebnissen des aktuellen Freiwilligensurveys zufolge engagieren sich 27 % der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber 44,4 % Engagementquote bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Dabei muss differenziert werden je nachdem, ob man die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und eine eigene Zuwanderungserfahrung hat. Am niedrigsten ist die Zahl der Engagierten bei Menschen, die Zuwanderungserfahrung haben und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (15,2 %) (Simonson et al. 2022: 83). Deutlich ist der Unterschied bezüglich des politischen Engagements auch bei Top-down-Formaten: 45 % der Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund geben Pokorny (2016) zufolge an,

sich schon einmal an einer öffentlichen Diskussion im Rahmen einer Veranstaltung beteiligt zu haben. Im Gegensatz dazu sagen dies 25 % der befragten Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund und 21 % der Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit (ebd.: 33).

Auch bezüglich der Perspektive *Partizipation und Alter* gibt es deutliche Unterschiede: Während in der allgemeinen Engagementquote die Gruppe der jüngeren Engagierten (14–29 Jahre) mit 42 % deutlich höher liegt als bei den Senior_innen (31,2 %) (Simonson et al. 2022: 79), variieren die Zahlen je nach Engagementbereich stark. Beim Anteil derjenigen, die laut Freiwilligensurvey 2019 in den der Befragung vorangegangenen zwölf Monaten an einer Demonstration teilgenommen haben, geben junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren mit 20,2 % mehr als doppelt so häufig an, sich in dieser Form politisch beteiligt zu haben; in den mittleren Altersgruppen von 30 bis 64 Jahren beträgt die Quote 8–9 %, bei den Menschen ab 65 Jahren 5,1 % (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 271). In einer Studie zur politischen Partizipation »kritischer« Bürger_innen zeigen Ritzi und Wagner (2018), dass Jüngere im Bereich unkonventioneller Formen der Partizipation, die sich online abspielen, deutlich aktiver sind als Ältere (ebd.: 569f.). Während sich junge Menschen in weniger institutionalisierten Formen wie Demonstrationen oder Formen der Online-Partizipation häufiger beteiligen, sind sie in institutionalisierten Formen seltener vertreten. So engagieren sich mit 5,4 % der 14- bis 29-Jährigen weniger junge Menschen in einer politischen Partei, politischen Gruppierung oder Bürgerinitiative als die Altersgruppen ab 50 Jahren mit rund 8 % (Arriagada/Tesch-Römer 2022: 270). Werden Formen politischer Partizipation zusammen betrachtet, weist die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen die höchsten Beteiligungsquoten bei Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Bürger_inneninitiativen auf (Simonson/Vogel 2017: 213). Dies bestätigt die Allensbacher Engagement-Erhebung auch für Freiwillige ab 45 Jahren, die sich über Durchschnitt im sozialen und politischen Bereich engagieren (Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 17). Es scheint, dass sich das »Aktionsrepertoire älterer und gebildeter Menschen vor allem auch durch dialogorientierte Beteiligungsverfahren in den letzten Jahren erweitert [hat]« (Alcántara et al. 2016: 12) und »die ›zeitreichen‹ Alten [sich] stärker für ihre Interessen ein[setzen]« (Kersting/Schmitter/Trechsel 2008: 43; Böhnke 2011: 22), mithin also auch eine Verzerrung durch Alter im Kontext deliberativer (Offline-)Partizipation angenommen werden kann.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Engagement und politische Partizipation in der vergleichenden Politikwissenschaft und Engagementforschung vorwiegend als stark von Faktoren wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Migrationshintergrund und Alter abhängig angenommen wird und sich soziale Ungleichheit so kontinuierlich reproduziert. Studien zur Intersektionalität in deliberativen Setting, wie die von Hickerson und Gastil (2008), gehen zudem von einer Aufschichtung der ausschließenden Wirkung von Differenzierungen aus. So

würden etwa Frauen direkter und deutlicher ausgeschlossen »when that woman occupies other subordinate social positions, such as identifying with an ethnic minority group or being under- or unemployed« (ebd.: 287).

Die statistischen Auswertungen belegen die lebhafteste Forschungslandschaft und das dahinterliegende Interesse einer möglichst facettenreichen Darstellung, wer sich am normativ gewünschten, gesellschaftlichen Demokratie- und Engagementprojekt beteiligt und wer nicht. Im Wissen, dass dieses statistische Wissen performative und essenzialisierende Effekte haben kann (Supik 2014: 17), sei der verengte Blick im Forschungsfeld Engagement und Partizipation (Schmidt 2013: 3) hier kurz kritisch erwähnt. Denn in der zuvorderst auf die verallgemeinerbare Darstellung abzielenden Forschung bleibt z.B. weitgehend ausgeblendet, was nicht als gängige Formen politischen Engagements anerkannt ist. Insbesondere alltägliche und nicht-organisierte Formen von Engagement und Selbsthilfe bleiben so unbeleuchtet, ebenso wie die für die vorliegende Arbeit relevante Frage, ob statt individueller Gründe für die Nicht-Nutzung von Partizipations- und Engagementgelegenheiten nicht vielmehr Ausschließungsprozesse aus dem Feld heraus als Erklärung dienlich sein können. Daher soll im Folgenden der Fokus verengt werden auf den Forschungsstand zum Zusammenhang von Partizipation und Ausschließung.

4.2 Soziale Ausschließung im Kontext Partizipation und Engagement

In diesem Abschnitt wird Partizipation/Engagement entlang der Schnittmengen zu Marginalisierung, Ausgrenzung, Exklusion oder – wie in dieser Arbeit begrifflich verwendet – sozialer Ausschließung gesucht und ein dahingehender Forschungsstand beleuchtet. Die hier kurz vorgestellten Forschungen suchen die Ursache für die geringe Teilnahme marginalisierter Gruppen an Partizipations- und Engagementformen in den Strukturen und individualisieren die Gründe nicht. Die Forschungsarbeiten (überwiegend) im Bereich der qualitativen Sozialforschung wenden sich dem Nexus von Partizipation/Engagement und Ausschließung methodologisch sehr unterschiedlich zu und sind insgesamt kaum zu vergleichen.

Becker und Schramkowski (2017) betonen in ihrer Forschung u.a. Zugangshürden für politische Partizipation (verstanden als Engagement in politischen Gruppierungen) von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Entlang von leitfadengestützten Interviews mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich politisch engagieren, betonen sie etwa das fehlende Zugehörigkeitsempfinden zur Mehrheitsgesellschaft als eine mögliche Ursache für die geringere politische Beteiligung. Diese werden als Ergebnis machtvoller Unterscheidungsprozesse des Otherings gewertet (ebd.: 474). Im Rahmen einer multimethodischen Untersuchung betrachtete Ilgün-Birhimeoğlu (2022) das Engagement von Geflüchteten in zivilge-

sellschaftlichen Organisationen vor der Folie einer rassismuskritischen Sensibilisierung. Die Studie bestätigt nicht nur die bekannte Ungleichverteilung im Anteil sich engagierender Menschen mit Migrationshintergrund in den Organisationen (ebd.: 40), sondern belegt auch, dass in diesen Organisationen eher selten Mitglieder mit Migrationshintergrund in leitende Positionen gelangen. Die Gründe für die geringe Zahl wird von Vertreter_innen der befragten Organisationen eher aufseiten der Geflüchteten gesucht und nicht auf organisationale Strukturen zurückgeführt (ebd.: 45). Damit würde die (Re-)Produktion von Rassismus in Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements begünstigt (ebd.: 46). Mit den in diesen Forschungen vorgenommenen Sensibilisierungen für Prozesse des Otherings bzw. für strukturellen Rassismus wird auch hier der Blick gelenkt auf gesellschaftlich und organisational reproduzierte, machtvoll differenzierende Linien zwischen Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit.

Im Kontext von Stadtentwicklung und GWA wird regelmäßig die Schwierigkeit bescheinigt, benachteiligte Bewohner_innengruppen zu erreichen (Hanhörster/Reimann 2007: 68ff.; Straßburger/Wurtzbacher 2009: 28ff.; IfS 2011: 9ff.). Maßgeblich für die Betrachtung entsprechender Forschungen ist, dass diese häufig Praxisforschungen sind, die zur Verbesserung multiprofessioneller Praxis beitragen wollen und tendenziell eher programmatisch als kritisch ausgerichtet sind. Das führt methodisch jedoch dazu, dass zuvorderst auf förderliche Bedingungen und Best Practice abgestellt und weniger auf Aspekte der Ausschließung fokussiert wird. Straßburger und Wurtzbacher (2009) entwickeln auf Basis eines Forschungsprojektes zur Bürger_innenbeteiligung in einem Berliner Quartier Zugangsbarrieren des Engagements für Migrant_innen, wie z.B. mittelschichtsspezifische Kommunikations- und Arbeitsformen, eine subjektiv empfundene geringe Akzeptanz in diesen Kontexten sowie hemmende Effekte, die sich aus der bestehenden fehlenden Repräsentanz von Migrant_innen ergeben (ebd.: 32ff.). Hier werden hemmende strukturelle Faktoren als ursächlich für eine zu geringe Repräsentanz benachteiligter Bewohner_innen verantwortlich gemacht. Im Rahmen einer Studie zu Partizipation in Genossenschaftssiedlungen führen Brandenburg und Kaschlik (2022) im Hunziker-Areal in Zürich neben Expert_innengesprächen auch Tür- und Angelgespräche. Für einen partizipativen Prozess sei es entscheidend, von welcher Seite aus er initiiert werde: so könnten die initiiierenden Akteur_innen ihre Interessen häufig stärker durchsetzen als jene, die zu einem Prozess dazustießen (ebd.: 263). Für die vorliegende Forschung soll dies für die mit der Richtung der Partizipation zwischen top-down, bottom-up und intermediär einhergehenden, potenziell ausschließenden Effekten sensibilisieren. In der Studie »Neue Beteiligung und alte Ungleichheit?« untersuchen Kaßner und Kersting (2021) im Auftrag des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) das politische Engagement von aktiven Personen in marginalisierten Lagen im Kontext partizipativer Stadtentwicklung. Sie zeigen Potenziale politischer Selbstorganisation, die u.a.

für die GWA relevant sind. Die Studie identifiziert außerdem, dass »institutionelle Strukturen einer breiten politischen Beteiligung marginalisierter Gruppen eher im Wege [stehen]« (ebd.: 6). Dies meint insbesondere, dass die Kommunikation in Institutionen, die sozialraumbezogene Partizipation organisieren, »entweder zu rhetorisch-reflexiv oder zu emotional-expressiv geprägt war, wodurch Marginalisierte, die häufig mangels rhetorischer Kompetenzen bei Ersterem bzw. bei Letzterem aufgrund geringen Selbstvertrauens in der Beteiligung gehemmt werden« (ebd.: 44). Auch hier stehen mit institutionellen Strukturen eng verbundene Sprechweisen und Kommunikationsformen im Fokus, die sich als hinderlich für eine breite Beteiligung erweisen. Gesemann und Riede (2021) verfolgen in ihrer Studie die Frage nach den Potenzialen der GWA für lokale Demokratie. Sie stellen in erster Linie keine Barrieren für Partizipation und Engagement heraus, zeigen aber im positiven Sinne, wie GWA als Akteurin in Konfliktaushandlungsprozessen auftritt und insbesondere benachteiligte Adressat_innen unterstützt sowie zivilgesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse fördert (ebd.: 71).

In der Engagementforschung wird der Zusammenhang zwischen Engagement und sozialer Ausgrenzung zunehmend erforscht. Klatt und Walter (2011) haben im Rahmen ihrer qualitativen Studie »Entbehrliche der Bürgergesellschaft« sozial benachteiligte Menschen zu deren Einstellungen gegenüber Engagement befragt. So begrenzten die persönlichen Lebensumstände das »Selbstzutrauen« (ebd.: 193) der Befragten, was auch zu einer Hemmung des Engagements führe. Es gebe eine Skepsis gegenüber etablierten Vereinen und der Praxis gemeinwohlorientierten Engagements (ebd.: 195ff.). Die Studie betont zudem die Bedeutung des alltäglichen Nahraums und spontaner Anlässe für Engagement marginalisierter Personen. In der Studie »Armut und Engagement« untersucht Voigtländer (2015), weshalb so wenige von Armut betroffene Menschen sich sozialpolitisch betätigen. Unter Einbeziehung der Betroffenenperspektiven von Menschen, die sich unter den Bedingungen von Armut und Erwerbslosigkeit engagieren, betont die Studie u.a. das für Engagement förderliche »Motiv der Gleichheit« (ebd.: 221), welches sich insbesondere auf die Gruppe von Menschen beziehe, mit denen man zusammen engagiert sei. Damit seien auch Gemeinsamkeiten bei den politischen Überzeugungen oder der Bewältigung von Alltagsproblemen gemeint. Gleichheit bezöge sich aber ebenso auf das subjektive Hierarchieerleben, als Engagierte_r gleichberechtigt über Lösungen abstimmen zu können (ebd.: 221). Diese förderlichen Bedingungen können für die vorliegende Arbeit aufschlussreich sein, insbesondere, indem deren Gegenteil als hemmende Bedingungen angenommen wird: als Sensibilisierung sowohl für Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Teilnehmenden als auch für die Macht- und Herrschaftsbeziehungen in den Situationen.

Eine ethnografische Arbeit, die den Zusammenhang zwischen Engagement und Ausgrenzung *in situ* und *in actu* erforscht, ist die Studie »Die Effektivitätsfalle« von Munsch (2005). Diese Arbeit ist in methodologischer und inhaltlicher Hinsicht

relevant, weil sie als machttheoretisch informierte Ethnografie eine Möglichkeit schafft, Ausgrenzungsprozesse in konkreten Settings einer eigentlich als engagementförderlich intendierten Umgebung der Stadtteilarbeit aufzuspüren. Aus feministischer und herrschaftskritischer Perspektive wird Kritik an gängigen Begriffsverständnissen von Partizipation und Engagement herausgearbeitet, denn diese blendeten das Verhältnis von Lebenswelt/Biografie und Engagement genauso aus wie die machtvoll begrenzten Zugänge zu Partizipation und Engagement. Mit der Forschung in einem Stadtteilhaus, die dem geringeren Engagement benachteiligter Gruppen auf den Grund gehen will, wird »erfahrbar, wie sozial benachteiligte BewohnerInnen als störend wahrgenommen werden, wenn sie sich an einem Arbeitskreis beteiligen, in dem Menschen aus der Mittelschicht dominieren« (Munsch 2011: 53). Mit der Betonung von Effektivität, also der Orientierung an verwertbaren Ergebnissen, gingen auch bestimmte Formen der sozialen Interaktion einher. »So bestehen implizite, aber klare Regeln für die Interaktionen. Sie führen dazu, dass Engagementformen, die diesen Regeln nicht entsprechen, als störend empfunden werden – auch dann, wenn sie sich nur leicht, z.B. sprachlich unterscheiden« (ebd.: 53). Eine vorherrschende Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) sei maßgeblich für Praktiken der Ausgrenzung verantwortlich, weil sie dafür Sorge, »dass bestimmte mittelschichtgeprägte, männlich zugeschriebene und »westliche« Formen von Partizipation bzw. Engagement als normal und erstrebenswert gesetzt werden« (Munsch 2010: 22). Die Studie leistet einen Beitrag für die Forschung zu sozialer Ungleichheit im politischen und zivilgesellschaftlichen Engagement und sensibilisiert ferner für die Rolle der Professionellen, die Engagement fördern wollen, gleichsam aber an der Reproduktion dieser Ungleichheit beteiligt sind.

In der Studie »AMIQUS« über die Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant_innen im Quartier von May und Alisch (2013) wird die Relevanz informeller Netzwerke der Selbsthilfe älterer Menschen mit Migrationshintergrund deutlich. Als »praktisch einhakende Sozialforschung« (May 2008) realisiert sich dort neben dem Anspruch der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung jener der starken Einbeziehung der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in den gesamten Projektprozess (Alisch/May 2010: 51). Im Verlauf der partizipativen Projektentwicklung seien immer wieder *critical incidents* im Sinne latenter Spannungen und Konflikte deutlich geworden (May/Alisch 2013: 117ff.), die auch für die Betrachtung von Zusammenhängen von Engagement und Ausgrenzung relevant sind. So seien die dichten Netze informeller Selbsthilfe auf institutionelle Zugänge zu Ressourcen angewiesen, deren Nutzung zum Teil hochschwellige Kompetenzen und Fähigkeiten erforderten, die mitunter als Aufforderung zur Selbstaufgabe empfunden würden und in der Konsequenz in Rückzug endeten (ebd.: 132f.). Besonders schwierig für die älteren Migrant_innen seien Prozesse der »Enteignung« (ebd.: 133) im Kontext ihres Engagements, insbesondere dann, »wenn die subjektiv mit einiger Kraft überwundenen Widerstände bei der Nutzung von Einrichtungen,

die bisher meist nur Autochthonen zur Verfügung standen, nun als ›interkulturelle Öffnung‹ und Integrationsleistung dieser Institutionen selbst ausgegeben wurden« (ebd.: 133). Dieser Befund kann auch perspektivleitend für Prozesse sozialer Ausschließung im Kontext von Situationen veranstalteter Partizipation sein und einerseits für dahingehende Praktiken von professionell eingebundenen Akteur_innen sensibilisieren, als auch als den Situationen vorgelagerte Erfahrung von Alltagsakteur_innen angenommen werden und einen Teil der Skepsis gegenüber diesen Angeboten erklären. Um einer allzu expert_innenorientierten Praxis (z.B. im Kontext einer als partizipativ bezeichneten Sozialplanung) etwas entgegenzusetzen, seien neben Formen des Empowerments zur Erlangung vermehrt kooperativer Handlungsmodi dringend Prozesse der praktischen Anerkennung eigensinniger Selbstorganisation und Selbsthilfe in der öffentlichen Verwaltung, GWA, Altenarbeit etc. vonnöten. Dies meine auch, dass die engagierten älteren Migrant_innen spüren und überprüfen können, »worin der Befreiungsgehalt lebendiger demokratischer Selbstorganisation und eines auf Lebensinteressen bezogenen politischen Handelns besteht« (Alisch/May 2010: 76). Erst dann sei von tatsächlicher partizipativer Sozialraumentwicklung die Rede.

Im Forschungsprojekt »IZESO – Informelles Zivilgesellschaftliches Engagement im Sozialraum« (Funk/Scholten 2022) werden Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Alltag und Gründe für ausbleibendes Engagement sowie Barrieren für formalisiertes Engagement ethnografisch untersucht. Auch hier können Praktiken der informellen Selbstorganisation im Stadtteil im Sinne von wenig bis gar nicht-formalisierten Formen von Engagement identifiziert werden. Alltägliche Engagementformen werden hier als zivilgesellschaftliche Tätigkeiten gerahmt und als eine Form gesellschaftlicher Teilhabe gefasst (ebd.: 135ff.). Scholten und Jepkens (2022) fokussieren auf Basis empirischer Daten aus den qualitativen Forschungsprojekten »Ehrenamt der Zukunft« (EZuFöST) und dem erwähnten Projekt IZESO Zugangsvoraussetzungen zu formalisierten und informellen Engagementformen. Im Vergleich der Ergebnisse beider Projekte werde deutlich, dass der sozioökonomische Hintergrund von Engagierten insbesondere in formalen Formen von Engagement eine große Rolle spiele, während er bei informellen Hilfen weniger relevant sei. Eine Barriere für Engagement seien auch begrenzte zeitliche Ressourcen, was insbesondere auf weniger privilegierte Menschen zutrefte, deren Aufwand für die gelingende Gestaltung des Alltags höher sei. Die Nicht-Nutzung von Engagementangeboten hänge ferner mit der Selbst- und Fremdwahrnehmung zusammen, indem sich Menschen ein Engagement zutrauten oder eben nicht. Die sozialen Ressourcen von Engagierten spielten ebenfalls eine Rolle, doch während man für formalisiertes Engagement über Kontakte im Umfeld von Institutionen verfügen müsse, sei für informelles Engagement ein Netzwerk im Nahraum der engagierten Person vonnöten (ebd.: 118f.). Der entscheidende Beitrag ist, dass die in der Forschung häufig unentdeckt bleibenden niedrigschwelligen und informel-

len Engagementformen jedoch gerade für marginalisierte Gruppen wesentlich gesellschaftliche Teilhabe realisieren.

Für die Auswirkungen unterschiedlicher Partizipationsverständnisse im Kontext gemeinwesenbezogener Partizipationsprozesse sensibilisiert Alisch (2018) anhand der Evaluation eines Projekts mit von Armut betroffenen Menschen. So zeigten die professionellen Mitarbeitenden ein eher reduktionistisches bzw. enges Partizipationsverständnis und rahmten Partizipation als Teilnahme an vorstrukturierten Projekten, die sich auf das »Abfragen und Interpretieren von Wünschen und Bedürfnissen der Adressat_innen, teilweise verbunden mit einer gewissen Kritik an diesen Bedürfnissen als unangemessene Forderungen« (ebd.: 207) beschränkten. Mit den Praktiken der Interpretation der Bedürfnisse einher gingen auch Zuschreibungen gegenüber den Adressat_innen, etwa die Zuschreibung eines Mangels an Kompetenzen, die eigenen Anliegen auf den Punkt zu bringen. Die Selektivität dieser Praktiken der Bedürfnisinterpretation ist auch für die vorliegende Forschung relevant und kann auf den Zusammenhang von impliziten Erwartungen vonseiten professioneller Akteur_innen gegenüber Alltagsakteur_innen hindeuten und für eigensinnige und widerständige Praxis des Rückzugs und der (Nicht-)Nutzung sensibilisieren.

Wagner (2013) betont ebenfalls den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Partizipation bzw. nutzt er das Vokabular der »Prozesse der sozialen Schließung und Ausschließung« (Wagner 2021: 797) im Kontext bürgerschaftlicher Praxen. Er wählt einen theoretischen Erklärungsansatz für die Nicht-Nutzung von Gelegenheiten zur Beteiligung im politischen Kontext, der mit Ansätzen der (Nicht-)Nutzungsforschung bzw. Kritischen Alltagsforschung (Bareis 2012; Bareis/Cremer-Schäfer 2013) zusammengedacht wird. Ausgehend von der Perspektive, dass es sich bei der Nicht-Nutzung von Beteiligungsgelegenheiten mitnichten um fehlendes politisches Interesse der Menschen und/oder Folgen von Selbstausschlüssen handele, sondern um »die Reaktion auf eine ›objektive‹ Ausschließung, d.h. durch bestehende gesellschaftliche Strukturen der Ressourcenverteilung« (Wagner 2017: 233), deindividualisiert Wagner den Erklärungsansatz zur sozialen Selektivität politischer Partizipation. Wer keine Macht habe, so die These, nutze Beteiligungsgelegenheiten somit nicht, da die Chance auf erfolgreiche Partizipation als zu gering antizipiert werde (ebd.: 234). Das Potenzial der Auseinandersetzung zum Begriff der Bürgerschaft wird hier hervorgehoben, indem demokratie- und ungleichheitstheoretische Fragen miteinander verknüpft werden. Um politisch handlungsfähig zu sein, bedürfe es des Zugangs zu Machtmitteln (sozial, materiell, symbolisch). Wo Bürgerrechte zwar formal verliehen seien, andererseits jedoch Ressourcen und Machtmittel fehlten, um die eigenen Bürgerrechte ausführen zu können, seien Prozesse der Entbürgerlichung bzw. der sozialen Ausschließung wirksam (ebd.: 235). Beteiligungsangebote dienten dann häufig der Legitimationsbeschaffung »von oben« (ebd.: 238). Wer diese Angebote dann nicht nutze, bediene sich »eine[r] politische[n] Sprachform [...], in der sich Konflikte und Dissens über die bestehende

Ordnung artikulieren« (ebd.: 240). Relevant an seiner Perspektive ist die Betonung des Konflikthaften, was auch für die vorliegende Arbeit angenommen wird: In den Situationen veranstalteter Partizipation werden Kämpfe um gesellschaftliche Ressourcen in einer Arena ungleich verteilter, machtrelationierter Ressourcen aufgeführt. Nicht-Nutzung oder Widerstand durch Alltagsakteur_innen deuten dann auf Prozesse sozialer Ausschließung und konflikthafter Aushandlung hin.

5 Method(olog)ischer Zugang und Forschungsdesign

5.1 Praxis zwischen Wiederholung und Transformation

Praxistheorien fassen die Vollzüge der Praxis ins Auge. Praxistheoretische Arbeiten aus der Soziologie (Reckwitz 2003; Schäfer 2016b), den cultural studies (Hörning/Reuter 2004a), der Ethnografie (Hirschauer 2001; 2004) und der Erziehungswissenschaft (Breidenstein/Jergus 2008) eint die häufige Bezugnahme auf das ursprünglich von Garfinkel und Sacks in der Ethnomethodologie geprägte Präfix *doing*, das sich in gender-, kultur-, differenz- und ungleichheitsanalytischen Forschungen etabliert hat. Es steht »für eine Heuristik, mit der sich kompakte soziale Tatsachen temporalisieren und als praktische Vollzugswirklichkeiten dekomponieren lassen« (Hirschauer 2004: 73) – und zwar auf einer »tiefergelegten« Ebene unterhalb der Intentionalität und »vor der symbolischen Kondensierung« (ebd.: 73) von Praktiken.

Die verschiedenen Strömungen der Praxistheorie eint zudem, dass sie ein Angebot zum Verstehen des Sozialen jenseits von strukturtheoretischen, zweckorientierten oder normorientierten Sozialtheorien sowie mentalistischen und textualistischen kulturtheoretischen Ansätzen unterbreiten (Reckwitz 2004: 41f.). Reckwitz fasst unter praxistheoretischen Ansätzen ganz verschiedene zusammen. So benennt er etwa

»Harold Garfinkels Ethnomethodologie, Pierre Bourdieus Theorie der Praxis, Wittgensteins Sprachphilosophie, Michel de Certeaus Analyse der ›Kunst des Handelns‹, Foucaults Konzepte der Praktiken des Selbst und der Gouvernamentalität in seinem Spätwerk, Anthony Giddens' Strukturierungstheorie, Judith Butlers Theorie der Performativität oder Ansätze aus den *science studies* wie jener von Bruno Latour – sie alle scheinen in die gemeinsame Richtung einer Theorie sozialer Praktiken zu weisen und gleichzeitig bleiben die konzeptuellen Differenzen augenfällig« (ebd.: 40).

Bei der Aufzählung ist auffällig, dass Reckwitz als Vertreter einer Praxistheorie, die sich das Verhältnis zum Diskurs erst erarbeitet hat (Reckwitz 2008), auch diskursanalytische und poststrukturalistische Ansätze unter Praxistheorien subsumiert. Bourdieu als einflussreichster Vertreter der Praxeologie und Foucault als jener der

Diskursanalyse stünden hier für »zwei Felder unterschiedlicher Analysestrategien« in einem praxeologischen Feld (ebd.: 188). Es gibt also eine große Bandbreite von untereinander mitunter nur lose verbundenen Analyseansätzen, die sich unter dem Dach eines praxeologischen Forschungsstrangs zusammenfassen lassen. Die gegenwärtigen Weiterentwicklungen greifen dabei auf die in der Praxistheorie sehr eng miteinander verbundenen theoretischen und methodologischen Perspektiven zu (Schäfer 2016a: 137). Sie sind nach Reckwitz nicht nur eine »Neuaufgabe der klassischen Handlungstheorien« (Reckwitz 2003: 282), sondern es geht um nichts Geringeres als um »ein modifiziertes Verständnis des ›Sozialen‹« (ebd.: 282).

Bezüglich des theoretischen Selbstverständnisses setzen Praxistheorien auf die Reduzierung »de[s] Status ihrer Aussagen, indem sie bloße *frameworks* von Begriffen und Annahmen anbieten, in deren Rahmen substantielle Theorien spezifischer Praktiken formuliert werden können« (Hirschauer 2008a: 172). Reckwitz (2004) postuliert, dass die Praxistheorie stark sei, wenn ihre begrifflichen Voraussetzungen »dünn« (ebd.: 52) seien. Für die vorliegende Arbeit ist dies von Vorteil, da so die Möglichkeit besteht, sensibilisierende Konzepte für die Heuristik im Rahmen eines praxistheoretisch fundierten Gerüsts nutzbar zu machen.

5.1.1 Soziale und materielle Praktiken als Mikro-Einheiten von Praxis

Praxistheoretische Ansätze zeichnen sich durch ein »modifiziertes Verständnis dessen, was ›Handeln‹ – und damit auch, was der ›Akteur‹ oder das ›Subjekt‹ – ist« (Reckwitz 2003: 282) aus. Sie fokussieren auf Praktiken als »letzte, erste oder kleinste Einheit der sozial- und kulturwissenschaftlichen Analyse« (Reckwitz 2008: 188). Während diskursanalytische Ansätze Ideen- und Zeichensysteme als kleinste Einheit nutzen, sind es in den praxistheoretischen Ansätzen »soziale Praktiken in ihrer materialen Verankerung in Körpern und Artefakten sowie ihrer Abhängigkeit von implizitem Wissen« (ebd.: 188). Praxistheorien fokussieren die Analyse der sozialen Praktiken »als offene, raum-zeitlich verteilte Menge des Tuns und Sprechens, die durch gemeinsame Verständnisse, Teleoaffektivität (Zwecke, Ziele, Emotionen) und Regeln organisiert ist« (Schatzki 2016: 33). Der »Ort« des Sozialen ist in der Praxeologie da, wo »wissensabhängige[.] *performances*« immer wieder neu hervorgebracht werden (Reckwitz 2004: 43, Herv. i. O.).

Praxistheoretische Perspektiven begründen ihren Fundierungsanspruch mit den Argumenten der Implizitheit des Sinnes (1.) sowie der Materialität (2.) (Reckwitz 2008: 191). Des Weiteren ist nach Reckwitz (2003: 284) (3.) das Spannungsverhältnis zwischen Routinisiertheit und Unberechenbarkeit der Praxis als Grundannahme von Praktiken relevant.

- a) Der Rekurs auf *implizites Wissen* als ein »know how, ein Konglomerat von Alltags-techniken, ein praktisches Verstehen im Sinne eines ›Sich auf etwas verstehen‹« (ebd.: 289) ist einer der zentralen Gemeinsamkeiten praxistheoretischer Ansätze. »Die Praxistheorie betont die Implizitheit dieses Wissens, das kein explizierbares Aussagewissen (knowing that) von Überzeugungen darstellt, sondern einem ›praktischen Sinn‹ ähnelt; sie hebt hervor, dass die ›expliziten Regeln‹, die in einem Handlungsfeld als relevant angegeben werden, diesen impliziten Kriterien in keiner Weise entsprechen müssen« (ebd.: 292). Implizites, praktisches Wissen stellt den »Handelnden implizite Kriterien an die Hand, wie [...] [das] Problem der Ordnung [...] immer wieder neu zu bearbeiten ist, wie die Kontingenz der Welt sinnhaft zu erfassen ist« (Reckwitz 2004: 44). »Das Soziale und Kulturelle [...] existiert primär und in letzter Instanz im impliziten Wissen und impliziten Sinn.« (Reckwitz 2008: 191) Erst dieses praktische Wissen mache die Körper handlungsfähig und zu Akteur_innen.
- b) Dabei ist das implizite Wissen nur hinreichend zu fassen, wenn man es auf die Dimension seiner »materiale[n] Verankerung« (Reckwitz 2004: 45) in Körpern und Artefakten ausweitet. In der Praxistheorie ist das Soziale also grundsätzlich mit der *Materialität* verknüpft. Schatzki spricht etwa von Praktiken und materiellen Arrangements, die sich bündeln (Schatzki 2016: 33). Reckwitz (2003: 297f.) stützt sich dabei u.a. auf die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) (Latour 1996), die sich den Dingen zuwendet und deren Praktiken betont. »Soziale Praktiken lassen sich deshalb als ›grundlegend‹ interpretieren, weil sie von vornherein material verankert sind: primär in den Körpern [...], sekundär auch in den Artefakten.« (Reckwitz 2008: 191f.) Die materiellen Praktiken als Körperbewegungen seien wiederum abhängig vom impliziten Wissen. Sie entwickeln Verhaltensroutinen mit Artefakten (ebd.).
- c) »Praxis ist als Scharnier zwischen dem Subjekt und den Strukturen angelegt« (Hörning/Reuter 2004b: 13). Erst durch die Wiederholung von Praktiken bildet sich demnach eine Ordnung des Sozialen heraus. Die *Routinisiertheit* der Praktiken, also ihre »relative[.] ›Geschlossenheit‹ der Wiederholung« (Reckwitz 2003: 294) verleiht der Sozialwelt ihre Strukturiertheit, macht sie verständlich und ordnet sie. Die Grundannahme der Routinisiertheit wird in der Praxistheorie also in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage der *Ordnung* gebracht, um etwa »das Soziale« theoretisch fassen zu können. Das Tun, das Praktizieren von Sozialem, von Differenz, von Geschlecht, wie es mit dem Präfix *doing* zum Ausdruck gebracht wird, betont dabei die *agency* der Subjekte. Mit Hörning und Reuter (2004b) ist aus kulturwissenschaftlicher Sicht aber »[n]icht jede Hantierung, nicht jedes Tun [...] schon Praxis. Erst durch häufiges und regelmäßiges Miteinandertun bilden sich gemeinsame Handlungsgepflogenheiten heraus, die soziale Praktiken ausmachen« (ebd.: 12). Soziale Praktiken sind also bei weitem nicht immer bedeutsam im Sinne der Subjekte (etwa als stilisiertes Ri-

tual oder subversiv-emanzipatorische Handlung), sondern oft sind es »Alltagsroutinen, Gepflogenheiten oder habitualisierte Macharten, die gar kein aktives *doing* vom Einzelnen verlangen« (ebd.: 12).

- d) Neben regelmäßigen, routinisierten Praktiken sind es einer neueren, insbesondere von poststrukturalistischen Positionen befruchteten Theoriediskussion zufolge jedoch auch regelwidrige Praktiken, die Praxis nicht nur vorhersehbar, sondern auch unberechenbar machen. Nicht nur die relative Geschlossenheit, sondern auch die »Offenheit« für Misslingen, Neuinterpretation und Konflikthaftigkeit des alltäglichen Vollzugs« (Reckwitz 2003: 294), zusammengefasst im Aspekt der Unberechenbarkeit von Praktiken, sei insbesondere in der Moderne prägend.

Indem etablierte sozialtheoretische Dichotomien mittels einer relationalen Perspektive überwunden werden, gelingt es der praxeologischen Position, weder Handlungsakte zu isolieren, noch Normen als eigenständige Entitäten überzubetonen (Schäfer 2016a:138). »Stattdessen identifiziert sie Praktiken als Grundlage von Individualität und Strukturbildung.« (Ebd.) Soziale Praktiken liegen zwischen, spielen mit den und destabilisieren die »vorherrschende[n] Dichotomien zwischen Subjekt und Objekt, Körper und Geist, Individualität und Kollektivität, Handlung und Struktur sowie zwischen Theorie und Praxis« (Schmidt 2012: 70). Durch dieses reflexive Wenden könne »auch die sozialwissenschaftliche Theorie – als Produkt eines Ensembles spezifischer situierter theoretischer Praktiken – einer empirischen Beschreibung zugänglich werden« (ebd.: 70). Theoretische Konzepte und Begriffe können so eben nicht mehr als geschlossene behandelt werden. Nach Reckwitz geht es sowohl der Praxeologie (als auch der Diskurstheorie) darum »etwas theoretisch in bestimmten Perspektiven Marginalisiertes, Sekundäres zu rehabilitieren und schließlich als das Primäre zu präsentieren, gewissermaßen eine theoretische Strategie der Umdeutung, des Umkippens eines *supplément* zu betreiben« (Reckwitz 2008: 194, Herv. i. O.).

5.1.2 Poststrukturalistische Erweiterungen der Praxistheorie

Mit der häufigen Betonung der Stabilität des Sozialen (Reckwitz 2003; Hörning 2001), hat sich die Praxistheorie selbst ein theoretisches Problem eingefangen (Schäfer 2016a: 137). Frühe Positionen wie etwa Giddens' Prämisse, dass Routine »die vorherrschende Form der sozialen Alltagspraktiken« (Giddens 1995: 336) sei, seien insofern problematisch, als dass damit offen bleibe, »wie sich institutionalisierte soziale Phänomene praxeologisch einordnen lassen, die im Verlauf eines Lebens – üblicherweise – nicht mehrfach auftreten« (Schäfer 2016a: 138f.). Schäfer meint hier etwa Heirat und Scheidung, aber auch andere Phänomene wie ein Unfall, die sich schwerlich unter die Rhetorik der Routine einordnen lassen. Noch

fragwürdiger ist die Prämisse der Routine aber bezüglich der Stabilität der Ordnung. Die Betonung der Körperlichkeit der Praxis scheint dazu zu verleiten »die nicht-bewusste, routinehafte Reproduktion von Praktiken zu unterstellen und als Garanten für die stabile Ordnung des Sozialen anzusehen« (ebd.: 139). Die Kritik an Bourdieus Konzept des Habitus ist hierfür sinnbildlich: Reckwitz (2003) zufolge ist die Inkorporierung des Wissens, verdichtet im Habitus ein »sozialer Mechanismus, der im Normalfall eine ›konservative‹ Reproduktion von Praktiken – im Übrigen auch eine generative ›Mächtigkeit‹ des Sozialen – begründet« (ebd.: 297). Wenn sich das Soziale aufgrund eines beharrlichen Habitus reproduziert, dann hat, so die Kritik, diese Theorie deterministische, reduktionistische oder mechanistische Züge (Schäfer 2016a: 139). Zudem scheinen Bourdieus Rahmungen der sozialen Felder als zu statisch, versuchen sie doch, zugespitzt formuliert, die sozialen Kämpfe als Kampf zwischen Neuen und Etablierten im Feld zu führen. Dabei jedoch wird vergessen, dass es weder klar abgegrenzte Felder noch homogene Akteur_innen gibt: Da jedoch alle Akteur_innen zugleich immer unterschiedlichen, diversen Feldern angehören, fehlt mit Bourdieus Theorie die Möglichkeit, die Habitusschemata in Momenten des Konflikts, der Brechung, der Ambivalenz zu betrachten (ebd.: 154). Die Frage nach der Spontaneität, der Möglichkeit des Neuen, kann mit Bourdieu demnach nicht beantwortet werden. Es scheint, als sei Bourdieus Begriff des Habitus zu ›dick‹. Reckwitz nimmt in seinem eigenen Theorieentwurf nur verweisend auf den Habitus Bezug, wenn er über eben jene strittige Frage der Praxistheorie reflektiert. Er selbst ›verdünnt‹ die sich hinter der Routinisiertheit versteckende habituell inkorporierte Ordnung und stellt ihr als binäre Gegenlogik die des Eigensinns und der Innovation entgegen (Reckwitz 2003: 297). Damit bezieht er sich einerseits auf ethnomethodologische Positionen und andererseits auf Theoretiker_innen der Cultural Studies sowie des Poststrukturalismus. Ihnen gilt »das beständige Potenzial zu kultureller Innovation – im Übrigen auch von machtvолlem ›Widerstand‹ und ›Subversion‹ – als das Kennzeichen der Anwendung sozialer Praktiken« (ebd.: 297).

Noch ›dünner‹ als der letztlich doch an den inkorporierten Dispositionen ansetzende Routinebegriff, ist der von Schäfer (2016a) vorgeschlagene Begriff der Wiederholung (ebd.: 151). Er benennt, ausgehend von einem poststrukturalistischen Praxisbegriff neben der Betrachtung von Differenzen und Verschiebungen noch zwei weitere Analyseprinzipien: das Prinzip der Anerkennung von Relationalität sowie von Heterogenität (ebd.: 143ff.). Relationalität bezieht sich auf das Netz an Relationen, in welche die Praktiken eingebettet sind. *Agency* entstünde nicht intentional oder nur auf das individuelle Subjekt bezogen, sondern zeit- und raumbezogene Elemente beeinflussten die Ausführung von Praxis. Methodologisch gewendet müsse demnach den Relationen gefolgt und müssten diese herausgearbeitet werden. Heterogenität meint zweitens hier, »dass die Entitäten, die in einer Praxis zusammenkommen, von ganz unterschiedlicher Qualität sein können« (ebd.: 145), dass also Körper-

praktiken, Nutzung von Artefakten etc. für sich genommen schon sehr heterogen sind, aber dann auch in ihrer Relationalität jeweils für sich noch einmal unvorhergesehen irritiert werden können.

Um das Paradoxe, Widersprüchliche, Ambivalente, Auflösende der Praxis greifbar zu machen, greifen Praxistheoretiker_innen z.B. auf poststrukturalistische Positionen von Deleuze und Derrida zur *différance* zurück, wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz (Wrana 2014; Schäfer 2016a). Eine Wiederholung erzeugt demnach nie das Gleiche, sondern eine »Wiederkehr des Ungleichen als eines Gleichen« (Waldenfels 2001: 7, zit.n. Schäfer 2016a: 140). Daher ist es ratsam, die Wiederholung von der Differenz her zu denken. So bringt alle Wiederholung ein Nicht-Identisches hervor, jede Praxis ist daher im Grunde singulär. Eine tatsächliche Wiederholung ist hingegen ein »prekäres Grenzereignis [...] da Instabilität stets noch in die stabilste Wiederholung eingeschrieben ist« (ebd.: 141). Iterabilität verweist auf die »strukturelle Wiederholbarkeit jeder Praxis« (ebd.: 141) und betont den prozesshaften Charakter von Wiederholung, der die Bedeutung erst sichert. Jedoch schließt jede Wiederholung stets Veränderungen bzw. Verschiebungen ein (ebd.: 141). Diese poststrukturalistischen Reflexionen können die Praxistheorie für ein dynamisches Verständnis von Wiederholung sensibilisieren. Derart praxistheoretische Perspektiven wenden sich also gegen individualtheoretische Subjektfassungen und sehen das Subjekt als ein immer wieder neu im Entstehen befindliches. Den Platz für das Paradoxe, Widersprüchliche, Ambivalente, Auflösende der Praxis analytisch zu schaffen, ist in der Praxistheorie jedoch kein einfach zu lösendes Problem. Reckwitz (2003) etwa begründet subversives Potenzial über »die Kontextualität, die Zeitlichkeit und die Agonalität der Praktiken« (ebd.: 297). Für Schäfer (2016a) braucht es, ähnlich, die Entfaltung der »komplexen Verbindungen [...], die Praktiken in Raum und Zeit unterhalten« (ebd.: 139).

Zusammenfassend soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass Praxistheorie herausgefordert ist, die Zeitlichkeit, Räumlichkeit, Materialität und Körperlichkeit der Praktiken zu fokussieren und nicht nur die Praxis der Wiederholung, sondern gleichsam auch deren Verschiebungen mit einzuschließen. Dies bedeutet eine Perspektivierung der raum-zeitlichen Relationalität, der Häufigkeit und der Veränderung der Wiederholung der Praktiken. Die Frage ist also, wie stabil die Praxis ist und welche Mechanismen zu ihrer Stabilisierung beitragen, welche sie irritieren sowie welche Körperpraktiken und materiellen Arrangements die stabile Wiederholung unterstützen bzw. transformieren. So scheint möglich, Fragen nach der Reproduktion und Transformation des Sozialen im Kontext seiner Machtverhältnisse und Praktiken sozialer Differenzierung gleichermaßen zu betrachten (ebd.: 156).

5.1.3 Dialektische Kritik an der Praxistheorie

Praxistheoretische Theorieansätze können vonseiten einer praxisphilosophischen Position einer dialektischen Kritik unterzogen werden (May 2018). Mit der Praxistheorie nach Reckwitz könne demnach die »Verwirklichung eines Zusammenhangs menschlicher Sinnlichkeit einschließlich durch Blockierungen nicht verwirklichter Vermögen« (ebd.: 47) nur schwerlich fokussiert werden. So fehle die Sensibilität für Formen von Aneignungen durch ein aus dialektischer Perspektive als handlungsfähig und eigensinnig zu zeichnenden Praxissubjekts. Auch gebe sie keinen Aufschluss über die Art der »Logik oder Grammatik« (ebd.: 50) der Praktiken, die den vielfältigen Lebensformen in den sozialen Feldern Rechnung trügen. Wenn etwa soziale Felder sich auf Funktionssysteme bezögen, also auf jene Felder, in denen es eine Ausdifferenzierung nach bestimmten Interessen gibt, so könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Praktiken der dort tätigen Subjekte einer homologen Struktur folgten. Wie sind dann aber die Praktiken der Klassen, Milieus, Bewegungen etc. in einem sozialen Feld analysierbar, welches von der Vorherrschaft einer bestimmten Tätigkeit geprägt ist (ebd.: 50)? Als problematisch festzuhalten ist, dass die Praxistheorie mit einem unzureichenden Verständnis von Alltag arbeitet, wenn sie die alltäglichen, routinisierten Handlungen beobachtet. So können auf einer empirischen Ebene zwar alltägliche Praktiken beschrieben werden, doch aus dialektischer Perspektive ist Alltag mehr als die »übergreifende Ebene von Routinehandlungen« (ebd.: 51). Alltag ist etwas Aufgespaltenes und formalisiert Systematisiertes »in [...] Sektoren der Arbeit, des Privatlebens und der Freizeit« (ebd.: 51). Alltäglichkeit ist mehr als nur die »empirische Organisationsform des menschlichen Lebens« (Lefebvre 1977: 153), sondern auch »ein Haufen von Repräsentationen, die diese Organisation maskieren« (ebd.). Alltäglichkeit erscheint hier als »Entfremdung der Form durch die Form« (Lefebvre 1975: 346). Hier wird also die »Politik« der Praxistheorie kritisiert, die blind für die Zumutungen einer entfremdeten Gesellschaft ist. Das Sich-*nicht*-ins-Verhältnis-Setzen erscheint als implizit normatives Prinzip der Praxistheorie, das es kritisch aufzuschließen gilt.

Ausgeblendet bleiben in der Praxistheorie auch die Perspektivierungen auf Institutionen als aggregierte soziale Praxis, die sich epistemologisch verfestigt (May 2018). Deren Gewordensein durch einstmals »lebendige Arbeit« (Negt/Kluge 1981) weicht im Laufe der Zeit einer verselbständigten Form als »tote Arbeit« (ebd.). Jedoch gibt es auch die »lebendige Institution« (Jaeggi 2009), die sich dadurch kennzeichnen lässt, »dass sie sich nie einfachhin reproduziert, sondern immer wieder der neuen, aneignenden Interpretation und der reaktualisierenden Affirmation bedarf« (ebd.: 543). Der Unterschied und das Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit wird mit der Praxistheorie vernachlässigt (May 2018: 53). Gibt es mehr tote Arbeit, ist es eben nicht nur die Wiederholung, sondern auch die Entlebendigung, die hier mit hineinspielt und insofern jedoch praxistheoretisch nicht abgebildet wer-

den kann (ebd.: 53). Das heißt, die Möglichkeit der Perspektivierung aggregierter sozialer Praxis als neu und progressiv gegenüber entlebendigten Formen verfestigter Praxis ist insbesondere aus einer analytisch-kritischen Perspektive, wie sie in der vorliegenden Arbeit eingenommen wird, relevant.

5.2 Diskurs als Praxis

In dieser Arbeit kommt eine Methodologie zur Anwendung, welche die Perspektive auf Macht und Herrschaft in die praxistheoretische Basis integriert. Als nächsten Schritt soll der praxistheoretische Zugang daher um diskursanalytische Bezugnahmen erweitert werden.

Reckwitz (2008; 2003) würdigt die Arbeiten Foucaults zur Regierung des Selbst (2000) oder Butlers Performativitätsansatz (1990) als Beiträge zur Theorie sozialer Praktiken. Selbst diese beiden Vertreter_innen der Diskursanalyse bzw. des Poststrukturalismus lassen sich demnach »verwirrenderweise« (Reckwitz 2008) dem praxeologischen Feld zuordnen. Als sinnrekonstruierend sind Theorien sozialer Praktiken und Theorien von Diskursen gleichermaßen am Spannungsverhältnis zwischen Praxis und Diskurs interessiert (ebd.: 189). So ist die »Differenz zwischen Praktiken und Diskursen als zwei Ausgangspunkten kulturwissenschaftlicher Analyse [...] nun jedoch nicht allein auf der Ebene von Sozialtheorie von Bedeutung, sie betrifft auch und vor allem die Ebene der Methodologie« (ebd.: 189). Methodologisch ist das Zusammendenken von Praktiken und Diskursen ein Grenzfall, denn nicht nur die Analysemethoden sind unterschiedliche, sondern auch die Gegenstände sind unterschiedlich methodisch zugänglich. Dies trägt dazu bei, dass die Rolle der Forschenden, aber auch die Subjektfassungen jeweils anders nuanciert sind: Auf der einen Seite ist die Forscherin eine Feldforschende, auf der anderen Seite auf der Suche nach der Macht des Diskursiven. Das Subjekt erscheint einmal, wenn wir uns die oben aufgeführte dialektische Kritik an der Praxistheorie vergegenwärtigen und weiterentwickeln, als handlungsfähiges Praxissubjekt, auf der anderen Seite wird es gezeichnet als Effekt von Diskursen, in dieser Arbeit bezeichnet als Anrufungs-subjekt. In der Arbeit wird dieser Gegensatz genutzt, um jeweils unterschiedliche Qualitäten von Praxis im Moment ihrer Erbringung zu zeigen. Es kommt nicht zum »Gegeneinander-Ausspielen praxeologischer und diskursanalytischer Ansätze« (ebd.: 190), sondern stattdessen werden praxeologische Analyse und Diskursanalyse als »zwei Seiten des gleichen kulturwissenschaftlichen Analyseprojekts [wahrgenommen]« (ebd.: 190).

5.2.1 Praktiken als Herausforderung für die Diskursanalyse

Die Erarbeitung der dieser Arbeit zugrundeliegenden Methodologie wurde geprägt durch poststrukturalistisch sensibilisierte, ethnografische Arbeiten, etwa Langers (2008) Ethnografie zu Körperpraktiken in der Schule oder Ott's (2011) machtanalytische Ethnografie zu Aktivierungspraktiken im Profiling sowie dahingehende theoretische Beiträge (Wrana/Langer 2007). Um das Diskursive in die ethnografische Analyse einzubeziehen, bedarf es der Auseinandersetzung mit den Konzepten und Begriffsschattierungen des Diskursbegriffes. Dabei stößt man unweigerlich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Auslegungen der Form und Reichweite. Ziel des folgenden Abschnitts ist es, dieses Verhältnis gegenstandsangemessen für die vorliegende Arbeit zu bestimmen.

Es ist gängig, Sprachlich-Textliches dem Diskurs und alles, was dies nicht ist, dem Außer-Diskursiven zuzuordnen (Bühmann/Schneider 2007; Bühmann 2005: 179f.). Ein enger Diskursbegriff bezieht sich auf das »set of symbolic representations and practices embodied in a range of texts, speeches and signifying sequences of all sorts« (Howarth 2005: 336). Die Lesart wird durch die Gleichsetzung von Diskurstheorie mit Diskursanalyse als Analyse von Verschriftlichtem befördert (Dzudzek 2016: 84). Doch auch Nicht-Sprachliches bzw. Nicht-Textliches kann für die Perspektive auf das Diskursive fruchtbar gemacht werden. Für die Arbeiten im Kontext erziehungswissenschaftlicher Diskursanalysen lassen sich unterschiedliche Diskursverständnisse ausmachen. Fegter et al. (2015) haben sich die Forschungsarbeiten zwischen den Polen »Diskurs als Ordnung und Diskurs als Praxis« angeschaut und einen »diskurstheoretischen Minimalkonsens« (ebd.: 14) im Anschluss an die Diskurstheorie Foucaults herausgearbeitet: So sei a) Sprache der Horizont zur Konstitution von Wirklichkeit. In der erziehungswissenschaftlichen Diskursforschung liege der Fokus überdies eher bei der Praxis des Sprechens als bei der Sprache selbst. Weiterhin sei b) Diskurs mehr als Sprache. Letztlich gehe es immer darum »Wissen« und »Wahrheit« durch diskursive Praktiken zu erlangen. c) Mit Foucault werde jeglicher Wahrheitsanspruch an Wissen obsolet, denn Wissen und Wissensformationen seien historisch bedingt und damit kontingent. Dieses Wissen könne dekonstruiert werden, jedoch nicht, um es dann angemessener wieder zu konstruieren, sondern um seine Bedingtheit erkennbar zu machen. Schließlich lasse sich d) Diskursivität auf zweierlei Art perspektivieren: als empirisch isolierbare diskursive Formationen einerseits und als diskursive Praktiken andererseits (ebd.: 14).

5.2.2 Über diskursive und nicht-diskursive Praktiken hinweg

In dieser Arbeit wird der Diskursbegriff weit gefasst (Ott 2011; Langer 2008; Wrana 2006; Wrana 2012; Wrana/Langer 2007): »discourse is ›bigger than language« (Macgilchrist/van Hout 2011: Abs. 6). Diskurs ist mehr als das, was über Sprache und Text

zu erkennen ist. Im Folgenden soll der Diskursbegriff näher beschrieben und eine Grenzbestimmung zwischen Diskurs und Praxis vorgenommen werden.

Wrana und Langer (2007) problematisieren die Unterscheidung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, wie sie von Foucault und, auf ihn aufbauend, von Diskurstheoretiker_innen wie Keller (2005) oder Jäger (2001) vorgenommen wird. Sie zeigen, dass diese Unterscheidung selbst eine Trennung von etwas vollführt, was zusammen gedacht werden müsse. So sei Foucaults Diskurstheorie nach Jäger (ebd.) stark sprachlich zentriert und berücksichtige nur unangemessen, »dass die Diskurse und die Welt der Gegenständlichkeiten bzw. Wirklichkeiten substanziell miteinander vermittelt sind und nicht unabhängig voneinander existieren« (ebd.: 90). Somit konstruiere sich ein Vermittlungsproblem zwischen den (getrennten) Wirklichkeiten und damit auch zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken (Wrana/Langer 2007: Abs. 2). Doch »[u]m so mehr man das Diskursive und das Nicht-Diskursive als zwei getrennte Wirklichkeiten begreift, um so problematischer wird die sich daraus ergebende Vermittlungsfrage« (ebd.: Abs. 2). Dieses Problembewusstsein tragen auch kritische Weiterentwicklungen der Diskursanalyse mit, wie etwa die um den Machtaspekt erweiterte Dispositivanalyse. Diese »[schließt] – ausgehend von vom [sic!] Diskursiven – eine Analyse der Machtverhältnisse und der nicht-diskursiven Praktiken mit ein [...]« (ebd.: Abs. 4). Die verschiedenen Ansätze der Dispositivanalyse (Bühmann 2004; Schneider/Hirsland 2005) eint das Bemühen um den Stellenwert des Nicht-Diskursiven und damit die Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken. Wrana und Langer (2007) schließen sich dem Problembewusstsein an, fragen aber »wie sich die Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken realisiert, wenn sie an Untersuchungsgegenständen konkretisiert wird« (ebd.: Abs. 4). Beide Ebenen seien derart miteinander vermittelt, »dass diese bereits in den Gegenständen so eng ist, dass eine vorgängige analytische Unterscheidung zweier Ebenen problematisch erscheint« (ebd.: Abs. 4). Selbst Foucault hätte diese Trennung nicht vorgenommen und präge *keinen* »autonom sprachlichen Diskursbegriff«, sondern »[versuche] den Diskurs als Grenze zwischen dem Sprachlichem und dem Nicht-Sprachlichen zu konzeptionieren« (ebd.: Abs. 4). In der »Archäologie des Wissens« (1973) entwirft Foucault die Diskurstheorie. Hier spürt er den diskursiven Formationen nach und arbeitet deren Differenzierungsebenen heraus. Foucault interessieren die je eigenen Unterschiede der Gegenstände, der Objekte des Diskurses, die zu einem spezifischen Zeitpunkt zutage treten. Er verortet etwa für den Psychopathologie-Diskurs des 19. Jahrhunderts die Konturen ihres Auftauchens in den Milieus und Familien, den Glaubensgemeinschaften, die eine Toleranzschwelle haben, jenseits derer der Wahnsinn etwa von Angehörigen nicht mehr tragbar sei. Sie delegierten die Diagnose an die Medizin. In dieser Zeit der ersten Differenzierungen – was ist Abweichung, was ist Kriminalität – definiert sich, worüber man spricht, formiert sich ein Objektstatus (Foucault 1973: 62). Darüber hinaus sind die Instanzen der Dif-

ferenzierung zu finden: wenn also die Medizin die gesellschaftliche Hauptinstanz zur Beurteilung von Wahnsinn im 19. Jahrhundert wurde, so gab es trotzdem weitere einflussreiche Instanzen (Justiz, Kirche, Kunst- und Literaturkritik). Um die diskursive Formation des Psychopathologie-Diskurses noch enger zu umkreisen, sind es schließlich die »Spezifikationsraster« (ebd.: 64), die zu analysieren sind, also Formen der Kategorisierungen von Wahnsinn. Mit Foucault gesprochen geht es jedoch noch darüber hinaus: »Der Diskurs ist etwas ganz anderes als der Ort, wo sich Gegenstände, die vorher errichtet worden wären, niederlegen und überlagern wie auf einer einfachen Inschriftenfläche.« (Ebd.: 65) Es sind die Beziehungen zwischen den Differenzierungsebenen, die möglichen Gründe dafür, was die Aufzählungen ermöglicht hat, das implizierte gemeinte Ganze, auf das er sich bezieht, die Praktiken der Wissensproduktion, die zur Bestimmung eines Diskurses ermittelt werden müssen (ebd.: 65; Wrana/Langer 2007: Abs. 6). Der Diskurs existiert nur »unter den positiven Bedingungen eines komplexen Bündels von Beziehungen« (Foucault 1973: 68). Die Beziehungen gestatten dem Diskurs also, in Erscheinung zu treten. Es sind diese Beziehungen, die Foucault zufolge »eigentlich *diskursiv*« (ebd.: 69, Herv. i. O.) zu nennen sind. Diese »diskursiven Beziehungen sind dem Diskurs nicht innerlich [...]: sie verbinden die Begriffe oder die Wörter nicht untereinander; sie errichten zwischen den Sätzen oder den Propositionen keine deduktive oder rhetorische Architektur« (ebd.: 69f.). Jedoch sind die diskursiven Beziehungen dem Diskurs auch nicht äußerlich.

»Sie befinden sich irgendwie an der Grenze des Diskurses: [...] sie bestimmen das Bündel von Beziehungen, die der Diskurs bewirken muß, um von diesen und jenen Gegenständen reden, sie behandeln, sie benennen, sie analysieren, sie klassifizieren, sie erklären zu können. Diese Beziehungen charakterisieren nicht die Sprache, die der Diskurs benutzt, nicht die Umstände, unter denen er sich entfaltet, sondern den *Diskurs selbst als Praxis*.« (ebd.: 70, Herv. S.P.)

Der Diskurs kann nicht unabhängig von Praxis isoliert werden, sondern ist in seinem Beziehungsgeflecht zu betrachten. Foucaults Diskursbegriff in der »Archäologie des Wissens« (1973) ist also »weit davon entfernt, die Welt ›als Text‹ und den Diskurs als sprachliche Immanenzebene zu verstehen« (Wrana/Langer 2007: Abs. 6), womit das sprachliche Handeln ins Zentrum der Diskurstheorie rückt (ebd.: Abs. 5).

Erklärungsbedürftig ist der Sprachgebrauch, denn es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Unterscheidung zwischen sprachlich und nicht-sprachlich mit der Unterscheidung zwischen diskursiv und nicht-diskursiv in eins geht (ebd.: Abs. 7). Vielmehr

»wäre eine nicht-diskursive Praktik keine nicht-sprachliche Praktik, sondern eine, die nicht mit Diskursen in unmittelbaren Beziehungen steht. Da aber das Gesamt der Beziehungen ein System bildet, müsste man nun argumentieren, dass die ›eigentlich‹ nicht-diskursiven Praktiken zwar nicht unmittelbar, aber doch mittelbar mit Diskursen verbunden sind, und daher nicht einfach ›nicht-diskursiv‹ sind, sondern ›uneigentlich diskursiv‹.« (Ebd.: Abs. 7)

Foucault benutze den Begriff der nicht-diskursiven Praktiken im Kontext einer strategischen Perspektive. Jede diskursive Praxis habe demnach etwas Strategisches und auch die Beziehung zwischen Diskursivem und Nicht-Diskursivem sei strategisch (Foucault 1973: 99ff.). Welches Sagbare gewählt werde, verweise »auf die ›Bruchstelle‹ zum Nicht-Diskursiven innerhalb des Diskurses« (Wrana/Langer 2007: Abs. 8). Wo sind also die Bruchstellen, wo etwas nicht zusammenpasst und was sagt das über die strategische Funktion der Formation aus? Es kommt darauf an, die Grenze zwischen Diskursivem und Nicht-Diskursivem als »Zone grenzüberschreitender Bezüge« (ebd.: Abs. 9) zu begreifen. Es geht demnach um *Diskurs als Praxis* und nicht um das Diskursive als solches (ebd.: Abs. 9). Im Fokus steht der »Diskurs als Praxis, der sich an ein bestimmtes Feld von Gegenständen wendet, der sich in den Händen einer gewissen Zahl von statuarisch bezeichneten Individuen befindet, der schließlich bestimmte Funktionen in der Gesellschaft zu erfüllen hat, sich über Praktiken artikuliert, die ihm äußerlich und selbst nicht diskursiver Natur sind« (Foucault 1973: 234).

Im Kern ist »diskursive Praxis [...] eine Praxis der Konstitution von ›Wissen‹ und ›Wahrheit‹, d.h. sie produziert die Bedeutung von Dingen und Handlungen, von gesellschaftlichen und politischen Geschehnissen oder Zusammenhängen, von Existenz- und Lebensweisen« (Fegter et al. 2015: 14f.). Und andersherum verleiht die diskursive Praxis diesen ihre Gültigkeit. »In Frage steht dann nicht, ob Aussagen eine Wirklichkeit angemessen repräsentieren, sondern inwiefern sie produktiv sind und die von ihnen referierte Wirklichkeit mitkonstruieren.« (Ebd.: 15) Es steht somit eher der Vollzug der Diskursivität in den Situationen der Praxis im Vordergrund und nicht etwa die Rekonstruktion von diskursiven Formationen. Diskursive Formationen sind jedoch ausgesprochen wichtig für diese Ansätze, denn es wird beobachtet, wie in den Praktiken auf die darüber liegenden Wissensordnungen Bezug genommen wird. Diese müssen in den Praktiken immer wieder neu geschaffen, aktualisiert und damit autorisiert werden, um ihre Gültigkeit nicht zu verlieren (ebd.: 18). So richten sich die Analysen »auf die diskursiven Brüche, Diskontinuitäten und Singularitäten und rücken das Minoritäre und Hybride in den Blick« (ebd.: 18).

5.2.3 Das Diskursive von Alltagspraxis und Körper

Für eine diskursanalytisch informierte ethnografische Forschung ist es relevant zu klären, ob auch die Alltagspraxis und der Körper Orte des Diskursiven darstellen können oder nicht. Die Fassung von Diskurs als Praxis ermöglicht es, prinzipiell jede »alltägliche und nichtalltägliche Äußerung – insofern in ihnen qua sprachlichem Handeln Gegenstände hervorgebracht, Bedeutungsfelder konstruiert und Subjekte konstituiert werden« (Wrana/Langer 2007: Abs. 33), diskursanalytisch zu fassen. Wenn sich der Forschungsgegenstand also in einem Maße dazu eignet, dass in den spezifischen Situationen bedeutungsvolle Relationen von Praktiken herausgearbeitet werden können, dann können diese diskursanalytisch aufgeschlossen werden, unabhängig davon, ob es sich um bekannte öffentliche Diskurse, Alltags- oder Körperpraktiken handelt.

Auch der Körper selbst kann Diskursmedium sein, denn hier sind »das Körperliche und das Diskursive verwoben« (ebd.: Abs. 48) und auch die eigenleibliche Erfahrung ist nicht zu trennen von den Praktiken des Deutens und Interpretierens derselben (ebd.: Abs. 48). Körpersprache ist nicht quasi-natürlich gegeben, sondern besitzt eine Historizität. So kann Langer (2008) am Beispiel von Berührungen von Schüler_innen durch Lehrende zeigen, wie Körperlichkeit in der Schule diskursiv konstituiert und eine Praxis sozialer Positionierungen hervorbringt. Die Körpersprache ist nicht-sprachlich, doch keineswegs nicht-diskursiv: deren symbolische Aufladung erscheint erst vor dem Diskurshorizont. »Das Diskursive legitimiert nicht einfach die genannte Körperpraxis, es liegt ihr vielmehr als symbolische Ordnung der sozialen Hierarchie zugleich zugrunde und wird von ihr stabilisiert.« (Wrana/Langer 2007: Abs. 54)

5.3 Machttheoretische Sensibilisierung

Diskursive Praktiken bringen Differenzierungen hervor, sie können Unterscheidungen treffen, Bewertungen vornehmen, bestimmte Deutungen betonen und andere ausschließen. Die Frage ist, wessen diskursive Praxis in welcher Weise machtvoll ist? Ausgehend vom Foucault'schen Machtbegriff, der Macht auf der mikroanalytischen Ebene fassbar macht, wird im Folgenden in kritischer Weiterentwicklung der analytischen Sensibilisierung eine Orientierung hin auf die Perspektiven Eigensinn und Widerstand sowie Hegemonie in den Situationen vorgenommen.

5.3.1 Foucaults Machtbegriff

Das Verständnis von Macht hat sich bei Foucault im Laufe seiner Arbeiten von einer vormals juristisch-diskursiven Konzeption (in der »Ordnung des Diskurses«, 1996) hin zu einem strategisch-positiven Machtverständnis (1994[1976]; 2017[1977]) verändert (Lorey 1999: 87; Foucault 1978: 104f.). Für Foucault gibt es nicht *die* Macht, was ihm, wie etwa von Fraser (1994b) die Kritik einbringt, er nenne zu viele Dinge Macht (ebd.: 52). Foucaults Machtbegriff, wie er ihn in »Der Wille zum Wissen« (2017[1977]), in »Subjekt und Macht« (2005) oder in »Wie wird Macht ausgeübt« (1994) umreißt, ist ein Versuch, »eine kritische Untersuchung der Machtthematik anzugehen« (ebd.: 251), eher als eine »Metaphysik« oder eine »Ontologie« der Macht einzuschmuggeln« (ebd.: 251). Was er mit Macht meint, ist nicht zugunsten der Pole positiv oder negativ, oben oder unten, links oder rechts, legitim oder illegitim zu verorten:

»Man möchte nicht wissen, was wahr oder falsch, begründet oder nicht begründet, wirklich oder illusorisch, wissenschaftlich oder ideologisch, legitim oder mißbräuchlich ist. Man möchte wissen, welche Verbindungen, welche Verschränkungen zwischen Zwangsmechanismen und Erkenntniselementen aufgefunden werden können, welche Verweisungen und Stützungen sich zwischen ihnen entwickeln, wieso ein bestimmtes Erkenntniselement – sei es wahr oder wahrscheinlich oder ungewiß oder falsch – Machtwirkungen hervorbringt und wieso ein bestimmtes Zwangsverfahren rationale, kalkulierte, technisch effiziente Formen und Rechtfertigungen annimmt.« (Foucault 1992: 31)

Macht ist bei Foucault also nicht, wie etwa bei Weber (1972), in einen gewaltförmigen Zusammenhang des Durchsetzens des Willens gegenüber anderen zu stellen. Indem Foucault (1992) bewusst eine »Neutralisierung in Sachen Legitimität« (ebd.: 32) vornimmt, kann Macht, da die Analyse dies nicht wertet, von einem positiven Zusammenhang ausgehend, analysiert werden: Die Frage ist dann nicht »Was ist legitim und richtig?«, sondern »Wo wird etwas akzeptiert?«.

Foucaults Machtbegriff setzt sich vom Gewalt-Begriff ab. Während ein Gewaltverhältnis auf einen Körper oder auf Dinge einwirkt, »zwingt, beugt, bricht, [...] zerstört« (Foucault 1994: 254) und letztlich in die Passivität zwingt, »errichtet sich [ein Machtverhältnis hingegen] auf zwei Elementen, ohne die kein Machtverhältnis zustande kommt« (ebd.: 254). Hier wird deutlich, dass für Foucault Macht nur in Beziehungen existiert. Foucault interessiert genau dieser Zwischenraum, also die Ausdrucksweise und die Beschaffenheit dieser Relationen. Es geht hier also nicht um gesetzlich, institutionell oder ideologisch konstituierte Machtmechanismen, nicht darum, dass Stärkere Macht über Schwächere ausüben, sondern Macht ist eine Verhältnisbestimmung und eher zu denken als ein »Ensemble von Handlungen, die sich gegenseitig hervorrufen und beantworten« (ebd.: 252). Somit ist auch klar, dass der

Machtbegriff nicht auf ein Zentrum der Macht referenziert, sondern auf den »behebenden Sockel der Kräfteverhältnisse« (Foucault 2017[1977]: 93).

»Unter Macht, scheint mir, ist zunächst zu verstehen: die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen [...]; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kräfteverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kräfteverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verketten – oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren; und schließlich die Strategien, in denen sie zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten, in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien verkörpern.« (Ebd.: 93)

Zustände von Macht werden demnach unablässig produktiv erzeugt, sind damit aber auch als instabil und lokal zu begreifen. Somit ist Macht überall und allgegenwärtig und nur im Sinne einer »komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft« (ebd.: 94) zu begreifen. Mit diesem Machtverständnis, das sich deutlich von repressiven Begriffsverständnissen absetzt, entpuppt sich die Vorstellung von Herrscher_innen oder herrschenden Klassen als Trugbild (Demirović 2008: 17). Nichtsdestotrotz gibt es auch bei Foucault die Permanenz machtvoller Strukturen – wie oben umschrieben als »Kristallisierungen« in Institutionen des Staates, in der Gesetzgebung oder hegemonialen Dominanzen innerhalb der gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte (Foucault 2017[1977]: 93).

So umfassend die Bezüge sind, die Foucault knüpft, so gleichermaßen mikroskopisch greifbar sind sie auf der Ebene der Situation. Macht vollzieht sich. Macht ist den Situationen und den hierin tangierten Verhältnissen inhärent. »Sie sind einerseits die unmittelbaren Auswirkungen von Teilungen, Ungleichheiten und Ungleichgewichten, die in jenen Verhältnissen zustande kommen, und andererseits sind sie die inneren Bedingungen jener Differenzierungen.« (Ebd.: 94) Insofern sind Machtbeziehungen einer Situation nicht äußerlich übergestülpt, sondern werden in diesen hervorgebracht. Also muss auch die Richtung der Macht konsequenterweise nicht als »von oben« kommend gesehen werden, sondern »Macht kommt von unten« (ebd.: 95). Machtverhältnisse im Sinne eines produktiven und ordnenden Kräfteverhältnisses »wurzeln in der Gesamtheit des gesellschaftlichen Netzes [...] Die Formung und Orte des ›Gouvernements‹ der Menschen untereinander in einer Gesellschaft sind vielfältig, sie überlagern sich, kreuzen sich, beschränken und annullieren sich bisweilen, verstärken sich in anderen Fällen« (Foucault 1994: 258). Auch wenn sich Macht, »um sich in ein zerstreutes Möglichkeitsfeld einzuschreiben, auf permanente Strukturen stützt« (ebd.: 254), gibt es Macht nur *in actu* – »als von den ›einen‹ auf die ›anderen‹ ausgeübte« (ebd.: 254). Macht ist insofern auch nicht übertragbar. Solange es sich um ein Machtverhältnis und kein Gewaltverhältnis

nis handelt, solange also auf das Handeln der Anderen und nicht deren Körper oder auf Dinge direkt eingewirkt wird, verzichten die Subjekte also nicht auf Freiheit zugunsten der Delegation von Macht an Andere: »Wohl kann das Machtverhältnis auf einer vorangehenden oder permanenten Zustimmung beruhen; seiner eigentlichen Natur nach aber ist es nicht Ausdruck eines Konsenses.« (Ebd.: 254) Das Subjekt in einem Machtverhältnis hat immer verschiedene Optionen zum Handeln. Es bleibt »als Subjekt des Handelns bis zuletzt anerkannt und erhalten [...] [V]or dem Machtverhältnis [eröffnet sich] ein ganzes Feld von möglichen Antworten, Reaktionen, Wirkungen, Erfindungen« (ebd.: 254). Machtausübung bedeutet mit Foucault »Einwirken[...] auf ein oder mehrere handelnde Subjekte, und dies, sofern sie handeln oder zum Handeln fähig sind. Ein Handeln auf Handlungen« (ebd.: 255; Foucault 2005: 285ff.).

Indem Foucault die Freiheit betont, die es braucht, um Macht auf individuelle oder auch kollektive Subjekte auszuüben, indem also bezüglich der Ausübung von Macht immer auch ein Unbestimmtes mitspielt, wird fraglich, wie und wo die Grenze zwischen Macht und Zwang, zwischen Macht und Gewalt gezogen wird. Denn bei Foucault ist es nicht die geläufige und qua Gesetzen abgesicherte Unterscheidung zwischen legitim und illegitim, die eine Richtschnur für die Unterscheidung zwischen Macht und Zwang liefert, sondern beides scheint gleichsam mit unscharfer Begrenzung miteinander zu existieren. »Dort wo die Determinierungen gesättigt sind, existiert kein Machtverhältnis« (ebd.: 255), also dort, wo es keine verschiedenartigen Lösungen, keinen Ausweg, keine anderen Verhaltensweisen gibt, dort muss man eher von einem Zwangsverhältnis sprechen. Rancière (2002), der von Foucaults Machtbegriff beeinflusst ist, spricht im Zusammenhang zum auch hier interessierenden Kontext der Politik von politischen Momenten, denen ein Machtverhältnis inhärent ist, also eines mit Option auf Verschiebungen qua Konflikt, und jenen Momenten, die er als Polizei bezeichnet. Polizei ist zu beschreiben als ein Zwangsverhältnis, ein determinierter Raum, in dem der Konflikt keinen Raum zur Aushandlung findet. Ein Machtverhältnis hingegen bietet stets die Möglichkeit für das »Aufbegehren der Freiheit« (Foucault 1994: 256). Machtverhältnisse zu verschieben, zu irritieren, die Beziehungen neu auszuhandeln, kommt mit Foucault Akten »fortwährende[r] Provokation« (ebd.: 256) gleich. Sein Machtbegriff betont den *Konflikt*. Diese Rahmung geht analytisch mit der Fassung der Situation veranstalteter Partizipation als Konfliktarena in Passung, auf die später noch eingegangen wird (siehe Abschnitt 7.1 Situationen veranstalteter Partizipation als Konfliktarena).

Der Machtbegriff ist eng mit der Dimension des Wissens verknüpft. Den zentralen Begriff des Wissens benutzt Foucault »hauptsächlich, um alles zu neutralisieren, was Legitimierung oder auch nur die Hierarchisierung von Werten sein könnte« (Foucault 1992: 60). Hier wird ein Wissensbegriff bemüht, der neutral und gleichsam mit Macht verknüpft ist: »Das würde ich das Wissen nennen: Erkenntniselemente, die unabhängig von ihrem Wert für uns, für einen reinen Geist, innerhalb ihres Be-

reiches und außerhalb Machteffekte produzieren.« (Ebd.: 60f.) Um Macht ausüben zu können, braucht es Wissen. Dabei spielen Diskurse eine wichtige Rolle, denn sie produzieren das, was von einigen/von vielen als »wahr« bezeichnet wird. Sich die Welt anzueignen und die Empfindungen und Bedeutungen mit anderen zu teilen, ob sprachlich oder nicht-sprachlich, ist mit diskursiven Praktiken verbunden. Dabei ist der Diskurs über Dinge, zu ihnen, mit ihnen, nach Foucault »eine Praxis, die wir ihnen aufzwingen« (Foucault 1996: 35). »Diskurse sind kein Sprechen über Dinge. Sie sind Praktiken, die Dinge hervorbringen.« (Lorey 1999: 89) Mit Foucaults produktivem Machtbegriff erscheinen Diskurse als Elemente verschiedenartiger Strategien, schaffen es Diskurse (und auch das Schweigen) niemals, sich den Machtverhältnissen zu entziehen. Diskurse dienen nicht lediglich einer bestimmten Macht, sind nicht nur für diese oder jene nützlich. »Es handelt sich um ein komplexes und wechselhaftes Spiel, in dem der Diskurs gleichzeitig Machtinstrument und -effekt sein, aber auch Hindernis, Gegenlager, Widerstandspunkt und Ausgangspunkt für eine entgegengesetzte Strategie.« (Foucault 2017[1977]: 100) Foucault hat anhand seiner Auseinandersetzung zum Sexualitäts-Dispositiv gezeigt, dass durch die hegemonialen Diskurse zu Sexualität gleichsam Gegen-Diskurse konstituiert werden konnten, deren Akteur_innen begannen »von sich selber zu sprechen, auf ihre Rechtmäßigkeit [...] zu pochen« (ebd.: 101). Die Gegen-Diskurse als auch die Diskurse beschreibt er als »taktische Elemente oder Blöcke im Feld der Kraftverhältnisse« (ebd.: 101). Insofern, als dass Diskurse von Macht nicht zu trennen sind, können sie produktiv für Macht sein, sie aber auch irritieren, destabilisieren, dekonstruieren.

Foucault zeichnet das Subjekt als Effekt von Macht-Wissens-Komplexen. »Die Machtbeziehungen sind gleichzeitig intentional und nicht-subjektiv« (ebd.: 95). Hier gibt es kein Außerhalb der Macht, das heißt auch Handlungen der Kritik, des Widerstandes, des Ungehorsams gehören zum gesamten Nexus der Macht. Würde Macht als repressive Macht verstanden, so stünden widerständige Handlungen dem als außerhalb der Macht liegend gegenüber.

»Man muss aufhören, die Wirkungen der Macht immer negativ zu beschreiben, als ob sie nur ›ausschließen‹, ›unterdrücken‹, ›verdrängen‹, ›zensieren‹, ›abstrahieren‹, ›maskieren‹, ›verschleiern‹ würde. In Wirklichkeit ist die Macht produktiv; und sie produziert Wirkliches. Sie produziert Gegenstandsbereiche und Wahrheitsrituale: das Individuum und seine Erkenntnis sind Ergebnisse dieser Produktion.« (Foucault 1994[1976]: 250)

In beinahe jeder Situation des Alltagslebens kann es vorkommen, dass Subjekte angesprochen werden, *etwas nicht zu tun* (Verbot) und aber ein anderes erreicht wird (Widerstand). Sobald in Momenten Machtbeziehungen tangiert sind und das Einwirken auf das Handeln anderer erreicht werden soll, müsste sich dies umgekehrt auch auf Situationen beziehen, in denen Subjekte angesprochen werden *etwas zu*

tun (Gebot), also affirmativ bestärkt werden, eine bestimmte Handlung, etwa die Teilnahme an einer Situation veranstalteter Partizipation, zu vollziehen. Damit könnte man die Aufforderung »Beteiligen Sie sich!« als Machtpraktik verstehen sowie auch deren gegensätzliche Handlung, also die Nicht-Nutzung dieser Gelegenheit, als produktives Machthandeln ›der umgekehrten Art‹ (als Widerstand) verstehen. Macht und Widerstand sind verwoben: »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht« (Foucault 2017[1977]: 96). Macht ist mit Foucault ohne die Widerstandspunkte, die gegen sie arbeiten, die sich mit ihr auseinandersetzen und sie zu irritieren versuchen, nicht denkbar. Macht bezieht sich gleichsam auf jene Widerstände. »Diese Widerstandspunkte sind überall im Machtnetz präsent.« (Ebd.: 96) Foucault macht hier darauf aufmerksam, dass auch ohne auf eine ›große‹ widerständige Bewegung zu schauen, in den Mikro-Praktiken einzelne Widerstände zu finden sind: »mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromißbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände, die nur im strategischen Feld der Machtbeziehungen existieren können« (ebd.: 96). Hier wird nicht die Möglichkeit einer Bewegung größeren Ausmaßes oder einer revolutionären Bewegung negiert, sondern im Blick sind die »mobilen und transitorischen Widerstandspunkte[.] [...], die sich verschiebende Spaltungen in eine Gesellschaft einführen, Einheiten zerbrechen und Umgruppierungen hervorrufen, die Individuen selber durchkreuzen, zerschneiden und umgestalten« (ebd.: 96). Widerstand findet sich also quer durch Schichten und in den Subjekten. Veränderung, die sich im Widerstand begründet, erscheint als eine »den Kräfteverhältnissen immanente[.] Strategie« (ebd.: 97) und abhängig von der »strategische[n] Codierung der Widerstandspunkte« (ebd.: 97). Das Subjektverständnis bei Foucault, demnach das Subjekt als Effekt von Macht-Wissens-Komplexen verstanden wird, wird in der vorliegenden Arbeit als zu kurz gegriffen und einseitig verstanden. Bevor der Machtbegriff und das Subjektverständnis erweitert werden, soll Foucaults Ansatz zunächst jedoch weiterer Kritik unterzogen werden.

5.3.2 Kritik mit/an Foucault

Foucaults Arbeiten werden in den Diskussionen der Kritischen Sozialen Arbeit prominent zitiert (Langer 2012; Anhorn 2007), doch »Diskursanalyse ist nicht per se kritisch« (Langer 2012: 44). Zwar wird Diskursanalysen häufig eine kritische Haltung zugeschrieben und ihnen gelingt es, Diskurse zu dekonstruieren und insofern auch zu irritieren. Jedoch scheint sich Foucault normativ nicht zu positionieren und entzieht sich expliziter Kritik. Mit Blick auf die Inhärenz von Kritik in Foucaults Machtbegriff wird zunächst bei Foucault selbst geschaut, um danach kritische Perspektiven einzunehmen, die die Grenzen seines Machtverständnisses deutlich machen.

Foucaults Machtverständnis wandelte sich von einem juridisch-diskursiven Machtverständnis zu einem strategisch-positiven Verständnis, das es ermöglichte, das Subjekt nicht nur als unterworfenen zu begreifen (Lorey 1999: 91ff.). Es ging um den subjektiven Willen, »nicht so, nicht dermaßen, nicht um diesen Preis regiert zu werden« (Foucault 1992: 52). Obwohl nicht expliziert, stecken in seinen Ausführungen Anzeichen für eine Kritik an Machtmissbrauch und Zwangsstrukturen, etwa, wenn er fragt, wie es kommt, »daß die Rationalisierung zur Raserei der Macht führt« (ebd.: 24) oder er feststellt, dass es »zu viel Macht« (ebd.: 24) gebe. Auch wenn er also Hierarchisierungen von Werten vermeidet und die Frage der Legitimität von Machtverhältnissen nicht stellt, implizieren seine analytischen Foki eine zugrundeliegende kritische Haltung: Wenn er z.B. die Akzeptabilität von Machtpraktiken fokussiert, also danach fragt, wie ein Nexus von Macht-Wissen charakterisiert werden kann (ebd.: 33), dann nicht nur, um diese Praktiken neutral darzustellen. Er setzt damit gleichsam als Kontrapunkt einer kritischen Haltung, die auf Legitimität aus ist, etwas weniger Manifestierendes, etwas weniger Ohnmächtig-Machendes entgegen. Sein Zugang zur Macht prüft nicht, widerlegt nicht (Langer 2012: 48), sondern hinterfragt Erkenntniselemente. »Es gilt herauszufinden, auf welchen gelebten Denkhorizonten und Gewohnheiten, die in der Regel nicht reflektiert werden, eine akzeptierte Praxis beruht, aber auch wo Brüche und Kontingenzen sichtbar werden.« (Ebd.: 48) Macht solle nicht in der Form von Herrschaft als etwas Übermächtiges dargestellt und gefestigt werden, sondern es gehe um die Frage:

»Wie kann die Unlöslichkeit des Wissens und der Macht im Spiel der vielfältigen Interaktionen und Strategien zu Singularitäten führen, die sich aufgrund ihrer Akzeptabilitätsbedingungen fixieren, und zugleich zu einem Feld von möglichen Öffnungen und Unentschiedenheiten, von eventuellen Umwendungen und Verschiebungen, welches sie fragil und unbeständig macht, welche aus jenen Effekten Ereignisse machen, nicht mehr und nicht weniger als Ereignisse?« (Foucault 1992: 40)

Dazu braucht es keine fixierte Erkenntnis oder eine Verflüchtigung der Zwangswirkungen durch die »Reflexion auf ihr transzendentes oder quasi-transzendentes Wesen« (ebd.: 40f.), sondern die Analyse bleibt im strategischen Feld konkret und kehrt die Zwangswirkungen um oder entknotet sie »aufgrund der Entscheidung eben nicht regiert zu werden« (ebd.: 41). Kritik in einem so verstandenen Sinne ist die »Kunst der freiwilligen Unknechtschaft, der reflektierten Unfügsamkeit« (ebd.: 15) und hat die »Funktion der Entunterwerfung« (ebd.: 15).

Fraser (1994b; 1994c) kritisiert Foucaults Genealogie der Macht und die mit seinem Machtbegriff implizierten normativen Leerstellen. Ihre Kritik konzentriert sich auf die Suspendierung der Legitimitätsproblematik, also der normativen Begriffsrahmen von legitimer und illegitimer Machtausübung. Er suche vielmehr

danach, »in welcher Weise Macht tatsächlich arbeitet« (Fraser 1994b: 32). Der Vorteil dieser Darstellung liegt in der Möglichkeit, die Mikropraktiken der Macht in einer den Alltag integrierenden Perspektive einzufangen. Jedoch ist dies nicht unproblematisch, denn es bleibt die Frage, welche Art von Normativität in den scheinbar wertneutralen Begriffen steckt. Fraser vermutet einen alternativen normativen Kontext, auf den Foucault zurückgreift:

»Foucault neigt zu der Annahme, seine Beschreibung moderner Macht sei politisch engagiert und dabei normativ neutral. Zugleich lässt er im Unklaren, ob er alle normativen Gehalte oder nur die liberalen Normen von Legitimität und Illegitimität suspendiert. Zu allem Übel scheint Foucault die liberalen Normen zuweilen überhaupt nicht suspendiert zu haben, sondern sie im Gegenteil vorzusetzen.« (Ebd.: 33)

Foucault nutze die methodologische Strategie der Ausklammerung, blende also vorsätzlich maßgebliche Kategorien und Problematiken wie »wahr«/»falsch« aus und untersuche Macht-Wissens-Regime, ohne sie einzuordnen. So klammere er erstens nicht nur die Problematik der epistemischen Rechtfertigung, sondern zweitens auch der normativen Rechtfertigung ein. So bleibe fraglich, ob Foucault nur die normativen liberalen Theorien (Recht, Grenze, Souveränität, Vertrag, Unterdrückung) suspendiere oder »jeden normativen Theorierahmen überhaupt« (ebd.: 37)? Auch Demirović (2008) problematisiert die Uneindeutigkeit des Begriffs der Macht bezüglich der Frage der Abgrenzung zum Widerstand. Einmal erscheint Macht als der Gegenpart von Widerstand, dann wieder wird Macht als beides, Macht und Widerstand, angesehen. Wenn jedoch alle Macht aufeinander ausüben würden, mache es »weder Sinn, von Mächtigen zu sprechen noch von denen, die Widerstand leisten« (ebd.: 53). Aus einer kritischen Perspektive wird hier nicht nur ein theoretisches, sondern, wie auch schon bei Fraser (1994b), ein politisches Problem virulent, denn mit Foucault ist das Ziel Machtanalyse unklar und eine Unterscheidung zwischen »richtiger«/»falscher« Macht und »richtigem«/»falschem« Widerstand ist nicht vorgesehen, was ein Griff in Foucaults theoretische Werkzeugkiste damit prinzipiell für alle möglich macht (Demirović 2008: 54) und im vorliegenden Falle dazu bewogen hat, eine kritische Einordnung theoretisch vorzubereiten und nachgängig vorzunehmen.

Im Ansinnen, die materialistisch-kritische Theorie zu befruchten, fragt Demirović (2008) nach weiteren Einsichten in das Problem der Macht bei Foucault. Dabei erscheint Foucaults Machtperspektive »von unten«, also die grundsätzlich gegensätzliche Perspektive zur Macht, die »von oben« kommt, als eine Perspektive der Machtunterworfenen, als eine Genealogie dieser historischen Kämpfe mit besonderem Fokus auf Alltagswissen (ebd.: 11). Doch für Foucault selbst sei die Perspektive der Ausgebeuteten, der Besiegten nicht einholbar gewesen, denn es »handelt sich

um Besiegte nicht zuletzt deswegen, weil ihnen das Wort entzogen wurde. Sie haben keine eigene Sprache, keine eigenen Begriffe, sie sprechen in einer anderen, ihnen aufgezwungenen Sprache. Die ihnen aufgezwungenen Ideen sind ›Narben der Unterdrückung« (ebd.: 11). Foucault lehnt eine Praxis der Kritik, die sich an den gängigen Begriffen orientierte, ab, denn die Begriffe seien kontaminiert. So stünde der Begriff Gerechtigkeit nicht für eine Hoffnung, sondern sei ein Kampfmittel und all jene, die für Gerechtigkeit kämpften, wollten im Grunde Macht und nicht Gerechtigkeit. Foucault setzt also tiefer an und problematisiert auch die Maßstäbe einer linken Kritik (ebd.: 12), die vom praktischen Geschehen des Alltags entfernt sei und das Kritisierte im Diskurs wieder erneut produziere (ebd.: 21). Mit Blick auf den Diskurs als Praxis und dem noch auszuführenden Fokus auf Eigensinn und Widerstand, die auch als diskursive Praxis zu fassen sind, kann mit und trotz Foucault gelingen, die Praktiken der Ausgebeuteten oder Besiegten (um in den Worten Demirovićs zu bleiben) in den Blick zu nehmen und Deutungsangebote zu unterbreiten, die einen Bruch zu herrschenden Wissensbeständen herbeiführen.

So kann sich Kritik auch auf den Aspekt des Widerstandes bei Foucault beziehen, demnach dieser »niemals außerhalb der Macht« (Foucault 2017[1977]: 96) liege. Diese »radikalisierte Ideologiekritik« (Demirović 2008: 22) mache, so spitzt es Demirović zu, den Eindruck, dass auch der Widerstand nun »Stützpunkt der Macht« (ebd.: 22) sei. Was Foucault aber vernachlässige, seien die zwanghaften Verhältnisse struktureller Gewalt, »die körperlichen Strafen, die Drohungen, der Nahrungsentzug, die zugefügten Schmerzen, das körperliche Elend, die Krankheit« (ebd.: 40f.). Demirović kritisiert Foucault, dass er sich einseitig auf das Subjekt in seiner Konstitution durch Macht verloren hat und systematisch verweigert, auch andere Zusammenhänge der Subjektkonstitution zu betrachten. So gelingt es Foucault zwar, das Subjekt als heterosexualisiertes, rassifiziertes, nationalisiertes Subjekt in den Blick zu nehmen, nicht aber als Subjekt, das durch die Beziehungen der Arbeit oder des ökonomischen Systems gezeichnet ist. Es fehlt somit der Kontext zu anderen Machtpraktiken und der Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Ganzen. Wo Foucault selbst die Macht von den Rändern her analysieren möchte, liegt die Gefahr, dass sich der Fokus auf das normalisierte Subjekt verselbständigt und das Subjekt somit exotisiert werde, da es keine Bezüge zu Arbeit und Macht gebe. Dass »die Anstrengungen zur Befreiung vom normalisierten Subjekt immer auch einen Rückhalt in den Verhältnissen der gesellschaftlichen Arbeit und Kooperation finden müssen« (ebd.: 60), werde in dieser analytischen Perspektive vernachlässigt. Das hier angesprochene Bild eines Subjekts, das als Effekt von Machtpraktiken nur unzureichend abgebildet wird, ist für die hier vorliegende Arbeit kritischer Anlass genug, nach einer dialektischen Perspektive auf Macht und den Subjektbegriff zu suchen, die das Gesamte der Situation zwischen Struktur und widerständigem Subjekt würdigt, auch wenn die gesellschaftlichen Zusammenhänge nur ausschnittshaft herausgearbeitet werden können.

Und dennoch kann es mit Foucault gelingen, Angebote und Ideen für eine Analyse der modernen Rationalität zu liefern. Es ist die große Stärke des produktiven Machtbegriffes, dass, obwohl die Omnipräsenz von Macht nicht als ein Skandal dargestellt wird (ebd.: 56), Machtbeziehungen und Machtpraktiken als in den alltäglichsten Zusammenhängen wirksam aufgefasst werden müssen. Mit Foucault wird zwar nicht über die Legitimität von Praxis befunden, dafür wird Macht in ihren Relationen und Akzeptabilitätsbedingungen greifbar. Die Chance in der zeitweiligen Ausklammerung des Normativen besteht in der Nutzung als methodologische Strategie. Es wird möglich, »Phänomene auf unverbrauchte Art neu zu sehen« (Fraser 1994b: 37). Mit Foucault können Denkhorizonte aufgebrochen, Macht kann mikroanalytisch eingefangen und damit können auch neue Sichtweisen auf eine Problematik erreicht werden; jedoch gelingt keine Bewertung von einem Standort kritischer Sozialer Arbeit aus, die über soziale Ausschließung und die »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) der Alltagsakteur_innen informiert ist. Die kritisch ambitionierte Wissenschaft Sozialer Arbeit steht demnach vor der Herausforderung, einen Weg zu entwickeln, etwa »politisch brisante« Diskurse [...] unter Zuhilfenahme moralischer Standards [zu] kritisier[en]« (Langer 2012: 47), entweder, indem die moralischen Standards den analysierten Diskursen entnommen werden oder »als Normen aus anderen (moralischen, politischen) Diskursen »extern« an einen empirischen Diskurs herangetragen [werden], um diesen entsprechend zu beurteilen« (ebd.: 47). Dabei birgt die Politik dieser Art von Forschung stets die Aufgabe in sich, eine Antwort auf die »Frage nach der Herkunft ihrer Standards« (ebd.: 47) zu finden.

5.3.3 Dialektisches Verständnis von Widerstand und Eigensinn

Es ist ein komplexes Anliegen, Situationen veranstalteter Partizipation mit dem Fokus auf soziale Ausschließung mittels einer diskursanalytisch informierten Ethnografie, die für Macht sensibilisiert ist, analytisch aufzuschließen und aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit zu reflektieren. Praktiken des Widerstands der Alltagsakteur_innen lassen sich als Schlüsselmomente markieren, die auf die eigene »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) hinweisen. Diese werden im Rahmen der Arbeit in den Blick genommen. Im Forschungsprozess wurde deutlich, dass mit dem Foucault'schen Machtbegriff Widerstand zwar eingefangen, jedoch im Rahmen der Analyse nur unzureichend gerahmt werden kann. So wird die Frage virulent, wie Subjekte ihre Handlungsfähigkeit nutzen und wie gesellschaftliche Kämpfe als Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Subjekt und Struktur sichtbar gemacht werden können.

Widerstand wird in dieser Arbeit breit ausgelegt. Nicht allein das als moralisch intendierte Handeln gegen herrschaftliche Machtverhältnisse wird unter Widerstand gefasst, sondern als Widerstand kann »jede Form der Auf- und Ablehnung innerhalb einer asymmetrischen Herrschaftsbeziehung, die als Begrenzung und

Abwehr zunehmend ausgreifender Machtansprüche wirkt, gleichgültig aus welchen Einflüssen, Motiven oder Gründen sie sich speist« (Hechler/Philipps 2008: 8), erscheinen. Widerstand ist im Anschluss an Foucaults produktives Machtverständnis also auch greifbar als diese »kleinen Taktiken und Ausweichmanöver der Schwachen« (ebd.: 9). Wo ansonsten nicht unmittelbar der politisch-widerständige Charakter von Praktiken zugebilligt werden würde, kommt es hier zu einer »Aufwertung alltäglicher Vollzüge zu Elementen widerständiger Praktiken« (ebd.: 9). Dabei dient der Begriff des Eigensinns als weitere heuristische Sensibilisierung, um kleine widerständige Praktiken des Subjekts eben nicht nur als Effekte von Machtbeziehungen zu betrachten, sondern sie in ihrem oppositionellen Charakter zu würdigen.

Aus Sicht Sozialen Arbeit *from below* treten eigensinnige Praktiken von Alltagsakteur_innen als Ausdruck der Bearbeitung von sozialer Ausschließung, »verstanden als verweigertem Zugang zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen und einer zumindest erschwerten Teilnahme an Gesellschaft« (Bareis et al. 2013: 11) in den Blick. Eigensinnige Praktiken verweisen auf die Kämpfe um Deutungen und Definitionen, die in der Komplexität einer Situation sozial, materiell (diskursiv) hervorgebracht werden. Eigensinnige Praktiken von Alltagsakteur_innen in Situationen veranstalteter Partizipation sind ein Gegenimpuls zum Deutungs- und Subjektivierungsangebot, das in der Situation z.B. von den professionellen Akteur_innen vor Ort eingebracht wird. Wer eigensinnig oder widerständig handelt, geht in Beziehung zur Bedeutung des Nichtidentischen, will sich nicht identisch machen mit dem normativ Erwarteten (Rathgeb 2013). Eigensinnige Praktiken verweisen auf die Handlungsfähigkeit der Alltagsakteur_innen, die diese Differenzierungen vornehmen, und gleichsam machen sie auf die herrschaftlichen Momente der Unterdrückung spezifischer Formen von Artikulation und Repräsentation aufmerksam. Eigensinnige Praktiken sind »insbesondere solche, die in gewisser Weise dissident sind und etwas zur als normal verstandenen Ordnung Vershobenes entstehen lassen können, ohne dabei frei von strukturellen Komponenten oder eben auch Zwängen zu sein« (Tietje 2015: 135). So gründet beispielsweise eigensinniges Engagement älterer Migrant_innen auf sozialen Ausschließungsprozessen, die gesellschaftlich-historisch entstanden sind (Alisch/May 2010). Um dieses in den Blick zu nehmen und rekonstruieren zu können, bedarf es jedoch einer entsprechend sensibilisierten Forschung. So wird hier davon ausgegangen, dass die den Situationen veranstalteter Partizipation nicht äußerlichen gesellschaftlichen Konfliktlagen und Machtverhältnisse die Praxissubjekte zu eigensinnigen und widerständigen Praktiken anreizen. So lassen sich Situationen, in denen eigensinnige Praktiken beobachtet werden können, als jene fassen, in denen die Subjekte machtförmig begrenzt werden. Aus diesem Blickwinkel werden vermeintlich merkwürdige, störende, aggressive oder unvernünftige Teilnehmer_innen als jene lesbar, die keinen Nutzen, keine Ressource in der Situation veranstalteter Partizipation sehen. Eigensinn als sensibilisieren-

des Konzept macht greifbar, dass es Freiheit auch innerhalb von Herrschaftsbedingungen gibt. Dies bedeutet auch in Interaktionsverhältnissen, dass immer dort, wo Subjekte begrenzt werden, Eigensinn erhalten bleibt. Eigensinn kann damit gefasst werden als »der auf einen Punkt zusammengezogene Protest gegen Enteignung [...] der eigenen Sinne, die zur Außenwelt führen« (Negt/Kluge 1981: 767). Das heißt Eigensinn und Widerstand sind nicht ohne die Relation zu den situierten Praktiken, in deren Kontext sie entstehen und vollzogen werden, zu betrachten. Sie verweisen auf die mit den Grenzziehungen bzw. der sozialen Ausschließung verknüpften gesellschaftlichen Konfliktverhältnisse. Der machtförmige Raum der Situation veranstalteter Partizipation wird analytisch also mittels einer doppelten Perspektive auf einerseits Begrenzung und andererseits eigensinnige Handlungsfähigkeit eingefangen. Damit einher geht eine verdoppelte Sicht auf das Subjekt: Einmal der theoretisierte Blick auf die Menschen, die spezifisch angerufen/subjektiviert werden. Und einmal der theoretisierte Blick aus der Perspektive auf die Menschen selbst, welche Handlungsfähigkeit sie hervorbringen, was sie einfordern und wie sie auf die machtförmige Begrenzung ihrer Handlungsfähigkeit widerständig/eigensinnig antworten. In der Arbeit wird demnach das Subjekt einerseits als Effekt einer bestimmten machtförmigen Anrufungspraxis gezeichnet (Anrufungssubjekt) und andererseits als Subjekt im Sinne eines Wirkungen (jenseits bewusster Intentionen) und Wirklichkeit erzeugenden Agens menschlicher Praxis (Praxissubjekt). So kann das in Praktiken hervorgebrachte Wechselverhältnis zwischen Normalisierung und Eigensinn/Widerstand des Subjekts eingefangen werden und es gelingt schließlich, die Perspektivität *from below* anzulegen, die gesellschaftliche Kämpfe um Ressourcen und Repräsentationen betont.

5.3.4 Hegemonietheoretische Erweiterung

In den vorherigen Ausführungen wurde die machttheoretische Begrifflichkeit der vorliegenden Untersuchung dargelegt: Macht mittels des produktiven Machtbegriffs von Foucault verweist auf das *Wie* der Machtausübung, bleibt jedoch blind gegenüber gesellschaftlich-historischen Kämpfen, wenn die eigensinnigen und widerständigen Praktiken der Alltagsakteur_innen nicht in ihrem handlungsmächtigen Potenzial gewürdigt werden. Entsprechend wird die Perspektive auf das *Wie* von Macht und Widerstand mit der Perspektive auf das *Was*, also auf die Kämpfe um den Zugang zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen analytisch verbunden. Schließlich wird die so gezeichnete analytische Perspektivierung hegemonietheoretisch gerahmt. Dies hilft, zu verdeutlichen, wie in den situierten Praktiken hegemoniale Macht hergestellt, gesichert und reproduziert wird und erweitert damit die Möglichkeiten kritischer Befremdung und Positionierung.

Für die diskursanalytische Ethnografie haben Macgilchrist und van Hout (2011) einen Vorschlag unterbreitet, wie die Konstitution von Hegemonie unter Bezug-

nahme auf Gramsci analysiert werden kann. Gramscis (1971) Hegemoniebegriff geht von Klassenherrschaft aus, die auf Gewalt und Konsens aufbaut. Konsens stützt sich entlang dieses Verständnisses auf »Praktiken bürgerlicher Eigentümergruppen, die ihre Lebensweise molekular auch auf Subalterne verallgemeinern, indem sie deren Widerstand gegen die Ausbeutung aufgreifen und Zugeständnisse machen« (Demirović 2008: 34). In Situationen veranstalteter Partizipation ist die Nutzung von Begriffen, spezifischen Kommunikationsformen und das Referenzieren von Diskursen (etwa zu Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Inklusion etc.) produktiv für die Erzielung eines herrschaftlich geformten Konsenses zwischen herrschenden und subalternen Gruppen. Diesem liegen Begriffe, spezifische Formen der Kommunikation und rationale Argumentationsmuster zugrunde. Nicht selten geht es sogar sprachlich explizit um die Erzielung von Konsens. Bei genauerer Betrachtung jedoch fällt die vermeintlich repräsentierte Gemeinsamkeit in eine Vielzahl an Elementen auseinander (Demirović 2008: 34). Eine hegemonietheoretische Perspektivierung ist mit Foucaults normativ nicht positioniertem Machtbegriff durchaus vereinbar, da dieser »unterhalb von Gewalt und Konsens angesiedelt« (ebd.: 34) ist. Macgilchrist und van Hout (2011) verweisen auf die Prozesshaftigkeit von Hegemonie. So erscheint Hegemonie nicht als eine a priori gegebene Tatsache, sondern als ein dauerhafter Prozess, der immer wieder reartikuliert werden muss und so auch unvermeidlich offen für Irritationen und Kämpfe bleibt. Die Etablierung von Konsens ist somit niemals abgeschlossen. Insbesondere empirisches Material aus ethnografischen Beobachtungen »can indicate the ways in which hegemonic formations are iteratively produced or challenged in what can seem to be the most banal everyday (discursive) practices« (ebd.: Abs. 17). Die vorliegende Arbeit betont zudem das Wissen der Alltagsakteur_innen, das in die konflikthaft strukturierte Situationen eingebracht wird. Dieses steht nicht außerhalb gesellschaftlich ausgehandelter Deutungshoheit und ist von hegemonialen Formationen und Kräfteverhältnissen nicht zu trennen. Die Alltagsakteur_innen, ebenso wie die Akteur_innen Sozialer Arbeit, können den hegemonialen Konsens bedienen, sie können diesen jedoch auch bearbeiten und verschieben. Eine entsprechende Sensibilisierung der analytischen Perspektive erweitert den Machtbegriff demnach um die mit den Widerständen und Kämpfen von Alltagsakteur_innen, aber auch mit deren Einwilligung in den hegemonialen Konsens verbundenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Um (gegen)hegemoniale Praktiken in den Situationen veranstalteter Partizipation auch in räumlicher Hinsicht analytisch zugänglich zu machen, soll schließlich die raumtheoretische Perspektive Lefebvres (1991) hinzugezogen werden. So unterscheidet dieser zwischen der »Repräsentation des Raums« und des »Raumes der Repräsentation«. Während mit der ersten Kategorie die bauliche Gestaltung und Funktionsbestimmung eines Raumes gemeint ist, »zielt [die Kategorie »Raum der Repräsentation«, S. P.] hingegen auf die Versuche unterschiedlicher Nutzungsgrup-

pen, diesen Raum in einer Weise anzueignen, dass sie darin ihre eigenen Lebenserfahrungen und -Interessen repräsentiert sehen« (May 2017: 80). Mittels der hegemonietheoretischen Unterscheidung zwischen herrschenden und subalternen Gruppen kann so gefragt werden, inwiefern Subalterne in den Situationen veranstalteter Partizipation »Räume der Repräsentation« aufbauen können, sprich eine eigene Stimme entwickeln können und gehört werden. Ein so geweiteter Repräsentationsbegriff fragt nach den Formen der Repräsentation und nach der Möglichkeit subalternen Gruppen, sich Gehör zu verschaffen. So verstandener »Subalternen Aufstand« (Spivak 2020b: 145), bzw. auch die leiseren, eigensinnigen Formen des Widerstands, sind ein »Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar *nicht* entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden« (ebd.: 145, Herv. i.O.).

5.4 Zur Wissensproduktion ethnografischer Forschung

Alle vorangegangenen Ausführungen zur praxistheoretischen Perspektive, erweitert um diskurs- und machtanalytische Sensibilisierungen und kritisch eingeholt über eine hegemonietheoretische Reflexion, bleiben notgedrungen abstrakt, wenn nicht klar wird, an welche Art von empirischem Material diese methodologische Perspektivität angelegt wird. Herausforderung einer jeden qualitativen Forschung ist es, den Forschungsgegenstand angemessen zu konstruieren. Gegenstandsangemessenheit bedeutet die »Herstellung des Forschungsgegenstandes, die das empirische Feld ernst nimmt, sich aber zugleich von ihm distanziert und es durch theoretisches Denken unter Spannung setzt« (Strübing et al. 2018: 85). Angewendet auf diese Forschung bedeutet es, die Frage der Hervorbringung von Praxis sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation zu stellen und gleichsam theoretisch distanziert durch sensibilisierende Konzepte analytisch einzufangen. Das empirische Feld ernst zu nehmen, heißt hier, die Implizitheit, Vorreflexivität und Materialität der Praxis sozialer Ausschließung anzuerkennen. Die damit verbundenen Praktiken zeichnen sich insbesondere *nicht* durch verbal explizierte Ausschlüsse aus – sondern sind den Situationen in diffizilerer Art und Weise inhärent. Dies aufzudecken gelingt nur durch direkte Aufenthalte im Feld: durch das Vor-Ort-Sein, das »nosing around« (Lindner 1990), das Fragenstellen und Mitwandern, das Aushalten, Nachspüren und Entdecken. Dies impliziert, »alle möglichen Gegenstände ›kurios‹, also zum Objekt einer ebenso empirischen wie theoretischen Neugier zu machen« (Amann/Hirschauer 1997: 9). Im Zentrum steht die Frage: »What the hell is going on here?« (Geertz 1987) – und damit die Entscheidung, keine etwaigen Vorannahmen über Prozesse sozialer Ausschließung zu »prüfen«, sondern mit größtmöglicher Offenheit auf das Forschungsfeld zu treffen. Dies gelingt am ehesten mittels der Haltung der »Befremdung der eigenen Kultur« (Amann/Hirschauer 1997) der im Feld er-

fahrenen Forscherin durch einen offen gestellten Blick auf die Herstellung von Praxis. Als dem Forschungsgegenstand angemessenste Herangehensweise stellte sich demnach die ethnografische heraus.

5.4.1 Zum Verstehen sozialer Praxis mittels Ethnografie

Ethnografien beschäftigen sich mit dem Beschreiben und Verstehen sozialer Praxis *in situ* und *in actu*. Die Forschung zeigt »Skepsis gegenüber der Qualität von Daten, die von anderen übermittelt werden« (Honer 1993: 243). So erscheint fraglich, ob die Darstellung von Phänomenen sozialer Ausschließung, z.B. im Rahmen eines Interviews, »als Daten der Phänomene selber gelten dürfen« (ebd.: 243). Das heißt, das

»Dilemma, daß das subjektive Wissen des anderen nicht ›wirklich‹ direkt zugänglich ist, daß es aber gleichwohl die wichtigste Datenbasis sozialwissenschaftlicher Untersuchungen darstellt, läßt sich zwar nicht lösen, aber es läßt sich [...] ›kompensieren‹ dadurch, daß der Feldforscher versucht, mit der zu erforschenden Welt hochgradig vertraut zu werden, in dem er an dem in Frage stehenden sozialen Geschehen praktisch teilnimmt, in dem er so etwas wie eine temporäre Mitgliedschaft erwirbt« (ebd.: 243f.).

Diese »Entdeckungsreise« (Thomas 2019: 1) realisiert sich über die für die Ethnografie maßgebliche Technik der Datenerhebung – die teilnehmende Beobachtung. Das bedeutet, dass »man sich selbst [...] den unvorhersehbaren Einflüssen aussetzt, die sich ergeben, wenn man sich unter eine Reihe von Leuten begibt [...] Daß man also in ihrer Nähe ist, während sie auf das reagieren, was das Leben ihnen zumutet« (Goffman 1996: 263). Darüber hinaus bedient sich die Ethnografie weiterer Daten, wie Aufzeichnungen auf Basis »ero-epischer Gespräche« (Girtler 1996) im Feld, Artefakten (z.B. Flyer, Modelle, Give-Aways), schriftlichen Dokumenten (z.B. Poster, Karten, Dokumentationen von Veranstaltungen), audiovisuellen Aufzeichnungen (z.B. Gesprächsmitschnitte) und Verschriftlichungen der Forscher_innen (z.B. Protokolle, Feldnotizen, Forschungstagebuch und Memos) (Bredenstein et al. 2013: 113). Die Ethnografie ermöglicht damit eine vielschichtige Perspektivität auf Situationen veranstalteter Partizipation, die auch die Dimensionen der Materialität und Räumlichkeit in ihrer Bedeutung für die Praxis mit abbildet (Hirschauer 2004). Auch der eigene Körper dient als Erhebungsinstrument (Kubes 2018). So werden die Sinne der Forscherin bei der Wissensgenerierung mit einbezogen, wie Körperempfinden, Raumempfinden, Schmerzen, Bewegungsempfinden einerseits und die Selbstreflexionen, Teil des untersuchten Feldes zu sein, andererseits (ebd.: 45ff.). In der Gesamtheit sind Ethnografien somit geeignet, Forschungsthemen ›anders‹ zu beleuchten als dies mit weit verbreiteten Forschungsansätzen möglich

ist, eben, weil sie Insider-Perspektiven Aufmerksamkeit schenken und Wissen über die Praxis mittels der unmittelbaren Erfahrung im Feld aufschließen helfen.

Es stellt sich heraus, dass Ethnografien Zeit brauchen – sie können weder hastig erzwungen noch technizistisch geplant werden. Dies trifft sowohl auf die Datenerhebung als auch auf den Prozess der Analyse zu. Vom »Operationalismus als methodische[m] Dogma« (Geertz 1987: 9) im Sinne von »Methodenzwängen« (Amann/Hirschauer 1997: 17) oder von »methodische[r] Strenge« (Budde 2015: 8), die aus anderen Forschungsmethoden bekannt sind, befreit sich die Ethnografie ganz bewusst. Ethnografische Arbeiten widersetzen sich der Rationalisierung ihrer eigenen Methoden (Goffman 1996: 262). Die Ethnografie kann somit auch als ein Gegenentwurf zu einem objektivistischen Wissenschaftsverständnis gerahmt werden. Im Feld zu forschen und Praxis zu beschreiben und zu verstehen, erfordert ein »hohes Maß an methodischer Flexibilität und praktischen Opportunismus« (Thomas 2019: 2). Der Forschungsstil der Ethnografie als »hemdsärmelige« Praxis« (Honer 1993: 241) drängt angesichts der Herausforderung, die empirische Komplexität zu reduzieren, jedoch auf theoretische Präzisierungen. Als Paradigma qualitativer Forschung müssen Ethnografien den Ansprüchen nach theoretischer Durchdringung genügen, welche die empirischen Beobachtungen zu irritieren verhilft (Strübing et al. 2018: 85). Ethnografien sind also mehr als nur eine andere Bezeichnung für teilnehmende Beobachtung, sie sind »at once a research *methodology*, a set of fieldwork techniques [...] and a research *product*, a reflexive account of social life that prioritizes participants' perspectives« (Macgilchrist/van Hout 2011: Abs. 3). In die Architektur der Ethnografie (Methodologie, Technik und Produkt) eingeschrieben ist die Herausforderung, epistemologisch konsistent zu bleiben und darzulegen, wie das ethnografische Wissen beschaffen ist. Das Anliegen, die Vollzugswirklichkeiten der Praxis herauszuarbeiten, kann nur gelingen, wenn das erkennende Forscher_innensubjekt sich einerseits die »Attitüde der künstlichen Dummheit« (Hitzler 1986) aneignet, um der Geltung der Bedeutungen, Begriffe und der Materialität in ihrer situierten Einklammerung so offen wie möglich nachzuspüren. Andererseits bleibt das empirische Material in Form von Notizen, Beobachtungsprotokollen, Memos, Material aus dem Feld usw. zahlreich, diffus und unstrukturiert, wenn es nicht eine wie auch immer geartete Perspektivierung des analytischen Blicks auf das Material gibt. Dies ist in der vorliegenden Arbeit anhand der methodologischen Einbindung in die Praxis- und Diskurstheorie sowie die macht- und hegemonietheoretische Erweiterung gelungen als auch durch den Einbezug sensibilisierender Konzepte wie z.B. der Perspektivität der (Nicht-)Nutzungsforschung.

Ethnografisches Wissen ist, anders als bei empirischem Material aus Interviewstudien oder Gruppendiskussionen, das Produkt von Schreibprozessen der ethnografisch Forschenden. »Dichte Beschreibungen« (Geertz 1987) anzufertigen, erfordert eine »besondere geistige Anstrengung, die hinter allem steht« (ebd.: 10).

Dabei sind die in der vorliegenden Forschung geleisteten dichten Beschreibungen von Situationen veranstalteter Partizipation als analytisches Produkt zu verstehen, dem zahlreiche Prozessschritte vorausgingen. Geertz unterscheidet hier zwischen der Materialsammlung in Form von Beobachtungen, Gesprächen, Tagebuchschreiben und der Analyse im Sinne des »Herausarbeiten[s] von Bedeutungsstrukturen« (ebd.: 15). Beide Prozesse sind nicht voneinander zu trennen. So soll hier unterschieden werden zwischen Beobachtungsprotokollen, die noch keine dichten Beschreibungen sind, sondern zuvorderst deskriptive und die Situation einholende Funktionen erfüllen – und der dichten Beschreibung. Letztere kann als (prinzipiell nicht abgeschlossenes) Produkt der Analyse gesehen werden.

Der Prozess des Schreibens einer Ethnografie stellt jedoch nicht nur vor die Herausforderung, die Vollzugswirklichkeiten der beobachteten Praxis in dichten Beschreibungen einzuholen und zu deuten, sondern mit der Spezifität dieses Produkts sind gleichsam Fragen der »Autorisierung des Autors« (Hirschauer 2001: 429) angesprochen: Was legitimiert die Autorin, die Dinge so zu beschreiben und zu reflektieren? Wie kann nachvollziehbar gemacht werden, wie diese Sprecher_innenposition hergestellt wird? Dieses »*Bezugsproblem* des ethnografischen Schreibens« (ebd.: 429, Herv. i. O.) wurde im Diskurs ethnografischer Forschungsmethodologien insbesondere mit der »Krise der ethnografischen Repräsentation« (Berg/Fuchs 1993) aufgeworfen. Mit ihr ging ein Reflexivitätsschub in der Forschung einher, eine »Sensibilisierung für Probleme der Konstruktion, Repräsentation und Aneignung von beforschten Stimmen« (Ploder 2009: Abs. 48). Denn es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ethnografische Berichte Gefahr laufen, die Sprecher_innenposition der Forschenden mit Verweis auf »naturalistische Rhetoriken der Authentifizierung (»dort gewesen sein«) [...] [oder, S.P.] die Demonstration intimer Kennerschaft« (Hirschauer 2001: 430) zu erhöhen und damit dem »Verdrängen indigener Stimmen durch den Monolog eines Autors« (Hirschauer 2001: 430) Vorschub zu leisten. Mit der postkolonialen Kritik an den Methoden der qualitativen Forschung (u.a. Said 2003; Spivak 1994; überblicksartig Ploder 2009) ist die Forschung überdies herausgefordert, die Wissensproduktion hinsichtlich der Frage zu beantworten, ob die Subalternen sprechen können – und Gehör finden (Spivak 2020a). So kann es zur Invisibilisierung subalternen Positionen kommen, insbesondere dann, wenn die Sprecher_innenposition der Forschenden nicht hinsichtlich möglicher eigener Ausschlussprozesse in punkto Forschungsdesign und -prozess reflektiert wird. Eine kritische Sensibilisierung der Analyse sozialer Praxis, wie sie in der vorliegenden Arbeit vorgeschlagen wird, sollte demnach auch auf die Praktiken der Wissensproduktion der Forschenden zeigen. Die Forschungsperspektive *from below* und der Fokus auf die (Nicht-)Nutzung institutioneller Angebote durch Alltagsakteur_innen sowie deren widerständige Praxis in Situationen veranstalteter Partizipation fordert zur Reflexion forschungsimmanenter Blindstellen auf und zwingt dazu, die Analyse immer wieder dahingehend zu befragen.

5.4.2 Die Bandbreite ethnografischer Forschung

Ethnografische Forschung findet vielfältig Anwendung. Im Folgenden soll die Bandbreite der Ethnografie exemplarisch aufgefächert werden – mittels Schlaglichtern auf Ethnografien aus der Soziologie, der Politikwissenschaft, den Erziehungswissenschaften und der Sozialen Arbeit, die gleichsam die vorliegende Studie beeinflussen haben.

Wegweisend für die westliche *Soziologie* waren die ethnografischen Forschungen rund um die Chicago School, die an den Innensichten in subkulturellen Welten interessiert waren. Zu nennen sind hier exemplarisch Whytes »Street Corner Society« (1996), eine Feldforschung zum Leben italienischer Immigrant_innen im Bostoner Stadtteil North End sowie Becker (2014) als ein später Vertreter, der in »Außenseiter« lebensweltliche Erklärungen für das Stehen außerhalb der Gesellschaft sucht. Im Kontext der Chicago School entwickelte Goffman (2011[1969]; 1996) mit der Reflexion seiner Feldbeobachtungen die Ethnografie der institutionellen und situativen Rahmungen und deren Zusammenspiel mit den menschlichen Akteur_innen sowie den impliziten Normen- und Rollenvorgaben weiter. Im deutschsprachigen Raum konnten Tertilt (1996) mit »Turkish Power Boys« oder Langer (2003) mit »Klandestine Welten«, einer Studie zum Frankfurter Drogenstrich, zeigen, wie sich der Alltag ausgeschlossener, marginalisierter und stigmatisierter Gruppen vollzieht. Diese Ethnografien zeichnen sich durch eine nicht-normierende Betrachtungsweise aus, durch die der Sinn in den Alltäglichkeiten der Lebensführung herausgearbeitet werden kann.

In der *Politikwissenschaft* haben es ethnografische Forschungen noch immer schwer, sich zu etablieren (Bayard de Volo/Schatz 2004; Schatz 2009). Als Grund dafür kann die vorherrschende Orientierung an naturwissenschaftlicher Methodologie genannt werden (Birkholz/Bochmann/Schank 2018: 9). Als ein Beispiel zur ethnografischen Erforschung des Alltäglichen im Politikbetrieb kann Schöne (2010) mit seiner Arbeit zum »Alltag im Parlament« aufgeführt werden. Ethnografische Forschung ermöglicht hier »durch direktes Miterleben die organisationstypischen Konventionen, Regeln und alltagspraktischen Verhaltensweisen kennen- und verstehen zu lernen, welche die kulturelle Grundlage für das Funktionieren politischer Institutionen bilden« (Schöne 2005: 194; 2010). Scheffer (2014) arbeitet mit seinem Ansatz der trans-sequentiellen Analyse heraus, wie ein politischer Topos in einer zeitlichen Sequenz verhandelt und bearbeitet wird und lenkt damit einen ethnografischen Blick auf die Prozesshaftigkeit und Materialität des Politikbetriebs.

Während Thole et al. (2010) die ethnografische Forschung in den *Erziehungswissenschaften* im Jahre 2010 noch im Status einer zunehmenden Anerkennung verorten und attestieren, dass »[d]ie Feldforschungserfahrung der ›Pädagogik‹ [...] bislang eher gering [scheint]« (ebd.: 12), hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren einiges getan. Breidenstein (2017) resümiert, dass die Ethnografie in den Erziehungswis-

senschaften in diesem Zeitraum nun als »zentrale Strategie empirischer Forschung etabliert [sei]« (ebd.: 10). Beispielhafte Ethnografien sind etwa Kalthoffs (1997) Studie zur Wohlerzogenheit in deutschen Internatsschulen oder auch die Arbeit von Budde (2010), der die Ambivalenz schulischer Mitbestimmung zwischen Selbstregulierung und Hierarchisierung herausarbeitet. Dabei beobachtet Budde (2015) eine Verschiebung hin zu für Macht und Hierarchien sensibilisierte Forschung, die auf den figurativen Charakter von Praktiken für soziale Ordnungen verweist. Die Spielarten machttheoretischer Sensibilisierungen ethnografischer Forschung sind dabei groß: Während Budde die Perspektive der Gouvernementalität (Foucault 2000) an die beobachteten Praktiken inszenierter Mitbestimmung in der Schule anlegt, leistet Fritzsche (2014) einen Beitrag zur ethnografischen Differenzforschung, indem sie Praktiken des *doing difference* im Feld Schule mittels des Anerkennungskonzepts von Butler (2003) einfängt. So kann sie zeigen, dass die positiven Normen der Anerkennung und Wertschätzung in den Bildungsinstitutionen »auf der Ebene impliziter Normen untergraben [werden]« (Fritzsche 2014: 332), obwohl der Anspruch formuliert werde, etwas gegen die Mechanismen gesellschaftlicher Ungleichheit zu tun. Zwischen dem Anspruch der Inklusion und der Praxis entfalte sich die Macht impliziter Normen, die sich stetig (re-)aktualisieren und in den Praktiken des Alltags im Kontext Schule aufgeführt würden (ebd.: 334). Neuere Auseinandersetzungen in der erziehungswissenschaftlichen Ethnografieforschung diskutieren, wie verschiedene methodische (und methodologische) Verfahren verbunden werden können, etwa die Ethnografie und die Diskursanalyse (Macgilchrist/van Hout 2011) (siehe dazu auch die Ausführungen in 5.3.4 Macht- und diskursanalytisch informierte Ethnografie).

Die Ethnografie hat für die *Soziale Arbeit* eine herausragende Bedeutung. Auch, wenn man es auf den ersten Blick vielleicht nicht erkennen mag, sind z.B. die historischen Entwicklungslinien der Profession Sozialer Arbeit mit aufsuchenden Formen der Hilfe verbunden, die auch als ethnografische Praktiken gerahmt werden können. Nach Bock und Maischatz (2010) »erscheinen nahezu alle sozialpädagogisch beziehungsweise sozialarbeiterisch initiierten Hilfen [...] auf dem Weg vom ›Helfen als Beruf‹ mehr oder weniger ethnographisch inspiriert« (ebd.: 49). Zu nennen ist hier etwa die Settlement-Bewegung, die einen der Grundsteine für die GWA gelegt hat. Völter (2008) sieht in der ethnografischen Kompetenz und Bildung eine Basis Sozialer Arbeit. Gillingham und Smith (2020) bezeichnen Ethnografie und Soziale Arbeit als »epistemological siblings«, weil sie Gemeinsamkeiten auf mehreren Ebenen teilen, so z.B. hinsichtlich der iterativen Konstruktion von Theorie bzw. dem Verstehen sozialer Praxis, der respektvollen Haltung gegenüber lokalem Wissen oder dem kritischen Zugang zur Wissensproduktion (ebd.: 2241ff.). So könne es gelingen, »[to] make visible the complex processes that cross the artificial divide between micro- and macrosocial work practice, showing the ways in which the actions of workers respond to and shape theories, organizations,

policy and social conditions and vice versa« (ebd.: 2235). Ansätze ethnografischer Praxisforschung leisten einen Beitrag zu einer subjektorientierten Fachlichkeit Sozialer Arbeit, beispielhaft sei hier verwiesen auf die Arbeit von Ackermann (2017) zur Fallarbeit im Jugendamt bzw. auf ethnografische Arbeiten, die die Nutzen- bzw. Nutzer_innen-Perspektive im Kontext sozialer Dienstleistungen betonen (u.a. Jepkens/van Rieën/Streck 2020). Nadai (2012) schließt mit der kritischen Forschungsperspektive der institutional ethnography die in die Sozialarbeitspraxis verwobenen institutionellen Ordnungen auf, die Klient_innen zu Fällen einer nach Ökonomisierungs Gesichtspunkten strukturierten sozialstaatlichen Verwaltung macht. Machttheoretisch sensibilisierte Ethnografien, wie etwa Munsch's Forschung zu Engagement und Ausgrenzung (2005), schärfen den Blick für die Effekte asymmetrischer Settings in der Praxis Sozialer Arbeit. Ethnografische Forschungsarbeiten aus der Perspektive *from below*, die Bearbeitungen und Bewältigungsweisen sozialer Ausschließung in den Fokus rücken, sind etwa die Studie von Ott (2011) zur »Aktivierung von (In-)Kompetenz« im Feld der Arbeitsmarktpolitik oder Müllers (2019) Studie zur häuslichen Sterbebegleitung, in der das Ringen um Lebensqualität als konflikthafte Verhältnis herausgearbeitet wird. Ethnografische Perspektiven erweitern auch die professionstheoretische Bestimmung Sozialer Arbeit. Ausgehend von einem Theoriebegriff, der die empirische Begründetheit von Theorien Sozialer Arbeit unterstreicht, konturieren Aghamiri et al. (2018a) das *Doing Social Work*. Hier wird Soziale Arbeit beschrieben auf der Grundlage von (ethnografischem) Wissen über die Herstellung Sozialer Arbeit. Kern Sozialer Arbeit sei demnach das »Entscheiden in Ungewissheit, Diffusitäten [zu] bespielen, Differenzkategorien [zu] (be-)nutzen und Alltägliches [zu] disziplinieren« (Aghamiri et al. 2018b: 400).

Die vorliegende Arbeit verortet sich im Spektrum kritischer ethnografischer Forschung der Sozialen Arbeit. Sie möchte einen Beitrag leisten zum Verstehen sozialer Praxis in Situationen veranstalteter Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Praxis sozialer Ausschließung und andererseits der eigensinnigen und widerständigen Praktiken von Alltagsakteur_innen, die diese Veranstaltungen besuchen. Sie ist gleichsam eine ethnografische Praxisforschung Sozialer Arbeit, die sich der kritischen Reflexion eines zentralen Handlungsfeldes, der GWA, widmet.

5.4.3 Macht- und diskursanalytisch informierte Ethnografie

Es stellte sich erst im Forschungsprozess heraus, dass es zur Analyse der sozialen Praxis eines methodologischen Gerüsts bedarf, das praxis- und diskursanalytische Annahmen mit der Ethnografie zusammenbringt. Der Forschungsgegenstand der sozialen Ausschließung, die praxis- und diskursanalytische methodologische Rahmung, die macht- und hegemonietheoretischen Sensibilisierungen und der Ansatz,

Praxis in situ und in actu zu beobachten, bilden eine erst im Zeitverlauf gewachsene forschungspragmatische und gegenstandsangemessene Verbindung. Im Verlauf der Feldaufenthalte und Analysen wurde das Problem virulent, wie die in die Situationen eingelassenen Machtpraktiken und einhergehende Machtrelationen fokussiert werden können. Ergänzend zur Betrachtung der Ebene des Wie, also der Vollzüge der Praxis, brauchte es die Perspektive des Wozu, um greifbar zu machen, wofür Praktiken produktiv sind. Diese Arbeit kann eine Ethnografie nicht per se aus sich selbst heraus leisten, hierzu braucht es eine Anreicherung und Präzisierung der methodologischen Verfasstheit.

Im Abschnitt 5.2 »Diskurs als Praxis« wurde bereits dargelegt, wie ein diskursanalytisch informierter Praxisbegriff hergeleitet und gerahmt werden kann. Nun ist zu klären, inwiefern Diskursanalyse und Ethnografie zusammenpassen. Zunächst: Da in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse in irgendeiner Form stets von diskursiven Praktiken oder diskursiver Praxis die Rede ist, kann eine Nähe von (praxistheoretisch fundierter) Ethnografie und Diskursanalyse zumindest begrifflich hergestellt werden (Wrana 2012: 185). Ethnografien mit starkem Diskursanalysebezug bzw. ethnografisch orientierte Diskursanalysen, die sich auf praxistheoretische Begründungen stützen, machen sich den Diskurs als epistemologischen Ausgangspunkt nutzbar. Sie betreten damit »Neuland, galten doch bislang Diskurse als ideelle und Praktiken als materielle Phänomene und damit als zwei sich ausschließende Konzeptionen des Sozialen« (Rabenstein 2010: 291). In diskursanalytischen Ethnografien ist der Diskurs der »Modus lokaler Praktiken« (Fegter et al. 2015: 13) und wird als Praxis gefasst. Der analytische Fokus »richtet sich [...] auf eine in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten verteilte situierte Praxis« (ebd.: 17). Da potenziell alle Praktiken eine Diskursivität besitzen, erscheinen dann die in der Ethnografie als soziale oder materielle Praktiken gerahmten Vollzüge zugleich als diskursive, weswegen sie Wrana (2014: 89) als soziale diskursive Praktiken bezeichnet. Ott und Wrana (2010), Ott et al. (2012) sowie Macgilchrist und Van Hout (2011) sprechen von diskursiven Praktiken, »in order to highlight the complexity and multidimensionality of the discursive which includes but also goes far beyond language use« (ebd.: Abs. 8). Die diskursiven Praktiken beschränken sich also nicht auf Text und Bild, sondern vollziehen sich in »Situationen/Interaktionen sowie Raumstrukturen, Architektur oder institutionellen Rahmungen, worin sie spezifische Wirklichkeiten materialisieren« (Fegter et al.: 19).

Mit der Ausweitung des Praktiken-Begriffes wird auch die Frage des Verhältnisses von Struktur und Handlung, von Subjekt und Ordnung virulent. Der Diskurs wird zum epistemologischen Grenzfall praxeologischer Forschung:

»Während Ethnographien eher davon ausgehen, dass die soziale Welt als Ordnung fungiert, und daraufhin den Ordnungszusammenhang in seiner Gestalt nachvollziehen, gehen Diskursanalysen eher davon aus, dass Ordnungen ein

emergentes Phänomen von machtvollen Schließungsprozeduren sind, welche auf Kontingenz antworten.« (Jergus 2014: 118)

Insofern ist es letztlich eine Frage der Lokalisierung der Vollzüge der Praxis und der damit einhergehenden differenten Prozesslogiken: einmal in der Form des »teilnehmende[n] Nach-Vollzug[es] oder [...] [als] praktische De-Fragmentierungsarbeit« (ebd.: 118). Diese Grenzbearbeitung ist auch der vorliegenden Arbeit inhärent, die analytisch zwischen dem Nachvollzug der Herstellung der Situation und den Effekten der in die Situation eingelagerten Machtrelationen wechselt. Je nach heuristischem Fokus (siehe die Kapitel mit den empirischen Ergebnissen) können so verschiedene Kulminationspunkte der Praxis sozialer Ausschließung herausgearbeitet werden.

Integrative Forschungsstrategien aus Ethnografie und Diskursanalyse untersuchen Alltagspraktiken einerseits und institutionalisierte Handlungspraktiken andererseits nicht getrennt, sondern in ihrer Verwobenheit ineinander (Ott/Langer/Rabenstein 2012: 174f.). Das heißt, auch die situierte Wirkmächtigkeit etwa von »institutionellen Arrangements« (Müller 2019) oder von »aktiven Texten« (Smith 1998) wird greifbar. Sie betonen die Performativität und Funktionalität von Praktiken für den Diskurs, »woraus folgt, dass Diskurse praktisch erzeugt und aufrechterhalten werden bzw. Praktiken stets diskursiv sind« (Jergus 2014: 120). So verschiebt ein diskurstheoretischer Zugang »das Augenmerk von der *Richtigkeit* zur *Produktivität* entsprechender Thematisierungen« (Fegter 2015: 329, Herv. i. O.). Wenn also mit praxistheoretischer Forschung grundlegend erst einmal nach dem *Wie* der Praxis gefragt wird, gelangt mit der diskursanalytischen Sensibilisierung das *Wozu* in das Blickfeld. Häufig sind es machtbezogene Fragestellungen, wie in der vorliegenden Arbeit, die so beantwortet werden können.

5.5 Zur Situationsanalyse als Grounded Theory nach dem postmodern turn

Die bisher hergeleitete methodologische Basis der Studie wird im Folgenden durch Ausführungen zur Grounded Theory und Situationsanalyse weiter konkretisiert. Hier steht nicht nur die Pragmatik der Herangehensweise an die Analyse, sondern auch die des analytischen Prozesses im Fokus.

5.5.1 Verortung in der Grounded Theory Methodologie

Die Grounded Theory Methodologie (GTM) ist ein in der qualitativen Sozialforschung etablierter und weit verbreiteter Forschungsstil. Sie geht zurück auf die US-amerikanischen Soziologen Anselm L. Strauss und Barney G. Glaser, die

erstmal 1967 mit ihrem Buch »The discovery of grounded theory: Strategies for qualitative research« die Grounded Theory artikuliert haben (Glaser/Strauss 1967). Das Buch sorgte in der zu dieser Zeit vorgängig quantitativ orientierten Sozialforschung für Aufsehen, weil es Theorien »in höchstem Maße infrage [stellte] bzw. [...] die Produktivität von Forschung in Bezug auf Theorie in Zweifel [zog]« (Glaser/Tarozzi 2011: 53). Es ging beiden »nicht [...] um die Überprüfung von Theorie, sondern um deren Entdeckung ›aus den Daten heraus‹« (Strauss/Legewie/Schervier-Legewie 2011: 73). So entstand die Grounded Theory als »Methodologie, um in den Daten schlummernde Theorien zu entdecken« (ebd.: 73). Zentral für die GTM ist erstens das Kodieren, das als theoretisches Kodieren bezeichnet werden kann, weil es nicht nur Phänomene klassifiziert, sondern auch zur Bildung theoretischer Konzepte taugt. Zweitens ist das theoretische Sampling zentral, also das Verständnis, die Theoriearbeit bereits mit dem Start der ersten Erhebung im Feld zu beginnen. Dies besteht in der GTM insbesondere im Schreiben von Memos und dem Formulieren von Hypothesen, welche überdies den weiteren Feldbeobachtungen als Fokussierung dienen. Zum dritten zeichnet sich die GTM durch Vergleiche aus zwischen Phänomenen und Kontexten. Aus ihnen erwachsen die theoretischen Konzepte (ebd.: 74).

Die GTM wurde in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt und ausdifferenziert. So haben Strauss und Corbin (1995) eine überarbeitete Methodologie vorgelegt, die sich an einigen Stellen vom Ursprung unterscheidet. Dabei kam es zum Bruch zwischen den Strauss'schen und Glaser'schen Zugängen. Zentrale Weiterentwicklungen der GTM sind die Constructivist Grounded Theory von Kathy Charmaz (2006) und Adele Clarkes (2005) Ansatz der Situationsanalyse (Stough/Lee 2021). Die sich in den folgenden Jahren immer weiter ausformulierende und diversifizierende Forschungsstrategie ist auch im deutschsprachigen Raum angekommen, hier vorherrschend in der Strauss-Corbin'schen GTM-Variante (Mey/Mruck 2011: 20). In dieser eher pragmatisch-interaktionistischen Lesart werden die theoretischen Vorannahmen betont, die man als forschende Person mitbringt, um sich einem Forschungsgegenstand zu nähern. Diese müssten transparent gemacht werden, um Forschung nachvollziehbar und kritikfähig zu machen (Griesbacher 2016). Dies hat jedoch auch forschungspragmatische Vorteile. Die Theorien, die die Forschung sensibilisieren, helfen, in die Analyse hineinzufinden. Das »theoriesensible Durchdenken [...] hilft, das Feld und den Gegenstand aufzuschließen und [...] Zusammenhänge und Aspekte im Material sichtbar zu machen, die in der Alltagsperspektive der Teilnehmenden nicht zur Sprache kommen können und in den Datenstücken jeweils nur bruchstückhaft aufscheinen« (Strübing et al. 2018: 91). In der qualitativen Sozialforschung gewährleisten sensibilisierende Konzepte oder »sensitizing concepts« (Blumer 1954) die Momente der epistemologischen Brechung der Konstruktionen erster Ordnung und verhelfen so, Deutungsangebote aus dem Feld systematisch zu überschreiten (Strübing et al. 2018: 91). Dabei wird mit dem Begriff der Sen-

sibilisierung impliziert, dass das Vorgehen der Analyse kein dichotom strukturiertes deduktives oder induktives ist, sondern induktive, abduktive und deduktive Anteile sich im Analyseprozess abwechseln und strukturieren. Ohne die so konstituierte iterative Zyklik sei qualitative Forschung nicht gelingend zu realisieren (ebd.: 92). Mit Blumer (1954) gesprochen, schlagen sensibilisierende Konzepte lediglich Richtungen vor, in die geschaut werden kann, nicht aber schreiben sie vor, was es zu sehen gibt:

»A definitive concept refers precisely to what is common to a class of objects, by the aid of a clear definition in terms of attributes or fixed bench marks [...] A sensitizing concept lacks such specification of attributes or bench marks and consequently it does not enable the user to move directly to the instance and its relevant content. Instead, it gives the user a general sense of reference and guidance in approaching empirical instances.« (Ebd.: 7)

Ausgehend von der Fragestellung nach der Herstellung von Praxis unter besonderer Beachtung sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation, müssen auf dem Weg zu den Deutungsangeboten, die diese Arbeit unterbreitet, epistemologische und heuristische, mithin im weitesten Sinne theoretische Sensibilisierungen vorgenommen werden. So gelingt es, das empirische Wissen »unter Spannung« (Strübing et al. 2018: 85) zu setzen. Forschungspraktisch bedeuten sensibilisierende Konzepte heuristische Sensibilisierungen für das Durcharbeiten und Interpretieren des empirischen Materials.

5.5.2 Postmodernisierung, Reflexivität, Engagement, Diskurs – die Situationsanalyse als reflexives und politisches Projekt

Die Situationsanalyse, die Clarke maßgeblich durch ihre Arbeit »Situational analysis. Grounded theory after the postmodern turn« (2005) eingeführt hat, ins Deutsche übersetzt in Clarke (2012) und erneuert in »Situational analysis. Grounded theory after the interpretive turn« (Clarke/Friese/Washburn 2018), hat die methodologischen Diskussionen der Grounded Theory in den letzten zwei Jahrzehnten maßgeblich weiterentwickelt (Stough/Lee 2021: 2). Clarke erneuert die im Symbolischen Interaktionismus und im Pragmatismus verankerten Fassungen der Grounded Theory, indem sie sie um Antworten zu den mit dem *postmodern turn* in den Sozialwissenschaften zusammenhängenden kritischen Fragen nach den positivistischen Blindstellen qualitativer Sozialforschung erweitert (Clarke 2012: 23). Sie reiht sich damit ein in die Verschiebungen, die mit neuen konstruktivistischen Perspektiven innerhalb der GTM einhergingen. So beabsichtigt sie im Anschluss an Charmaz (2006) eine Loslösung von den positivistischen Tendenzen, die sich in der GTM verstecken. Clarke verdeutlicht, dass weder Analyseergebnisse die »Wahr-

heit« der Praxis offen widerspiegeln können, noch, dass theoretische Anleihen, die von Dritten vielleicht als objektiv bezeichnet werden, die Analyseergebnisse »objektiver« machen (Clarke 2012: 59ff.). Forschung unterbreitet in diesem Sinne Deutungsangebote von Praxis, bleibt jedoch immer eine Konstruktionsleistung, die darlegen muss, nach welchen Prämissen und im Rahmen welcher Prozesse sie zu Erkenntnissen gelangt. Die Situationsanalyse betont die Konstruktionshaftigkeit sozialer Welten und die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen ihrer Akteur_innen. Entsprechend sind auch innerhalb und zwischen sozialen Welten multiple »Wahrheiten« und sich widersprechende Deutungen möglich, die entlang unterschiedlicher reflexiver Strategien thematisch werden.

Clarke positioniert sich als politisch involvierte Forscherin. Sie forciert Methoden, »die es dem Analytiker erlauben und ihn ermutigen, bisher illegitime und/oder marginalisierte Perspektiven und unterdrücktes Wissen vom sozialen Leben zu erläutern – um klar zu kommunizieren, auf welcher heterogenen Weise wir unseren Planeten in diesem neuen Jahrtausend bewohnen und welche komplizierte und instabile Situationen dabei entstehen« (ebd.: 31). Offenberger (2019) betont im Anschluss an Bethmann und Niermann (2015) das »engagement« der Situationsanalyse »als gesellschaftspolitische Intervention durch Forschung« (Bethmann/Niermann 2015: Abs. 11): Forschung trage so zur Bewältigung praktischer Probleme des Zusammenlebens in der Gesellschaft bei und betone die Werte sozialer Gerechtigkeit und den Einsatz von Forschung im Kampf gegen soziale Ungleichheit (Offenberger 2019: Abs. 6).

Um den positivistischen Tendenzen in der GTM entgegenzuwirken und sie gleichsam durch den *postmodern turn* hindurchzuschieben, betont Clarke den Stellenwert der Reflexivität. Dies impliziere trotz des Bemühens um eine »Erdung« der Theorieentwicklung gemäß dem Anspruch, gegenstandsverankerte *grounded theories* zu erarbeiten, einen reflexiven Umgang mit theoretischen Sensibilisierungen, die die Analyse beeinflussen. »[T]he analyst uses his or her knowledge to help design data collection and does not wait quietly for magically appearing data to speak!« (Clarke 2009: 217) Damit wendet sich Clarke deutlich von Glasers Glaube an die Forscherin als *tabula rasa* ab und betont, »dass wir nicht umhin kommen, bei fast jedem Forschungsprojekt bereits zuvor irgendetwas zu »wissen«, bereits geprägt zu sein, tangiert, »infiert«« (Clarke 2012: 55). Die Situationsanalyse stützt die Analyse demnach, wie auch die *Grounded Theory* in der Variante von Strauss und Corbin (1995), auf den Einbezug sensibilisierender Konzepte. Im prinzipiell nie abgeschlossenen Prozess der Wissensgenerierung verabschiedet sich die Situationsanalyse von der Erarbeitung verallgemeinerbarer Theorien und betont die Situiertheit und Partialität der Forschung, die »bescheidenere und partiale, jedoch ernsthafte, nützliche und hoffentlich provokative *Grounded-Theory-Analysen*, sensibilisierende Konzepte, Analytik und Theoriebildung« (Clarke 2012: 73) hervorbringen.

Die Situationsanalyse stellt sich der epistemologisch ambitionierten Herausforderung, die in der Tradition des Pragmatismus stehende Grounded Theory mit (post-)strukturalistisch fundierten diskursanalytischen Elementen zusammenzubringen. Postmodernisiert werde die Grounded Theory u.a. durch die »Verwendung narrativer, visueller und historischer Diskursmaterialien« (Clarke 2012: 184). Die Situationsanalyse fragt nach diskursiven Konstruktionen und kulturellen Symboliken, die durch die Situation hervorgerufen werden. Der Einbezug von Diskursen in die Analyse ist, wie in den Ausführungen zur diskursanalytischen Ethnografie bereits ausgeführt, ein Grenzfall der methodologischen Betrachtung. Clarke betont die Hinwendung zu wichtigen Diskursen, die der Forschungssituation inhärent sind sowie die Klärung, dass diese »über ›das wissende bzw. erkennende Subjekt‹ insoweit hinausgehen, dass es nicht mehr als der im Mittelpunkt stehende Wissende und Entscheidende betrachtet wird« (ebd.: 31). Diaz-Bone (2013) fragt, ob es sich bei der Situationsanalyse um eine Diskursanalyse »light« handle. So sei Clarke die Einbeziehung von Diskursen überzeugend gelungen, jedoch bleibe ein Desiderat bezüglich der Methodologie für die Diskursanalyse (ebd.: Abs. 20). Diese sei »unterentwickelt, weil hier Diskurse nicht praktisch analysiert werden als Praktiken, die eine konstruktive Leistung erzielen – nämlich die sozialen Welten bzw. sozialen Arenen selbst zu generieren« (ebd.: Abs. 20). So würden diese »lediglich mit dieser konstruktiven Eigenschaft *angenommen* und *danach* in die Analyse einbezogen« (ebd.: Abs. 20). Im Ansinnen, den Diskursbegriff für die vorliegende Arbeit zu klären, wurde ausgeführt, wie Diskurs *als* Praxis methodologisch eingeholt werden kann, etwa indem auch die Materialität des Diskursiven in die Analyse mit einbezogen wird. Insofern bietet diese Arbeit eine Möglichkeit, dieser Unschärfe zu begegnen.

5.5.3 Zum Stellenwert der Situation und den Mapping-Strategien der Situationsanalyse

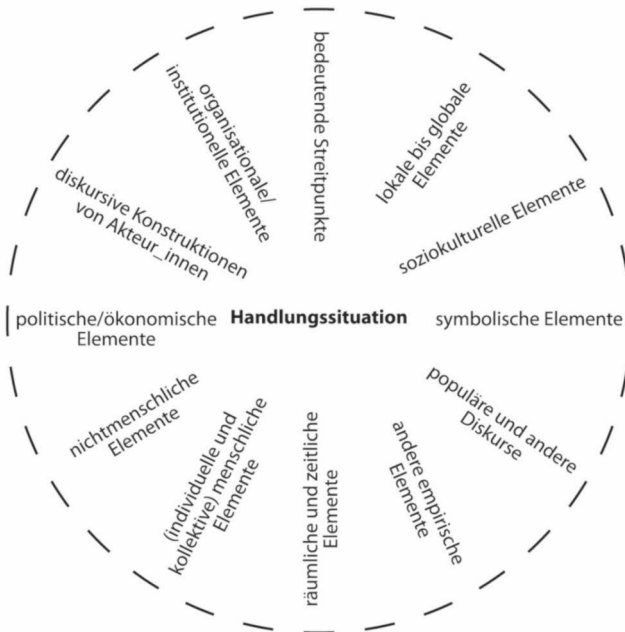
In der Situationsanalyse wird die »*Situation an sich zum ultimativen Forschungsgegenstand*, und das Verständnis ihrer Elemente und ihrer Beziehungen zum primären Ziel der Untersuchung« (Clarke 2012: 24, Herv. i. O.). Mit der Dezentrierung hin auf die Betrachtung einer Situation und damit der Erweiterung des Forschungsfokus betont Clarke ihren sozialökologischen Standort, hinsichtlich dessen sie von Strauss' Theorie sozialer Welten und Arenen (Strauss 1978) der Chicagoer Soziologie beeinflusst ist. Mit der Situationsanalyse steht nicht nur das Sprachliche im Vordergrund, sondern gleichsam auch das Nicht-Menschliche, das Materielle und das Diskursive (Clarke 2012: 24). Soziale Welten sind als »universe of discourse« (Mead 1934: 284) gedacht. In diesen bringen soziale Gruppen spezifische Kommunikationsformen bzw. soziale Praxen hervor. Die soziale Welt der Verwaltung oder die soziale Welt der Beteiligungsbranche zeichnet sich insbesondere durch professionali-

sierte Praxen aus, die in Beziehung zu institutionellen Arrangements stehen und entsprechende routinisierte Abläufe, Codes, Sprechweisen hervorbringen. In der konflikthaft strukturierten sozialen Arena veranstalteter Partizipation treten neben professionellen Akteur_innen aber auch soziale Gruppen auf, für die die sozialen Welten neu, ungewohnt oder auch »vorbelastet« sind. Gemäß dem Selbstverständnis der Partizipationspraxis werden diese Akteur_innen eingeladen, miteinander Praxis hervorzubringen. Das Konzept sozialer Welten und Arenen dient hier als Hilfestellung, um die Heterogenität, Konflikthaftigkeit und Ambivalenz der diskursiven Praxis in der Situation zu betonen und diese eben nicht individualistisch auf die einzelne Person (und ihr politisches Interesse, ihre kommunikative Kompetenz oder ihre zeitlichen Ressourcen) zu verengen. Die Situation wird sowohl zum Objekt, zum Prozess, als auch zum anti-objektivistischen und feministisch inspirierten Ort der Erkenntnis, dem man sich nur ökologisch nähern könne (Clarke 2012: 65ff.). Es gehe nicht, wie so oft in der methodologischen Entwicklung der qualitativen Sozialforschung seit dem postmodern tun, um »Forschung, welche die ›Stimme der Einzelnen‹ und ihre Abbildung in den Mittelpunkt rückt« (ebd.: 30), sondern »auch das Soziale – die Forschungssituation in Gänze« (ebd.: 30, Herv. i. O.). Die Situationsanalyse hilft, die Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der Praxis in der Situation an sich zu verorten. Dies ermöglicht die gesamte Situation (ethnografisch) zu erfassen und nicht verengt auf narrative Deutungsangebote der Akteur_innen herauszuarbeiten. Zur oben angesprochenen politischen Produktivität der Situationsanalyse trägt bei, dass sich die Analyse auch dem Nichtthematisierten zuwendet, den »positions not taken in the data« (Clarke/Friese/Washburn 2018: 172). Dies ist für Forschungen zu sozialer Ausschließung insbesondere dann relevant, wenn diese sich in normativ aufgeladenen Feldern eben nicht sprachlich vollzieht, sondern über materielle und nicht-sprachliche diskursive Praktiken der Situation inhärent ist. Damit »richtet sich die Aufmerksamkeit nicht darauf, wer (nicht) spricht, sondern darauf, was nicht gesagt wird oder nicht sagbar ist, weil die Bedingungen der Möglichkeit dazu nicht gegeben sind« (Offenberger 2019: Abs. 22). Die Situationsanalyse hilft, »Orte des Schweigens« (Clarke 2012: 123) in den Daten zu erkennen, also jene vorhandenen, aber schweisgsamen Mechanismen sozialer Ausschließung, »ohne den Befragten die Worte in den Mund zu legen« (ebd.: 123, Herv. i. O.).

Eine zentrale praxisanalytische Prämisse der Situationsanalyse ist, dass alle Bedingungen der Situation in der Situation bereits enthalten sind: »There is no such thing as ›context‹.« (Clarke 2009: 208) »Die wichtigsten so genannten kontextuellen Elemente befinden sich genau genommen in der Situation selbst. Sie sind für sie konstitutiv, strukturelle und Machtelemente inbegriffen. Und als solche können wir sie mappen und analysieren.« (Clarke 2012: 74) Im Folgenden werden die methodischen Werkzeuge der Situationsanalyse in für die vorliegende Forschungsarbeit angemessener Auswahl beleuchtet. Sie eignen sich dafür, die Komplexität von Situationen zu erfassen, mithin also den Blick von der Mikroebene sozialer Praxis

auf die Meso- und Makroebene zu weiten, die Materialität veranstalteter Partizipationspraxis in ihrer Produktivität für die Situation zu erhellen sowie unterschiedliche Akteur_innenkonstellationen und -positionen in ihrer konflikthaften Aufladung zueinander zu fokussieren. So rahmt zunächst Clarks Situationsmatrix die Analyse und trägt den Bedingungen der Situation Rechnung (siehe Abbildung 6). Die Handlungssituation setzt sich demnach aus multiplen strukturellen Elementen und Bedingungen zusammen. Es wird deutlich, dass die Situation als ein Nexus sozialer, institutioneller, kultureller, diskursiver, politischer, machbezogener, materieller, räumlicher sowie zeitlicher Elemente gedacht wird.

Abbildung 6: Clarks Situationsmatrix



Quelle: Clarke 2012: 113, Satz: GrafikBüro Berlin

Die Situationsanalyse nutzt verschiedene Mapping-Strategien zur analytischen Öffnung der Daten. Diese Strategien, von Clarke auch als »analytische Übungen« (Clarke 2012: 121) bezeichnet, haben die Aufgabe, die Komplexität von Situationen zu erfassen und zu klären, was in der Situation vor sich geht. Sie fordern die forschende Person heraus, sich intensiv mit den Daten auseinanderzusetzen und unterstützen dabei, die Datenmengen systematisch handhaben zu können. Hinzu kommt das in

der GTM auch sonst übliche Schreiben von Memos. Maps können mit kodierten Daten angefertigt werden »oder sogar auch, zumindest teilweise, bei unkodierten, jedoch sorgfältig interpretierten und schon leicht »vorverdauten« Daten« (ebd.: 121). Damit dürfte deutlich werden, wie ernst es die Situationsanalyse mit der Sichtbarkeit der Forschenden meint: Die Maps legen Zeugnis ab von der Forscherin als »Forschungsinstrument« (ebd.: 122), die ihre Erfahrungen, Beobachtungen und theoretischen Verdichtungen als Daten für die Maps nutzt.

5.5.4 Die Mapping-Strategien der Situationsanalyse

Die Situationsanalyse schlägt drei verschiedene Mapping-Strategien vor, die jeweils unterschiedliche Funktionen im Forschungsprozess einnehmen. Diese sind erstens die *Situations-Maps* (situational maps), zweitens die *Maps von sozialen Welten/Arenen* (social worlds/arenas maps) und drittens die *Positions-Maps* (positional maps) (Clarke 2012: 121ff.). Das Mapping dient dazu, beinahe spielerisch mit den empirischen Daten umzugehen, sie zueinander in Beziehung zu setzen und analytische Perspektiven auszuprobieren. Es gibt nicht *die* eine Map, die im Prozess der Forschung angefertigt wird, sondern das Mapping findet im iterativen Analyseprozess immer wieder statt. Die Maps sind im Rahmen dieses Forschungsprozesses als Analysetools zum Einsatz gekommen, werden jedoch später nicht systematisch herangezogen, um die analytischen Aussagen im empirischen Teil zu bebildern.

In *Situations-Maps* steht die Situation selbst im Mittelpunkt. Sie enthält relevante menschliche/nicht-menschliche, materielle sowie symbolische/diskursive Elemente (ebd.: 125). Es gibt ungeordnete und geordnete Situations-Maps. Im Folgenden ist zunächst eine ungeordnete Situations-Map von Situationen veranstalteter Partizipation dargestellt, die in erster Linie der Erläuterung der Mapping-Strategie dienen soll, gleichsam aber eine thematische Einstimmung auf den empirischen Teil ist. Es ist eine kondensierte Darstellung auf Basis verschiedener Situationen, erstellt am Ende des Forschungsprozesses. Sie unterscheidet sich in Komplexität und Dichte von den Situations-Maps zu Beginn des Forschungsprozesses.

Die ungeordnete Situationsmap zeigt a) Individuen, soziale Gruppen und Institutionen, b) nicht-menschliche und mit situierter Handlungsmacht ausgestattete Akteur_innen und raum-zeitliche Elemente, die in der Situation wichtig sind sowie c) Symbole, Diskurse und diskursive Formationen einschließlich professioneller und institutioneller Arrangements (ebd.: 125f.). Ungeordnete Situations-Maps können als analytisches Tool u.a. dazu dienen, relationale Analysen vorzunehmen, indem Verbindungslinien zwischen zusammenhängenden Elementen gezogen werden (ebd.: 141). Die Maps werden zu Werkzeugen im analytischen Prozess, die immer wieder neu genutzt und abgewandelt werden können und insbesondere mit begleitenden Memos den Analyseprozess vorantreiben.

Abbildung 7: Ungeordnete Situations-Map »Die Situation veranstalteter Partizipation«



Quelle: eigene Darstellung

Die ungeordnete Form kann in eine geordnete Situations-Map überführt und weiterbearbeitet werden. Diese ist untergliedert in mehrere Überschriften, die gleichsam für die Komplexität der Situation stehen. Die Stärke der geordneten Situations-Maps liegt in der Übersichtlichkeit und Strukturiertheit der unterschiedlichen in der Situation vorfindlichen Elemente.

Im Hinblick auf die Frage nach sozialer Ausschließung in den Situationen veranstalteter Partizipation bieten Situations-Maps die Möglichkeit, die Komplexität der Situation auf die Immanenz von machtvollen Praktiken der Differenzierung zwischen den Anwesenden hin zu befragen und dies zu verknüpfen mit den in der Situation vorfindlichen diskursiven und materiellen Elementen (siehe hierzu auch Gassterstädt/Rüger 2021: 56–57).

Tabelle 2: geordnete Situations-Map »Die Situation veranstalteter Partizipation«

INDIVIDUELLE MENSCHLICHE ELEMENTE/ AKTEUR_INNEN Bewohner_innen, Betroffene, Interessierte, Skeptische, Forscherin	NICHTMENSCHLICHE ELEMENTE Raumgröße, Raumgestaltung, Bestuhlung, Moderationsmaterialien, Visualisierungsmaterialien, Buffet, Pinnwände, Namensschilder, Teilnehmer_innenlisten, Technik, Beamer, Mikrophon, Kamera, Modell, Karten, Klebepunkte, Feedbackwand, Flyer, Dokumentation, Schreiben, Konzepte, Stellungnahmen, Petitionen, Twitter/social media
KOLLEKTIVE MENSCHLICHE AKTEUR_INNEN Akteur_innen der Sozialen Arbeit, Kommunalpolitiker_innen, Wohnungswirtschaft, Verwaltungsmitarbeiter_innen, Beauftragte, Planer_innen, Investor, engagierte Nachbar_innen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände, NIMBYs, Moderator_innen, Pressevertreter_innen, Stadtbere; Techniker, Catering	IMPLIZIERTE/STUMME AKTEUR_INNEN Bewohner_innen, Betroffene, Menschen, die nicht gut (deutsch) sprechen können, (post)migrantische Communities, marginalisierte Gruppen, Kritiker_innen der Praxis, Nicht-Nutzer_innen, Personen mit Care-Aufgaben, Überforderte, Stille, Nicht-Interessierte, Nicht-Anwesende, Mitgemeinte, zukünftig Involvierte
DISKURSIVE KONSTRUKTIONEN INDIVIDUELLER UND/ODER KOLLEKTIVER MENSCHLICHER AKTEUR_INNEN Protest gegen Planung, Protest gegen Art und Weise der Partizipation, Sorge/Angst, Kritik an Zustand im Stadtteil, Recht auf Information, kritische Berichterstattung, Sensibilisierung für Ausschließung, Teilen von Erfahrungen, Verstummen, Kreativort – Gedankenort – Futurium, Methodenangemessenheit und Visualisierungsfokus, Öffentlichkeit und Transparenz	DISKURSIVE KONSTRUKTIONEN NICHT-MENSCHLICHER ELEMENTE Rechtliche Grundlagen der Partizipation, Passung zu Förderprogrammen, rechtssichere Kommunikation, Erfüllung der Informationspflicht, Legitimation von Planung, Vorbereitung von kommunalpolitischen Beschlüssen, Konzepte von Partizipation, Mittelschichtsbias, Partizipation und soziale Ungleichheit, Populismus, Recht auf Stadt
POLITISCHE/WIRTSCHAFTLICHE ELEMENTE Förderprogramme; Städtebau; Programmatischer Partizipationsdiskurs: Bürgerbeteiligung, Planung, Gemeinwesenarbeit; Beteiligungsbranche; Öffentlichkeitsarbeit; Aktivierung im Sozialraum; neoliberale und ordnungspolitische Stadtpolitiken vs. Stadtpolitiken from below; begrenzte Finanzen	SOZIO-KULTURELLE/SYMBOLISCHE ELEMENTE Verwaltungssprache vs. Verständigungsorientierung, Produktorientierung, Anzüge vs. Alltagskleidung, Weiß, hochdeutsch, männlich vs. weiblich, alt vor jung, Leadership vs. Anerkennung, Behauptung vs. Rückzug, Vermeiden von Emotionalität vs. Erfahrungsfokus, Planungslegitimation vs. Aktivismus, Konsum vs. Exploration

ZEITLICHE ELEMENTE Durchgetaktete Veranstaltung, durchge- takteter Planungsprozess, Zeitzwänge der Planung/Verwaltung/Politik, Bedürfnis nach Erklärung und Alternativen, Skepsis, keine Zeit zur Teilnahme	RÄUMLICHE ELEMENTE Stadtteil/Viertel/Straße, Stadt/Dorf/ Peripherie, Kommune/Land/Bund/Europa, Veranstaltungsraum, Nachbarschaftszen- trum, Jugendclub, Stuhlreihen, Boden, Bühne, Toiletten, Buffet, Ausgang, Eingang, Pinnwän- de, Gesprächsnischen, Workshopräume
HAUPTTHEMEN/DEBATTEN (MEIST UMSTRITTEN) Allgemein- vs. Partikularinteresse, recht- lich gesicherter Partizipationsspielraum vs. Einräumen von Möglichkeiten zur Mit- bestimmung, Zeitlichkeit von Planungs- praxis vs. Zeitpunkt und Art der Partizi- pation, Protest/Veto gegen Planung, Ord- nung und Sicherheit im Stadtteil, Nach- haltigkeit, bezahlbares Wohnen, Verkehrs- belastung, Stärkung von Nachbarschaften, Inklusion, Barrierefreiheit	VERWANDTE DISKURSE (HISTORISCHE, NARRATIVE UND/ODER VISUELLE) Bürgerrecht und Bürgerpflicht, Aktivierung und Engagement, NIMBY, Lobbyismus, ziviler Ungehorsam, »Für uns interessiert sich doch eh niemand«, Partizipation als Akzeptanzma- nagement, Mittelschichts-Bias, Quartiersma- nagement vs. GWA

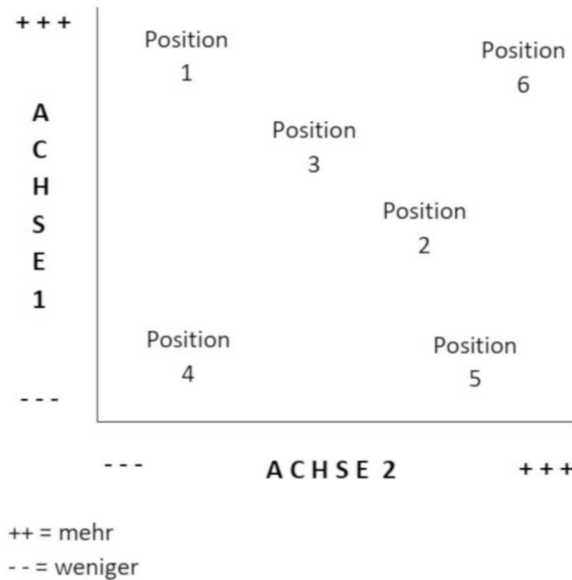
Quelle: eigene Darstellung

Die zweite Mapping-Strategie der Situationsanalyse besteht in der Anfertigung von *Maps von Sozialen Welten/Arenen* (Clarke 2012: 147ff.). Diese fokussieren die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen und sozialen Welten (im Sinne von »Diskursuniversen«, Strauss 1978), die relational zueinander dargestellt werden können. Mit dieser Form der Darstellung werden Fragen analytisch greifbar, die auf der Meso-Ebene angesiedelt sind. Kollektives Handeln kann hier zivilgesellschaftlich gemeint sein, es kann aber auch in der sedimentierten Form der Institution dargestellt werden. Diese Maps betonen die Machtaspekte, die in den organisierten Handlungsformen und der Richtung ihres Handelns offenbar werden. In der folgenden Map der Sozialen Welten und Arenen wird exemplarisch gezeigt, wie in der Situationsanalyse kollektive Akteur_innen und Institutionen sowie deren Aushandlungen dargestellt werden können. Die verschiedenen sozialen Welten, Organisationen und Aushandlungsprozesse bilden gemeinsam die Arena (Clarke 2012: 149).

Die Unterscheidung zwischen individuellem und kollektivem Handeln sensibilisiert für die soziale Dimension der Praktiken. Dies wird insbesondere deutlich, wenn organisierte Akteur_innen in Aushandlungsprozessen diskursive Praktiken hervorbringen, die kollektiv begründet werden oder institutionell sedimentiert sind und damit in der Situation wirkmächtiger werden.

auch allgemein für den (gesellschaftlichen) sozialen Ausschluss der Gruppe jenseits der Situation veranstalteter Partizipation.¹

Abbildung 9: Abstrakte Positions-Map



Quelle: Clarke 2012: 168

Die dritte Mapping-Strategie der Situationsanalyse ist das Anfertigen von *Positions-Maps*. Diese »beinhalten den Großteil der wichtigen, in den Daten eingenommenen Positionen zu den darin wichtigsten diskursiven Themen« (Clarke 2012: 165, Herv. i. O.). Sie bilden nach Clarke sowohl explizierte Fragen, Positionen und strittige Themen ab als auch ausbleibende Positionierungen und »Orte diskursiven Schweigens« (ebd.: 165). Diese Positionen sind nicht auf einzelne Personen, auf Gruppen oder Institutionen zurückzuführen, sondern auf Positionen innerhalb von Diskursen. Die

1 Eine Besonderheit in der Darstellung der Maps von Sozialen Welten und Arenen hier ist die Schwierigkeit der doppelten Perspektivierung – einmal auf die punktuelle Situation der Veranstaltung (z.B. ein Nachbarschafts-Forum) und dann allgemein auf die Situation jenseits veranstalteter Settings. Das von Clarke in Anlehnung an Strauss (1978) vorgeschlagene Mapping kann ursprünglich wohl eher so verstanden werden, dass dort die Beziehungen zwischen sozialen Welten in Arenen unabhängig von einer spezifischen Situation dargestellt werden – mithin die Arena nicht mit der »veranstalteten« Arena in eins fällt. Hier bildet die Arena jedoch die Situation veranstalteter Partizipation ab.

Positionalität ist eine analytische Perspektive und darf nicht mit der Ebene der Darstellung, also der äußeren Form der Einnahme von Positionen verwechselt werden. Im Folgenden wird eine abstrakte Positions-Map gezeigt, die idealtypisch darstellt, wie sich verschiedene Positionen, unabhängig von konkreten Sprecher_innen, auf einem zweiachsigen Koordinatensystem verorten lassen.

Auf den Partizipationsdiskurs angewendet kann so ein Durchdringen der programmatischen Rhetorik gelingen und die Ebene der Praxis der Positionierung entlang der verschiedenen Diskurspositionen fokussiert werden. Die Schwierigkeit der Anfertigung von Positions-Maps in Bezug auf die vorliegende Forschung ist jedoch die Schieflage zwischen *explizierten* Positionen, Meinungen, Kritikpunkten, Argumenten, Informationen und *impliziten* Diskurspositionen, die erst das Ergebnis analytischer Durchdringung sind. Es ist mitnichten so, dass die in den Daten eingenommenen und hier interessierenden Positionen bereits sprachlich explizit vorliegen und diese lediglich »gepflückt« werden müssen. Mit dem Fokus auf den Diskurs *als* Praxis rücken jene diskursiven Praktiken ins Licht, die eben nicht bereits institutionell gebunden und damit häufig sprachlich elaboriert sind. Die stillen, schweisamen, machtvoll eingehetzten, unsichtbar gemachten Positionen können angenommen, aber ohne weitere analytische Annäherung nicht näher umrissen und schließlich verortet werden. Der hier eingenommenen Sensibilisierung für das Diskursive, das sich in und durch materielle und nicht-sprachliche Praktiken bildet, kann im Analyseprozess weniger durch Positions-Maps Rechnung getragen werden, sondern andersherum kann erst die Analyse der Praxis zur Anfertigung von Positions-Maps führen, was ihnen mithin eher die Funktion eines Ergebnisses als eines Werkzeug im Analyseprozess verleiht. Aufgrund dieser Einschränkung der Positions-Maps im Prozess der hier getätigten Forschung, sollen diese an der Stelle nicht weiter vertieft werden.

Das Kodieren spielt als Analyseverfahren in der Grounded Theory eine herausragende Rolle, um gegenstandsbegründete Theorien zu elaborieren: Vom »offenen Kodieren« über das »axiale Kodieren« bis hin zum »selektiven Kodieren« (Strauss 1991) sind unterschiedliche Prozeduren in der Handhabung der Daten vorgesehen, die nicht klar voneinander getrennt werden, sondern einander überlappen und miteinander kombiniert werden (Flick 2014: 387f.). Auch in der Situationsanalyse hat das Kodieren und das Schreiben von Memos eine zentrale Bedeutung (Clarke/Friese/Washburn 2015: 15). Gleichwohl bleibt sie flexibel zur Frage, ob das Kodieren im Sinne der Grounded Theory eine notwendige Vorarbeit zur Erstellung der Maps ist oder auch unkodierte Daten für die Maps verwendet werden können (Whisker 2018: Abs. 12). In der hier vorliegenden Analyse wurden die Daten durch das Kodieren zunächst aufgebrochen und dienten – gemeinsam mit In-vivo-Kodes im Sinne von bildhaften und eindrücklichen Formulierungen aus dem Feld (Boehm 1994: 128) – als Grundlage für die Anfertigung der Maps.

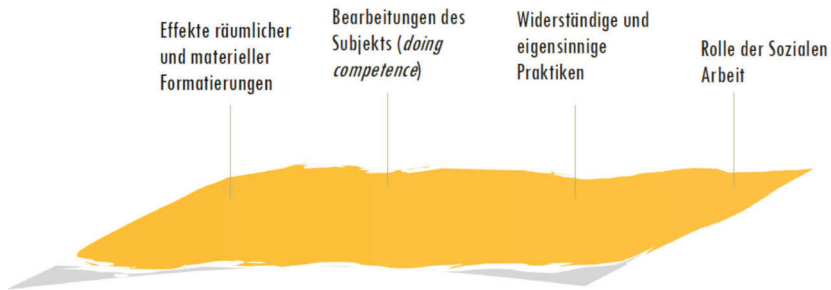
5.6 Heuristik und Forschungsfragen zu sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation

Für die Forschung zu sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation wird eine heuristische Strategie vorgeschlagen, die sich erst im Laufe des Forschungsprozesses entwickelte. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Arbeit sich als *praxistheoretisch* fundierte Forschung versteht, die soziale Praxis im Prozess des *doing* einfängt. Die praktischen Vollzugswirklichkeiten werden als Komplex sozialer, materieller (diskursiver) Praktiken gefasst, wobei das Diskursive hier einen besonderen Stellenwert erhält und grundlegend für die machttheoretische Sensibilisierung ist. Die *diskursanalytische* Erweiterung fasst Diskurs *als* Praxis. So gelingt es, materielle Settings und Artefakte als produktiv für den situierten Diskurs herauszuarbeiten. Bezüglich der Frage des Subjekts wird dies einerseits als Effekt einer Anrufungspraxis (Anrufungssubjekt), als auch als handlungsfähiges Praxis-subjekt gezeichnet. Dessen Praktiken von Widerstand und Eigensinn können in den großen und lauten, aber eher noch in den kleinen und stillen Praktiken aufgespürt werden. Aus *kritischer* Perspektive birgt eine Forschung, die Situationen veranstalteter Partizipation lediglich beschreibt, das Potenzial, (un)bewusst Mechanismen gesellschaftlicher Ungleichheit zu reproduzieren. Da sich soziale Ausschließung, so die heuristische Annahme, in und durch Praktiken vollzieht, ist es der Anspruch, jene Praktiken aufzuspüren und in Beziehung zueinander zu setzen. Dabei spielen auch Institutionen als aggregierte soziale Praxis eine wichtige Rolle. So ist es die Frage, wie das Subjekt und dessen Kollektive in Räumen veranstalteter Partizipation Prozesse der Artikulation und Repräsentation vollziehen (können) und wie diese erschwert oder blockiert werden. Die dabei eingenommene hegemonietheoretische Rahmung der analytischen Perspektive ermöglicht, die Praktiken im Spannungsverhältnis zwischen hegemonialer und gegenhegemonialer Praxis zu verorten.

Schließlich spielt sich die untersuchte Praxis in einem exklusiven Setting – in Situationen veranstalteter Partizipation – ab. Die *situationsanalytische* Rahmung trägt den verschiedenen Perspektiven – auf Materialität, das Subjekt, Widerstand und die Rolle der Sozialen Arbeit – Rechnung. Sie fängt einerseits die Inszenierung in ihrer zeitlichen, räumlichen, methodischen und programmatischen Besonderheit und andererseits die Kämpfe und eigensinnigen Widerstände ein, die nur in Relation zur Inszenierung und deren hegemonialen Repräsentationen zu sehen sind. Die Dezentrierung der analytischen Perspektive wird durch den Zugang über die Ethnografie ermöglicht.

Die sensibilisierenden Konzepte, die in dieser Arbeit verknüpft werden, münden in eine Heuristik, in der das Material hinsichtlich a) der Effekte räumlicher und materieller Formatierungen, b) der Bearbeitungen des Subjekts, c) der widerständigen und eigensinnigen Praktiken und d) der Rolle der Sozialen Arbeit hin untersucht wird (siehe Abbildung 10).

Abbildung 10: Heuristik der Forschung in Situationen veranstalteter Partizipation



Quelle: eigene Darstellung

In Passung zur Heuristik ergaben sich im iterativen Forschungsprozess die folgenden Forschungsfragen.

- a. *Effekte räumlicher und materieller Formatierungen*: Wie wird die Situation materiell inszeniert (Ort des Geschehens, Raumgestaltung, Sitzordnung, Moderationsmaterialien, Artefakte, Technikeinsatz)? Wie werden die Körper im Raum angeordnet? Wie sitzen, stehen, blicken sie? Wann dürfen sie sprechen, wann hören sie zu?
- b. *Bearbeitungen des Subjekts*: Was sollen die Alltagsakteur_innen in der Situation tun? Wie sollte man »idealerweise« sein? Wie wird eine derartige Kompetenz in der Situation hergestellt? Was geschieht, wenn man sich nicht entsprechend verhält?
- c. *Widerständige und eigensinnige Praktiken*: Wie zeigen sich Widerstand und Eigensinn in den konflikthaft strukturierten Situationen? Wer ist laut und wer eher leise? Wogegen richtet sich der Widerstand?
- d. *Rolle der Sozialen Arbeit*: Welche Praktiken bringen professionelle Akteur_innen der Sozialen Arbeit hervor? Welche Rolle und welchen Einfluss nehmen sie in den unterschiedlichen Formaten ein? Wie positionieren sie sich zu den Alltagsakteur_innen?

Im Folgenden wird der Forschungsprozess kurz skizziert, bevor dann im empirischen Teil der Arbeit analytische Einblicke in Situationen veranstalteter Partizipation ermöglicht werden.

6 Forschungsprozess

6.1 Feldzugang und Sampling

Für Situationen veranstalteter Partizipation gibt es in der Regel wenig bis keine expliziten Zugangsbeschränkungen. Es handelt sich meist um öffentliche Veranstaltungen, zu denen öffentlich eingeladen wird. Der Feldzugang gestaltete sich als unproblematisch. Die allgemeine Antwort auf Anfragen an Organisator_innen, ob ich als Forscherin im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung dabei sein könne, lässt sich mit der Aussage zusammenfassen, man sei »selbstverständlich herzlich willkommen, so wie jeder, der sich für den Stadtteil interessiert« (aus der Mailkorrespondenz mit einer Veranstalterin). Dabei jedoch muss der den Feldzugang begünstigende Aspekt gesehen werden, dass ich mich als praxiserfahren markieren konnte: so sprach nicht nur das Forschungsinteresse die Akteur_innen im Feld an, sondern ich wurde durch berufliche und engagementbezogene Referenzen von den organisierenden Akteur_innen als quasi-kollegial gerahmt. Diese Ausgangsposition hat den Feldzugang erleichtert.

Es wurden jene Situationen veranstalteter Partizipation ausgewählt, die

- für die Öffentlichkeit ohne vorherige Anmeldung frei zugänglich sind,
- sich mit kommunal relevanten Themen auseinandersetzen, insbesondere mit Themen, die sich direkt auf das Sozialräumliche bzw. den Alltag im Stadtteil auswirken und
- die von professionellen Akteur_innen aus Planung/Verwaltung und/oder der Sozialen Arbeit initiiert werden.

Im Vor-Corona-Zeitraum zwischen Juli 2016 und Juni 2019 wurden insgesamt 26 Situationen veranstalteter Partizipation in drei deutschen Großstädten teilnehmend beobachtet. Im Prozess des Samplings wurde daraus Material aus 13 Fällen für die Analyse verwendet (siehe Tabelle 3). Zu Beginn der Auswertung wurden zunächst Fälle nach der größtmöglichen Kontrastierung ausgewählt und analytisch aufgebrochen.

Tabelle 3: Sample der Forschung

Nr.	Typus	Name des Falles	Format	Organisation	Material (zusätzlich zu Beobachtungsprotokoll, Maps und Memos)
1	intermediär	Ordnung	Nachbarschaftsforum	GWA, QM, Zivilgesellschaft, Verwaltung	Audioaufnahme, Gesprächsnotizen, Dokumente
2	top-down	Lärm	Planungsbeteiligung	Verwaltung, Planungsbüro	Gesprächsnotizen
3	intermediär	Follow Up	Nachtreffen Nachbarschaftsforum	GWA, QM, Zivilgesellschaft, Verwaltung	Gesprächsnotizen, Dokumente
4	intermediär	Forum	Inklusionsforum	Verwaltung, Zivilgesellschaft	Gesprächsnotizen, Dokumente
5	top-down	Sportplatz Bewohner_innen	Planungsbeteiligung	Verwaltung, externe Moderation	Gesprächsnotizen
6	top-down/intermediär	Verkehr	Dialogveranstaltung	Verwaltung, Zivilgesellschaft	Gesprächsnotizen
7	top-down	Sportplatz Anwohner_innen	Planungsbeteiligung	Verwaltung	Gesprächsnotizen, Dokumente
8	intermediär	Werkstatt	Stadtteilforum	Zivilgesellschaft, Bildungsträger, Jugendarbeit, GWA	Gesprächsnotizen
9	intermediär	Vision	Mobilitätsforum	Verwaltung, Planungsbüro, Dienstleister	Gesprächsnotizen
10	top-down	Abriss	Informationsveranstaltung Bauplanung	Verwaltung, kommunaler Bauträger	Gesprächsnotizen
11	top-down/intermediär	Stadtteil	Dialogveranstaltung Integriertes Stadtentwicklungskonzept	Verwaltung, Wohnungsbauunternehmen, QM, Dienstleister	Gesprächsnotizen, Dokumente

Nr.	Typus	Name des Falles	Format	Organisation	Material (zusätzlich zu Beobachtungsprotokoll, Maps und Memos)
12	top-down	Wohnen	Informationsveranstaltung Bauplanung	Verwaltung, Dienstleister, Mieter_in-nenselbstorganisation	Audioaufnahme, Dokumente
13	top-down	Gewerbe-standort	Informationsveranstaltung Stadtplanung	Verwaltung, Investor	Gesprächsnotizen, Dokumente

Quelle: eigene Darstellung

Von den 13 Situationen veranstalteter Partizipation sind sechs Fälle eher dem Typus »top-down« und fünf Fälle eher dem Typus »intermediär« zuzuordnen. Unter Top-down-Veranstaltungen sind von Verwaltung/Planung aus organisierte öffentliche Planungsbeteiligungsverfahren zu verstehen. Intermediäre Veranstaltungen sind jene offenen Formate, in denen (meist) Akteur_innen Sozialer Arbeit Prozesse des sozialraumbezogenen Engagements und der Selbstorganisation initiieren. Bei zwei Fällen ist diese Zuordnung nicht eindeutig vorzunehmen, weswegen sie dem Typus »top-down/intermediär« zugeordnet wurden. Drei Fälle (»Ordnung«, »Follow Up«, »Werkstatt«) sind maßgeblich von Akteur_innen der Sozialen Arbeit im Spektrum der GWA mitinitiiert und ausgerichtet. Bei acht Fällen (»Lärm«, »Forum«, »Sportplatz Bewohner_innen«, »Verkehr«, »Sportplatz Anwohner_innen«, »Stadtteil«, »Wohnen« und »Gewerbebestandort«) sind Akteur_innen der Sozialen Arbeit inhaltlich und/oder organisatorisch zumindest involviert. Nur in zwei Fällen (»Vision« und »Abriss«) waren keine Akteur_innen aus dem Spektrum der Sozialen Arbeit erkennbar involviert – diese waren jedoch in anderer Hinsicht für das Forschungsanliegen relevant.

Das empirische Material besteht aus Beobachtungsprotokollen, Maps und Memos. In zwei dieser Fälle (»Ordnung« und »Wohnen«) wurden Audioaufnahmen angefertigt und transkribiert. Zur Mehrzahl der Fälle liegen außerdem Gesprächsnotizen zu ero-epischen Gesprächen (Girtler 1996) im Feld vor sowie Dokumente und schriftliche Artefakte wie Flyer, Broschüren, Dokumentationen etc. Die Selbstreflexionen der Forscherin sind in Forschungstagebüchern festgehalten.

6.2 Auswertung

Die Beobachtungsprotokolle basieren auf den handschriftlichen Mitschriften während der Beobachtungen. Diese Vorform der ausführlichen Beobachtungsprotokolle können mit Spradley (1980: 69) als »condensed accounts« bezeichnet werden. Im Nachgang wurden diese zeitnah zu detaillierteren Beobachtungsprotokollen im Sinne von »expanded accounts« (ebd.: 69) ausgearbeitet, welche die untersuchten Situationen deskriptiv aufschließen. Um die Daten des empirischen Materials systematisieren zu können, wurde es kodiert. Das Vorgehen orientierte sich am Kodierprozess nach Strauss (Strauss/Corbin 1995), in welchem die sensibilisierenden Konzepte das Kodierparadigma beeinflussen: Hier waren es vor allem die in den Ausführungen zur Heuristik vorgestellten Fragen nach den räumlichen und materiell-methodischen Formationen, nach den Bearbeitungen des Subjekts, nach Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen sowie nach der Rolle der Sozialen Arbeit in den Situationen. Die Software MAXQDA unterstützte den Kodierprozess. Das Anfertigen von Maps und Memos durchzog den gesamten Forschungsprozess. So waren Situationsmaps, Maps der Sozialen Welten/Arenen sowie das Experimentieren mit Positionsmaps (Clarke 2012) hilfreich, um die Komplexität der Situation zu erfassen. Memos dienten als »konzeptueller Ideensteinbruch« (Thomas 2019: 111ff.) dem Elaborieren analytischer Schlussfolgerungen und waren wegbereitend für die Theoretisierungsleistung der empirischen Analyse.

Das iterativ-zyklische Prozessmodell der Grounded Theory (u.a. Mey/Druck 2011) bedeutet, Datengewinnung, Analyse und die Theoriebildung als ineinandergreifende und sich wiederholende Prozessschritte zu betrachten. Die Abbildung 11 zeigt die Problemstellungen im Umgang mit dem empirischen Material und der Frage des Samplings exemplarisch anhand der Frage des Machtbegriffs der vorliegenden Arbeit, die sich erst im Laufe der Analyse geklärt hat.

Ein selbstreflexives und intersubjektives Vorgehen durchzog den gesamten Forschungsprozess: vom Schreiben von Forschungstagebüchern, dem Einbringen von empirischem Material in Forschungswerkstätten und Kolloquien, von der Diskussion des Projekts auf Tagungen und mit Peers aus der scientific community bis hin zu regelmäßigen Reflexionen mit Akteur_innen aus dem Feld wurden das Forschungsvorhaben, der -prozess und auch ich als Forscherin stetigen Reflexionsprozessen unterzogen.

Abbildung 11: Der iterative Forschungsprozess der Grounded Theory Methodologie



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Mey/Druck 2011: 24

6.3 Forschungsethik

Eine ethnografische Arbeit in einem Feld zu leisten, das einerseits hochgradig von professionellen Akteur_innen bespielt wird, andererseits Alltagsakteur_innen zur Teilnahme einlädt, wirft forschungsethische Fragen auf: Bis zu welchem Grad wird das Forschungsinteresse transparent unter denjenigen gemacht, die beforscht werden (Herrera 2016)? Wer hat die Möglichkeit, das Anliegen im Trubel der Situation wirklich nachzuvollziehen, wenn sich die Aufmerksamkeit in der zeitlich getakteten Situation auf einen spezifischen Gegenstand richtet und eine vertiefte Auseinandersetzung über das Forschungsprojekt den Rahmen sprengen würde? Wie kann Forschung auch in ihrer Prozesshaftigkeit transparent gemacht werden, wenn Orte und Teilnehmende sich abwechseln? Wie kann Seriosität transportiert und Vertrauen in ein Forschungsanliegen aufgebaut werden, das noch vage und wenig elaboriert ist? In den Situationen veranstalteter Partizipation wurde die forschungsethische Frage nach der Transparenz gegenüber den Beforschten unterschiedlich beantwortet: Gegenüber den Bewohner_innen eines Stadtteils etwa habe ich betont, dass ich an Partizipationsveranstaltungen interessiert sei und mich frage, wie sie ihre Teilnahme reflektieren würden, ob sie einen Nutzen daraus ziehen könnten. Auch habe ich angedeutet, dass ich mich frage, wie man solche Situationen noch besser gestalten könne. Die kritische Perspektive hat sich dabei meist nur implizit vermittelt. Es ging eher um die Herstellung einer Bereitschaft der Anwesenden, mich vor Ort zu

akzeptieren und mich nicht als störend wahrzunehmen. Die Frage nach dem Verhältnis von Geben und Nehmen in der ethnografischen Forschung – die Forscherin nimmt von den Beobachteten und gibt etwas mit den Forschungsergebnissen zurück (Hamm 2013: 58f.) – kann damit jedoch nicht zugunsten des Gebens ausfallen. Insbesondere den Alltagsakteur_innen dürfte meine Präsenz wenig gegeben haben. Von Akteur_innen der Sozialen Arbeit jedoch wurde mir im Forschungsprozess immer wieder Interesse an der Forschung widergespiegelt und dort wurde auch das Geben relevant. Eine ethnografische Forschung in diesem gesellschaftlich relevanten und konfliktär verhandelten Feld zu betreiben, ist auch eine politische Arbeit. Mit zunehmender Sensibilisierung für die Herrschaftszusammenhänge, die in den Situationen veranstalteter Partizipation aufgeführt werden, wurde ich selbst immer sprechfähiger und insbesondere gegenüber Akteur_innen der GWA immer klarer und transparenter. Mir wurde zunehmend die Relevanz meiner Forschung für die Praxis der GWA widergespiegelt. Obwohl sich die Forschung nicht dem partizipativen Forschungsparadigma (u.a. Bergold/Thomas 2012) zuordnet, sind dem Forschungsprozess Momente partizipativer Wissensproduktion inhärent.

Es ist naheliegend, dass im Laufe des Forschungsprozesses keine Einverständniserklärungen aller Teilnehmenden eingeholt wurden. Der pragmatische Aufwand hätte in keinem Verhältnis zum Nutzen gestanden – im Gegenteil hätte das Einholen schriftlicher Einverständnisse meinem und dem Anliegen der Organisator_innen sogar schaden können. Einerseits wäre es in bürokratischer Hinsicht aufwendig und würde die Zeitplanung einer jeden Veranstaltung herausfordern – schließlich könnte das Einverständnis nicht vorab eingeholt werden, sondern immer erst vor Ort vor Beginn der Veranstaltung. Der »Wirbel«, der um die Anwesenheit einer Ethnografin in der Situation gemacht würde, würde den Aufmerksamkeitsfokus der Veranstaltung verschieben und manche der Teilnehmenden ggf. verunsichern und sie in der Entscheidung über die Teilnahme umstimmen lassen. Es blieb die Möglichkeit, dass ich kurz zu Beginn vorgestellt wurde oder mich und das Forschungsanliegen kurz selbst vorstellen konnte. Bei manchen öffentlichen Veranstaltungen, die viele Teilnehmer_innen zählten und eher frontal ausgerichtet waren, gab es jedoch auch diese Möglichkeit nicht. Dort entsprach meine beobachtende Teilnahme eher der einer »Stadtethnografin«, die mit großer Distanz soziale Phänomene aufnimmt. In der Forschung geht es nicht um Namen und Orte. Keine Person soll sich direkt im Material wiederfinden können. Es geht auch nicht um die Evaluation bestimmter Partizipationsprojekte, sondern es geht um das Aufspüren von Mechanismen der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit *in situ* und *in actu* entlang eines mit der Zeit immer diffiziler gewordenen methodischen Ansatzes. Insofern dienen die beispielhaften Einblicke nicht dem Vorführen bestimmter Personen oder Institutionen, sondern der Fokussierung auf die Vollzugspraxis in diesen ganz besonderen Situationen veranstalteter Partizipation.

7 Metabetrachtungen von Situationen veranstalteter Partizipation

Wo bewegen wir uns, wenn wir auf Situationen veranstalteter Partizipation schauen? Was zeichnet die Situationen aus? Wie lassen sie sich bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam beschreiben? Im Folgenden werden sieben Charakterisierungen vorgestellt, die gleichsam den Einstieg in die Darstellung der Ergebnisse ermöglichen sollen.

Erstens sind Situationen veranstalteter Partizipation *inszenierte Situationen*. Sie finden an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit statt. Beteiligte an diesen Veranstaltungen betreten diesen Raum in der Regel nicht zufällig, sondern suchen ihn gezielt auf. Der Raum wird für einen zeitlich begrenzten Abschnitt eröffnet und dann wieder geschlossen. Ein ethnografischer Feldaufenthalt setzt also an immer wieder neuen Situationen mit immer wieder neuen Teilnehmenden an.

Zweitens ist der Raum der Auseinandersetzung *öffentlich* und in dem Sinne auch *geöffnet*, als dass der Anspruch immer wieder kommunikativ hergestellt wird, dass alle Interessierten ihn betreten dürfen¹. Gleichsam ist dieser Raum normativ aufgeladen. Das Narrativ der organisierenden Akteur_innen, also jene Erzählung, mit der geworben wird, die zur Teilnahme einlädt, ist mit dem *Prinzip der Offenheit* verbunden: Jede_r soll die gleiche Möglichkeit haben, den Raum der Teiligungspraxis zu betreten und mitzuwirken. Diese Intention wird in der spezifischen Situation aktiv betont und ist aber ganz wesentlich auch eine über die spezifische Situation hinausgehende normative und programmatische Setzung: Jede Veranstaltung wird, unabhängig vom Ergebnis oder dem Prozess mit den Begriffen Beteiligung, Partizipation, Mitwirkung oder Engagement und der Betonung der Offenheit beworben. Für die Organisator_innen sind die Begriffe positiv besetzt. Dies bedeutet einerseits, dass die professionellen Akteur_innen, insbesondere jene, die moderieren oder die

1 Natürlich gibt es auch Veranstaltungen, die per Losverfahren festlegen, wer teilnehmen kann. Oder es gibt jene, in denen nur eine bestimmte Gruppe von Menschen eingeladen ist. Teilnahme kann also auch exklusiv bestimmt werden. Jedoch geht es grundsätzlich nicht um eine explizite Beschränkung, eine Exklusivität, wer mitreden darf.

sozialen Prozesse im Blick haben, Techniken anwenden, um Teilnehmende zu empfangen, zu begrüßen, zu motivieren. Sie werden jedoch auch jene in die Schranken weisen, die die gebotene Offenheit stören oder gefährden. Wie dies genau abläuft, wird an späterer Stelle gezeigt und diskutiert. Während sie also als ›Hüter_innen‹ einer jeweils positiven Stimmung fungieren, betreten die Alltagsakteur_innen den Raum nicht mit einer normativen (oder auch pädagogischen) Funktion. Sie kommen mit Erwartungen, Befürchtungen, Zielen, Stimmungen, Neugier oder einer entsprechend kritischen Vorgefasstheit. Ein öffentlicher Raum wie dieser ist für keine_n der Anwesenden ein ›leeres Blatt‹, sondern ihm sind bereits ganz unterschiedliche Deutungen, Begründungen, Kritikpunkte etc. eingeschrieben. Der Offenheit sind also bereits die Ambivalenzen und widerständigen Potenziale inhärent.

Drittens sind Situationen veranstalteter Partizipation bezüglich Raumgestaltung, Technik, Moderationsmaterialien (vor)strukturiert: Menschen haben sich überlegt, wie die Veranstaltung ablaufen soll. Die *materielle Inszenierung* von Beteiligung beeinflusst nicht nur die Möglichkeiten, sich inhaltlich auseinanderzusetzen (also etwa einem Planungsprozess durch Visualisierungen folgen zu können oder den Diskursverlauf auf Moderationskarten transparent zu machen), sondern auch die Ebene des *Wie* der Auseinandersetzung.

Auf diesen Veranstaltungen geht es viertens darum, miteinander zu *sprechen*. Es geht nicht etwa um Bewegung, Musik oder Sport: Es geht um Artikulationen, die verschiedene Funktionen wie informieren, erklären, fragen, argumentieren, dementieren oder protestieren haben können. Dabei spielen Formen der Körpersprache oder nicht-sprachliche Praktiken wie in jeder zwischenmenschlichen Kommunikation eine sehr wichtige Rolle. Letztlich zählt jedoch der sprachliche Austausch, etwa der Wechsel von Argumenten, die gegenstandsbezogene Verständigung oder der Austausch von Erfahrungen und das Identifizieren von Problemen und Handlungsbedarfen. Wie es bereits Habermas (1984) für die ideale Sprechsituation in einem situierten Diskurs herausgearbeitet hat, geht es (häufig bzw. noch immer) um den »zwanglose[n] Zwang des besseren Argumentes, der die methodische Überprüfung von Behauptungen sachverständig zum Zuge kommen lässt und die Entscheidung über praktische Fragen rational motivieren kann« (ebd.: 119f.). Der vernünftige, verallgemeinerungsfähige und damit rationale Gebrauch von Sprache spielt jedoch jenen besonders zu, die diese Kommunikationsformen beherrschen. Sprache bekommt etwas Hochschwelliges – man ›darf‹ nicht einfach drauflosreden, insbesondere nicht, wenn die Sprache emotional gefärbt ist – und wird zum Auslöser von Praktiken sozialer Ausschließung. Die spezifische Form von Sprache korrespondiert mit materiellen Routinen in Situationen veranstalteter Partizipation, etwa, das Besprochene zur Ergebnisfixierung zu dokumentieren. Es zählt, was an Bearbeitbarem abgebildet wird, wenn die professionellen Akteur_innen mit einer Dokumentation weiterarbeiten wollen/sollen. Das heißt aus dem situierten Diskurs (der auch nicht-sprachlich geprägt ist), wird etwas (Schrift-)Sprachliches, das über die Situa-

tion hinaus ›wahr‹ ist. Dies geschieht maßgeblich über Techniken der Moderation und Dokumentation.

Fünftens prägen unterschiedliche Akteur_innen das Feld. Diese haben differente individuelle und gesellschaftlich bedingte Ausgangsvoraussetzungen. Entsprechend verschieden sind auch die *Bearbeitungsweisen* der Situation: Mit der Zahl unterschiedlicher professioneller und Alltagsakteur_innen steigt auch die Bandbreite an Intentionen, Artikulationsgewohnheiten und Umgangsweisen. Sie treten aus unterschiedlichen Räumen (etwa aus dem privaten Raum, dem zivilgesellschaftlich-organisierten oder aus dem professionellen Raum etwa als Verwaltungsmitarbeiter_in, Planer_in oder Sozialarbeitende_r) in die Situationen veranstalteter Partizipation. Dabei unterscheiden sie sich in der Art und Weise, wie sie sich in den Situationen bewegen, wie sie sich artikulieren, wie sie verhandeln, protestieren, sich zurückziehen oder die Veranstaltung verlassen.

Situationen veranstalteter Partizipation sind, sechstens, spezifisch: Es gibt stets ein *konkretes Thema* oder zumindest einen konkreten (wenn mitunter inhaltlich abstrakten) Anlass für die Veranstaltungen. Die zu besprechenden Inhalte haben häufig einen zeitlichen und institutionell-organisatorischen Vorlauf, mit dem aber nur ein Teil der Anwesenden vertraut ist. Die Auseinandersetzung zum Beteiligungsgegenstand ist zeitlich und räumlich nicht beliebig fortführbar, da die Veranstaltung in der Regel auf wenige Stunden an einem Ort begrenzt ist. Meist besteht ein Handlungs- und Problemlösungsdruck bzw. ist eine konkrete Produkt- und *Ergebnisorientierung* gegeben.

Siebtens sind Situationen veranstalteter Partizipation geprägt vom Spannungsverhältnis zwischen *Expert_innen-* und *Lai_innen-Wissen*. Die Akteur_innen verfügen über jeweils sehr unterschiedliche Zugänge zu Partizipationsdiskursen. Partizipation ist ein *Koffer*, der diskursiv je nach sozialem Standort mit verschiedenen Begründungen, Bezügen und Intentionen gefüllt ist (siehe dazu auch Kapitel 2 »Zum Begriff der Partizipation«). Der situierte Diskurs ist aber nicht nur geprägt durch theoretische Sensibilisierungen und professionelle Routinen, sondern auch durch erfahrungsgebundenes Wissen. Die Alltagsakteur_innen bringen, wie potenziell alle Anwesenden, jene eigensinnigen biografisch erworbenen, reflexiven Bündel aus erfahrungsgebundenem und ggf. theoretischem Wissen in den Diskurs vor Ort ein. Menschen etwa, die eine ›Abstimmung mit den Füßen‹ vornehmen und eine Veranstaltung verlassen, können dem situierten Diskurs ebenso die Argumente entziehen wie ein argumentativ vorgebrachter Standpunkt. Diskurs vor Ort ist demnach nicht nur sprachlich nachzuzeichnen, sondern auch nicht-sprachlich.

7.1 Situationen veranstalteter Partizipation als Konfliktarena

Im Folgenden werden Situationen veranstalteter Partizipation als Konfliktarena gezeichnet. Dies dient der Sensibilisierung für die Darstellung der einzelnen Ergebnisse in den nachfolgenden Kapiteln sowie als sensibilisierende Feldbeschreibung, die gleichsam Ergebnis des analytischen Prozesses ist. Die Situationsanalyse (Clarke 2012) ermöglicht es, nicht nur die sozialen Prozesse menschlichen Handelns, zu betrachten, sondern die *Situationen als gesellschaftliche und soziale Untersuchungssituation* zu konstruieren (Clarke/Keller 2011: 118). In der Analyse steht damit eben einerseits nicht nur das Sprachliche im Vordergrund, sondern gleichsam auch das Nicht-Sprachliche, das Materielle, das Diskursive – in der untersuchten Praxis neben den sprachlich hervorgebrachten Interaktionen also auch der spezifisch vorbereitete Raum, die Bewegungen der Teilnehmenden, die Nutzung von Moderationsmaterialien und Technik, die Konzepte und Programme, über die gesprochen wird etc. Andererseits werden die Situationen als solche in den Blick genommen und nicht etwa die Orientierungen einzelner Akteur_innen. Die Situationen veranstalteter Partizipation werden als soziale Arenen konstruiert, mit denen sowohl Machtressourcen als auch Positionierungen erfasst werden können, die diskursiv konstituiert sind (Diaz-Bone 2013: Abs. 18). Dies ist eine gegenstandsangemessene Perspektivität, denn in den heterogenen und asymmetrischen Situationen veranstalteter Partizipation kommen viele verschiedene und unterschiedlich eingebundene Menschen zusammen. Dort wird es häufig kontrovers und laut, dort verlaufen aber auch stillschweigende Grenzziehungen. Die Perspektive auf die Konflikthaftigkeit und Ambivalenz der Praxis wird mit einem dezentrierten Blick auf das Feld eingefangen. Das heißt, es wird nicht eine Konstruktion dessen, was dort geschieht, zuungunsten einer anderen hervorgehoben. Situationen veranstalteter Partizipation als Arena zu denken, ermöglicht es, »zu untersuchen, wessen Konstruktionen von wem oder was existieren. Welche werden von den verschiedenen Teilnehmenden als ›die wirklichen‹ Konstruktionen hergenommen oder als diejenigen, welche tatsächlich in der Situation ›zählen‹? Welche sind umstritten? Welche werden ignoriert? Von wem?« (Clarke/Keller 2011: 122).

Situationen veranstalteter Partizipation sind insbesondere konflikthaft, weil die Aushandlungen *öffentlich* sind. Der öffentliche Raum ist im Gegensatz zum privaten Raum der vornehmliche Austragungsort gesellschaftlicher und politischer Kämpfe. Diese Sichtweise fasst Demokratie eher als »Form, die sich über die Etablierung neuer Dissense permanent wandelt und immer wieder neu erfunden werden muss« (Ahrens/Wimmer 2014: 176). Die Perspektive auf die Konfliktarena dezentriert den Blick und würdigt die Situation veranstalteter Partizipation als Ort des Dissens.

Mit einer Situation veranstalteter Partizipation »ploppen« punktuelle, öffentliche Räume auf und werden danach wieder geschlossen. Es sind *exklusive* Inszenierungen, die das jeweilige Demokratieverständnis in Praxis setzen. Sie

werden von den professionellen Akteur_innen rückgebunden an das übergeordnete gesellschaftliche Ziel, eine demokratische Gesellschaft zu »machen«. Es kann also beobachtet werden, wie mittels der Situationen inszenierte Orte geschaffen werden, an denen wie auch immer an der Demokratie »gearbeitet« wird. Diese Perspektivität ist von den unterschiedlichen Fachdiskursen der professionellen Akteur_innen nicht zu trennen (Planung, Verwaltung, Pädagogik, Soziale Arbeit etc.). Sie sind insofern »Labore«, in denen experimentiert wird, was mit Partizipationspraxis konkret gemeint sein könnte. Das Erfahrungswissen, welches sich die professionellen Akteur_innen im Laufe der Zeit aneignen, fließt in deren Praxis und in die wissenschaftlichen Diskurse zurück. Es materialisieren sich Diskurse in Form von Programmen, Leitbildern, Handbüchern etc. als »aktive Texte« (Smith 1998), die performativ in die Situationen hinein wirken. So hat jede professionelle Perspektive potenziell ein ihr Handeln rahmendes diskursives Gerüst zur Verfügung. Dieses dient in der Konfliktarena als (inhaltliches) »Rüstzeug«, um die eigene Praxis zu legitimieren und sich gegenüber differenten Vorstellungen von Partizipation zu positionieren. Im Zuge der zunehmenden Professionalisierung verdichtet sich das Wissen zu Wissensformationen, die die Handlungspraxis mitstrukturieren.

Um die Praktiken der *Alltagsakteur_innen* zu rahmen, muss der situierte Diskurs aus einer Perspektive betrachtet werden, die es zulässt, die Situation als »gesellschaftliche Situation« (Bareis 2012: 292) zu betrachten. Hierfür ist es wichtig, die Situation veranstalteter Partizipation als Situation zu fassen, in der Alltagsakteur_innen ihre (je eigene, doch im Wechselverhältnis mit der Gesellschaft anzusiedelnde) »Arbeit an der Partizipation« (ebd.) verrichten. Denn als *nicht* mit einem professionellen Anliegen Anwesende gelingt es ihnen nicht, ihre Alltagsexpertise an einen eigenen professionalisierten Diskurs rückzubinden. In der von verschiedenen (professionellen) Wissensbeständen durchzogenen Situation haben es die Alltagsakteur_innen tendenziell schwerer, ihr Handeln und ihre Argumente in der Situation zu plausibilisieren.

Die Perspektive auf Wissen muss jedoch auch mit der Verfügungsmacht über gesellschaftlich erzeugte Ressourcen verbunden werden. Die Bezeichnung als Konfliktarena ist dann nur folgerichtig, wenn die Situation veranstalteter Partizipation als ein Ort der konflikthaften Bearbeitung des *Zugangs zu diesen Ressourcen* betrachtet wird (siehe dazu 2.5.4 »Zu einem kritischen Partizipationsbegriff Sozialer Arbeit«). Die Alltagsakteur_innen wehren sich gegen Einschnitte in ihren Alltag, schließen Zugänge zu Wissen, zu materiellen und sozialen Ressourcen auf und bilden »Räume der Repräsentation« (Lefebvre 1991). Diese Arbeit verweist auf miteinander verschränkte Dimensionen sozialer Ungleichheit und kann als von vornherein konflikthaft strukturiert beschrieben werden. Denn in der Situation kommen die Alltagsakteur_innen mit Menschen zusammen, die als professionelle Akteur_innen eine besondere Form der »performativen Kontextualisierung« (Müller 2015: 481) ihres Handelns mitbringen: Die professionellen Akteur_innen in der Situation sind beruflich

involviert – sie steuern, planen, konzipieren, bauen, vernetzen etc. – und tangieren damit die Möglichkeiten der Alltagsakteur_innen, Zugänge zu Ressourcen herzustellen. Es stehen sich also nicht nur einfach Menschen gegenüber, sondern das Verhältnis von Alltagsakteur_innen zu professionellen Akteur_innen wird in spezifischer Weise durch die »Kontextualisiertheit« von Professionalität [...] formiert und strukturiert« (ebd.: 479). In der Betrachtung als Konfliktarena wird die Situation koproduktiv hervorgebracht – das heißt es wird immer auch das Kontextuelle der gestalteten Situation performativ aufgeführt (ebd.: 479). Situationen veranstalteter Partizipation ist ein Machtgefälle inhärent – die Betrachtung als Konfliktarena dezentriert den analytischen Blick und »[öffnet] de[n] Blick für die beiderseitigen Bearbeitungsweisen dieses Gefalles« (ebd.: 480), sowohl dafür, wie Machtverhältnisse reproduziert, aber auch verschoben werden. Die Konfliktarena ermöglicht es so, das Ringen um Ressourcen mit Blick auf die performative Kontextualisierung der professionellen sowie der Alltagsakteur_innen in der Situation nachzuzeichnen.

Mit Blick auf soziale »Ringen« lassen sich Situationen veranstalteter Partizipation auch als Konfliktarenen bezeichnen, weil sich dort *Menschen unterschiedlicher sozialer Positionierung* gegenüberreten. In den Situationen kommen Menschen zusammen, die sich sonst mitunter nie treffen würden. Wer es gewohnt ist, sich in Formaten veranstalteter Partizipation zu bewegen, hat einen Vorsprung bezüglich des Zugangs zur Situation, verfügt möglicherweise über eine individuelle Routine im Umgang mit der Situation. Die eigene Position oder Rolle in diesen unsicheren/prekären Situationen zu behaupten, ist für einige wichtiger als für andere und die Möglichkeiten dazu sind gesellschaftlich ungleich verteilt. Ob man es selbst intendiert oder nicht: man positioniert sich nicht nur, sondern wird positioniert und positioniert andere. Es gibt eine Unmenge an Zuschreibungen: der »Neuling«, die »junge Frau«, der »Silberrücken«, die »Expertin«, die »Wütenden«, die »Überengagierte«, der »Schreibtischtäter«, die »Handwerker«, die »Betonköpfe« oder auch der »Beteiligungsadel« (In-vivo). Wie in potenziell allen anderen gesellschaftlichen Situationen kommt es zu Unterscheidungen aufgrund von Klasse, Geschlecht, kultureller Zugehörigkeit, religiöser Zugehörigkeit, Bildung, Aussehen, Alter, Begehren etc. Es kommt zu Differenzierungspraktiken bzw. Grenzziehungen – Mit wem spreche ich, wem höre ich zu, wen finde ich sympathisch? – und damit zu Praktiken sozialer Ausschließung. Die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen sind den als »offen für alle« gelabelten Räumen nicht äußerlich.

Das vielleicht untrüglichste Zeichen, dass es sich um eine Konfliktarena handelt, ist, dass viele erst gar nicht zu einer solchen Veranstaltung kommen – dass sie das Angebot *nicht nutzen*. Die empirischen Situationen, die im Folgenden gezeigt werden, sind »gesellschaftliche Situation[en]« (Bareis 2012: 292), in denen es nicht reicht, zu erklären, dass die potenziellen Teilnehmenden keine Zeit, kein Interesse haben, ihnen Kompetenzen fehlen oder die Methodik der Veranstaltung nicht passend ist. Sie sind Arenen gesellschaftlicher Kämpfe um Zugänge zu Ressourcen.

Nicht-Nutzung wird als widerständige Praxis fassbar, die als Kritik gelesen werden kann, aber auch darauf verweist, Zugänge zu Ressourcen an anderen Orten zu suchen.

Die *Soziale Arbeit* ist in diese Konfliktarenen eingebunden – ob initiiierend, organisierend, ermöglichend, begleitend, diskutierend, planend, kritisierend, nicht-nutzend etc. Der Begriff der Konfliktarena zeigt also auch auf die heterogenen Praktiken professioneller Akteur_innen der Sozialen Arbeit. Für die vorliegende Arbeit ist die Perspektive der Konfliktarena nicht nur analytisch relevant, sondern auch dafür, Anschlüsse an eine Kritik als Praxis Sozialer Arbeit zu formulieren.

7.2 Zur Ergebnisdarstellung

Die Ergebnisse werden in den folgenden Kapiteln entlang der Heuristik dieser Arbeit dargestellt (siehe dazu 5.6 Heuristik und Forschungsfragen zu sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation). Dabei werden die Situationen zum Zwecke eines »idealtypische[n] Orientierungsmittel[s]« (Weber 1988: 536) immer wieder unterschieden in Top-down-Situationen und intermediäre Situationen. Diese Idealtypen »besagen lediglich: an diesen Stellen sind diese [...] Konflikte möglich und »adäquat«, – nicht aber etwa: es gibt keinerlei Standpunkt, von dem aus sie als »aufgehoben« gelten könnten« (ebd.: 537). Es heißt somit nicht, dass die Praxis so oder so *ist*, sondern dass die beobachteten Praktiken sich zum Zwecke der analytischen Annäherung in einem abduktiv herausgearbeiteten Spannungsverhältnis zwischen den Polen top-down und intermediär verorten lassen. Dies geschieht, um die Eigenheiten und Qualitäten je besser abgrenzen und um die empirische Bandbreite an Situationen verständlicher abbilden zu können.

Im Kapitel 8 »Materialität von Situationen veranstalteter Partizipation« wird der Blick auf die Materialität gelenkt. Die ethnografische Herangehensweise ermöglicht, die Herstellung von Ordnung und die Bearbeitungsweisen der Irritation von Ordnung nachzuzeichnen mittels des

- Fokus auf den Raum: Was zeichnet den Raum aus, wie ist der Raum gestaltet, wo werden die Anwesenden platziert bzw. platzieren sich, wer verlässt ihn zuerst, wie beeinflusst das Räumliche die Möglichkeiten der Artikulation etc.?
- Fokus auf die Materialität von Methodeneinsatz: Wie wird das methodische Vorgehen materiell umgesetzt, welche technischen und digitalen Artefakte finden sich in der Situation, wie ist die Materialität der Methodik verknüpft mit der Steuerung der Situation etc.?
- Fokus auf die Moderationsmethode: Was macht die Moderationsmethode bezogen auf die Möglichkeiten der Artikulation, welche ausschließenden Effekte

gehen damit einher, wie wird Anschlussfähigkeit an eine der Situation nachgängige Praxis hergestellt etc.?

- Fokus auf die Dokumentation: Was und wie wird dokumentiert, welches Wissen geht verloren, wozu dient die Dokumentation?

Dabei wurde zwangsläufig ein Bruch mit den intendierten Zielen und Programmatiken veranstalteter Partizipation analytisch herbeigeführt – mit der Erkenntnis, dass und wie sich soziale Ausschließung von Alltagsakteur_innen in den Situationen der Praxis unter Beteiligung »materieller Partizipanden« (Hirschauer 2004) reproduziert.

Im Kapitel 9 »*Doing competence*« stehen Praktiken der machtförmigen Hervorbringung von Unterscheidungen zwischen »guter« und »schlechter« Teilnahme in Situationen veranstalteter Partizipation im Fokus. Dabei wird die spezifische Hervorbringung eines Anrufungssubjekts betrachtet, die Rolle der Moderation, die Relevanz der sozialen Herkunft und die impliziten Vorstellungen von »kompetentem« Engagement. Es zeigen sich Differenzierungspraktiken, die ausschließende Effekte in den Situationen nach sich ziehen.

Im Kapitel 10 »Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn« stehen insbesondere die Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung im Zentrum. Widerstand und eigensinnige Praktiken werden gerahmt als Praktiken der Alltagsakteur_innen gegen Enteignungen des Praxissubjekts. Dabei werden Praktiken u.a. des räumlichen Distanzierens, des widerständigen Sitzens, des eigensinnigen Raumgreifens, des Verlassens der Veranstaltung, des Sich-Lustig-Machens aus der Distanz sowie des Widerstands kollektiver Akteur_innen beschrieben und analytisch eingefangen. Es zeigt sich, dass Alltagsakteur_innen ohne Einbindung in professionalisierte Strukturen in der Situation tendenziell »unsichtbar« werden, während jene Teilnehmende, die eine Passung zu institutionellen und professionellen Arrangements herstellen können, es eher schaffen, wahrgenommen zu werden.

Schließlich werden in Kapitel 11 »Zur Rolle der Sozialen Arbeit« die Praktiken der Akteur_innen Sozialer Arbeit in den Blick genommen. Dabei wird deutlich, wie heterogen die Bearbeitungsweisen der Situation durch die Soziale Arbeit zwischen »Nicht mitspielen«, »Bespielen« und »Mitspielen und kaputtgespielt werden« sind. Es zeigt sich insbesondere bei kritischen Vertreter_innen ein Spannungsverhältnis zwischen dem Unbehagen gegenüber der Situation veranstalteter Partizipation bei gleichzeitiger Zurückhaltung, Kritik klar zu formulieren. In einem synthetisierenden, abschließenden Vergleich werden die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse von Planung/Verwaltung einerseits und (kritischer) GWA andererseits gegenübergestellt und verdichtet.

8 Materialität von Situationen veranstalteter Partizipation

In diesem Kapitel stehen die Situationen veranstalteter Partizipation hinsichtlich deren Materialität im Fokus. Mit der Frage nach der Materialität ist einerseits gemeint, wie Ordnung mittels materieller Praktiken hervorgebracht, stabilisiert und aber auch irritiert und transformiert wird. Dabei ist die Situation, wie beschrieben, eine professionell gesteuerte Situation, die einer spezifischen materiellen Inszenierung folgt. Relevant ist also die Frage, wie die der Situation vorgängigen inhaltlichen und methodischen Erwägungen die Praxis bezüglich Raumgestaltung, Moderationsmaterialien oder Dokumentation mitgestalten. Dabei wird davon ausgegangen, dass die materiellen Gestaltungsmerkmale eine starke performative Wirkung auf die Situationen haben (vgl. u.a. Hillebrandt 2002). Die Materialität verleiht der Ordnung des Feldes seine Gültigkeit und Bedeutung im Sinne eines »Modus lokaler Praktiken« (Fegter et al. 2015: 13). Es wird herausgearbeitet, wie die »materiellen Partizipanden des Tuns« (Hirschauer 2004) erschaffen, bearbeitet und genutzt werden und so die Praxis von Situationen veranstalteter Partizipation maßgeblich mit hervorbringen. Sie sind damit keine »außersoziale, quasi natürliche Bedingungen der Praxis« (Hillebrandt 2016: 74). Damit verbunden ist die Frage nach der wechselseitigen Hervorbringung von Materialität und Subjekt, etwa indem die »via Sozialität erzwungene, disziplinierende Anordnung der Körper im Raum« (ebd.: 74) beobachtet werden kann. Es wird z.B. relevant, wo sich wer im Veranstaltungssaal einer Dialogwerkstatt zur Verkehrsplanung platziert – eher hinten oder eher vorn? Und wozu werden die Körper der Anwesenden »gebracht«? Worauf ist deren Blick gerichtet? Und inwiefern nimmt die Präsenz bestimmter Materialitäten im Raum Einfluss auf den weiteren Verlauf der Praxis? Dabei wird immer wieder auch eine machtanalytische Perspektive eingenommen und gefragt, welche Effekte die Bündel von Praktiken auf die Möglichkeiten der Artikulation und Repräsentation der Alltagsakteur_innen haben, die in den asymmetrischen Raum veranstalteter Partizipation eintreten.

Wenn man voraussetzt, dass stets eine inhaltliche Frage, ein Problem, ein spezifischer Gegenstand, eine Idee im Fokus veranstalteter Partizipation stehen, so kann man sagen, dass der Raum der Praxis dazu dient, dieses inhaltliche Zentrum zu

bearbeiten. Der Raum ist thematisch, lokal und zeitlich gebunden: Partizipation wird hier im Sinne einer punktuellen Situation inszeniert. Die Totalität des Raumes – hier und jetzt findet die Auseinandersetzung zum Thema statt – materialisiert Partizipationspraxis *in situ* und *in actu*. Die Materialität der Arena bezeugt, wie die Teilnehmenden durch die Situation geführt werden, welche Informationen sie erhalten und welche Vorkehrungen getroffen werden, damit sie sich einbringen können. Situationen veranstalteter Partizipation sind also auch Orte der Realisierung vorgängiger pädagogischer Erwägungen. Selbst eine planlos wirkende Veranstaltung ist doch im Kern eine gewollte und gestaltete Inszenierung. Die Situationen können als Orte der materiell vermittelten Pädagogisierung von Partizipation verstanden werden, die mit Verfahrensförmigkeit und methodischen Strukturierungen einhergehen. Dies zeigt sich besonders im Ringen, mittels niedrigschwelliger Methoden noch breitere Bevölkerungsgruppen für Partizipation aufzuschließen und insbesondere marginalisierte Bewohner_innen zu erreichen (siehe dazu auch Abschnitt 8.2.1 »Synchronisierung von Inhalt und Form: Zur Pädagogisierung von Partizipation«).

Die methodisch durchdachte Inszenierung nimmt verschiedene Ausformungen an. Zwischen frontaler Veranstaltung und dezentralen Formen, zwischen materieller Fülle und materieller Enthaltsamkeit, zwischen Moderationsmethode und Audienzformat lässt sich die Praxis als ein Experimentierfeld beschreiben. Die professionellen Akteur_innen balancieren dabei nicht nur die Herausforderungen inhaltlicher Art, sondern auch die Erwägungen zum *Wie* des Prozesses. Im asymmetrischen Raum der Arena sind die Möglichkeiten, auf den Partizipationsgegenstand und die methodische Gestaltung Einfluss zu nehmen, jedoch ungleich verteilt. Abhängig von der sozialen Position und Rolle der verschiedenen Akteur_innen in der Situation wird die inhaltliche und methodische Inszenierung unterschiedlich bewertet. So kann eine aus professioneller Perspektive als besonders partizipativ eingeschätzte Methode vonseiten der Alltagsakteur_innen als machtförmiger Ansatz abgelehnt werden. So entstehen ambivalente Spannungsverhältnisse, die im Folgenden anhand empirischer Situationsbeschreibungen analytisch aufgeschlossen werden.

8.1 Raum und Wirkung/Raumgestaltung

8.1.1 Die Irritation der Ordnung als aufschlussreiche Quelle

Manchmal wird eine Ordnung erst wahrnehmbar, wenn sie gestört wird. Im Folgenden wird das Beispiel einer Veranstaltung zum Thema Wohnen und Sanierungsarbeiten im Stadtteil vorgestellt. Wie bei Situationen veranstalteter Partizipation typisch, platzieren sich die organisatorisch und institutionell involvierten Akteur_in-

nen räumlich gesehen vorn in der Nähe der Leinwand. Hinten sitzen eher die abwartenden, skeptischen, flüchtig interessierten, leise beobachtenden Bewohner_innen des Stadtteils, mithin die Betroffenen der Planungen. Eine Frau im Alter von etwa sechzig Jahren jedoch befolgt diese implizite Regel nicht und sie hält sich auch nicht an eine weitere Regel: Sie bewegt sich – entgegen der Regel, bei frontal ausgerichteten Veranstaltungen die eigene räumliche Position nicht zu verlassen – während der zwei Stunden mehrmals durch den Raum. Sie steht von ihrem Platz in der ersten Reihe auf und geht in den Seitenraum, um sich die zur Veranstaltung gehörigen Pläne, die dort ausgestellt stehen, anzuschauen. Später sitzt sie mittig im Saal, dreht sich um und versucht Blickkontakt mit der Frau aufzunehmen, mit der sie gekommen ist. Dann bewegt sie sich durch den Saal in Richtung der letzten Reihe, wo ihre Bekannten sitzen und sich unterhalten, und sagt in einer für mich auch mit einiger Entfernung verständlichen Lautstärke »Na Ihr Kaffeetanten?« (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«, Z. 935f.). Es macht Spaß, ihr zuzuschauen. Sie scheint überhaupt kein Problem damit zu haben, hineinzusprechen und die implizite Aufforderung, still am Platz zu bleiben, eben nicht zu befolgen. Gleichzeitig weist sie auf einiges hin. Sie beansprucht, überall im Publikum sein zu können: vorn, in der Mitte, hinten, außen. Sie zeigt an, wie sie sich zur Veranstaltung in Beziehung setzt: Sie macht nicht so mit, wie sie »sollte«. Ihr Eigensinn sagt nicht nur etwas aus über die Ordnung der Situation, sondern ist analytischer Anzeiger für Definitionskämpfe und Widerstände, worauf später noch zu kommen sein wird. Die anderen Anwesenden können die Frau zwar sehen, schenken ihr jedoch – bis auf ihre Bekannten – kaum merklich Aufmerksamkeit. Während sie die Grenzen der Ordnung bearbeitet bzw. überschreitet, halten andere an ihr fest.

Interessant ist dieses Beispiel, weil durch die Irritation der Ordnung eben jene räumliche Ordnung stärker zu Bewusstsein tritt. Der ethnografische Zugang ermöglicht, die Ordnung und Struktur sozialer Arenen mehrperspektivisch und situiert einfangen zu können. Praktiken sind öffentlich, soweit sie beobachtbar sind. Das Feld leistet von sich aus bereits »Öffentlichkeitsarbeit« und transportiert Bedeutungen und Wissen, die im Rahmen ethnografischer Arbeit vom Forscher_innen-subjekt eingefangen werden können.

8.1.2 Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipation

Die Herstellung von Ordnung durch Raumgestaltung soll im Folgenden vertieft beleuchtet werden. Für die oben bereits beschriebene Veranstaltung zum Thema Wohnen und Sanierung im Stadtteil einer deutschen Großstadt wird eine im Stadtteil gelegene Kirche als Austragungsort gewählt.

Ich betrete die Kirche vom hinteren Bereich des Mittelschiffes aus. Die Veranstaltung hat vor etwa 15 Minuten offiziell begonnen. Ich sehe, dass ein Mann am

Mikrofon spricht und auf der Leinwand Karten des Wohngebietes mit eingezeichneten Kreisen und verschiedenfarbigen Feldern gezeigt werden. Die Stuhlreihen sind luftig gefüllt. Ganz hinten außerhalb der Stuhlreihen auf einer Bank an der Außenmauer sitzt ein Mann Ende dreißig mit Jeans und Winterjacke und verfolgt von Ferne die Veranstaltung. In der Nähe auf einem Tisch sitzt eine Frau, dick eingepackt in Jacke und Schal, etwa Mitte dreißig, die einen Kinderwagen hin und her rollt und in Richtung Leinwand schaut. Es ist kalt in der Kirche. Der sakrale Bau ist sehr hell, weiß getünchte Mauern und Bögen, ein hohes Kreuzgewölbe, verzierte Säulen, bunte riesige Kirchenfenster in der Höhe. Viel warmes Licht strahlt in das Kirchenschiff. Im Seitenschiff stehen etwa zehn Schautafeln mit Plänen und Grafiken zum Planungsgebiet nebeneinander als eine Art Ausstellung. Moderne Spots beleuchten die Tafeln. Eine durchgehende Glaswand mit Türen grenzt das Seitenschiff vom Mittelschiff ab. Stühle, die leicht zu bewegen sind, stehen in Reihen, es gibt einen Mittelgang und die Möglichkeit, außen entlang zu laufen. Vor dem Altar steht eine Leinwand, auf der eine Powerpoint-Folie zu sehen ist. Die Leinwand wurde direkt vor das Taufbecken aus weißem Marmor gestellt, sodass das Becken und die Hände der Figur, die das Taufbecken zu halten scheint, unter der Leinwand hervorlugen. Der Rest der Statue muss fast die Leinwand von der Rückseite berühren. Im Mittelgang ist die Technik aufgebaut. Vor einem Laptop und einem Mischpult sitzt ein Mann um die fünfzig. Auf dem Laptop ist eine kleine Version der Powerpoint-Präsentation zu sehen. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 31–52)

Orte veranstalteter Partizipationspraxis sind häufig temporäre Räume »vor Ort«, d.h. sie entstehen in jenem Stadtteil, wo z.B. die von Planungen Betroffenen oder die zur Aktivierung aufgerufenen Bewohner_innen sich aufhalten. Austragungs-orte sind häufig öffentliche Gebäude, die Platz für die Veranstaltung bieten, wie Freizeitzentren, Schulen, Verwaltungsräume, Veranstaltungssäle – oder eben Kirchen. Pinnwände oder Flipcharts werden vor Ort zur Verfügung gestellt oder mitgebracht. Moderationsmaterialien warten auf einem Tisch oder in einem Koffer darauf, benutzt zu werden. Häufig stehen Leinwand und Beamer bereit und auf dem Startbildschirm der Präsentation sind eine Überschrift, ein paar Logos und vielleicht ein Foto zu sehen, das zum Beteiligungsgegenstand passt. Etwas seitlich oder hinten im Raum stehen – nicht immer – Getränke, also Wasser, Kaffee, Tee und vielleicht ein paar Snacks oder Kekse zur Selbstbedienung zur Verfügung. Mit zunehmender Relevanz für die kommunale Planung und mit steigendem Budget für die Durchführung kann auch ein Buffet mit Fingerfood bereitstehen.

Der Raum ist meist bestuhlt, vielleicht mit einer Reihenbestuhlung, die leicht halbkreisförmig das *Vorn* umringt und damit das optische Zentrum der Veranstaltung markiert. Die Blicke der Anwesenden zentrieren sich so auf das, was dort passiert. Die Anordnung der Körper im Raum reproduziert diese symbolische Ordnung immer wieder. Indem über Sitzordnungen etwa Blickrichtungen und Blickzentren

geschaffen werden, werden die in diesem Setting sich befindlichen Körper so angeordnet, dass sie zwar gut zuhören, aber wenig miteinander sprechen können. Die Raumgestaltung ist damit eher konsumorientiert. Als Akteurin und Forscherin spüre ich beim Platznehmen und Sitzen häufig ein körperliches Unbehagen. Insbesondere, wenn die Sitzdauer ein für mich erträgliches Maß überschreitet, schränkt die Inszenierung die Bewegungsfreiheit unangenehm ein. Doch die Teilnehmenden müssten die Grenzen der Ordnung erst umgehen, irritieren oder sprengen, um die Sitzdauer zu verkürzen. Denn es sind in der Regel die Prozessmoderator_innen, die den zeitlichen Ablauf und die konzertierte Nutzung der Dinge im Raum dirigieren. Paradoxerweise wird die Situation, in der es dem Anspruch nach um Partizipation und Dialog geht, häufig erst einmal zum Ort der Disziplinierung der Körper zum Konsum von Informationen. Ein Ausschnitt aus einem anderen Beobachtungsprotokoll soll im Folgenden ermöglichen, exemplarisch nachzuspüren, wie disziplinierend es wirken kann, wenn ein Akteur mit Fachexpertise gebeten wird, etwas zum Thema zu erzählen, und die Teilnehmenden im Raum aufgerufen sind, dem Geschehen zu folgen.

Zwischendurch meint er: »Auch hier – ich hab nur zwanzig Minuten Zeit, daher schlagwortartig«. Alle hören zu, jedenfalls schauen alle nach vorn. Eine Frau in signalfarbenem orangenem T-Shirt, auf dem der Name ihrer Initiative steht, begleitet einen kleinen Jungen hinaus, vorbei am präsentierenden Experten. Bis auf die beiden und hier und dort noch hineinkommende Besucher_innen bewegt sich niemand. An den Gesichtern lässt sich schwerlich eine Gefühlsregung absehen. Ab und zu ein leichtes Nicken an einigen Punkten der Folie. Ihre Blicke sind nach vorn gerichtet. Die Powerpoint-Präsentation beinhaltet auch einige Grafiken. Er stellt gerade die »Leitplanke Beteiligung«, eine von vier Säulen der Verkehrsentwicklung, anhand einer Folie vor. Nach dem Motto »Planung als Prozess« gehe es darum, in »acht komplexen Handlungsfeldern« Maßnahmenpakete zu entwickeln. Alles läuft zusammen in einer integrierten Verkehrsentwicklungsplanung. Die Schulstühle sind unbequem und lassen sich nicht verschieben, da sie in einer Reihe ineinander gehakt und damit verbunden sind. »Lassen Sie mich noch anderthalb Folien Fazit zeigen.« [...] Eine Frau mit Fleecepullover, Bauchtasche und Kurzhaarfrisur um die sechzig sitzt mit verschränkten Armen auf ihrem Stuhl und blickt stoisch. Ab und zu gehen ihre Augenbrauen leicht hoch – ich weiß nicht, ob sie sich langweilt oder ungeduldig ist oder beides. Neben ihr sitzt ein Mann etwa gleichen Alters. Auch er hat die Arme verschränkt. Sinngemäß ist ihre Wirkung »Wann ist es endlich vorbei?« (Beobachtungsprotokoll »Vision«: Z. 44–79)

Die Stühle, auf denen gegessen wird, und die Präsentationen, die angeschaut werden sollen, sind in gewisser Weise die anfängliche Belastungsprobe für die Anwesenden. Das Durchhalten gilt als Eintrittskarte in den Raum der Diskussion, der erst nach dem obligatorischen Informationsteil erfolgt. Die Stühle und die Präsen-

tationstechnik werden zu Kompliz_innen der Vorstrukturierung der Situation. Das Beispiel zeigt jedoch auch die zeitliche Strukturierung der Situation: der Experte hat nur eine begrenzte Zeitspanne zur Verfügung und presst gewissermaßen alles, was er vorbereitet hat, in diesen engen Slot.

Das Design der Veranstaltung ist entlang des Anlasses konzipiert: Insbesondere bei Veranstaltungen zu Planungsprozessen stehen die mit dem Planungsprozess verbundenen Themenfelder und Prozessschritte im Zentrum. Das heißt es gibt Planentwürfe und Visualisierungen (z.B.) auf Pinnwänden oder auf der Leinwand. Wenn mittels Moderationskarten Probleme, Ideen, Einwände, Anmerkungen usw. gesammelt werden sollen, so beziehen sich diese in erster Linie auf den Planungsgegenstand. So bringt die Materialität vor Ort mit hervor, dass die Interessen der Planungsakteur_innen als zu berücksichtigend (sprichwörtlich) im Raum stehen. Die materielle Inszenierung geht so mit Praktiken der Geltendmachung professioneller Expertise einher.

Diejenigen, die nicht zu jenen zählen, die eine solche Veranstaltung ausrichten, sind niemals die ersten im Raum – immer sind vor ihnen schon die Akteur_innen da, die sich für die Veranstaltung verantwortlich sehen. Ein Setting wird präsentiert, es ist nicht beliebig und in der Regel nicht ad-hoc gestaltet. Die Teilnehmenden, die auf die vorstrukturierte Situation treffen, nehmen eine ihrer sozialen Positionierung entsprechende räumliche Positionierung ein, wenn sie die Ordnung nicht stören wollen. Das bedeutet konkret, dass insbesondere die professionell eingebundenen Akteur_innen oder gezielt eingeladene Interessenvertreter_innen vorn im Raum nahe bei der Leinwand, dem Podium oder dem Ort der Moderation sitzen, wohingegen mit zunehmendem räumlichen Abstand die Anbindung an die Organisator_innen der Veranstaltungen abzunehmen bzw. die kritische Distanz zur Veranstaltung zuzunehmen scheint. Mit anderen Worten – die compliance zur Inszenierung scheint größer, je weiter vorn die Positionierung gewählt wird.

In intermediären Formaten wie World Cafés oder Dialog-Foren wird wiederum durch die Dezentrierung der Situation eine andere Ausrichtung der Körper zueinander geschaffen. Auch hier kann es komplexe materielle Inszenierungen geben, die mit den methodischen Erwägungen der Organisator_innen in eins gehen. Im Weiteren erfolgt ein Einblick in eine besonders aufwendige Raumgestaltung. Es ist das intermediäre Format einer Stadtteilkonferenz und findet an einem Samstagvormittag am Ort Hochschule statt. Die Veranstaltung soll jedoch laut Veranstalter_innen dezidiert keinen Konferenzcharakter, sondern eher Werkstattcharakter tragen. Sie wird von einem lokalen Verein, der Prozesse zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation befördert, in Zusammenarbeit mit Akteur_innen aus Jugendarbeit, Hochschule, Stadtteil-Interessenvertretung, Lokalpolitik und Verwaltung ausgerichtet. Der Ausschnitt setzt noch in der Aufbauphase der Veranstaltung ein und zeigt die Komplexität der materiellen Inszenierung.

Geschirr und Brötchenkörbe werden getragen, große Kaffeekannen zur Frühstückstafel ins Freie gebracht. Die Stimmung ist heiter und entspannt. Es scheint noch einiges zu tun zu geben. Ich sehe an einer Pinnwand einen kindgerechten Stadtplan hängen – groß und bunt im A0-Format. Darüber bunte Papierstreifen auf denen sinngemäß steht: »Eure Meinung zählt«. In der Nähe der Pinnwand steht ein Tisch mit Bänken, darauf sind Filzstifte in vielen Farben, Papier, beschreibbare Namensaufkleber (»Hello my name is...« in den Farben des Kinder- und Jugendbeteiligungsprojektes). Hier ist der Ort, an dem später die Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil befragt werden sollen. Es soll eine Stadteilrallye geben. Noch sehe ich kein Kind auf dem Platz. Die Koordinatorin der Kinderbeteiligung sagt, sie wisse nicht, mit wie vielen Kindern und Jugendlichen sie rechnen können. Ich gehe in das Gebäude, in dem später die Themenräume stattfinden sollen. [...] Wieder draußen, lasse ich meinen Blick über die Szenerie gleiten. Im Hof zieren weiße Papiertischdecken die Freilufttische. Auf ihnen opulent gefüllte mehretagige Obstkörbe, Tassen, Teller, Besteck und alles, was man so auf einen Frühstückstisch stellen kann, von Marmelade bis hin zu gekochten Eiern. Etwas erhöht und in guter Sichtweite stehen die Stühle für die Big Band, die derzeit in der Stadt gastiert und die hier zum Abschluss spielen wird. Der Techniker läuft hin und her und verkabelt, testet, tut. Dies ist also die »Bühne«, ein Rasenplatz etwas erhöht von den Tischen vor der Mensa. Am Rande steht die Hüpfburg des kommunalen Jugendringes. (Beobachtungsprotokoll »Werkstatt«: Z. 8–37)

Das Beispiel zeigt, dass die Raumgestaltung, insbesondere bei intermediären Formaten, weit über die Zweckmäßigkeit für das Sammeln von Problemen oder Transportieren von Informationen hinausgehen kann. Hier geht es um die Inszenierung einer sozialen Situation, die Spaß machen soll, die zum Austausch auch über alltägliche Themen jenseits des Partizipationsgegenstandes einlädt. Hier sollen Menschen eines definierten Raumes – des Stadtteils – zwecks Beziehungsaufbau zur Mitwirkung und zur Selbstorganisationsförderung zusammengebracht werden.

8.1.3 Widersprüche räumlicher Inszenierung I: Öffentlichkeit braucht Publikum

In programmatisch-konzeptionellen Texten über Partizipation werden zweifelsohne Räume, die Dialog und Austausch ermöglichen, gegenüber frontalen Formaten positiv hervorgehoben. Ein rein frontal veranstaltetes Format, im Rahmen dessen vorrangig über etwas informiert wird, wird im wissenschaftlichen Diskurs unter Alibibeteiligung (Arnstein 1969) subsumiert oder als Vorstufe der Partizipation auf einer Stufenleiter der Partizipation (Claussen 2013) bezeichnet. Im Rahmen der ethnografischen Forschung konnten jedoch Situationen beobachtet werden, in denen der Wechsel von einem frontalen ersten Teil der Veranstaltung hin zum dezentra-

len, dialogischen zweiten Teil von den Teilnehmenden heftig kritisiert wurde: Der dezentrale Teil wurde von den auf Protest orientierten Anwesenden zugunsten des frontalen Teils abgelehnt. Insbesondere durch die Möglichkeit der Herstellung von Öffentlichkeit für Kritik, versprach das zentrale, frontale Format für sie mehr Gebrauchswert zu besitzen. Das Spannungsverhältnis soll im Folgenden anhand eines empirischen Beispiels näher beleuchtet werden. Es zeigt sich, dass hierbei die institutionellen Arrangements, die in die Situation hineinspielen, von wesentlicher Bedeutung sind.

Es handelt sich um eine Veranstaltung zur Verkehrsberuhigung eines Quartiers in einer Großstadt, zu der die Verwaltung in einen städtischen Theatersaal in der Nähe eingeladen hat. Der motorisierte Feierabendverkehr durch ein Wohngebiet verursacht einen alltäglichen Verkehrskollaps. Das Quartier liegt lahm und, bedingt durch langfristige Baustellen im Umkreis, wird sich dies auch nicht ändern, solange nicht eine alternative Verkehrslösung gefunden wird. Wie das aussehen könnte, ist Thema der Veranstaltung. Im Vorfeld wurden verschiedene Lösungsideen gesammelt. Neben den Vorschlägen der Verwaltung sind auch zahlreiche Vorschläge aus der Bewohner_innenschaft eingegangen. Im Folgenden geht es um die sogenannte Galeriemethode, die nach einem frontalen ersten Teil der Veranstaltung zur Anwendung kommen soll.

Der Moderator spricht ins Mikrofon und begrüßt die Anwesenden. [...] Schnell macht er deutlich, dass er sich darum bemüht, hier »fair und allparteilich zu moderieren«. »Wenn Sie das Gefühl haben sollten, das passt so nicht, müssen Sie sich bitte melden.« Es gehe nun darum, die Planungen und Varianten vorzustellen. Die Prüfergebnisse zu allen 22 Varianten seien auf Pinnwänden hier mitgebracht worden, genauso wie die vier Varianten, die man näher vorstelle. Die vielen Varianten sind, so erfahre ich, unter anderem auf Ideen und Vorschläge aus der Bewohner_innenschaft zurückzuführen. Das »Herzstück« der Veranstaltung sei der zweite Teil, wo die Teilnehmenden gefragt würden: »Was sagen Sie einfach dazu?«. Die Galeriemethode soll ausprobiert werden, die es ermögliche, mit Fachleuten in den Austausch treten zu können. Die Anregungen der Anwesenden »werden dann feinsäuberlich notiert und in den weiteren Verlauf« eingearbeitet. (Beobachtungsprotokoll »Verkehr«: Z. 58–69)

Nach einer einführenden Präsentation (Leinwand, Beamer, Powerpoint-Präsentation im Corporate Design der Stadt), in der zwei Planer die Ausgangslage und den Planungsstand für alle ausführen und auch kurz die Lösungsvorschläge, die aus Sicht der Verwaltung möglich sind, erläutern, soll es nun zum eher dialogischen Teil des Abends anhand der Galeriemethode übergehen:

Der Moderator stellt kurz nochmals das Procedere des weiteren Ablaufs der Veranstaltung vor – die »Fachmänner« (»ja, es sind tatsächlich alles Männer«, sagt er)

hätten nun an den Pinnwänden die Aufgabe, die Hinweise aufzunehmen. Kritik solle geäußert werden, aber auch Zustimmung. So stünde Herr [A] an der Pinnwand mit der »Vorzugsvariante der Fachverwaltung«. Ein Großteil der anderen Varianten sei »rechtlich nicht umsetzbar«. Der Moderator verweist an den Austausch an den Pinnwänden, denn da »kann man nochmal kurz drüber sprechen, warum Ihre Anregungen nicht umsetzbar sind«. Es wird etwas unruhig im Saal, einige Beteiligte signalisieren per Handzeichen, dass sie etwas sagen wollen. Ein Anwohner fragt: »Besteht hier in der Versammlung die Möglichkeit, zu hören, warum Varianten herausgefallen sind?«. Der Moderator lässt eine weitere Wortmeldung mit dem Verweis zu »Ich würde Sie bitten, sich kurz zu halten«. Die Anwohnerin, die kurz zuvor schon etwas gesagt hat, wirft ein: »Ich bin die, die eben gestört hat. Jetzt wird es gelenkt in eine Richtung, die die Verwaltung will« und »das ist autorial gelenkt«. Der Moderator verweist auf die Möglichkeit des Austausches in der Galerie der Pinnwände. »Ich rede nicht von der Galeriemethode. Ich kenne die Galeriemethode«, erwidert sie. Spürbar machen sich Skepsis und Ärger im Raum breit. Eine weitere Wortmeldung wird durch den Moderator zugelassen. Die Frau, die mit den Kindern gekommen ist, steht in der letzten Reihe. Sie seien eine Familie aus der [Straße] und setzen sich dafür ein, dass ihre Straße eine Spielstraße wird. Sie könnten leider nicht länger bleiben, aber sie wollen noch zeigen, was sie mitgebracht haben. Sie und die Kinder (und noch ein/zwei weitere Erwachsene) rufen nun im Chor »Unser Tipp – Tempo Schritt!«. Sie halten ihre Poster hoch. Die Anwesenden klatschen laut. Auch ich klatsche. Dann verlassen sie die Tribüne. Ich höre ein Kind sagen: »Mama, warum haben wir die Bilder mitgebracht?«. Der Moderator versucht, die Veranstaltung wie geplant weiterzuführen. Es sei klar, dass es ein emotionales Thema ist, er würde sie aber bitten, sich nun auf die Galeriemethode einzulassen. (Beobachtungsprotokoll »Verkehr«: Z. 129–156)

Im zitierten Beispiel war schon vor der Inszenierung klar, dass die Anwohner_innen nicht kommen werden, um sich nur anzuhören, was geht und was nicht geht. Sie wollen Austausch und Diskussion. Die Grenzen zwischen ihnen und der Planungsebene sollen durchlässig werden und ihre Expertise soll in den Prozess einer an Koproduktion orientierten Planungspraxis einfließen. Dabei scheinen sie sensibel gegenüber der asymmetrischen Situation zu sein. Paradoxerweise war genau die Ankündigung der Dezentrierung an der Hervorbringung von Widerstand und Protest beteiligt. Um genauer nachvollziehen zu können, wie es hier zur konflikthaften Situation gekommen ist, muss der Aspekt der Materialität jedoch um den Aspekt der institutionellen Arrangements, die in der Situation aufgerufen werden, erweitert werden. Denn Materialität der Raumgestaltung und der Methode ist mit der Reproduktion der hegemonialen Deutungshoheit einerseits und der Behinderung der Repräsentationsmöglichkeiten der Alltagsakteur_innen andererseits in der Situation verknüpft. Dazu wird der Blick zunächst auf jene professionellen Akteur_innen geworfen, die planen (sie stehen für das *Was*, den Beteiligungsgegenstand/Inhalt) und

jene, die moderieren (sie stehen für das *Wie*, den Prozess). Sie arbeiten zusammen und beziehen ihre Aktivitäten aufeinander – jedoch jeweils entlang unterschiedlicher Interessen und auch mit unterschiedlichen Perspektiven auf Partizipation. Die Planer, die innerhalb sowie außerhalb der Verwaltung (in einem Planungsbüro) inhaltlich mit dem Planungsprozess betraut sind, haben sich auf den methodisch konzentrierten Prozess der Veranstaltung eingelassen. Sie haben jedoch, was sich begrenzend auf die inhaltliche Offenheit auswirkt, bereits klare Favoritenvarianten in Bezug auf die Verkehrsberuhigung. Die Galeriemethode beinhaltet, dass die verschiedenen Varianten in einem großen Oval nebeneinander aufgereiht an mobilen Pinnwänden hängend zu betrachten sind – als würde man eine Ausstellung besuchen. Die Favoriten sind prominenter platziert als die Varianten, die von den Bewohner_innen eingebracht wurden. Während der Moderator tendenziell keine eigene Setzung zur Planung macht – eher den Anspruch transportiert, den Prozess der Erörterung neutral und beiderseitig fair begleiten zu wollen, wirken die Planer deutlich bewertend. Sie führen Praktiken der Geltendmachung ihrer Fachexpertise auf. Sie wägen die Vorschläge der Bewohner_innen des Quartiers fachlich ab und orientieren sich an gesamtstädtischen Erwägungen, rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen.

Die für Beteiligung zuständigen Mitarbeiter_innen der Verwaltung (hier der Moderator) planen die Veranstaltung so, dass Raum für Information, für Austausch und Diskussion entsteht – mit dem Ziel, Bewohner_innen und Betroffenen die Möglichkeit zu geben, informiert zu werden und mitwirken zu können. Der Moderator hält sich inhaltlich jedoch trotzdem nicht heraus, denn er wiederholt nicht nur die fachliche Abwägung der Planer, demnach insbesondere die Varianten der Bewohner_innen als nicht umsetzbar erscheinen. Wesentlich ist hier, dass mit dem moderierten Wechsel von der frontalen Situation zur dezentralen Galeriemethode auch in materiell-räumlicher Hinsicht die situierte Möglichkeit, Praktiken der Bildung kollektiver Gegenmacht durch die Alltagsakteur_innen deutlich erschwert werden. Dies bezeugt sowohl die Frage des Anwohners, ob man nicht in der großen Runde bleiben könne, um gemeinsam zu hören, warum Varianten herausgefallen sind, als auch die kritische Anmerkung der Anwohnerin, dass der Wechsel hin zur Galeriemethode »autorial gelenkt« sei. Der antizipierte Wechsel von der frontalen Situation, in der man zwar nicht untereinander ins Gespräch kommen konnte, dafür aber »alle alles« mitbekommen können, scheint außerdem auch die Frau mit den Kindern bewogen zu haben, die kleine Protestaktion (»Unser Tipp – Tempo Schritt!«) noch im zentralen Setting zur Anwendung zu bringen, bevor sie gehen müssen. Es zeigt sich, dass es Formen der Öffentlichkeit braucht, um kollektive Handlungsfähigkeit aufzubauen. Kaum jemand hätte geklatscht, wenn die kleine Protestaktion am Rande einer der Pinnwände stattgefunden hätte. Die Dezentrierung verhieß in der Situation eben nicht, dass Wissen über den Partizipationsgegenstand in kleineren Runden geteilt und erweitert wird, sondern eher,

dass kritisches Potenzial im dezentrierten Raum der Galeriemethode verpufft. Die Ankündigung der Galeriemethode durch den Moderator hat das Konflikthafte, das vorher schon da war, zur Artikulation gebracht. Dieser Dissens richtet sich jedoch nicht gegen die Methode an sich, sondern gegen ihren strategischen Einsatz in dieser Situation. Denn die Galeriemethode verfehlt hier ihre Wirkung der Dezentrierung und Enthierarchisierung von Wissen und Wissenszugängen und wird zur Strategie der Befriedung. Die Symmetrisierung von Kommunikation gelingt in der asymmetrischen Situation nicht. Die institutionellen Arrangements – der Planungsstand, die Platzierung der Vorzugsvariante, das Zusammenspiel von Prozessmoderator und inhaltlich verantwortlichen Planern – haben zusammen mit den materiellen Praktiken der Raumgestaltung und den methodischen Erwägungen dazu geführt, dass Protest und kollektive Kritik keinen Ort mehr zu haben drohten. Methoden der Dezentrierung sind dann an der Blockierung der Bildung kritischer Gegenöffentlichkeiten beteiligt, indem sie Stimmen und Positionen vereinzeln. Die Raumgestaltung kann also grundlegend nicht ohne die Berücksichtigung der institutionellen Arrangements, unter deren Bedingungen sie stattfindet, betrachtet werden.

8.1.4 Widersprüche räumlicher Inszenierung II: Diskursive Konkurrenz in dezentrierten Formaten

Wir bleiben beim empirischen Beispiel mit der Galeriemethode. Im Folgenden soll der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll zeigen, wie es an den Pinnwänden weitergeht. Hier steht nun im Fokus, wie die dezentrierte Raumgestaltung in der beschriebenen Situation zwar dazu führt, dass mehr Menschen als in einem frontalen Format zu Wort kommen und sich zur Verkehrsberuhigung im Quartier austauschen können. Jedoch führt sie auch zu einer kompetitiven Situation, in der sich entlang der sozialen Positionierung der Teilnehmenden die Möglichkeiten der Artikulation entscheiden. Pädagogisch gestalteten Situationen wie der folgend beschriebenen, in denen eine möglichst symmetrische Kommunikation zwischen heterogenen Akteur_innen mittels einer dezentrierten Raumgestaltung hergestellt werden soll, bleiben trotz dessen Praktiken der Differenzierung bzw. der Ausschließung inhärent.

Die anwesenden Männer, meist in gesetzterem Alter reihen sich eng um die Pinnwände. Es ist auffällig, dass im ›inner circle‹ mehrheitlich Männer stehen, an den Rändern eher Frauen. An der von der Verwaltung favorisierten Pinnwand ist es voll. Ich trete an die Menschentraube heran und versuche etwas zu verstehen. Die Akustik im Raum ist aufgrund der zahlreichen gleichzeitig sprechenden Menschen schlecht. Drei ältere Männer finden scheinbar sofort ein offenes Ohr vom Fachplaner aus der Verwaltung. Auch wenn das Thema emotional aufgeladen ist,

ist der Austausch ›unter Männern‹ weitgehend respektvoll. Eine kleine Frau um die 60 versucht mit mehreren Anläufen, sich an der Pinnwand Gehör zu verschaffen und die Aufmerksamkeit des Planers auf sich zu ziehen. Sie bleibt hartnäckig und lässt sich nicht von ihrem Ziel abbringen, etwas zu äußern. Sie fängt einen Satz an, indem sie in die Richtung des Geschehens spricht. Ihre begonnenen Sätze vollendet sie jedoch nicht, da ihr niemand zuzuhören scheint. Der Planer signalisiert ihr schließlich einmal ein Zeichen der Aufmerksamkeit. Er blickt sie mehrere Male flüchtig an und sagt »Ja. Ja.«, konzentriert sich dann aber wieder auf die nächste Frage des Mannes, mit dem er in den intensivsten Austausch getreten ist. Der Frau sieht man keine emotionale Reaktion an, bis auf, dass sie etwas fahrig von einem Bein auf das andere tritt und ihren ganzen Körper ausrichtet hin zum Experten. Sie zieht sich auch nicht zurück, sondern verharnt dort für die Zeit, in der ich an dieser Pinnwand stehe. Sie versucht neben Zuhören auch hier und da, sich nochmals Gehör zu verschaffen. (Beobachtungsprotokoll »Verkehr«: Z. 161–183)

Der Start in die Galeriemethode hat eine große Bewegung unter den Anwesenden ausgelöst. Die Menschen haben eine neue Platzierung im Raum eingenommen, welche hier sowohl geschlechtlich als auch nach Alter hierarchisiert zu sein scheint: Die älteren Männer stehen näher am Geschehen als jüngere oder Frauen. Die Familien mit Kindern haben die Veranstaltung ganz verlassen. Zu Beginn war die Akustik sehr schlecht, sodass ich trotz eines relativ geringen Abstandes nicht viel verstanden habe. Wer sich verständig machen möchte, hat es also schon allein aufgrund der Lautstärke schwer. Es entsteht der Eindruck einer räumlich vermittelten *diskursiven Konkurrenz*: Man muss sich um das Gehört-Werden kümmern, diese Angelegenheit wird nicht moderatorisch erleichtert. Auch hier gilt: Obwohl Wert auf Beteiligung gelegt wird, »privilegiert der geforderte wettkampfähnlliche Austausch von Argumenten jedoch soziale Gruppen, die es gewohnt sind, sich selbstbewusst und konfrontativ zu äußern« (Munsch 2012: 4). Die Anwesenden stehen jetzt vor der Wahl: Wenn sie sich gegenüber den verantwortlichen Planern artikulieren wollen, dann müssen sie erstens eine zentrale räumliche Position in der Nähe einnehmen, sich zweitens verbal aktiv einbringen und drittens der Argumentation der anderen standhalten. Diese Anforderungen erfüllen ›laute‹ Personen, die es vermögen, sich Gehör zu verschaffen, eher als ›leise‹ Personen, die um Gehör und Sichtbarkeit ringen. Dies ist mit deren jeweiligen sozialen Positionierungen verknüpft (siehe dazu auch Kapitel 9 »*Doing competence*«).

Nach der Veranstaltung spreche ich die Frau, der nicht zugehört wurde, an: Dass ich das beobachtet hätte und schon sauer geworden wäre, weil man ihr nicht das Wort erteilte. Sie erwidert, dass der Planer ja wohl »überhaupt nicht zugehört« hätte und »immer nur bei seinem Standpunkt geblieben« sei. Das hätte sie schon »wahnsinnig aufgeregt« (Beobachtungsprotokoll »Verkehr«: Z. 269–274). Interessant ist, dass sie zwar die restriktive Kommunikationspraxis des Planers reflektiert, nicht

aber die Praktiken der Differenzierung im Sinne einer geschlechtlich markierten Ausschließung, die die Frau in der Situation räumlich vermittelter diskursiver Konkurrenz durch die männlich gelesenen Beteiligten erfährt. Das Beispiel soll dafür sensibilisieren, dass dialogisch orientierte räumliche Settings die Praxis sozialer Ausschließung entlang sexistischer, klassistischer, rassistischer, religiöser oder bildungsbezogener Kategorisierungen nicht aufheben.

8.2 Zwischen Methode, Materialschlacht und Techniktools

Mit den vorherigen Ausführungen wurde bereits die materielle Fülle der methodischen Inszenierung angedeutet. Die Anordnung von Dingen und Körpern im Raum – die Sitzordnung, die mit dem Einsatz spezifischer Methoden verbundenen Materialien oder die für Präsentationen erforderliche Technik – gehen in eins mit den Vorüberlegungen der organisierenden Akteur_innen, wie diese den Prozess des situierten Diskurses antizipieren. Dabei sind Materialität und Funktion nicht zu trennen: zur Information braucht es Präsentationsequipment wie Laptop, Beamer, Präsentationsfolien, zur Unterstützung des Artikuliert- und Gehörtwerdens werden Mikrofon und Lautsprecher benötigt, die Richtung des Blickes wird durch Sitzordnungen und Raumaufteilungen gelenkt, Moderationsmaterialien helfen bei der Sortierung, Verdichtung und Visualisierung von Aussagen und auch die Praktiken der Präferenzierung und Priorisierung werden häufig spezifisch materiell hervorgebracht, etwa mithilfe elektronischer Ted-Systeme oder Abstimmungskarten. Zentral für die Visualisierungstools ist auch die Funktion, den Prozess und dessen Inhalte nachgängig in der anschließenden Dokumentation widerzugeben.

Die Gestaltungscodes, z.B. das Wording spezifischer Methoden (World Café, Zukunftswerkstatt, Charette-Verfahren etc.), haben sich dabei soweit diskursiv verselbstständigt, dass es unter professionellen Akteur_innen der Partizipationspraxis häufig nur der Nennung einer Methode bedarf, um sich gegenseitig verständigen zu können. Die Materialität der Methoden und deren Markensprache sind eng mit Prozessen der Professionalisierung der Partizipationspraxis verbunden. Sie versprechen »Professionalität durch Methodenkompetenz und ermöglich[en] ein Wiedererkennen durch entsprechend informierte Menschen auch über die Situation hinaus – etwa in der öffentlichen Dokumentation« (Pigorsch 2021c: 67).

8.2.1 Synchronisierung von Inhalt und Form: Zur Pädagogisierung von Partizipation

Die Kinder- und Jugendarbeit gehört zu den Arbeitsfeldern, die sich durch eine Fülle an praxisnaher Methodenliteratur und Service-Webseiten¹ auszeichnet. Diese unterstützen Akteur_innen aus der Praxis beim Ausprobieren und Umsetzen partizipativer Ansätze. Viele Angebote richten sich dabei an die Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen zum Zwecke der (politischen) Repräsentation ihrer Orte und Bedürfnisse, der Sozialraumerkundung und -aneignung, der außerschulischen politischen Bildung oder der Beteiligung an kommunalen Planungsprozessen. Kinder- und Jugendpartizipation findet dabei häufig in Form punktueller Veranstaltungen statt, die pädagogisch begleitet werden. In kaum einem Bereich ist die mit einer spezifischen Materialität verknüpfte Pädagogisierung der Partizipationspraxis eindrücklicher zu zeigen als dort. Im Folgenden wird die Materialität der methodischen Gestaltung einer Schulhofplanung mit Schüler_innen einer Grundschule vorgestellt. Im Beobachtungsprotokoll geht es um die erste Erkundungsphase des Schulhofes sowie um die anschließende Sammel-, Systematisierungs- und Bewertungsarbeit. Es ist ein Ausschnitt aus dem Planungsprozess, dem Schritte vor- und nachgängig sind.

Phase: Schulhoferkundung

Die Kinder sind auf dem Schulhof. Sie wurden entlang ihrer Klassenstufe in fünf Kleingruppen aufgeteilt, die mit jeweils einer Moderatorin den Schulhof erkunden sollen. Die Aufgabe ist konkret: 1. Orte zu verzeichnen, die nicht gut sind (»Was nervt?«, eingezeichnet auf dem Plan mit Smileys, deren Mundwinkel herabhängen plus Beschriftung), 2. Orte zu markieren, die als gut und erhaltenswert empfunden werden (»Was ist super?«, eingezeichnet mit lachenden Smileys plus Beschriftung), sowie 3. Wünsche und Ideen zu artikulieren (»Was wünscht ihr euch noch?«, Beschriftung im Plan). Es gibt eine Kladde mit Plan für jede Gruppe. Die Kinder bekommen die Aufgabe, die Beschriftungen selbst anzufertigen, also jemanden aus der Gruppe zu bestimmen, der/die mitschreibt. Für die Gruppe der Zweitklässler_innen übernimmt eine Moderatorin diese Aufgabe. Sie haben zwanzig Minuten Zeit dafür. Die Moderatorinnen begleiten jeweils eine Gruppe und ich wechsele immer mal wieder, um überall etwas mitzubekommen. Gleichzeitig bin ich direkt eingespannt worden, denn es ist meine Aufgabe, Fotos für die Dokumentation zu machen. [...]

1 Siehe exemplarisch <https://www.ljr.de/produkt/juleica-praxisbuch-beteiligung/> oder <https://www.kinderrechte.de/praxis/methodendatenbank/methodendatenbank> (zuletzt geprüft am 14.05.2024).

Phase: Zusammentragen der Ergebnisse der Schulhoferkundung

Die Kinder sollen an vier Stationen ihre Erkundungen zusammentragen. In zwei Räumen sind jeweils zwei Stationen vorbereitet. In einem Raum ist ein Flipchart aufgestellt, auf dem steht auf rotem Papier in gestalteter und gut lesbarer Schrift »Nervige Orte«, darunter klebt ein Plan vom Schulhof und drumherum ist noch viel Platz. Die Kinder kommen in ihren Gruppen an jeweils eine Station. Die Moderatorin, die an der Station wartet, hat rote Moderationskarten in der Hand und einen Stift. Sie fragt die Kinder, was sie denn herausgefunden hätten und bittet sie, dass sie gemeinsam die Sachen jetzt auf Karten schreiben. Sie fragt, wer denn Lust hätte, zu schreiben und mehrere Kinder melden sich. Eines bekommt zuerst den Stift. Die Kinder tragen ihre Kritikpunkte vor, z.B., dass der Boden nicht gut ist. Die Moderatorin paraphrasiert das Gesagte und sagt sinngemäß, dass der Bodenbelag doof ist. Sie klebt eine noch unbeschriftete rote Karte auf das Papier. Das Kind mit dem Stift schreibt »am Bodenbelag tut man sich weh«. Ein anderes Kind zieht mit einem Kugelschreiber einen Pfeil an den betreffenden Ort auf dem Plan. So geht es weiter, bis alle Punkte von der Kladde übernommen sind. Das Flipchart ist schon zu einem guten Teil mit roten Karten gefüllt. Nachdem eine Gruppe fertig ist, wechseln die Kinder an eine andere Station.

An der anderen Station in diesem Raum geht es um »Super Orte«. Das Vorgehen ist das gleiche wie bei den »Nervigen Orten«, nur, dass die Karten nun grün sind anstatt rot. Hier ist es die Moderatorin, die mitschreibt, was die Kinder zusammentragen. Zwischendurch kommt eine Moderatorin aus dem anderen Raum vorbei und erkundigt sich, wie weit die Gruppen sind. Die anderen beiden Gruppen im anderen Raum würden bereits warten.

Im anderen Raum gibt es zwei Stationen, die zeitgleich arbeiten. Eine von ihnen befindet sich rund um ein Whiteboard. Mit Magneten befestigt hängt dort ein Flipchart-Papier, auf dem steht als Überschrift in gut leserlicher schwarzer Schrift »Was wollt ihr gerne auf dem Schulhof machen?«. Darunter sind sorgfältig geschriebene Schlagwörter lose verteilt über den ganzen Bogen aufgeschrieben. Sie sind mit Vierecken schwarz umrandet und farblich schattiert. Die Schlagwörter sind »Klettern«, »Schakeln«, »Freunde treffen« usw. (etwa zehn Tätigkeiten) sowie einige leere Kästen, in denen drei Punkte eingezeichnet sind. Die Kinder haben hier die Aufgabe, darüber nachzudenken, was sie am liebsten auf dem Schulhof machen. Zuerst liest die Moderatorin alle Tätigkeiten vor und paraphrasiert ggf. kurz. Dann fragt sie, ob noch etwas fehlt, was ergänzt werden müsste. Da hier bei dieser Gruppe keine Ergänzung genannt wird, geht es gleich weiter zum Bepunkten. Jedes Kind würde nun je fünf Klebepunkte bekommen, die es ganz nach Belieben verteilen könne, je nachdem, was ihr/ihm selbst am Wichtigsten sei. Sie schneidet dann kleine Aufkleberbögen so auseinander, dass jedes Kind fünf Klebepunkte bekommt. Jedes Kind hält die Hand auf. Die Moderatorin gibt in jede Hand fünf Punkte. Dann scharen sich die Kinder um das Papier und kleben ihre Punkte in die Kästen. Es wird nicht viel gesprochen dabei. Jedes Kind verbraucht seine Punkte. Wer fertig ist, wartet.

An der anderen Station im Raum geht es um die »Wünsche für euren neuen Schulhof«. Dort steht eine große Pinnwand. Oben ist ein breiter Streifen in Gelb, auf dem in großer Schrift steht »Was wünscht ihr euch für euren Schulhof?«. Die Schrift ist schwarz, nur beim Wort »Schulhof« ist jeder einzelne Buchstabe in einer anderen Farbe geschrieben. Das Wort »euren« ist in kursiver Schreifschrift geschrieben, die anderen Wörter sind in Druckschrift geschrieben. Da schon andere Gruppen an dieser Station waren, sind bereits viele Wünsche an die Pinnwand unter die Überschrift untereinander gepinnt. Auf orangefarbenen Karten steht dort jeweils ein Wunsch, z.B. »Mehr Schatten – Sonnensegel«, »Tartan-Insel hinter dem Schuppen (Chill-Insel)«, »Schulgarten« oder (mit einer kleinen Zeichnung drauf) »Baumhaus mit Balkon und Blumen – Hangelstange«. Die Kinder der Gruppe benennen die Wünsche, die sie auf dem Schulhof gesammelt haben. Sie werden durch die Moderatorin jeweils auf eine orangefarbene Moderationskarte geschrieben und angepinnt.

Pausensituation

Die Kinder hätten sich die Pause jetzt sehr verdient, sagen die Erwachsenen. Es ist wahnsinnig heiß an diesem Tag. Der Raum hat sich schon ordentlich aufgeheizt. Zwanzig Minuten Pause. Kinder verstreuen sich und holen ihre Brotdosen. Viele setzen sich mit ihrem Pausenbrot auf ihren Stuhl zurück in den Sitzkreis. Zwei Mädchen spielen mit sichtlich und hörbar viel Spaß zu zweit ein »Händeklatsch-Spiel«. Brotdosen auf Schößen werden leergefuttert. Eine Moderatorin entdeckt das Klavier und fragt, wer denn spielen könne. Sofort scharft sich ein Grüppchen Schülerinnen um das Klavier, eine beginnt Jingle Bells zu spielen. (Beobachtungsprotokoll »Schulhof«: Z. 11–89)

Im Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung gibt es keine Partizipation ohne gestaltete Situation. Das heißt, wenn wie hier ein Schulhof geplant wird, braucht es eine Situation zur zielgerichteten Auseinandersetzung. Dazu wird der Planungsprozess in Einzelschritte zerlegt und methodisch geplant: Was soll mit dem methodischen Schritt erreicht werden? Welche Materialien braucht es dazu? Welcher Schritt macht wann Sinn? Vor der Umsetzung werden Materialien vorbereitet und zum Transport an den Ort des Geschehens verpackt. Rollen und Aufgaben der Moderator_innen und professionellen Beteiligten werden vorab festgelegt und der Ablauf wird besprochen. Die gesamte Situation ist die Arbeit an der Realisierung eines vorab formatierten Prozesses.

Zunächst: Zur Dimension des Pädagogischen gehört, auch das »Dazwischen« mitzuplanen und den Bedürfnissen der Kinder nach Sozialität, Spaß, Bewegung und Pausen Rechnung zu tragen. So gibt es neben einem Aufwärm- oder Kennenlernspiel etwas zu trinken, zu snacken und Zeit für Pausen. Die pädagogischen Erwägungen korrespondieren mit einer Fülle »materieller Partizipanden« (Hirschauer 2004), die ihrerseits eine spezifische Praxis hervorbringen. In der

ersten Phase der Schulhofplanung wechseln die Kinder den Ort und zeigen den Schulhof. Materialien wie ausgedruckte Pläne vom Schulhof auf einer Kladde, die mit Smileys versehen werden, ermöglichen, das Feedback unterschiedlicher Gruppen von Kindern ohne viel Aufwand einzuholen. Es gelingt, in kurzer Zeit ein Stimmungsbild über konkrete Orte ihrer Lebenswelt pragmatisch einzuholen. Zudem sind die Kinder in Bewegung und müssen nicht stillsitzen. Das Arbeiten mit einer überschaubaren Gruppengröße wird ebenfalls nicht dem Zufall überlassen. Eine Moderatorin unterstützt jeweils eine Gruppe – auch das eine bewusste pädagogische Entscheidung im Vorfeld. In den darauffolgenden Phasen werden die Ergebnisse zusammengetragen, sortiert und gewichtet. Der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll fächert entlang der dezentralen Orte der einzelnen Stationen auf, wie jeweils kleine Subarenen entstehen, an denen es immer etwas Unterschiedliches zu tun gibt. Die Stationen sprechen insgesamt eine ähnliche Formsprache – es gibt ein Medium (Papierbögen auf einem Flipchart, einer Pinnwand oder einem Whiteboard), an dem etwas gesammelt und visualisiert wird, es gibt die dazu notwendigen Materialien (Stifte, Klebepunkte, Moderationskarten). Dabei unterscheiden Sie sich nach Farben: jeder Farbe ist ein spezifischer Inhalt zugeordnet: rot steht für schlecht, grün für gut, gelb für die Wünsche und Ideen (zur Farbsprache siehe auch Abschnitt 8.3.3 »Die Motzkiste als Instrument der Einhausung von Kritik«). Die Führung durch die Veranstaltung soll so (unmiss)verständlich wie möglich sein.

Ziel der Veranstaltung ist ein Produkt, das an die erwachsenen Planer_innen kommuniziert wird, um die Expertise der Kinder in die Schulhofplanung einfließen zu lassen. Dass dieses Wissen transferiert und anschlussfähig an das Wissen der Planung gemacht werden kann, ist im methodischen Ablauf und in den Vorkehrungen zur Dokumentation auf Flipcharts und Pinnwänden so angelegt. Es ist an dieser Stelle nicht relevant, in den Blick zu nehmen, wie viele der Ideen der Kinder letztlich realisiert werden, welche widerständigen Praktiken der Situation inhärent sind oder welchen Bildungswert die Erfahrung, teilgenommen zu haben, für die Kinder hat. Vermittelt durch die ethnografische Perspektive rückt jedoch besonders deutlich die materielle Spezifik projektorientierter Planung in den Fokus, die über die weitgehende Synchronisierung von Inhalt und Form in einem klar definierten zeitlichen, materiellen und personellen Rahmen funktioniert. Dies geht mit einer geführten Teilnahme der Alltagsakteur_innen einher, deren Rolle klar abgegrenzt ist von den professionellen Rollen der Moderation und Planung. Diese Pädagogisierung der Partizipation bringt also eine eigene Praxis hervor, in der Partizipation als eine streng formatierte und professionell angeleitete Situation gefasst werden kann. Sie positioniert die Alltagsakteur_innen in einer spezifisch produktiven Weise zum Planungsgegenstand. Die so formierte und pädagogisch angeleitete Situation kann dann jene Ergebnisse erbringen, die von den Akteur_innen der Planung aufgenommen werden können. Dies bedeutet andererseits, dass ein Aussenden anderer

Bedarfe und Probleme in der Regel nicht empfangen wird, weil es dafür keine vorab antizipierte, organisierte und formierte Transfermöglichkeit gibt. Kinder können also nicht so einfach ein anderes, in ihrem Alltag relevantes Problem bearbeiten.

Das Beispiel zeigt, wie pädagogische Wissensbestände in die Situation eingelagert sind. Die pädagogischen Erwägungen werden in die räumlichen sowie zeitlichen Möglichkeiten eingepasst. Das Wissen der Kinder wird durch die Erwachsenen in Passung zu verwaltungsförmigem und Planungswissen gebracht. Und umgekehrt werden deren Wissensbestände und Regulierungen für die Kinder übersetzt. Dass bei diesen Transferprozessen die Wissensbestände der Alltagsakteur_innen nur in einer für die professionellen Akteur_innen handhabbaren und damit notgedrungen ausschnittshaften Weise transportiert werden, mithin auch Teile der Wissensbestände verloren gehen, darauf wird auch später noch Bezug genommen (siehe 8.4 »Zur Materialität der Moderationsmethode«).

8.2.2 Zur Materialität von Technik-Tools: Beispiel TED

Die Komplexität eines Themas wird in der Praxis mitunter mittels technischer Tools heruntergebrochen und vereinfacht. Im folgenden Beispiel wird gezeigt, wie eine TED-Abstimmung eine ganz eigene Materialität der Partizipation hervorbringt.

Es handelt sich um eine materiell üppig ausgestattete Veranstaltung, im Rahmen derer ein Stadtteilentwicklungskonzept diskutiert und weiterentwickelt werden soll. Sie findet statt in einem offenen Kinder- und Jugendfreizeithaus, »ein[em] sanierte[n] Flachbau, vielleicht war es mal eine Kaufhalle oder eine Sporthalle, bunt gestaltet mit vielen Motiven, überwiegend gesprayt« (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 1–3). Im Inneren des Gebäudes zeigt sich die Materialität des Alltags einer Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Umso heftiger ist der Kontrast zur Inszenierung der Veranstaltung.

Im Eingangsbereich begrüßt mich gleich eine Frau im Kostüm, die hinter einem Tisch steht. Sie deutet auf eine Teilnehmer_innenliste hin, ob ich mich bitte gleich eintragen würde. Sie spricht leise. Durch die geöffnete Tür zu einem großen Raum dringt eine männliche Stimme, verstärkt durch ein Mikrofon. Sonst ist es ganz still. Die Wände sind farbig, dunkel gehalten, viele Bilder, Selbstgebasteltes hängt an den Wänden. Es gibt eine fest installierte Bar. Auf dem Tresen stehen Gläser und Wasser und Apfelsaftschorlenflaschen, eine große Drückerkanne für Kaffee, Tassenstapel zur Selbstbedienung. Im großen Raum haben etwa fünfzig Personen Platz genommen. Sie sitzen in Stuhlreihen mit Blick auf eine Leinwand gerichtet, vor der der Mann mit Mikrofon steht und spricht. Die Stühle sind einheitlich in der Form, unterschiedlich in der Farbe. An der rechten Seite stehen fünf bis sechs Pinnwände, auf denen packpapierfarbene, großformatige Pinnwandpapiere mit Überschriften und ansonsten viel Platz angebracht sind. Im Raum gibt es nur noch wenige freie Stühle, die Stühle zum Mittelgang

hin sowie die Stühle im hinteren Bereich sind alle besetzt. Unauffällig versuche ich einen Platz rechts außen in der vorletzten Reihe zu erreichen. Kurz blicken die Menschen in meiner unmittelbaren Nähe auf, einige grüßen flüsternd. Ich setze mich so geräuschlos wie möglich. Gesichter blicken reglos nach vorn auf die Leinwand und den sprechenden Verwaltungsmitarbeiter. Die Veranstaltung hat seit fünfzehn Minuten begonnen. Neben mir sitzt eine Frau mit Notizbuch, die grafisch ansprechend die Inhalte des Gesagten verschriftlicht, wie beim in der Beteiligungsbranche mittlerweile allgegenwärtigen graphic recording. Sie hat schon eine Doppelseite ihres A5-Buches beschriftet und teils koloriert. Wie in innerer Einkehr hören die Anwesenden zu. Alles ist auf das Vorn ausgerichtet. (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 9–31)

Nachdem das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) präsentiert wurde, folgt nun der Punkt »Weiterentwicklung des Stadtteilentwicklungskonzeptes«. Hier kommen sogenannte TED-Geräte zum Einsatz.

Als nächstes stellt der Moderator vor, dass nun zwei Menschen kämen, die das bestehende Stadtteilentwicklungskonzept evaluieren und Anpassungen vornehmen würden. Eine Frau und ein Mann erklären, dass sie dafür jetzt hier eine Abstimmung machen wollen. Die Frau sagt, es würden jetzt Keypads verteilt, die ähnlich wie bei TED-Abstimmungen funktionieren. Dem Publikum würde nun eine Reihe von Fragen gestellt und alle könnten antworten, indem sie abstimmen. Solange noch nicht alle Keypads verteilt sind, erzählt sie etwas zu den kleinen technischen Geräten. [...] Alle haben schließlich ein Keypad und es geht los mit der ersten Abstimmung. Anfänglich sind es 47 Stimmen, die gezählt werden. Ich notiere mir einige der Ergebnisse der ersten Testrunde mit:

Geschlecht der Anwesenden: 45 % männlich, 45 % weiblich, 10 % andere

Alter der Anwesenden: 0 % unter 15 Jahre, 35 % unter 30 Jahre, 54 % unter 65 Jahre, 12 % über 65 Jahre (sie kommentiert »eine sehr gute Mischung«)

Sind Sie das erste Mal bei einer Veranstaltung zum INSEK? 65 % ja, 35 % nein

Was verbindet Sie mit dem Stadtteil? 25 % Ich lebe hier, 31 % Ich arbeite hier, 15 % Ich lebe und arbeite hier, 29 % Ich bin ab und zu hier

Sind Sie tätowiert? 6 % ja, 94 % nein

Die Spannung steigt. Es hat mir Spaß gemacht, abzustimmen. Nun beginnt die Vorstellung des Stadtteils. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sei mit 39 % im Vergleich zur Gesamtstadt mit 12 % höher, auch die Zahl der Arbeitslosen und der Langzeitarbeitslosen sei hoch, es gebe deutlich mehr SGB-II-Bezieher_innen als in der gesamtstädtischen Betrachtung. Diese Zusammensetzung

zung spiegelt sich im Publikum nicht wider. Eine junge Frau mit Kurzhaarfrisur, buntem kurzen Rock und bequemen Lederstiefeln läuft durch die Reihe und versucht, so wenig wie möglich zu stören, während sie mit einer schwarzen Digitalkamera fotografiert. Sie trägt einen Nadelpilz am Handgelenk, an dem unzählige Pinnadeln angebracht sind. Sie blickt sehr offen und freundlich, unterhält sich flüsternd und mit breitem Lächeln ganz kurz mit einer der Anwesenden in der letzten Reihe.

Die Beteiligung an der Evaluation des Stadtteilentwicklungskonzeptes laufe nun auch über Beteiligung mittels des Votings, so die Fragenstellerin. Hier solle man als Erstes seine Meinung äußern zur Frage »Was ist beim Thema Bildung aus Ihrer Sicht für [Name des Stadtteils] wichtig?« Es gibt acht Antwortmöglichkeiten und man könne auch mehrere anklicken. Die TED-Zeit beginnt. Die Kollegin, die vorhin mit dem Bringen des Wasserglases assistierte, merkt an, dass das nicht gehe: es ginge nicht, mehrere Antworten an dieser Stelle zu geben, das hätte man dann anders programmieren müssen. »Ach so, ich dachte ich hätte das so verstanden, dass das geht«, meint die Fragenstellerin. »Dann haben zwei blonde Frauen über Technik sinniert und es nicht verstanden«, meint die Kollegin von der Seite. Sie trägt als Einzige tatsächlich blonde Haare. Die Fragenstellerin lenkt das Publikum darauf, dass trotzdem die Fragen so weitergestellt würden und geht nicht weiter auf das Thema ein. Eine Reihe von Fragen folgt, bei denen man zwischen vier und sechs Antworten wählen kann, z.B. »Funktioniert die Kooperation von Schulen/Kitas und anderen Akteuren aus Ihrer Sicht?«, »Wie bewerten Sie den Zugang zu Informationen und Angeboten der Gesundheitsvorsorge?«, »In welchem Bereich der Gesundheitsförderung brauchen wir mehr Angebote?« oder »Wie schätzen Sie die Qualität und Vielfalt in der Nahversorgung im Stadtteil?«. Mehrere junge Leute verlassen einzeln nach und nach den Raum. Weitere Fragen werden gestellt, z.B. »Zur Unterstützung Arbeitssuchender braucht es Ihrer Meinung nach...«, »Mit Blick auf nachbarschaftliche Aktivitäten [...] wie erleben Sie den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil?«. Bezüglich dieser Frage antworten 43 % mit »gut vernetzt und engagiert«, 35 % wünschen sich eine bessere Vernetzung. »Hab ich mir doch gedacht, dass hier die Engagierten sind«, kommentiert sie dazu. Eine letzte Frage notiere ich mir noch: »Welche Zielgruppe braucht am ehesten Unterstützung, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen?«. Hier antworten 14 % mit »Kinder und Familien«, 3 % mit »Senioren«, 5 % mit »Menschen mit Behinderung«, 59 % mit »Menschen mit geringem Einkommen« und 19 % mit »Menschen mit Migrationshintergrund«. Die Zahl der Teilnehmer_innen am Voting wird mit der Zeit etwas weniger und liegt teils bei 32 Stimmen. Die Fragenstellerin wartet stets darauf, ob sich die Zahl der Teilnehmenden noch erhöht. Vereinzelt steigt die Zahl dann doch noch einmal um ein oder zwei Stimmen. Generell wird es aber immer weniger. Sie nimmt es hin, ohne es weiter zu thematisieren. Obwohl die Abstimmung noch weitergeht, stehe ich von meinem Stuhl auf und versuche, mich so leise wie möglich aus dem Raum zu entfernen.

Ich empfinde es mittlerweile als anstrengend, an diesem TED teilzunehmen. (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 109–172)

Die elektronische Abstimmung soll dazu dienen, das aktuelle Stadtteilentwicklungskonzept zu evaluieren und anzupassen. Es kann angenommen werden, dass die Fragen, zu denen abgestimmt wird, einen inhaltlichen Bezug zu Schwerpunkten des bestehenden Konzeptes aufweisen und deren Antworten – bestimmt durch das Voting der Anwesenden – das Konzept weiterqualifizieren sollen. Ob und wie das vorgenommen wird und auch, wie das bestehende Konzept aussieht, ist den einführenden Aussagen der Moderatorin nicht zu entnehmen. Es wird implizit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem neu anzupassenden Konzept und dem Abstimmungsverhalten hergestellt. Nehmen die Teilnehmer_innen also an, dass die professionellen Akteur_innen die Veranstaltung organisieren, um deren Mitwirkung oder sogar Mitentscheidung zu fördern, könnten sie den Eindruck bekommen, die TED-Abstimmung sei ein innovatives Tool zur Erreichung dieses Ziels. Bei genauerem Hinsehen gibt es jedoch keine erkennbaren methodischen Bezüge zwischen der Überarbeitung des Konzeptes und der TED-Befragung: Die Fragen sind abstrakt und auch komplex, sodass es schwer vorstellbar ist, wie eine Antwort sich konkret auf das Konzept auswirkt. Ein Beispiel: »Funktioniert die Kooperation von Schulen/Kitas und anderen Akteuren aus Ihrer Sicht?« Die Auswertung dieser Frage ist problematisch, weil mit dem Ergebnis ein Durchschnittswert erzielt wird (z.B. »eher gut«), der nicht aussagekräftig ist. Allein die Frage ist mehrdeutig: Wenn jemand die Kooperation von Schule mit Kita als gut, aber von Schule mit Jugendarbeit als schlecht einschätzt – was soll dann für eine Taste gedrückt werden? Es ist zudem nicht vorgesehen, über das Fragedesign zu diskutieren.

Es hat anfänglich Spaß gemacht, mitzutippen. Die Freude nahm mit der Anzahl der Fragen jedoch ab. Es ist anzunehmen, dass nicht nur meine Freude im Verlauf der Befragung geringer wurde – die Zahlen (anfänglich 47 Votierende, zwischenzeitlich dann 32) weisen darauf hin. Möglicherweise verließen auch deswegen einige der Anwesenden, mehrheitlich junge Leute, den Raum. Der Eindruck der Innovativität durch Technikeinsatz in partizipativen Verfahren, der Spieltrieb der Anwesenden und die Adressierung der Anwesenden als kompetent, das Konzept zu bearbeiten, dürften die Bereitschaft, das Keypad auszuprobieren, erhöht haben. Dennoch verweist die Abstimmung mit den Füßen (das Verlassen der Situation) und mit den Fingern (das Aussetzen des Antwortens) auf Praktiken der Nicht-Nutzung, denen Momente der Kritik inne sind. Dieses indirekte Feedback zum Prozess kann in der Dokumentation zur Veranstaltung, wenn überhaupt, nur errahnt werden.

Fraglich ist ferner, wie damit umzugehen ist, dass die Teilnehmenden an der TED-Abstimmung die Einwohner_innenschaft des Stadtteils nicht repräsentieren und es auch insofern zwangsläufig zu Verzerrungen in der Interpretation der Ergeb-

nisse kommt. Der Stadtteil, um den es geht, wird als marginalisierter Stadtteil gerahmt, weil z.B. die Zahl der Bezieher_innen von Transferleistungen höher ist als im weiteren Stadtgebiet. Wie die Befragung selbst zeigt, spiegeln die Anwesenden jedoch keinen Querschnitt der Bevölkerung wider. Zudem sind viele der Anwesenden eben keine Alltagsakteur_innen, sondern sind aus beruflichen Gründen involviert. Sie votieren von einem vornehmlich professionell motivierten Standort. Deren Abstimmungsverhalten bezeugt damit weniger die eigene »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) aus einer Alltagsperspektive, sondern passt sich in in professionelle Routinen und institutionelle Arrangements. Die Narrative hinter dem Voting sind überdies nicht nachvollziehbar, werden nicht abgefragt – und scheinen auch nicht wichtig.

Die Materialität des Technikeinsatzes bringt auf eine spezifische Art Mitwirkungsbereitschaft der Teilnehmenden hervor. Nicht nur macht es zunächst Spaß, das Gerät auszuprobieren; die Abstimmung via TED simuliert auch eine Mitbestimmungsrealität, als gäbe es die direkte Möglichkeit, am Konzept mitzuwirken. Unter der Perspektive, dass Situationen veranstalteter Partizipation als Konfliktarena gerahmt werden, erscheint das Medium TED hier als Instrument, mittels Technikeinsatz Partizipation zu simulieren, gleichsam den Aufmerksamkeitsfokus jedoch von potenziellen Verteilungskämpfen und kritischen Themen abzulenken.

8.2.3 Die Motzkiste als Instrument der Einhausung von Kritik

In den sozialen Arenen veranstalteter Partizipation kommt es immer wieder zu öffentlich artikulierter Kritik am Format vonseiten der Teilnehmenden. Die Kritik führt in der Regel jedoch nicht dazu, dass in der Situation ein Diskurs über das Format in Gang gesetzt wird. Häufig wird die Kritik an einen anderen Ort verlagert, um den Ablauf der Veranstaltung nicht zu irritieren. Im Folgenden soll ein Blick in die Praktiken der Bearbeitung von Kritik geworfen werden, die eine ganz spezifische Materialität aufruft: die Motzkiste.

Das folgende Beispiel entstammt einem Forum, im Rahmen dessen Zukunftsvisionen zum Verkehr in der Stadt gesammelt werden (siehe dazu auch Abschnitt 8.1.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipationspraxis«). Nachdem eine ganze Weile ein Akteur der Verkehrsplanung eine Präsentation gehalten hat, leitet die Moderatorin der Veranstaltung zum nächsten Programmpunkt über: der Pause. Diese sei da zur Stärkung bei Kaffee und Kuchen, um sich dann in die Workshops zu begeben. In diesem Moment reckt ein Mann im Publikum merklich und andauernd den Arm. Als die Moderatorin ihn sieht, erteilt sie ihm mit einem knappen Handzeichen das Wort, etwas zögerlich, denn eigentlich hat sie den Teilnehmenden ja die verdiente Pause angekündigt.

Er erhebt sich von seinem Stuhl, nimmt das Mikro und spricht mit dem Blick auf das Podium gerichtet. Es sei für ihn wichtig noch vor der Pause, bevor man dann in die Workshops gehe, »einen Kommentar zum Format zu geben«. »Lokale Intelligenz mobilisieren – das kann sie gut«. Er führt aus, dass hier Leute eingesammelt werden können, ihr Wissen »angezapft« werden kann. »Was die Veranstaltung glaube ich nicht kann, ist die große Weichenstellung.« Daher sei sein Vorschlag, »wirklich konkrete, größere Formate« zu entwickeln, die »Stakeholder, Wirtschaft und Planer zusammen bringen«. Er spricht flüssig und selbstsicher und gestikuliert hier und da mit seinen Händen, recht ruhig. Ein zweiter Aspekt sei ihm wichtig. Der Aspekt der Nachhaltigkeit verbiete es, nun noch weiter über ein bestimmtes und vieldiskutiertes Bauprojekt der Stadt zu sprechen. Die Moderatorin wirkt währenddessen etwas unruhig, sie schwingt in kleinem Radius von einem zum anderen Bein, deutet ein stimmloses »Ja, ja, ja« an. Als er verstummt, wirft sie prompt und deutlich ein: »Sie haben das Stichwort gegeben, wir haben die Motzkiste mitgebracht. Anregungen können dort gern herein.« Die Moderatorin zeigt auf einen kleinen Tisch, auf dem eine Pappkiste steht. Auf dieser ist mit deutlicher Handschrift in großen Buchstaben »Motzkiste« zu lesen. Diese hat oben einen Schlitz, in den man Zettel stecken kann. Oben auf der Motzkiste steht eine etwa zwanzig Zentimeter große rote Figur, vielleicht das Motzmonster? Es hat den Mund schief aufgerissen, die spärlichen Zähne stehen unregelmäßig darin. Man kann bis in den Rachen schauen. Es hat eine ausgeprägte Zornesfalte auf der tiefgezogenen Stirn. Die großen Augen mit großen schwarzen Pupillen blicken grimmig nach vorn. Zwei kleine Ärmchen links und rechts des Pappkörpers scheinen wild zu gestikulieren. Es tuttert und ätzt und motzt. Links und rechts zu seinen Füßen stehen ein Bus und eine Straßenbahn, bunt angemalt, aus Pappe. Die Moderatorin meint, es wäre vielleicht eine eher kindlich anmutende Ansprache mit der Motzkiste, aber sie wäre da, um Kritikpunkte zu sammeln und »von daher kann ich Sie nur herzlich bitten, von dieser Gebrauch zu machen«. Während sie dies in Richtung des Teilnehmers sagt (der nicht hinschaut) zieht dieser die Mundwinkel nach unten und legt den Kopf ein wenig zur Seite in Richtung seines Nachbarn. Die Moderatorin läutet die Pause ein und verweist auf die daran anschließende Arbeit in den Räumen, deren Ort man auf einer Pinnwand im Eingangsbereich lesen könne. (Ausschnitt aus dem Protokoll »Vision«: Z. 105–127)

Im Folgenden soll der Umgang mit Kritik in der Situation insbesondere in materiel-ler Hinsicht beleuchtet werden. Der Teilnehmer hat sich kurz vor der Pause noch eine Öffentlichkeit für seine Kritik verschafft (»Lokale Intelligenz mobilisieren – das kann sie gut«, »Was die Veranstaltung glaube ich nicht kann, ist die große Weichenstellung«) und Vorstellungen für ein in seinen Augen gutes Format artikuliert (»wirklich konkrete, größere Formate«, »Stakeholder, Wirtschaft und Planer zusammen bringen«). Wenn eine Moderation jemandem das Wort erteilt, ist stets ungewiss, welcher Art der Redebeitrag sein wird. Dieses Risiko, noch dazu kurz vor der

Pause, ist die Moderatorin hier eingegangen. Der Verweis auf die Motzkiste ermöglichte, die Kritik umzulenken und in der Ablaufplanung weiter verfahren zu können.

Die Motzkiste mutet recht kindlich an – ein starker Verweis auf die Formsprache der Kinder- und Jugendpartizipation, in der sie meist zum Einsatz kommt (z. B. im Beschwerdemanagement). Sie transportiert, dass mit Kritik grundsätzlich gerechnet wird und auch, dass emotional vorgetragene Kritik keine Unbekannte in Situationen veranstalteter Partizipation ist. Der eigentliche Sinn einer Motzkiste ist es, einer spezifischen Öffentlichkeit einen geschützten Raum zu bieten, sich zu äußern. Es geht um die Öffnung von Diskursen und die Bereitstellung einer Kommunikationsmöglichkeit. Mit einer Motzkiste sollen die Zugangshürden für kritische Meinungsäußerung flach gehalten werden. Wer eine Motzkiste nutzt, kann anonym und in eigenen Worten die Meinung (schriftlich) kundtun. Es geht um die Sichtbarmachung von Kritik und Bedürfnissen einer spezifischen Gruppe – in deren alltäglicher Sprache. Ziel ist es ferner, dieses Alltagswissen in einen (politischen) Diskurs einzuspeisen. So sammelte etwa die »Aktion kritischer Schüler_innen« österreichweit in mehreren Städten mit einer Motzkiste Anliegen, Probleme, Wünsche und Beschwerden. Die Praktik des Motzens wurde hierbei im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Aktivierung politisch produktiv gemacht: Wenn sich Schüler_innen über das Schulsystem und dessen Probleme beschwerten, würde das von Lehrpersonen, Eltern oder Politiker_innen als Jammern oder Motzen abgetan. Die Schüler_innen deuteten dies um und wollten das Motzen ernst nehmen – mit einer Motzkiste.² Dabei wurde eine Masse an thematisch spezifischen, aber alltagssprachlich gebundenen Kritiken und Äußerungen zum Schulsystem gesammelt, die dazu genutzt wurde, Druck auf die politische Ebene auszuüben. Ohne das Ziel, das Produkt – das geballte »Motzwissen« – dafür zu verwenden, Verbesserungen im Sinne der Befragten zu erzielen, verlöre die Motzkiste jedoch ihren spezifischen Zweck und ihre politische Produktivität. Während im Beispiel der kritischen Schüler_innen das Motzen als etwas Sinnvolles und Wichtiges dargestellt wurde, weil es wertvolles Wissen akkumulierte, erscheint das Motzen in der beschriebenen Situation als eine Praktik, die einen subjektiven Standpunkt spezifisch platziert. Die Motzkiste wird zum Mittel der Kanalisierung einer den Ablauf beeinträchtigenden Kommunikationsform: Die Kritik soll in der Situation nicht öffentlich artikuliert und damit nicht für alle hörbar werden. So wird ihr die Möglichkeit entzogen, Teil der situierten Meinungs- und Willensbildung zu sein und es ist unklar, ob die Kritik im Nachgang veröffentlicht und bearbeitbar wird. Dies erklärt die Moderatorin nicht. Der Kritik wird ein besonderer Ort zugewiesen, was als Mittel, den Dissens zeitlich und räumlich einzuhausen, strategisch sinnvoll für die professionellen Akteur_innen in der Situation sein dürfte.

2 Siehe dazu https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160920_OTS0073/aktion-kritischer-schuelerinnen-startet-mit-motzbox-tour (zuletzt geprüft am 14.05.2024).

Die Figur, die auf der Motzkiste steht (im Folgenden: Motzmonster), ist rot – eine Farbe, die allgemein mit Emotionalität assoziiert wird. Die Figur schaut grimmig und fokussiert mit heruntergezogenen Augenbrauen nach vorn. Der aufgerissene Mund verheißt die Artikulation von Kritik in einer Form, die nicht sachlich und ruhig ist, sondern wütend. Es sind emotional konnotierte Artikulationen, die auf Kritik aus einer Position der Betroffenheit rekurren. Die kleinen Ärmchen links und rechts stehen in einem schiefen Verhältnis zur Wichtigkeit des Körpers. Sie wirken wie kümmerliche Fortsätze, die im Moment des machtlosen Fuchtelns eingefroren sind. Das Motzmonster schimpft, hat aber keine körperliche, im Gegenständlichen wurzelnde Kraft. Es nutzt gewaltige Worte, aber scheint keine Ressourcen zu haben, das umzusetzen, wofür es sich einsetzt. So wirkt es fast schon bemitleidenswert. Mit der Figur auf der Motzkiste kann analytisch eine Parallele zur Konstruktion des sog. Wutbürgers gezogen werden. Die Kritik, die er oder sie äußert – etwa im Rahmen eines Planungsprozesses – sowie die Art und Weise, wie dies passiert, werden diskursiv als Herausforderung für die Organisator_innen markiert und negativ konnotiert. So ist grundsätzliche, radikale Kritik im konsensorientierten Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung schwer bearbeitbar. Hinzu kommt die wütend-emotionale, anklagende und von persönlicher Betroffenheit geprägte Art der Artikulation von Kritik: Sie steht im Spannungsverhältnis zur von Rationalität geprägten Sphäre von Politik und Verwaltung, in der (wie es die feministische Kritik überspitzt formuliert) »Emotionen und Geschlecht [...] beim Betreten des öffentlich-politischen Raumes abzulegen [seien] wie ein Mantel« (Sauer 1997: 3), den man an der »Emotionsgarderobe« (ebd.: 3) abgeben müsse. Dabei hat die Konstruktion des Wutbürgers eine Funktion für die Planungsebene. Er bietet die Möglichkeit, sich von der angenommenen singulären Betroffenheit abzugrenzen und die Orientierung am Allgemeinwohl zu betonen. Ebenso wie die NIMBYs ist der Wutbürger eine prägnante Figur im Partizipationsdiskurs, der Planungsprozesse herausfordert, sie verzögert, erschwert und sich ggf. erst dann zu Wort meldet, wenn die Planungen weitgehend abgeschlossen sind – mithin also zeitlich, inhaltlich und bezogen auf die Art der Kommunikation nicht in Passung zu Planungs- und Verwaltungsroutinen geht.

In Anbetracht dessen, dass die Kritik des Teilnehmers am Format wenig unsachlich vorgetragen wurde und die Rede auch nicht als besonders wütend bezeichnet werden kann, irritiert es, sie in die Motzkiste verlagern zu wollen. Es kann angenommen werden, dass die Moderatorin so mit dem Ablauf reibungslos fortzufahren gedachte. Darüber hinaus konnte sie am konkreten Beispiel in die Funktion der Motzkiste einführen, auf die sie vorher noch nicht eingegangen war. Durch ihre Rolle als Moderatorin muss sie auf die Wortmeldung reagieren und die Spannung ausagieren, die sich zwischen dem Startsignal für die Pause und der Interruption durch das Aufmachen der Kritik ergeben hat. Sowohl der Teilnehmer als auch die Moderatorin führen hier vor, wie Ordnung in Situationen der Kritik hergestellt wird. Die

anderen Anwesenden ›lernen‹ damit, wie mit Kritik umgegangen wird, nämlich in Form des Einhausens in einem materiellen Ort und damit verbunden der situativen Nicht-Thematisierung. Die Weiterführung des Ablaufes wird hier bedeutender gemacht als das kritische Feedback.

8.3 Zur Materialität der Moderationsmethode

Situationen veranstalteter Partizipation sind, wie bereits gezeigt werden konnte, methodisch gestaltet. Besonders jedoch ist die Moderationsmethode hervorzuheben. Sie dient dazu, kollaboratives Arbeiten zwischen Menschen zu unterstützen. Die Moderationsmethode setzt auf das mehrschrittige Sammeln, Visualisieren, Ordnen und Gewichten von Ideen, Problemen, Sichtweisen etc. auf einzelnen Papierkärtchen (in Abwandlungen auch digital, auf Tischtüchern etc.).³ Indem der Fokus auf das kollektive, vernetzte Wissen gelegt und nicht vorab strukturiertes Wissen abgefragt wird, sollen kreative Potenziale besser genutzt werden. Zudem wird angenommen, dass aufgrund des kooperativen Stils auch die Identifikation der Beteiligten mit dem Prozess erhöht und die hierarchischen Strukturen aufgelockert werden (zum Zusammenhang zwischen Beteiligungs- und Lernprozessen siehe etwa Säck-da Silva 2009: 165ff.).

Die Moderationsmethode wird in der Praxis häufig adaptiert und abgewandelt. Ohne also die exakte Methode zu meinen, wird sich im Folgenden auf die Arbeitsweisen der Moderationsmethode bezogen, insbesondere auf das Sammeln, Verschlagworten, Systematisieren und Visualisieren mittels Moderationskarten und der dazugehörigen Materialien. Sie dienen dazu, Antworten und Gedanken, Ideen und Kritikpunkte zu einer spezifischen Frage in der Situation für die Anwesenden schriftlich zu synchronisieren und zu veröffentlichen. Auch, um einen Prozess zu dokumentieren, erweisen sich Moderationskarten als dienlich. So sind Fotodokumentationen in der Praxis weit verbreitet, in denen nach Veranstaltungsende abfotografierte Pinnwände mit beschrifteten und geclusterten Moderationskarten die Ergebnisse festhalten. Moderationskarten in verschiedenen Farben und Formen, Marker, Pinnadeln und Klebepunkte, meist verpackt in gut sortierten Moderationskoffern, gehören zu den essenziellen Materialien der

3 Die Moderationsmethode, auch als Metaplan-Methode bezeichnet, geht zurück auf die Brüder Eberhard und Wolfgang Schnelle, die als Organisationsberater eine Lösung dafür suchten, das Wissen der Mitarbeitenden nicht linear, sondern vernetzt fruchtbar zu machen. Die damit einhergehende Enthierarchisierung des Wissenszugangs stellte sich nicht nur als förderlich für die Entwicklung von Innovationen heraus, sondern erwies sich gleichermaßen produktiv für eine partizipativere Organisationsstruktur (zur Geschichte visualisierter Diskussionsführung siehe Kühl 2002).

Partizipationsszene. Sie sind die materialisierten Symbole des Partizipationsdiskurses in der Praxis. Sie sind »auf eine für sie spezifische Weise in den Vollzug von Praktiken involviert« (Hirschauer 2004: 75) und sind somit am *doing participation* in Situationen veranstalteter Partizipation unmittelbar beteiligt.

Im Folgenden werden zwei empirische Beispiele analytisch aufgeschlüsselt, in denen die Nutzung von Moderationskarten eine wichtige Rolle spielt. Vor dem Hintergrund der Frage nach den Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten der Alltagsakteur_innen wird reflektiert, wie die Materialität der jeweiligen Situation an der Behinderung dieser Möglichkeiten beteiligt ist – wenn auch in je anderen Nuancierungen und Settings.

8.3.1 Invisibilisierung von Alltagsakteur_innen: Das Beispiel eines Top-down-Verfahrens

Zu lesen ist im Folgenden der Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung bezüglich eines Sportplatzes, der direkt angrenzend an eine kleine Einfamilienhaussiedlung gebaut werden soll. Mit der Veranstaltung werden vornehmlich die Anwohner_innen adressiert. Der Raum für die Veranstaltung wurde umfänglich umgestaltet und es wird ein breites Arsenal verschiedenster Materialien (von Präsentationstechnik über Pinnwände, Moderationsmaterial bis hin zu Keksen und heißen und kalten Getränken) aufgefahren. Der Bau des Sportplatzes ist umstritten. Eine Anwohner_inneninitiative hat sich gebildet, die den Planungsprozess scharf kritisiert. Das Treffen findet an einem Werktag abends um 18 Uhr in der Cafeteria einer sozialen Einrichtung in unmittelbarer Nähe zum geplanten Sportplatz statt. Die Veranstaltung dient sowohl der Information über den Stand der Planungen als auch der Diskussion der von den Anwohner_innen ins Spiel gebrachten alternativen Standortvorschläge für den Sportplatz sowie dem Austausch zu diversen Gutachten zum Bau. Neben 13 Anwohner_innen sind auch sechs mit den Themen des Planungsprozesses befasste Verwaltungsmitarbeiter_innen sowie Vertreter_innen des Fußballvereines (der den Platz nutzen will), Ansprechpartner_innen des Trägers der sozialen Einrichtung, in denen die Veranstaltung stattfindet, sowie drei politische Vertreter_innen vor Ort. Der Ausschnitt setzt nach einer Reihum-Vorstellungsrunde aller Anwesenden ein.

Das Wort geht wieder zur Moderatorin. Sie kündigt an, nun die Vereinbarungen vom ersten Treffen mit den Anwohner_innen vorzustellen. Hinter ihr ist Platz für drei Moderationswände, die nebeneinander angeordnet sind – auf zwei von ihnen sind Pläne zu sehen – einer mit »alt« und einer mit »neu« betitelt. Auf der dritten Wand steht »Vereinbarungen und To Do«. Auf dieser sind »Aufgaben« aufgelistet: »Lichtgutachten, Naturschutzgutachten, Lärmschutzgutachten, Baugrundgutachten, Parkplätze, ÖPNV, Geh- und Radwegebeleuchtung« stehen als

Begriffe, deutlich lesbar bis in die letzte Reihe, handschriftlich geschrieben untereinander. »Auf diese einzelnen Punkte werden die Kollegen von der Verwaltung jetzt nach und nach eingehen«, sagt die Moderatorin. Damit übergibt sie das Wort einem Mann, der etwa Mitte/Ende dreißig ist. Er steht schwungvoll auf und beginnt sogleich mit seinen Ausführungen. Die Moderationswand mit dem Plan »neu« wird etwas zentraler und nach vorn gezogen. Immer wieder bezieht er den Plan mit ein, zeigt auf eine Stelle, umrahmt einen Bereich. »[...] Und von daher ist der Schallschutz hier besonders wichtig [...] Und wir sind auch der Meinung, dass die Stellplätze nicht reichen« und neue Plätze geschaffen werden müssten. Dann meldet sich der erste Anwohner zu Wort. [...] »Wer schützt'n uns?«, fragt der augenscheinlich älteste Anwohner. Der Mann ist in Jeansjacke gekleidet und sitzt in der Mitte des Raumes. »Da kommste nach Hause und die Bude is ausgeräumt. Ich wohne seit sechzig Jahren hier [...] Der Sportplatz nimmt uns alles, was wir bis hierhin verdient haben.« Ich kann ihn zwar nicht von vorn sehen, höre an seiner Stimme aber, dass er emotional sehr bewegt ist. Sie ist etwas brüchig, so als müsste er zwischendurch die Fassung bewahren. Währenddessen höre ich immer wieder ein »Genau!« und »Genau!« aus den Reihen der Anwohner_innen. Er sei 83 Jahre alt und wenn das Haus irgendwann verkauft werden würde, da würde er doch kein Geld mehr für bekommen wegen des Sportplatzes. Und was sei denn mit dem Metall im Boden, fragt er nachdrücklich, zu LPG-Zeiten sei da einiges im Boden verankert worden, was nun auf die Füße fallen könnte. »Sie meinen das Baugrundgutachten? Hmm, das kommt noch«, erwidert der Verwaltungsmitarbeiter. »Aber vielen Dank nochmal für den Hinweis, das nehmen wir gerne an«, fügt er hinzu. Die Moderatorin steht währenddessen etwas abseits in der Nähe des Tresens, auf dem geordnet Moderationskarten, Pinnadeln und Stifte liegen. Sie schreibt auf ovalen gelben Moderationskarten mit: »Baugrundgutachten wird gemacht Kontakt«. Zwischendurch verschwindet sie hinter der zentral platzierten Pinnwand mit dem Plan, um die Moderationskarten auf der hinteren Pinnwand zu platzieren. (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Anwohner_innen«: Z. 48–93)

Im Folgenden soll insbesondere der Prozess von der Artikulation des Anwohners bis zum Anheften der Karte durch die Moderatorin fokussiert werden. Dabei wird die diskursive Diskrepanz zwischen der Kritik deutlich, die durch den Anwohner zum Ausdruck gebracht wird, und dem, was im Zuge der Verschriftlichung auf der Moderationskarte daraus gemacht wird.

Während der Anwohner die Veranstaltung nutzt, um seine Kritik zu formulieren und durch den kollektiven Protest der versammelten Anwohner_innenschaft öffentlich Druck aufzubauen – also eine Öffnung des situierten Diskurses herbeizuführen, zeichnet sich dies auf der Moderationskarte nicht ab. Auf dieser steht »Baugrundgutachten wird gemacht → Kontakt«. Die Karte bezeugt, dass ein standardmäßiger Vorgang im Planungsprozess stattfinden wird und dass man einen Kontakt habe. Gemeint ist sicherlich der Kontakt zum Anwohner, der Hinweise über die

Altlasten im Boden hat. Dies ist unter drei Gesichtspunkten bezüglich der Frage, wie der situierte Diskurs entlang materieller Praktiken mitgeformt wird, analytisch relevant: Erstens findet hier eine inhaltliche Selektion statt, über die kein Einvernehmen zwischen Moderatorin und Anwohner hergestellt wird. Die Fragen des Anwohners etwa nach dem Schutz vor Einbrüchen und nach dem Wertverlust der eigenen Immobilie werden nicht übernommen. Einzig die den unmittelbaren Partizipationsgegenstand tangierende Frage nach der Prüfung von Altlasten im Rahmen des Baugrundgutachtens wird verschriftlicht. Das Wissen des Anwohners wird hier im Sinne lokaler Expertise eingeordnet und für die Planung nutzbar gemacht. Zweitens wird die Ebene der Emotionalität bearbeitet. Der Anwohner ist wütend, entrüstet sich, hat Angst vor dem Verlust der Kontrolle, fühlt sich ohnmächtig. Die mit seiner Wortmeldung transportierten Emotionen spiegeln sich jedoch nicht auf der Moderationskarte wider. Sie wurden zugunsten des für die Planung inhaltlich relevanten rationalen Arguments getilgt. Drittens hat sich auch bezüglich des Aktivitätslevels zwischen aktiv und passiv etwas verändert: Während der Anwohner im Aktiv spricht (wer schützt, du kommst, ich wohne, er nimmt), wird ihm diese Handlungsfähigkeit als Subjekt, zumindest auf der Moderationskarte, wieder genommen. Er wird dort passiv platziert als Wissensträger, der ggf. kontaktiert wird. Indem sich der Planer bei ihm für den Hinweis mit den Altlasten bedankt und seinen Kontakt aufzunehmen gedenkt, macht er ihm vielmehr zum Komplizen im Anliegen, das Planungsvorhaben umzusetzen. Der Konflikt, den der Anwohner äußert, wird jedoch diskursiv invisibilisiert. Insgesamt betrachtet, wird er im Verlauf der Moderation vom handelnden Akteur zur zu nutzenden Ressource im Rahmen des Planungsprozesses. Dies wiederum materialisiert sich auf der Moderationskarte, die nichts vom Alltagswissen des Anwohners transportiert und die Blockierung der Artikulations- und Repräsentationsmöglichkeiten des Alltagsakteurs auch materiell abbildet. Im Vollzug der Praktiken werden damit diskursiv eher die Interessen der Planung aktualisiert und betont.

8.3.2 Invisibilisierung von Alltagsakteur_innen II: Zwischen Empowerment und Verwaltungslogik

Im Folgenden geht es erneut um die Praxis des Verschlagwortens auf Moderationskarten, allerdings ist diese anders nuanciert als im ersten Beispiel. Bei der Situation handelt es sich um ein Dialog-Forum, dass sich an behinderte⁴ Menschen und deren Netzwerke richtet. Das Forum zielt darauf ab, deren politische Partizipations-

4 In der Praxis wird in der Regel der Terminus »Menschen mit Behinderung« genutzt. An dieser Stelle orientiere ich mich jedoch an der materialistischen Behindertenpädagogik (Jantzen 2003). Die intransitive Form »behinderte Menschen« weist auf das gesellschaftlich Behindert-Werden der Menschen hin.

möglichkeiten auf der kommunalen Ebene einer deutschen Großstadt zu fördern. Hier geht es darum, möglichst viele Stimmen in der kurzen Zeit zu sammeln. Es ist dabei ein Startschuss für die Neuentwicklung eines langfristigen partizipativen Formates in der Stadt. Es wird initiiert von der Verwaltung (insbesondere von den mit den Themen Behinderung und Inklusion befassten Stellen sowie den Akteur_innen, die für Beteiligung zuständig sind) und in Kooperation mit Betroffenengruppen und Akteur_innen der Sozialen Arbeit organisiert. Die folgenden Ausführungen zeigen, wie alltagsweltliche Diskriminierungserzählungen in wenigen Worten auf einer Moderationskarte verschriftlicht werden und wofür das Verschlagworten diskursiv produktiv ist.⁵ Das materielle Setting der Veranstaltung ist ein großer städtischer Veranstaltungsraum:

Auf den Punkt genau um 16.00 Uhr betrete ich den bereits gut gefüllten Veranstaltungssaal des Altbaus, der relativ klassisch mit Reihenbestuhlung und Platz für ein (nicht erhöhtes) Podium gestaltet ist. Die Stuhlreihen stehen luftig mit Platz für bewegungseingeschränkte Menschen. Im hinteren Bereich des mit Parkett ausgelegten Raumes mit den großen Fenstern stehen vier Tischgruppen plus Moderationswände, auf denen sich teils farbige Zettel befinden. Ich reime mir zusammen, dass die blaue Karte, die ich erhielt, als ich die Teilnahmeliste ausfüllte, etwas mit den farbig markierten Tischen zu tun haben muss. Ich setze mich in die hinterste Reihe an den Rand. Stühle werden von den Tischen in die Stuhlreihen getragen, um sie zu erweitern. Im Publikum sitzen zahlreiche bewegungseingeschränkte Menschen, auch einige stark eingeschränkte Menschen in joystickgesteuerten Rollstühlen sind dabei. (Beobachtungsprotokoll »Forum«: Z. 4–14)

Der Ablauf der Veranstaltung sieht einen ersten frontalen Teil und einen zweiten, dezentrierten Teil an den Tischen vor. Die Hauptmoderatorin führt die Anwesenden durch die einzelnen Programmpunkte. Nach Begrüßungsworten durch Mitarbeitende der Verwaltung leitet sie über zum eher interaktiven, zweiten Teil der Veranstaltung.

Die Moderatorin lüftet das Geheimnis, was es mit den Karten auf sich hat, noch immer spricht sie ruhig, freundlich, ihr scheint es Spaß zu machen, was sie tut. Ich empfinde sie als authentisch. Die Karten stünden jeweils für einen Tisch im »World Café«, an dem die Teilnehmenden dann Platz nehmen würden, um sich auszutauschen. Sie schließt mit den Worten: »Ich wünsche uns einen angenehmen Austausch miteinander« und »Wichtig ist, dass es kein Richtig und kein Falsch gibt [...], dass man wertschätzend miteinander umgeht« oder »[...] dass alle zu Wort kommen und Verständnis hergestellt wird, das ist ganz wichtig«. (Beobachtungsprotokoll »Forum«: Z. 62–69)

5 Teile der folgenden Ausführungen (8.3.2) sind auch in Pigorsch (2021c) reflektiert worden.

In der Situation soll die Methode des World Cafés zur Anwendung kommen. Vor dem Hintergrund des Ziels der Herstellung von Öffentlichkeit, in diesem Falle für die Belange einer gesellschaftlich marginalisierten Gruppe, erscheint sie geeignet, um kommunikative Hürden niedrig zu halten und auch jene anzusprechen, die sich bei einem frontalen Format nicht zu Wort melden würden. Dies wird bereits in den Worten der Moderatorin deutlich, als sie überleitet zu der geplanten Arbeit an den Kleingruppen-Tischen und einen angenehmen Austausch miteinander ohne Richtig und Falsch wünscht. Sie appelliert an einen verständigungsorientierten und wertschätzenden Umgang miteinander. Es impliziert gleichsam, dass dies gesellschaftlich nicht die Regel ist und ein Austausch, in dem es kein Richtig und kein Falsch gibt, etwas Gutes, vielleicht auch Neues, Innovatives darstellt. Somit konnotiert sie die Arbeitsphase in den Kleingruppen mit der Erwartung einer von Leistungsdruck entlasteten Offenheit und Neugierde. Der Austausch soll angenehm sein und als positiv empfunden werden. Die damit verbundene Vorstellung von Partizipation zeigt sich als sensibilisiert für die Härte und Sachlichkeit der politischen Sphäre. Das Format als solches scheint sich dem bewusst zu widersetzen und legt damit eine Normativität an den Partizipationsbegriff an, der mit den Diskursen zu Partizipation insbesondere in pädagogischen Kontexten oder jenen der Sozialen Arbeit in Übereinklang zu bringen ist. Denn es wird damit auch impliziert, dass alltagsweltlich gebundenes Wissen politisch ist, dass Beeinträchtigungen des Alltags nicht individualisiert betrachtet werden dürfen, sondern politisiert werden müssen. Es geht um Sichtbarmachung und die Inszenierung einer politischen Praxis, die sich der Marginalisierung von Positionen entgegenstellt. Diese implizite Normativität bewirkte eine für mich situativ spürbare Atmosphäre der Motivation. Als ich zu einem späteren Zeitpunkt ins Gespräch mit einer der Teilnehmenden komme, sagt sie, dass es wichtig sei, solche Veranstaltung zu machen, um behinderten Menschen eine Möglichkeit zu geben, öffentlich von ihren Schwierigkeiten zu sprechen, dass es wichtig sei, auch von der Politik gehört zu werden. Man müsse halt dranbleiben und sich einbringen (Beobachtungsprotokoll »Forum«: Z. 211–214).

Das World Café ist in der Partizipationsszene zu einer Art Marke geworden: wer den Terminus benutzt, teilt spezifische Assoziationen mit anderen, denen Begriff und methodische Praxis ebenfalls geläufig sind. Dies ermöglicht, dass sich z.B. eine Kommune im Wettbewerb kommunaler Partizipationsansätze – hier im Bereich der Inklusion und Teilhabe – durch die Nutzung einer spezifischen Markensprache kompetent zeigen kann. Die Methode selbst wird in der konkreten Situation übrigens in abgewandelter Form umgesetzt als es in Methodenhandbüchern sonst beschrieben wird (etwa in *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin* 2012). Die Teilnehmenden sollen nämlich nicht selbst auf Tischdecken schreiben, sondern die Verschriftlichung wird durch eine Tisch-Moderation auf Moderationskarten vorgenommen. Dies liegt vermutlich in den körperlichen Einschränkungen der Teilnehmenden sowie den engen räumlichen Möglichkeiten begründet. Und

auch die zeitlichen Möglichkeiten von einer halben Stunde limitieren die Methode. Die Abwandlungen zum ursprünglichen World Café werden in der Situation selbst nicht erklärt. Im Grunde teilt das Setting nur den Namen und den dezentrierten Ansatz mit der Methode des World Cafés, was vor dem Hintergrund der Nutzung der Markensprache als funktionales Wording gerahmt werden kann.

Im Folgenden ist ein Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll zu lesen, in dem das Verschlagnworten exemplarisch beschrieben wird. Nachdem sich die Teilnehmenden des Forums den zuvor festgelegten Tischen zugeordnet haben, ergreift die Moderatorin das Wort:

Die Moderatorin unseres World Café-Tisches schaut aufmerksam in die Runde. Sie wirkt auf mich ein wenig hektisch und startet sogleich in die Vorstellung der Themenkomplexe, zu denen gesprochen werden kann. Diese sind als Überschriften an Pinnwänden zu lesen: »Barrierefreiheit/Mobilität/Umwelt«, »Bildung, Arbeit und Beschäftigung«, »Soziale Sicherheit und Teilhabe«, »Freizeit/Sport/Kultur« sowie »Gesundheit und Pflege«. Sie fordert die Teilnehmenden auf, ihre Belange, Probleme und Fragen zu beschreiben und kündigt an, auf Moderationskarten mitzunotieren, was die wesentliche Aussage ist. Es geht los mit einer jungen Frau, die eine andere junge Frau im Rollstuhl begleitet und in ihrem Alltag unterstützt. Sie spricht von großen Schwierigkeiten, die Rollstuhlfahrer_innen im öffentlichen Nahverkehr haben. Sie hat eine unverstellte, klare Art zu sprechen und wirkt auf mich, als fühle sie sich genau am richtigen Platz: »Rollis werden teils einfach nicht mitgenommen!«. Einmal wurde sie, als sie einen gebrochenen Arm hatte, vom Busfahrer aufgefordert, die Rampe selbstständig an den Bus anzulegen. Da sie dies nicht bewerkstelligen konnte, fuhr der Bus einfach ohne die beiden weiter. Die junge Frau scheint empört, wirkt dabei aber trotzdem gelassen. Die Moderatorin fasst das Gesagte kurz zusammen – dass hier das Thema Verkehr angesprochen sei und insbesondere die Offenheit und das Verständnis des Personals der Verkehrsbetriebe gegenüber Menschen im Rollstuhl problematisch seien. Sie fragt, was sie auf die Moderationskarte schreiben soll und da nach einem kurzen Moment keine Antwort kommt, schlägt sie »zu wenig Rücksichtnahme bei (einigen) Fahrern der Verkehrsbetriebe« vor. Da die junge Frau nichts dagegen hat, schreibt die Moderatorin dies so auf. Sie steht auf und pinnt die Moderationskarte an eine Pinnwand, auf der die Oberbegriffe der Themen angebracht sind. Die Moderatorin ordnet die Karte dem Themenfeld »Barrierefreiheit/Mobilität/Umwelt« zu und setzt sich dann wieder auf ihren Platz. Eine der beiden älteren Damen im Rollstuhl (die in der Vorstellungsrunde ihr jahrelanges Engagement für Menschen im Rollstuhl kurz beschrieben hatten) kommentiert das Gesagte mit »da muss man dranbleiben«. Eine andere Frau im Rollstuhl weist auf eine Telefonnummer hin, die an den Haltestellen vermerkt sei und die man nutzen könne, um solche Dinge beim Verkehrsbetrieb zu melden. Die Runde erzählt von allein. Die Anwesenden unterbrechen sich nicht gegenseitig, sondern warten ab, bevor ein neues The-

ma angesprochen wird. Die junge Begleiterin der Frau im Rollstuhl meldet sich erneut zu Wort und merkt an, dass viele ihr ihre eigene Behinderung gar nicht ansehen würden. Sie würden sich z.B. kritisch äußern, wenn sie mit ihrer Mutter einen Behindertenparkplatz »blockieren« würde, obwohl ihr dieser ja zustehe. Die Runde der Teilnehmenden zögert, ob es Sinn macht, dies auf einer Moderationskarte zu verschlagworten. Eine der beiden engagierten Frauen neigt skeptisch den Kopf und sagt etwas, was ich nicht verstehen kann. Ihre Nachbarin nickt. Die Moderatorin bestärkt die junge Frau, zusammenzufassen, was auf einer Moderationskarte vermerkt werden könne. Sie sagt dazu nichts und schaut die Moderatorin mit kaum merklichem Achselzucken an. Auch die Moderatorin lässt sich Zeit, einen Vorschlag zu machen. Ein Mann im mittleren Alter hilft der Moderatorin mit dem Stichwort »Toleranz der Umwelt« weiter. In der späteren Dokumentation wird noch etwas dazu geschrieben, nämlich »Nicht nur Menschen im Rollstuhl haben eine Behinderung«. Die Karte wird unter die Überschrift »Soziale Sicherheit und Teilhabe« gepinnt. Es geht zügig weiter mit der Schilderung von Erfahrungen und Problemen. (Beobachtungsprotokoll »Forum«: Z. 86–119)

Im Folgenden wird gezeigt, wie Prozesse sozialer Ausschließung in der Situation hervorgebracht werden, obwohl die professionellen Akteur_innen dies nicht intendieren. Fokussiert wird, wie in diesem Format veranstalteter Partizipation durch die Nutzung von Moderationstechniken und -materialien Wissen und Deutungsangebote situativ hervorgebracht, bearbeitet und letztlich begrenzt und behindert werden.

8.3.2.1 Verschlagworten im Spannungsfeld zwischen Ermächtigung und Begrenzung

In der Sequenz spricht eine Frau, die selbst eine Behinderung hat, die für Außenstehende aber nicht unbedingt sichtbar ist. Es ist zu vermuten, dass sie einen entsprechenden Schwerbehindertenausweis hat, der ihr nach Beantragung ermöglicht, einen ausgewiesenen Parkplatz zu benutzen. Da sie aber optisch nicht als körperlich eingeschränkt wahrgenommen wird, macht sie die Erfahrung, dass ihr unterstellt wird, sie nutze diese Ressource zu Unrecht. Dies erfährt sie wiederum als Diskriminierung. Ihre Artikulation – in einer auch emotional nachfühlbaren Art und Weise mit spürbarer Empörung vorgetragen – kann als Praktik der Aneignung der Situation gelesen werden: Für die Frau scheint die Veranstaltung der »richtige« Ort zu sein, um Diskriminierungserfahrungen zu äußern und zu bearbeiten. Was dies genau heißt und bedeutet, wer die Kritik äußert und was sie vielleicht schon unternommen hat, wird allerdings nicht weiter thematisiert und auch nicht nachgefragt. Es setzt Schweigen ein, wo vorher noch reger Austausch zu vernehmen war. Diese nicht-sprachliche Praktik ist aus analytischer Perspektive interessant, unterbricht sie doch den Ablauf der Situation merklich. Was ist passiert? Die Temporalität, die

es eben noch gab – also das Nacheinander-Sprechen und Verschlagworten in recht kurzer Abfolge – wird unterbrochen. Dies kann als Unklarheit interpretiert werden, ob dies ein Thema für eine Moderationskarte ist. Und wenn es ein Thema ist, worum geht es hier? Ein für sie alltägliches Problem – die Nutzung (unter Konfliktbedingungen) eines ihr zustehenden Parkplatzes und die damit einhergehenden Erfahrungen der Diskriminierung – deutet im Grunde auf ein gesellschaftliches Problem hin, nämlich einen Rechtmäßigkeitsdiskurs, in dem ihr die Ressourcen, die für behinderte Menschen gesichert sind, in Abrede gestellt werden, weil sie nicht sichtbar und damit als äußere Zeichen nicht für alle einsehbar sind. Diese Interpretationsarbeit gelingt leichter in der analytischen Distanz, doch dort in der Situation, in der es schnell gehen muss, wird die Komplexität des Themas nicht diskursiv ausgeweitet, sondern es wird sowohl die Option übersprungen, dass die junge Frau erklärt was sie als problematisch empfindet, als auch die gemeinsame Erläuterung, was dies im Rahmen der Veranstaltung bedeutet. Stattdessen wird schnell nach einer Formulierung für die Moderationskarte gesucht. Nur wenige Schlagworte finden auf einer Moderationskarte Platz. Um diese zu füllen, setzt eine Suchbewegung ein, was auf die Karte geschrieben werden könnte. Es scheint ein komplexes Feld von Abwägungen zu sein, das sich hier eröffnet. Dieser Vorgang ist entscheidend, denn je nachdem, wozu eine beschriebene Moderationskarte dient, welche Funktion sie hat, wird sie auch anders beschriftet: Geht es um ein Forum, in dem Diskriminierungserfahrungen gesammelt werden, um diese schließlich im Rahmen politischer Selbstorganisationsprozesse öffentlich zu artikulieren, wird etwas Anderes auf der Karte stehen, als wenn das Forum dazu dient, die Themen für die nächsten Treffen zu sammeln und zu priorisieren. Die Veranstaltungsankündigung ebnet beiden Narrativen den Weg. Und auch die durch die Moderatorin artikuliert Zielsetzung, nämlich die Probleme und Interessen der Menschen mit Beeinträchtigungen zu hören und zu sammeln, lässt sich sowohl mit einer ermächtigenden Perspektive *from below* als auch mit der Perspektive koproductiven Verwaltungshandelns verknüpfen. Und so erscheint das Schweigen wie eine stille Suchbewegung in den unklaren Richtungen der Partizipation, die in der Veranstaltung aufgerufen werden. So wird diffus, welche Funktion die Verschlagwortung und damit auch die Materialität der Moderationskarte hat.

In dieser Unterbrechung der Temporalität liegt auch eine Unterbrechung der Aneignung der Situation durch die Teilnehmerin. Ihr »Raum der Repräsentation« (Lefebvre 1991) scheint nicht in das Format der Moderationskarte zu passen. Das Muster der Repräsentation, das die Veranstaltung vorschlägt, taugt nicht zur Übersetzung ihrer Erfahrungen. In diesem Moment wird wichtiger, dem vorgesehenen Ablauf, eine Moderationskarte zu beschriften und diese einem Oberthema zuzuordnen, zu folgen, als bei der Erzählung und den Erfahrungen der Frau zu bleiben. Die strenge zeitliche Taktung und methodische Gestaltung an den World Café-Tischen ist situativ mit dem Übergehen dieser Gelegenheit, dem Erfahrungswissen der All-

tagsakteurin Raum zu geben, verbunden. Die Situation ist institutionell so arrangiert, dass die Artikulationen verschriftlicht werden, dass es ein Produkt gibt, das in Form einer Pinnwand mit Kärtchen darauf präsentiert und dokumentiert werden kann. Die mit dem Ablauf betraute Moderatorin fragt nach, was auf die Karte geschrieben werden könnte. Die Frau zuckt kaum merklich mit den Achseln und scheint ratlos oder verunsichert zu sein. Auch die Moderatorin selbst macht keinen Vorschlag. Es ist nicht nur die Suche nach geeigneten Schlagworten, sondern wirkt wie eine Suchbewegung nach dem Sinn und der Funktion der Veranstaltung. Was kann auf die Karte geschrieben werden und wozu dient die Karte? Passt die geschilderte Erfahrung zum Konzept der Veranstaltung? Ist das ein Thema für dieses Dialog-Forum? Dieses ›Plausibilitätsloch‹ wird dann überbrückt und gefüllt von einem Teilnehmer, der sich selbst als kompetent einzuschätzen scheint, um hier auszuweichen. Statt in dieser ambivalenten, uneindeutigen Situationen nah an der Sprache der Teilnehmerin zu bleiben, wird der Moment aufgelöst mit dem Vorschlag, die Karte mit »Toleranz der Umwelt« zu beschriften. Die Formulierung unterscheidet sich jedoch von der Ursprungsartikulation, in der es um die Schilderung einer Diskriminierungserfahrung ging. Die Schlagworte stehen noch in loser Verbindung zur ursprünglichen Aussage, jedoch ändern sich die Richtung und der Abstraktionsgrad erheblich. Sie ziehen das Thema Diskriminierung auf eine abstrakte, den Erfahrungen enthobene Perspektive. Dabei transformiert sich der Sinngehalt in etwas politisch Handhabbares, eine Forderung an Politik und Verwaltungshandeln oder auch an die Zivilgesellschaft: Wenn die Umwelt toleranter wäre, würden Diskriminierungspraxen wie die von der Frau geschilderten, weniger werden. Das heißt der Umwelt wird Intoleranz unterstellt und die Lösung in der Umkehrung des Problems gefunden.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Formulierung mittels Substantivierungen. Die Verschlagwortung unter Nutzung von Substantivierungen führt zu einer Verdinglichung durch Enteignung der erfahrungsgebundenen, prozessualen Perspektive des Subjekts. Das Wissen wird über die Verschlagwortung vom Standort des Subjekts verschoben zu einem anderen sozialen Standort (der Umwelt). Die Formulierung als politische Forderung macht sie schließlich zu einer allgemeinen Formulierung, unter die auch viele andere Maßnahmen subsumiert werden könnten, die politisch oder auch pädagogisch anzugehen sind. Hier wird die Bearbeitbarkeit durch politische oder pädagogische Institutionen also zuungunsten der Subjektperspektive bevorzugt. Gleichsam werden Relevanzsetzungen hervorgebracht: Indem die bearbeitbare Forderung aus dem Geschilderten herausgefiltert wird, wird das Erfahrungswissen der Frau implizit abgewertet. So erfahren wir vielleicht etwas über das Politikverständnis des Teilnehmers und können erkennen, dass er die Veranstaltung als politisches Forum rahmt, jedoch entfernt die Verschlagwortung den Inhalt der Moderationskarte von der Sprecherin. Es kommt zu einer extremen inhaltlichen Verschiebung, weil die geschilderte persönliche Erfahrung situativ ih-

res Alltagsbezugs sowie ihrer Emotionalität entledigt wird. Ihre Geschichte wird unsichtbar und kann höchstens durch den nachträglich beigefügten Satz auf der Moderationskarte (»Nicht nur Menschen im Rollstuhl haben eine Behinderung«) in Verbindung gebracht werden. Hier kommt es also zu einer Enteignung der Perspektive der Teilnehmerin. Diese Praxis ist potenziell ausschließend, wenn nur eine bestimmte Form der Ergebnisproduktion hervorgebracht wird bzw. an den Ergebnissen nicht auch unter einer Perspektive *from below* weitergearbeitet werden kann. Praktiken sozialer Ausschließung können also auch dialogisch orientierten Methoden inhärent sein.

8.3.2.2 Ausschließende Effekte der Systematisierung von Moderationskarten

Die Moderationskarte (»Toleranz der Umwelt«) wird an die Pinnwand unter die Oberkategorie »Soziale Sicherheit und Teilhabe« geheftet. Moderationskarten zu clustern und so in eine Sortierung zu bringen, ist eine der Kernaufgaben der Moderation. Auf dem Dialog-Forum sind die Oberkategorien vorgegeben. Sie heißen »Barrierefreiheit/Mobilität/Umwelt«, »Bildung, Arbeit und Beschäftigung«, »Soziale Sicherheit und Teilhabe«, »Freizeit/Sport/Kultur« sowie »Gesundheit und Pflege«. Es sind Themenkomplexe, die auch im offiziellen Inklusionskonzept der Stadt verankert sind. Das Inklusionskonzept kann hier als »aktiver Text« (Smith 1998) verstanden werden, der spezifische diskursive Praktiken situativ aktiviert und materialisiert. Die Systematik der Sortierung der Moderationskarten ist passungsfähig zu den institutionellen Arrangements (Müller 2015) der Verwaltung. So können eventuelle Aufgaben direkt an Instanzen und Ansprechpartner_innen adressiert werden.

Die Moderatorin macht nicht transparent, wozu die Systematisierung dient und es gibt auch keinen Widerstand aus den Reihen der Teilnehmenden gegen die Systematisierung an sich und auch nicht gegen die Zuordnung der Karte zur Oberkategorie »Soziale Sicherheit und Teilhabe«. Weder wird die Methodik hinterfragt noch die Zuordnung erklärt. Die junge Frau erkundigt sich nicht, ob die Erfahrung, die sie eingebracht hat, zum situativ Erwünschten passt. Für sie tut es das ganz selbstverständlich und sie nimmt sich diesen Raum, was sie vielleicht nicht getan hätte, hätte sie vorab bedenken müssen, ob ihre Schilderung einer Systematik zugeordnet werden kann. Dies trägt sich fort bis in die schriftliche Dokumentation, die im Nachgang der Veranstaltung erstellt wird. Während die Moderationskarten mit den Schlagworten – durch ihre Materialität der haptischen Verfügbarkeit (man kann sie von der Pinnwand nehmen und weiter mit ihnen arbeiten) sowie die Möglichkeit, Fotos von den Pinnwänden zu machen – mit Leichtigkeit auch nach der Veranstaltung noch Präsenz zeigen, wird die Geschichte der Frau bereits nach Auflösen des Sitzkreises aus dem Gedächtnis der Veranstaltung verschwunden sein. Damit wird der Diskurs der Teilnehmerin im Sinne ihrer standortgebundenen Perspektivität in der sozialen Arena des Forums blockiert, wohingegen es professionellen Akteur_in-

nen möglich wird, verbunden über die Materialität der Situation, aneinander »anzudocken« und – in welcher Form auch immer – weiter an den Themen zu arbeiten. So bringt die Materialität eher ein Referenzieren bereits bestehender institutioneller Routinen hervor, als dass die »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) der zur Teilnahme angerufenen Alltagsakteur_innen gewürdigt wird.

8.3.2.3 Moderation als machtvolleres Scharnier

Die Moderatorin äußert nicht viel zur Frage, zu welchem Zweck die Moderationskarten systematisiert werden. Das Schweigen soll auch hier Ausgangspunkt analytischer Reflexion sein. Einerseits kann es zur Annahme verleiten, sie begegne den Teilnehmenden nicht auf Augenhöhe, weil sie nicht transparent macht, wozu das Sammeln auf Karten und deren Systematisierung dienlich sind. Vielleicht denkt sie sich, die Teilnehmenden werden fragen, wenn es Unklarheiten gibt, und dass einige auch ohne Worte schon verstehen werden, wozu dieses Vorgehen dient, vielleicht, weil sie geübt in solchen Situationen sind. Andererseits – und das ist die Erklärung, die im Folgenden näher erläutert werden soll – hat dieses Schweigen auch eine für die alltagsakteur_innenorientierte Perspektive produktive Funktion. Denn, wenn die Abwägungen, wohin die Karte kommt (Kommt sie wirklich zu »Soziale Sicherheit und Teilhabe«? Passt sie nicht viel besser zu »Barrierefreiheit/Mobilität/Umwelt«?), viel Raum einnehmen, geht einiges der knappen Zeit verloren, die dafür genutzt werden kann, noch mehr Erfahrungen und Probleme der Alltagsakteur_innen zu hören. Die Praktik des Schweigens über Sinn und Unsinn der Systematisierung kann als Ausdruck einer Abwägung der Moderatorin gefasst werden. Sie agiert damit ein Spannungsverhältnis aus zwischen einer alltagsakteur_innenorientierten Perspektive und der Arbeit an der Passung zu institutionellen Arrangements im Kontext einer zeitlich begrenzten Situation. Ihre intermediäre Rolle scheint zwischen diesen beiden Polen zu changieren. Sie muss die Ambivalenz zwischen der Öffnung des Raumes für die Alltagsakteur_innen einerseits und der Herstellung von Passungsverhältnissen zu den Institutionen, die mit den Ergebnissen weiterarbeiten, ausagieren. Beide Pole (Fachlichkeit alltagsakteur_innenorientierter Sozialer Arbeit – Fachlichkeit von Planung und Verwaltung) gehen von ganz unterschiedlichen Partizipationsverständnissen aus (Pigorsch 2022a). In ihrer Position zwischen Alltagsakteur_innen und Planung/Verwaltung versucht sie, beide Seiten zusammenzubringen, indem sie einerseits die Alltagsakteur_innen nicht durch zu viele konzeptionelle Überlegungen von Praktiken der Repräsentation und Ermächtigung abbringt. Andererseits liefert sie mit der vollen Pinnwand zum Veranstaltungsende ein Produkt ab, das den Anschein einer Bearbeitbarkeit durch Verwaltungshandeln vermittelt. Das heißt, prinzipiell ermöglicht diese Scharnierfunktion, die Veranstaltung von den verschiedenen Standorten aus zu erzählen und diesen unterschiedlichen Narrativen Geltung zu verleihen. Jedoch

wird durch das Ineinandergreifen der institutionellen Routinen und konzeptionellen Vorüberlegungen eine diskursive Praxis zugunsten der anderen blockiert.

Die Moderatorin scheint neutral zu vermitteln. Aus machtsensibler Perspektive jedoch führen die Relevanzen, die sie durch die aufgeführten sozialen und materiellen diskursiven Praktiken zugunsten institutioneller Bearbeitbarkeit setzt, zur Reproduktion einer strukturellen Asymmetrie. Dies wird zudem nicht thematisiert, was insgesamt zur Einschätzung führt, dass hier nicht von einer neutralen Moderation gesprochen werden kann. Die Rolle der Moderation bezüglich der Möglichkeiten, Alltagsakteur_innen zu Praktiken der Artikulationen und Repräsentation zu verhelfen, müsste daher in der Praxis verstärkt machtsensibel reflektiert werden.

8.3.3 Moderationsmethode und Situation zusammendenken

In den Ausführungen zur Materialität der Moderationsmethode wurde deutlich, dass Methode und Setting nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Denn auch den Situationen veranstalteter Situation, in denen häufig der Eindruck erweckt wird, durch punktuelle Partizipationsmomente könne Teilhabe ermöglicht werden, sind die gesellschaftlichen Positionierungsprozesse und Asymmetrien inhärent. Oftmals geht es paradoxerweise um die Thematisierung gesellschaftlicher Asymmetrien, ohne zu reflektieren, dass sie selbst in die Situation eingelagert sind und etwa über materielle Praktiken reproduziert werden können. Das Verschlagworten und Systematisieren reproduziert nicht automatisch Asymmetrien, sondern es ist die spezifische Situiertheit der Praktiken, die ausschließende Effekte begünstigen kann.

8.4 Dokumentation gleich mitgedacht

Zu den Routinen der Praxis veranstalteter Partizipation gehört es, zu dokumentieren. Die Dokumentation ist das zentrale Medium, mit dem transportiert wird, was ›wirklich‹ geschehen ist. Sie ist fester Bestandteil des Forderungskataloges der Auftraggebenden und Qualitätsmerkmal transparenter partizipativer Praxis. Dabei haben die zunehmenden Professionalisierungstendenzen der Partizipationsakteur_innen die Entwicklung weg von der textuellen Dokumentation hin zur anschaulichen und möglichst lebendigen Dokumentation des Prozesses befördert. Die Rollentrennung zwischen Inhalt (z.B. Planung) und Prozess (Akteur_innen partizipativer Praxis) bewirkt, dass die Dokumentation als öffentlichkeitswirksames Produkt von vornherein mitgedacht wird und entsprechende Praktiken während der Veranstaltung hervorgebracht werden.

Dokumentationen beinhalten häufig eine Reihe von Fotos. Auf der Veranstaltung selbst kümmert sich jemand um deren Anfertigung. Im Nachgang werden die

Ergebnisse fotografisch festgehalten. Es geht um das Einfangen der inhaltlichen Auseinandersetzungen auf der Veranstaltung, gleichsam werden meist auch der Prozess und atmosphärische Momente dokumentiert. Im Ergebnis entsteht ein von den dokumentierenden Akteur_innen gesteuertes ›Bild‹ der Veranstaltung, das die Situation veranstalteter Partizipation in einer spezifischen Perspektivität zeigt. Mit dieser Praxis wird – auf einer abstrakten Betrachtungsebene – der situierte Diskurs zu Wesen und Form der Partizipation symbolisiert und transferfähig gemacht in einen über die Situation hinausgehenden Raum (z.B. der Kommunalpolitik). Dabei darf das Motiv der Legitimation partizipativer Praxis (sowohl hinsichtlich des *Was* als auch des *Wie*) nicht ausgeblendet werden. Angesichts der bereits herausgearbeiteten Momente machtförmiger Einhegung von Alltagsakteur_innen in Situationen veranstalteter Partizipation, wird fraglich, wie es auf Teilnehmer_innen wirkt, wenn schon, bevor es inhaltlich wird und klar ist, ob die Veranstaltung subjektiv positiv bewertet wird oder nicht, Fotos gemacht werden, die ›Partizipation in Aktion‹ bezeugen sollen? Widerständige Impulse gegenüber einer möglichen Instrumentalisierung habe ich selbst als Forscherin erfahren und sie können auch für kritisch-distanzierte Teilnehmende angenommen werden.

Es wurden bereits die potenziell ausschließenden Effekte der Verschlagwortung und Systematisierung auf den Moderationskarten herausgearbeitet. Indem die Dokumentation wiederum nichts über das den Moderationskarten zugrundeliegende Narrativ erzählt, fragmentiert sie ein weiteres Mal die Perspektivität der Alltagsakteur_innen. Sie wird zum Diskursmedium, das die Unsichtbarkeit der Positionen der Alltagsakteur_innen reproduziert. Das Potenzial einer mit den Alltagsakteur_innen sich solidarisch zeigenden professionellen Praxis wird so abermals verschenkt bzw. geschwächt.

9 *Doing competence*

Für den Bereich der Partizipation könnte man zunächst annehmen, der Anlass und das Ziel der Bemühungen um Partizipation – etwa ein demokratisches Gemeinwesen zu gestalten – führten dazu, dass es Praktiken der Hervorbringung von Ungleichheit und Ausschließung dort nicht gibt. Das Ausprobieren von als demokratisch antizipierten Praxisformen lässt anderes als eine Praxis des *doing difference* (West/Fenstermaker 1995) und damit einhergehend des *doing inequality* (Behrmann et al. 2018) vermuten. In programmatischen Texten und O-Tönen professioneller Akteur_innen wird zudem immer wieder die Realisierung einer inklusiven Praxis emphatisch betont. Empirisch jedoch fällt auf, dass sich die Heterogenität der Adressat_innen in der Zusammensetzung der Teilnehmenden – in Top-down- wie auch in intermediären Formaten – nicht widerspiegelt. Es wird versucht, dem Bias etwas entgegenzusetzen, doch trotz Bemühungen kommen tendenziell eher die »üblichen Verdächtigen« (In-vivo). Die Umsetzung professioneller Ziele stößt in dieser Hinsicht an Grenzen.

Während häufig gefragt wird, was die Praxis tun kann, um sich noch mehr zu öffnen, wird hingegen seltener gefragt, inwiefern die Praxis an der Reproduktion sozialer Ausschließung selbst beteiligt ist. Im gegenwärtigen Partizipationsdiskurs ist die Dimension der Ausschließung nicht als Pendant zur Partizipation (analog zu Inklusion/Exklusion) angelegt (Ahrens/Wimmer 2014), was zur Ausblendung von Mechanismen der Ausschließung führen kann. Im Folgenden steht die soziale Ausschließung über Praktiken der Differenzierung, das *doing difference* zwischen sozial unterschiedlich positionierten Subjekten in Situationen veranstalteter Partizipation im Vordergrund. Der Blick richtet sich auf empirische Beobachtungen sprachlich und körperlich vermittelter sozialer Differenzierungspraxis. Dabei geht es nicht darum, die Praktiken mit hierarchisierenden oder diskriminierenden Einstellungen einzelner Akteur_innen vor Ort in Verbindung zu bringen, sondern um das Herausarbeiten der ausschließenden Effekte, die sich durch die spezifische Situiertheit von Praktiken ergeben.

Der Begriff *doing* steht für die Gemachtheit sozialer Ordnung und einhergehende Differenzierungspraktiken. Damit verknüpfte Differenzkonstruktionen sind stets mit Bedeutungen und auch Bewertungen aufgeladen und können gleichsam

Praktiken der Homogenisierung und Reproduktion von Ungleichheit darstellen. Wenn im Folgenden von *doing competence* gesprochen wird, bezieht sich dies auf die Mikro-Ebene der Interaktion, die als gleichsam strukturiert durch institutionelle und gesellschaftliche Arrangements gefasst wird. In der Rekonstruktion und Problematisierung wird es gleichsam dekonstruiert (*undoing*). So werden Konstruktionen von Differenz »als hergestellt verständlich [...] und sie können zugleich unterwandert und destabilisiert werden« (Eggers o.J.: o.S.). Der Begriff des *doing* betont die prozessuale Perspektive, wie dies *in situ* und *in actu* vollzogen wird.

In der Praxis ist die Frage der »Kompetenz für Partizipation« ein relevantes, aber weitgehend implizit verhandeltes Thema: Was muss man mitbringen, wenn man sich in Situationen veranstalteter Partizipation bewegt? Welches Wissen und welches Können sind gefordert? Wozu ist jemand fähig und wozu wird er befähigt? Analytisch relevant gemacht wird hier die Frage, was in der Praxis von wem als relevantes oder weniger relevantes Wissen und »Können« verhandelt wird. Situiertere Differenzordnungen verstricken das zur Partizipation angerufene Subjekt in ein Widerspruchsverhältnis: Der Raum ist offen für alle – jede_r ist willkommen –, aber wenn du da bist, verhalte dich in einer spezifischen Weise. Wie dies hervorgebracht wird und inhaltlich bestimmt werden kann, steht im Fokus dieses Kapitels. Es stellt Ergebnisse zur im analytischen Prozess herausgearbeiteten Figur des *doing competence* vor, welche das prozessual hergestellte, symbolisch vermittelte und hegemonial produktive Selbst- und Fremdeinschätzen von Fähigkeiten zur Mitwirkung in Situationen veranstalteter Partizipation in den Blick nimmt (siehe dazu auch Pigorsch/Rothmaler 2021). Dazu werden zunächst Anrufungspraktiken als kompetentes Subjekt beleuchtet, woraufhin die Rolle der Moderation in den Blick genommen wird, um schließlich anhand eines »Super-Bürgers« (In-vivo) zu rekonstruieren, welche Fähigkeiten den Teilnehmenden in top-down-Prozessen implizit abverlangt werden und was passiert, wenn sie diesen Regeln nicht folgen.

9.1 Die Anrufung als kompetentes Subjekt

Um Menschen für die Teilnahme an Formaten veranstalteter Partizipationspraxis zu gewinnen, bedienen sich die Organisator_innen einer positiven Ansprache. Sie werden als kompetente, also fähige Subjekte gerahmt, die mit ihrem Alltagswissen und ihrer sozialräumlichen Expertise das Partizipationsformat inhaltlich qualifizieren. Auf Plakaten, Flyern und Einladungen für Veranstaltungen werden die potenziellen Teilnehmenden stets positiv konnotiert und ihr wertvolles Wissen oder auch ihre Meinung werden als relevant für das Gelingen der Praxis hervorgehoben. So finden sich Slogans wie »Stadtplanung braucht Sie!«, »Gemeinsam Stadt machen!« oder »Deine Meinung zählt!« auf Werbematerialien zu Veranstaltungen. Die Anrufung als kompetent ist eine zentrale Praxis, um Menschen zur Teilnahme zu

motivieren. Das programmatische Narrativ der Formate, die im Rahmen der Forschung besucht wurden, ist untrennbar mit der Betonung des Werts alltagsorientierter und lebensweltlicher (sozialräumlicher) Expertise verbunden. Aus Verwaltungssicht werden Alltagsakteur_innen auch als kompetent gerahmt, weil sie durch ihren Blick als Nutzer_innen am besten wissen, wie etwas geplant werden soll, das den Bedürfnissen der zukünftigen Nutzer_innen entspricht. Wer Planungen partizipativ gestaltet, so die Argumentation, erziele passgenauere Ergebnisse, mit denen sich die Nutzer_innen identifizieren können und die auf lange Sicht betrachtet weniger vandalismusanfällig sind und weniger Kosten verursachen. Dieses rationale Motiv der Nutzung von Alltags- und Nutzer_innenexpertise jedoch formiert und platziert das Subjekt der Alltagsakteur_innen in einer spezifischen Weise.

Gemäß der Konzeption der »Subjektanrufung« von Althusser (Althusser 1977: 140ff.) gibt es »Ideologie nur durch das Subjekt und für Subjekte« (ebd.: 140). Er betont, »daß die Kategorie des Subjekts nur insofern konstitutiv für jede Ideologie ist, als jede Ideologie die (sie definierende) Funktion hat, konkrete Individuen zu Subjekten zu ›konstituieren‹« (ebd., Herv. im O.). Das heißt »[n]icht der ›Ruf‹, sondern die mit ihm verbundene Möglichkeit zur Identifikation bzw. das Wiedererkennen im Anrufungsakt – als Selbsterkenntnis – stellt die konstitutive Bedingung für die Subjektwerdung dar« (Ott 2011: 62). Die Einladungen und Flyer, gehalten im Duktus der Offenheit, machen ein spezifisches Subjektivierungsangebot als kompetente Teilnehmer_innen. Die Praktiken der Anrufung stellen so eine Verknüpfung her zwischen den kommunalen Bemühungen um mehr Partizipation und dem Anrufungssubjekt. Diese Anrufungen, sich in einer spezifischen Weise kompetent zu verhalten, sind diskursiv hervorgebrachte Konstruktionen, die in der Situation performativ wirken – etwa, wenn jemandem Kompetenz situativ zu- oder eben (implizit oder explizit) abgesprochen wird. Die Anrufung als Alltagsexpert_in ist jedoch prekär, weil zwar geklärt zu sein scheint, dass das Subjekt potenziell wertvolles Wissen liefern kann, aber z.B. unklar bleibt, in welchem Rahmen Artikulationen hervorgebracht werden können, inwiefern dieses Wissen wirksam in den Prozess einfließt und was das Subjekt im Gegenzug erhält. Hier kann auch nach Top-down-Formaten und intermediären Formaten unterschieden werden. Bei Planungen scheint mit zunehmender Kritik am Vorhaben die situative Anrufung der Alltagsakteur_innen als kompetent weniger wichtig zu werden. Es kommt zu Praktiken der Steuerung durch die professionellen Akteur_innen, welche Wissensbestände der Sammlung von Expertise in einem für den Planungsprozess noch förderlichen Rahmen hinzugefügt werden sollen und welches Wissen als eher hinderlich für den Prozess antizipiert wird. In intermediären Formaten hingegen wird das Subjekt insbesondere auch als kompetent im Hinblick auf zukünftiges Engagement angerufen: Das Anrufungssubjekt bezieht sich also nicht nur auf die Ebene der Kompetenz durch Wissen, sondern auch auf die Ebene der Kompetenz als zukünftige_r Engagierte_r. Dazu wird das Subjekt als prinzipiell engagementaffin gezeichnet und die Situation als eine Gelegenheit

gerahmt, neue Akteur_innen und Netzwerke kennenzulernen und aufzubauen. Im Folgenden soll ein kurzes Beispiel illustrieren, dass die Anrufung als kompetentes, engagementaffines Subjekt und die Subjektbildung der Teilnehmerin in eins gehen können. Es handelt sich um eine Gesprächssituation im Rahmen eines Stadtteilforums, als ich im Rahmen eines »Speeddatings« mit einer Frau ins Gespräch komme (siehe dazu auch 8.1.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipationspraxis«):

Die Frau wohnt in der [Name einer Straße] und ist interessiert daran, etwas gegen die Anonymität im Stadtteil zu machen. Sie sagt: »Es geht nur um: meine Wohnung, mein Garten, mein Trampolin, mein Zaun«. »Das Problem ist der Zaun, oder?«, frage ich und meine damit, dass in dieser Siedlung jeder ein bisschen für sich zu bleiben scheint. »Ja, genau!«, erwidert sie sofort. Ihr Ziel für heute sei, dass sie herausfinden wolle, was es so gebe und wo man sich engagieren könne. (Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll »Werkstatt«: Z. 110–114)

Die Frau scheint sich als Subjekt in der Anrufung wiederzufinden und sich als kompetentes und potenziell engagiertes Subjekt zu bilden. Gleichsam bedient sie auch mein Deutungsangebot, das in die Richtung zielt, dass das Einhausen im Privaten nicht förderlich ist, um einen Stadtteil weniger anonym zu gestalten. Sie signalisiert eine Offenheit, sich zukünftig einbringen zu wollen. Was genau dieses Engagement bedeuten kann, darüber erfährt man an dieser Stelle noch nichts. Die Subjektbildung als kompetent (im Sinne von »richtig« in der Situation) fällt jedoch nicht zwangsläufig in eins mit dem Subjektivierungsangebot. So kann die Frau im Verlauf der Veranstaltung feststellen, dass ihre Vorstellungen von Engagement und Kompetenz nicht mit dem der Organisator_innen zusammenpassen. Die Rekonstruktion der Anrufungsfigur als kompetente_r Teilnehmer_in ist hilfreich, um sich der Performativität der institutionellen Arrangements zu nähern, die eine spezifische Form der »kompetenten« Partizipation implizieren. Mit der Anrufungspraxis ist aber noch nichts darüber gesagt, inwiefern sich die Subjekte selbst als derart kompetent bilden. Wer sich selbst z. B. aus einem kritischen Verständnis heraus – etwa aus Skepsis gegenüber Situationen veranstalteter Partizipation oder als Kritiker_in des Planungsprozesses – als »richtig« in der Situation rahmt, vollzieht eine Bildung als kompetentes Subjekt, die nicht mit dem Anrufungssubjekt übereinstimmen muss. Die mit dem Selbstbild einhergehende Rahmung des Handelns geht also nicht zwangsläufig in eins mit den Verhaltensempfehlungen, die sich aus der Anrufung ergeben. Es kann angenommen werden, dass die Alltagsakteur_innen das Spannungsverhältnis zwischen dem Anrufungssubjekt einerseits und ihrem Praxissubjekt andererseits in Abhängigkeit von Wissen, Netzwerken und (Alltags-)Erfahrung unterschiedlich bearbeiten.

Davon ausgehend, dass das *doing competence* über situierte Praktiken hervorgebracht, aktualisiert und (auch im Sinne einer potenziellen Veränderlichkeit) bearbeitet wird, bedeutet dies, dass insbesondere jene Akteur_innen analytisch interessant sind, welche die Anrufungen aufführen. Im Folgenden wird die Aufmerksamkeit auf die Person gelenkt, die moderiert. Denn sie ist es ganz maßgeblich, die in der Situation zu der spezifischen Form des Miteinanders aufruft.

9.2 *Doing difference* durch die Moderation

In der Arena der veranstalteten Partizipationspraxis treffen Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen aufeinander. Die Konfliktarena ist eine »gesellschaftliche Situation« (Bareis 2012: 292) und in diesem Raum gibt es – unabhängig davon, ob er bewusst niedrigschwellig gestaltet wird – Praktiken sozialer Differenzierung. Der Situation sind Mechanismen der Reproduktion sozialer Ungleichheit nicht äußerlich. Damit wird die Frage, wer sich wie in Situationen veranstalteter Partizipation bewegt, auch zur Frage der soziokulturellen Herkunft – auch derjenigen, die Situationen veranstalteter Partizipation initiieren, planen, begleiten und moderieren. Im Folgenden sollen deren Praktiken des *doing competence* im Sinne einer die herkunftsbedingte soziokulturelle Differenzierung reproduzierenden Praxis im Fokus stehen.

Die Dimension der sozialen Herkunft der Akteur_innen in den Blick zu nehmen, kann mittels des Erklärungsansatzes der Reproduktionskodes (May et al. 2019) gelingen, um für den »ganz basalen, jedoch häufig nicht unbedingt bewussten Modus [zu sensibilisieren, S.P.], wie sich einzelne im Kontext eines bestimmten soziokulturellen Milieus oder eines bestimmten gesellschaftlichen Feldes reproduzieren« (ebd.: 127). In Situationen veranstalteter Partizipation »scheinen [...] herkunftsbedingte soziokulturelle Ungleichheiten in dem, wie Interessen gesellschaftlich zur Geltung gebracht werden können, noch weitaus stärker durchzuschlagen als im Rahmen der auch nur angeblich repräsentativen Parteiendemokratie« (ebd.: 131). Dass die Praxis »aus der Logik der herrschenden gesellschaftlichen Institutionen und nicht aus konkreten Lebenszusammenhängen heraus resultier[t]« (ebd.: 131), hat zur Folge, dass insbesondere jene davon angesprochen werden, die im Laufe ihrer Sozialisation die Erfahrung gemacht haben, dass sie ihre Bedürfnisse über die durch Institutionen organisierten Ressourcen befriedigen können (ebd.: 132).

Die Schlüsselperson, die im Folgenden fokussiert wird, ist die Person, die moderiert. Die Praxis der Prozessmoderation aktiviert nicht nur die institutionell gebundene Sichtweise auf das Setting und auf die Praxis der Partizipation als solche (indem sie den Rahmen artikuliert und den Prozess strukturiert), sondern die Person, die moderiert, repräsentiert auch sich selbst. In der Dimension habituelier Selbstrepräsentation sind Wertungen materialisiert (»Das ist mir wichtig, so möch-

te ich mich darstellen.) und damit aber immer auch Distinktionspraktiken (»Das bin ich – das bist du.«, »Dies ist meine Rolle – dies ist deine Rolle.«). Als mit situierter Macht ausgestattete Akteur_innen nehmen Personen, die moderieren, in der sozialen Arena eine Schlüsselposition ein wenn es darum geht, die Teilnehmenden in die Situation aktiv einzubeziehen. Die Prozessmoderator_innen in Situationen veranstalteter Partizipation kommen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, etwa der Sozialen Arbeit, der zivilgesellschaftlichen Bildungsarbeit, von Agenturen aus der Beteiligungsbranche oder aus der Planungspraxis, scheinen insgesamt jedoch wenig divers im Sinne gesellschaftlicher Vielfalt. Moderator_innen veranstalteter Partizipation sind meiner Erfahrung nach mehrheitlich weiß (im Sinne einer gesellschaftspolitischen Norm und Machtposition) und akademisch gebildet. In den Forschungen zu sozialer Selektivität und Ausschließung im Kontext von Partizipation und Engagement (siehe 4.2 »Soziale Ausschließung im Kontext Partizipation und Engagement«) werden die organisierenden Akteur_innen etwa mit dominanzkultureller Praxis in Verbindung gebracht (Munsch 2010) oder hochschwellige Kompetenzanforderungen werden als Barrieren für subalternes Engagement identifiziert (May/Alisch 2013). Es kann demnach vermutet werden, dass hier eher Personen aktiv sind, die in Passung zu den die Situation rahmenden institutionellen Arrangements gehen können. Um dies zu beleuchten, wird im Folgenden die Situation eines Verkehrsforums beleuchtet (siehe zu diesem Fall auch 8.2.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipationspraxis« sowie 8.3.3 »Die Motzkiste als Instrument der Einhausung von Kritik«), bei dem die Moderatorin die Anwesenden im großen Plenum bittet, per Handzeichen zu zeigen, wie sie hergekommen sind.

Die Moderatorin, eine mit einem Kostüm gekleidete, gepflegt wirkende Frau Mitte 50, leitet im Anschluss an die einführenden Worte des Auftraggebers über mit: »Bevor wir in medias res gehen«, gebe es jetzt eine kleine Abfrage unter den Teilnehmenden, wer mit welchem Gefährt hier sei. Dies passiert über Handzeichen. Sie fragt, wer zu Fuß da sei, mit den Öffentlichen, per Fahrrad, mit dem Auto. Sie sagt sinngemäß: Dies könnte man jetzt eigentlich auch so machen, dass wir uns in den Ecken aufstellen, dann wäre etwas Bewegung drin und wir könnten sehen, wie sich die Antworten zueinander verhalten, aber im Sitzen gehe das auch. (Beobachtungsprotokoll »Vision«: Z. 23–30)

Zu lesen ist hier der Einstieg der Moderatorin in die Veranstaltung. Zum Auflockern, Kennenlernen und zur Einstimmung soll es eine kleine Abfrage geben. Dies soll passieren, bevor man zügig zur Sache komme – »in medias res« gehe. Die Wortwahl ist exklusiv und lässt auf differenzierte Bildungserfahrungen in entsprechend vermittelnden Institutionen schließen. Die Moderatorin spricht davon, dass man sich nicht lange aufhalten und direkt ins Thema hineingehen wolle. Es transportiert sich jedoch nicht nur die textuelle Botschaft, sondern auch eine soziale Botschaft, die

Statusunterschiede markiert. Sie selbst zeigt in der Situation, dass sie gebildet ist, sich sprachlich gewählt ausdrücken kann. Ihre äußere Erscheinung verstärkt die Zuschreibung, dass sie materiell gut aufgestellt ist. Sie bietet die stimmige Präsentation einer akademisch gebildeten, selbstbewussten, materiell abgesicherten und an der Sache interessierten Person. Darüber hinaus zeichnet sie ein spezifisches Bild der sozialen Arena: Hier findet ein niveauvoller und sachbezogener Austausch über die wichtige Frage der Verkehrsentwicklung von heute und morgen in einer partizipativen, wachsenden und an Klimaneutralität interessierten Stadt statt. Es entsteht weniger die Assoziation, dass dies ein geeigneter Ort ist, um über persönliche Erfahrungen und kollektiv geteilte Geschichten in den Austausch zu kommen. Das heißt für jene, die sich tendenziell eher über Formen kollektiv vermittelter Bedürfnisinterpretationen mit anderen repräsentieren können (May et al. 2019: 132), sind solche Formate weniger attraktiv.

Interessanterweise versucht die Moderatorin über die Anmoderation eines Aufstellungsspiels einen niedrigschwelligen Einstieg zu inszenieren. Sie demonstriert ihr Methodenwissen, indem sie sinngemäß sagt, man könne sich prinzipiell auch in verschiedenen Ecken postieren, um etwas Bewegung in die Veranstaltung zu bringen. Damit spielt sie auf die prominente Methode des Vier-Ecken-Spiels oder auch der soziometrischen Aufstellung an, die in Bildungs- und Partizipationszusammenhängen sehr weit verbreitet sind. Beim Vier-Ecken-Spiel geht es hauptsächlich darum, einen aktivierenden Einstieg in einen (Partizipations- und/oder) Bildungsprozess zu machen, indem die Teilnehmenden sich zu einer Frage in verschiedenen Ecken des Raumes positionieren und so ein Gesamtbild über die Antworten aller Teilnehmenden erhalten. So erfährt man aber nicht nur etwas über die individuelle Wahl des Verkehrsmittels, sondern die Gruppe erhält Raum für sozialen Austausch. Das heißt, aus einem passiven Subjekt wird, so der pädagogische Impuls, ein aktiv involviertes und aus einer weitgehend anonymen Gruppe wird zumindest eine, die sich etwas besser kennt als vorher. Die der Aktivierung dienende Methode hat somit potenziell einen positiven Effekt auf das soziale Miteinander. Die Moderatorin entscheidet sich jedoch gegen die eigentliche Form der Durchführung der Methode: Sie wählt die körperlich-räumliche Positionierungspraxis eigenmächtig ab und lässt die Teilnehmenden die Fragen per Handzeichen beantworten, denn im Sitzen könne man das auch erledigen. Ihre Praktiken der Umwidmung der Methode sind analytisch aufschlussreich, wobei hier im Folgenden in den Blick genommen wird, was diese über ihre soziokulturelle Positionierung und ihre diskursive Positionierung in der Situation veranstalteter Partizipation aussagen. Vielleicht scheint ihr die Methode räumlich nicht umsetzbar – in der großen Aula der Schule ist zwar Platz, doch stehen auch viele Stühle in Reihen. Jenseits der objektiven räumlichen Möglichkeiten ruft sie mit den abwiegelnden Bemerkungen, dass man das so machen könne, es aber eigentlich auch ohne gehe, jedoch auch einen wertenden Unterschied auf. Mit den Praktiken wird das Bild gezeichnet, dass die pädagogisch

gerahmte Methode – bei der man sich bewegen muss, in der es dynamisch zugehen kann, die einen überraschen kann, für die man sich aktiv entscheiden muss – ihr nicht so recht zu passen scheint. In der grundsätzlich prekär strukturierten Situation, nämlich nicht zu wissen, wie die Veranstaltung sich entwickelt, ob sie erfolgreich ist und die Interessen der Leute trifft, müssen Entscheidungen durch die Moderatorin getroffen werden. In dieser Situation entschließt sie sich, die Methode abzuwandeln und die Handhabung zu vereinfachen. Damit wird der pädagogische Effekt jedoch verwässert und einzig die Informationen, wer auf welche Art und Weise die Anreise bestritten hat, wird übermittelt. Die *soziale* Arbeit jedoch, die das eigentliche Anliegen der Methode darstellt, verblasst hinter den statistisch auswertbaren Handzeichen der Anwesenden. Ein Deutungsangebot kann sein, dass ihr die pädagogische Praxis der Anleitung und Bewegung von Körpern, die man erst zur Teilnahme motivieren muss, nicht liegt. Die methodische Inszenierung mit pädagogischen Elementen eines Gruppenspiels könnte als kindisch oder dem Anlass nicht entsprechend gewertet werden. Was in der pädagogischen Arbeit (z.B.) mit Kindern selbstverständlich zu sein scheint – man macht das Vier-Ecken-Spiel, weil man erst warm miteinander werden muss – wird in dieser Situation implizit abgewertet. Es kommt zur Unterscheidung zwischen Teilnehmenden, die ihre Artikulationspraxis eher über Nähe oder Miteinander entfalten und jenen, die *zu viel* Pädagogisches nicht brauchen. Es bevorzugt jene, die gleich »in medias res« gehen können und es vermögen, Praktiken ihrer Repräsentation im Modus institutioneller Logiken aufzuführen. Dies kann als Praxis eines differenzierenden *doing competence* in Situationen veranstalteter Partizipation durch die Konstruktion einer spezifischen Kompetenz durch Sachexpertise und herkunftsbezogene Passung eingefangen werden.

Die Moderatorin arbeitet bei einem Partizipationsdienstleister mit städtebaulicher und stadtentwicklungsbezogener Expertise. Es kann angenommen werden, dass sie mit dem Partizipationsdiskurs von Planung und Verwaltung vertraut ist – eher als mit dem Partizipationsdiskurs etwa der Sozialen Arbeit (siehe dazu Kapitel 2 »Zum Begriff der Partizipation«). Mit der Entscheidung gegen die pädagogische Intention der Methode wird gleichsam ein Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen Partizipationsdiskursen ausagiert zugunsten einer Schwerpunktsetzung auf den Partizipationsdiskurs aus Planung und Verwaltung. Dabei kommt es zur Differenzierung zwischen unterschiedlichen Zugängen zur situierten Wissensproduktion, die mittels Methoden befördert werden. Während Partizipation im Verständnis von Planung und Verwaltung tendenziell eher top-down-orientiert ist, indem etwa Ideen und Probleme allgemeinwohlorientierten Narrativen deduktiv zugeordnet werden, nähert sich das Partizipationsverständnis von Sozialer Arbeit und Pädagogik tendenziell einem Thema eher induktiv und betont die soziale und atmosphärische Dimension, die es für einen breiten situierten Diskurs braucht, der heterogene Akteur_innen gleichermaßen einbezieht. Gleichsam erweisen sich je-

doch beide Zugänge als unpassend für jene, die sich keiner Reproduktionsstrategien bedienen können, die sich durch gekonntes Bewegen entlang institutioneller Bearbeitungsweisen auszeichnen. Methodisches Handeln in Situationen veranstalteter Partizipation, welches die soziale Dimension betont, ist also nicht automatisch von Gebrauchswert für die Alltagsakteur_innen, die vornehmlich Reproduktionsstrategien außerhalb von Institutionen nutzen. Das Beispiel verweist vielmehr außerdem darauf, dass der Komplex institutioneller Bearbeitungsweisen, der von der Hervorbringung der Situationen nicht zu trennen ist, bei der Bewertung methodischer Zugänge nicht ausgeblendet werden kann.

9.3 Der »Super-Bürger«

In der Arena veranstalteter Partizipationspraxis spielen Kämpfe um Wissen, Macht und Wirkung eine große Rolle. Häufig kommt es zu expliziten Konflikten und Widerständen, etwa, wenn von Planungen betroffene Alltagsakteur_innen sich zur Wehr setzen, sich organisieren und Kritik artikulieren. Wie wird das Konflikthafte in den Situationen hervorgebracht und bearbeitet? Wessen Artikulationen werden (von wem) aufgenommen und welche werden abgewehrt?

Im Folgenden¹ wird anhand des empirischen Beispiels eines städtischen Top-down-Planungsverfahrens rekonstruiert, welche hegemonialen Anforderungen an das Subjekt gestellt werden, das sich Gehör verschaffen möchte. Dort wird ein Teilnehmender, im Nachgang vom Moderator als »Super-Bürger« (Beobachtungsprotokoll »Lärm«: Z. 131) reflektiert – als jemand, der sich als besonders kompetent erwiesen hat. Der Planungsprozess ist thematisch angesiedelt zwischen Verkehr- und Gesundheitsplanung. Es geht um das Thema Lärm in der Stadt und die Frage, wie dieser verringert werden kann. Das Treffen findet an einem frühen Abend unter der Woche in einem Jugendkulturzentrums statt. Dort gibt es einen großen Veranstaltungsraum, der am ehesten als Café beschrieben werden kann. Der Raum wurde für die Veranstaltung recht aufwendig hergerichtet (Technik, Bestuhlung, Bewirtung, Visualisierung etc.). Es stellt sich heraus, dass es nur einen einzigen Teilnehmer gibt, der nicht aus professionellen Gründen da ist:

Die in der Mitte geteilten Stuhlreihen mit Blick zur frontalen Leinwand teilen auch die Teilnehmer_innen. Auf der einen Seite der Stuhlreihen versammeln sich die involvierten Verwaltungsmitarbeitenden: drei Frauen und acht Männer aus den mit der Thematik befassten Bereichen (Stadtplanung, Umwelt, Verkehr, Öffentlichkeitsbeteiligung, Marketing). Auf der anderen Seite sitzt ganz außen der

1 Die folgende Analyse ist auch thematisiert in Pigorsch und Rothmaler (2021).

einzig anwesende Bürger (Alter etwa Ende 40, leger-elegant gekleidet, freundlich interessiert in die Runde blickend). Er scheint gut informiert zu sein und hat, wie er mitteilt, schon bei einer früheren Veranstaltung zum Thema teilgenommen. Die ihm wichtigen Punkte hält er verschriftlicht auf einem Zettel in den im Schoß liegenden Händen. Für ihn kann es losgehen. [...] Schließlich um 18.10 Uhr positioniert sich der Moderator, der mit Partizipation betraute Mitarbeiter der Verwaltung, vor der Leinwand und eröffnet die Veranstaltung. Meine Assoziation, um die Art seiner Eröffnung zu beschreiben ist »locker-flockig«: Er hat ein strahlendes Lächeln im Gesicht, spricht flüssig, er verströmt eine gelassene und trotzdem konzentrierte Atmosphäre. Ihm scheint durchaus bewusst zu sein, wie inhomogen das Publikum ist, denn er fragt ab, wie sich die Anwesenden zuordnen würden. »Mal alle aufstehen, die als Bürger oder Bürgerin hier sind... Mal alle aufstehen, die aus der Verwaltung kommen... Mal alle aufstehen, die aus Vereinen, Verbänden, Interessensvertretungen kommen.« Es wird also schnell für alle deutlich, dass dieser Teilnehmer der einzige »richtige« Bürger ist. [...] In Reaktion auf die Abfrage wirkt er belustigt, geschockt und leicht wütend: Es könne doch nicht sein, dass er der einzige Bürger hier sei. Da müsse man sich auch mal fragen, warum das denn so sei, warum so wenige erreicht würden. Er wolle heute dazu unbedingt noch ins Gespräch kommen. (Beobachtungsprotokoll »Lärm«: Z. 21–55)

Es geht also gleich zu Beginn schon kritisch los. Dem Teilnehmer ist die Schiefeile in der Zusammensetzung der Anwesenden deutlich bewusst und er möchte dies später auch problematisieren. Dazu kommt es im Übrigen nicht: Der Moderator spricht dieses Thema im Laufe des Abends von sich aus nicht noch einmal an. Nach der Anmoderation erhält der planende Ingenieur das Wort:

Der Ingenieur erläutert im Eilschritt rund vierzig Folien seiner Powerpoint-Präsentation, die mit reichlich Fotos konkreter Straßen angereichert sind. Dabei benutzt er viel Fachsprache. Nebenbei sagt er: »Sie kennen das ja schon, da muss ich nicht in die Tiefe gehen«. Auch der anwesende Bürger kennt das anscheinend schon. Es wird nicht beleuchtet, worin genau die Beteiligung bestand, welche Schritte dazu nötig waren oder was mit den Ergebnissen passiert. Da alle so »into the topic« sind, fällt es mir schwer, inhaltlich zu folgen. (Beobachtungsprotokoll »Lärm«: Z. 58–64)

Der Teilnehmer, der bis dato nur zugehört hat, nimmt sich im Laufe der Veranstaltung das Wort. Vom Moderator, der die Veranstaltung auch organisiert hat, wird er im Nachgang der Veranstaltung als ein »Super-Bürger« reflektiert, den man sich ja nur wünschen könne auf so einer Veranstaltung (Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll »Lärm«: Z. 130f.). Wie er diese Anschlussfähigkeit konkret herstellt, darum geht es im Folgenden. Der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll setzt

ein, nachdem der Ingenieur seine Ausführungen beendet hat und der geplante Dialog mit den Teilnehmenden starten soll.

Im Nachfrageteil kommt keine Rückfrage. Die anschließende Pinnwand-Runde, auf der geplant war, Priorisierungen abzustimmen, kommt nicht zum Einsatz. Der anwesende Einwohner nimmt das Zepter selbst in die Hand. Nach erneuter, sachlich und bei aller Ernsthaftigkeit auch mit einem Augenzwinkern vorgetragenen Kritik an der fehlenden Anwesenheit der Bürger_innen, benennt er klar, warum er hier sei und dass er das jetzt nochmal darstellen könne. Er schildert seine persönlichen jahrelangen Erfahrungen an der [Straße] mit dem Straßenbahnlärm. Seine Forderungen waren bzw. sind noch immer: die Schienenspur soll beim geplanten Umbau nicht auf die Seite der Wohnstraße, sondern zur [Name einer Institution] hin verlegt werden. Er möchte Tempo 30 für Autos und Straßenbahnen in diesem Abschnitt. Eine gefüllte Rasenbegrünung des Gleisbettes, so wie vom Ingenieur beworben (verringert um 7db) wäre okay, aber die anderen Punkte sind ihm viel wichtiger. Natürlich sei ihm der Finanzierungsvorbehalt bewusst, aber er sei es ein bisschen Leid, das immer wieder zu fordern und dass nichts passiere. Wie wichtig sei der Stadt also die Gesundheit ihrer Bürger_innen? In seinen Augen sei das eine ganz klare politisch gewollte Prioritätensetzung. Alles sei nun geplant und begutachtet, die Entscheidungsträger hätten letztlich den »Ball in der Hand«: Verkehr vs. Gesundheit. (Beobachtungsprotokoll »Lärm«: Z. 65–81)

Der Teilnehmer schafft es, vom Moderator im Nachgang als »Super-Bürger« eingeschätzt zu werden. Ein »Super-Bürger«, ähnlich wie ein »Super-Schüler« oder ein »Super-Mitarbeiter« ist erst einmal eine positive Zuschreibung von Kompetenz gegenüber einer männlich gelesenen Person. Dabei bezieht sich die Einschätzung sowohl auf den Aspekt der Leistungserbringung als auch auf die Art und Weise, wie das Handeln vollzogen wird. Die Einschätzung dieses als vorbildlich konstruierten Handelns kann dabei von den institutionellen Arrangements, die diese Einschätzung rahmen, nicht getrennt betrachtet werden. Im Folgenden wird reflektiert, was ihn situativ kompetent erscheinen lässt. Erstens begrenzt er das, was er äußert, thematisch. Das heißt, er setzt sich klar und deutlich für sein Thema ein: Die Straßenbahntrasse in seiner Straße solle nicht wie geplant verlegt werden. Dies ist der wesentliche Grund, weswegen er gekommen ist. Und genau diese Maßnahme, gegen die er sich ausspricht, ist Teil des Planungsprozesses. Er sprengt, zweitens, also nicht den thematisch vorgegebenen Rahmen der Veranstaltung – und spricht etwa über weitere Schwierigkeiten in seiner Straße, z. B. die illegalen Sperrmüllhaufen oder die fehlende Grünpflege. Denn er weiß, dass für diese Themen in der Situation kein Raum vorgesehen ist, denn die Veranstaltung zentriert sich um einen Planungsprozess, in den die Verwaltungsbereiche Ordnung (Sperrmüllhaufen) und Grünanlagen (Grünpflege) nicht involviert sind. Dementsprechend sind auch kei-

ne Ansprechpartner_innen der Verwaltung dafür vor Ort. Das heißt, er hat Kenntnis über die Verwaltungsstruktur und die Prozesslogik eines Planungsverfahrens. Drittens bezieht er sich auf die konkrete Planung. Er kennt den Sachstand und ist informiert (selbst dann, wenn der Ingenieur seine Ausführungen überspringt). Das heißt, er erfüllt ein ganz wesentliches Kriterium, um insbesondere in Top-down-Situationen veranstalteter Partizipation als kompetent reflektiert zu werden. Er gewichtet sogar, welche der genannten Aspekte ihm besonders zentral erscheinen. Zudem bedient er sich, viertens, einer klaren, sachorientierten Sprache, mittels derer er eine Passung zum Planungs- und Verwaltungsdiskurs herstellen kann. Ihm wird Kompetenz zugeschrieben, weil er über jene passungsfähigen Wissensformen verfügt, die er sprachlich gelingend einbringen kann. Indem er also über das ›wahre‹ Wissen verfügt und sich nicht auf ›falsches‹ Wissen bezieht, kann er einen Bezug zum machtförmigen Wissenskomplex der Institution herstellen. Durch die Verwendung von Begriffen wie dem des Finanzierungsvorbehalts signalisiert er, dass ihm die Dynamiken und Zwänge der Top-down-Rationalität gesellschaftlicher Steuerung bekannt sind. Auch zum politischen Diskurs hat er Zugang, weil er zeigt, dass Verwaltungshandeln auch immer rückgebunden werden muss an politische Entscheidungen, die prinzipiell veränderlich sind. So abstrahiert er vom Planungsprozess der Verwaltung und mündet in seinen Ausführungen in eine politische Forderung, dass man sich entscheiden müsse zwischen Verkehr und Gesundheit. Indem er auf so präzise Weise eine Passung zur Planung und Verwaltung herstellen kann, kann er selbst als Teil einer »exklusiven (Diskurs-)Elite« (Pigorsch/Rothmalder 2021: 235) markiert werden. Fünftens scheut er nicht davor zurück, Kritik zu üben und damit seiner Rolle als kritisch informierter Bürger nachzukommen, der Feedback zum Geplanten gibt. Die Kritik an der fehlenden Teilnahme anderer jedoch artikuliert er humorvoll und mit Augenzwinkern. So gelingt es ihm, die Stimmung positiv zu halten, obwohl er Kritik übt. Er hat die Kritik durch die Mittel des Humors so verpackt, dass sie inhaltlich gesendet wurde, ohne das Gegenüber persönlich zu beschämen oder anzugreifen und gleichsam einen Ausweg aus der Situation über Lachen/Lächeln zu ermöglichen. Der Humor verlagert gewissermaßen die Dringlichkeit der Thematisierung an einen anderen, zeitlich nachgelagerten Ort und ermöglicht so das Verfolgen des geplanten Ablaufs. Seine Kritik ist zudem nicht radikal, sondern scheint getragen vom gemeinsamen Anliegen breiterer Partizipation mit mehr Teilnehmenden. Nicht zuletzt macht ihn, sechstens, zum »Super-Bürger«, dass er sich einschätzbar bezüglich seiner Perspektive auf Beteiligung macht. Denn er lenkt schließlich zurück auf die Verantwortung zur Entscheidung, die in den Händen der politischen und Verwaltungsakteur_innen läge. Dabei erlaubt er einen Blick auf sein Partizipationsverständnis, das als Konsultation rekonstruiert werden kann und nicht über die Schwelle der Artikulation hinausreicht. Dass er vorschlägt, die Kritik auch nachgelagert zu diskutieren, wirkt entlastend auf den Moderator. Prägnant ist jedoch, dass der vom Teilnehmer eingeforderte spätere Aus-

tausch zur prozessualen Frage, wie mehr Menschen für Situationen veranstalteter Partizipation gewonnen werden können, nicht mehr zustande kommt.

Über die diskursiven Praktiken in der Situation hinaus ist auch die Dimension der sozialen Position des »Super-Bürgers« auskunftreich. So bedient er die Komm-Struktur, die mit der Einladung zu einer physischen Veranstaltungsteilnahme einhergeht. Das heißt, er verfügt über die zeitlichen und damit auch materiellen Ressourcen, dort zu erscheinen und/oder hat dafür Sorge getragen, dass er für die Zeit der Teilnahme von Care- und Reproduktionsarbeit entlastet ist.

Mit der Rekonstruktion dessen, was ihn situativ kompetent erscheinen lässt, sind gleichsam die institutionellen Arrangements tangiert, die mit der Erfüllung der impliziten Kompetenzanforderungen an die Teilnehmenden reproduziert werden. Die Erwartungen an die Teilnehmenden – informiert zu sein, Kritik höflich zu verpacken und die jeweiligen Rollen zu respektieren – sind gleichsam mit herrschenden Vorstellungen von Partizipation vermittelt. Dies scheint erst einmal für die Logik der top-down-orientierten Verfahren zu gelten, die nicht zwangsläufig auf die intermediären Formate zutreffend sein müssen.

Die Erkenntnisse der Analyse können erweitert werden auf die ungleichheitsrelevante Frage nach sozialer Ausschließung, die mit der skizzierten Praxis hervorgebracht und immer wieder reproduziert wird. Die rekonstruierten Kompetenzanforderungen zeigen Analogien zu dem, was Bourdieu mit seinen Ausführungen zur politischen Kompetenz meinte, nämlich »das – gesellschaftlich gebilligte und geförderte – Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen« (Bourdieu 2014[1982]: 639). Praktiken der Nicht-Nutzung durch Alltagsakteur_innen, die also gar nicht erst an Situationen veranstalteter Partizipation teilnehmen oder sich von diesen wieder entfernen, können so auch als eigensinnige Selbstausschließung gegen angenommene und biografisch-erfahrene, hegemoniale soziale Ausschließung gerahmt werden.

9.4 *Doing competence* bei Konflikten: »Wir sind doch alle erwachsene Menschen«

Im Folgenden geht es um Konstruktionen von Kompetenz und »gutem« bzw. »schlechtem« Verhalten im Falle konfliktärer Situationen. Im Unterabschnitt 8.1.3 »Widersprüche räumlicher Inszenierung I: Öffentlichkeit braucht Publikum« sowie 8.1.4 »Widersprüche räumlicher Inszenierung II: Diskursive Konkurrenz in dezentrierten Formaten« wurde ein Fall beispielhaft geschildert, in dem es um die Verkehrsberuhigung im Quartier ging. Diese Veranstaltung wird im Folgenden erneut beleuchtet. Nach dem frontalen Präsentationsteil soll es in die dezentrale

Galeriemethode gehen, um sich die verschiedenen Alternativen zu den Verkehrsberuhigungsmaßnahmen genauer anzuschauen und darüber mit den Planer_innen ins Gespräch zu kommen. Schnell wird deutlich, dass die von den Maßnahmen potenziell Betroffenen fürchten, es würden die von der Verwaltung bevorzugten Varianten besonders hervorgehoben und die aus der Bewohner_innenschaft heraus erarbeiteten Alternativen zwar präsentiert, aber tendenziell weniger diskutiert und damit letztlich aussortiert. Als die Stimmung zu kippen droht, äußert der Moderator einen Appell, sich sachlich auseinanderzusetzen:

Das »Herzstück« der Veranstaltung sei der zweite Teil, sagt der Moderator, wo die Teilnehmenden gefragt würden »Was sagen Sie einfach dazu?« Die Galerie-methode würde ausprobiert, die es ermögliche, mit Fachleuten in den Austausch zu treten. Die Anregungen der Anwesenden »werden dann feinsäuberlich notiert und in den weiteren Verlauf« eingearbeitet. Er spricht schnell, flüssig und klar verständlich in sein Handmikro, welches er gekonnt im für die Akustik besten Sinne hält. Er blickt freundlich und offen, aber auch fokussiert in das Publikum, als schiene er die Teilnehmenden einschwören zu wollen auf das, was er sagt. Was ihm heute hier sehr wichtig sei, sein »Appell«, wäre, dass sie versuchen sollen sich »sachlich auseinanderzusetzen«. »Wir sind doch alle reife, erwachsene Menschen« und er wünscht, nicht auf unsachlicher Ebene zu argumentieren. Kritik könne »gerne« geäußert werden, »aber Zustimmung ist auch nicht schlecht.« (Beobachtungsprotokoll »Verkehr«: Z. 65–76)

Der Moderator ruft mit dem Mittel des Appells ein spezifisch konturiertes »angemessenes« Verhalten der Teilnehmenden an, um Austausch zu gewährleisten und die symbolische Ordnung der Situation nicht zu gefährden. Das heißt, die Verhaltensanforderungen gehen in zweierlei Richtungen: Es geht einerseits um die Sachebene (was zur Sache beigetragen wird) und um die Prozessebene (wie es beigetragen wird). Bezüglich der Perspektive auf das *Wie* geht es um Kommunikationsregeln und dabei hier insbesondere um die Frage des Umgangs mit Emotionalität. Die Ansprache des Moderators impliziert, dass die Auseinandersetzung nur dann glücken kann, wenn sich alle »reif« und »erwachsen« verhalten. Damit korrespondiert die Vorstellung, dass erwachsen gleich sachlich und fähig zur Perspektivübernahme bedeutet (im Gegensatz zu Kindern, die ihre emotionale Regulierung erst noch lernen müssen oder noch eher selbstzentriert handeln). Der Moderator übernimmt hier die Kommunikationsregeln der Top-down-Rationalität, die in die partizipativen Arrangements eingelagert ist und mit »Sachlichkeit, Apersonalität, Distanziertheit und Verfahrensregulierung« (Holland-Cunz 1994: 227) Hand in Hand gehen: Hitzige, aufgewühlte, wütende und undisziplinierte Praktiken werden nicht akzeptiert, da sie nicht als Formen öffentlicher Kommunikation im politischen Feld anerkannt sind. Und so werden Praktiken, die als nicht »reif« markiert werden, gleichsam als nicht erwünscht problematisiert.

Zudem verlangt er von den Teilnehmenden eine Perspektivität ab, die sowohl Kritik als auch Zustimmung beinhaltet. Er nimmt die Teilnehmenden mit in die Verantwortung für eine ausgewogene Diskurskultur. Dies ist angesichts der Betrachtung der Situation als gesellschaftliche Konfliktarena, in der es um den Zugang zu Ressourcen und die konflikthafte Aushandlung von Wahrheiten in einem asymmetrisch strukturierten Raum geht, erklärungsbedürftig. So ist das Ziel eines anerkennenden Miteinanders grundsätzlich nicht abzulehnen. Angesichts der Institutionalisierung der ›Legitimationsproduktion‹ in diesen Settings stößt der Ruf nach Zustimmung jedoch all jene vor den Kopf, die ein Partizipationsverständnis haben, das nicht in erster Linie konsensorientiert ist, sondern sich durch Konfliktorientierung auszeichnet. Das heißt, für die Teilnehmenden, die mit einem grundverschiedenen Maßnahmenvorschlag zur Verkehrsberuhigung (etwa der dauerhaften Installation einer Spielstraße) kommen, delegitimiert eine Zustimmung (etwa zur Vorzugsvariante der Verwaltung) den eigenen Vorschlag. Aber auch jenen, die kein klares Partizipationsverständnis vergegenwärtigt haben, dafür aber Erfahrungen der Enteignung ihrer Subjektperspektiven in Bezug auf politische Repräsentationsbemühungen machen mussten, stößt der Ruf nach Zustimmung vermutlich auf. Die der Praxis implizite Konsensorientierung bringt performativ eine Invisibilisierung gesellschaftlicher Konflikte hervor. Und sie zeigt sich blind für Machtasymmetrien und damit einhergehende ungleiche Kraftanstrengungen für Alltagskämpfe um gesellschaftliche Ressourcen. Aus der Perspektive *from below* erhält die Forderung, neben Kritik auch Zustimmung zu äußern, eine zynische Komponente. Im asymmetrischen Setting resultiert der Ruf eher in einer machtförmigen Ausrichtung der Subjekte. Der hinter den Äußerungen des Moderators liegende Wunsch nach der Einhaltung von Regeln der Deliberation kann aus machtsensibler Perspektive als nicht umsetzbar betrachtet werden (siehe dazu auch Klöti 2016: 64). Menschen, die den beschriebenen expliziten und impliziten Sprachregeln nicht folgen, werden ausgeschlossen – in doppelter Hinsicht: »einerseits durch Prozesse der Selbstexklusion, da sie sich an der Diskussion weniger als statushohe Personen beteiligen, weil sie sich nicht kompetent genug fühlen, um am Diskurs partizipieren zu können. Andererseits werden Beiträge von nicht statushohen Personen aktiv exkludiert« (Schaal/Ritzi 2009: 14; siehe auch Young 2001). Und in der Form, wie bestimmte Sprechformen und damit auch bestimmte Themen aus der Arena ferngehalten werden, manifestiert sich auch die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, mit der »Folge, dass bestimmte Themen und Handlungsformen dem vorpolitischen bzw. privaten Raum zugeschrieben und somit aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen werden« (Munsch 2011: 50). Der so reproduzierte Raum der Öffentlichkeit kann als hegemonial bezeichnet werden. Dies wird auch im empirischen Beispiel klar: Der Moderator adressiert hier die bürgerliche – und hegemoniale – Öffentlichkeit, die zugleich eine klassenspezifische Öffentlichkeit ist (Habermas 1990: 15ff.).

9.5 *Doing (in)competence* in intermediären Formaten

In intermediären Formaten, in denen es in erster Linie nicht darum geht, eine bereits im Prozess befindliche Planung zu diskutieren, sondern in denen Neues erst geschaffen werden soll, haben wir es mit anders gelagerten Praktiken im Spektrum des *doing competence* zu tun. Hier werden die Teilnehmenden als kompetente Subjekte konstruiert, die aus ihrem Erfahrungsraum heraus relevantes Alltagswissen in die Situationen einspeisen, mit anderen in den Austausch treten und sich z.B. aus den gesammelten und gebündelten Impulsen ein zeitlich längerfristiges Engagement ergibt. Obwohl in intermediären Formaten, in denen die Soziale Arbeit häufig eine Schlüsselrolle einnimmt, die Vielfalt verschiedener Artikulationsformen aktiv begrüßt wird, kann eine Praxis der Differenzierungen zwischen ›wichtig‹ und ›unwichtig‹ bzw. ›wahr‹ und ›falsch‹ nicht ausgeschlossen werden. Denn die Chancen, Gehör zu finden, sind auch hier ungleich verteilt. So kann das, was jemand in einer Runde beiträgt, als relevant oder eben irrelevant, nicht so wichtig, nicht so glaubwürdig etc. verhandelt werden. Diese Differenzierungspraxis vollzieht sich in Abhängigkeit von Praktiken professioneller Akteur_innen sowie dem situierten Handlungsdruck, Ergebnisse produzieren zu wollen/müssen.

Ein Beispiel soll dies im Folgenden illustrieren. Es handelt sich um das Nachtreffen zu einem Nachbarschaftsforum in einem von sozialen Segregationsprozessen gekennzeichneten Stadtteil (zum eigentlichen Nachbarschaftsforum siehe auch 11.2 »Bespielen«). Auf dem Forum, das ein knappes halbes Jahr zurückliegt, hatte man sich zu unterschiedlichen Themen zum Stadtteil ausgetauscht (Nachbarschaft, Image des Stadtteils, Ordnung, Leben und Kultur sowie Verkehr). Eines der Ziele des Nachbarschaftsforums war es, das Engagement der Bewohner_innen anzustoßen und zu unterstützen. Wer wollte, konnte sich auf eine Liste schreiben, um über weitere Treffen informiert zu werden. Der Einladung zum Follow Up-Treffen einige Monate später an einem frühen Freitagabend in einem Nachbarschaftszentrum folgen 17 Personen. Sieben der Anwesenden wohnen im Stadtteil, davon sind vier nachbarschaftlich bereits engagiert, z.T. langjährig, drei sind kommunalpolitisch aktiv. Die anderen Teilnehmenden sind aus beruflichen Gründen dabei (soziale Träger und Projekte aus dem Stadtteil, Verwaltung) oder weil sie sich in kommunalpolitischen Gremien engagieren, wohnen aber nicht im Stadtteil. Das heißt, die Zusammensetzung der Gruppe ist angesichts des eigentlichen Ziels, das Engagement der Bewohner_innen anzustoßen, erklärungsbedürftig.

Nach einer Wiederholung der Ergebnisse des Nachbarschaftsforums werden die einzelnen AGs, die sich gegründet hatten (Arbeitsgruppen zu den fünf genannten Schwerpunktthemen), von der Moderatorin aufgefordert, zu erzählen, was in der Zwischenzeit nach dem Nachbarschaftsforum passiert ist. Viel ist es nicht, so mein persönlicher Eindruck. Als eine Sozialarbeiterin aus dem Stadtteil für die AG »Image des Stadtteils« berichtet, dass es einige Ideen dazu gebe, wie man zeigen

könne, dass der Stadtteil »bunt« sei, und erwähnt, dass Kräuterführungen geplant seien, meldet sich eine Teilnehmerin zu Wort. Sie war meiner Erinnerung nach nicht auf dem Nachbarschaftsforum dabei und ich weiß auch nicht, wie sie vom Follow Up-Treffen erfuhr.

Da meldet sich die etwa 35-jährige Frau und meint, sie würden auch gerade Kräuterführungen machen, dass ganz viel passiere und dass man ganz viel machen könne. Dabei sollte man auch nicht immer schauen, was die Menschen sich auf dem Nachbarschaftsforum gewünscht hätten (z.B. einen Aldi oder LIDL am zentralen Platz), sondern, dass wir in der heutigen Welt überlegen müssten, was wir mit befördern wollen, z.B. den Konsum, wohin wir unsere Kinder erziehen wollen. Und ob da ein weiterer Aldi oder LIDL so gut wären. Ihr wird aus Richtung eines anderen Teilnehmers erwidert, dass das aber das sei, was die Anwesenden sich gewünscht hätten auf dem Nachbarschaftsforum. Darauf geht sie nicht ein und erzählt weiter. Sie sagt, sie und ihre Initiative hätten ganz viele Ideen, wie man den Platz beleben könne. So hätten sie ein Lastenrad mit transportablem Soundsystem, was man direkt auf den Platz fahren könne. Eine Idee nach der nächsten sprudelt aus ihr heraus. Etwa vier Minuten hat sie das Wort. Niemand stoppt sie. Ich blicke in Gesichter, die teilweise abschweifen oder sich gegenseitig Blicke zuwerfen. Die Aufmerksamkeit ist nicht ungeteilt, doch niemand spricht dazwischen oder macht ein Geräusch. Die Moderatorin blickt mit einem ganz neutralen Gesicht in die Runde und gibt ihr den immer größer werdenden Raum. Die junge Frau schildert eine Idee und einen Gedanken zu Engagement rund um den zentralen Platz nach dem nächsten. Sie bekommt u.a. vom Vertreter des Projektes mit Langzeitarbeitslosen ein bestärkendes Feedback, dass dies gute Ideen seien. Ansonsten ist es still. Als sie aufhört zu sprechen, nimmt die Moderatorin den Faden wieder auf und leitet sofort über zur nächsten Gruppe, die ihre Aktivitäten vorstellen sollen. (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 148–168)

Die Frau engagiert sich, wie ich später erfahre, ehrenamtlich in einem Nachbarschaftsprojekt im Stadtteil. In diesem Rahmen führt sie auch die Kräuterführungen durch. Sie macht sich und die Aktivitäten der Initiative sichtbar und zeigt, was an Ideen vorliegt. Sie kann sich gut ausdrücken und die Ideen sind äußerst kreativ und klingen schon sehr konkret, durchdacht und auch realistisch, was die Umsetzung betrifft. Der Mitarbeiter des Langzeitarbeitslosenprojekts gibt ihr ein positives Feedback. Und trotzdem überträgt sich eine ambivalente Stimmung in diesem Moment. Denn niemand, bis auf ihn, geht auf das ein, was sie sagt. Es herrscht eine eigentümliche Stille im Raum, die für Situationen dieser Art ungewöhnlich ist. Sonst werden Ideen zwischendurch kommentiert, es wird positiv bestärkt, Anerkennung wird markiert oder Nachfragen werden gestellt. Hier passiert nichts dergleichen. Es werden sonst keinerlei Zeichen der Wertschätzung ihres Engagements aufgeführt. Sie wird im Laufe ihrer Ausführungen immer schneller, es sprudelt aus ihr heraus,

als rede sie sich um Kopf und Kragen. Sie kämpft um die Anerkennung ihres Engagements, als wenn sie erwartete, dass nur die Hälfte zuhört, als wenn sie gegen Mauern ankämpfen müsste. Dabei hat niemand etwas Dahingehendes explizit gesagt. Es fühlt sich unbehaglich in diesem Moment an, denn einerseits empfinde ich es als unangenehm, dass sie nicht aufhört, zu sprechen. Andererseits frustriert es mich, dass niemand mit ihr in erkennbare Interaktion tritt.

Es gibt zwei Schlüsselmomente in der Situation, die hinsichtlich der Praktiken des *doing (in)competence* hier relevant erscheinen. Einmal delegitimiert ein Teilnehmer ihren Vorschlag, eben nicht alle Ideen aus dem Nachbarschaftsforum auch umzusetzen (und demnach aus dezidiert ökologischen Gründen keinen Lebensmittel-Discounter in den Stadtteil zu holen), mit dem Hinweis, dass das jedoch das sei, was sich die Teilnehmenden gewünscht hätten. Sie würde demnach mit dieser Idee die Wünsche der Teilnehmenden nicht ernst nehmen und übergehen. Und das andere hier noch relevantere Schlüsselmoment ist die Beobachtung, dass zahlreiche Blicke unter den Anwesenden ausgetauscht werden und sich von ihr abwenden, während sie spricht. Die Praxis sozialer Ausschließung vollzieht sich hier wortlos über Blicke. Die Anwesenden positionieren sie als Teilnehmerin, die anders behandelt werden müsse. Ihre Ideen werden weniger relevant positioniert und so erklärt sich auch, dass ihre Wortmeldung weitgehend unkommentiert bleibt und schnell mit weiteren Wortmeldungen fortgefahren wird. Warum jedoch nutzt man nicht die Ressourcen dieser Akteurin? Ihre vielen Ideen deuten darauf hin, dass sie die Situation als »richtigen« Ort zur Kommunikation ihrer Ideen antizipiert. Dass so wenig an Rückmeldung kommt, muss daher verwundern. Bis auf eine positive Rückmeldung hat nichts in der Situation bewirkt, dass sie sich weiterhin in der Gruppe willkommen fühlt und sich sicher sein kann, dass ihre Ideen und ihr Engagement dort anerkannt werden. Es ist durchaus möglich, dass Vorerfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit mit ihr ursächlich für die Verslossenheit der Anwesenden sind. Eine andere mögliche Erklärung dafür, was dem Ausschluss zugrunde liegt, könnte sein, dass ein Aufgreifen ihrer Ideen in der betreffenden AG für die professionell tätigen Akteur_innen Arbeit bedeutet hätte. Das heißt, die Akteur_innen der GWA vor Ort, die etwa kleinteilige Förderungen in die Wege leiten oder Veranstaltungen unterstützen könnten, wären hier mit ihren personellen Ressourcen tangiert. Möglicherweise werden die Ideen daher aus der Erwägung heraus, sich nicht zu eng an die Frau und ihre Initiative binden zu wollen, nicht weiterverfolgt. Was »wichtig« und »richtig« ist, entscheidet sich in der Situation tendenziell eher entlang der institutionell geformten Routinen, in die die professionellen Akteur_innen eingebunden sind.

10 Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn

10.1 Teilnahme zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung

Das *Wie* der Teilnahme an den Veranstaltungen kann ganz unterschiedlich sein. Die diversen »Figuren der Teilnahme« (Jergus 2014), also etwa das Involviertsein, das Annehmen, das Sich-Einlassen, das Anwesendsein, aber auch das Opponieren oder das Sich-Zurückziehen rahme ich als »soziales Geschehen« (ebd.: 115, Herv. im O.). Das bedeutet, dass es nicht allein vom Wollen und der Intention der Anwesenden abhängt, wie sie sich dort bewegen und sich einbringen, sondern es handelt sich hier um eine »interdependente Figuration« (ebd.: 115). Denn die Teilnehmenden führen ihre Praktiken der Teilnahme, wie bereits gezeigt wurde, nicht unabhängig von den gesellschaftlichen Strukturen und institutionellen Arrangements auf, die die Situation mit konstituieren und mit denen sie auch unabhängig von der konkreten Situation ihre Erfahrungen gemacht haben. Und so ist der Fokus auf die Teilnahme auch ein Fokus auf einen konfliktären Aushandlungsprozess, »in welchem die Möglichkeiten und Erfordernisse des Anteils bzw. der Beteiligung situativ und praktisch hergestellt werden« (ebd.: 115). Konsequent gedacht ist bereits die Entscheidung für oder gegen die Teilnahme Ergebnis eines Aushandlungsprozesses.

Widerstände sind wichtige Momente, weil sie einerseits darauf verweisen, dass Menschen die Subjektivierungsangebote nicht annehmen, weil sie ihnen nicht stimmig, nicht wahr oder nicht richtig erscheinen. Das Vorhandensein von Widerständen verweist auf das Vorhandensein von Machtverhältnissen, denn »[w]o es Macht gibt, gibt es Widerstand« (Foucault 2017[1977]: 96). Sie sind innerhalb von Machtbeziehungen anzusiedeln und daher im Sinne eines Erkenntnisinstruments geeignet, um diese sichtbar zu machen (Foucault 2005: 273). So kann der Widerstand fokussiert werden, »jedoch nicht, um ihn als das Andere der Macht auszuzeichnen, sondern vielmehr, um auf diese Weise das Ganze der Machtbeziehungen als solche erkennen zu können« (Demirović 2008: 18). Als Widerstand werden hier nicht nur die intentionalen und zielgerichteten Akte von Widerstand im engeren Sinne gefasst, sondern der Begriff wird geweitet hin zu einer »funktionalistisch orientierten und daher moralisch neutraleren Betrachtungsweise«

(Hechler/Philipps 2008: 8). Das heißt, auch »[n]icht legitimierte, wenig riskante, nicht als Widerstand intendierte Verteidigen, Nutzen oder Schaffen von Handlungsspielräumen, zumeist: abweichendes, oft alltägliches und banales Verhalten« (ebd.: 8) wird unter dem Begriff des Widerstandes zusammengefasst. So sind auch gemeinhin als eigensinnig oder widerspenstig bezeichnete Verhaltensweisen mit der Bezeichnung als widerständig einzufangen. Ohne also von einem »Ort der Großen Weigerung – [der] Seele der Revolte, [dem] Brennpunkt aller Rebellionen, [dem] reine[n] Gesetz des Revolutionärs« (Foucault 2017[1977]: 96) zu sprechen, werden im Folgenden einzelne Widerstände in Situationen veranstalteter Partizipation fokussiert: »mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromißbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände, die nur im strategischen Feld der Machtbeziehungen existieren können« (ebd.: 96).

Die Praktiken von Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen bewegen sich im Spannungsfeld von Nutzung und Nicht-Nutzung. Praktiken des Sich-Entziehens, des Verlassens, des Nicht-Wiederkommens (als relativ eindeutige Formen der Nicht-Nutzung), aber auch *zwischen* Nutzung und Nicht-Nutzung sich verortende Praktiken werden hier mit Blick auf das darin eingelagerte kritische Potenzial als widerständige und eigensinnige Praxis gerahmt. So kann die Perspektive *from below*, auf die sich die (Nicht-)Nutzungsforschung beruft, aufzeigen, wie die Alltagsakteur_innen mit den Anforderungen, die die veranstaltete Partizipationspraxis an sie stellt, umgehen. In widerständigen Praktiken finden sich Hinweise auf die aus der hegemonialen Repräsentation ausgeschlossenen, häufig namenlosen Reproduktionsstrategien der Alltagsakteur_innen.

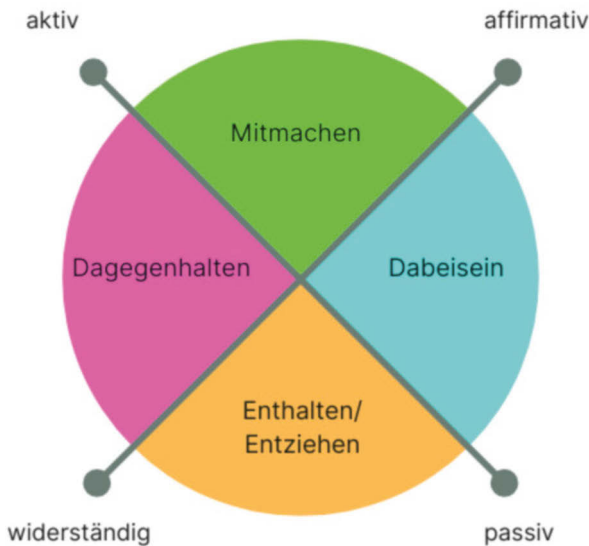
10.2 Bearbeitungsweisen der Situation durch die Alltagsakteur_innen

Im Verlauf des Kapitels wird entlang empirischer Beispiele aufgezeigt, in welchen Spielarten Widerstand und Eigensinn vonseiten der Alltagsakteur_innen, also derjenigen Teilnehmenden, die nicht in erster Linie in einer professionellen Rolle in Situationen veranstalteter Partizipation dabei sind, aufgeführt werden. Widerstand und Eigensinn verweisen stets nicht nur auf den Gegenstand, auf den sich die Kritik bezieht, sondern sagen auch immer etwas über die Subjekte selbst aus. In der sozialen Arena müssen stetige Kämpfe um Deutungen und Ressourcen angenommen werden. Mit dem Fokus auf Widerstand und Eigensinn werden im Folgenden kollektive Praktiken der Repräsentation ebenso in den Blick genommen wie vereinzelte Praktiken von Alltagsakteur_innen in den benannten »kleinen« Widerständen.

Zu Beginn soll ein Überblick über die Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen in Situationen veranstalteter Partizipation geworfen werden – zunächst sowohl widerständig als auch affirmativ. Diese auf den empirischen Beobachtungen basie-

rende Unterscheidung dient als »idealtypisches Orientierungsmittel« (Weber 1988: 536) und ist »lediglich ein technischer Behelf zur Erleichterung der Uebersichtlichkeit und Terminologie« (ebd.: 537).

Abbildung 12: Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Affirmation und Widerstand



Quelle: eigene Darstellung

Es sind vier Dimensionen von Praktiken zu unterscheiden: 1. Mitmachen, 2. Dabeisein, 3. Dagegenhalten, 4. Enthalten/Entziehen (siehe Abbildung 12).

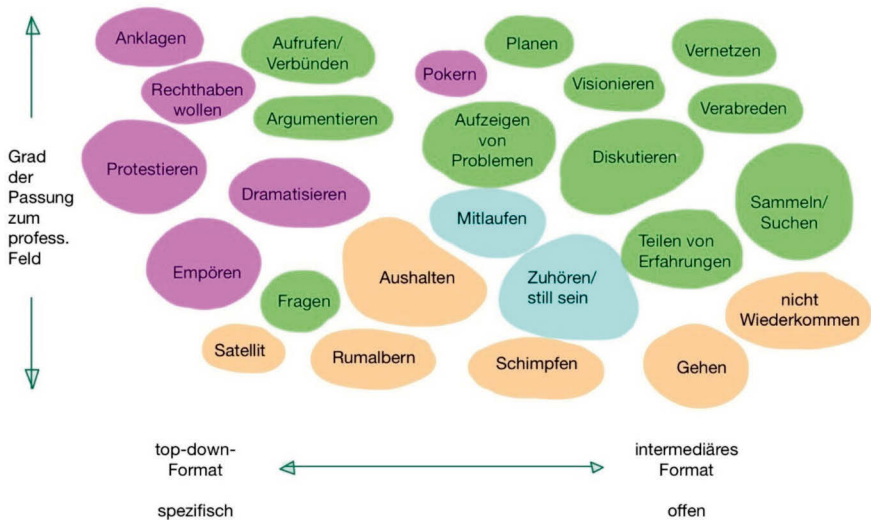
In der ersten Dimension werden jene Arten von Praktiken zusammengefasst, die unter den Begriff des *Mitmachens* subsumiert werden können, z.B. das Eigene anzusprechen, auf ein Problem hinzudeuten, gezielte Fragen zu stellen, das Geplante in seinem alltagsweltlichen Kontext zu verorten, zu argumentieren, einzuwirken auf Änderungen, Verabredungen einzufordern und insgesamt also im hegemonialen Sinne engagiert, interessiert und informiert aufzutreten. In der zweiten Dimension versammeln sich Praktiken, die als *Dabeisein* bezeichnet werden. Dies bedeutet etwa, die Veranstaltung interessiert zu verfolgen, sich an Abfragen zu beteiligen, zu beobachten, insgesamt aber eher Abstand zu halten. Mit der dritten Dimension (*Da-*

gegenhalten) werden jene Praktiken zusammengefasst, die als dezidiert widerständig gerahmt werden können und meist auf ein konkretes Problem hinweisen: das heißt, etwa schon mit einem Protestbanner zu erscheinen und spontan zu demonstrieren, sich selbstbewusst zu Wort zu melden und deutliche Worte des Widerstands zu finden, gemeinsam in einer Gruppe zu erscheinen, dazwischenzurufen, die Rede immer wieder an sich zu ziehen und sich als kritische und mit Macht ausgestattete Gesprächspartner_innen zu inszenieren. Die vierte Dimension schließlich umfasst die Bearbeitungsweisen der Situation, die demgegenüber unklar erscheinen und eher nicht-sprachlich vollzogen werden. Diese Praktiken werden als *Enthalten* oder *Entziehen* bezeichnet, z.B. gar nicht erst zu erscheinen, am Rand zu stehen und mit Distanz zu beobachten, wieder zu gehen, still zu erdulden, still zu protestieren, sich lustig zu machen, kritische Kommentare zu äußern, vereinzelte wütende Rufe loszulassen oder auch die eigene Hilflosigkeit zu markieren.

Es zeigen sich Unterschiede in den Bearbeitungsweisen in Abhängigkeit davon, ob es sich um Alltagsakteur_innen ohne institutionelle Anbindung, professionelle Akteur_innen oder Aktive aus städtischen Initiativen handelt. Die Abbildung 13 zeigt verschiedene Bearbeitungsweisen der Situation, welche die Teilnehmenden in den Situationen aufführen. Sie sind entlang der Frage angeordnet, in welchem Maße die Subjekte in Passung zu den Regeln der veranstalteten Situation gehen (in der Abbildung als Passung zum professionalisierten Feld bezeichnet). Dabei kann unterschieden werden zwischen eher top-down-orientierten und intermediären Formaten. Des Weiteren sind sie tendenziell in ihrem quantitativen Vorkommen abgebildet – je größer, desto häufiger (freilich eine situierte und subjektive Reflexion). Schließlich verweisen die farblichen Markierungen auf die oben herausgearbeitete Darstellung der Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Affirmation und Negation: Dabei ist das *Mitmachen* (1.) grün dargestellt, das *Dabeisein* (2.) blau, das *Dagegenhalten* (3.) pink und das *Enthalten/Entziehen* (4.) orange.

Im Folgenden sollen ausgewählte widerständige/eigensinnige Praktiken der Alltagsakteur_innen entlang empirischer Beispiele erläutert werden. Diese stehen gleichsam exemplarisch für die verdichtete Beobachtung der Praxis. Ziel der Darstellung ist eine Sensibilisierung für verschiedene Spielarten von Widerstand und Eigensinn in Situationen veranstalteter Partizipation. Mit Blick auf die Perspektivierung der Nutzbarmachung der Erkenntnisse für die Soziale Arbeit werden dabei besonders die leiseren, indifferenteren Bearbeitungsweisen betont. Die Ausführungen werden schließlich entlang der Frage nach der Prekarität der Repräsentationen eingeordnet.

Abbildung 13: Praktiken der Alltagsakteur_innen zwischen Passung, Widerstand und Eigensinn



Quelle: eigene Darstellung

10.3 Nicht Kommen

Es ist nicht möglich, in Situationen veranstalteter Partizipation mit jenen ins Gespräch zu kommen, die nicht da sind. Im Vorfeld und am Rande der Veranstaltungen haben wir Menschen jedoch durchaus einen Einblick in ihre Gedanken zur Frage, ob teilnehmen oder nicht, gegeben. Dabei erscheint es für diejenigen, die sich für die Nicht-Nutzung entscheiden, keine Frage des fehlenden Interesses zur Thematisierung des Politischen oder des Sozialen bzw. zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung. Vielmehr scheinen Skepsis, unklare Vorstellungen oder schlechte Erfahrungen mit vorgängigen Situationen veranstalteter Partizipation eine Rolle zu spielen, aber auch ein aufwendiger Alltag, der eine Teilnahme aus Ressourcengründen nicht erlaubt. Darüber hinaus muss auch die Dimension des expliziten Ausschlusses von Alltagsakteur_innen aus Situationen veranstalteter Partizipation mitberücksichtigt werden, etwa, wenn auf einer Veranstaltung zum Stadtteilentwicklungskonzept, das in einem Jugendzentrum im Stadtteil durchgeführt wird, die Jugendlichen, die den Raum ansonsten nutzen, nicht eingeladen sind und stattdessen im wahrsten Sinne des Wortes »draußen« bleiben müssen (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«).

Krug und Corsten (2010) haben den Zusammenhang von Nicht-Engagement¹ und Eigensinn herausgearbeitet. Eigensinnigem Verhalten ordnen sie dabei eine Form selbstbezüglichen, selbstbestimmten Handelns zu. Eigensinn verleihe »dem Inneren des Akteurs gleichsam eine Stimme, auf den Sinn des eigenen Erlebens und Handelns zu hören und zu versuchen, sich darüber in seiner Eigenart zu bestimmen« (ebd.: 43). Im Verständnis von Selbstbestimmung als Wechselverhältnis von »*sich zu bestimmen* und *sich bestimmen zu lassen*« (ebd.: 43, Herv. i. O.) kann Nutzung oder Nicht-Nutzung von Engagement-Angeboten also als eine Entscheidung oder eine Selbstfestlegung der Akteur_innen gefasst werden. Dabei bestimmen sie zwei unterschiedliche Sinnebenen bezüglich der Entscheidung für eigenes bürgerschaftliches Engagement: den »*Wir-Sinn*« als soziale Praxis und das »*fokussierte[.] Motiv*« (ebd.: 44, Herv. i. O.) als Form der Selbstfestlegung, wie das eigene Leben gelebt werden soll. In Abhängigkeit von Lebensarrangements und Rahmungen des Lebensvollzugs ergäben sich unterschiedliche Konstellationen, die es (un)wahrscheinlicher machten, dass Menschen sich bürgerschaftlich (im Sinne von zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu aktivierende Subjekte) engagierten (ebd.: 44). Menschen, die sich demgemäß nicht engagierten, wiesen besondere Gründe auf, die auf den gesellschaftlichen Strukturen und ihren dahingehenden Lebenserfahrungen fußten. Zentral für diese Arbeit ist die Erkenntnis, dass Nicht-Engagierte mittels der »Form einer Selbstdistanzierung [...] über ein Gespür für die Instrumentalisierbarkeit ihrer Handlungen [verfügen]« (ebd.: 60). So wird nicht nur eine über die individuelle Perspektive hinausgehende kritische Einordnung durch die Forschenden vorgenommen, sondern auch in analytischer Hinsicht eine beobachtbare eigensinnige, distanzierende Praxis der Alltagsakteur_innen in von institutionellen Routinen durchzogenen Situationen nahegelegt. Alisch und May (2010) betonen auf Basis ihrer Forschungserkenntnisse in der partizipativen Sozialraumentwicklung und -organisation (May/Alisch 2008), dass es ein »Grunddilemma« (Alisch/May 2010: 65) bezüglich der Selbstorganisationsversuche von Marginalisierten gebe, »dass nämlich der Wille zur Selbstorganisation bei ihnen zunächst negativ bestimmt ist, als Ablehnung jeglicher Fremdherrschaft und Fremdverfügung« (ebd.: 65). Eigensinn gehe damit einher mit einem Gespür für Fremdherrschaft und Instrumentalisierung. Aus dialektischer Perspektive ist eigensinniger Widerstand als Praxis subjektiver Selbstbehauptung zu werten, der sich im Raum zwischen Subjekt und Struktur in der Situation bildet. Eigensinn ist demnach »keine »natürliche« Eigenschaft, sondern entsteht aus bitterer Not; er ist der auf einen Punkt zusammengezogene Protest gegen Enteignung, Resultat der Enteignung der eigenen Sinne, die zur Außenwelt führen« (Negt/Kluge 1981: 766). Er lässt sich als interessegeleitetes Einmischen und Beharren »angesichts von außen gesetzter Anforderungen,

1 Im Sinne der herrschenden Vorstellung, was unter bürgerschaftlichem und freiwilligem Engagement zu verstehen ist, siehe etwa Simonson, Vogel und Tesch-Römer (2017).

verordneter Regelungen und hergestellter Ordnungen« (Stehr 2013: 349) verstehen. Das heißt für die vorliegende Arbeit, dass davon ausgegangen werden kann, dass Alltagsakteur_innen, die gar nicht erst zu Situationen veranstalteter Partizipation kommen, sensibilisiert sind für Praktiken der Vereinnahmung, »die den eigenen Interessen und Zielen entgegenstehen« (ebd.: 349). So können Bemerkungen wie etwa »Das bringt eh nix« (In-vivo), »Was soll ich da?« (In-vivo) oder ein kopfschüttelndes Abwinken als Antwort auf die Frage, warum man die Situation veranstalteter Partizipation nicht besuche, als Ausdruck eigensinniger Selbstbestimmung gegen Praktiken der Instrumentalisierung gewertet werden.

10.4 Räumlich Distanzieren

In den folgenden Ausführungen soll es darum gehen, für den räumlichen Abstand zwischen Alltagsakteur_innen und professionellen Akteur_innen als Hinweis auf die Hervorbringung einer sozialen Distanz zwischen diesen zu sensibilisieren und diese Praxis in den Kontext von Eigensinn und Widerstand der Alltagsakteur_innen einzuordnen. In den Beobachtungssituationen und in eigenen autoethnografischen Reflexionen wird klar, dass die räumliche Distanzierung eine Möglichkeit für Alltagsakteur_innen darstellt, auch sozial-emotional bzw. inhaltlich-programmatisch auf Distanz zu bleiben. Ein Beispiel, dessen Setting auch bereits an anderer Stelle thematisiert wurde (Abschnitt 8.2.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipation«), soll dies verdeutlichen. Es handelt sich um eine Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept sowie zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet, zu der etwa siebzig Teilnehmende gekommen sind. Die Raumgestaltung ist frontal und die Teilnehmenden sitzen in Reihen hintereinander. Die organisatorisch und institutionell involvierten Akteur_innen haben sich räumlich vorn in der Nähe der Leinwand und der Moderation platziert.

Ich setze mich in den hinteren Bereich der Reihen an die Seite. Sogleich wird mir freundlich eine schwarze Fleece-Decke von einer am Rand stehenden Frau angeboten, die ich freundlich ablehne. Etwa 70 Menschen sind anwesend. In den vorderen Reihen links des Mittelganges sitzen geballt etwa 20 Menschen. In der letzten Reihe rechts des Mittelganges sind alle sechs Plätze belegt. Auf diesen sitzen Männer in Arbeitskleidung, Baugewerbe, dicke Arbeitsjacken, breitbeinig (in der Folge: »Handwerker«). Auf der linken Seite im hinteren Drittel sitzen neun ältere Damen beisammen verteilt auf drei Reihen – vorn zwei Frauen, die ich auf Mitte achtzig schätze. Sie halten ihre Handtaschen auf ihren Schößen und blicken nach vorn. Dahinter drei Damen Mitte sechzig/Anfang siebzig, dahinter wiederum vier Frauen im etwa gleichen Alter. Sie scheinen sich zu kennen, blicken einander ab und zu an, scherzen. Eine hat eine blaugrüne Decke auf ihren Schoß und über die Beine gelegt. Ansonsten verteilen sich Zweier- und Dreiergrüppchen, häufig

Pärchen von Männern und Frauen, locker in den Reihen. Auch einzeln sitzen einige. Schräg hinter mir sitzt ein älteres Pärchen um die siebzig. Sie notiert etwas in ein kleines Notizheft. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 53–67)

Im Folgenden wird die Gruppe der »Handwerker« in ihrem räumlichen Nutzungsverhalten näher betrachtet. Sie stellen die räumliche Distanz mit ihren Körpern aktiv her, denn sie hätten durchaus auch in den vorderen Bereichen Platz gefunden. Sie befolgen zwar die Ordnung (indem sie auf den für die Teilnehmenden vorgesehen Plätzen sitzen), gleichsam dehnen sie dieses erwünschte Maß bis an den im wörtlichen Sinne äußersten Rand: sie sitzen ganz hinten, ganz außen. Das Wechselspiel unterschiedlicher Strategien kann hier rekonstruiert werden als das Annehmen des Ordnungsrahmens bei gleichzeitiger Suchbewegung danach, wie das Subjekt bei sich selbst (eigensinnig) bleiben kann. Dass sie sich ganz nach hinten setzen, ist kein Zufall, sondern kann aus einer machtsensiblen Perspektive als Praktik der Symbolisierung von kritischem Abstand und gegen herrschaftliche Vereinnahmung durch eben dieses Herstellen räumlicher Distanz eingeordnet werden. Diese Praxis verweist ferner auf die Dimension impliziten Körperwissens. Es fühlt sich besser an, diese Distanz zu wahren (sonst würde man sich weiter vorn platzieren). In einer Theatervorführung etwa, auf die man sich freut, würde man sich freiwillig wohl eher nicht in die letzte Reihe setzen. Immer da jedoch, wo es Differenzen gibt, Nicht-Identisches zum Subjekt, kann mit Praktiken der räumlichen Distanzierung subjektiver Sinn produziert werden. Es liegt also eine gewisse eigensinnige Schläue im Platzierungsverhalten der »Handwerker«.

Die Distanz ermöglicht erstens, dass man sich zurückziehen kann, dass man autonom bleibt und die Möglichkeit behält, sich mit der sozialen Gruppe, mit der man erschienen ist, auszutauschen. Sie ermöglicht zudem Handlungsfähigkeit – z.B. ein Spaßchen machen zu können und dabei nicht gleich entdeckt zu werden oder auch, dass man gehen kann, ohne aufzufallen. Das heißt die Praxis räumlicher Distanzierung bringt Autonomie hervor und sichert die Souveränität über den eigenen Körper und die eigenen Sinne. Zweitens ermöglicht sie eine soziale Distanzierung bezüglich des Zugriffs durch professionelle Akteur_innen: Wer sich weiter nach vorn setzt, läuft Gefahr, angesprochen und nach der eigenen Position gefragt zu werden. Wer also prinzipiell Interesse hat, im Rahmen der Veranstaltung Informationen zu bekommen, die einem sonst nicht zur Verfügung stünden, sonst aber eher nicht in Erscheinung treten möchte, bleibt räumlich – und damit sozial – auf Distanz. Diese Sitzpositionierung wirkt sich demnach auf das Aushandlungsverhältnis zwischen Alltags- und professionellen Akteur_innen aus.

Aus einer machtsensiblen Perspektive kann das asymmetrische Verhältnis zwischen den sozial unterschiedlich positionierten Subjekten in den Blick genommen werden. So erscheinen die räumlichen Distanzierungspraktiken der subalternen Alltagsakteur_innen, die auf die hegemoniale frontale Inszenierung gewisserma-

ßen antworten, als Differenzierungspraxis zwischen ›denen da vorn‹ und ›uns hier hinten‹. Würden sie weiter vorn sitzen, wäre diese gesetzte Unterscheidung gefährdet. Die »Handwerker« gehen in Distanz zu den Anrufungen, sich als interessierte Bürger_innen hier einzubringen. Es geht um die Arbeit, sich selbst überhaupt in der Situation ertragen zu können. Das Sitzen in der hintersten Reihe ist der Kompromiss, der eine Teilnahme für das Subjekt möglich erscheinen lässt. In der Situation bearbeiten die Alltagsakteur_innen das subjektive Verhältnis zwischen dem Zwang zur körperlichen Präsenz und der Chance zur Informationsgewinnung und Repräsentation. Sie können sich der Herausforderung, sich selbst in irgendeiner Form zu zeigen, nicht entziehen. Somit ist die Platzierung in der hintersten Reihe eine Art körperlich hergestellter Kompromiss zur subjektiven Aushandlung zwischen Nutzung und Nicht-Nutzung. Es wird deutlich, dass die Platzierung in der letzten Reihe weniger als Rückzug, Schüchternheit oder Vorsicht zu betrachten ist, sondern aus einer subjektorientierten Sichtweise die Bedingung für die Teilnahme darstellt.

Interessant sind diese Erkenntnisse auch vor der Folie, dass frontale Formate in der Regel nicht als niedrigschwellig bezeichnet werden und Methodenbücher gemeinhin eher dialogisch ausgerichtete Ansätze für Situationen veranstalteter Partizipation empfehlen (stellv. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2012). In der Tat wird hier eine Audienzförmigkeit über die zentrierte Raumgestaltung, welche die Teilnehmer_innen-Subjekte eher passiv-konsumierend platziert, hervorgebracht. An anderer Stelle dieser Forschungsarbeit wurde jedoch herausgearbeitet, dass auch dezentrale, als niedrigschwellig gerahmte, partizipative Formate die eigene »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) der Alltagsakteur_innen, also die situierte Herstellung von Handlungsfähigkeit und die Verfügung über gesellschaftlich erzeugte Ressourcen, behindern können. So konnte gezeigt werden (siehe 8.2.3 »Widersprüche räumlicher Inszenierung I: Öffentlichkeit braucht Publikum«), dass die im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verkehrsberuhigung im Quartier zur Anwendung gebrachte »Galeriemethode« der Legitimationsproduktion der Verwaltungsplanungen dienlich war und von den Alltagsakteur_innen auch als solche markiert wurde. Der Einsatz der Methode beförderte die Alltagsakteur_innen blockierende Praktiken, denn sie hat nicht nur die Foki der inhaltlichen Auseinandersetzung zerstreut, sondern auch das Kollektiv der Anwohner_innen dezentriert, vereinzelt und damit eine gemeinsame widerständige Praxis in der Situation erschwert.

10.5 Widerständiges Sitzen

Körper sind Träger von Wissen, sind »wissende Körper« (Hirschauer 2008b: 977). Sie sind »eine Fläche, die permanent Auskunft gibt« (ebd.: 980). Das heißt, auch

wenn der Sprechapparat abgestellt ist, macht der Körper als »visuelles Kommunikationsmedium« (ebd.: 980) weiter: »Der Mund kann sich schließen, das display bleibt eingeschaltet« (ebd.: 980). Körper in Situationen veranstalteter Partizipation sind häufig sitzende Körper. Die Praxis formt die Körper der Teilnehmenden in spezifischer Weise. Wie es den Körpern dabei geht, darüber geben sie Auskunft. Über die körperlichen Erscheinungen und Widerstände soll es im Folgenden gehen.

Insbesondere in Top-down-Settings gibt es die implizite Regel, dass nur, wer gut informiert ist, sich auch gut beteiligen kann. Das heißt für die Praxis, dass sich vor der Phase, in der die teilnehmenden Alltagsakteur_innen zu Wort kommen können, eine Phase der Information ereignet. Hier werden in der Regel Vorträge gehalten und Powerpoint-Präsentationen oder Filme gezeigt. Durch die Art der Praxis, das Senden von Informationen an eine Gruppe, ergibt sich, dass die Adressat_innen der Sendung aufgerufen sind, zuzuhören. Dies wird mittels materieller Praktiken der Raumgestaltung vorbereitet und unterstützt (siehe 8.2.2 »Klassiker der Raumgestaltung veranstalteter Partizipationspraxis«). Den Beobachtungen zufolge nehmen diese Phasen meist einen veritablen Teil der Veranstaltungen ein (etwa zwischen 30 und 90 Minuten, und sie variieren, je nachdem, ob es eine oder mehrere vortragende Personen gibt). In dieser Zeit hören die Teilnehmenden zu und verüben dabei die passiven körperlichen Tätigkeiten des aufrechten Sitzens und des Stillseins. Sie sind aufgerufen, kognitiv-inhaltlich zu folgen, freilich noch ohne sich selbst einbringen zu können.

Im Folgenden wird erneut das bereits im vorherigen Abschnitt thematisierte Setting der Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept sowie zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet als empirisches Beispiel herangezogen. Es geht um die Planungen im Kontext städtebaulicher Verdichtungsvorhaben zur baulichen Erweiterung bestehender Mehrfamilienhäuser. Um dem gestiegenen Bedarf an Wohnraum zu begegnen, sollen die Wohnhäuser um ein Stockwerk erweitert werden. Viele der Anwesenden wohnen in den Häusern, um die es geht. Sie sind im Folgenden eingeladen, den Ausführungen der leitenden Planerin aus der Wohnungsbaugesellschaft zuzuhören. Ihrem Vortrag ging bereits ein anderer recht komplexer Veranstaltungsteil voraus, das heißt, die Teilnehmenden sitzen schon eine ganze Weile auf ihren Stühlen.

»Ja, auch ich möchte Sie nochmal herzlich im Namen der [Wohnungsbaugesellschaft] begrüßen. Ich finde es prima, dass sich trotz des kalten Wetters und der Weihnachtszeit hier Leute bereitgefunden haben, uns zuzuhören. Mein Anliegen ist es, über unsern aktuellen Stand der Bauplanungen zu berichten«. Die Frau aus der [Wohnungsbaugesellschaft] blickt auf ihre Powerpoint-Präsentation, die in diesem Moment geladen wird. Auf ihr ist das Logo der Wohnungsbaugesellschaft ganz prominent zu sehen. Zu Beginn porträtiert sie das »Portfolio« der Gesellschaft: »Ja, nochmal kurz zu uns für diejenigen, die nicht schon oder bereits

wieder bei uns sind. Also wir, die [Wohnungsbaugesellschaft]«. Sie betont die niedrigen Mieten. »Die durchschnittlichen monatlichen Kaltmieten liegen bei 5 Euro 98 netto kalt, das ist in den heutigen Zeiten denk ich mal eine erfreuliche Tatsache. Wir haben eine lange Tradition darin, unsere Quartiere immer auch in Abstimmung und gemeinsam mit unseren Mietern zu entwickeln. Dies betrifft vor allem die Freiräume und auch die sozialen Projekte innerhalb der Quartiere, in denen wir tätig werden.« Sie erzählt von der Aufgabe, Wohnraum in großer Zahl neu zu schaffen: »[...] das ist die Erweiterung des Bestandes um ein Drittel, das ist schon ne ordentliche Hausnummer und da haben meine Kollegen und ich auch ordentlich Respekt vor«. In den Innenstadtquartieren sei die Nachfrage sehr hoch. Hier würden sie viele »Nachverdichtungsprojekte« planen. Dann zeigt sie Karten von Straßen, wo dies hier im Quartier geplant sei. »Wie gehen wir vor, um unsere Aufgabe zu erfüllen?« Mit Verweis auf die vertraglichen Verpflichtungen würden sie in ihre Bestände schauen, wo »Potenzial« sei. »Wenn wir denn feststellen, dass die erste Machbarkeitsuntersuchung positiv ist, dann stellen wir in der Regel einen Antrag auf Vorbescheid«, wo in Abstimmung mit den Verwaltungsinstanzen das konkrete Vorhaben auf Rechtsinhalt abgetastet wird. Hin und wieder knarzt und quietscht die große Eingangstür zum Gebäude. Sie geht auf und schließt sich wieder. Es gibt einen laut hörbaren Seufzer im Publikum in der kurzen Redepause, wo die Planerin versucht, eine Folie weiter zu klicken. Ich beobachte nervöses Fußtippen, Leute strecken ihren Rücken, einige reden leise miteinander, andere sitzen mit reglosem Kopf und Blick nach vorn unter ihren Wolldecken. »Gut. So denn dieser Bauvorbescheid positiv beschieden wird, dann starten wir eigentlich mit der konkreten Bauplanung.« Bei einem »Grüne-Wiesen-Projekt« sei das natürlich einfacher als bei »Bestandsräumen«. Und das sei auch der Moment, in dem sie anfangen würden, »die Mieter und die anderen Anwohner, die von dem Projekt betroffen sind, eben zu beteiligen«. Wieder kommt eine längere Pause, als sie versucht die nächste Folie zu zeigen. »So. Jetzt. Wenn das auch positiv ist, dann stellen wir [...] den Antrag auf Baugenehmigung.« Wie läuft es hinsichtlich der »Bauvorbescheide« ab? Eine Dame im Publikum macht mit ihrem Handy ein Foto von der Folie »Bauvorbescheide – Ergebnis«. Dinge, die potenziell gebaut werden können, müssten vorab behördlich »abgefragt« werden (z.B. zur »Dachaufstockung« oder »Erweiterungsbauten zu bestehenden Bauten«, zu Tiefgaragen oder Anbau von Loggien/Wintergärten). Die Abfragen wären alle sämtlich beschieden. »Dann können wir da ein Häkchen dranmachen.« Der nächste Schritt sei die Planung der Umsetzbarkeit. »Wie gehen wir hier vor?« Es geht um Bohrkern und Laboruntersuchungen und Baugutachten, die die Tragfähigkeit des Untergrundes untersuchen. Fachleute würden beauftragt, auch für das Thema Brandschutz. All diese bautechnischen Nachweise seien Teil des Procederes und würden einfließen in den Antrag auf Baugenehmigung. Alle bautechnischen Nachweise würden durch zertifizierte und qualifizierte Bausachverständige nochmals geprüft. Dann könne man mit dem Bau beginnen. Es sei also ein »mehrstufiger Prozess«, wo immer auch zertifizierte Fachleute und immer auch die Behörden beteiligt sind, so, dass wir wirklich größtmögliche Sicherheit

gerade zu den beiden Vorgehen Standsicherheit und Brandschutz erweisen können«. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 277–327)

Im Ausschnitt des Beobachtungsprotokolls wird beschrieben, wie eine Akteurin aus einer Wohnungsbaugesellschaft anhand einer Powerpoint-Präsentation Ausführungen zum behördlichen, baurechtlichen und institutionellen Prozess der Nachverdichtung bestehender Bausubstanz macht. Die Anwesenden sitzen in Reihen hintereinander und blicken auf die Rednerin und die Leinwand. Um alles zu verstehen, muss man leise sein, da es sich um einen Raum mit recht hallender Akustik handelt. Ab und zu zeugt die knarzende große Eingangstür von Menschen, die kommen bzw. gehen. Die Zuhörenden in den Reihen verhalten sich ruhig. Es gibt nur wenige Teilnehmende, die miteinander leise reden. Nicht-sprachliche Körperpraktiken wie nervöses Fußstippen oder Rückenstrecken sind zu sehen. Mehrheitlich verhält sich das Publikum jedoch ruhig und passiv, beinahe reglos. Als ethnografisch Forschende und gleichsam praktisch Erfahrene in diesen Situationen ruft diese Praxis des Stillsitzens und Zuhörens vertraute körperliche Empfindungen und Körpererinnerungen hervor: Es ist ein Aushalten und Abwarten in einer zunehmend als unbequem erfahrenen Körperhaltung.

Die meisten Teilnehmenden versuchen, ihre körperlichen Empfindungen erst einmal so wenig augenfällig wie möglich zu gestalten. Das heißt, sie schalten in gewisser Weise ihren Körper für die Zeit der Präsentation aus. Diese Praktik der Herstellung von Nicht-Präsenz alles Körperlichen bedient gewissermaßen die in der Situation geforderte Stille im Modus des Zuhörens. Was Langer (2008) über das Sitzen in der Schule schreibt, lässt sich auch auf die Praxis veranstalteter Partizipation beziehen: »Über das Artefakt Stuhl, welches ganz wesentlich dazu beiträgt, welche Sitzhaltung man einnehmen kann, und damit Körperhaltungen und -bewegungen entscheidend prägt, hält sich der Schüler an, sich selbst zu disziplinieren.« (ebd.: 150) Gleichsam arbeitet der Körper – er spürt den unbequemen Sitzuntergrund, nimmt eine Sitzhaltung ein. Die genormten Stühle passen nur zur Durchschnittskörpergröße eines Erwachsenen. So kann es vorkommen, dass etwa die Beine einschlafen, wenn sie nicht lang genug sind, den Boden zu erreichen. Das aufrechte Sitzen kann auf Dauer für den Rücken anstrengend werden. Die Augen müssen die Leinwand konzentriert fokussieren, um das dort Geschriebene lesen zu können. Die Kühle im Raum spüren diejenigen, die sich keine Decke genommen haben. Das Zuhören im Raum mit herausfordernder Akustik kann auf die Dauer ermüden etc.

Nun kann man zu Recht einwenden, dass die Anwesenden doch durchaus auch interessiert bei der Sache sind und damit über eine motivationale Basis verfügen, aufmerksam zuhören. Somit könnten die körperlichen Erscheinungen leichter ertragen werden. Vielleicht wird der Dimension des Körperlichen auch keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil stilles Sitzen für manche eine gewohnte Tätigkeit darstellt. Aus einer auto-ethnografischen Reflexion heraus kann ich für mich

einordnen, dass das forschende Interesse an der Situation in der Praxis für mich Motivation genug war, dies mitzumachen und auszuhalten. So können Motivation, Interesse oder sogar Spaß subjektiv möglicherweise positiven Einfluss auf das Aushalten der körperlichen Unannehmlichkeiten ausüben – ebenso wie Besucher_innen von Theater oder Kino wohl eher seltener über die körperliche Zurichtung durch stilles Sitzen reflektieren als in den hier beschriebenen Settings. Im Unterschied zu Film und Theater werden in Situationen veranstalteter Partizipation jedoch Fragen von spezifischer Relevanz für die Alltagsakteur_innen be- und verhandelt. Da die Planungen den Alltag und die Reproduktionsmöglichkeiten der Anwesenden berühren, kann eine Relevanz in der Sache angenommen werden. Um an Informationen über die Planungen heranzukommen, ist ihr Körper in der Situation gezwungen, sich zurückzunehmen – um aufnehmen und zuhören zu können.

Der Körper als Träger von Praktiken vollzieht damit die Anforderungen in der Situation: stillsitzen. Damit bringt er die Ordnung in der Situation gleichermaßen mit hervor. Die Teilnehmenden sind darauf eingestellt, in den Situationen eher zuzuhören als sich zu bewegen. Sie haben »gelehrte Körper« (Foucault 1994[1976]: 173ff.), in die sich die Macht einschleift, »um in ihnen gleichsam automatisch weiterzuwirken« (Pongratz 1990: 151). »Sie [...] macht die Subjekte [...] zum Koproduzenten ihrer eigenen Effekte« (ebd.: 151). In den Worten Foucaults besteht ein Verhältnis zwischen dem Körper und der Macht, das sich über Disziplin bildet. Dieses setzt am Körper an und »[macht] den Körper umso gefügiger [...], je nützlicher er ist, und umgekehrt« (Foucault 1994[1976]: 176). Foucault sensibilisiert damit für die Einwirkungen auf die Körper der Teilnehmenden als machtbezogene Praxis. Der Körper durchläuft eine Art »Machtmaschinerie [...], die ihn durchdringt, zergliedert und wieder zusammensetzt« (ebd.: 176). Die Disziplinierung der Körper in Form des stillen Sitzens sichert die Hervorbringung des intendierten Ablaufs, indem Selbstausschlusspraktiken derjenigen greifen, die dies nicht mitmachen (können, wollen), und/oder explizite Ausschlusspraktiken durch professionelle Akteur_innen gegenüber »ungefügigen« Körpern hervorgebracht werden.

Die Teilnehmenden machen in der Regel mit. Gleichsam verhandelt das Subjekt dies je spezifisch. So empfinde ich es als zermürbend, über lange Zeit so zu sitzen. Die Beobachtungen legen nahe, dass mit zunehmender Dauer und/oder mit zunehmender Kritik am Beteiligungsgegenstand das Potenzial zum widerständigen Sitzen zunimmt: das Subjekt strebt nach einer Veränderung der Körperhaltung, mitunter steigt auch die emotionale Anspannung. Man will, dass es vorbei ist. Es mag irritieren, betont lautes Seufzen, Kniewippen oder das Hin- und Herrutschen auf dem Stuhl als widerständig zu rahmen. Dennoch besitzen die Praktiken einen antagonistischen Kern. Diese »kleinen« Praktiken sollen aus der Perspektive auf Macht nicht ausgeschlossen werden. Denn nach Hechler und Phillips (2008) erscheint auch »[n]icht legitimates, wenig riskantes, nicht als Widerstand intendiertes [...] Verhalten [...] als widerständig« (ebd.: 8). Für das Herausarbeiten von Eigensinn und

Widerstand in Situationen veranstalteter Partizipation sind Rekonstruktionen dieser Vollzüge wichtig, denn sie erweitern die Betrachtung von Widerstand um die sonst leicht übersehene Dimension des Nicht-Sprachlichen, des Leisen. Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit macht es besonders Sinn, auf diese Praktiken von Widerstand und Eigensinn zu schauen, deren Träger_innen sich in alltäglicher »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) Zugänge zu Ressourcen und Handlungsfähigkeit erschließen, sichern und/oder erkämpfen – und diese aber auch verlieren können bzw. in deren Zugangsmöglichkeiten beschnitten werden.

10.6 Eigensinniges Raumgreifen

Im Kontrast zum beharrlichen Sitzen wird im Folgenden ein Beispiel für »eigensinniges Raumgreifen« herangezogen. Wir bleiben im selben empirischen Beispiel. Nun steht eine Praktik im Fokus, die einen (wenn auch prekären, das heißt temporären und nicht für alle sichtbaren) Raum der Repräsentation einer Alltagsakteurin hervorbringt. Im Unterabschnitt 8.2.1 »Die Irritation der Ordnung als aufschlussreiche Quelle« wurde bereits gezeigt, was diese eigensinnige Praktik über die materielle Ordnung, die sie irritiert, aussagt.

Zwei Frauen, eine etwa Mitte vierzig und eine etwa Mitte sechzig betreten den Stuhlbereich von hinten und halten einen kurzen Moment inne. Die jüngere der beiden, schlank, modisch gekleidet, steuert auf die Reihe der »Handwerker« zu und nimmt direkt vor ihnen Platz. Sie grüßt sie lachend. Sie wechseln ein paar Worte. Die ältere, mit einem Parka bekleidete Frau, sagt laut und deutlich und in rauem Ton zu ihr: »Bleibst du da sitzen?«. Als diese meint »Ja«, dreht sie sich in Richtung Leinwand und steuert zielgerichtet darauf zu, läuft unaufgeregt durch die Powerpoint-Projektion und setzt sich in die erste Reihe. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 199–206)

[...] Die Frau mit dem grauen Parka und den grauen Haaren steht von der ersten Reihe auf und geht in den Seitenraum und schaut sich die Ausstellung an. (ebd.: Z. 657–659)

[...] Die Frau sitzt nun wieder mittig im Saal. Sie versucht Blickkontakt mit der jungen Frau aufzunehmen, die in der vorletzten Reihe sitzt und sich weiterhin leise unterhält. (ebd.: Z. 773–775)

[...] »Na Ihr Kaffeetanten?« Die Frau im grauen Parka kommt in die vorletzte Reihe und bleibt kurz stehen. Sie spricht lauter als alle anderen da hinten. Sie setzt sich in die vorletzte Reihe. (ebd.: Z. 935–938)

Die Frau bewegt sich während der gesamten Veranstaltung immer mal wieder im Raum. Sie bleibt nicht auf ihrer Position sitzen, sondern widersetzt sich dieser impliziten Regel. Auch an die Regel, sich still zu verhalten, hält sie sich nicht. Die weiterhin hörbare Frage an ihre Begleitung etwa, ob sie dort sitzen bleibe, lässt darauf schließen, dass es ihr gleichgültig ist, ob sie mit ihrem Verhalten aneckt oder nicht. Sie nimmt sich Raum. Sie konzentriert ihre Kommunikation auf ihre Bekannte sowie die »Handwerker«, zu denen diese sich gesetzt hat. Es findet kein sichtbarer sozialer Kontakt zu den professionellen Akteur_innen vor Ort oder anderen Teilnehmenden statt. Mit ihrem radikalen Nicht-Befolgen der Regeln sowie der Fokussierung ihrer sozialen Handlungen auf ihr bekannte Personen, grenzt sie sich von der Inszenierung der Situation ab. Das heißt, sie verhält sich nicht »loyal« (Reichenbach 2020: 33) denjenigen gegenüber, die die Praxis initiieren, sondern jenen Alltagsakteur_innen gegenüber, die sie kennt. Sie ist insofern auch keine »taktvolle Zuschauer[in]« (Goffman 2011[1969]: 218), weil es ihr nicht wichtig zu sein scheint, die Inszenierung der Veranstaltung nicht zu gefährden. Sie bearbeitet ihr Verhältnis zur gestalteten Situation demonstrativ unabhängig. Ihre »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) ist die Herstellung einer autonomen Position als Antwort auf die kollektive Disziplinierung der Körper und Instrumentalisierungsversuche durch Planung und Verwaltung. Damit schafft sie sich einen selbstbezüglichen Freiraum innerhalb der Arena, der gleichsam implizit die intendierte Partizipationspraxis kariert.

Über das darin eingelagerte Erfahrungswissen – also die Grundlage für Institutionenkritik und -skepsis, erfährt man freilich nichts. Jedoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass Erfahrungen sozialer Ausschließung ihre demonstrativen Praktiken antreiben. Interessant ist, dass die anderen Anwesenden – ob Bewohner_innen des Quartiers, Akteur_innen aus Verwaltung und Planung oder Moderator_innen – ihr keine Aufmerksamkeit schenken. Die Möglichkeit, diese Grenzverläufe zwischen den verschiedenen sozialen Positionen im Raum zu thematisieren und zu bearbeiten, wird nicht genutzt. Insofern reproduziert sich in dieser Situation erneut ein Marginalisierungsverhältnis, indem ihr Verhalten nicht als Ausdruck der Arbeit an alltagsbezogener Partizipation und gegen hegemoniale Ausschließung verhandelt, sondern eher als »schräges« Verhalten der Teilnehmerin individualisiert wird. Mit dem Beispiel kann auch gezeigt werden, wie standortabhängig es ist, die Praktiken des eigensinnigen Raumgreifens, die hier aufgeführt wurden, als Widerstand zu rahmen – oder eben als sozial unangepasstes Verhalten, das unterhalb der Oberfläche des Expliziten sanktioniert wird. Hier soll das eigensinnige Raumgreifen jedoch als Hervorbringung einer Repräsentation stark gemacht werden: Die Alltagsakteur_in erschafft einen eigenen Raum der Sichtbarkeit ihrer Autonomiebestrebungen in diesem asymmetrischen Setting. Die Repräsentation ist jedoch prekär, flüchtig, vereinzelt und inhaltlich unbestimmt. Sie dringt als diskursive Praxis im

Modus des Nicht-Sprachlichen in den Raum – und wird dann entsprechend der subjektiven Standorte implizit verhandelt.

10.7 Sich-lustig-Machen

In den Situationen der Praxis gibt es potenziell alle Formen menschlicher Äußerungen – so auch die Kommunikation mit den Mitteln des Humors. Im Folgenden soll es darum gehen, wie Alltagsakteur_innen Mittel des Humors nutzen, um sich kritisch abzugrenzen. Ich greife eine Praktik des Sich-lustig-Machens heraus und rahme diese als eigensinnige und widerständige Praxis. Es geht erneut um das Beispiel, das auch in den vorhergehenden Abschnitten beleuchtet wurde. Die »Handwerker« aus der letzten Reihe hören den Ausführungen einer leitenden Verwaltungsmitarbeiterin zu. Diese manövriert sich in eine recht unbequeme Lage, denn sie räumt Verfehlungen ihres Arbeitsbereiches ein und entschuldigt sich bei den Anwesenden. In der für sie augenscheinlich unangenehmen Situation reagiert einer der »Handwerker« auf eine Art, die ich als lustig empfunden habe:

Dann wechselt die leitende Verwaltungsmitarbeiterin mit einem Blick in das Publikum das Thema. Sie spricht die Anwesenden direkt an, blickt in die Menge: Sie hätte einen Brief von ihnen bekommen, mit Unterschriften. Diesen hätte sie leider zu spät gelesen. »Ich fände es sehr gut, wenn wir uns mit einigen von Ihnen bei mir treffen, wenn nicht alles geklärt werden konnte,« sagt sie und fokussiert eine Frau im Speziellen: »Ich gebe Ihnen meine Karte, dann machen wir einen Termin«. Die Frau, die sie anspricht, ist aus der Gruppe der älteren Frauen, die im hinteren Drittel sitzt. Sie hat sich von ihrem Stuhl erhoben. Die Frau, die zuvor die Decken austeilte, bringt ihr ein Mikrofon. Diese sagt aufgeregt mit deutlicher Stimme und einem gezielten Blick nach vorn zu ihr: »Ich habe das Einschreiben mit Ihrem Namen auf Ihren Schreibtisch gelegt« und es könne nicht sein, dass sie diesen Brief erst kürzlich gelesen habe. Es geht um Monate und Wochen, wann der Brief verfasst wurde, wann er hätte gelesen worden sein müssen. Die Verwaltungsmitarbeiterin verteidigt sich, bewegt sich auf ihren Füßen hin und her. »Hier war Land unter«, sie waren »absolut unterbesetzt, das können Sie mir glauben. Dass ich das vier Monate liegen lasse, das ist nicht meine Art«. Die Dame schüttelt ungläubig den Kopf. Einer der »Handwerker« in der letzten Reihe macht plötzlich ein »Plopp«-Geräusch mit seinem Mund. Sie lachen, kichern da hinten. Ich drehe mich nach ihnen um und habe Blickkontakt. Zwei von ihnen grinsen mich breit an. Ich lächle und drehe mich wieder zurück. »Oh, ein Flitzer«, sagt einer von ihnen und meint damit den Techniker, der mit einem Mikrofon durch den Raum schnellte, um zu einem Teilnehmenden zu gelangen, der sich zu Wort meldet. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 106–126)

In diesem Ausschnitt nimmt eine leitende Verwaltungsmitarbeiterin Bezug auf einen Brief, den ihre Behörde erhalten hat. Dieser wurde von Bewohner_innen des Quartiers verfasst. Was in diesem Brief stand, wird nicht weiter erklärt. Es wird nur klar, dass sich mehrere Bewohner_innen zusammengeschlossen haben. Es ist weiterhin zu vermuten, dass das Anliegen, welches dort artikuliert wurde, von großer Dringlichkeit ist, da die Verfasser_innen ihn sogar direkt auf ihren Schreibtisch gelegt haben. Sie räumt ein, dass sie den Brief leider zu spät gelesen hätte und schlägt ein zeitnahes Treffen vor. Sie scheint die Verfasser_innen zu kennen, denn sie adressiert die Gruppe der Frauen, die im hinteren Drittel des Raumes sitzen, direkt, und bietet an, diesen ihre Visitenkarte zu überreichen, damit diese sich zwecks eines Termins nochmal bei ihr melden. Daraufhin erhält eine der Frauen das Mikrofon. Sie äußert ihre Empörung, weil das Schreiben schon eine sehr lange Zeit in der Behörde liege und es doch nicht sein könne, dass sie dieses jetzt erst gelesen habe. Daraufhin wirbt die Mitarbeiterin bei den Verfasser_innen für Verständnis, denn die Behörde sei aufgrund von personeller Unterbesetzung nicht in der Lage gewesen, darauf zu reagieren. Sie geht auch auf die moralische Dimension des Nicht-Handelns ihrer Behörde ein, als sie äußert, dass es nicht zu ihrer Person oder ihren Prinzipien passe, so etwas so lange liegen zu lassen. Die Frau bezeugt Unverständnis und schüttelt den Kopf. In einem Moment der Stille macht einer der »Handwerker« aus der letzten Reihe ein deutlich wahrnehmbares Geräusch, das sich anhört wie ein Ploppen. Es ergibt sich, wenn man den Zeigefinger seitlich in den Mund steckt, an die Wange drückt und ihn aus dem Mund wieder herausschnellen lässt.² Es ist eine lautmalerische Äußerung, so, als zerplatze eine Seifenblase. Dieses Geräusch war in dem Raum, in dem es hallt, weithin hörbar.

Im Folgenden soll die Praktik des Ploppens hinsichtlich der Frage nach Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen analytisch aufgeschlüsselt werden. Vor dem Hintergrund des Settings als »gesellschaftliche Situation« (Bareis 2012: 292) wird das Geräusch in der Situation von einem analytischen Standort aus in den Blick genommen, der sich für die alltäglichen Kämpfe der Alltagsakteur_innen interessiert. Wenn wir die Situation als ein Geflecht von Praktiken betrachten, dann kann angenommen werden, dass die Praktik des Ploppens nicht unabhängig von der Situation vollzogen wird, sondern ein bewusst gesetztes Geräusch darstellt. Es hat eine Wirkung bei mir als Forschender erzielt: ich musste lachen. Für mich trug diese akustische Unterbrechung eine Komik. Die körpersprachliche Praktik impliziert eine Nachricht, deren Interpretation sie den Empfänger_innen überlässt. Die Vollzüge der Hervorbringung und Interpretation sind dabei hoch standortabhängig, denn sie wird weder von jeder Person im humorvollen Sinne

2 Siehe für eine anschauliche Erklärung <https://www.labbe.de/blog/Fingerploppen> (zuletzt geprüft am 28.05.2024).

hervorgebracht noch als komisch empfunden. Damit wird die soziale Dimension des Lachens deutlich:

»Humor [...] entsteht doch meist aus dem Bedürfnis heraus, sich nahe zu sein und eine Verbindung zwischen Menschen herzustellen. Zugehörigkeit wird vermittelt durch das gemeinsame Lachen, das sich aus einer Übereinstimmung der Lebenswelten ergibt. Beim Witz ist es der übereinstimmende soziale, kulturelle und intellektuelle Hintergrund, der sichergestellt sein muss, um über eine Pointe lachen zu können. Lachen als soziales Phänomen entsteht also nicht aus einem Widerspruch, sondern aus Übereinstimmung dieser im Witz überprüften Wirklichkeitsebenen« (Tissot 2009: 51f.).

Als ich mich zu den »Handwerkern« umdrehte, grinsten sie mich an, so als hätten sie es auf eine Reaktion anderer Teilnehmer_innen angelegt. Das heißt aus der auto-ethnografischen Perspektive, dass mich etwas verbindet mit demjenigen, der das Ploppen aussendet, eine soziale, kulturelle oder intellektuelle Verbindung. Dies kann ich nicht nachprüfen, aber ich kann es annehmen.

Diese Praktik ist nicht zwangsläufig immer und überall komisch, sondern sie ist spezifisch situiert. Das Ploppen war lustig, weil es einen Bruch bewirkte. Die Situation zwischen der leitenden Verwaltungsmitarbeiterin und der Frau, die auf das Problem der fehlenden Kommunikation hinwies, war konfliktreich und moralisch aufgeladen. Das plötzliche Plopp besaß eine Komik im Sinne einer lautmalerschen Kommentierung. In diesem Raum, in dem beinahe ausschließlich im Medium des (Schrift-)Sprachlichen kommuniziert wird, hat das Ploppen die Ordnung des Diskursiven gleichermaßen irritiert wie gebrochen. Es wirkte wie eine wortlose Conclusio, die dem hochstrukturierten und professionellen Setting attestierte: Wenn ein Brief der Bewohner_innen des Quartiers eine so lange Zeit unbeantwortet liegen bleibt und gleichzeitig der artikuliert moralische Anspruch der leitenden Verwaltungsmitarbeiterin solch eine Praxis als absolut abzulehnen markiert, dann kommentiert das Ploppen diese Ambivalenz aus Anspruch und Wirklichkeit auf eine kritisch-humorvolle Art und Weise. Etwas hat die Langlebigkeit einer Seifenblase, die effektiv zerplatzt. Diese Kritik wird hier nicht sprachlich-explicit artikuliert. Dafür wird sie im Medium des Impliziten und Subversiven für jene, die dafür sensibilisiert sind, transportiert.

Weiterhin setzt sich auch das Subjekt selbst in Beziehung zur Situation. Es unterläuft mit seiner Artikulation die Regeln der Kommunikation. Der »Handwerker« wartet nicht, bis er das Mikrofon erhält, um etwas zu äußern. Er widersetzt sich der Regel, dass es sprachliche Praktiken sind, dass man etwas in Worte fassen muss. Das, was er hier artikuliert, ist im Grunde hochkomplex, würde in sprachlicher Form Zeit zum Formulieren und Zeit zum Erläutern beanspruchen. Das Ploppen ist eine kleine Irritation, die sich den strengen Reglementierungen in der Situation wider-

setzt und sie für den Moment aufbricht. Es ist eine Abgrenzung seitens des Alltagsakteurs, eine Kritik vom Standort eines peripher Beobachtenden, der der Praxis zumindest mit Skepsis begegnet. Sie bringt etwas Nicht-Identisches hervor und erzeugt einen Abstand zwischen dem Hinten und dem Vorn.

Schließlich sei mit der Praktik des Ploppens und der damit einhergehenden sozialen Dynamik des Lachens auf weitere Wissensschichten verwiesen. Es gibt mehr als nur in der Situation Auffindbares, das hier angesprochen wird. Es ist implizites Wissen, also ein reflexiv nicht zugängliches, inkorporiertes Wissen, das vom analytischen Standpunkt aus rekonstruiert werden kann (Bohnsack 2007). Die Praktik des Ploppens und mein intuitives Verstehen als Anwesende in der Situation verweisen auf eine wie auch immer geartete gemeinsame Erfahrungsbasis, genauer: einen konjunktiven Erfahrungsraum (Mannheim 1980), der auch bei Menschen angenommen werden kann, die nie in »interaktiver Kopräsenz« (Meuser 2007: 211) waren. So kann davon ausgegangen werden, dass hier gemeinsame, habituell gebundene Erfahrungen im Umgang mit machtvollen Konfliktlinien und Aushandlungsdynamiken vorliegen, die auf einen subaltern positionierten Standort verweisen. Die Sinnhaftigkeit dieser Praktik, die eingelagerte Kritik, tangiert demnach eine implizite Bedeutungsebene, die von Menschen, die über ähnliche konjunktive Erfahrungen verfügen, verstanden werden kann. Diesen »Dokumentsinn« (Mannheim 1964) oder auch »dokumentarischen Sinn« (Bohnsack 2007) zu erfassen, ist nur mit der Analyse der Praktik des Ploppens nicht zu leisten. Dennoch ist das situierte Ploppen eine Information, die verstanden wird. Das heißt, sie muss in der Situation nicht erst gegenseitig interpretiert und reflexiv expliziert werden, sondern vor dem Hintergrund konjunktiver Erfahrungen wird das Wissen (hier) nicht-sprachlich transportiert.

Nun kann man das Ploppen aus diskurs- und machtanalytischer Perspektive als Praktik betrachten, die eine eigene Materialität und Diskursivität besitzt. Da die Artikulation jedoch weder in der Sprache des vor Ort herrschenden Diskurses verfasst ist, noch entlang des intendierten Ablaufs offiziell aufgerufen wurde, muss sie, um als Teil des situierten Diskurses betrachtet zu werden, anders gerahmt und – im Sinne der Situationsanalyse – dezentriert werden. Wenn wir auch nicht-sprachliche Praktiken als diskursiv verstehen (siehe dazu Abschnitt 5.2 »Diskurs als Praxis«), dann kann das Ploppen eine diskursive Praktik sein. Sie unterläuft und karikiert den herrschenden Diskurs und wird insbesondere von jenen aufgenommen, verstanden und ggf. verstärkt, die für das in die Praktik eingelagerte Konflikthafte sensibilisiert sind. Diese diskursive Praktik ist eine prekär strukturierte Praktik: sie ist vage, weil sie vom impliziten Verstehen der empfangenden Personen abhängig ist. Sie ist kurzzeitig und leise und damit potenziell diskursiv nur sehr begrenzt wirksam. Und tatsächlich wird sie von den hegemonialen Akteur_innen weder situativ aufgenommen und diskutiert, noch wohlmöglich nachgängig dokumentiert. Mit Spivak (2020b) kann man sagen, dass die »Handwerker« subalterne Sprechakte hervorbrin-

gen, die jedoch unvollständig sind, weil sie als solche nicht gehört werden. Demnach würden sie erst vollständig, wenn sie aus »Sprechen und Hören« (ebd.: 127) bestünden. Widerständige Akte, auch wenn sie klein und momenthaft sind, sind »ein Bemühen, sich selbst in die Repräsentation einzubringen, und zwar *nicht* entlang der Linien, die von den offiziellen institutionellen Repräsentationsstrukturen vorgegeben werden« (ebd.: 145, Herv. i. O.). Insgesamt zeigt sich hier, wie flüchtig und prekär strukturiert diskursive Praxis *from below* sein kann.

10.8 Artikulierter Einspruch von Einzelnen

In Situationen veranstalteter Partizipation können die Möglichkeiten der Artikulation und Repräsentation von Alltagsakteur_innen als limitiert und umkämpft bezeichnet werden. In der situationsanalytischen Betrachtung der Bearbeitungsweisen durch die Alltagsakteur_innen sind auch die Informationen, die sie über sich preisgeben, und damit die Interpretation dieser Selbstauskünfte der Subjekte beschränkt, was gleichsam die Grenzen der Forschung tangiert. Die Fokussierung auf sprachlich-explizite Praktiken kann dazu verleiten, das Verbalisierte inhaltlich überzubetonen und die Vielfalt diskursiver Praxis nicht in den Blick zu nehmen. Zudem gelingt es nicht, Genauerer zu den Bedürfnissen, Geltungsansprüchen und Kämpfen hinter den Artikulationen herauszuarbeiten. Die Stärke der ethnografischen Präsenz in den Situationen jedoch ist die Möglichkeit, die Situation als Ganzes aus einer dezentrierten Perspektive einzufangen. So treten die Praktiken der Artikulation und Repräsentation der Alltagsakteur_innen innerhalb von Machtverhältnissen in den Fokus. Aus diskurs- und machttheoretisch sensibilisierter Perspektive relevant ist die Frage, wie Alltagsakteur_innen Kritik hervorbringen und inwiefern die Artikulationen den hegemonialen situierten Diskurs beeinflussen, inwiefern also der »Subalterne Aufstand« (Spivak 2020b: 145) den Raum des Diskursiven verschiebt.

Im Folgenden wird die Top-down-Veranstaltung zu einem Sanierungsvorhaben in einem Wohngebiet beispielhaft herangezogen, die auch in den vorangegangenen Abschnitten im Fokus stand. In der Mehrfamilienhaussiedlung in Blockbauweise aus den 1950er Jahren soll über Aufbauten eine Wohnraumverdichtung stattfinden. Die Informationen, die dazu an die Mieter_innen gehen, sind umfangreich und komplex. Neben dem Bauprozess und den dahingehenden Auswirkungen, geht es auch um die langfristigen Effekte der Nachverdichtung: Perspektivisch gibt es mehr Mieter_innen, aber dieselbe Fläche für Kellerräume. Das Beispiel setzt ein, als die Planerin von der Wohnungsbaugesellschaft den Bauprozess skizziert und (kurz) auf die Möglichkeiten zu sprechen kommt, wo sich die Bewohner_innen einbringen können.

Nun zeigt sie auf eine Folie, auf der ein Schnitt durch ein solches Haus zu sehen ist. Sie zeigt auf die Fundamente des Hauses und wo diese verstärkt («verdickt») werden müssen. Die älteren Frauen gegenüber echauffieren sich über etwas. Jemand macht von der Folie »Aufstockung [Name des Viertels]« ein Foto mit dem Handy. »Für die Mieter, für Sie bedeutet das, dass Sie zeitweise die Kellergeschosse komplett räumen müssen und wir überlegen, ob wir Ausweichmöglichkeiten in Form von Containern auf dem Hof anbieten.« Die Reaktionen im Saal sind mehr oder weniger deutlich sichtbar. Kopfschütteln hier. Keine Reaktion da. Eine der älteren Damen sitzt mit verschränkten Armen und schüttelt deutlich den Kopf. Die Runde ist aufgebracht, sie unterhalten sich etwas aufgeregter über zwei Reihen hinweg. Auch die ältesten Damen vorn drehen sich nun nach hinten zu den anderen um und sprechen etwas. Die Planerin wendet sich zum Techniker, der die Powerpoint-Präsentation bedient. »Weiter bitte.« Dieser klickt auf die neue Folie. Die Bewohner müssten »keine Angst« haben, dass Wände im Wohnbereich aufgedickt werden würden, »aber es ist natürlich klar [...] es ist laut und es ist dreckig, da kommt man nicht drum rum. Das muss man konstatieren«. In der letzten Reihe unterhalten sich ein »Handwerker« und die Frau eine Reihe vor ihm miteinander.

Vorn wird zu einer Folie zum Planungsprozess gewechselt. »Was ist noch offen? Wo können Sie sich einbringen?«, fragt die Planerin mit Blick auf das Publikum. Aus dem Workshop, insbesondere aus dem im November, sei eine Themenliste als Aufgabenstellung mit auf den Weg gegeben worden. »Das ist zum einen die Quartiersentwicklung im Allgemeinen, das ist das Thema Freiräume im Grünen. Wir haben das Themenfeld Bebauung und Wohnen, Mobilität ist auch wichtig und natürlich das SOS-Thema, Sicherheit, Ordnung, Soziales. Das ist also unser Aufgabenzettel fürs kommende halbe Jahr.« Und dann gäbe es natürlich auch für die Bauphase genauso eine Liste, was bedeute, dass während der Bauzeit sichergestellt sein müsse, dass die Bewohner_innen jederzeit zu ihren Häusern hin- und wieder wegkämen. »Das Kellerthema werden wir behandeln müssen, wie wir damit umgehen. Wir wollen Sie natürlich fortlaufend informieren, dass Sie sich darauf vorbereiten können, was jetzt in den kommenden Wochen auf Sie zukommt. Wir werden einen kontinuierlichen Ansprechpartner zur Verfügung stellen und möchten ohnehin sehr eng mit Ihnen und Ihren Vertretern zusammenarbeiten.« Sie beendet ihre Ausführungen. »Ja, herzlichen Dank«, sagt die Moderatorin. Jetzt gebe es Zeit für Rückfragen, sagt sie mit offenem Blick in das Publikum. »Ja«, sagt sie und zeigt auf einen Mann. Der steht in der Mitte des Saales und spricht, zuerst ohne Mikrofon. Ich bekomme nur die Hälfte mit. Dann, mit Mikrofon in der Hand, ist er besser zu verstehen: »(unv.) das Treppenhaus, das nach oben geht in den sag ick jetzt mal fünften oder sechsten Stock«. »Da werden wir die vorhandenen Treppenhäuser verlängern«, erwidert die Planerin. »Na sehense, also jehense doch durch die Treppenhäuser! Durch alle vier Treppenblocks (unv.)«, »Nee, wahrscheinlich nur eins, je nachdem, wie lang das Gebäude ist. Ein oder zwei Treppenhäuser werden betroffen sein, nicht alle«, erwi-

dert die Planerin. »Jut, was war jetzt noch? Was passiert mit den Kellern? Wenn mehr Mieter sind, müssten ja theoretisch ooch mehr Keller jebaut werden. Dann müssten ja ooch mehr Keller zur Verfügung stehen«. »Ja«, sagt sie prompt, »da muss man gucken, wie man die Kellerflächen nutzt, die vorhanden sind und es gibt ja mehrfache Begehrlichkeiten zur Nutzung, ne? Wir haben den klassischen Mieterkeller, wir haben Fahrradräume, es geht natürlich ums Thema Kinderwagen, Rollatoren. Also da wird man, das ist Aufgabe der Planung darüber-«. Sie wird von ihm unterbrochen: »Also da brauchen wa uns eigentlich ja nich darüber zu unterhalten. Bei uns jibt's weder Fahrradkeller noch irgendwelche Keller, wo man wat unterstellen kann. So dann wäre noch die nächste Frage, is'n Fahrstuhl vorjesehn?« Die Planerin antwortet: »Für die diejenigen, also die dadurch, wenn wir, wenn wir (unv.) aufstocken, dann würde ordnungsrechtlich ein Fahrstuhl erforderlich. Das heißt diejenigen Treppenhäuser, die verlängert werden, werden auch einen Fahrstuhl erhalten«. Ich muss kurz auflachen bei dem albernen Gedanken, dass nur die oberen Stockwerke vom Fahrstuhl profitieren könnten. Der Mann fasst zusammen: »Also das heißt, zwei Aufgänge, wo'n Fahrstuhl haben und zweie nich (unv., die Planerin setzt an, etwas zu sagen). Wäre dit denn für jeden Wohnbereich erreichbar oder weeiß ick zumindest in der Mittelreppe oder so wat wie et bei manchen isset dann, weil es ja nicht anders geht, manchmal, dass de dit (unv.)« Die Planerin spricht hinein. Teilweise sprechen beide gleichzeitig, so dass man nicht verstehen kann, was sie sagen. »Das ist genau die Aufgabe, die wir noch vor uns haben, nämlich genau diese Entscheidung ob eben halb Podest oder ändert man wirklich so sehr im Treppenhaus, dass man irgendwie für alle was anbieten möchte und dann wäre es richtig barrierefrei erreichbar. Das sind eben die anstehenden Aufgaben, die wir so zu tun haben«. »Dit wart denn«, sagt der Mann, gibt sein Mikro zurück und setzt sich. (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 337–399)

Das Beispiel zeigt den Kampf um Relevanzsetzungen und Einfluss auf Entscheidungen. In der Wohnungsbaugesellschaft, in der die Mieter_innen sich nicht etwa genossenschaftlich organisieren, sind die Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten über Planungen prinzipiell von der Setzung »von oben« abhängig. Die Planerin offenbart, welche Auswirkungen die Aufstockung der Wohngebäude für die Bewohner_innen des Quartiers bedeutet: zeitweise Komplettäumung der Kellergeschosse, Lärm, Dreck. Die Teilnehmer_innen in den Reihen wirken aufgebracht, versichern sich gegenseitig durch kurze Blickkontakte, Kopfschütteln, dass nicht nur sie allein dies problematisch finden. In diesem Moment hat die Moderatorin die Situation noch nicht für die Menschen vor Ort geöffnet, sondern die Planerin ist noch in der Präsentation. Der Klick auf die nächste Folie beendet die Thematisierung der Keller. Nun sei noch offen, wo sich die Bewohner_innen einbringen könnten. Mittels der Folie wird das Thema Beteiligung aufgerufen. Die Planerin schafft es nicht, klar zu machen, wie konkret sich Bewohner_innen in den Planungsprozess oder die Quartiersentwicklung einbringen können. Es hätte einen Workshop gegeben, im

Rahmen dessen eine Themenliste auf den Weg gebracht worden sei. Spielräume der Beteiligung gäbe es demnach zur Quartiersentwicklung im Allgemeinen, zu Grün- und Freiflächen, zum Themenfeld Bebauung und Wohnen, zur Mobilität sowie zum Thema Soziales, Sicherheit und Ordnung. Was genau diese Themen beinhalten, darauf geht die Planerin nicht ein – etwa zur Frage, welche Beteiligungsmöglichkeiten sich in punkto der von ihr benannten Themen Bebauung und Wohnen verbergen. Dabei ist dies der Themenkomplex, der ja unmittelbar zur Frage der Aufstockungs- und Kellerplanung gehört. Die Situation offenbart das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung, im Rahmen dessen ein spezifisches, punktuelles Format aufgeführt wird, das entlang der Logiken und Routinen der Planungs- und Verwaltungspraxis strukturiert wird. Für das Thema Partizipation scheint sie persönlich nicht verantwortlich zu zeichnen, sondern es ist zu vermuten, dass dies andere machen. Damit einhergehend orientiert die Planerin bezüglich Partizipation nicht auf die Situation vor Ort auf der Veranstaltung, sondern auf ein zeitlich ausgelagertes Geschehen weiterer Formate. Mit der situativen Nicht-Bearbeitung der konflikthafter Frage, was unter Partizipation verstanden wird, reproduziert sich gleichermaßen die Asymmetrie zwischen hegemonialen und subalternen Kräften. Die Planerin schließt ihre Ausführungen mit dem Ausblick auf die kommenden Wochen. Sie würden die Mieter_innen fortlaufend informieren, damit diese wüssten, was auf sie zukommt. Ein Ansprechpartner solle zur Verfügung gestellt werden und auch ganz grundsätzlich solle die Zusammenarbeit mit den Mieter_innen und der Mieter_innenvertretung sehr eng sein. Hier deutet sich eine Kommunikationsform an, die über die Stellvertreter_innen der gewählten Mieter_innenvertretung funktioniert. In dieser Form wird der Ort des Austauschs und Konflikts verlagert, weg von den einzelnen und informell organisierten Mieter_innen.

Die Moderatorin bedankt sich bei der Planerin, als diese ihre Ausführungen beendet. Sie öffnet den Raum für Rückfragen. Ein Mann im Publikum meldet sich zu Wort. Er spricht, noch bevor das Mikrofon bei ihm ist. Er nutzt die Gelegenheit, um die Situation der Keller anzusprechen. Vorausschauend wirft er die Frage auf, was denn mit diesen passiere, wenn mehr Mieter_innen Zugriff auf den begrenzten Raum beanspruchten. Es müssten mehr Keller gebaut werden. Darin liegt bereits die Selbstaussage, dass die Nutzung der Kellerräume für ihn wichtig ist. Das prompte Antworten der Planerin, dass man die Nutzung der Kellerflächen betrachten muss, sowie ihre Bemerkung, dass es multiple Begehrlichkeiten zur Nutzung gebe, deuten zudem darauf hin, dass vonseiten der Planungsebene ein Konfliktpotenzial im Hinblick auf Nutzungskonkurrenzen in den sowohl individuell als auch gemeinschaftlich genutzten Kellerräumen bereits antizipiert wird. Dies wird für sie in Anbetracht weiterer Verdichtungsprojekte keine Neuigkeit sein. Sie grenzt ein, dass man im Rahmen des bestehenden Platzangebotes schauen müsse. Sie zählt die verschiedenen Nutzungsarten vom Mieter_innenkeller bis hin zum Abstellplatz für Rollatoren auf und markiert damit die Aufgabe von Planung, Nutzungskonzepte im

Sinne des Allgemeinwohls zu erarbeiten. So wird implizit ein Antagonismus zwischen Partikularinteresse und Gemeinwohlorientierung aufgerufen, im Rahmen dessen dem Mieter bezüglich seines Einsatzes für den Erhalt des eigenen Kellers ein tendenziell egoistisch motiviertes Eigeninteresse unterstellt wird. Darüber zu befinden sei Aufgabe der Planung. Diese Setzung wird ohne dialogischen Austausch, ohne Rückversicherung, ob man etwas richtig verstanden hätte, und ohne die Andeutung eines Verhandlungsspielraumes aufgeführt. Obwohl nicht explizit geäußert wird, dass die einzelnen Mieter_innen hier nicht mitentscheiden können, transportiert sich der Ausschluss vom Einfluss über die Verteilung der räumlichen Ressourcen sehr deutlich. Deutungshoheit vollzieht sich hier über den Status als Planungsakteur_in. Partizipation und allgemeinwohlorientierte Planungspraxis sind dabei als double-bind verknüpft (siehe dazu auch Ahrens/Wimmer 2014): Während Interessierte offen zur Teilnahme eingeladen werden und die gemeinsame Arbeit an einer koproduktiven Planungskultur emphatisch betont wird, mithin also die Selbstbestimmung der Adressierten angerufen wird, wird gleichsam ein Partizipationsverständnis aufgeführt, das der Planung die Deutungshoheit über das Allgemeinwohl zuspricht und die Selbstbestimmung der Adressierten als potenziell eigennützig gegenüber einer allgemeinwohlorientierten Planung markiert.

Prägnant ist die Ahistorizität der Planungsebene. Es scheint keinerlei Anspruch auf ein wie auch immer gelagertes »Gewohnheitsrecht« im Planungsprozess zu geben. Die Bewohner_innen haben sich an die neuen Begebenheiten anzupassen. Der alltagsmäßige Gebrauch der Räume, die Nutzung der Keller – für viele der Bewohner_innen sicherlich ein jahrzehntelang genutzter, eigengestalteter Raum (vielleicht mit einer Werkstatt, als Kreativraum, als sozialer Ort) – liegt nicht im Fokus der Planerin. Die räumliche Ressource des Kellers ist aus alltagsakteur_innenorientierter Perspektive mehr als ein objektiv messbarer, abschließbarer Abstellraum, sondern kann gleichsam eine wesentliche Ressource darstellen, die für manche Freiheit, für andere ein Raum der Selbstwirksamkeitsentfaltung und für wieder andere ein Raum der Geselligkeit bedeutet. So ist denn auch der deutliche Einwurf des Mieters einzuordnen, der die Planerin mit den Worten unterbricht: »Also da brauchen wa uns eigentlich ja nich darüber zu unterhalten. Bei uns jibt's weder Fahrradkeller noch irgendwelche Keller, wo man wat unterstellen kann« (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 383f.). Bei ihnen gäbe es dazu keinen Diskussionsspielraum – am Status Quo sei nicht zu rütteln. Interessant ist, dass er in diesem Moment nicht von sich spricht, sondern von einem »Uns«, der Gruppe der Mieter_innen. Er wähnt sich in einem Kollektiv, in dem man die gleiche Ansicht vertritt. Er artikuliert klar, dass man sich darüber nicht zu unterhalten brauche. Darin schwingt die Berufung auf ein Recht auf gewohnheitsmäßige Nutzung ebenso mit wie der Widerwille, so nicht über sich bestimmen zu lassen. Seinen Widerstand führt er im Modus des Alltagshandelns auf – weder ändert er seine Sprache ins Hochdeutsche noch passt er die Tonalität der Sprache an die sachlichen Kommunikationsroutinen von Planung und

Verwaltung an. Seine Ausführungen sind nicht argumentativ orientiert, er plausibilisiert nicht, wieso dies nicht infrage kommt, sondern setzt eine absolute Grenze. Seine »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) ist die Grenzziehung gegenüber der geplanten Beschränkung seiner Ressourcenausstattung.

Interessant ist nun, dass im weiteren Verlauf der Beantwortung der Frage durch die Planerin keinerlei Bezugnahme auf die umkämpfte Kellersituation erfolgt. So wird weder gefragt, wer noch etwas gegen die Änderung der derzeitigen Regelung habe, noch werden Ideen ausgetauscht, wie man den Nutzungsbedarfen evtl. anderweitig entgegenkommen könne. Während die anschließende Frage des Bewohners zu den Fahrstühlen eher den Charakter einer aus einer interessierten Position heraus gestellten Sondierungsfrage gleicht – und von der Planerin beantwortet wird, wird seine mit Emotionalität vorgetragene Grenzziehung bezüglich des Kellers keinen Augenblick lang durch sie aufgegriffen. Fragen zur Planung oder zum Prozess werden im Modus der Kommunikation als Informationsweitergabe beantwortet, wohingegen widerständige Artikulationen nur bedingt beantwortet werden. In dieser Sequenz zeigt sich erneut der umkämpfte Raum in der Konfliktarena der Situation. Der hier ausgetragene territoriale Kampf um die Kellerräume ist ein Kampf unter ungleichen Partner_innen. Die Widerstände gegen die Planungen der Wohnungsbaugesellschaft, die Keller neu zu sortieren, finden in der Situation selbst zwar die Adressatin, die über eine Leitungsfunktion in der Institution verfügt. Da die Veranstaltung jedoch weder der Ort ist, an dem über die Planungen entschieden wird, noch ein Ort der Diskussion darüber, erhält der Mieter (der sich stellvertretend für andere mit äußert) zwar den Raum, die Kritik zu artikulieren. Es entwickelt sich daraus aber keine Gelegenheit, über diese in den Austausch zu treten. Im Rahmen der Veranstaltung wird diese Ressourcenfrage weder weiter verhandelt noch wird auf einen anderen Ort verwiesen. Das heißt, die Planerin, die eben noch fragte »Wo können Sie sich einbringen?« (Beobachtungsprotokoll »Wohnen«: Z. 353.), verknüpft den institutionell vorgesehenen Möglichkeitsraum der Partizipation nicht mit den Gesprächsbedarfen der Alltagsakteur_innen vor Ort. Diese bringen ihren Bedarf nicht diskursiv exakt in dem Maße ein, dass sie die entsprechend anschlussfähigen Termini verwenden, durch ihre Kritik fordern sie einen Raum der Partizipation jedoch deutlich ein. Die Artikulation des Mieters wird schließlich allenfalls in der schriftlichen Dokumentation zu lesen sein. Schlussendlich verschwindet die Kritik der Alltagsakteur_innen im verwaltungsförmigen Diskurs. Es bleibt zu vermuten, dass sie nicht die Schwelle der Sichtbarkeit über die punktuelle Veranstaltung hinausschaffen wird. Das Setting begünstigt eine Privatisierung und damit Unsichtbarmachung von kritischen, widerständigen und protesthaften Artikulationen.

10.9 Widerstand kollektiver Akteur_innen

10.9.1 Praktiken in Verbindung mit städtischen sozialen Bewegungen

In den Situationen der Praxis sind immer wieder auch Akteur_innen aus sozialen Bewegungen dabei. Das liegt auf der Hand, denn dort werden stadtplanerische Vorhaben thematisiert, gegen die sich die Kritik der Initiativen richtet. Sie sind Zusammenschlüsse, die für den zivilgesellschaftlichen Diskurs in der Stadt von zentraler Bedeutung sind. Im Folgenden sollen daher, etwas anders als in den vorangegangenen Abschnitten, zunächst städtische soziale Bewegungen als Praxis kurz beschrieben und kontextualisiert werden, um dann entlang empirischer Spuren deren Wirkungen auf die Situation hinsichtlich der Relationen zu nicht-organisierten Alltagsakteur_innen zu beleuchten.

Städtische soziale Bewegungen handeln nicht in erster Linie aus dem Impuls heraus, die persönlichen Zugänge zu Ressourcen zu verbessern oder ein Bauvorhaben vor der eigenen Haustür zu verhindern: städtische soziale Bewegungen orientieren – anders als etwa NIMBY-Initiativen³ (siehe dazu etwa Menzl 2014) – auf gesellschaftliche Probleme und Konflikte. Soziale Bewegungen lassen sich durch vier Merkmale charakterisieren: sie verfügen über einen gewissen Organisationsgrad und vermögen es, Menschen zu mobilisieren; sie sind orientiert auf Gesellschaftskritik und streben sozialen Wandel an; sie sind meist längerfristig angelegt und stabilisieren sich über die Kohäsionskräfte kollektiver Identität und schließlich organisieren sie Aktionen, die sich von konventionellen Formen politischer Partizipation (wie etwa Wahlen) unterscheiden (Lahusen 2012, zit.n. Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014a: 13).

Städtische soziale Bewegungen beziehen sich auf übergeordnete kritische Diskurse. Eine zentrale Rolle dabei spielt das »Recht auf die Stadt« (Lefèbvre 2016; Schmidt 2020). »Unter dem Stichwort ›Recht auf die Stadt‹ konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern« (Gebhardt/Holm 2011). Zu städtischen sozialen Bewegungen liegen vielfältige Arbeiten auf theoretischer und praktischer Ebene vor (Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014b). Sie setzen sich kritisch und protesthaft u.a. mit der Ökonomisierung der Städte und deren sozialen problematischen Implikationen auseinander – etwa die Mieter_innen-Proteste in Berlin und New York (Scheller 2020), die Blockupy-Bewegung in Frankfurt a.M. (Mullis 2017), Proteste nicht-kommerziell orientierter Kunst- und Kulturschaffender in Frankfurt a.M. (Dzudzek 2016) und Potsdam (Pigorsch/Lack 2015), Protestbewegungen gegen den Abriss von Gebäuden der Ostmoderne in Ostdeutschland (Tomczak/Lutz/Zschoge 2018) oder vielfältige emanzipatorische

3 NIMBY steht für engl. »Not in my Backyard«, dt. »Nicht in meinem Hinterhof«.

Initiativen von ausgebeuteten und ausgegrenzten Gruppen, wie etwa die sozialen Kämpfe von Sexarbeiter_innen in Madrid (Künkel 2011) oder von Straßenhändler_innen in Dhaka (Etzold 2011).

Die Praxis in städtischen sozialen Bewegungen wird hier als zivilgesellschaftliche Praxis gefasst, die zentral mit Subjektbildungsprozessen der Akteur_innen einhergeht. Sie eint eine gemeinsame Kritik an konkreten bestehenden gesellschaftlichen Zuständen. Die im empirischen Material der vorliegenden Arbeit vorfindlichen Spuren städtischer sozialer Bewegungen zeigen Initiativen, die sich gegen Planungen und Stadtentwicklungsprozesse richten, die als gesellschaftlich nicht sinnvoll oder nicht notwendig erachtet werden. Der Kritik kommt dabei die Funktion eines Motors gegenhegemonialer Praxis zu. Die Initiativen bilden einen Raum, in dem die gesellschaftlich blockierten Interessen und Bedürfnisse gemeinsam interpretiert und deren Fehlen in politische Forderungen und Ideen überführt werden. Im kollektiven Prozess der Selbstvergewisserung entstehen Räume eigensinniger Praxis: sie machen es anders, probieren neu, entwickeln Utopien. Die kollektiven politischen Zusammenschlüsse, die soziale städtische Bewegungen immer auch sind,

- stellen Öffentlichkeit für ein soziales oder gesellschaftlich relevantes Thema her und bilden gleichsam eine kritische Gegenöffentlichkeit,
- verfügen über ein Kommunikationsnetzwerk, das sie nach innen verbindet und nach außen sichtbar macht,
- sind arbeitsteilig aufgebaut und bündeln Ressourcen, meist gibt es Schlüsselakteur_innen, von deren Netzwerken die Initiative profitiert oder die die Initiative nach außen hin vertreten und als Symbolfigur mit Identifikationscharakter fungieren (Pigorsch/Lack 2015: 116),
- öffnen sich je nach Selbstverständnis für kommunale Gremien – nehmen also an formellen/informellen Formen der Partizipation teil und/oder gründen eigene neue Zusammenschlüsse (siehe dazu Rinn 2017),
- nutzen handlungsorientierte Strategien, um Macht aufzubauen (wie z.B. Aktionen/Transparente im Stadtraum, Aufbau von Webseiten zur Informationsvermittlung, aktive Vernetzung mit anderen Initiativen, Organisation von Kampagnen und Veranstaltungen, Pressearbeit),
- führen Praktiken des Widerstands und Protests auf, dies können neben »klassischen« Protestformen wie Demonstrationen, Stellungnahmen und Bürgerbegehren kreative Formate und Formen zivilen Ungehorsams sein (beispielhaft Tomczak/Lutz/Zschöge 2018; Initiative »Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!« 2016) und
- haben Sympathisant_innen im Umfeld, die sich nicht zwangsläufig selbst in die Arbeit der Initiative/Bewegung einbringen, aber deren Aktivitäten wohlwollend beobachten und sich im Konfliktfall auch solidarisch zeigen (Pigorsch/Lack 2015: 130).

Wenn kollektive Akteur_innen hegemonial strukturierte Diskursräume betreten, agieren sie im Spannungsfeld zwischen eigenen Kommunikationsroutinen der Initiative und dem veranstalteten Kommunikationsraum mit seinen je eigenen Regeln und Formatierungen. Nicht selten bedienen sie sich der rationalen Sprache von Politik und Verwaltung, indem sie die eigenen Argumente bündeln und als »kompetente« Subjekte (wie in Abschnitt 9.3 »Der ›Super-Bürger‹« herausgearbeitet) in den Diskussionen auftreten. Diese Passungspraktiken, in denen eine kommunikative Anschlussfähigkeit in diesen Situationen hergestellt wird, sind vor dem Hintergrund der Sensibilisierung für soziale Ausschließungsprozesse relevant.⁴

Häufig sind Situationen veranstalteter Partizipation nicht die primären Orte, im Rahmen derer die Initiativen sichtbar werden. Sondern die Aktionen städtischer sozialer Bewegungen sind kollektive Interventionen, bei denen Formate veranstalteter Partizipation als Ort der Inszenierung eine Rolle spielen *können*, wie etwa beim »Partizipationsbingo« (Dzudzek 2016: 310ff.). Sie stellen jedoch nicht zwangsläufig die zentralen Räume der Kritikartikulation dar. Im Rahmen dieser Arbeit stehen die Vielfalt und politische Tragweite von Praktiken städtischer sozialer Bewegungen nicht im Vordergrund. Dennoch ist deren Initiativität und die Gegenmacht, die sie aufbauen, auch für die Situation veranstalteter Partizipation von Bedeutung. Denn deren Gegendiskurs wirkt vielfältig in die Situationen hinein. Dies wird im Folgenden anhand zweier Beispiele illustriert. So kann gezeigt werden, wie sich Alltagsakteur_innen ohne organisationale Anbindung an städtische soziale Bewegungen trotzdem auf deren Diskurse beziehen, von diesen bestärkt werden und sich somit auch Widerstand vor Ort verändert.

Der folgende Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll dokumentiert eine Form materiell symbolisierten Widerstands. Es handelt sich um eine Veranstaltung, im Rahmen derer über ein großes Bauvorhaben informiert wird. Ein überregional bedeutsamer IT-Standort soll in einer zentralen Lage in einer Großstadt entstehen. Das Gelände, das dafür vorgesehen ist, ist seit Jahrzehnten ungenutzt. In der durch Gentrifizierungsprozesse gekennzeichneten Großstadt gibt es mehrere Initiativen, die einer neoliberalen Stadtentwicklung kritisch gegenüberstehen. Eine von ihnen setzt sich vor dem Hintergrund anzunehmender sozialer Verdrängungsprozesse gegen das Großprojekt ein. Es sei klar, dass mit dem Großprojekt auch

4 Gestring, Ruhne und Wehrheim (2014a) zeichnen die hohen Voraussetzungen an Akteur_innen sozialer Bewegungen nach. So müssten diese etwa »über eine ausgeprägte gesellschaftliche ›Diagnosefähigkeit‹ verfügen, die sie dazu befähigt, gesellschaftlich relevante Probleme und potentielle Konflikte, in die soziale Bewegungen intervenieren könnten, zu erkennen und zu bezeichnen [sowie, S.P.] [...] in der Lage sein, ihr Anliegen so zu artikulieren, dass verständlich wird, worum es ihnen geht, welche Ziele sie haben und wie sie diese Ziele erreichen wollen« (ebd., S. 14). Das soziale Kapital, das dafür nötig sei, sei eher bei der akademisch gebildeten Mittelschicht zu finden.

steigende Mieten im Umfeld des Standortes einhergehen würden. In der ohnehin immer teurer werdenden Stadt seien Mieter_innen mit geringen finanziellen Mitteln zunehmend gefährdet. Die Veranstaltung findet in einem nicht-kommerziell orientierten Club statt. Die Betreiber_innen sympathisieren mit der städtischen Bewegung. Sie wurden im Vorfeld angefragt, ob die Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten stattfinden kann. Die kritische Einstellung zum Bauvorhaben zeigt sich auch an der materiellen Gestaltung des Settings durch die Clubbetreiber_innen.

Auf dem Gelände befindet sich ein selbstorganisierter Club: ein Ort für das Nachtleben, Electro-Parties, Konzerte, Lesungen. Als ich mich nähere, sehe ich einige Personen am Eingang stehen. Sie essen Brötchenhälften mit Aufstrich und Petersilien-Deko. Einige schließen gerade ihre Fahrräder an. Hier und da begrüßen sich Menschen per Umarmung, stehen beieinander, hier und da wird geraucht. Ein Mann im hochwertigen Wagen parkt am sandigen Seitenstreifen, er steigt aus und greift sich eine Aktentasche. Etwas abseits steht der Geschäftsführer der Firma, die bauen will und wird von einem lokalen Journalisten fotografiert. [...] Im Eingangsbereich sehe ich das Buffet mit Tablettis neben in Reihen aufgestellten Saft- und Wasserflaschen samt Gläsern. Auch Suppe in Schalen gibt es. Kein Wegwerf-Geschirr. Eine Frau steht hinter dem Buffet und lächelt diejenigen an, die zugreifen. Wer das Buffet passiert hat, geht ins Dunkle. Es ist ein krasser Unterschied zwischen der sonnigen Frühlingsstimmung draußen, die langsam in die Dämmerung übergeht, und dem abgedunkelten höhlenartigen Raum, in dem die Veranstaltung stattfindet. Der Saal, ein großer quaderförmiger Clubraum, hat schwarz getünchte Wände. Viele Traversen hängen von der Decke. Ein großes Mischpult. Lautsprecher. Etwa 200 Plastikstühle sind in Reihen links und rechts, getrennt durch einen Mittelgang, aufgestellt. [...] Hier und da sitzen bereits Leute. An den Wänden verteilt kleben an mehreren Stellen handschriftlich beschriebene Blätter im A3-Format, die Slogans und Protestsprüche zeigen. Gegen soziale Verdrängungsprozesse aufgrund des Bauprojekts. Die Schrift ist grün und weit hin gut lesbar. Sie erinnern mich an rasch beschriebene Demo-Schilder. Mit Gewebeband sind sie an der Wand befestigt, einige ein wenig zerknittert. (Beobachtungsprotokoll »Gewerbestandort«: Z. 22–47)

Artefakte des Protestes sind Teil der inszenierten Raumgestaltung dieser Informations- und Diskussionsveranstaltung zu einem umstrittenen Bauvorhaben. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Plakate an den Wänden die Positionen der Club-Betreiber_innen darstellen. Sie haben so dafür Sorge getragen, dass *ihr* Raum als politischer Ort weiterhin erhalten bleibt. Das Aufhängen der Plakate kann als Kompromiss gewertet werden zwischen der Selbstpositionierung »dagegen« und der Öffnung des Raumes für die Diskussion darüber mit Akteur_innen aus Planung, Verwaltung und Vertreter_innen des Investors. Die Plakate sind jedoch nicht nur Artefakte des Protestes gegen das spezifische Bauvorhaben, sondern sie sind Arte-

fakte des Protestes städtischer sozialer Bewegungen für ein »Recht auf Stadt« – also für bezahlbare Mieten, Freiräume, soziale Vielfalt und gegen neoliberale Stadtentwicklungspolitik. Das heißt die soziale Bewegung reicht materiell in die Situation hinein und stellt durch diese diskursiven Praktiken eine Präsenz in der Situation her.

Da die Initiativen häufig arbeitsteilig vorgehen, gibt es meist Schlüsselakteur_innen, die zeitlich langfristig mit der Initiative verbunden sind und regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen. Sie sind häufiger dabei als andere, investieren viel Zeit in die Akkumulation, Diskussion und Artikulation von Wissen und nehmen auch eine wichtige soziale Rolle innerhalb der Initiativen ein. Sie verkörpern gewissermaßen den Diskurs zur Thematik und wirken entsprechend verbindend nach innen. Wenn sie Räume veranstalteter Partizipation betreten, repräsentieren sie die Initiative (ob intendiert oder nicht) nach außen. Mit zunehmender Häufigkeit der Teilnahme und generell mit zunehmender zeitlicher Kontinuität des Engagements in den sozialen Bewegungen sind die Schlüsselakteur_innen im städtischen Raum bekannt. Sie gehören auch zu jenen, die von Verwaltung und Planung als die »üblichen Verdächtigen« (In-vivo) gerahmt werden. Diese Akteur_innen sind gleichsam zentral bei der Betrachtung des situierten Widerstands.

Auf der Veranstaltung im Club kommen neben Interessierten auch die Planner_innen, Vertreter_innen der Behörden und des Investors des Bauvorhabens zusammen. Nach der Vorstellung des Planungsstandes geht es über in den Diskussionsenteil.

Ein Mann im mittleren Alter, der auch schon einige Zwischenrufe gemacht hatte, fragt erstens, warum denn nicht jemand aus der kommunalen Stelle für Bürgerbeteiligung als Moderator eingesetzt worden sei. Zweitens wolle er wissen, in welcher Beziehung der Investor zur Firma [Name der Firma] stehe. Und drittens fragt er mit ironischem Unterton »Wer sind die angeblichen Ankermieter aus [Gebietsbezeichnung]?«. Der leitende Verwaltungsmitarbeiter antwortet auf die erste Frage. Er sagt, dass er es sicher verstehen werde, dass er die kommunale Stelle für Bürgerbeteiligung beauftragt hätte, aber dass deren Kapazität »einfach nicht gegeben« sei und »wir müssen auch sehen, dass wir weitere kompetente Moderatoren« für solche Aufgaben finden. Häkchen dran, Frage beantwortet. Der Geschäftsführer der Firma, die den IT-Standort entwickeln will, übernimmt daraufhin das Mikrofon und antwortet auf die gesammelten Fragen. [...] Er stockt ein wenig mit seinen Ausführungen. Dann sagt er mit Blick auf den Mann, der die drei Fragen gestellt hat: »Sie sind doch [Vorname Nachname], Sie würde ich nachher nochmals sprechen wollen«, um »Dinge und Falschdarstellungen« klarzustellen. Dabei zeigt er in den Eingangsbereich in Richtung des Buffets. »Das können wir auch hier machen«, erwidert dieser prompt für alle gut verständlich. »Ich glaube nicht, dass das für alle interessant ist«, reagiert der Geschäftsführer. Von mehreren Seiten ertönt ein »Doch!« mit Nachdruck. Die Ankermieter wür-

den sie »mit Erteilung der Baugenehmigung nennen«. Einige der Menschen im Publikum schütteln Köpfe, bekunden ihren Unmut. Es ist Bewegung im Publikum, als würde eine leichte Windböe über eine Wiese ziehen. (Beobachtungsprotokoll »Gewerbbestandort«: Z. 202–223)

Der Mann, der sich mit den drei Fragen zu Wort meldet, ist eine Schlüsselfigur einer städtischen sozialen Bewegung und politisch seit Jahren vielfältig in der Stadt engagiert. Er ist einer dieser »üblichen Verdächtigen« (In-vivo), die immer wieder auf Veranstaltungen auftauchen, sehr gut informiert und vernetzt sind. Er stellt kritische Fragen, die auf ein fundiertes Wissen zum Bauvorhaben hindeuten. Als Teil einer vernetzten Szene von Akteur_innen ist er mit Informationen versorgt und versorgt gleichsam andere mit Informationen. Der Widerstand vor Ort geschieht in der Form provokanter Fragen, die auf das Vorliegen vertieften Wissens zum Bauvorhaben hindeuten. Es sind heikle Fragen, die die Grenze von öffentlicher Selbstdarstellung des Bauträgers und zivilgesellschaftlich eingeforderter Transparenz bearbeiten. Gleichsam wird er diskursiv von Politik und Planung wahrgenommen, dies zeigt sich nicht zuletzt am Ansinnen, die »Dinge und Falschdarstellungen« (ebd.: Z. 216f.) zu klären. Hier muss es eine Kommunikation außerhalb der spezifischen Situation gegeben haben. Das heißt, die Bearbeitung der Thematik wird nur zu einem sehr geringen Teil im Rahmen solcher Veranstaltungen verhandelt. Der gegenhegemoniale Diskurs war vor der Situation da und es wird ihn voraussichtlich auch im Nachhinein geben. Dieser ist, anders als die Kritik der nicht-organisierten Alltagsakteur_innen, explizit und gleichsam expliziert. Die Kritik ist argumentativ ausformuliert, verschriftlicht und steht dabei in Beziehung zur kritischen Stadtforschung, aus der sich die Kritik diskursiv speist. Insbesondere die Schlüsselakteur_innen sind diejenigen, die dieses kollektiv erarbeitete und formulierte Wissen kommunikativ teilen und es in gewisser Weise auch personell symbolisieren. Dies verweist einmal mehr auf die Dimension der Arbeitsteilung in der Organisation der Initiative. Eine Konstruktion als »üblicher Verdächtiger« ist aus der Perspektive auf die kollektiven Strategien der Initiative daher unterkomplex. Für die Initiative macht es Sinn, sich hinsichtlich der Fähigkeiten jedes Einzelnen zwischen den vielfältigen Aufgaben, die sie zu bewerkstelligen hat, aufzuteilen. Der Akteur aus dem Beispiel übernimmt vielmehr die Funktion, in Situationen veranstalteter Partizipation eine Öffentlichkeit für die Themensetzung der Initiative herzustellen und diese zu verteidigen. Er tut dies, weil er es »gut kann« und die Ressourcen dazu hat, während andere Akteur_innen der Initiative andere Funktionen wahrnehmen. Dies soll nicht ausblenden, dass es immer auch Dominanzstrukturen innerhalb von Initiativen geben kann, die dazu führen können, dass sich bestimmte Akteur_innen »üblicherweise« durchsetzen. Die Bezeichnung als »übliche Verdächtige« bringt jedoch diskursiv eine Abwertung der Person und der Initiative hervor. So werden jene, die in Situationen veranstalteter Partizipation häufig zugegen sind, als weniger relevant ge-

rahmt und damit aus der Zielgruppe der Formate ausgeschlossen. Je häufiger sie auf den Veranstaltungen anzutreffen sind, desto eher betonen die organisierenden Akteur_innen das Ansinnen breiterer Beteiligung, die mehr Menschen erreicht und niedrigschwellig ist. Das impliziert aber auch, dass Hochschwelligkeit und ›Mittelschichts-Bias‹ tendenziell den Engagierten zur Last gelegt wird. Dabei ist deren arbeitsteilige Praxis – etwa, dass einige Akteur_innen sich für die öffentliche Debatte zur Verfügung stellen, also zu Schlüsselakteur_innen werden – Ausdruck einer Organisationsform, die es am ehesten vermag, zur inszenierten Situation in Passung zu gehen. Insgesamt wird die intensive Arbeit, Vernetzungsstrukturen und Wissen in dieser Form zu akkumulieren, nicht gewürdigt.

Der Geschäftsführer der Firma, die das Bauvorhaben projektiert, möchte im Zwiesgespräch Informationen geben, um Sachverhalte klarzustellen. Die Verlagerung in den Raum des Nicht-Öffentlichen lehnt der Angesprochene jedoch ab, stattdessen schlägt er vor, diesen Austausch im öffentlichen Raum der Veranstaltung zu eröffnen. Der Geschäftsführer erwidert, dass er glaubt, dies sei nicht für alle interessant. Prägnant ist nun, dass daraufhin die implizit Adressierten mit »Doch!« (ebd.: Z. 220) antworten. Die kollektive Antwort verleiht der Aussage Nachdruck und macht das zu besprechende Thema zu einem Thema von Relevanz für die Verhandlung in der Konfliktarena. Das heißt, dass der Widerstand in Form von Problematisierungen vonseiten der Initiative durch die bestärkende Betonung den Handlungsdruck auf den Geschäftsführer erhöht, in der öffentlichen Arena Antworten zu geben. Die Praktiken der Akteur_innen der Initiative und ihres sympathisierenden Umfeldes können aneinander anknüpfen und so einen Gegendiskurs bilden, der der Situation vor- und nachgängig ist, auch, weil er einen anderen sozialen Ort hat, an dem er gebildet, materialisiert und transformiert wird.

Für Alltagsakteur_innen, die einem Planungsvorhaben kritisch gegenüberstehen, kann der Gegendiskurs, den städtische soziale Bewegungen errichten, eine bestärkende Größe hinsichtlich der eigenen politischen Positionierung sein. Dies dokumentiert sich auch im folgenden Beispiel. In einer ostdeutschen Großstadt setzt sich eine Initiative für den Erhalt eines Gebäudes der Nachkriegsmoderne ein, das zu DDR-Zeiten errichtet wurde. Im Zuge der Stadtentwicklungspolitik nach 1990 sind in der Innenstadt bereits zahlreiche Gebäude zum Zwecke der Aufwertung und Rekonstruktion nach historischem Vorbild zum Opfer gefallen. Die Initiative begleitet die Entwicklungen in der Stadt kritisch. Das zentrale Gebäude, das abgerissen werden soll, spaltet die Stadtgesellschaft in jene, die es für einen »Schandfleck« (In-vivo) im Stadtzentrum halten und jene, die das Potenzial des Baus und seiner Nutzungsmöglichkeiten sehen. Der Protest der Initiative zeitigt vielfältige Formen und schriftliche Positionierungen. Schließlich soll das Gebäude den Protesten zum Trotz abgerissen werden. Zur Informationsveranstaltung über den Abriss kommen neben

Initiativenvertreter_innen, Interessierten, Presse, politisch Verantwortlichen auch einige Bewohner_innen aus dem Umfeld des Gebäudes.

Die kleine adrette Frau, in Kostüm und mit Pumps gekleidet, ist 1951 geboren. Sie ist mit zwei Freundinnen bzw. Nachbarinnen zur Veranstaltung gekommen und sie verlässt diese auch wieder mit ihnen. Eine ihrer Begleiterinnen hat Flyer und Infomaterial einer Initiative für eine alternative Stadtentwicklung in der Innenstadt dabei, sie hält sie in den Händen und blättert während der Veranstaltung darin. Die Frau sitzt unmittelbar hinter mir und wir haben Blickkontakt. Draußen, nach Verlassen der Veranstaltung, spreche ich sie an und frage die drei, ob sie hier wohnen würden und ob sie vom Abriss direkt betroffen wären. Sie kommt gleich mit mir ins Gespräch und erzählt ganz offen. Die Veranstaltung wirkt noch nach. Sie sei eine Frau, die die Entwicklungen der Stadt seit einigen Jahrzehnten mitverfolgt habe. Der Reihe nach spricht sie über sämtliche Gebäude am Platz, die entweder abgerissen oder neu wiederaufgebaut wurden. Sie ist deutlich nicht einverstanden mit den politischen Entscheidungen nach 1990, was die städtebaulichen Entwicklungen und Planungen anbetrifft. Sie scheint auch soziokulturell durch ihre Mitgliedschaft in der Wohnungsbaugenossenschaft und den damit zusammenhängenden Gleichgesinnten geprägt. Sie habe da ihre »Spezialkontakte«, um an Wissen über die aktuellen Entwicklungen und Termine rund um Informationsveranstaltungen zu kommen. Ohne diese sei es schwer, überhaupt davon mitzubekommen. Nichts habe der Bauträger oder die Stadt unternommen, um die Anlieger_innen über die Veranstaltung zu informieren, man würde es schlichtweg doch gar nicht mitbekommen. Wer lese heut noch Zeitung. Und selbst da – nur ein ganz kleiner Beitrag wurde abgedruckt mit dem Hinweis auf die Versammlung. (Gesprächsprotokoll »Abriss«: Z. 2–23)

Die Anwohnerin hat Informationsmaterial einer Initiative dabei, die sich gegen den Abriss von DDR-Architektur in der Stadt positioniert und für das »Recht auf Stadt« insbesondere derjenigen kämpft, die sich eine teurere Stadt nicht mehr leisten könnten. Das Informationsmaterial wirkt als »aktiver Text« (Smith 1998) in die Situation hinein, indem es als Referenz für die eigene Positionierung genutzt wird. Dieses Material, das sie während der Veranstaltung in den Händen hält und darin blättert, versichert sie ihrer Positionierung zur Sache. Die Aktivitäten der städtischen sozialen Bewegung zeitigen Effekte auf der Ebene der Solidarisierung zwischen Initiative und Alltagsakteur_innen ohne organisationale Anbindung. Zudem verfügt sie über »Spezialkontakte« (ebd.: Z. 17), womit gemeint sein könnte, dass sie von anderen regelmäßig Informationen erhält. Mittels des dezentrierten Blicks kann die Grenze des situierten Diskurses erweitert werden um den kritischen Gegendiskurs, der in der Situation vorfindlich ist, auch wenn Planung und Verwaltung keinen solchen diskursiven Raum antizipieren. Das Beispiel verweist darauf, dass der Widerstand der städtischen sozialen Bewegung nicht nur eine Angele-

genheit zwischen den Akteur_innen der Initiative und den Entscheider_innen und Planer_innen ist, sondern dieser auch die nicht-organisierten Alltagsakteur_innen tangiert. Es sind Spuren von Initiativität (Arendt 1970) der Alltagsakteur_innen sichtbar, die sich gegen das Beschneiden ihrer Ressourcenzugänge wenden. Soziale Arbeit sollte hieran aktiv anknüpfen, indem sie sich diesen Gegendiskursen und -praxen zuwendet und für Initiativität aufseiten der Alltagsakteur_innen sensibilisiert ist. Dies erscheint im Ansinnen einer Sozialen Arbeit als Makropraxis (vgl. u.a. Netting et al. 2017; Schmidt/Pigorsch 2022) relevant, um soziale Veränderungen im Gemeinwesen zu bewirken.

10.9.2 NIMBY-Proteste

Neben städtischen sozialen Bewegungen sind auch die sogenannten NIMBY-Initiativen in Situationen veranstalteter Partizipation anzutreffen. In diesem Unterabschnitt sollen die Praktiken einer NIMBY-Initiative in den Blick genommen werden, um die Betrachtung von Widerstand in Situationen veranstalteter Partizipation zu erweitern und nach möglichen Ausschließungen zu befragen. Man kann zunächst festhalten, dass die Alltagsakteur_innen aus der Forschungsperspektive *from below* nicht deckungsgleich sind mit der Gruppe der NIMBY-Akteur_innen.

Initiator_innen öffentlicher Bauprojekte stehen heute vor der Herausforderung, trotz teils massiver Proteste Projekte zu planen und umzusetzen. Dementsprechend oft sind die dazugehörigen Situationen veranstalteter Partizipation Orte des Protests. NIMBY-Proteste stehen, so Menzl (2014), »für Positionen, die darauf abzielen, planerische Projekte im eigenen räumlichen Umfeld – unabhängig von der Frage, ob sie für gesellschaftlich sinnvoll oder notwendig erachtet werden – zu verhindern, da mit ihnen negative Effekte für die eigenen Interessen verbunden werden« (ebd.: 65). Sie unterscheiden sich nach der klassischen Definition von sozialen Bewegungen, weil sie sich nicht in erster Linie für sozialen Wandel einsetzen, sondern »in denen sich häufig nachbarschaftsorientierte Interessen artikulieren« (Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014a: 7) und die entsprechend auf das Lokale fokussiert sind (ebd.: 11). Die Stadtforschung streitet, ob dieser Bewegungstypus zu den sozialen Bewegungen gerechnet werden kann, weil es ihnen

»oft sowohl um den Gebrauchswert von Stadt und Nachbarschaft als auch um den Tauschwert von Immobilien [geht]. Konkrete Aktionen richten sich beispielsweise gegen Müllverbrennungsanlagen, Flüchtlingswohnheime, Fixer-Stuben, Hospize, Justizvollzugsanstalten, gegen – als zu laut empfundene – Kindergärten in der eigenen Nachbarschaft, gegen Schnellstraßen oder für den Neubau von Umgehungsstraßen zur Entlastung von Wohngebieten« (ebd.: 9f.).

Wichtiges Kriterium dafür, dass NIMBY-Bewegungen nicht zu den sozialen Bewegungen gezählt werden, sei neben der normativen Zuschreibung auch die gute sozioökonomische Situiertheit der Akteur_innen (ebd.: 10). In der öffentlichen Wahrnehmung stößt eine NIMBY-Haltung bisweilen auf Ablehnung, »da die einseitige Verfolgung von Partikularinteressen oft ausschließlich auf den Erhalt des Status quo fokussiert sei, sich damit gegen die Interessen des Gemeinwohls oder anderer sozialer Gruppen stelle und meistens auch nicht in konstruktive Alternativvorschläge zur Lösung eines Problems münde« (Menzl 2014: 65f.).

Für die Seite der Planungsverantwortlichen sind die Proteste häufig etwas, gegen das man sich »wappnen« muss, das zeitliche und personelle Ressourcen erfordert. Das Beispiel der Planung zu einem Sportplatz, gegen den sich die Anwohner_innen einsetzen, soll dies im Folgenden verdeutlichen. Dieses wurde auch schon an anderer Stelle hinsichtlich der materiellen Praktiken beleuchtet (siehe Unterabschnitt 8.4.1 »Invisibilisierung von Alltagsakteur_innen I: Das Beispiel eines Top-down-Verfahrens«). Planungsakteur_innen bringen sich materiell und personell in Stellung, um den geschickten »Angriffen« in Form von Stellungnahmen, Gutachten und Alternativvorschlägen der Initiative zu begegnen. Es ist kein Zufall, dass die Wortwahl hier Assoziationen zu kriegerischen oder kämpferischen Auseinandersetzungen hat: Der Planer in der spezifischen Situation meinte im Vorfeld der Veranstaltung, dass er das Wochenende zur Entspannung vor der Veranstaltung bräuchte. Auf die Frage hin, ob denn die Anwohner_innen die Planung noch verhindern könnten »schüttelt [der Planer] deutlich den Kopf, blickt nach unten. »Nein, das haben wir alles richtig intensiv geprüft, das ist alles hieb- und stichfest.« (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Bewohner_innen«: Z. 258f.). Die antagonistische Rollenverteilung wird durch die Konstruktion einer Trennung zwischen öffentlich-allgemeinwohlorientierter Perspektive und privat-eigeninteressegeleiteter Perspektive befördert. Die Assoziationen von »NIMBY = partikulares Interesse = schlecht« einerseits und »Planung = allgemeinwohlorientiert = gut« andererseits sind bereits performativ, noch bevor die Veranstaltung begonnen hat.

Im Folgenden soll ein empirischer Blick in die widerständigen Praktiken einer Initiative geworfen und Praktiken der Einflussnahme in der Konfliktarena genauer beleuchtet werden. Auch hier ist es so, ähnlich wie in den städtischen sozialen Bewegungen, dass einzelne Schlüsselakteur_innen eine exponierte Rolle in der Außenkommunikation der Initiative einnehmen. Die Initiative in diesem Beispiel ist daran interessiert, den Bau eines wettkampffähigen Sportplatzes in unmittelbarer Nähe zu ihrer Einfamilienhaussiedlung zu verhindern. Sie hat mit einem Schreiben Stellung genommen und Gutachten in Auftrag gegeben bzw. eingefordert. Der Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll soll verdeutlichen, mit welchen »Waffen« die Initiative hier gegen die Planungsebene in der Konfliktarena antritt und wie Planung und Verwaltung »parieren« (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Bewohner_innen«: Z. 259).

Der Mann in der ersten Reihe (ein Anwohner) fragt gezielt: »Gab es ein Lichtschutzgutachten in Bezug zur Tierwelt?«. »Das wird im Artenschutzgutachten mit verhandelt«, beantwortet der Verwaltungsmitarbeiter die Frage. »Das heißt, die Blindfreiheit ist überzeugend für mich, aber wie ist es für die Tiere?«, hakt der Mann in der ersten Reihe nochmals nach. Sie sprechen die gleiche Sprache. In einer atemberaubenden Geschwindigkeit rattert der Ansprechpartner aus der Verwaltung nun Informationen zum Sachverhalt herunter. »Auf die gesetzlichen Bestimmungen wird geachtet«, ein »Ameisennest« werde »durch Experten« umgesetzt, um die »Amselbrut« nicht zu stören, würden »Bäume nicht in der Brutzeit« gefällt, die Fläche werde hinsichtlich der »Reptilien untersucht«, »Fledermäuse muss man auch mal prüfen«. [...] Der Anwohner aus der ersten Reihe: »Darf ich mal fragen, die Begehung erfolgt immer durch Frau [Nachname]?« Ja, das sei so. Die Moderatorin meint dazu, er könne den Kontakt zu ihr suchen, um Fragen dann selbst an sie zu stellen. Der Tagrotschwanz. Die Stare. Die Wildgänse. Zahlreiche Stellungnahmen zum einen oder anderen Aspekt. »Tschuldigung, da bin ich noch nicht zufrieden«, hakt der Mann in der ersten Reihe nach. Das hier ergebe ein »ganz anderes Bild als das, was Frau [Nachname] hier macht«. »Ich höre da gar keinen Widerspruch«, erwidert der Experte, hier seien keine Vögel. Außerhalb ja: »Die werden nicht gestört«. Er spricht in der gleichen Lautstärke wie vorher. Eine leichte Unruhe ist ihm anzusehen, er wirkt ein bisschen fahrig, angestrengt, bleibt aber gewissenhaft und freundlich bei der Beantwortung der Fragen. Der Bereichsleiter für das Themengebiet Stadtentwicklung klinkt sich ein: das Gutachten werde im nächsten Schritt ja ausgelegt, dann können die Verbände wieder Stellung nehmen. Er hat eine ruhige Art zu sprechen und klärt hier die Situation. [...] »Wo sind jetzt nochmal die Hebel?«, fragt nun der Anwohner aus der ersten Reihe und fragt tatsächlich nach einem Rat, wo die Anwohner_innen jetzt noch ansetzen können. Der Bereichsleiter steht auf und platziert sich vorn. »Wir geben uns Mühe, dass die Situation von ÖPNV und Fuß- und Radverkehr verbessert wird – das ist ja das, was Sie sich wünschen [...] Es ist nicht so, dass es dann keine Baugenehmigung gibt, so ehrlich muss man sein.« Die Frage-Antwort-Runde geht weiter. [...] Der Mann aus der ersten Reihe meint anerkennend und fast schon kollegial bezüglich eines Themas, dass ich nicht mehr korrekt erinnere: »Wir hätten uns gefreut, wenn wir einen richterlichen Präzedenzfall gefunden hätten – haben wir leider nicht« sowie »aber im Moment haben wir da leider nichts gefunden«. Seine Einordnung kommuniziert er in Richtung des Bereichsleiters. [...] Es folgen Folien, die per Beamer an die Wand geworfen werden. Eine Power-Point-Präsentation der Stadt zum Flächennutzungsplan-Änderungsverfahren wird durch den Bereichsleiter vorgestellt. Weiß. Textlastig. Sehr viel Zeit und Arbeit stecken vermutlich darin. 32 Stellungnahmen hätte man eingeholt bzw. wären eingegangen. Die einzelnen Inhalte der Stellungnahme werden tabellarisch den »Abwägungsvorschlägen« der Verwaltung gegenübergestellt. Vier Stellungnahmen seien kritisch bis ablehnend gewesen, darunter auch das »Schreiben von Anwohnern des [Adressnennung] vom [Datum]«. Die einzelnen inhaltlichen Punkte werden der Reihe nach abgearbeitet. [...] Der Anwohner aus der ersten Reihe möchte Akten-

einsicht nehmen. Das »ist für uns zwar doppelter Aufwand, Ihnen Akteneinsicht zu gewähren und Sie hier zu informieren«, doch letztendlich hätten »wir [...] da nichts zu verstecken«, so der Bereichsleiter. [...] Er spricht unverändert mit seiner ruhigen, freundlichen Art und einigen rhetorischen Feinheiten: »Das Wohnen wird nicht leiser oder dunkler, aber wir halten gutes Wohnen hier auch weiterhin für möglich«. Keine hörbare Reaktion im Publikum. Auf freundliche Weise wird jeder einzelne Punkt des Anwohner_innen-Schreibens Schritt für Schritt beantwortet (demonstriert). Die Anwohnerin, die sich vorhin auch schon deutlich empörte, schüttelt den Kopf und murmelt ablehnende Kommentare. Ihr fällt es sichtlich schwer, ruhig auf dem Stuhl sitzen zu bleiben. Die Anwohner_innen haben in dem Schreiben wohl auch alternative Standorte vorgeschlagen. Diese werden auf Folien zur »ergänzenden Standortprüfung« thematisiert und es stellt sich heraus, dass keiner der drei benannten Vorschläge infrage kommt – Denkmalschutzfragen, zu weit vom ÖPNV etc. »Dass das hier nicht perfekt ist, das hat auch keiner behauptet«, meint der Bereichsleiter und ich erkenne den Effekt der doppelten Verneinung erst im Nachhinein beim Protokollieren. Einer der Standortvorschläge liege in der [Name eines Schutzgebietes]. Mit einem Lächeln, das markiert, dass er auch nicht hinter allen Entscheidungen steht, meint er dazu: »Ob das jetzt sinnvoll ist oder nicht, wollen wir hier nicht weiter einschätzen«. Seine Worte führen dazu, dass es leiser wird im Publikum. Die Fragen sind für einen Moment verebbt. Zur Veranschaulichung wird die besagte Tabelle auch als Kopie (13 Seiten) an die Anwesenden verteilt. Ich nehme mir auch einen Ausdruck. (Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Anwohner_innen«: Z. 111–222)

Die Ausführungen der Verwaltung zur Planung des Sportplatzes, zu vielfältigen Stellungnahmen und Gutachten, zu Beratungen und Antwortnahmen, sind für mich als Forschende in der Situation herausfordernd. Ohne Kenntnis des genauen Sachstandes ist es für unbeteiligte Dritte hoch voraussetzungsvoll, dem Geschehen zu folgen. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und den teilnehmenden Anwohner_innen setzt an am derzeitigen Sachstand und ist nicht darauf ausgerichtet, etwa durch einen Blick auf den bisherigen Prozess und die Ausgangssituation, bislang Unbeteiligte abzuholen. Es scheint, als ob die Veranstaltung extra für die Initiative der Anwohner_innen organisiert ist, obwohl prinzipiell ja alle an der Planung Interessierten zur Teilnahme eingeladen sind. Das heißt die Bemühungen der Initiative, einen exklusiven Ort der Thematisierung über die Planung herzustellen, sind erst einmal grundsätzlich erfolgreich.

Das Fallbeispiel soll im Folgenden hinsichtlich der spezifischen Artikulationen des wortführenden Anwohners betrachtet werden. Bereits zu Beginn des Ausschnitts markiert er, dass Planung/Verwaltung und Initiative unterschiedliche Positionen einnehmen, letztere aber einen Status der Gleichrangigkeit in der Auseinandersetzung beanspruche – so etwa, wenn er sondiert, dass die Blindfreiheit vielleicht für ihn überzeugend sei, aber unklar bleibe, wie sich das für Tiere darstelle

(Beobachtungsprotokoll »Sportplatz Anwohner_innen«: Z. 114). Der Anwohner lenkt hier den Fokus weg von dem für sein Anliegen hinderlichen Befund der Blendfreiheit für Menschen hin zur nächsten Chance, ein Argument gegen den Bau des Sportplatzes zu platzieren. Er würdigt den Befund kurz in sprachlich eloquenter Art und Weise, um die Prüfung der Lichtfrage sodann auf den nächsten zu prüfenden Sachverhalt zu beziehen.

Der Verwaltungsmitarbeiter spricht daraufhin vom bisherigen Sachstand zur »faunistischen« Lage (ebd.: Z. 124). Dies ist sein Beritt und er kann seine Expertise kommunizieren. Dann fragt der Anwohner, ob die Begehung immer durch eine namentlich erwähnte Frau vorgenommen werde. Dabei signalisiert er, dass er nicht nur sachlich informiert ist, sondern auch die personellen Bezüge genau kennt. Die Moderatorin interveniert, indem sie auf die Expertin verweist und dem Anwohner vorschlägt, dies mit ihr weiter zu besprechen. Dies hat keinen sichtbaren Effekt in der Situation. Der Vorschlag der Moderatorin, den sozialen Ort bezüglich des Austauschs zur Frage auf sie direkt zu verlagern, scheint für den Anwohner nicht brauchbar. Es ist zuerst nicht klar, warum der Anwohner dies wissen möchte, bis sich wenig später herausstellt, dass er diese Information braucht, um den Verwaltungsmitarbeiter dahingehend zu »überführen«, dass sich seine Aussagen nicht mit denen der Expertin decken. Der Verwaltungsmitarbeiter wirkt dabei etwas unruhig. Er scheint verunsichert. Die körperliche Anspannung ist ihm zunehmend anzumerken, je öfter der Anwohner in seine Worte einhakt. Dieser etabliert damit eine exklusive Sprechersituation, einen argumentativen Schlagabtausch zwischen zwei Personen. Der Verwaltungsmitarbeiter, der deutlich jünger ist als der Anwohner, scheint aufgrund seines Alters in eine soziale Position zu geraten, die mit Selbst- und/oder Fremdzuschreibungen von weniger Erfahrung und weniger Kompetenz verknüpft ist. Ohne hier analytisch näher zu kommen, bedingen die Praktiken sozialer Differenzierung aufgrund von Alter geradezu eine Statusumkehr – souverän ist der Anwohner, der Planer reagiert. Erst der Verweis des Bereichsleiters für das Themenfeld der Stadtentwicklung beendet die Situation, dass das Gutachten im nächsten Prozessschritt der Beteiligung ja wieder ausgelegt werde und dann die Verbände wieder Zeit hätten, Stellung zu nehmen (ebd.: Z. 134–136). Der Bereichsleiter, vom Status dem Mitarbeiter höher gestellt, älter, spricht mit ruhiger, freundlicher und selbstsicherer Art. Da die Auseinandersetzung den geplanten Ablauf zu stören scheint, verweist der Bereichsleiter auf eine in der Zukunft liegende nächste Möglichkeit, im Rahmen derer eventuelle Einwände artikuliert werden können. Auch er bezieht sich auf einen anderen sozialen Ort, ähnlich wie zuvor die Moderatorin. Der Anwohner hakt nicht erneut ein und der Ablauf kann weiterverfolgt werden.

Es geht dann weiter mit den Informationen zum Status Quo der Stellungnahmen und Gutachten. Der Anwohner stellt eine Frage in Richtung der Verwaltung, die erläuterungsbedürftig ist: »Wo sind jetzt nochmal die Hebel?« (ebd.: Z. 159). Kurz darauf meint er in die gleiche Richtung bezüglich eines Arguments der Initiative:

»Wir hätten uns gefreut, wenn wir einen richterlichen Präzedenzfall gefunden hätten – haben wir leider nicht« (ebd.: Z. 175f.). Der Anwohner gibt hier Einblick in die politische Arbeit der Initiative und deren ›Waffen‹. Dazu gehört das Lokalisieren von Handlungsmöglichkeiten etwa durch Recherche oder das Einholen juristischer Expertise. Es erscheint als Taktik des kleinteiligen Sammelns verschiedenster Ansatzpunkte, um Argumente zu finden, die Deutungsmacht verleihen könnten. Gleichsam markiert der Anwohner hier das Sprechen auf Augenhöhe zwischen ihm und dem Bereichsleiter – einmal auf der Sachebene, indem er die Kompetenz der Initiative als gleichwertig zur Expertise der Verwaltung aufführt. Zugleich inszeniert er eine kommunikative Situation des symmetrischen Austauschs zwischen Gesprächspartner_innen, die ein Interesse an der Sache ohne emotionale Tangiertheit bzw. ohne artikulierte Betroffenheit verbindet. Ohne hier mehr zu wissen, scheinen die sprachlichen Praktiken des Anwohners als von seiner sozialen Position abhängiges diskursives Gewicht zu fungieren. Diese verraten nicht nur etwas über ihn, sondern auch über die impliziten Regeln der Kommunikation in der Situation: Gefordert sind emotionaler Abstand und sprachliche Gelassenheit, schwierig hingegen sind fachliche Unsicherheit oder emotionale Verwicklung (siehe dazu auch Kapitel 9 »*Doing competence*«).

Im Ergebnis der Veranstaltung werden nicht nur die Einwände der Initiative abschlägig beurteilt, sondern auch deren alternative Standortvorschläge als nicht umsetzbar abgelehnt. Für alles gibt es eine im Verwaltungsduktus vorgetragene Begründung, die im Vorfeld von Mitarbeitenden der Verwaltung fachlich vorbereitet wurde. So wird insgesamt das Bild eines »hieb- und stichfesten« Verwaltungskorpus bestätigt, in den man nicht »eindringen«, den man nicht »verletzen« kann. Während also die Initiative nach der Strategie verfährt, kleinteilig-spezifisch Ansatzpunkte (»Hebel«) aufzuspüren und zu artikulieren, ist die Verwaltung mit der Strategie erfolgreich, diese Punkte sorgfältig und genau aufzunehmen, zu prüfen und entlang juristisch und fiskalisch informierter Expertise (abschlägig) zu bewerten. Wer als »Gegner« ernst genommen werden möchte, muss über Ressourcen zur Sammlung und Artikulation möglicher Hebel verfügen.

10.10 Gehen und nicht Wiederkommen

In den vorangegangenen Ausführungen zu Widerstand und Eigensinn von Alltagsakteur_innen ging es überwiegend um Top-down-Formate. Im Gegensatz dazu sind intermediär orientierte Formate, in denen Soziale Arbeit häufig eine aktive Rolle einnimmt, nicht fokussiert auf einen spezifischen und umkämpften Gegenstand der Aushandlung. Die Nicht-Nutzung dieser Formate steht im Folgenden im Fokus.

»Dit is do nur'n Kummerkasten!« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 738), sagt eine Teilnehmerin bei einem Nachbarschaftsforum im Gespräch während der

Pause. Im Rahmen des Nachbarschaftsforums in einem von Marginalisierungsprozessen gekennzeichneten Stadtteil sollen Themen, Probleme und Ideen für den Stadtteil gesammelt und das Engagement im Stadtteil soll gefördert werden (siehe dazu auch Abschnitt 11.2 »Bespielen«). An einem sommerlichen Samstagvormittag kommen etwa achtzig Menschen in einem großen zentralen Raum im Stadtteil zusammen, darunter viele Bewohner_innen (organisiert und nicht-organisiert), aber auch zahlreiche Frontworker_innen der Sozialen Arbeit im Stadtteil (Streetwork, Jugendarbeit, GWA), Akteur_innen aus dem Quartiersmanagement, Verwaltungsmitarbeitende und einige Kommunalpolitiker_innen. In verschiedenen Themenräumen tauschen sich die Teilnehmenden aus (diese beziehen sich auf die Themen Nachbar_innenschaft, Image des Stadtteils, Ordnung und Sicherheit, Leben und Kultur, Verkehr). Die Moderator_innen in den Themenräumen betonen immer wieder die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit des weitergehenden Engagements über die Veranstaltung hinaus. Entlang der Unterteilung der Themen in den Themenräumen sollen wünschenswerterweise Interessensgruppen aus professionellen Akteur_innen und Bewohner_innen auf freiwilliger Basis gebildet werden. Vernetzungsangebote werden gemacht, man kann sich schließlich in Listen bei Interesse an einer Weiterarbeit im Rahmen von Arbeitsgruppen eintragen. Das heißt, das Wiederkommen und Dranbleiben ist eines der wesentlichen Ziele der Veranstaltung.

Die Bewohnerin des Stadtteils, die das Forum nun als »Kummerkasten« bezeichnet, bezweifelt, dass das Format mehr kann, als nur Probleme zu sammeln. Für sie ist unklar, ob ihr die Veranstaltung etwas bringt – und auch, ob sie nochmal wiederkommen wird. Eine Form widerständiger Praxis in Situationen veranstalteter Partizipation ist das bewusste Verlassen der Veranstaltung und das intendierte Nicht-Wiederkommen bei einer nächsten Gelegenheit. So bleiben potenzielle Teilnehmende am Nachbarschaftsforum vor den geöffneten Türen interessiert stehen, wenden sich dann aber wieder ab und gehen. Dass Teilnehmende eine Veranstaltung wieder verlassen, macht sich auch bemerkbar an den Sitzreihen, die im Laufe der Durchführung immer lichter werden. Das Sich-Entziehen geschieht in Situationen veranstalteter Partizipation weitgehend geräuschlos.

Das Nicht-Wiederkommen ist eine empirisch schwer zu fassende Praxis und meint jene Erscheinungen, in denen Menschen einerseits aktiv eingeladen werden, zu einer erneuten Veranstaltung zu kommen, dieser Einladung aber nicht nachkommen. Es bestand die Möglichkeit, nicht nur am Nachbarschaftsforum, sondern auch am ersten Nachfolgetreffen der Arbeitsgruppen teilzunehmen, die sich auf dem Forum gebildet haben (siehe dazu auch Abschnitt 9.5 »*Doing (in)competence* in intermediären Formaten«). Dieses fand fünf Monate nach dem Nachbarschaftsforum an einem späten herbstlichen Freitagnachmittag statt. In der Einladungsmail zum Treffen stand, dass man herzlich »zu einem Treffen [einlade], um zu sehen, was wir bisher erreicht haben und wie es [Jahresnennung] weitergehen

kann mit vielen Ideen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 4f.). Vergleicht man die Teilnehmendenzusammensetzung von Nachbarschaftsforum und Nachfolgetreffen, so fällt der massive Einbruch bei der Zahl der Teilnehmenden insgesamt, aber insbesondere auch bezüglich der Teilnahme der Alltagsakteur_innen ohne Einbindung in bestehende Engagementstrukturen auf: Von den 17 Teilnehmenden wohnen sieben im Stadtteil, jedoch gibt es keine_n Teilnehmer_in, die nicht bereits engagiert ist. Demnach gibt es niemanden, der/die nicht in organisationale Strukturen im Stadtteil eingebunden ist. Es ist den Organisator_innen demnach nicht gelungen, soziale Kohäsion herzustellen, die Alltagsakteur_innen an den sozialen Ort des Engagements gebunden hätten. Das Sicht-Entziehen und das Nicht-Wiederkommen verweisen aus kritischer Perspektive auf den fehlenden Gebrauchswert der Veranstaltungen für die Alltagsakteur_innen. Sie deuten auf deren »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) im Sinne eines subjektiven Distanzierens von Situationen hin, in denen sich Alltagsakteur_innen nicht entlang eigener Logiken repräsentieren und reproduzieren können – mithin, von denen sie gesellschaftlich ausgeschlossen sind. Die Dimension des Nicht-Wiederkommens eröffnet zudem eine alltagsorientierte Perspektive, die weiter gefasst ist als die Nicht-Nutzung einer spezifischen Veranstaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt. So kann es sich auch auf eine zeitlich unbestimmte Nicht-Nutzung von Partizipationsofferten im Allgemeinen beziehen. Hier kann Nicht-Wiederkommen in generalisierender Perspektive der stillen Weigerung, an Situationen veranstalteter Partizipation teilzunehmen, verstanden werden. Ebenso wie im Abschnitt 10.3 »Nicht Kommen« dargestellt, entspringen Praktiken des Gehens und Nicht-Wiederkommens einem subjektiven Eigensinn, der sensibilisiert ist für Fremdherrschaft und Instrumentalisierung. Die Perspektive des Gebrauchswerts beleuchtet weniger die äußeren Bedingungen (keine Zeit, keine Möglichkeit), die eine Teilnahme verwehren, sondern zeigt auf »den Nutzen bzw. im Umkehrschluss den Nicht-Nutzen eines Angebotes, welcher immer im Kontext der aktuellen individuellen Lebenssituation und ihrer Bedingungen zu sehen ist« (Scholten/van Rießen/Jepkens 2020: 235). Situationen veranstalteter Partizipation sind für die Alltagsakteur_innen demnach nicht gebrauchswerthaltig: sie stärken nicht die subjektive Handlungsfähigkeit, knüpfen keine neuen Netzwerke oder verbessern nicht die Zugänge zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen. Dass man eine Veranstaltung also als »Kummerkasten« (In-vivo) bezeichnet, ist Anlass, Wissen für die Soziale Arbeit *from below* zu generieren. Soziale Arbeit kann hier die Praxis veranstalteter Partizipation einer alltagsorientierten Kritik unterziehen, denn »[g]rade an den Strategien der Nicht-Nutzung lässt sich zeigen, wie sehr sich die Gebrauchswerthaltigkeit von einem Angebot der Sozialen Arbeit aus dem Alltag heraus begründen muss« (Herzog 2020: 269).

11 Zur Rolle der Sozialen Arbeit

Dieses Kapitel behandelt die Sozialarbeitenden¹ in Situationen veranstalteter Partizipation. Grundlage des Kapitels sind drei Fälle. Es geht um die Perspektivierung der Praktiken von Sozialarbeitenden aus der sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit (Jugendarbeit, GWA, Streetwork): Wie sind sie involviert? Wie positionieren sie sich zum Anliegen der Veranstaltung? Auf welches Partizipationsverständnis lässt sich aus ihren Praktiken schließen? Es zeigt sich, dass die Sozialarbeitenden unterschiedlich mit Situationen veranstalteter Partizipation umgehen. Die Bearbeitungsweisen der Situation lassen sich umreißen als a) materielle Dienstleistungserbringung, im Rahmen derer Sozialarbeitende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, der Veranstaltung jedoch in kritischer Distanz gegenüberstehen und »nicht mitspielen«, als b) aktive Involvierung, bei der Sozialarbeitende die Situation inhaltlich-praktisch »bespielen« und entlang eigener institutioneller Routinen die Situation formen oder als c) kritische Involvierung, bei der Sozialarbeitende als Stakeholder_innen des Stadtteils in den Situationen »mitspielen«, sie jedoch mehr oder weniger stark infrage stellen und die Involvierung als Praxis des »Kaputtspielens« markieren.

11.1 Nicht Mitspielen

In diesem Abschnitt steht die Nicht-Nutzung von Situationen veranstalteter Partizipation durch Sozialarbeitende als Form widerständiger Praxis im Fokus. Dies wird empirisch beleuchtet anhand der Praktiken zweier Mitarbeiter_innen eines Jugendzentrums, die an einem Top-down-Format zu einer sozialräumlichen Planung, die in ihren Räumlichkeiten stattfindet, bewusst nicht teilnehmen.² Als ethnografisch Forschende habe ich mit den Sozialarbeitenden am Rande des Beteiligungsprozesses gesprochen. Zunächst soll die Situation veranstalteter Partizipation beleuchtet

1 Mit Sozialarbeitenden sind hier Personen gemeint, die in der Praxis der Sozialen Arbeit tätig sind. Es ist nicht bekannt, über welche Berufsqualifikationen und -abschlüsse die betreffenden Personen verfügen.

2 Dieses Beispiel wurde auch behandelt in Pigorsch (2021b).

werden und daraufhin werden die Bearbeitungsweisen und Reflexionen der Mitarbeitenden des Jugendzentrums zu deren Nicht-Nutzung in den Blick genommen und entsprechend der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung gerahmt.

11.1.1 Zur Situation und einer selbstreflexiven Einordnung

Es ist ein herbstlicher Freitagnachmittag in einer deutschen Großstadt in einem Stadtteil, der als Stadtteil mit Problemen (Selbstbezeichnung auf kommunaler Webseite) bezeichnet wird. In einem Jugendzentrum in kommunaler Trägerschaft findet eine durch die für Stadtentwicklung zuständige Verwaltung organisierte Top-down-Veranstaltung statt: u.a. soll das Integrierte Stadtentwicklungskonzept vorgestellt und diskutiert werden. Der folgende Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll gibt einen Überblick über Format, Materialität und Raumgestaltung sowie die Teilnehmenden der Veranstaltung (siehe für dieses Beispiel auch 8.2.2 Zur Materialität von Technik-Tools: Beispiel TED).

Das offene Jugend- und Freizeitzentrum ist ein sanierter Flachbau. Er ist bunt gestaltet mit vielen Motiven, überwiegend gesprayt. Im Eingangsbereich sind Hinweisschilder, etwa zu den Öffnungszeiten, und Plakate zu sehen. Rundherum ist Platz, es gibt eine Wiese, Wege und Sportflächen. Ein paar Fahrräder stehen im Fahrradständer. Ich höre Kindergeschrei, sehe rennende Kids, Jungs auf Fahrrädern sausen Runden um das Areal. Zwei Männer sitzen auf dem Boden im Schneidersitz unter einem Vorsprung seitlich des Gebäudes. Ein älterer Mann kommt auf dem Fahrrad auf mich zu und blafft mir etwas Unverständliches ins Gesicht. Es nieselt.

Im Eingangsbereich begrüßt mich gleich eine Frau im Kostüm, die hinter einem Tisch steht. Sie deutet auf eine Teilnehmer_innenliste, ob ich mich bitte gleich eintragen würde. [...] Im großen Raum haben etwa fünfzig Personen Platz genommen. [...] Alles ist auf das Vorn ausgerichtet. Dort steht der Mitarbeiter der Verwaltung, ein Mann in hellbraunem Anzug, den ich auf Ende dreißig schätze, der die Ergebnisse um den bisherigen Beteiligungsprozess zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept vorstellt: welche Schritte zur Beteiligung bis dato gemacht wurden, wie es jetzt weitergeht. Es sei ein »intensiver Arbeits- und Abstimmungsprozess in der Verwaltung gewesen«, nun seien die »340 Seiten« als Entwurf fertig. Es sei »noch inhaltlich offen, also Sie bekommen heute nicht nur etwas präsentiert«. Sehr flüssig und melodisch spricht er, ganz so, als würde jemand einen Verwaltungstext mit modernen Begrifflichkeiten vorlesen. Das »demokratische Verständnis ist etwas, das man gemeinsam aushandeln muss«. Er wirbt weiter für den Entwurf, stellt Schwerpunkträume vor, erzählt von dem, was prozessual passiert ist, was man wissen muss, um sich erklären zu können, wie viel Zeit und Aufwand in dem Entwurf steckt. »Zu den Schwerpunkträumen finden Sie im Konzept« die jeweiligen Maßnahmen aufgelistet, etwa je drei bis vier

Seiten. Er steht dort selbstsicher auf beiden Beinen mit zum Publikum geöffneten Händen, blickt von der Powerpoint-Präsentation ins Publikum, dann wieder auf seine Notizen, bewegt sich auch ein wenig, bleibt mit den Armen locker. Er verbleibt aber an seinem Platz, in der Nähe des PCs. Die Leute im Publikum sind ganz still. Ab und zu kreuzen sich meine Blicke mit einigen, die auch ein wenig den Raum und die Menschen in ihm abscannen. Die meisten blicken still nach vorn. Ab und zu rutscht mal jemand auf seinem Stuhl kurz hin und her oder hüstelt. Niemand spricht mit den Sitznachbar_innen. Die Präsentation dauert nun etwa eine halbe Stunde. Dann ist sie vorbei, ohne, dass ich damit nun unmittelbar gerechnet hätte. Es fließt über in den nächsten Programmpunkt. Ein hochgewachsener Moderator kommt nach vorn. Sein dunkelblauer Anzug scheint etwas aus der Zeit gefallen, wirkt an ihm jedoch modisch-modern-urban. Zusammen mit der Hornbrille, dem lockeren Seitenscheitel, der sonoren Stimme und der gelassen-klaaren Art zu moderieren (»Jetzt haben wir ... gehört und nun machen wir gleich weiter mit...«) wirkt er im Zusammenspiel wie ein Gegenspieler zum Idealtypus des aktenordnenden Verwaltungsmitarbeiters. Kreativszene. Urbaner Gestalter. Er sucht die Blicke im Publikum aktiv, hat eine prägnante Mimik, öffnet den Blick, indem er die Augenbrauen hochzieht als er sich an das Publikum wendet, um sodann breit zu lächeln und in freundlichem Ton, der motivieren soll, einen Mann zu sich zu bitten, der inhaltlich ebenso mit dem Konzept betraut ist. Dieser stellt sich kurz vor und steigt dann inhaltlich ein, was das Konzept aus seiner Sicht leistet. Eine Frau im Kostüm, gepflegtes Äußeres, kommt in Trippelschritten etwas geduckt von der Seite an den Stehtisch, wo der Mann und der Moderator stehen, lächelt, stellt so geräuschlos wie möglich ein Wasserglas auf den Tisch, duckt sich wieder und verschwindet schnell, entschuldigend lächelnd, aus dem Präsentationsbereich. Der Raum ist gut gefüllt, die freien Plätze sind im vorderen Bereich bzw. auf den innenliegenden Plätzen der Reihen zu finden. Ein Mann um die 60 betritt den Saal und stellt sich hinter die letzte Reihe in die Nähe des Ausgangs. Er ist gekleidet mit einem Parka, den er geöffnet hat und anbehält. Er trippelt von einem Bein auf das andere und schaut dabei nach vorn. Im vorderen Bereich am Stehtisch eröffnet der Moderator die Möglichkeit für das Publikum, nun Fragen zu stellen. Ein Mann im mittleren Alter meldet sich in diesem Moment als einziger zu Wort und meint, »das war zu viel Zukunftsszenario, wenig konkret Handhabbares«. Der Mann auf dem Podium fängt an, den Kommentar zu erwidern und den Prozess zu erklären. Ein Handy klingelt in einem angenehmen Klingelton. Nach einiger Zeit des Klingelns, etwa 15 Sekunden, sagt er lachend »Entschuldigung, mein Handy klingelt«, zieht es hervor, hantiert an ihm rum, steckt es wieder weg. Viele Menschen im Saal lachen kurz auf. [...]

(Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 1–80)

Von den alltäglichen Hausnutzer_innen, den Kindern, Jugendlichen, Ehrenamtlichen sowie den Mitarbeiter_innen des Jugendzentrums, ist weit und breit nichts zu sehen. Nachdem ich eine ganze Zeit lang das Geschehen im Saal verfolge, verspüre ich den Wunsch, einen Blick auf die »Hinterbühnen« des Ortes zu werfen. Aus ei-

gener beruflicher Erfahrung – sei es als Organisatorin partizipativer Formate oder als zur Mitgestaltung angerufene Akteurin der Jugendarbeit – weiß ich: Organisator_innen veranstalteter Partizipation, die mehr »von außen« in den Stadtteil kommen, gelingt es mitunter nicht, Netzwerke im Sozialraum gelingend aufzuschließen. Der Enthusiasmus derjenigen, die etwa Stadtplanung koproduktiv entwickeln oder eine städtische Beteiligungskultur aufbauen wollten, geht nicht zwangsläufig über auf die Akteur_innen der Sozialen Arbeit vor Ort. Sie reagieren auf Einladungen zur Kooperation nicht selten abwartend, wortkarg. Die beruflichen Erfahrungen mit Situationen veranstalteter Partizipation legen also nahe, dass diejenigen, die Austragungsorte von Situationen veranstalteter Partizipation alltäglich bespielen, der Intention der Veranstaltung und/oder der Richtung der Partizipation mit Skepsis begegnen. Sozialarbeitende aus der Jugendarbeit und GWA sind unbedingt Mit-Motivator_innen dieser Praxis. Mir sind auch die Reaktionen vonseiten der Organisator_innen geläufig: diese zeigen sich mitunter irritiert über die »Miesepektik« (In-vivo), das verhaltend-ablehnende oder dezidiert kritische Verhalten der Sozialarbeitenden. Dabei ginge es doch um die Arbeit an etwas Sinnvollem für den Stadtteil, um eine zu entwickelnde Kultur der Koproduktion, für die es das Zusammenwirken aller Akteur_innen brauche. Warum sie also nicht einfach mitmachen konnten? Es ist abwegig, nach etwaigen typischen Eigenschaften von Sozialarbeitenden zu suchen, vielmehr geht es darum, zu fragen, worauf sie mit der Nicht-Nutzung antworten.

Von den alltäglichen Akteur_innen im Jugendzentrum war weit und breit nichts zu sehen. Durch meine Positionierung als ebenfalls aus der Jugendarbeit kommend gelang es mir jedoch, an die Mitarbeitenden des Jugendzentrums anschließen zu können:

Ich bin auf der Suche nach Menschen, mit denen ich ins Gespräch kommen kann. Ich gehe in Richtung der Toiletten und sehe, dass die Tür des Büros des Jugendzentrums offensteht. In dem kleinen Raum sitzen zwei Menschen an ihren Schreibtischen vor PCs und arbeiten. Ein Mann und eine Frau. Ich nähere mich der Tür, klopfe und sage lächelnd »Hallo, hier, ich wollte einfach mal fragen, ich bin hier auf der Veranstaltung, komm eigentlich gar nicht von hier«. Ich frage, ob denn der Treff offen ist bzw. wo eigentlich »die Kids« sind. Und ich schiebe hinterher, dass ich aus [Stadt] komme und aus der Jugendarbeit und ich mich generell frage, wie Beteiligung hier und dort abläuft und inwiefern Beteiligung auch die Kids anspricht und herausfinden möchte, wie sie das so machen. Der männliche Mitarbeiter, ein Mann um die fünfzig, winkt mich daraufhin herein und meint sogleich, ich solle die Tür hinter mir zumachen. Ich komme mir plötzlich vor, als würde mir gleich ein Geheimnis verraten. Er hätte den Club vorher geschlossen und den Kids auch gesagt, dass das stattfindet. Es gäbe hier öfter mal solche Veranstaltungen und es würden immer keine Kids kommen und wenn sie da sind, dann würden sie eigentlich stören. Er meint sie hätten eine

Aufmerksamkeitsspanne von fünf Minuten und dann wäre das zu anstrengend. Diese Veranstaltungen seien zu unkonkret. Ich frage, inwiefern sie sich dann als Sozialarbeitende stellvertretend einbringen würden. Er meinte das würden sie generell natürlich tun, aber »bei solchen Veranstaltungen hier, da muss ich nicht mitspielen«. »Ganz ehrlich«, da sähe er den Sinn nicht drin, das würde nichts bringen. Seine Kollegin blickt von ihrer Arbeit auf, nickt, lächelt mich an, lächelt ihren Kollegen an und blickt wieder auf ihren Bildschirm. Bei »solchen Veranstaltungen« würden sie ihre Räume zur Verfügung stellen, das passiere ein paar Mal im Jahr, wenn die Stadt anfrage. Es gebe aber eigentlich wenig Verbindungen zu dem, was im Jugendzentrum ablaufe. Auf dem Gebiet der Jugendarbeit seien sie ganz gut vernetzt und »da bringen wir unsere Themen ein«. Wenn er das Gefühl hätte, er könne auf Veranstaltungen wie dieser mitmachen oder mitwirken, würde er dort auch sein. (Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 173–198)

Es wird ersichtlich, dass die Sozialarbeitenden die Infrastruktur für die Veranstaltung zur Verfügung stellen. Sie selbst oder die Kinder und Jugendlichen, die den Treff sonst nutzen, nehmen jedoch nicht teil. Im Folgenden soll dieser Nicht-Nutzung analytisch nachgegangen werden.

11.1.2 Kritik am fehlenden Gebrauchswert von Situationen veranstalteter Partizipation für Akteure_innen

Um verstehen zu können, wobei der Mitarbeiter des Jugendzentrums nicht mitspielen muss, wird im Folgenden kurz auf die betreffende Veranstaltung eingegangen. Es handelt sich um ein Top-down-Format. Neben Bewohner_innen des Stadtteils ist auch eine hohe Zahl an professionell eingebundenen Akteure_innen mit vor Ort³ – aus dem Quartiersmanagement, von sozialen Trägern vor Ort, aus der Kreativbranche, aus Verwaltung und Politik. Die Veranstaltung dient zu großen Teilen Informationszwecken über die Verwaltungsplanungen, weswegen Präsentationstechnik eine zentrale Funktion innehat. Der Mitarbeiter der Verwaltung präsentiert den Sachstand, was vor dem Hintergrund begrenzter Zeit zwangsläufig mit Straffung, Kürzung und Zusammenfassung der einzelnen Planungsebenen einhergehen muss. Der Planer spricht sachlich und passend zum Duktus des Konzeptpapiers. Er betont die Unabgeschlossenheit des Prozesses, wenn er sagt, dass die Teilnehmenden heute nicht nur etwas präsentiert bekämen und der Prozess inhaltlich noch offen sei (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 36f.). Der so markierte partizipative Spielraum mag jedoch je nach Perspektivität und Position unterschiedlich re-

3 In einer späteren Umfrage im Rahmen der Veranstaltung zeigte sich, dass 25 % der Anwesenden im Stadtteil lebten, 31 % dort arbeiteten, 15 % dort lebten und arbeiteten und 29 % nur ab und zu dort waren (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 126f.).

flektiert werden. Denn an Anlage und Zielrichtung des Konzeptes und damit einhergehenden Rollen zwischen Planung, Verwaltung, Bewohner_innen u.a. scheint nichts mehr veränderlich. Neben der Informations- ist es auch die Funktion der Legitimationsarbeit, die die Situation hier auszeichnet. Der Beteiligungsgegenstand und die Art der Präsentation des Inhalts sind, um den Bezug zum Mitarbeiter des Jugendzentrums herzustellen, »anstrengend« und »unkonkret« (ebd.: Z. 187f.), weil abstrakt und komplex. Damit einher gehen die sachliche Sprache und das förmliche Miteinander. Die Situation ist geprägt von Verwaltungsroutinen. Damit wird ein asymmetrisches Verhältnis zwischen jenen hervorgebracht, die mit der Sphäre der Verwaltungsrationalität vertraut sind bzw. umgehen können und jenen, die dies nicht können. Auch Kritik der Teilnehmenden erfolgt in der gleichen Sprache: die Äußerung eines Teilnehmers, es sei wenig konkret Handhabbares dabei gewesen (ebd.: Z. 76), spiegelt den förmlich-rationalen Duktus wider. Die Möglichkeit, die eigenen Bedürfnisse und Ideen zu äußern, wird in der Situation von den Teilnehmenden nicht ergriffen. Es werden keine Praktiken der Passung zwischen der Lebenswelt der Bewohner_innen und dem vorgestellten Konzept aufgeführt. Auch die vielen professionell involvierten Akteur_innen äußern sich nicht, stellen keine Rückfragen oder merken etwas an, möglicherweise, weil sie sich eher als sekundäre Zielgruppe nach den Bewohner_innen wähnen und sich mit der Frage nach Feedback nicht in erster Linie adressiert sehen.

Im Folgenden sollen die Äußerungen des Sozialarbeitenden zu den Kindern und Jugendlichen sowie seine Funktion als anwaltschaftliche Vertretung für Kinder- und Jugendinteressen eingeordnet werden. Er meint, es würden »immer keine Kids kommen« (ebd.: Z. 165). Der Unterschied zwischen »immer keine« und der Alternative »nie« ist insofern interessant, als dass die umständliche Formulierung eines »immer keine« eher den Charakter einer Entscheidung von anderen als den Kindern und Jugendlichen selbst markiert. Wenn »nie« Kids kämen, wäre die Interpretation einer eigenen Entscheidung der Kinder und Jugendlichen – eben nie zu kommen – näher als im Falle der Formulierung, dass in allen Fällen keine Kids kämen – oder eben auch: keine Kids dabei wären. Das legt die Vermutung nahe, dass die Mitarbeiter_innen des Jugendzentrums entscheiden, wer von den alltäglichen Nutzer_innen dabei ist und wer nicht. Dies wird bestärkt durch seine Aussage, dass, wenn sie da seien, sie eigentlich nur stören würden (ebd.: Z. 165f.). Das heißt, es muss den Fall gegeben haben, dass Kinder und Jugendliche bei den Veranstaltungen dabei waren, sich aber nicht gemäß den Erwartungen in diesen spezifischen Settings verhalten haben. Die Normierungen in der Situation sind am Interesse an der Durchführung eines reibungslosen Ablaufes abzulesen: wer das nicht durchhält, ohne den Ablauf zu stören, verhält sich nicht erwartungsgemäß. Obwohl er die Formulierung des Störens wählt, soll sie hier nicht in dem Sinne interpretiert werden, dass er selbst dieses Verhalten als störend einschätzt, sondern eher, dass er es als Einschätzung von außen reflektiert. Denn er selbst bewertet

das Verhalten nicht als ›fehlerhaft‹, sondern bringt es vielmehr mit der kurzen Aufmerksamkeitsspanne der Kinder und Jugendlichen in Verbindung (ebd.: Z. 166f.), die einer ganzen Veranstaltungslänge gar nicht konzentriert folgen könnten. Mit dieser Einordnung markiert er einen Unterschied zwischen einer für Kinder und Jugendliche passenden und unpassenden Partizipationspraxis.

Aus analytischer Perspektive weisen die Erzählungen über »störende« Kids darauf hin, dass die Kinder und Jugendlichen sich einer für sie anstrengenden Situation eigensinnig widersetzen. Widerstand äußert sich dann nicht durch leises Erdulden oder Entziehen, sondern über laute Praktiken. Wer nicht stillsitzen kann oder will, wird als störend empfunden, weil die Situation unterbrochen wird, weil in Bewegung gerät, was in dem Moment nicht in Bewegung sein soll. Wer also das Ausschalten des Körperlichen in der Zeitspanne des stillen Konsumierens der Informationen nicht wenigstens damit rechtfertigt, dass er/sie (wie ich als Forschende) ein spezifisches Interesse in der Situation hat, der/dem bleibt nur das Ausbrechen. Ohne subjektiven Nutzen wird Erdulden schwer. Mit der körperlich-materiellen Dimension ist die inhaltliche verknüpft. Hier handelt es sich nicht um einen spannenden Kinofilm, bei dem das Stillsitzen leichter fallen dürfte, sondern die Vorstellung des Stadtentwicklungskonzeptes bietet keine Möglichkeiten der Passung zwischen Subjekt und intendiertem Ablauf. Die Praktiken des Störens sind Ausdruck dessen, dass sie sich nicht in einem situativ erwünschten Sinne die Veranstaltung aneignen, sondern stattdessen eigene, ›lautere‹ Wege finden. Wer also anfängt, auf dem Stuhl herumzurutschen, sich mit den anderen zu unterhalten, sich etwas vom Buffet zu holen, obwohl die Zeit dafür noch nicht gekommen ist, wer Späße macht, vielleicht provoziert, der/die eignet sich die Situation an – und dies auch kollektiv. Ihre Praktiken des Störens sind als Praktiken der Partizipation *from below* zu werten: Die Kinder eröffnen sich eigensinnig Handlungsspielräume in der Situation. Gleichsam entziehen sie der Veranstaltung die Legitimation. Was hier aus der analytischen Distanz herausgearbeitet wird, wird in der vom Jugendarbeiter geschilderten Situation nicht reflektiert und auch im Gespräch im Büro, wenn überhaupt, nur implizit angedeutet.

Was der Sozialarbeitende ausdrückt, ist eine Kritik an der fehlenden Verbindung zwischen Alltagsakteur_innen (in seinem Falle den Kindern und Jugendlichen, aber auch ihm als Akteur im Stadtteil) und dem Beteiligungsgegenstand und der -situation. Seine Nicht-Nutzung, die er nicht nur für sich, sondern auch (machtvoll) für die Kinder und Jugendlichen entscheidet, ist demnach eine direkte Antwort auf die Frage nach dem Gebrauchswert der Veranstaltung für das von ihm vertretene Feld der Jugendarbeit im Sozialraum. Er sieht eher andere Gelegenheiten im Kontext der Jugendarbeit, in denen sie ihre Themen einbringen würden (ebd.: Z. 174f.). Kinder- und Jugendpolitik im Sozialraum zu machen, meint hier das Wirken in gewachsenen Netzwerken und etablierten Gremien und weniger in Beteiligungsebenen, die sich in punktuellen Veranstaltungen erschöpfen. Die Veranstaltung

ist nicht der Ort der Auseinandersetzung über die für das Jugendzentrum und seine Nutzer_innen relevanten Themen.

11.1.3 Nicht-Nutzung als Kritik

Die Praktiken der Nicht-Nutzung, die die Jugendarbeiter_innen aufführen, sind keine Zeichen einer sozialarbeiterischen »Miesepetrigkeit« (In-vivo), sondern Ausdruck einer spezifischen Bearbeitung der Situation. Dabei ist die Nicht-Nutzung der Veranstaltung nicht nur stilles Entziehen, sondern auch strategische Praxis, der Kritik inhärent ist. Die Kritik bezieht sich auf die spezifische Situation veranstalteter Partizipation, die in institutionelle Arrangements eingebettet ist. Aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung *from below* (Bareis 2012) sind diese Praktiken relevant für die Analyse der spezifischen Bedingungen machtvoller Schließungsprozeduren, die mit einem fehlenden Gebrauchswert der Veranstaltung für die Alltagsakteur_innen in Zusammenhang stehen. Dass deren Praktiken als störend reflektiert werden, deutet darauf hin, dass sie nicht als deren »Arbeit an der Partizipation« (ebd.) gesehen werden, vielmehr werden sie aus dem spezifisch strukturierten Raum veranstalteter Partizipation explizit (Schließung des Hauses) und implizit (Exklusivität der Inszenierung) ausgeschlossen. Zudem ist es ein Ort sozialer Ausschließung derjenigen, die Deutungsalternativen zu der von Planungs- und Verwaltungsroutinen strukturierten Situation anbieten. In der Konsequenz wird verständlich, dass es auch für die Sozialarbeitenden keinen Gebrauchswert birgt, sich diskursiv in dieser Arena zu bewegen. Eine von der Sozialen Arbeit vor Ort und den Alltagsakteur_innen mitgetragene Praxis der Partizipation findet in den öffentlich dokumentierten Stadtentwicklungsveranstaltungen nicht statt.

Vor dem Hintergrund einer kritischen Sozialen Arbeit ist interessant, dass die Sozialarbeitenden sich nur im geschützten Rahmen äußern, den eine geschlossene Bürotür und eine sich als kollegial markierende Ethnografin bieten. Das empirische Material dieses Falls gibt es nicht her, zu wissen, ob die Praktiken des Fernbleibens von der Veranstaltung im eigenen Haus ein Ausdruck von expliziter oder impliziter Kritik sind. Es ist möglich, dass die Mitarbeitenden ihre Entscheidung zur Nicht-Teilnahme offen gegenüber den Veranstaltenden formulieren und ihre Nicht-Nutzung dezidiert erklären. Das Rollenangebot als Akteur_innen im Stadtteil, die als Ressource adressiert werden und ihre Aufgabe damit erfüllt sehen, ihre Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen, geht aber auch in Passung mit einem Entziehen ohne Erklärung und ohne formulierte Kritik. Denn als öffentlich geförderte Orte im Stadtteil sind sie systemisch nicht nur in den Sozialraum, sondern auch in die Förderlandschaft mit allen damit zusammenhängenden Abhängigkeitsbeziehungen eingebunden. In den Diskussionen meiner Beobachtungen mit Kolleg_innen wurde mir immer wieder gespiegelt, dass eine öffentliche Positionierung der Sozialarbeitenden vor Ort gegen spezifische Formen veranstalteter Partizipati-

on häufig von den Leitungsebenen der sozialen Träger mit Verweis auf die Abhängigkeitsbeziehungen unterbunden wird. Darüber hinaus kann das Zögern hinsichtlich der Formulierung von Kritik aber auch an der Schwierigkeit liegen, dem Unbehagen der Sozialarbeitenden argumentativ zur Sprache zu verhelfen. Denn im normativ aufgeladenen Partizipationsdiskurs erscheint es schwer, Praxis zu kritisieren, wo man doch eigentlich gar nichts gegen Partizipation hat – ganz im Gegenteil. Die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse deutlich zu machen, wäre dabei zentral. Die hier angebotene Reflexionsfolie kann dazu dienen, vermehrt Worte für eine spezifisch sozialarbeiterische Perspektive zu finden (Pigorsch 2021b).

11.2 Bespielen

In diesem Abschnitt geht es um eine Veranstaltung in einem sogenannten benachteiligten Stadtteil einer deutschen Großstadt.⁴ Es wird eine Situation veranstalteter Partizipation beleuchtet, die sich als offenes, intermediäres Format beschreiben lässt. Sie ist für die Frage nach der Rolle der Sozialen Arbeit relevant, weil die Veranstaltung maßgeblich durch Akteur_innen der GWA initiiert und organisiert wird und weil Akteur_innen der aufsuchenden sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit in der Situation eine zentrale Rolle einnehmen. Das Format, im Folgenden als Nachbarschaftsforum bezeichnet, soll ein Artikulationsort für die (problematischen) Themen im Stadtteil sein, aber auch Ausgangspunkt für das aktive Engagement der Bewohner_innen (siehe dazu auch Abschnitt 10.10 »Gehen und nicht Wiederkommen«). Die folgende Situation ist das Geschehen in einem der Themenräume auf der Veranstaltung (im Folgenden: Themenraum Ordnung). Hierzu liegt ein thematischer Verlauf des situierten Diskurses anhand von Passagen eines Audio-Transkripts vor. Angefangen bei wütenden Beschwerden der Bewohner_innen und damit einhergehenden Problemzuschreibungsprozessen gegenüber marginalisierten Gruppen, wird der Raum im Verlauf für Praktiken der Bearbeitung der Nutzungskonflikte des öffentlichen Raumes genutzt, um schließlich entlang der rahmenden Frage nach aktivem Engagement zur Projektplanung zu kommen. Diese jedoch steht nur bedingt auf festen Füßen, wie sich zeigen wird.

11.2.1 Zur Situation und dem Diskursverlauf

Im Folgenden wird ein Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll zitiert, um einen Einblick in die Situation, das Anliegen der Veranstaltung und die Teilnehmenden im Themenraum Ordnung zu geben.

4 Aspekte dieses Abschnitts wurden veröffentlicht in Pigorsch (2022).

An einem sommerlichen Samstagvormittag startet ein ganztägiges Nachbarschaftsforum in einem Stadtteil einer deutschen Großstadt, der häufig als Problemstadtteil oder sozialer Brennpunkt bezeichnet wird. Das Nachbarschaftsforum ist eine große Veranstaltung, die von sozialen Trägern im Stadtteil (einem Stadtteilhaus, einem Begegnungsort) gemeinsam mit der kommunalen Stelle für Bürger_innenbeteiligung und einem Zusammenschluss der Wohnungswirtschaft organisiert wird. Die Veranstaltung hat einigen organisatorischen Vorlauf. Themen, die auf dem Nachbarschaftsforum besprochen werden sollen, wurden im Vorfeld auf Veranstaltungen im Stadtteil (wie etwa auf Nachbarschaftsfesten) gesammelt. Anliegen des Nachbarschaftsforums ist der Austausch über aktuelle Themen im Stadtteil, das Einbringen von Ideen für das nachbarschaftliche Zusammenleben sowie die Aktivierung der Bewohner_innen zum Engagement. Nach einer großen Eröffnungsrunde, in der die Teilnehmenden Gelegenheit haben, sich zu ihren Wünschen und Erwartungen für den Tag zu äußern, können sie sich Themenräumen zuordnen. Diese sind entlang der Themensammlung im Vorfeld strukturiert, wobei es auch offene Räume für spontane Themen gibt. In den Räumen geht es um Ordnung, Verkehr, Kultur, Nachbarschaft oder das Image des Stadtteils. Viele professionelle Akteur_innen aus dem Stadtteil moderieren die Themenräume, aber auch externe Moderator_innen sind dabei. In jedem Themenraum stehen dem/der Moderator_in je ein_e Co-Moderator_in (Bewohner_in des Stadtteils) zur Seite.

Der Moderator und der Co-Moderator der Runde zum Thema »Ordnung und Chaos« stehen neben einer Pinnwand, auf der eine Karte des Stadtteils zu sehen ist. Daneben noch ein Flipchart: auf dem Papier mit der Überschrift »Bitte bearbeiten Sie« ist noch viel Platz zum Beschriften. Die Fläche des Papierbogens ist in vier gleiche Teile aufgeteilt, auf jeder Fläche eine Unterüberschrift: »Wie ist es jetzt?«, »Wie hätten wir es gerne?«, »Was können wir tun?« und »Was sind die ersten Schritte?«. Der Co-Moderator hat einen Edding in der Hand und scheint darauf zu warten, dass er damit etwas beschriften kann. Die 22 Teilnehmenden sitzen in einem zweireihigen Stuhlkreis. Unter ihnen sind elf Bewohner_innen des Stadtteils und eine Interessierte aus einem anderen Stadtteil. Die anderen Anwesenden sind aus beruflichen Gründen da: je ein_e Akteur_in aus der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, dem Quartiersmanagement, von der Hochschule; zwei Polizisten, drei Mitarbeitende des städtischen Ordnungsamtes sowie zwei Streetworker_innen (einmal speziell für die Altersgruppe der Jugendlichen sowie einmal für Erwachsene). (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 1–35)

Es handelt sich hierbei um eine von vielen, überwiegend sozialen Akteur_innen vorbereitete Veranstaltung. Im Rahmen von anderen Aktivitäten im Stadtteil wurden Themen für das Nachbarschaftsforum gesammelt, Bewohner_innen konnten für die Co-Moderation der Themenräume gewonnen werden. In professionellen Netzwerken im Stadtteil wurden daraufhin Themenschwerpunkte und Verfahrensweisen

besprochen. Das Nachbarschaftsforum wurde zum immer wiederkehrenden Thema im Stadtteil. Dessen Umsetzung stellt mithin ein zentrales Element der von den lokalen Akteur_innen initiierten veranstalteten Partizipation im Stadtteil dar. Für die Moderation in den Themenräumen wurden externe Moderator_innen gewonnen, die aus den Bereichen zivilgesellschaftlicher oder kommunaler Partizipationsförderung kommen. Die für den Stadtteil relevanten behördlichen Akteur_innen aus Ordnungsamt und Polizei, Akteur_innen aus der Wohnungswirtschaft, dem Quartiersmanagement oder dem Streetwork sind auf Einladung erschienen. Die Teilnahme der beruflich involvierten Akteur_innen im Stadtteil ist hierbei in der Regel gesichert, da ein Austausch über die Themen im Stadtteil auch aus Gründen ihres professionellen Auftrags von Relevanz ist. Unsicher hingegen ist stets, ob auch die Bewohner_innen des Stadtteils erreicht werden. Im beschriebenen Themenraum haben sich (zu Beginn) neben zehn professionellen Akteur_innen elf Bewohner_innen eingefunden, was vor dem Hintergrund einer Bewohner_innenzahl von mehreren tausend Einwohner_innen vergleichsweise marginal erscheint. Genau diese Nicht-Nutzung der Möglichkeit zur Veranstaltungsteilnahme durch die Bewohner_innen, die mit dem Format ja eigentlich adressiert werden, ist ein Dauerthema für die Organisator_innen.

Spezifisch für dieses Format ist die offene, forenartige Herangehensweise: es gibt kein Podium, von dem aus Themen gesetzt oder diskutiert werden, sondern in dezentralen Räumen können Themen besprochen und weitere Schritte entwickelt werden. Ganz dem Zufall überlassen wird die thematische Ausrichtung jedoch nicht. Durch die Themensammlung im Vorfeld gibt es thematisch gebundene Räume, wie hier den Themenraum Ordnung, was nicht verwundert, denn das Thema Ordnung ist im sogenannten Brennpunkt-Stadtteil virulent. Interessanterweise ergibt sich wie quasi-natürlich die Passung zu den thematisch eingebundenen Verwaltungseinheiten und Institutionen, die so auch spezifisch zur Teilnahme in diesen Themenraum eingeladen werden können. So sind Behörden und Akteur_innen der Sozialen Arbeit entsprechend aktiviert, das Format für die eigene Praxis zu nutzen.

Im Folgenden gibt es eine verdichtete Beschreibung aus dem Beobachtungsprotokoll, um den inhaltlichen Einstieg in den Themenraum Ordnung zu verdeutlichen: Es geht los mit einer Vorstellungsrunde. Der Moderator beginnt mit sich selbst und stellt sich als Mitarbeiter einer Koordinierungsstelle für Beteiligung in der Stadt vor. Er würde hier moderieren und hätte einen Co-Moderator dazu geholt, den er auch kurz vorstellt. Dieser kenne sich hier aus und werde wahrscheinlich schneller Orte finden als er, wobei er betont, dass er selbst mal im Stadtteil gewohnt habe. Der Reihe nach sollten alle mal ihren Namen sagen und warum sie sich hier in die Runde gesetzt hätten. Ein Handmikrofon beginnt reihum zu wandern. Die Vorstellungsrunde ist zugleich auch schon ein Einstieg ins Thema, denn viele Bewohner_innen gehen gleich voll zur Sache, was der Moderator mit einer Portion guter Laune zu bremsen

versucht. Die meisten der anwesenden Bewohner_innen sind im Rentenalter, einige sind zu zweit mit dem/der Lebenspartner_in erschienen. Die Runde dauert länger als geplant, und schließlich stehen am Ende bereits einige Themen auf den Moderationskärtchen an der Pinnwand, die der Co-Moderator nebenbei beschrieben hat: Jugendliche, die nachts Krach machen, nächtliches Böllern, unsichere Gehwegplatten, Fragen zur Kriminalitätsstatistik, Dreck, verwilderte Vorgärten, Glasscherben oder freilaufende Hunde. Im Gegensatz zu den (meisten) Bewohner_innen stellen sich die professionell Anwesenden sehr kurz und knapp vor. Der Moderator erläutert dann, worum es bei der Veranstaltung gehen soll: Einmal sei es wichtig, Themen zu sammeln und an die richtigen Personen weiterzugeben und auch zu verabreden, wie die Bewohner_innen davon erfahren können, ob ein Wunsch oder eine Eingabe umgesetzt werden könne oder aus welchen Gründen es eben auch nicht ginge. Und schließlich könne es auch sein, dass die Bewohner_innen selbst eine Idee haben, wie sie tätig werden wollen. Dann könne man hier in der Gruppe auch zwecks Unterstützungsmöglichkeiten schauen. Es wäre auch möglich, sich ein eigenes Team zusammenzustellen oder andere Ressourcen zu bekommen, wie zum Beispiel einen Raum im Haus. Man könne vielleicht sogar kleine Arbeitsgruppen einrichten, die dann speziell tätig werden. Die ersten knapp zwanzig Minuten sind um. Insgesamt gibt es zwei jeweils 45-minütige Phasen in den Themenräumen. Der Moderator fragt, wer denn anfangen und von den Erfahrungen mit dem Thema Ordnung berichten möchte (aus dem Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 36–183).

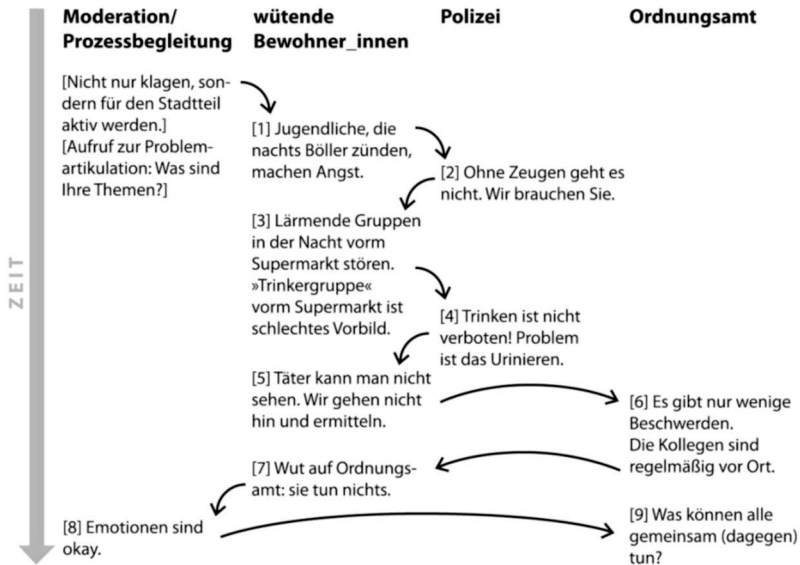
Im Folgenden soll als Ergebnis der analytischen Verdichtung des Materials die diskursive Praxis in der Situation anhand dreier »Stationen« fokussiert und beleuchtet werden.

11.2.1.1 Wut

Die erste diskursive »Station« steht unter der Überschrift »Wut«. Um den Verlauf des situierten Diskurses besser nachvollziehen zu können, ist er als aus dem empirischen Material rekonstruierter Verlauf in der Abbildung 14 dargestellt und wird im Folgenden (Ziffern 1–9) erläutert (siehe Abbildung 14).

[1] Es stehen die Themen der Bewohner_innen im Fokus, die aufgerufen sind, von ihren Erfahrungen zu berichten. Der erste, der sich zu Wort meldet, ist ein 82-jähriger Mann, der mit seiner Frau erschienen ist. Ihn stört die Knallerei mit Feuerwerkskörpern am Abend und in der Nacht: »Und dit is für uns, wenn wir abends unterwegs sind, gefährlich. Man traut sich ja nich mehr auf die Straße oder auf den Weg« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 196–198). Er wünscht sich, dass die Polizei oder das Ordnungsamt abends am Wochenende zum Observieren vorbeikommen. Eine Bewohnerin bestätigt, dass auch sie dieses Problem kenne, aber Schwierigkeiten habe, zu lokalisieren, von wo sie abgefeuert werden. Böller »scheinen [...] grad groß in Mode zu sein« (ebd.: Z. 262), resümiert der Moderator.

Abbildung 14: Diskursverlauf »Wut« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[2] Einer der Polizisten bestätigt, dass das Problem mit dem nächtlichen Zünden von Feuerwerkskörpern bekannt sei und die Polizei vereinzelt Hinweise dazu aus der Bevölkerung bekäme. Für die Polizei sei es schwierig, denn sie bräuchten immer einen konkreten Ort und eine konkrete Person. Ohne Informationen hätte die Polizei ein Problem: Zum Observieren reichten die Betreffende nicht aus, dann würde es an anderer Stelle bei der Polizei fehlen, etwa bei Wohnungseinbrüchen, Fahrraddiebstahl und das sei »natürlich höherwertiger« (ebd.: Z. 226f.). Er beschwört die Anwesenden: »Also zusammengefasst: wir brauchen, klipp und klar, wir brauchen einen Zeugen, der anruft« (ebd.: Z. 233f.). Die Runde scheint etwas aufgebracht – wie sollen sie etwas melden, was sie nicht sehen und wovor sie Angst haben?

[3] Ein älterer Bewohner problematisiert den nächtlichen Lärm am Platz rund um die Hochhäuser. Er regt sich auf über die »Bewohner, die am Tage schlafen und abends denn erstmal loslegen mit viel Musik, mit viel Krach mit Sauerei [...] wir haben schon ich hab schon äh meine Frau paar Mal angerufen« beim Vermieter und »die Frau, die dat macht, gibt sich sogar Mühe, aber et ändert sich nix« (ebd.: Z. 189–192). Eine Bewohnerin: »[D]iese Nacht z.B. fünf vor zwei war noch große Musik, Geschrei, Hundegebell und denn schrein'se sich untereinander an. Dann ist mal fünf Minuten Ruhe, dann wird dit Radio weiß ich woher der Lärm nimmt und man kann's

auch nicht zuordnen, man sieht dit nicht [...] Da geht's ja schon früh um sieben los. Da sitzen schon die ersten, die ihr Bierchen zum Frühstück brauchen. Die sitzen da, trinken, rauchen, die Kinder jehn zur Schule. Die ham gleich Vorbildwirkung. Man beginnt seinen Morgen mit mit Bier trinken und und und« (ebd.: Z. 305–313).

Das Format bringt hervor, dass verärgerte und besorgte Bürger_innen Beschwerden vortragen über Menschen, die nicht anwesend sind. In den Erzählungen werden die Gruppen – die nächtlichen Böller-Zünder_innen, die lauten Gruppen in der Nacht, die sich an einem zentralen Platz vor einem Supermarkt treffen sowie die tagsüber dort Alkohol konsumierenden Personen miteinander vermischt. Die Bewohner_innen führen hier ein Ordnungsverständnis auf, demnach die zuständigen staatlichen Organe für die Herstellung von Sicherheit und Ordnung im Stadtteil zuständig sind. Insofern antworten sie auf die Einladung, sich zum Thema Ordnung zu äußern, mit dem Appell an Polizei und Ordnungsamt, ordnungspolitisch vermehrt kontrollierend und sanktionierend tätig zu werden und üben Kritik an den ihrer Erfahrung nach zu geringen Aktivitäten der Behörden.

[4] Der Polizist betont daraufhin, dass das Problem mit den Gruppen vor dem Supermarkt bekannt sei. Dort hätte sich seit Jahren eine »Trinkerszene« (ebd.: Z. 327) entwickelt. Dazu müsse er ausführen, dass Biertrinken in der Öffentlichkeit in Deutschland erlaubt sei (»Wir sind nicht Amerika«, ebd.: Z. 329.). Das sei vielleicht nicht schön, aber jeder »soll doch sein Feierabendbier da trinken und wenn er [...] der Meinung ist, er muss da morgens sein Bier konsumieren, wird er nicht durch uns kriminalisiert um Gottes Willen. Es gibt irgendwo ne Ursache für die Schicksale der Menschen und man muss es auch akzeptieren und so leid es mir tut, dass ein Schulkind da vorbeigeht, das ist so. Der verstößt da gegen kein Gesetz. Wenn er sozial recht gut ausgeprägt ist, hält er die Bierflasche etwas versteckter (unv.) oder er trinkt es nicht vorm Kind irgendwo, aber es ist legal, in Deutschland Bier zu konsumieren und auch, betrunken zu sein« (ebd.: Z. 331–339). Das Urinieren sei jedoch nicht erlaubt und da müssten sie, was schwer sei, die Täter_innen »auf frischer Tat ertappen« (ebd.: Z. 345f.). Bezüglich des Lärms seien sie auf Hinweise von Anwohnern angewiesen. Aus Angst vor einer Gerichtsverhandlung stünden sie selten als Zeugen zur Verfügung, was demnach die repressiven Maßnahmen der Polizei erschwere. Durch die Präsenz gelinge es ihnen aber in der Regel, die Ruhestörung zu beenden. »Aber um nachhaltig Ruhe reinzukriegen, um auch mal die Verursacher irgendwo zur Verantwortung zu ziehen, brauchen wir für repressive Maßnahmen, also für Strafverfolgung, für Ordnungswidrigkeit, für Bußgelder, brauchen wir die Zeugen« (ebd.: Z. 368–371).

Die »Trinkergruppe« wird als eine den Institutionen im Stadtteil bekannte Szene markiert. Der Polizist rahmt hier erneut die Polizei als eine an Gesetze gebundene Institution, der im Vollzug der ordnungspolitischen Praxis häufig die Hände gebunden sei. Dem Vorwurf der schlechten Vorbildwirkung der tagsüber aktiven Gruppe(n) auf Kinder begegnet er mit einem verstehensorientierten Ansatz.

[5] Eine Teilnehmerin versteht die Welt nicht mehr. »Ja, ick will-wissense jede Nacht ist dit hier. Warum ist die Polizei nicht auch von sich aus mal präsent? Ick rufe an, ich habe einmal angerufen, da hab ich zehn Minuten in der Leitung gehangen und durfte immerzu beschreiben, was da los ist und jetzt sind die weg und denn war dit für die Polizei erledigt. Und ick-soll ick runtergehen und fragen ›Sagen Sie mir doch mal Ihren Namen, Sie machen hier so schön Krach. Die Polizei kommt nur, wenn ick sage, dass Sie hier Krach machen‹. Ick mach die Ermittlung im Vorfeld, damit die Polizei nur noch kommt und sagt ›Jetzt ist Ruhe‹. Dit find ick bisschen komisch. Also da könnt ick mich uffregen« (ebd.: Z. 380–389). Der Moderator versucht, eine kommunikative Brücke zu bauen und betont, dass es wohl eher nicht darum ginge, sich »investigativ [zu] betätigen« (ebd.: Z. 390), sondern zu beschreiben, wie die Person aussehe. Die Bewohnerin unterbricht: »Die sieht man ja nicht! Dit hab ick ja schon gesagt. Die sitzen irgendwo und machen Krach« (ebd.: Z. 392f.). Ein älterer Bewohner bemerkt dazu: »Wir können's ja beobachten von unserm Fenster aus, wie sich die Szenerie sich abspielt, aber ein Beispiel möcht ich da nur sagen, wahrscheinlich ist die Polizei angerufen worden. Die kommt mit Blaulicht, fährt bis auf'n Parkplatz, da steigen die Kollegen aus, gehen dann rüber, da wo die Musik herkommt, und in der Zeit verkrümel'n sich die. [...] Dit is ne feine Taktik, mich so und groß anzukündigen, damit die Herrschaften genügend Zeit haben, sich zu verdünnisieren [...] Ja und warum gehen sie nicht zu Fuß und nehmen die Leute, wie sagt man, in flagranti fest? Die müssen mit Blaulicht ankommen, damit man dit schon nen Kilometer vorher schon feststellen kann« (ebd.: Z. 442–454).

Die Gesprächsrunde schwankt zwischen Lachen und Empörung. Die Bewohner_innen bringen ein spezifisches Verständnis von Ordnungspolitik hervor, indem sie sich selbst in der verantwortlichen Rolle zurücknehmen und mehr Präsenz der Polizei im Stadtteil einfordern. Der situierte Diskurs vollzieht sich hier noch ausschließlich zwischen den mit einem Ordnungsanliegen erschienenen Bewohner_innen und der Polizei.

[6] Die leitende Mitarbeiterin des Ordnungsamtes meldet sich zu Wort und verteidigt die Bemühungen ihrer Behörde im Stadtteil. Sie sei für »die Einsätze im Außendienst zuständig und kann [...] nachweislich zeigen, dass wir seit März April auch fast täglich auch mit der Polizei von morgens um sechs bis zweiundzwanzig Uhr Streife laufen. Ich kann ihnen Zahlen nennen, dass wir im Gespräch mit der Trinkerszene vom [Supermarkt] sind. Wir sind also weder die (unv.) wir zeigen Präsenz äh nachweislich, weiß äh kann ich ihnen wie gesagt auch vorlegen. Dann muss ich auch hier die Polizei und das Ordnungsamt in Schutz nehmen. Es gibt Gesetze in Deutschland und wie Herr [Name des Polizisten] schon sagte: Biertrinken ist nicht verboten« (ebd.: Z. 464–471).

Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes übt hier Kritik am Urteil der Bewohner_innen, dass die Behörden zu wenig tätig seien. Gleichsam geht sie in Passung

zu den Aussagen der Polizei und vollzieht hier einen kommunikativen Schulter-schluss gegen die Bewohner_innen.

[7] Die Stimmung im Raum wird zunehmend hitziger. Die Bewohnerin spricht dazwischen: »Na so viel Zeit ham wa ja nich hier dis jetzt alles anzubringen, wat man nur übers Ordnungsamt sagen könnte« (ebd.: Z. 490f.). Der Moderator scheint etwas zu rudern, versucht das Gespräch woandershin zu lenken. Stimmengewirr übertönt seine Worte. Dann klärt sich die akustische Lage wieder und die Beschwerdeführerin hat weiterhin das Wort. Sie beschreibt ihre Erfahrungen mit dem Ordnungsamt: »Wat macht er? Der fährt erstmal hier am [Straßenname] rein, guckt in ne Straße, ob da auch nicht jemand außerhalb der Parkflächen steht. Dann wird zurückgefahren in [Straßenname], die Schleife gefahren, dann denk ick ›Oh, jetzt wird er wohl den Dreckhaufen mal fotografieren‹. Nein! In der [Straßenname] steht ein PKW mit beiden Rädern auf der Bordsteinkante: da wird fotografiert und gekuckt, Nummernschild, setzt sich rin, fährt rum. Weg!« (ebd.: Z. 494–500) Es geht hin und her. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin benennt daraufhin Zahlen, die ihre Aktivitäten im Stadtteil belegen. Sie liefern drei bis vier Stunden Schleife. Es wird zunehmend lauter. »Wir kommen nich mit'm Auto und fahr'n wieder weg.« »Doch!« (ebd.: Z. 512f.), sagt die Bewohnerin, »[u]nterstellen Sie mir, dass ich lüge?« (ebd.: Z. 514). Im Gewühl der Zwischenrede und dem nochmaligen Versuch des Moderators, durchzudringen, ist es kaum mehr möglich, etwas zu verstehen.

Die Bewohnerin bekommt eine exklusive Rolle mit hohem Redeanteil. Der situierte Diskurs entwickelt sich zu einer Art Zweikampf zwischen der Ordnungsamtsmitarbeiterin und der Bewohnerin. Es geht um die Deutungsmacht zu Fragen der Arbeitsquantität und -qualität des Ordnungsamtes.

[8] Dann verschafft sich der Moderator Raum: »Nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein, also ich merke schon« (ebd.: Z. 518f.), doch es reden mindestens vier Menschen gleichzeitig. Er nimmt nochmals Anlauf: »Entschuldigung, Entschuldigung, Entschuldigung, erstmal ist es so, es ist völlig in Ordnung, zu sagen, hier Gefühle zu äußern und es ist total klar, dass es hier nen totales Missverhältnis gibt« (ebd.: Z. 520–522). Daraufhin beschwichtigt er das Ordnungsamt, es würde viel getan, aber Unmut zu äußern und damit auch emotional zu sein, sei in diesen Räumen, in denen es um Austausch gehe, völlig normal.

Der Moderator scheint sensibilisiert zum Thema Emotionen und Emotionalität in Beteiligungsprozessen zu sein und wirkt in der Situation vermittelnd.

[9] Die Stimmung hat sich etwas beruhigt. Dann fragt die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes in die Runde: »Wissen Sie, was mir jetzt spontan eingefallen ist? Man kann das nicht verteufeln, das versteh ich. Aber wissen Sie, was für uns wichtig ist, für alle? Dass das untereinander aktiv kommuniziert wird. Was muss (unv.) passieren, dass die das nicht mehr so toll finden« (ebd.: Z. 578–581). Der Moderator fasst zusammen mit: »Also hier nochmal der Hinweis: Den Ort weniger attraktiv zu machen, dass es eben keine lange Verweilzeit mehr geben kann« (ebd.: Z. 583f.), inter-

essanterweise, obwohl die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes die Begriffe Verweilzeit und Attraktivität als Chiffren für die Nutzung öffentlicher Plätze nicht selbst benutzt. Er bedient sich hier eines ordnungsrechtlichen/stadtplanerischen Vokabulars. Der Polizist geht wenig später darauf ein und sagt, dass es Möglichkeiten gebe, das Gebiet rund um den Supermarkt für die Gruppen unattraktiver zu machen. So gebe es die rechtliche Möglichkeit der Alkoholverbotszone, aber ob das die Lösung sei, sei fraglich, denn wohin zögen sie sich zurück? Ob sie meine, die Bänke abzuschrauben, um es so unbequem wie möglich zu machen. Dies würde ja dann auch alle anderen betreffen. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin ordnet schließlich nochmal ein: »Ich wollte nur, dass man einfach mal überlegt. Warum stehen die da und nicht da? Warum ist es da nicht attraktiv, aber da?« (ebd.: Z. 612–614).

Mittlerweile ist eine knappe Dreiviertelstunde vergangen und der erste Teil des Workshops ist zeitlich so gut wie um. Bisher dominieren die wütende Problemartikulation und die erklärenden Repliken vonseiten der Behörden. Der Moderator hat versichert, dass Emotionen ihren Platz im Format haben. Interessanterweise wurden die wütenden Reden danach deutlich weniger. Während zu Beginn des Austauschs das Verhältnis zwischen Bürger_innen und Polizei bzw. Ordnungsamt als eines beschrieben wurde, das die jeweiligen Positionen und Erwartungen an die jeweils anderen benennt (Polizei und Ordnungsamt üben Kontrolle sorgfältig aus, Bewohner_innen machen von guter Bürgerpflicht Gebrauch und melden Vorfälle), markiert die Frage der Mitarbeiterin des Ordnungsamtes einen Übergang hin zu einer anderen Praxis der Zusammenarbeit. Sie schlägt vor, gemeinsam nachzudenken, wie man die Orte für die Gruppen unattraktiver gestalten kann. Hier vollzieht sich eine Rollenöffnung, die die strukturell verankerten Aufgaben des Ordnungsamtes hin zu einer Art koproduktiven Ordnungspolitik erweitern. Aus kritischer Sicht werden hier dominanzkulturelle Praktiken hervorgebracht, in deren Konsequenz die problematisierten Gruppen abermals marginalisiert werden.

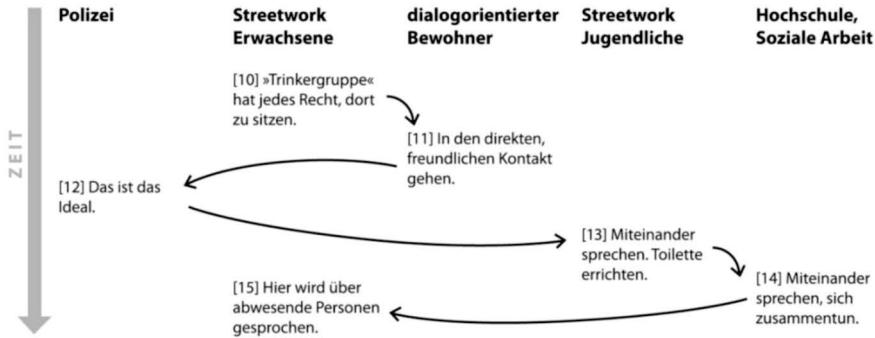
11.2.1.2 Dialog

An dieser Stelle im situierten Diskurs ereignet sich ein turn, das heißt der Verlauf des Diskurses entwickelt sich in eine andere Richtung. Dies soll im Folgenden anhand der Abbildung 15 erläutert werden (Ziffern 10–15).

[10] Als Reaktion auf den Ruf nach Verdrängung der Gruppen auf dem Marktplatz, insbesondere derjenigen, die sich dort tagsüber aufhalten, positioniert sich die Streetworkerin, die von einem Träger kommt, der für die aufsuchende Soziale Arbeit mit Erwachsenen zuständig ist. Sie ist neben einem Kollegen von einem anderen sozialen Träger vor Ort, der mit der aufsuchenden Sozialen Arbeit mit Jugendlichen betraut ist: »Das kann ich Ihnen ganz klar sagen, das wird nicht passieren, weil da stehen Bänke, die haben jedes Recht dort zu sitzen« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 581–583). Der Vorschlag des Ordnungsamtes sorgt für Unruhe unter den Anwesenden. Die Runde murmelt, es wird immer lauter. Es scheint kaum

möglich, den Moderator zu verstehen, der durch das Stimmengewirr versucht, eine Redeliste zu kommunizieren.

Abbildung 15: Diskursverlauf »Dialog« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[11] Der Moderator ruft schließlich einen Bewohner aus dem Stadtteil auf. Seine tiefe Stimme und sein starker Akzent machen es mir beinahe unmöglich, ihn im Getöse zu verstehen. Fetzen gelangen an meine Ohren. Er plädiert dafür, in den direkten Kontakt zu gehen, die Leute einfach anzusprechen, einfach zu sagen »Hey, es ist zu laut«, ganz freundlich und ruhig. »Probier mal erstmal so!« (ebd.: Z. 591f.), meint er schließlich. Eine Bewohnerin reagiert prompt: Also das wisse sie aus eigener Erfahrung, das bringe nichts.

[12] Der Polizist sagt zum Bewohner, der soeben dafür geworben hat, freundlich in den Kontakt miteinander zu gehen: »Das ist interessant. Der junge Mann, seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?«. »Seit 96«, sagt dieser. Der Polizist rahmt den Verhaltensvorschlag als Idealbild, denn »das ist eigentlich das Ideale, was wir uns vorstellen können« (ebd.: Z. 594–597).

[13] Der Streetworker, der für die Altersgruppe der Jugendlichen zuständig ist, verabschiedet sich aus der Runde, er müsse weiter, auf die Straße. Er gibt der Runde mit, dass sich Bewohner_innen, Ordnungsamt und Polizei nun über alles verständigt hätten. Er gibt zu bedenken, ob es wirklich Sinn mache, über die Umsetzung der »Trinkergruppe« nachzudenken. Für ihn heißt es: »Die Menschen bleiben hier« (ebd.: Z. 626) und man solle lieber darüber nachdenken, dort Toiletten zu ermöglichen, um etwas gegen das Urinieren zu tun. »Was können wir verbessern« (ebd.: Z. 629), fragt er. Für ihn bedeutet das »auch mit Menschen zu reden, meinerwegen auch bei die jungen Leute (unv.) die haben Respekt vorm Alter. Jeder kann das ma-

chen. Vorschlag also: Flipchart oder auf dem Papier: Was ändern wir? Was ist unser Ergebnis von Gespräch?» (ebd.: Z. 630–633).

[14] Ein Sozialarbeiter und Mitarbeiter im Fachbereich Soziale Arbeit einer nahen Hochschule appelliert an die Bewohner_innen, das Gespräch zu suchen: »Auch fürs Flipchart, dass man gucken kann, wie kann man vielleicht (unv.) wie kann man die bearbeiten, dass sie auch sagen: Ich geh da auch hin, ich sprech auch mit den Leuten. Vielleicht mach ich's auch nicht alleine. Es bringt auch nichts, sich auf Polizei und zwei Genossenschaften allein zu beschränken [...]. Ich glaube da sind Sie als [Bewohner_innen des Stadtteils] gefragt und in der Verantwortung.« Der Moderator daraufhin: »Also wirklich diesen Dialog zu befördern und nicht immer repressiv«. Der Mann von der Hochschule dazu »[...] zu gucken: was braucht's denn, dass wir anfangen (unv.)?« (ebd., 644–651).

[15] Eine Frau, die keine Bewohnerin des Stadtteils ist, schlägt vor, »dass sie sich in irgendwelchen Arbeitsgemeinschaften [dieses Wort betont sie besonders], sag ich jetzt einfach mal, zusammenfinden, wo sie ihre Interessen, meinetwegen Böllern, knallen (unv.), wo sie sich ohne (unv.) wo sie bisschen Anleitung haben und irgendwas machen können« (ebd.: Z. 654–657). Die Streetworkerin gibt per Handzeichen zu erkennen, dass sie direkt reagieren möchte. »Was ich aus der Erfahrung sagen kann, wir sitzen jetzt hier und es ist keine von den Personen, um die es geht, anwesend und wir überlegen uns ›Was müssen wir machen, damit die sich wegbewegen, eben keinen Lärm machen?‹. Und es ist, ich bin total dafür, je mehr Sie im [Name des Stadtteils], die hier wohnen, das Ausgrenzungsgefühl haben, sagen so ›Oh, die sind anders, du da ham wir Angst und das wolln wir nicht‹. Das sind keine Kleinkriminellen, an denen Sie vorbeilaufen und die ziehen nen Messer oder so was, sondern Sie können mit diesen Personen ins Gespräch gehen. Das machen wir. Und ich kann ihnen aber auch nur sagen, wir sind seit geraumer Zeit (unv.) Es braucht aber Zeit. Wenn ich als Sozialarbeiter hingehe und sag: ›Hallo, ich bin Sozialarbeiter, was brauchen Sie denn? Dann sagt er (unv.). Ich brauch einfach wirklich nen gewissen Vorlauf, dass die in der Lage sind, zu sagen: ›Okay, wir haben da Vertrauen‹. Und dann kann ich mit denen besprechen: Was braucht ihr? Was wollt ihr?« (ebd.: Z. 662–674).

Die Streetworkerin bringt hier klassisch sozialarbeiterische/gemeinwesen-arbeitsbezogene Wissensbestände in die Situation ein (Lebensweltorientierung, Beziehungsarbeit, Vertrauen, Ressourcen- und Netzwerkarbeit etc.). Es wird deutlich, dass sie von der »Trinkergruppe« auf dem Platz spricht, die sich dort konstant und vor allem tagsüber aufhält. Sie spricht nicht von den Gruppen, die in der Nacht unterwegs sind.

Langsam beginnt das Stühlerutschen. Andere Gesprächsrunden haben sich schon aufgelöst. Aber es wollen noch Leute etwas sagen. Eine Bewohnerin des Stadtteils möchte schon lange etwas loswerden. »Ich möchte jetzt einfach mal unseren Ordnungshütern, Ordnungsamt, Polizei nen Dank aussprechen für die Arbeit, die sie bis jetzt geleistet haben« (ebd.: Z. 683–685). Es gebe viele Probleme,

erst in der vergangenen Nacht sei es wieder laut geworden, aber man könne den Behörden auch nicht immer die Schuld geben, auch die Stadt sei gefragt, Verbotschilder aufzustellen usw. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin appelliert schließlich nochmals: »Also, wir schaffen's nur gemeinsam! Wenn wir nicht mitmachen, jeder einzelne von Ihnen, dann kriegen wir dit nich jeregelt [...] Jeder versucht nach bestem Gewissen, sich da einzubringen« (ebd.: Z. 719–722). Schließlich entlässt der Moderator die Teilnehmenden in die Pause. Die Zeit wurde aufgrund der vielen Wortbeiträge um etwa 15 Minuten überzogen, wofür er sich entschuldigt.

In der Pause gehe ich auf die Terrasse nach draußen. Ich sehe einige der Bewohner_innen zusammenstehen. Die Frau, die sich vorhin gemeinsam mit ihrem Mann über den nächtlichen Lärm aufgeregt hat, steht lächelnd dort und unterhält sich. Ich frage sie, wie sie es so fand. Sie winkt ab und schüttelt den Kopf: »Ach, hörn se uff!« (ebd.: Z. 738). Ihre Erwartung an die Veranstaltung war wohl, dass ordnungsbehördliche Maßnahmen beschlossen werden. Stattdessen haben das Ordnungsamt und die Polizei klargestellt, dass sie bereits alles ihnen Mögliche tun und nun die Bewohner_innen dran seien, aktiv zu werden. Von der Problemzuschreibung bezüglich der problematisierten Gruppen wandelte sich der Diskurs hin zu einer Sensibilisierung für deren Bedürfnisse, die nur im Dialog zu identifizieren seien.

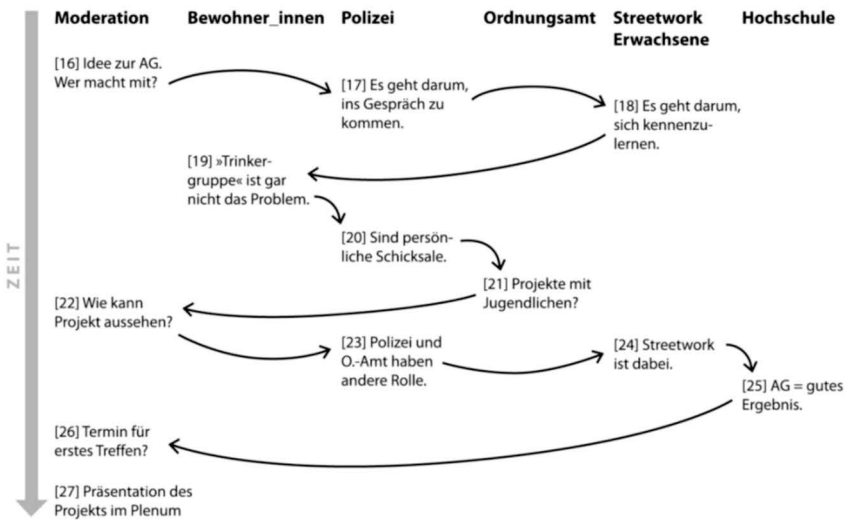
11.2.1.3 AG Kooperation

Nach der Pause werden die Zwischenergebnisse zunächst in der großen Runde allen Teilnehmenden des Nachbarschaftsforums vorgestellt. Der Reihe nach präsentieren alle Moderator_innen und Co-Moderator_innen, was in den Themenräumen besprochen wurde. Der Moderator resümiert, dass das Thema »Ordnung« durchaus ein emotionales sei und es sei wichtig, dass das, wie es empfunden wird, geäußert werden konnte. Der Co-Moderator hingegen fasst das Inhaltliche aus seiner Bewohner_innensicht zusammen: »Was uns alle bewegt ist der Lärm am [Name des Stadtteils] und zwar der nächtliche Lärm. Die Unruhestifter äh, die in anonymen verschiedenen Häusern sind und äh wo die das Ordnungsamt und die Polizei nur dann wirksam werden kann, wenn die Leute auch direkt benannt werden können. Das zweite, was immer wieder hochkommt, ist die Trinkerszene vorm [Supermarkt]. Uns wurde gesagt, dass es so ist, dass das Trinken in der Öffentlichkeit bei uns in Deutschland nicht verboten ist, aber, dass es dann natürlich zu Schwierigkeiten kommt, wenn diese Leute in der Öffentlichkeit urinieren und das ist ja leider auch der Fall hier. [...] Wir werden sicher in der zweiten Runde zu konkreten Maßnahmen kommen, welche Schritte wir dort als Bürger mit unternehmen können« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 770–786). Der Moderator setzt nochmal an und verlaublich, dass sich in der Pause jemand bereit erklärt hätte, eine Arbeitsgemeinschaft (AG Kooperation) zu gründen. »Das bedeutet nicht, tätig zu werden, wenn die Dinge schon passieren und dann das Ordnungsamt und die Polizei zu holen, sondern eher [...] eine AG zu gründen, die den Dialog fördert zwischen Ord-

nungsamt, Polizei, Stadtverwaltung, wo die Einwohnerinnen sozusagen selbst mit denen in Kontakt stehen und sagen ›Hier, das muss verbessert werden‹« (ebd.: Z. 788–792). Gemeinsam solle dann ein Dialog mit den Leuten entstehen, die vorm Supermarkt sitzen, denn da bestehe gar kein Kontakt. »Dass man mit denen vorher mal redet und sagt ›Mensch, das stört mich‹, ja? [...] Also AG Kooperation – tolles Ergebnis, erstes Ergebnis« (ebd.: Z. 794–798).

Im Folgenden wird der diskursive Verlauf in der zweiten Gesprächsrunde im Themenraum Ordnung vorgestellt, die sich der Vorstellung vor allen Teilnehmenden anschließt. Die Runde sitzt wieder an Ort und Stelle, wo auch der erste Teil stattfand. Es sind etwa ein Viertel weniger Teilnehmende da als zuvor – meinem Eindruck nach sind es eher die Bewohner_innen, die nicht wiedergekommen sind. Auch hier gibt es einen Turn im Verlauf, der durch die Idee der AG-Gründung eingeleitet wird. Anhand der Abbildung 16 werden die Schritte jeweils wieder beschrieben (Ziffern 16–27).

Abbildung 16: Diskursverlauf »AG Kooperation« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[16] Der Moderator erläutert nochmals, was in der Pause geschehen ist. Eine engagierte Bewohnerin des Stadtteils, die schon eng mit den verschiedenen Akteur_innen von Ordnungsamt, Polizei und Sozialer Arbeit vernetzt ist, äußerte die Idee einer Arbeitsgemeinschaft, die sich dem Dialog mit den Personen widmet, die auf

dem Platz so »scheinbar« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 832) Probleme machen. Es geht darum, mit ihnen in Kontakt zu gehen und zu sagen »Mensch, wie ist denn dit hier. Um fünf Uhr morgens, so laut machen äh wat gibt's n da für Gründe für oder vielleicht finden wa ne andere Lösung?« (ebd.: Z. 833f.). Sie habe den Eindruck geäußert, Austausch geschehe »immer nur über die Autoritäten« (ebd.: Z. 846f.), aber nie im Dialog.

Unklar ist hier noch, auf welche der problematisierten Gruppen sich die AG-Idee bezieht, ob auf die »Trinkergruppe« oder die abendlich/nächtlich lärmenden Gruppen.

Der Moderator führt weiter aus, dass die Bewohnerin ihre E-Mail-Adresse notiert hätte. Nun gehe es darum, für die AG Kooperation, aber auch für andere Projektideen je einen Steckbrief zu verfassen. Dieser solle beinhalten, was man vor habe, vielleicht versehen mit einem aussagekräftigen Namen für das Projekt. Das heißt, es gehe jetzt darum, zu überlegen, wie mit den geäußerten Problemen umgegangen werden könne. »Jetzt ist die Frage, wie kommen wir voran hier? Und diesen Zwischenschritt möchten wir gern machen, indem wir sozusagen ne möglichst konkrete Projektidee entwickeln und auch Verbindlichkeiten festlegen, wer sich denn dann trifft, ja?« (ebd.: Z. 841–844)

Der Steckbrief wird hier zum Werkzeug, die Projektideen zu befördern und zu konkretisieren und eine einheitliche Darstellung (auch für die Dokumentation) zu ermöglichen. Ein Steckbrief ist weniger aufwendig als ein ausgearbeitetes Konzept und doch mehr als eine vage formulierte Idee auf einer Moderationskarte.

Als sich niemand zu Wort meldet, spricht er weiter: »Aber wir haben noch ganz viele andere Themen gesammelt, wie z.B. Dreck, Müll irgendwie, dann die äh die Hinterhöfe, dass die halt so verwildert seien. Ähm, da müsste man halt gucken, wie man da rangeht. Und jetzt sind Sie eigentlich so ein bisschen gefragt, Sie als [Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils] ähm haben Sie ne Idee, wo Sie sagen: ›Das möchte ich gern selbst anschieben, aber mir fehlen die Verbündeten‹, ja? Oder: ›Mir fehl'n vielleicht auch die Ressourcen.‹ Wir sind ja jetzt hier im [Name der Einrichtung] und da gibt's natürlich die Möglichkeit auch einfach zu sagen: ›Wenn wir uns treffen wollen, dann gibt's hier nen Raum‹, ja? (unv.) ›Wir brauchen uns nicht bei (unv.) im Wohnzimmer zu treffen.‹ Dass man wirklich erstmal ganz kleine Sachen entdeckt. Jetzt hab ich so viel geredet, was denken Sie?« (ebd.: Z. 849–859).

Die Wortmeldungen gehen wieder in Richtung dessen, was die Polizei in der vergangenen Nacht (nicht) unternommen hat. Der Moderator sagt daraufhin: »Okay [...], aber wir probier'n schon wieder so'n bisschen, dass die Polizei unsere Probleme löst und das Ordnungsamt. Vielleicht gibt's ja auch ne Idee, selbst aktiv zu werden. Jetzt nicht in Richtung Bürgerwehr, sondern vielleicht eher/[in der Runde setzt Lachen ein] Naja, es ist ja eher (unv.)/Ist gut, dass alle lachen« (ebd.: Z. 892–896), der Moderator lacht zweimal laut auf, auch die Runde lacht.

Der Moderator erscheint hier ambivalent: Einerseits stellt er immer wieder Fragen an Ordnungsamt und Polizei zum ordnungsrechtlichen Procedere, so als wolle er den Zuhörenden Wissen vermitteln, andererseits kritisiert er implizit die Haltung, die Polizei solle Probleme lösen und nicht man selbst. Schließlich benutzt er den Terminus »Bürgerwehr« als Vergleichshorizont, um sich kritisch von diesem zu distanzieren, ohne jedoch die Parallelen ganz auszuräumen.

[17] Der Polizist stellt daraufhin klar, dass »keiner von Ihnen [verlangt], dort runter zu gehen oder für Ruhe zu sorgen« (ebd.: Z. 898f.). Er kenne die Initiatorin der AG Kooperation und diese verfolge den Ansatz, auf die Leute zuzugehen und zu fragen »Was fehlt euch denn hier? Was können wir denn ermöglichen?« (ebd.: Z. 901f.). Sie habe z.B. schon angeregt, dort eine Toilette aufzustellen.

Die Interventionsideen rund um die AG Kooperation kreisen vermehrt um die »Trinkergruppe«, die sich tagsüber am öffentlichen Platz aufhält.

[18] Die Streetworkerin nimmt darauf Bezug und bestätigt, dass dies auch genau der Ansatz des Streetwork sei. Ihr Arbeitsauftrag sei es nicht, dafür zu sorgen, dass die Leute dort nicht mehr säßen, denn sie hätten das Recht dort zu sitzen. Eigentlich sei es doch toll, dass der Platz im Sommer so belebt sei, dass draußen gegrillt werde, dass auch Familien da seien. »Ich find's immer schön, auch zu wissen: ›Mann, wenn die jetzt nicht mehr da sind, dann sitzen wir hier [im Stadtteil] auch irgendwann wie in [Name eines noblen Stadtteils], gucken wir uns alle an mit unseren schicken Klamottchen und so. Also eigentlich ist es doch total nett, wenn es so durchmischt ist und es hat jeder ein Anrecht darauf und der Punkt ist einfach auch zu sagen ›Okay‹, wenn ich die Person kenne, kann ich doch sagen ›Ja Mensch Harry, wat machste denn hier? Geh doch mal nach Hause, du hast einen zu viel drinne‹. Aber wenn ich jedes Mal nur so drumrum geh und sage ›Ich weiß gar nicht, wer das ist. Ich distanzier mich davon und ich hab da Angst‹. Und ich glaube wirklich, dass da manche Leute Angst haben. Das war in [Name eines Stadtteils] das Gleiche damals und wir haben eine Befragung gemacht und es kam raus: Es hat einfach keiner Angst. Es sieht nur auf gut Deutsch scheiße aus« (ebd.: Z. 919–930). Sie führt weiter aus, dass es darum gehe, zu verstehen, wer dort sitze und die sozialen Barrieren abzubauen, die eine Kommunikation verhindern. Die Leute, die dort säßen, würden sich ausgegrenzt fühlen, würden nicht zu Stadtteilfesten gehen: »Weil sie genau wissen, was die [Bewohner_innen des Stadtteils] von Ihnen denken und weil sie eben nicht in die Gruppe reingehen wollen, so ›Kuck mal hier, wir sind die Clowns und Ihr habt alle Angst vor uns‹« (ebd.: Z. 946–949).

Die Frage »Was braucht ihr?« wird in der Situation immer wieder gestellt. Sie steht für eine normative Einordnung der Richtung, wie man mit den problematisierten Gruppen zu sprechen habe. Es wird aber nie weiter unterfüttert, auf welche Dimensionen von Bedürfnissen sie sich bezieht, das heißt auch, welche gesellschaftstheoretische Dimension sie den Bedürfnissen, die zu bearbeiten sind, ein-

räumt. In den Erzählungen der Streetworkerin von Erfahrungen aus der Praxis ist die Rede von Mülleimern und Bänken.

[19] Die Bewohnerin, die im ersten Teil einen so großen Redeanteil hatte, meldet sich zu Wort: Sie müsse an der Stelle widersprechen. Es konzentriere sich jetzt hier auf die Leute, »die da trinken« (ebd.: Z. 952). Sie habe das zwar vorhin angesprochen, ihr gehe es dabei aber eher um die Kinder. »Die trinken da, die verhalten sich eigentlich ruhig« (ebd.: Z. 954f.). Wenn man dort vorbeingehe, werde man nicht belästigt, niemand würde ihr die Füße entgegenstrecken. Das eigentliche Problem für sie seien die anderen, die nicht vor ihren Häusern säßen, sondern rund um einen kleinen Platz und dort trinken und laut Musik hören würden. »Dit sind nicht die Trinker, die da am Tage sitzen. Die sind zu der Zeit schon längst weg. Die stören eigentlich nur, finde ick, weil se eben, weil ick dit eben der Kinder wegen nicht so jut finde. Mich, ick sag's jetzt mal, mich stör'n die ja nich unbedingt, aber für die Kinder, ick denke eigentlich, dass es keene Vorbildwirkung is.« (ebd.: Z. 961–965)

[20] Der Polizist widerspricht daraufhin und verweist auf die regelmäßigen Gespräche, die sie mit den Kindern der benachbarten Grundschule führen würden und bei denen herauskomme, dass es die Kinder nicht störe. Es würden interessanterweise meist ältere Personen feststellen, »weil die anders aufgewachsen sind, weil die/sie haben ne andere Sozialisierung [»Ja genau« wird ihm aus den Reihen beigeplichtet] ja genau, sie finden's nicht in Ordnung« (ebd.: Z. 967–969). Auch die Männer, die da sitzen und Bier trinken, hätten noch die Erziehung, »dass sie ihre Bierflasche nen bisschen beiseitestellen und die Kinder auch nicht ansprechen« (ebd.: Z. 977f.). Er verweist auf die Biografien: So sei der Stadtteil »ja mal so'n Stadtteil von Volkspolizisten oder NVA-Offizieren hier [gewesen], vorrangig. Teilweise sind's die Überbleibsel, ich nenn's mal: Frau verlassen, Schicksalsschlag, Arbeit verloren. Und dann sind die hier, sind allein in ihrer Wohnung und sind dem Alkohol irgendwo zugeneigt« (ebd.: Z. 973–976). Auch der Moderator pflichtet bei, dass das ein sehr interessanter Blickwinkel sei. Der Polizist: »Wenn man mal ins Gespräch kommt, is schon sehr interessant, was da für Schicksalsschläge dahinterstecken, was es für Menschen sind, dass es auch relativ schnell gehen kann. Es kann uns allen passieren: Also nen Schlaganfall, irgendwo die Frau is weg, dann verliert man das Haus und dann is man ganz schnell hier und dann sucht man echt nur irgendwo Anschluss und auch ne Freizeitmöglichkeit« (ebd.: Z. 987–991).

[21] Die Ordnungsamtsmitarbeiterin schwenkt schließlich über zur Gruppe der Jugendlichen, die abends und nachts laute Musik hören. Sie wiederholt den Vorschlag, dass man auf sie zugehen könne und sie danach fragen könne, was sie bräuchten. Sie verweist auf ein Beispielprojekt aus einer anderen Stadt, in der das Ordnungsamt bei einer ähnlichen Ausgangslage ein Projekt gestartet hätte und zu den Jugendlichen gegangen sei, um sie nach ihren Wünschen zu fragen. Es kam der Vorschlag eines Platzes für ein Holzhäuschen, wo man Grillen könne. Daraufhin wurde »in der Gegend« (ebd.: Z. 1005) nach einem geeigneten Ort geschaut und

es wurde zusammen etwas hergerichtet, was die Jugendlichen nun auch sauber hielten und worauf sie aufpassen würden. Im Stadtteil gebe es »sicherlich Orte, wo man sie wegziehen kann [vom Supermarkt], wo sie eben auch mal Krach machen können, dass das eben halt nicht so stört. Was aber eben ihr eigenes ist, wo sie selbst für verantwortlich sind« (ebd.: Z. 1010–1012). Sie bekommt Zuspruch aus der Runde, doch auch Kritik schwingt mit: Ein Mitarbeiter eines Projekts mit Langzeitarbeitslosen, der in der zweiten Hälfte dazugekommen ist, findet es falsch, nach Möglichkeiten der Vertreibung der Gruppen zu suchen. Der öffentliche Raum sei zum Grillen und Feiern auch da und es gelte, »den dann entsprechend herzurichten, nicht irgendwo am Rand abzulagern« (ebd.: Z. 1038f.).

[22] Der Moderator stellt fest, dass die Gruppe »immer noch so'n bisschen in dieser Bestandsaufnahme« (ebd.: Z. 1113) sei. Es gebe Projekte, die gut liefen und vielleicht ginge so etwas ja auch durch den Kontaktaufbau zu der Gruppe. Die Streetworkerin verdeutlicht, dass so etwas Zeit brauche und sie auch in Kontakt mit der Bewohnerin stünden, die die AG-Idee geäußert hat: »Ich kann wirklich nur dafür appellieren: Halten Sie die Augen offen, seien Sie in Anführungsstrichen nicht diskriminierend, sondern lernen Sie die Leute auch kennen, so gut es geht« (ebd.: Z. 1118–1121).

Die Wortmeldung der Streetworkerin hat den Charakter einer Conclusio. Aus der Perspektive der Moderation, die Projekte befördern möchte, ist das nicht genug. Als Moderator geht es ihm um dokumentierbare Ergebnisse, die am Ende der Veranstaltung feststehen. Allgemeine Aussagen ohne praktische Konsequenz und zeitliche Begrenzung, wie die allgemeine Empfehlung zum diskriminierungssensiblen Umgang miteinander im Stadtteil, sind erst ein Ergebnis, wenn sie sich auf einem Steckbrief mit konkreten Projektschritten materialisieren.

Der Moderator wiederholt, dass es nun darum gehe, zu überlegen, wie man gemeinsam den Dialog fördern könne. Er orientiert die Teilnehmenden hin zur Idee, ein Projekt zu entwickeln: »vielleicht könnte das ja auch ein konkretes- Sie werden merken, ich dränge so ein bisschen in diese Projektidee« (ebd.: Z. 1128f.).

Die Ergebnisorientierung stellt sich über den situierten Diskurs, in dem um unterschiedliche, aus Perspektive einer kritischen Sozialen Arbeit teils hochproblematische Deutungen zu den thematisierten Gruppen noch immer gerungen wird. Unklar ist zudem, wen der Moderator mit der Frage nach der Verantwortung für die Umsetzung der Projektidee adressiert (Wer tritt mit der engagierten Bewohnerin in Kontakt, wer kommuniziert zu weiteren möglichen Interessierten?).

Der Moderator äußert, dass es eine Vermittlerposition zwischen den Beschwerdeführer_innen und der problematisierten »Trinkergruppe« brauche. Er schlägt vor, »dass vielleicht Sozialarbeiter äh Sozialarbeiterinnen mit dabei sind, die dann vielleicht auch sagen können: ›Wir gehen heute dahin mit Frau [Nachname] oder vielleicht jemandem aus der (unv.). Kommen Sie doch bitte mit, wir kennen die

schon« und dann, also, dass einfach, dass man so ne Art Brücke bildet, ja?» (ebd.: Z. 1132–1136).

[23] Der Polizist gibt die unterschiedlichen Arbeitsweisen von Sozialer Arbeit und Polizei klar zu bedenken. Sie würden sich aus dieser Projektidee herausnehmen, weil ihnen teils strafrechtlich relevante Sachverhalte geschildert würden, wo sie dann tätig werden müssten. Dies beträfe auch das Ordnungsamt. Er wäre aber sehr an Austausch interessiert. Der Moderator bestätigt die unterschiedlichen Aufträge und auch die Streetworkerin pflichtet dem bei und ergänzt, dass es in der Arbeitsgruppe eher um die Bürger gehe und man nicht mit den Leuten arbeiten könne, wenn sie mit Polizei oder Ordnungsamt dort vor Ort gingen: »Und ich hab keinen ordnungspolitischen Auftrag und das will ich auch nicht.« (ebd.: Z. 1165)

[24] Schließlich äußert sich die Streetworkerin, dass sie in einer Kooperations-AG, die dazu diene, die Nachbarschaft zu stärken, »sofort dabei« (ebd.: Z. 1167) wäre. Sie sei gern mit der Bewohnerin in Kontakt und würde schauen, was sie daraus machten. Der Moderator fragt, ob sie sich dann gleich hier in die Kontaktliste eintragen würde. Er wirkt gelöst, er sagt: »Ich hol mal schnell ein Klemmbrett« (ebd.: Z. 1180). Er fragt in die Runde, wer denn noch Lust hätte als Bewohner_in des Stadtteils mitzumachen: »[M]ir fehlt so'n bisschen von Ihnen so das Feedback oder so die Rückmeldung, ob Sie das jetzt auch ne spannende Idee finden und sich vorstellen können, sich da zu engagieren in irgendeiner Form« (ebd.: Z. 1190–1192). In der Tat tendiert der Redeanteil der Bewohner_innen nun gen Null.

[25] Der Mitarbeiter der Hochschule bestätigt, dass dies doch ein sehr gutes Ergebnis sei und es eben nur gemeinsam gehen könne: »Wenn es jetzt ne AG gibt als Ergebnis dieses Workshops und ne Anlaufstelle, dann ist das doch ein guter Startpunkt« (ebd.: Z. 1185f.).

[26] Der Moderator baut nochmals die Brücke und ermuntert die Anwesenden, dass es ja vielleicht »einfach nur mal darum [geht], mit dem Streetwork vorbeizuschauen« (ebd.: Z. 1193f.) und dass man mit den Leuten, »die jetzt ständig Thema waren, [...] [d]ass man vielleicht mal mit ihnen redet« (ebd.: Z. 1194f.). Der Polizist ergänzt und betont, »wie schwer das den Leuten fällt, laut zu sein, wenn sie den Anwohnern ein Gesicht geben« (ebd.: Z. 1197). Es geht darum, etwas gegen die Anonymität im Stadtteil zu unternehmen, das scheine, wie der Moderator aufgreift, ein großes Problem zu sein, »denn, wenn Sie als Einwohner des [Stadtteils] wissen, dass der Harry und der Rainer und die Gisela da sitzen und die wieder zu laut sind, dann kann man das Fenster aufmachen und sagen ›Mensch, Gisela, mach mal leiser‹« (ebd.: Z. 1202–1204). Einige der Teilnehmenden lachen. Noch immer gibt es keine Wortmeldungen vonseiten der Bewohner_innen. Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes verweist darauf, dass es eine Kontaktmöglichkeit brauche, wenn interessierte Bewohner_innen zur AG dazu stoßen wollen. Der Moderator bringt erneut den Steckbrief ins Spiel, den es am Ende des Tages gebe und auch eine Kontaktliste. In der Runde wird überlegt, ob ein Termin für das erste Treffen in den Räum-

lichkeiten des Begegnungsortes vielleicht jetzt schon vereinbart werden sollte. Der Moderator bestärkt die Anwesenden, sich schon genau zu verabreden, »dann weiß jeder, ›Okay in einem Monat am Sonnabend treffen wir uns um zehn hier« (ebd.: Z. 1225f.). Die Hauptmoderatorin der Veranstaltung sei auch weiterhin »in der Begleitung, das heißt, Sie müssen nicht alles alleine machen, sondern Frau [Nachname] würde ja auch gucken, dass sie dann hier ist und das mit vorbereitet« (ebd.: Z. 1229f.). Da die Initiatorin der AG nicht mehr da ist, erklärt sich die Streetworkerin bereit, an alle Interessierten eine E-Mail zu schicken und auch die Initiatorin zu informieren, was die Idee ist. Sie sei am Dienstag wieder im Büro und dann wisse die Bewohnerin Bescheid, wie der Stand der Dinge ist.

Zum Schluss, kurz bevor die Runde auseinandergeht, kommt ein Mann dazu, der noch schnell etwas loswerden möchte: »Bin leider n bisschen später gekommen, aber vielleicht bestünde die Möglichkeit, den Herrschaften so eine tragbare Toilette hinzustellen, dass die ihre Bedürfnisse da erledigen statt in den Büschen« (ebd.: Z. 1369–1372). Der Moderator erklärt, dass sie das ausgiebig diskutiert hätten und es erst einmal darum ginge, mit den Leuten Kontakt aufzubauen und dann zu schauen, was diese brauchen »und die Toilette scheint ein großes Thema zu sein« (ebd.: Z. 1375f.). Der Moderator verweist nochmals auf die Kontaktliste, in die man sich eintragen könne.

Dies ist ein konkreter Vorschlag einer materiellen Intervention, die auch ohne dialogisches Format (Projekt, Treffen, Prozess) ablaufen kann. Es wäre ja möglich, auf Grundlage von Äußerungen der »Trinkergruppe« und Beobachtungen schon jetzt die Relevanz der Toilette festzustellen und festzulegen, wer erste organisatorische Schritte unternehmen kann. Dies findet hier jedoch nicht statt, sondern es wird auf das Projekt verwiesen, das im Dialog mit der problematisierten Gruppe deren Bedarfe und Bedürfnisse erst feststellen soll.

[27] Bei der abschließenden Ergebnisvorstellung im großen Saal des Veranstaltungshauses fasst der Moderator das Ergebnis der Runde »Ordnung« dann folgendermaßen zusammen: »[D]a gab's ne tolle Idee von mehreren Personen aus der Gruppe und zwar gibt's die Idee, ne Art-Kooperations-Arbeitsgruppe zu machen. Da geht's darum, dass die Streetworker, die schon in Kontakt stehen mit der Gruppe, über die immer gesprochen wird, aber mit denen nicht gesprochen wird. [...] [D]ie Nachbarn, die haben eigentlich gar keinen Kontakt zu dieser Gruppe. Die reden immer nur über die. Und jetzt soll was stattfinden, und zwar soll's so ne Art Dialog geben, dass die Streetworker diese Anwohnerinnen und Anwohner mitnehmen und dass dort erstmal sich kennengelernt werden kann. Und in einem zweiten Schritt darüber gesprochen werden kann, was die denn vielleicht auch benötigen, wie die ihr Umfeld anders gestalten wollen, weil es gibt schon tolle Projekte, wo Personen, die halt eher als schwierig gelten, mit denen zusammen dann was gemacht wird, mit ihnen zusammen sozusagen auch ihr Umfeld gestaltet wird. Und dadurch, dass die selbst was tun und selbst sozusagen in die Situation versetzt wer-

den, wirksam zu werden, haben sie auch eine gewisse höhere Wertschätzung für Dinge, die sie umgeben. Und dadurch kann sich viel verändern. Das ist sozusagen diese Idee, die dahintersteht. Und diese Kooperations-AG soll sozusagen diesen Dialog fördern, [Bewohner_innen des Stadtteils] mit den anderen Nachbarn, die sozusagen so schwierig [er macht Anführungszeichen in der Luft] sein sollen, dass auch nen Verständnis erzeugt wird« (ebd.: Z. 1428–1447). Er berichtet, dass sich mittlerweile sieben Personen zur Mitwirkung in der AG bereit erklärt hätten und dass es ein Treffen geben werde, das von den Streetworker_innen organisiert werde. Er betont, »dass es hier um ne Arbeitsgruppe geht, die wirklich selbst aktiv werden möchte. Das heißt, die sagen nicht andern Bescheid ähm, dass sie ihre Probleme lösen, ja? Weil das findet ja sozusagen statt, es gibt ja sozusagen das Ordnungsamt und die ganzen Leute, dass wenn's brennt, kommen die ja, aber es geht hier wirklich darum, nen Dialog zu fördern und nicht an andere Leute ranzutragen, äh was das Problem ist.« (ebd.: Z. 1538–1543)

Der Moderator bringt hier das Bild einer motivierten Gruppe hervor, die aktiv und in klarer Abgrenzung zur ordnungsbehördlichen Praxis tätig werden möchte.

11.2.1.4 Follow Up

Im Zuge der ethnografischen Forschung war es möglich, auch an der Folgeveranstaltung zum Forum teilzunehmen (siehe dazu auch Abschnitt 10.10 »Gehen und nicht Wiederkommen«). Es handelt sich hierbei um ein auf zwei Stunden angelegtes Treffen vier Monate später an einem frühen Freitagabend, bei dem es darum geht, zusammenzutragen, was die einzelnen aus dem Forum entstandenen Arbeitsgruppen gemacht haben oder wo noch Unterstützung nötig ist. Von den 17 Anwesenden sind fünf Bewohner_innen des Stadtteils dabei, drei davon sind in Projekten engagiert und zwei in der Kommunalpolitik. Moderiert wird es von der Hauptmoderatorin des Nachbarschaftsforums. Der Reihe nach werden Vertreter_innen aus den einzelnen Themenräumen aufgerufen, den Stand der zwischenzeitlichen Entwicklungen zu vermitteln.

Zur Situation der AG Kooperation, die sich aus dem Themenraum Ordnung heraus gebildet hatte, erzählt der Quartiersmanager des Stadtteils. Man habe sich getroffen, die Streetworker_innen seien auch dabei gewesen. Wer darüber hinaus noch dabei war, bleibt unklar. Viel mehr erfährt man nicht. Einer der engagierten Bewohner, ein etwa 70-jähriger Mann, meint, »es ist schon gut, dass Professionelle das machen, ich würde sonst da eher was kaputt machen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 122f.). Bürger_innen seien bei dieser Thematik beratend involviert, aber nicht direkt vor Ort, so die Conclusio des Quartiersmanagers. Eine Telefonnummer, die man anrufen kann, »wenn man Ärger hat« (ebd.: Z. 126), stehe in der Stadtteilzeitung.

Es ist zu vermuten, dass der Quartiersmanager auch Teil der AG Kooperation ist. Bei aller Vagheit über das, was bei dem Treffen besprochen wurde und wer da-

bei war, wird deutlich, dass die Bewohner_innen nicht mehr direkt vor Ort mit der »Trinkergruppe« aktiv sind und die Koordination nun eher in den Händen der professionellen Akteur_innen liegt.

11.2.2 Analyse/Diskussion

In diesem Unterabschnitt geht es um die Rolle der Sozialen Arbeit in Situationen veranstalteter, intermediärer Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach Mechanismen und Bedingungsverhältnissen sozialer Ausschließung. Unter Sozialer Arbeit sollen hier organisierte und professionalisierte Praxisformen im Stadtteil gefasst werden (GWA, Stadtteilarbeit, Nachbarschaftsarbeit, aufsuchende Arbeit/Streetwork, Jugend(sozial)arbeit usw.), die im direkten Kontakt mit den Adressat_innen und weiteren relevanten Akteur_innen soziale Probleme und soziale Konflikte im Stadtteil bearbeiten bzw. an der Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialräumlichen Netzwerke mitwirken. Im empirischen Beispiel des Nachbarschaftsforums sind die Akteur_innen der Sozialen Arbeit insbesondere die beiden Streetworker_innen, der Mitarbeiter des Langzeitarbeitslosenprojekts sowie die Akteur_innen aus den sozialen Einrichtungen im Stadtteil, die das Forum organisiert haben und nachbetreuen, auch wenn sie nicht unmittelbar im betreffenden Themenraum waren. Mittelbar zählt auch der Mitarbeiter der Hochschule zur Sozialen Arbeit, weil er Wissen aus der Disziplin Sozialer Arbeit in die Situation einbringt.

Mit der Darstellung der Rekonstruktion des Diskursverlaufes ist deutlich geworden, dass in der Situation soziale Probleme und soziale Konflikte zwischen verschiedenen Akteur_innen verhandelt werden. Es ist ebenfalls deutlich geworden, dass die Soziale Arbeit adressiert wird, die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu bearbeiten. Dies ist kein singulärer Fall, sondern wird etwa von Dirks et al. (2016), Diebäcker (2014) und Reutlinger (2020) als Trend zur Indienstnahme insbesondere aufsuchender Sozialer Arbeit beschrieben. Nach Killian und Rinn (2020) können die stadtpolitischen Kontextbedingungen sozialraumbezogener Sozialer Arbeit eingeordnet werden als Ordnungspolitik im Rahmen neoliberaler Stadtentwicklungspolitik und damit einhergehender Aneignungskonflikte um Räume und Ressourcen.

Im Folgenden soll die Forschungsperspektive *from below* (Bareis/Cremer-Schäfer 2013) helfen, das Beispiel hin zur Frage der Rolle der Sozialen Arbeit im Kontext sozialer Ausschließung zu betrachten. So wird es möglich, die Situation des Nachbarschaftsforums als Praxis der Bearbeitung konflikthaft strukturierter Kräfteverhältnisse zu rahmen, in die Soziale Arbeit eingebunden ist und die sie mit hervorbringt. Der Blick auf die Situation als Konfliktkonstellation hilft, in den Blick zu bekommen, »ob, wie und von wem städtische Räume als Ressourcen angeeignet werden

können, um die eigenen Alltage und Reproduktionsweisen zu organisieren« (Killian/Rinn 2020: 401).

11.2.2.1 Streetwork zwischen Indienstnahme und Problematisierungsarbeit

Zunächst wird erläutert, welche Problematisierungen hinsichtlich der Personengruppen, über die gesprochen wird, in der Situation hervorgebracht werden und wie die Akteur_innen aufsuchender Sozialer Arbeit diese Problematisierungen bearbeiten. In diesem intermediär ausgerichteten offenen Format werden Akteur_innen unterschiedlichster Richtungen (Bewohner_innen, Sozialarbeiter_innen, Polizei, Ordnungsamt) in einem moderierten Raum zusammengebracht. Zu Beginn erscheint noch unklar, welche Themen im situierten Diskurs aufgegriffen werden. Die im Vorfeld gesammelten Themen und die den professionellen Akteur_innen bekannten »Dauerthemen« im Stadtteil machen die Präsenz von Ordnungsamt, Polizei und aufsuchender Sozialer Arbeit jedoch plausibel. Im Verlauf der Durchführung haben die Bewohner_innen eine Reihe von Problematisierungen über Jugendliche und marginalisierte Personen hervorgebracht. Sie legitimieren ausschließende Zugriffe, die sie von Ordnungsamt und Polizei einfordern. Die Verhaltensweisen der problematisierten Gruppen, so die Bewohner_innen, beeinträchtigen die subjektiv empfundenen Raumnutzungsmöglichkeiten. So kommt es, dass im Raum »Ordnung« gesellschaftlich bereits marginalisierte Personen als ordnungspolitisch behandlungsbedürftig gerahmt werden und deren Verdrängung aus dem öffentlichen Raum gefordert wird. Die Personen, über die gesprochen wird, sind dabei nicht anwesend. Das Format bewirkt, dass die Bewohner_innen in der Rolle als Beschwerdeführer_innen zusammenkommen, die sich in ihren ordnungspolitischen Rufen gegenseitig bestärken.

Die aufsuchende Soziale Arbeit im Stadtteil, insbesondere die durch die Streetworkerin repräsentierte Praxis mit Erwachsenen, wird mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzung immer präsenter in der Situation. Die Streetworkerin nutzt die Situation, um das entstandene Kräfteverhältnis im Raum, das zugleich das Verhältnis zwischen der dominanten Mehrheitsgesellschaft und den subalternen Marginalisierten widerspiegelt, mitzugestalten. Nach anfänglichem Schweigen, als die Bewohner_innen ihre Beschwerden artikulieren, interveniert die Streetworkerin schließlich, als vonseiten des Ordnungsamtes der Vorschlag kommt gemeinsam nachzudenken, wie der Ort für die problematisierten Gruppen unattraktiver gestaltet werden könne. Der Vorschlag zu dieser Maßnahme der Verdrängung von Gruppen aus dem öffentlichen Raum wird von der Streetworkerin klar zurückgewiesen und als ordnungsbehördliche Behandlung abgelehnt. Vielmehr rahmt sie die Präsenz der »Trinkergruppe« auf dem öffentlichen Platz als wichtigen Teil deren Alltags, auf den sie ein Recht hätten. Dabei markiert sie den öffentlichen Raum als Allgemeingut. Entstehende Aneignungs- und Nutzungskonflikte beantwortet sie parteilich im Sinne der Adressat_innen der aufsuchenden Arbeit. Hier kommt jene

Strategie der Problematisierungsarbeit aufsuchender Sozialer Arbeit zum Tragen, die Killian und Rinn (2020) als »Problematisierungsumkehr« (ebd.: 409) bezeichnen. Diese Strategie der Konfliktbearbeitung entproblematisiert und entskandalisiert (ebd.: 414) die ursprüngliche Problematisierung und macht die Beschwerdeführer_innen zu Zielen der Bearbeitung. So wüssten die Bewohner_innen zu wenig über den rechtlichen Rahmen und die schwierigen Schicksale der problematisierten »Trinkergruppe«. Auch der Polizist führt verstehensorientierte Praktiken auf, indem er auf die biografischen Brüche der Personen hinweist und Alkoholkonsum und das Beisammensein an den Treffpunkten als Praktiken der Bewältigung von Alltag und der Reproduktion markiert. Neben Praktiken der Problematisierungsumkehr übernimmt die Streetworkerin teilweise jedoch die externen Problembeschreibungen, was ebenfalls als Strategie der Problematisierungsarbeit gewertet werden kann (ebd.: 414). Dies mag sogar dem fachlichen Ansatz ihrer aufsuchenden Praxis widersprechen. Es ist hier eher als Form situativen diskursiven Entgegenkommens gegenüber den Bewohner_innen in diesem konflikthaft strukturierten Raum zu werten. So gesteht sie im Austausch mit den Bewohner_innen zwar indirekt zu, dass die Rauman eignung der »Trinkergruppe« Probleme mache; gleichzeitig schließt sie sich der möglichen Problemlösung, die in der Verdrängung der Gruppe gesehen wird, nicht an. Durch ihre Erzählungen betont sie vielmehr die Interessen ihrer Adressat_innen, die im umkämpften öffentlichen Raum aufgrund deren gesellschaftlich marginalisierter Position gestärkt werden müssten. Insofern greift hier außerdem die Strategie der »Setzung eigener Problemdefinitionen« (ebd.: 414) als Arbeit an der Problematisierung, indem sie nach den Bedürfnissen und Ressourcenbedarfen der Adressat_innen fragt und gleichsam die Stigmatisierung und den fehlenden Dialog mit der direkten Nachbarschaft kritisiert.

Die Streetworkerin führt Praktiken des Widerstands und der Umdeutung auf, um den moralisierenden und kriminalisierenden Zugriffen gegenüber ihren Adressat_innen zu begegnen und damit stellvertretend für diese zu wirken. Ihre Einwirkungen in den situierten Diskurs sind insofern wirksam, als dass ein *turn* stattfindet, der sich weg von der Problemzuschreibung und möglichen ordnungspolitischen Maßnahmen unter Beteiligung der Ordnungsbehörden hin zu eher dialogischen Interventionen entwickelt. An einer Stelle äußert sie deutliche Kritik an der Situation, dass hier über Personen gesprochen werde, die nicht anwesend seien. Dies kann auch als Kritik am Format der Veranstaltung gewertet werden und es ist anzunehmen, dass sie der Vermutung, die »Trinkergruppe« würde sich trotz emphatisch betonter Offenheit nicht zur Veranstaltung eingeladen fühlen, zustimmen würde (nicht zuletzt zitiert sie aus ihrer Erfahrung, dass marginalisierte Personen sich ausgegrenzt fühlen). Sie zeigt sich offen, gemeinsam mit Bewohner_innen die Orte im Stadtteil aufzusuchen und mittels ihrer intermediären Brückenfunktion einen Austausch zu ermöglichen. Das fachliche Verständnis der GWA, das sie hervorbringt, ist zwischen kritischen und affirmativ-integrativen

Annahmen anzusiedeln. Das Vorhaben wird durch die professionell Anwesenden, insbesondere durch den Moderator und den Beschäftigten der Hochschule, bekräftigt. Die Idee, die hinsichtlich der Zielrichtung (zwischen normierendem Eingriff gegenüber der »Trinkergruppe« und sozialarbeiterischer Intervention gegen Anonymität im Stadtteil) changiert, wird als erfolgreiches Ergebnis präsentiert und dokumentiert. Die Streetworkerin, die ihre fachliche Haltung der Parteilichkeit immer wieder aufführt, könnte hier auch strategisch handeln: Indem sie in der Situation einen Handlungsansatz zwischen affirmativ-integrativem Handeln »für ein gutes Miteinander« und kritisch-parteilichem Handeln, das sich an den Adressat_innen orientiert, anbietet und sich gleichzeitig explizit von einer dahingehenden Zusammenarbeit mit Ordnungsamt und Verwaltung distanziert, entzieht sie der Situation die Möglichkeit, dass nicht vielleicht doch noch eine dezidiert ordnungspolitische Intervention entworfen wird. Das Signal der Streetworkerin an die Bewohner_innen, sie mit ihrer Kritik an öffentlichem Alkoholkonsum, Urinieren und den subjektiven Unsicherheitsgefühlen ernst zu nehmen und einen nachbarschaftlichen Diskursraum zu antizipieren, in dem ein besseres Zusammenleben entworfen werden kann, deutet eine Strategie der »Übernahme externer Problembeschreibungen gegenüber den Adressat*innen« (ebd.: 414) an. Jedoch kann das Projekt vor dem Hintergrund der Situation und den Bedingungen ihrer Hervorbringung auch als Abwehr ordnungspolitischer Interventionen gelesen werden.

Wie in den Beschreibungen über das Folgetreffen zu lesen war, entwickelte sich das Projekt ohne Beteiligung der Bewohner_innen weiter. Es kann vermutet werden, dass die Bemühungen gänzlich eingestellt wurden. Klarwerden dürfte, dass die konfliktvolle Auseinandersetzung ohne das Beisein der Akteur_innen aus der aufsuchenden Sozialen Arbeit hätte anders verlaufen können. Deren Interventionen haben zu einer Entschärfung der Forderung nach intensiveren Bemühungen um die Herstellung von mehr Ordnung im öffentlichen Raum beigetragen. Diese Position, hier aufgeführt durch Bewohner_innen, Ordnungsamt und Polizei (auch wenn diese bisweilen eher vermittelnd wirkte), existiert zuallererst außerhalb der Situation veranstalteter Partizipation. Aus Sicht einer am Wirken gegen Marginalisierung, Stigmatisierung und soziale Ausschließung interessierten Sozialen Arbeit müssen Fragen gestellt werden, wie und wozu eine Praxis veranstaltet wird, die die Reproduktion der Mechanismen sozialer Ausschließung im Rahmen der Formate befördert.

11.2.2.2 Ortsbezogenes Handeln Sozialer Arbeit als Potenzial für Ausschließung

Die Perspektive *from below* kann weitere Betrachtungen der Situation befruchten. Die Situation ermöglicht die Hervorbringung von Teilnehmenden als Beschwerdeführer_innen. Während in anderen Formaten der Gegenstand der Beschwerde ei-

ne fehlende politische Regulierung oder eine fehlende Infrastruktur ist, sind es hier marginalisierte Gruppen, gegenüber deren Lebensweise Beschwerde erhoben wird. Die Ausrichtung des Themenraums Ordnung birgt über die Verhandlung darüber, wer den öffentlichen Raum wie nutzen darf, das Potenzial der Wiederholung gesellschaftlicher Ausschluss in diesem exklusiven Setting. Die Anwesenden im Themenraum bringen ihre eigene Perspektive auf die im Stadtteil bekannten konflikthafte Nutzung des öffentlichen Raums mit. Damit gemeint sind problematisierende und zum Teil abwertende Äußerungen zu den lauten Gruppen abends und in der Nacht sowie zu der »Trinkergruppe« tagsüber. Neben der subjektiven Beeinträchtigung der eigenen Lebensqualität durch (nächtlichen) Lärm werden hier negative Wirkungen auf einerseits Kinder, andererseits das Image des Stadtteils vermutet. Beide möglichen Wirkungen werden argumentativ gegen die Gruppen benutzt, von denen jeweils niemand anwesend ist. Darüber hinaus gibt es ordnungspolitische Problemlösungsinteressen, wie etwa, die Jugendgruppen räumlich an einen anderen Ort umzusetzen. Die Perspektive *from below*, die ansetzt, die Praktiken der problematisierten Gruppen als Praktiken ihrer Reproduktion im Gefüge einer abschließend strukturierten Gesellschaft zu fassen – und so auch ermöglicht, die Eigensinnigkeiten der Reproduktion als Praktiken des sozialen Beisammenseins, der nachbarschaftlichen Hilfe, der Entspannung etc. zu erkennen – ist hier ein bewusster kritischer Gegenimpuls gegenüber dominanten Problematisierungen.

Im Zwang, ein Ergebnis zu produzieren, setzt in der Situation eine Suchbewegung ein, was die Bewohner_innen im Rahmen von nachbarschaftlichem Engagement und in Zusammenarbeit mit professionellen Akteur_innen in Angriff nehmen könnten. Der Erkenntnis, geäußert von der Vertreterin aufsuchender Sozialer Arbeit, dass hier über Menschen gesprochen werde, die selbst nicht anwesend sind, folgt die leitende Prämisse des dialogischen Vorgehens im Rahmen projektformiger, zukünftiger Praxis. Die nächtlichen Gruppen bieten hier keine »pragmatischen« Handlungsoptionen, denn weder die anwesenden Bewohner_innen noch die professionellen Akteur_innen würden wohl im privaten oder beruflichen Rahmen spätabendlichen oder nächtlichen Kontaktaufnahmen gegenüber offen sein. Die »Trinkergruppe« bietet sich eher an, weil so ein Treffen tagsüber möglich scheint. Obwohl sich die Problematisierungen eher bezüglich der nächtlich aktiven Gruppen zuspitzen, wird die »Trinkergruppe« zum Objekt der situierten Suchbewegung, etwas oder jemanden zu finden, mit dem man sich im Rahmen initiiertter Engagementprozesse beschäftigen kann. Es bietet sich an, hier ein Engagementformat zu entwerfen, dass für die professionellen Akteur_innen relativ einfach zu organisieren ist. Die zeitliche und materielle Begrenztheit der Situation, verbunden mit dem sozialarbeiterischen Ziel, Engagement im Stadtteil zu initiieren und aktiv zu unterstützen, dürfte mit der Hervorbringung der Idee unmittelbar verbunden sein. Und dies trotz des Einwandes der Beschwerdeführerin aus der Bewohner_innenschaft, dass sie gegen die »Trinkergruppe« eigentlich gar

nichts habe. Neben der Gelegenheit, den Engagement- und Partizipationsauftrag durch das Insistieren auf der Projektidee situativ scheinbar zu erfüllen, findet hier jedoch nicht nur eine Ausblendung des Einwands der Bewohnerin statt, sondern auch der Komplexität gesellschaftlicher Bedingtheit der Situation. Eine sanfte Intervention im öffentlichen Raum in Form der AG Kooperation dürfte auch im Sinne anderer, in der Situation vorfindlicher Akteur_innen sein (Polizei, Ordnungsamt, ggf. Wohnungswirtschaft, Quartiersmanagement). Die Verheißung ›gelingener‹ partizipativer Arbeit im Stadtteil, die sich durch die AG-Gründung zumindest diskursiv herstellen lässt, knüpft dabei an Teile des Partizipationsdiskurses Sozialer Arbeit, an ordnungspolitische Diskurse über kommunale Prävention und Sicherheit sowie an affirmativ-integrative Ansätze von GWA und auch – wie im Folgenden aufgezeigt wird – an Ansätze aufsuchender Sozialer Arbeit an, die als ortsorientiert bezeichnet werden können.

In Ansätzen einer für den Raum sensibilisierten aufsuchenden Sozialen Arbeit kann unterschieden werden zwischen parteilichen/kategorialen und ortsorientierten Ansätzen (Dirks et al. 2016; Killian/Rinn 2020), um die Richtung der Praxis zu markieren. Während die parteilichen Ansätze danach fragen, welche Probleme ein_e Adressat_in hat, fragen die ortsbezogenen Ansätze eher danach, welche Probleme er/sie im öffentlichen Raum macht (Dirks/Kessl/Schulz 2016: 128). Aufsuchende Soziale Arbeit im Modus der Ortsorientierung zielt demnach ab auf die Sicherheit und Attraktivität eines Raums – eines Marktplatzes, einer Fußgängerzone, eines Bahnhofsvorplatz etc. – die bei gleichzeitiger Ausblendung der konflikthaften Prozesse sozialer Ausschließung benachteiligter Bewohner_innengruppen antizipiert werden. Dieser analytischen Unterscheidung zwischen parteilichen/kategorialen und ortsorientierten Ansätzen ist eine Kritik an neoliberaler Stadtentwicklung inhärent. Mit dem Ziel, den öffentlichen Raum attraktiver und sicherer zu machen und damit sein Image zu verbessern, gehen, so die Kritik, machbezogene Praktiken der Hervorbringung hegemonialer Bewertungen über gutes und schlechtes Verhalten in eins. Diese sind an sozialer Ausschließung in Form des Sprechens über, der Einwirkung auf und Verdrängung von marginalisierten Gruppen beteiligt. Adaptiert auf den beschriebenen Fall im Themenraum Ordnung kann so folgendes sichtbar werden: Der Fokus auf den Stadtteil und dessen Gedeihen begünstigt einen situierten Diskurs, in dem normative Fragen über gutes und schlechtes Verhalten als berechtigte Thematisierung einer Stadtgesellschaft gerahmt werden. Obwohl der Moderator dazu nicht explizit aufruft, wird der Raum für Praktiken der Verobjektivierung von nicht-anwesenden Personen genutzt. Das offene Format begünstigt ortsbezogene Problematisierungen, die die Kämpfe um die Nutzung des öffentlichen Raums eben nicht als konflikthafte Verhältnis rahmen, sondern Lärm und Alkoholkonsum als ein soziales Problem des Stadtteils immer wieder betonen, damit die Problematisierung reproduzieren und die betreffenden Gruppen entsprechend markieren. Beinahe sämtliche Akteur_in-

nen übernehmen mehr oder weniger grundsätzlich Problematisierungen über das Verhalten der »Trinkergruppe«. Dies wird vom Moderator dann unter Ausblendung der sozialen Ausschließung der problematisierten Nicht-Anwesenden wiederum aufgenommen und damit nicht neutral bzw. allparteilich verhandelt. Er bringt vielmehr kontrollierende ordnungsbezogene Aufgaben (die Bewohner_innen sollten enger mit der Polizei zusammenarbeiten) als im Rahmen der Veranstaltung gewolltes Engagement ins Spiel. Der Vertreterin ortsbezogener Sozialer Arbeit fällt die soziale Ausschließung (über eine nicht-anwesende Gruppe zu sprechen) situativ auf. Schlussendlich begünstigt das Format (in seiner methodischen Ausrichtung, seiner Benennung der Themenräume, der gezielten Einladung professioneller Schlüsselakteur_innen) diese Praktiken jedoch.

Es erscheint aus der Perspektive einer alltagsakteur_innenorientierten Sozialen Arbeit wesentlich, die Potenziale für soziale Ausschließung in den Ansätzen sozial-räumlicher Partizipation zu antizipieren, zu thematisieren, zu kritisieren und zu bearbeiten. Die Fachlichkeit sozialraumbezogener Partizipationspraxis sollte daher mit einer vermehrt kritischen Reflexivität gegenüber ausschließenden Diskursen über marginalisierte Personen und Gruppen einhergehen. Im Falle forenartiger Formate bleibt die Möglichkeit, die Problemzuschreibungen zu dechiffrieren und umzudeuten/umzukehren. Eine so sensibilisierte Praxis ist sich den Machtbeziehungen und der Wirkung von allparteilicher, ortsbezogener Partizipationsarbeit in asymmetrischen Räumen bewusst. Ohne eine entsprechende Sensibilisierung muss davon ausgegangen werden, dass die Soziale Arbeit in den Nachbarschaftszentren, Stadtteilhäusern etc. nicht-intendiert, aber aktiv an der Hervorbringung und Festigung einer ausschließenden Raumordnungspolitik beteiligt ist, die zudem den fachlichen Zielen einer an den Alltagsakteur_innen orientierten Sozialen Arbeit deutlich widersprechen dürfte.

11.2.2.3 Engagement in Passung zu institutionellen Routinen

Die Praktiken der Initiierung von Engagement und der Motivationsarbeit, die der Moderator und die Akteur_innen der Sozialen Arbeit im Stadtteil aufführen, sprechen eine spezifische Sprache. Engagement wird hier gerahmt als Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Das Konstrukt der Arbeitsgemeinschaft beinhaltet wiederum eine Abfolge von Praktiken – einer Einladung zu einem Treffen zu folgen, zu besprechen, wie die Kontaktaufnahme zur »Trinkergruppe« erfolgt, dann die Verabredung für einen spezifischen Zeitpunkt, an dem man sich zu dieser Gruppe bewegt und Kommunikation mit dieser stattfindet sowie daraus folgend eventuelle nachgängige Verabredungen und die Berichterstattung und Dokumentation in einer geeigneten Form. Diese spezifische Formatierung des Engagements geht in Passung zu den institutionellen Routinen der professionellen Akteur_innen im Stadtteil, denn Praxis dieser Art ist den Akteur_innen aus der beruflichen Tätigkeit in Projekten und Netzwerken nicht unbekannt. Somit handelt es sich um ein sozialarbeiterisches An-

gebot, das einer routinisierten Logik folgt, in welche die anwesenden Bewohner_innen eingebunden werden sollen.

Wenn ein Moment beiseitegeschoben wird, dass das antizipierte Engagement in der Kooperations-AG selbst auf problematische Weise Prozesse sozialer Ausschließung marginalisierter Gruppen reproduziert, wird mit Fokus auf den Modus des Engagements klar, dass die professionellen Routinen die Bildung von Engagement hochgradig beeinflussen. So wird den Nicht-Professionellen nicht selbst überlassen, in welcher Form sie sich zukünftig in die Gestaltung des Stadtteils einbringen. In der Situation werden vielmehr Praktiken der Hervorbringung einer spezifischen Form von Engagement wirksam, im Rahmen derer das Format gesetzt wird, um sicherzustellen, dass die professionellen Routinen bei der Unterstützung des Engagements greifen. In Erweiterung zu Munschs Forschung zu Engagement und Ausgrenzung (2003; 2005; 2011), in denen sie herausarbeitet, dass sich hinter einer an Effektivität orientierten Arbeitsweise ein dominanzkulturelles Akzeptanzproblem gegenüber Artikulationspraxen verbirgt, die sich nicht als mittelschichtorientiert lesen lassen, verschiebt die vorliegende Arbeit den Fokus auf die Betonung des institutionell Bewährten als Modus des Engagements: Wenn Akteur_innen der Sozialen Arbeit das Engagement der Bewohner_innen unterstützen wollen/sollen, müssen entsprechende Praktiken in Passung zu den eigenen professionell-institutionellen Routinen gehen. In diesem Modus gelingt es nicht, alternative Engagementvorstellungen jenseits der Begrenzung durch professionelle Akteur_innen zu entwerfen. Der Engagementförderpraxis der Sozialen Arbeit (unterstützen, befähigen, begleiten, vernetzen) sind demnach Praktiken der Differenzierung zwischen machbarem und nicht-praktikablem Engagement inhärent. Diese Unterscheidungspraxis bzw. die Orientierung hin auf die Frage des praktikablen *Wie* (unter Berücksichtigung der fachlichen, personellen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Arbeit), vernachlässigt hingegen tendenziell die Zielrichtung, also die Frage des *Was* und des *Wozu*. Diese Dynamik wird in den Situationen veranstalteter Partizipation noch dadurch verschärft, dass unter Zeitdruck Ergebnisse produziert werden müssen.

Der Modus sozialarbeiterischer Praktikabilität der Engagementförderpraxis zeigt sich nicht zuletzt am Ausspruch eines Bewohners auf dem Nachfolgetreffen, der sagte »es ist schon gut, dass Professionelle das machen, ich würde sonst da eher was kaputt machen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 122f.). Was auf dem Nachfolgetreffen sagbar wurde, nämlich, dass die Kooperations-AG im Grunde keine geeignete Engagementpraxis für die Bewohner_innen ist, war in der Situation im Themenraum »Ordnung« nicht möglich. Denn dort ging es eher darum, die zur Artikulation ihrer Probleme und Wünsche aufgerufenen Bewohner_innen mit deren Themen abzuholen und daraus etwas erwachsen zu lassen – im besten Falle mittels eines Projektes, das die Bewohner_innen selbst in eine aktive Rolle bringt. Normativ erwünschte und fachlich antizipierte Engagement- und Partizipations-

praxis gibt es hier nicht ohne professionelle Interventionen. Und dieser Einfluss ist so stark, dass selbst die vereinzelte Skepsis, ob das entworfene Engagement wirklich so treffend durch die Bewohner_innen ausgeführt werden kann, in der Situation selbst nicht artikuliert wird. Wie im Abschnitt gezeigt werden konnte, lassen sich die Ordnungsprinzipien, nach denen das Maß der Unordnung im Raum (die Problemartikulationen der Bewohner_innen, die erfasst, umschrieben und gewichtet wurden) sowie die Suche nach zukünftiger Engagementpraxis bearbeitet wurden, maßgeblich als durch die professionellen Akteur_innen bestimmte rekonstruieren.

11.3 Mitspielen und Kaputtgespielt-Werden

11.3.1 Zur Situation – aus den Gesprächsnotizen⁵

Im nächsten Beispiel werden Erzählungen und Reflexionen eines Mitarbeitenden eines öffentlich geförderten Nachbarschaftszentrums aufgegriffen, der sich selbst als Gemeinwesenarbeiter bezeichnet. Sein Arbeitsort bildet einen zentralen Ankerpunkt im Stadtteil. Hier sind es weniger die beobachteten Praktiken als die Inhalte des ero-epischen Gesprächs (Girtler 2009) mit dem Akteur, die im Fokus der Analyse stehen. Der Stadtteil einer ostdeutschen Großstadt ist eine in den 1980er Jahren erbaute Großwohnsiedlung in Plattenbauweise. Mitte der 2000er Jahre ist er in die Förderkulisse der »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« aufgenommen worden und erhält Fördergelder aus dem nachfolgenden Bund/Länder-Programm »Sozialer Zusammenhalt«. Der sog. soziale Brennpunkt zeichnet sich neben sozialstrukturellen Problemlagen auch durch eine hohe Dichte an sozialer Infrastruktur aus. Es gibt diverse soziale Träger und Projekte, die das soziale und nachbarschaftliche Zusammenleben und die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Alltagsakteur_innen unterstützen sollen.

Im Zuge der Städtebauförderung wird aktuell ein Integriertes Entwicklungskonzept für den Stadtteil erarbeitet. Im Unterschied zum im Abschnitt 11.1 »Nicht Mitspielen« diskutierten Beispiel ist der Gemeinwesenarbeiter jedoch nicht nur als potenzieller Raumöffner in den Stadtteil angesprochen, sondern ist als professioneller Akteur in den Erarbeitungsprozess des Konzeptes selbst eingebunden. Grundlage des Integrierten Entwicklungskonzeptes ist ein Zielbild für den Stadtteil, das unter Beteiligung von Akteur_innen aus Wohnungswirtschaft, Stadtplanung, Quartiersmanagement und den sozialen Einrichtungen im Stadtteil in einem mehrschrittigen Prozess entwickelt wurde. Es sieht für die kommenden

5 Aspekte dieses Abschnitts wurden in Pigorsch (2021b; 2022a) veröffentlicht.

zehn Jahre einen großen Weiterentwicklungs- und Anpassungsbedarf, etwa hinsichtlich einer stärkeren sozialen Durchmischung des Stadtteils, besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen oder der Entwicklung und Anpassung der städtebaulichen und sozialen Infrastruktur. Das Integrierte Entwicklungskonzept erfordert unter anderem die kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur_innen, eine Vernetzung in die Gesamtstadt, die Berücksichtigung klimarelevanter Faktoren, die Verbesserung des schlechten Images des Stadtteils oder die Identifikation der Bewohner_innen. Ein Masterplan soll die Ziele und Bedarfe bündeln.

Das Konzept, wie der Stadtteil in zehn Jahren aussehen soll, soll nun auch mit den Bewohner_innen thematisiert werden. Der Beteiligungsprozess sieht Veranstaltungen an zentralen Orten im Stadtteil vor. Ziel ist es, den Masterplan unter Beteiligung der Bewohner_innen zu erstellen. Der Gemeinwesenarbeiter reflektiert über den bisherigen Prozess. Diese Reflexionen werden im Folgenden nicht im Rahmen eines Beobachtungsprotokolls beschrieben, sondern als zusammenfassende Beschreibung aus den ero-epischen Gesprächen wiedergegeben. Bis dato war er an mehreren Stellen in den Erarbeitungsprozess des Integrierten Entwicklungskonzeptes eingebunden. Es fanden vier Konferenzen im Stadtteil statt, im Rahmen derer die professionellen Akteur_innen aus dem Stadtteil eine gemeinsame, von den Institutionen vor Ort getragene Strategie für den Stadtteil entwickeln sollten. Ziel des Prozesses ist die Übersetzung der strategischen Ziele in kleinteilige und kooperativ zu lösende Einzelmaßnahmen und Projekte. Die Konferenzen seien materiell gut ausgestattet gewesen – ein modernes Corporate Design, sogar mit Merchandising-Artikeln für die Beteiligten, eine professionelle Kommunikationsagentur im Hintergrund, Dokumentationen mit graphic recordings etc.

Der positive Duktus der Visionen für den Stadtteil, der auch in zahlreichen Dokumenten bunt bebildert festgehalten ist, überträgt sich allerdings nicht auf ihn. Als Gemeinwesenarbeiter, der um die Probleme der Alltagsakteur_innen im Stadtteil weiß, liegt ihm wenig an der bunten Darstellung, sondern er ist interessiert an einer authentischen und aufrichtigen Art des Umgangs mit den Alltagsakteur_innen. Diese seien durch eine Vielzahl solcher Aktionen bereits voreingenommen gegenüber bestimmten Partizipationsansätzen. Er erzählt, dass er und einige Kolleg_innen angenervt seien vom Prozess der Integrierten Entwicklungsplanung, der seit nunmehr zwei Jahren im Stadtteil laufe. Seine Motivation für diese Art der Praxis sei sehr begrenzt. Es ärgert ihn, dass so viele Ressourcen dafür gebunden würden, es in seinen Augen aber für die Leute im Stadtteil nicht wirklich etwas bringe. Im Gegenteil würden kleine Entwicklungen nicht gesehen werden.

Trotz des mehrschrittigen Prozesses der Einbindung der professionellen Akteur_innen empfindet er seine Einbeziehung als punktuell. Manchmal wisse er vor lauter Komplexität nicht mehr, was nun genau als nächstes anstehe. Man müsse sich schon einige Zeit in die Materie vertiefen, um wirklich durchzublicken. An den Weichenstellungen sei nichts zu ändern. Er empfindet sich als »Rädchen im

Getriebe« (In-vivo). Er sei auch nicht der Einzige, der den Prozess der Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes kritisch betrachte. Seiner Einschätzung nach seien dies eher Akteur_innen aus sozialen Trägern. Die Stakeholder_innen-Beteiligung hätte neue Netzwerkstrukturen im Stadtteil etabliert. Die ursprünglichen Netzwerke, in denen sich zuvorderst Akteur_innen des Sozialen im Stadtteil zusammenfanden, seien damit geschwächt worden. Langsam jedoch entwickle sich ein kritisches Gegengewicht im Prozess. Er meint, sie würden nun mehr Zeit in die kritische Vorbereitung zu den Terminen stecken und sich mit anderen sozialen Akteur_innen gezielt absprechen. Die nun anstehenden Veranstaltungen für die Bewohner_innen des Stadtteils sieht er ebenfalls skeptisch. Es gebe einige Erfahrungen mit ähnlichen Formaten im Stadtteil. Es kämen generell wenige Bewohner_innen. Wenn sich die Bewohner_innen äußerten, dann wäre es unklar, was mit diesen Informationen passiere. Die Leute gingen frustriert aus diesen Veranstaltungen heraus.

11.3.2 Analyse/Diskussion

Das Beispiel zeigt, dass der Gemeinwesenarbeiter dem komplexen Top-down-Prozess kritisch gegenübersteht. Er übt sowohl Kritik an der Form als auch am Inhalt sowie an den Rollen, die ihm vonseiten der Planung zugewiesen werden. Seine Erzählung verweist auf unklare Rollendefinitionen und Einflussmöglichkeiten für sozialarbeiterische Akteur_innen in den multiprofessionellen Kontexten Integrierter Planungsstrategien sowie einer beschränkten Gebrauchswerthaltigkeit des Prozesses für die Alltagsakteur_innen. Trotzdem »spielt« er mit und meint, sich der Praxis nicht entziehen zu können. Somit ergeben sich praktische Dilemmata für ihn, die situativ nicht aufzulösen sind: denn einerseits übt er Kritik am Top-down-Prozess, andererseits ist er in die institutionell gerahmten sozialräumlichen Strukturen eingebunden, die mit einer Erwartung, sich zu beteiligen, einhergehen. In der Konsequenz entzieht sich der Gemeinwesenarbeiter im Kleinen und punktuell. Öffentlich artikulierte Kritik kommt für ihn wenn, dann nur als gemeinsame Aktion des Trägers oder der Netzwerke Sozialer Arbeit im Stadtteil in Frage. Die finanzielle Abhängigkeit des Trägers von öffentlicher Förderung und die möglichen negativen Effekte des sich der Praxis veranstalteter Partizipation entziehenden Stakeholders im sozialräumlichen Netzwerk schränken die Möglichkeiten ein, einfach nicht »mitzuspielen«. Diese Beobachtung ist auch im Rahmen von Gesprächen mit weiteren Akteur_innen der GWA reflektiert worden, mit denen ich ins Gespräch gekommen bin. So bestätigte eine Akteurin, dass es bei ihr im Träger ähnlich sei: Sie wollte sich mit Kritik am Verfahren eines sozialräumlichen Partizipationsprozesses an die Presse wenden, dies sei ihr jedoch vom Träger mit Verweis auf die Abhängigkeit von der kommunalen Finanzierung untersagt worden.

Gleichsam fällt dem Gemeinwesenarbeiter die klare und mit Argumenten hinterlegte Artikulation von Kritik schwer. Kritik am Verfahren würde nur unter spezifischen Bedingungen verstanden werden. In der öffentlichen Sphäre von politischer und Verwaltungskommunikation kommt es darauf an, argumentativ-rational zu erklären (siehe dazu Abschnitt 2.2 »Politik und Partizipation«), warum etwa ein Beteiligungsprozess zur Integrierten Stadtteilentwicklungsplanung aus Sicht der Sozialen Arbeit im Stadtteil nicht gelingend verläuft. Dies jedoch würde voraussetzen, dass sich der Gemeinwesenarbeiter, im besten Falle gemeinsam mit anderen Akteur_innen der Sozialen Arbeit, auf Grundlage einer reflexiven und sozialarbeiterisch konnotierten Annäherung an den Topos der Kritik klar zu Wort meldet. Absagen an Einladungen mit dem Verweis, dass ein Prozess nichts bringe, trügen hingegen nicht dazu bei, von Akteur_innen aus Planung und Verwaltung ernst genommen zu werden. Vielmehr wird Sozialarbeitenden, die sich Situationen veranstalteter Partizipation entziehen, bisweilen unterstellt, sie seien »miesepetrig« (In-vivo). Planung und Verwaltung mit der je spezifischen Rationalität und Einbindung in institutionelle Routinen verstehen nicht, was an deren Praxis abzulehnen ist, denn in deren Logik arbeiten sie ja an gemeinwohlorientierten Lösungen und der Realisierung von gebotener Partizipation. Für sie mag es unverständlich sein, sich nicht gemeinsam für den Stadtteil zu engagieren: »Wer ist schon gegen Partizipation.« (Ahrens/Wimmer 2014: 183)

11.4 Zu den unterschiedlichen Partizipationsverständnissen von Planung und kritischer GWA⁶

Die (Nicht-)Nutzung von Situationen veranstalteter Partizipation kann als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Partizipationspraxis dechiffriert werden. Hierfür bedürfte es jedoch einer vermehrten fachlichen Reflexion auf Basis gemeinsamer Dechiffrierungsarbeit. Um sich dieser analytisch zu nähern, soll im Folgenden ein Blick auf die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse gelenkt werden. Im Laufe meiner teilnehmenden Beobachtungen und Gespräche mit Akteur_innen aus der GWA wurde immer wieder ein eigenes eher den professionellen Annahmen der GWA entsprechendes Verständnis von Partizipation thematisch. Dieses geht in Differenz zum Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung. So kann vermutet werden, dass sozialarbeiterische »Miesepetrigkeit« aus dem Umgang mit dieser Differenz resultiert. Häufig wird Kritik weniger explizit-argumentativ gegenüber Akteur_innen aus Planung und Verwaltung geäußert, sondern transportiert sich eher implizit. Es geht im Folgenden darum, die »Miesepetrigkeit« als Praxis der Kritik umzuformulieren, deren Wortlosigkeit

6 Aspekte dieses Abschnitts wurden in Pigorsch (2021b; 2022a) veröffentlicht.

Ausdruck einer noch zu führenden Auseinandersetzung (zunächst) innerhalb der Sozialen Arbeit ist, worin die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Partizipationsverständnissen liegen, um daraufhin das professionelle Wissen über die ausschließenden Effekte hegemonialer Partizipationsverständnisse umso deutlicher in den interdisziplinären und multiprofessionellen Austausch einzuspeisen. So können die fachlichen Perspektiven der GWA sich selbstbewusster platzieren.

Dass der Partizipationsbegriff Unschärfen aufweist und entlang professioneller, disziplinärer und alltagsweltlicher Standorte unterschiedlich gefasst wird, konnte im Rahmen dieser Arbeit bereits herausgearbeitet werden. Auch konnte gezeigt werden, wie eng das Partizipationsverständnis der jeweiligen Akteur_innen an die institutionellen Bedingungen ihrer Hervorbringung geknüpft ist. Diese Sensibilisierung für einerseits die standortgebundene Heterogenität des Begriffes als auch die Verknüpfung mit institutionalisierter Praxis ist wichtig, um reflektieren zu können, wofür der Begriff situativ jeweils dienlich ist. Im Folgenden soll im Ansinnen einer problemorientierten Verdichtung eine sich aus disziplinären und praxisrekonstruktiven Bezügen speisende Gegenüberstellung der Partizipationsverständnisse aus Planung/Verwaltung einerseits und kritischer GWA andererseits erfolgen. Die notgedrungene Verkürzung dient hier nicht einer abschließenden Bewertung, sondern der Fokussierung auf ein letztlich für die Soziale Arbeit drängendes Problem der alltagsakteur_innenorientierten Ausrichtung der Praxis in einer von Ausschließung geprägten Gesellschaft.

Im Diskurs koproduktiven Planungshandelns (exemplarisch Siebel 2010, siehe dazu auch den Abschnitt 2.3 Stadtplanung und Partizipation) wird Partizipation als zentrale Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit den veränderten Rahmenbedingungen von Planung und Verwaltung gefasst. Partizipation soll den von den Bürger_innen eingeforderten Spielraum von Mitwirkung und Mitgestaltung absichern. Sie soll zu akzeptierten Planungsergebnissen verhelfen, deren Kosten dadurch effizienter und kostengünstiger ausfallen. Partizipation ist in den städtebaulichen Förderprogrammen wie dem Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« (2009–2019) oder dessen Nachfolger »Sozialer Zusammenhalt« als wesentliches Handlungsfeld paradigmatisch verankert. Kommunen, die Fördergelder akquirieren wollen, müssen partizipative Elemente in Stadtplanung und Stadtentwicklung nachweisen. Diese sind, wie gezeigt werden konnte, häufig verknüpft mit konkreten Veranstaltungsformaten. So hat sich in den letzten zwanzig Jahren eine Vielfalt an veranstalteter Partizipationspraxis entwickelt, im Rahmen derer Kommunen neben den Bewohner_innen auch möglichst alle relevanten Netzwerke und Stakeholder_innen im Stadtteil in deren Bemühungen einbeziehen. Die Legitimation der Planungen ist an das Partizipations-Paradigma gebunden. Dabei stellen Ahrens und Wimmer (2014) fest, dass die Partizipationspraxis auf den ersten Blick den Eindruck mache, als wäre die Macht neu verteilt und aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen seien horizontale Netze geworden (Ahrens/Wimmer 2014: 185).

Es konnte gezeigt werden, dass dahinter jedoch weiterhin hegemoniale Interessen der Legitimationsbeschaffung wirksam sind, welche die mit dem Partizipations-Paradigma verbundene Semantik des Begriffes eng an die Top-down-Rationalität koppeln. Dies mündet von anderen Standorten aus betrachtet in einer Bedeutungs-diffusion über Richtung, Prozess und Ziel von Partizipation.

Um Akteur_innen der GWA einen argumentativen Impuls beizufügen, der helfen kann, Worte für das mögliche eigene Unbehagen zu finden, werden im Folgenden vier Dimensionen des Partizipationsverständnisses von Planung und Verwaltung herausgearbeitet, die im Spannungsverhältnis zum Partizipationsverständnis der »miesegetrigen« Akteur_innen der GWA stehen. Die Unterscheidung ist dabei eine zum Zwecke der Orientierung in einem unübersichtlichen Terrain vorgenommene idealtypische Differenzierung. Es wird deutlich, dass das aus den ero-epischen Gesprächen rekonstruierte Partizipationsverständnis der GWA korreliert mit kritischen, parteilichen und konfliktorientierten GWA-Positionen, etwa von Bitzan (2013), Oelschlägel (2016), May (2017) oder Bitzan und Stövesand (2022). Da es im Diskurs der GWA eine Vielfalt an Positionen gibt, die sich nicht alle unter einer kritischen Perspektive subsumieren lassen, wird der professionelle Standort der GWA, wie sie hier rekonstruiert wird, im Folgenden als kritische GWA eingefangen. Die Partizipationsverständnisse von Planung/Verwaltung einerseits und kritischer GWA andererseits werden im Folgenden verdichtet und gegenübergestellt. So werden die potenziellen Spannungslinien erkenn- und benennbar, aus denen Widersprüche resultieren, die Akteur_innen aus der Praxis Unbehagen bereiten können (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Spannungsverhältnisse unterschiedlicher Partizipationsverständnisse

Planung/Verwaltung	Kritische GWA
formatorientiert – punktuell	alltagsorientiert – beziehungsorientiert
asymmetrisch – konsensorientiert	parteilich – konfliktorientiert
operationalisiert – indirekte Steuerung	Partizipation als Prinzip – emanzipatorisch
an den/die Einzelne gerichtet	orientiert auf Organizing, Empowerment
(Ahrens/Wimmer 2014)	(Rekonstruktion des empirischen Materials)

Quelle: eigene Darstellung unter Bezugnahme auf Ahrens/Wimmer 2014

11.4.1 formatorientiert – punktuell vs. alltagsorientiert – beziehungsorientiert

Partizipation in der Lesart von Planung und Verwaltung meint veranstaltete Partizipation. Das heißt, wir haben es mit einer Praxis zu tun, die Partizipation entlang

methodischer Überlegungen in Formaten prozessiert. Diese »invited spaces« (Ker-ting 2013) der Partizipation gibt es nur dann, wenn konkret eingeladen wird. Damit einher geht die Feststellung, dass Partizipation für Planung und Verwaltung stets eine professionell gestaltete Situation im Sinne einer gezielten, überlegten und spezifischen Gelegenheit bedeutet. Das Partizipationsverständnis zielt damit weniger ab auf die allgemeine Teilhabe an konflikthaft verhandelten gesellschaftlichen Ressourcen als vielmehr auf die (singuläre) Teilnahme an Veranstaltungen – »als wäre Dabeisein schon alles« (Ahrens/Wimmer 2014: 176). Partizipation wird hier verstanden als punktuelle, zeitlich determinierte und außeralltägliche Gelegenheit zur Mitwirkung – und steht damit in Kontrast zur professionellen Auffassung von Akteur_innen der GWA. Auch unabhängig von einem kritischen GWA-Verständnis kann allgemein für die GWA konstatiert werden, dass es hier weniger um punktuelle Gelegenheiten als vielmehr eine prozessuale, auf Dauer angelegte und beziehungsorientierte Arbeit an der Verbesserung von Teilhabe, Ressourcenausstattung und Handlungsfähigkeit der Bewohner_innen innerhalb eines spezifischen Raumes geht (vgl. u.a. Stövesand/Stoik 2013). Demokratisches Kernstück der GWA ist dabei Partizipation (Riede/Dölker 2019). Dieses Verständnis erschöpft sich nicht im von Verwaltung und Planung praktizierten Verständnis. Die Blickrichtung der kritischen GWA, die sich insbesondere an den Handlungsmöglichkeiten und der Ressourcensicherung und -erweiterung der von sozialer Ausschließung betroffenen Alltagsakteur_innen ausrichtet, steht in Spannung zum Top-down-Modus von Planung und Verwaltung, der sich in den methodisch formatierten Situationen materialisiert. Hinter der sozialarbeiterischen »Miesepetrigkeit« (In-vivo) verbirgt sich Widerstand gegen den Zwang zur Einpassung in die Formatvorgaben, die Planung und Verwaltung setzen.

11.4.2 asymmetrisch – konsensorientiert vs. parteilich – konfliktorientiert

Einer der aus Sicht kritischer GWA wichtigsten Unterschiede im Partizipationsverständnis von Planung/Verwaltung und GWA ist der zwischen einem asymmetrisch und einem symmetrisch gebauten Verständnis. Das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung ist asymmetrisch, denn es benennt keinen Gegenbegriff (Ahrens/Wimmer 2014: 182). Der Begriff ist ausschließlich positiv besetzt und es wird diesem kein Gegenteil an die Seite gestellt, wie z.B. bei der Inklusion die Exklusion. Die Asymmetrie steht in Beziehung zum normativen Verständnis des Begriffes, demnach Partizipation als Wert an sich für die demokratisch verfasste Gesellschaft hervorgehoben wird. Nehmen wir jedoch an, wir stellten dem Begriff der Partizipation das Pendant der sozialen Ausschließung gegenüber (Steinert 2003: 277), müsste erklärt werden, wen man mit Formaten veranstalteter Partizipation nicht erreicht oder sogar aktiv ausschließt. Denn die Begriffe Partizipation, Beteiligung, Mitwirkung sind zuvorderst normativ-programmatische Begriffe, die die

situierter und prozesshafter Praxis sozialer Ausschließung nicht in den Blick nehmen. Und so ist der positiv besetzte Begriff der Partizipation attraktiv, »weil Exklusion [oder hier: Ausschließung, S.P.] in seiner Negativität Konflikte und Dissens provoziert, Inklusion hingegen in seiner Positivität Konsensorientierung ermöglicht« (Ahrens/Wimmer 2014: 183). In der Orientierung am Konsensuellen sowie der positiven Überhöhung der zum aktiven Beitrag für die Gesellschaft angerufenen Bürger_innen werden jedoch die Mechanismen gesellschaftlicher Ausschließung ausgeblendet. Kritische GWA setzt sich für marginalisierte Bewohner_innengruppen ein. Deren professionelle Expertise baut auf dem Wissen um Prozesse sozialer Ausschließung auf, die es parteilich im Sinne der Alltagsakteur_innen zu bearbeiten gelte. Diese GWA ist sensibilisiert für die ungleich verteilten und konflikthaft verhandelten Zugänge zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen. Aus dieser Perspektive betrachtet wird in den Situationen veranstalteter Partizipation genau an dieser Grenze zwischen Partizipation und Ausschließung gearbeitet. Eine kritische Reflexion von Prozessen sozialer Ausschließung würde auch den *modus operandi* der Praxis veranstalteter Partizipation einbeziehen – mithin also dazu anreizen, Formate auf deren Mechanismen sozialer Ausschließung hin abzuklopfen. Jedoch scheint eine Problematisierung durch GWA-Akteur_innen mit Akteur_innen von Planung und Verwaltung aufgrund der wirkungsvollen Ausblendung von Ausschließung erheblich erschwert. Eine Diskussion darüber, wer in den Situationen wie ausgeschlossen wird, wird umso schwerer, je überzeugter die Akteur_innen von Planung und Verwaltung davon sind, dass die Formate ja genau dazu dienen, die Partizipation zu verbessern. Die Unschärfe des Partizipationsbegriffes wirkt sich hier eher förderlich für die Träger_innen hegemonialer Interessen aus. Es bedarf demnach reflexiver und argumentativer Kompetenzen aufseiten der Akteur_innen kritischer GWA.

11.4.3 operationalisiert – indirekte Steuerung vs. Partizipation als Prinzip – emanzipatorisch

Die dritte Unterscheidung betrifft die inhaltliche Vorfestlegung von Planungsprozessen, die im Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung angelegt ist. Partizipation in dieser Lesart wird operationalisiert und in methodisch handhabbare Teilprozesse untergliedert. So wird der inhaltliche Verlauf der Veranstaltungen, also die Frage, worüber wann gesprochen wird, nicht dem Zufall überlassen. Vielmehr ist der Prozess strategisch so durchgeplant, dass er praktikabel für die mit ihm betrauten Akteur_innen aus Planung und Verwaltung bleibt. Mit den Steuerungs- und Planungsprozessen verbunden sind methodische Operationalisierungen. Sie sind handlungsleitend für die Akteur_innen aus Planung und Verwaltung sowie die beauftragten Moderator_innen. Der Konnex aus institutionell geformtem Steuerungsinteresse und methodischer Umsetzung entfaltet eine enorme Performativität in den Situationen. Er kann als »aktiver Text« (Smith 1998) gefasst werden,

der im situierten Diskurs immer wieder referenziert wird und davon abweichende Entwicklungen in der Situation wirksam korrigiert. Die Operationalisierung ist also in erster Linie funktional für den Planungsprozess. So gesehen »handelt es sich daher nicht um einen Verzicht auf Lenkung und Führung, sondern um eine neue Form indirekter Steuerung« (Ahrens/Wimmer 2014: 186). Diese Praxis der Legitimationsproduktion ist aus Perspektive der kritischen GWA nicht als Praxis der Partizipation (in einem normativ wünschenswerten Sinne) zu bezeichnen. Die Perspektive der Legitimationsbeschaffung »von oben« hat einerseits keine Schnittmenge mit der Perspektive kritischer GWA, die Partizipation als Prinzip einer »Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung« (Kunstreich/May 2020) versteht. Andererseits kann aus der Perspektive *from below* zugespitzt werden, dass Partizipation im Sinne der Legitimationsbeschaffung »von oben« sogar gleichzusetzen wäre mit sozialer Ausschließung. Partizipation im Sinne von Planung und Verwaltung und Partizipation *from below* stünden sich dann als Gegensatzpaar diametral gegenüber.

11.4.4 an den/die Einzelne gerichtet vs. orientiert auf Organizing, Empowerment

Das letzte Spannungsverhältnis, das hier beschrieben werden soll, betrifft das Demokratieverständnis hinter den Partizipationsbegriffen von Verwaltung/Planung einerseits und kritischer GWA andererseits. Im Verständnis von Verwaltung und Planung werden zur Partizipation mündige Bürger_innen angesprochen, die als Einzelpersonen zu den Veranstaltungen kommen. Hier sollen sie sich zu den Planungen informieren und eigene Ideen beisteuern bzw. ihr Wissen als Betroffene einbringen. Partizipation in dieser Lesart wendet sich an Individuen (Ahrens/Wimmer 2014: 184f.). Das politische Subjekt ist hier vereinzelt gedacht im Sinne der Teilnahme und Einbringung individualisierter Sichtweisen in die top-down-strukturierte Situation und nicht als potenziell oder bereits aktive kollektive Formation, die zur Bildung von Gegenmacht gegenüber hegemonialen Steuerungslogiken anreizt. Aus Sicht kritischer GWA widerspricht die Orientierung auf singuläre Positionen zu einem spezifischen Sachverhalt der gesellschaftlichen Bedingtheit politischer Aushandlung und ihrer Subjekte. Auf das Wissen um Mechanismen der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit antwortet insbesondere die kritische GWA mit emanzipatorischer Praxis, welche sich hin zu kollektiver Selbstorganisation und zum Ziel verbesserter Handlungsfähigkeit von Gruppen und Netzwerken hin positioniert. Aus demokratietheoretischer Perspektive ginge es kritischer GWA dann eher um die Bildung einer zivilgesellschaftlichen Gegenmacht, die in erster Linie vermehrten Zugang zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen erlangen sollte und sich den impliziten Steuerungsmechanismen gegenüber reflexiv und kritisch verhält.

12 Zusammenfassung und Fazit

Ausgehend von der Forderung nach Partizipation in einer Vielzahl gesellschaftlicher Handlungsfelder und der Verhandlung in disziplinären Diskursen ist nicht zuletzt die Soziale Arbeit mit dem Thema Partizipation auf vielschichtiger Art und Weise verbunden. In der sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit bzw. der GWA spielt Partizipation als Handlungsprinzip und als Programm, dass sich u.a. in Situationen veranstalteter Partizipation materialisiert, eine hervorgehobene Rolle.

In der Forschungsarbeit wurde mit einem kritischen Partizipationsbegriff gearbeitet, der Partizipation und Ausschließung aus der Perspektive der Alltagsakteur_innen *from below* denkt. Eingereicht in die (Nicht-)Nutzungsforschung (Bareis 2012; Cremer-Schäfer 2012; Bareis/Cremer-Schäfer 2013; Herzog 2015) konnte so ein normativer und methodologischer Bruch hergestellt werden zwischen als partizipativ intendierter professionell aufgeführter Praxis veranstalteter Partizipation einerseits und einem alltagsorientierten Partizipationsbegriff andererseits, der Praktiken der Alltagsakteur_innen in einem konflikthaft strukturierten gesellschaftlichen Gefüge, das als sich in die Situationen hinein verlagernd verstanden werden muss, als eigene »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) einfängt. Momente, in denen diese Arbeit blockiert wird, konnten so als Hinweise auf soziale Ausschließung gelesen werden, die machtförmig-hegemonial beschaffen ist und sich in und durch Praktiken, die in Verbindung mit institutionellen Routinen und Arrangements stehen, prozessiert. Dazu wurde eine ethnografische Herangehensweise gewählt, die es vermochte, Praxis im Moment ihres Vollzugs einzufangen. In der diskursanalytisch informierten Ethnografie wurden entlang der Prämisse, dass Diskurs als Praxis zu fassen ist, auch die macht- und herrschaftsförmigen Wechselverhältnisse zwischen Subjekt und Struktur fassbar. Der Fokus auf die Situation und die Nutzung der Möglichkeiten der Situationsanalyse (Clarke 2012) als Hilfsmittel ermöglichten eine gegenstandsangemessene Suchbewegung, in der sich im Laufe der Zeit die dieser Arbeit zugrundeliegende Heuristik herauschaltete: Entlang der Stationen 1. Materialität über 2. das *doing competence*, 3. Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen bis hin zur 4. Rolle der Sozialen Arbeit wurde die Komplexität der Situation im Ansinnen der Beantwortung der Forschungsfragen handhabbar gemacht. Dabei ermöglichte der komplexe methodologische

Zugang neben dem praxistheoretischen Einfangen der Situation auch deren kritische Konturierung und Reflexion. So zeigte sich das Wechselverhältnis zwischen machtförmigen hegemonialen und widerständigen Praktiken und die Einbindung der Sozialen Arbeit in diesen von heterogenen Wissensformen, Interessenslagen und Subjektpositionen gekennzeichneten Konfliktarenen.

Das Kapitel 8 »Materialität von Situationen veranstalteter Partizipation« fokussierte die materiellen Praktiken in Situationen veranstalteter Partizipation. Es wurden bei aller Unterschiedlichkeit immer wiederkehrende räumliche, materielle und methodische GestaltungsCodes beleuchtet, die die Verfahrensförmigkeit und Routinisiertheit der Praktiken sicherstellen, etwa durch Moderationskoffer, Pinnwände, Namensschilder, Leinwand und Beamer. Es wurde herausgearbeitet, wie die Anordnung der Körper im Raum oder die Nutzung digitaler Artefakte den situierten Diskurs mit hervorbringen. Es konnte gezeigt werden, wie durch die Moderationsmethode zwar Wissen der Alltagsakteur_innen gesammelt, dieses aber schließlich über Praktiken der Verschlagwortung so formatiert und prozessiert wird, dass eher situative Passungen zu rational gesteuerten institutionellen Arrangements hergestellt werden und gleichsam das Wissen der Alltagsakteur_innen von deren sozialen Standort enthoben und enteignet wird. Während Alltagsakteur_innen in Praktiken der Artikulation und Repräsentation eine eigene diskursive Praxis hervorbringen, wurde deutlich, wie diese bearbeitet, invisibilisiert, verschoben und behindert wird, häufig ohne dahingehende Reflexion und Verhandlung. Dies analytisch einzufangen ermöglichte eine den Alltagsakteur_innen forschungsmethodologisch zugewiesene starke Subjektposition als Praxissubjekt, das in einem Wechselverhältnis zu einem machtförmig geformten Anrufungssubjekt steht. Somit konnte der Blick für den Diskurs »von unten« in Situationen veranstalteter Partizipation geöffnet werden. Wichtige Erkenntnis ist, dass der Diskurs *from below* in den Situationen letztlich im Leisen verbleibt und im komplexen Gefüge der Situation unsichtbar gehalten wird.

In Kapitel 9 »*Doing competence*« wurde das prozessual hergestellte, symbolisch vermittelte und hegemonial produktive Selbst- und Fremdeinschätzen von Fähigkeiten zur Mitwirkung in Situationen veranstalteter Partizipation in den Blick genommen. Dabei standen die spezifische Form der Anrufung im Fokus, die Rolle der Moderation, die Relevanz der sozialen Herkunft und die impliziten Vorstellungen von als kompetent konstruiertem Engagement. Bei der Betrachtung dieser Aspekte wurde die Machtasymmetrie, die durch die Eingebundenheit professioneller Akteur_innen in institutionelle Arrangements immer wieder hervorgebracht wird, in den Blick genommen. So wurden Erwartungen an die Teilnehmenden herausgearbeitet, um als kompetent in der Situation markiert zu werden. Praktiken sozialer Ausschließung zeigten sich hier über Praktiken der Differenzierung von Teilnehmenden im Falle der Nichteinhaltung spezifischer Regeln des situierten Diskurses. Die Praxis veranstalteter Partizipation zeigt sich so in ihren Widersprüchen zwi-

schen der sprachlich transportierten Offenheit ›für alle‹ bei gleichzeitiger Unterscheidung zwischen ›richtiger‹ und ›falscher‹ Teilnahme in und durch Praktiken der Formierung eines spezifischen Anrufungssubjekts.

Im Kapitel 10 »Prekäre Repräsentationen zwischen Widerstand und Eigensinn« wurden die Bearbeitungsweisen der Alltagsakteur_innen zwischen Mitmachen, Widerstand und Nicht-Nutzung skizziert und gerahmt. Der Perspektive auf die Praktiken der Alltagsakteur_innen lag dabei ein Subjektbegriff zugrunde, der Subjekt(ivität) zeichnete im Sinne eines Wirkungen (jenseits bewusster Intentionen) und Wirklichkeit erzeugenden Agens menschlicher Praxis. Die Praktiken von Alltagsakteur_innen, deren Nutzung gesellschaftlicher Ressourcen als umkämpft zu bezeichnen ist, wurden als »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) festgehalten. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die Alltagsakteur_innen tendenziell eher ›leise‹ Bearbeitungsweisen der Situation hervorbringen. Im Vergleich dazu positionieren sich Teilnehmende, die eine Passung zu institutionellen und professionellen Arrangements herstellen können, ›lauter‹ in den Situationen. Jene Teilnehmende schaffen es eher, die Diskurslogiken von Planung und Verwaltung zu bedienen und so – unabhängig, ob erfolgreich oder nicht – wahrgenommen zu werden. Dies zeitigt auch Effekte bezüglich der Aktivierung von Verwaltungshandeln, etwa indem man Eingaben zu Planungsvorhaben formuliert. Alltagsakteur_innen, die diese sprachlichen Passungspraktiken nicht aufführen, werden hingegen potenziell unsichtbar. Widerstand und eigensinnige Praktiken sind gerahmt worden als Praktiken der Alltagsakteur_innen gegen Enteignungen des Subjekts. Demnach wurden auch nicht-sprachliche Praktiken des Nicht-Kommens, des räumlichen Distanzierens, des widerständigen Sitzens, des eigensinnigen Raumgreifens, des Verlassens der Veranstaltung oder Praktiken des Sich-Lustig-Machens als eigensinnig und damit widerständig gefasst. Sie dienen dem Subjekt dazu, eine Selbstbezüglichkeit zu halten, die eine Teilnahme in diesen Situationen überhaupt erst denkbar macht. Diese Praktiken können rekonstruiert werden als Spuren vorheriger Instrumentalisierungserfahrungen, als Widerstände gegen Vereinnahmung, als Ausdruck der körperlichen Disziplinierung, als zynisch-distanzierte Widerstände, als Zeichen der Ablehnung der Situation sowie als Urteile fehlender Gebrauchswerthaltigkeit.

Während sich Akteur_innen mit starken Bezügen zu professionellen Strukturen in Top-down-Formaten sprachlich und nicht-sprachlich in Passung bringen können, sind die Artikulationen und Repräsentationen der Alltagsakteur_innen hochgradig prekär. Sie sind klein, punktuell, kurz, nicht verknüpft und werden nicht mitgenommen in einen nachgelagerten Diskursraum – so wie es die professionellen Akteur_innen schaffen. Bei intermediären Formaten ist die Erarbeitung von Nutzen in mindestens zweifacher Hinsicht problematisch strukturiert. Das Subjekt muss sich erstens die Situation zunächst aneignen und Artikulationen in (schrift)sprachlicher Form hervorbringen. Dialogische Formate changieren zweitens zwischen einer vorgängigen Formatierung durch Dauerthemen im Stadtteil und einer inhaltli-

chen Unbestimmtheit, die zu einer spezifischen Engagementpraxis führen soll. Die Alltagsakteur_innen werden implizit aufgefordert, die Artikulationen in ein Engagement in den Grenzen der institutionellen und professionellen Bearbeitbarkeit zu überführen.

Im Kapitel 11 »Zur Rolle der Sozialen Arbeit« wurden die professionellen Akteur_innen sozialraumbezogener Sozialer Arbeit in Situationen veranstalteter Partizipation in den Blick genommen. Dabei wurde in einem ersten Beispiel das Nicht-Mitspielen vonseiten Sozialer Arbeit beleuchtet. Akteur_innen Sozialer Arbeit stellten zwar Infrastruktur für die Veranstaltung zur Verfügung, entzogen sich dem Top-down-Format jedoch. Es konnte eine kritische Distanz zur Top-down-Planungspraxis festgestellt werden, die als fachlich begründet rekonstruiert wurde. So wies die materiell-methodische Anlage der Veranstaltung weder Passungsangebote für die Alltagsakteur_innen noch die professionelle Praxis auf. Im zweiten Beispiel, dem Bespielen, stand ein intermediär ausgerichtetes Format sozialraumbezogener Sozialer Arbeit im Fokus. Die Sozialarbeitenden waren hier initiiert tätig und organisatorisch eingebunden. Neben Bewohner_innen waren zahlreiche beruflich Involvierte zugegen. Aus einer kritischen Perspektive Sozialer Arbeit waren insbesondere zwei situative Dynamiken von besonderem Interesse: einmal waren dies die institutionell gerahmten Praktiken der Ergebnisorientierung, die von der Moderation in der Situation aufgeführt wurden. Sie lenkten den Fokus auf sozialarbeiterische und professionell handhabbare Praxisentwürfe zukünftiger Engagementpraxis im Stadtteil, die von den Alltagsakteur_innen letztlich nicht hervorgebracht, sondern als »Sache der Professionellen« fern vom eigenen Handlungsspielraum antizipiert wurde. Die zweite Dynamik entfaltete sich als Praxis der Reproduktion stigmatisierender Zuschreibungen gegenüber einer Gruppe von Bewohner_innen, die in der Situation selbst nicht anwesend war. Das Sprechen über andere wurde in der Situation mehrfach problematisiert, es konnte jedoch gezeigt werden, dass die methodische Anlage der Veranstaltung diese Praxis mit beförderte und letztlich reproduzierte und eine diesbezügliche kritische Reflexion der inhärenten Potenziale sozialer Ausschließung nicht stattfand. Im dritten Beispiel, »Mitspielen und kaputtgespielt werden«, wurden Reflexionen eines Gemeinwesenarbeiters thematisch, der sich kritisch mit der Praxis der Partizipation im Stadtteil auseinandersetzt. Dessen durch seine professionelle Position begründete systemische Einbeziehung in die Praxis der Stadtplanung wurde vonseiten der Planungsakteur_innen zwar als Koproduktion gerahmt; es konnten jedoch deren machtförmige Bedingungen rekonstruiert werden, die das professionelle Wissen und Handeln des Gemeinwesenarbeiters behinderten. Schließlich wurden die unterschiedlichen Begriffsfassungen von Partizipation zwischen Planung/Verwaltung einerseits und (kritischer) GWA andererseits gegenübergestellt. Diese unterschiedlichen Verständnisse führen in Situationen der Praxis zu Spannungen und Widersprüchen, die im Rahmen konflikthafter Auseinandersetzungen explizit

verhandelt werden müssten. Die Soziale Arbeit ist hier aufgefordert, die eigenen fachlichen Prämissen noch stärker diskursiv einzubringen und zu verteidigen.

Für die Soziale Arbeit zeichnet die Arbeit damit ein heterogenes Bild. So sind die Bearbeitungsweisen der Sozialarbeitenden zwischen Mitspielen, Bespielen und Nicht-Mitspielen unterschiedlich gelagert. Die Beobachtungen und die Rekonstruktion der Praxis liefern Hinweise für eine kritisch sich positionierende Soziale Arbeit, die sich gegen enteignende Praktiken einsetzt, welche die Handlungsmöglichkeiten der Alltagsakteur_innen und deren »Arbeit an der Partizipation« (Bareis 2012) blockieren. Die Analyseergebnisse zu sozialer Ausschließung in Situationen, die diskursiv als partizipativ, als offen und für jede_n zugänglich gerahmt werden, bieten Argumentationshilfen in einem Terrain, in dem Kritik schnell als »Miesepetrigkeit« (In-vivo) gerahmt und missverstanden werden kann. Eine kritische Professionalität Sozialer Arbeit bedeutet hier, die Formate veranstalteter Partizipation und die ihnen zugrundeliegenden professionellen Annahmen und demokratietheoretischen Implikationen auf die Frage nach sozialer Ausschließung hin abzuklopfen. So wird Kritik ermöglicht, die nicht auf die Intentionalität einzelner organisierender Akteur_innen individualisierend rekurriert, sondern die sich auf ein komplexes Wechselverhältnis bezieht, das herrschaftsförmig in Praktiken vollzogen wird. Diese Arbeit trägt dazu bei, Sozialarbeitende im Umkreis von und in Situationen veranstalteter Partizipation zu sensibilisieren und sprechfähig zu machen, mögliches eigenes Unbehagen argumentativ unterfüttert zu explizieren. Es geht hier um Kritik nicht nur als Ergebnis einer Forschungsarbeit, sondern die Unterstützung von Kritik als Praxis Sozialer Arbeit. Denn machtförmige soziale Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation steht für mehr als nur die abgrenzbare Situation: sie reicht hinein in den Alltag jenseits der Situation und kann viel eher als Schablone einer gesellschaftlichen Situation eingefangen werden, die als konflikthaft strukturiert bezeichnet werden muss.

Die vorliegende Arbeit verdeutlicht ein ums andere Mal die »sekundären Widersprüche« (Cremer-Schäfer 2018: 41ff.) der Erbringung Sozialer Arbeit als einer in die staatliche Wohlfahrtsproduktion eingebundene Akteurin, die bei weitem nicht nur mit der Bearbeitung der Interessen der Alltagsakteur_innen betraut ist, sondern in umfassendem Maße auch mit der Arbeit an staatlicher Legitimationsproduktion und sozialer Ausschließung. Die Reflexion dieser Widersprüche mittels der Perspektive *from below* mit Blick auf die Eingebundenheit Sozialer Arbeit in als partizipativ intendierte Praxis ist ein äußerst aussichtsreiches Unterfangen, zu der die Arbeit nicht nur mit Blick auf Theorie und Forschung, sondern auch mit Blick auf die Praxis einen Beitrag leisten möchte. Die Arbeit verdeutlicht, wie die sekundären Widersprüche auch da nicht auszublenden sind, wo Praxis dazu dienen soll, mittels Partizipation Machtverhältnisse zu bearbeiten und zu verschieben.

Limitationen der vorliegenden Studie ergeben sich je nach methodologischem Standort der Betrachtung etwa hinsichtlich des Konstruktionscharakters der

Forschungsergebnisse. Diese lassen Möglichkeiten der Verallgemeinerung offen, präsentieren sich jedoch eher als verdichtete Erkenntnis von einem spezifischen Standort aus. Weiterhin kann aufgeführt werden, dass zwar zu Nicht-Nutzung geforscht, aber keine Menschen erreicht wurden, die Formate veranstalteter Partizipation gänzlich nicht nutzen. Diese Limitation muss als Paradox ebenso verbleiben wie die Effekte des vorgenommenen Bruchs mit dem common sense, der durch die befremdende Beobachtung und theoretisch sensibilisierte Anlage der Forschung eine alltagsakteur_innenorientierte Perspektivität *from below* zwar erst ermöglichte, gleichsam durch die Trennung und Nicht-Einbeziehung von Alltagsakteur_innen in den Analyseprozess dieselben auch wieder distanzierte.

An die vorliegende Arbeit könnte verschiedentlich angeknüpft werden. Um den Topos Partizipation in seiner Verschränkung mit den Themen Alltag, Institution und Macht analytisch zu durchdringen, wurde in der Arbeit eine Heuristik vorgeschlagen, die vier Perspektiven vornimmt: Materialität, *doing competence*, Widerstand und Eigensinn der Alltagsakteur_innen sowie die Rolle der Sozialen Arbeit. In weiterdenkender Suche nach Anschlussmöglichkeiten für die Forschung könnte es sich als aussichtsreich erweisen, die Heuristik auch für weitere Studien im Kontext kritischer Forschung Sozialer Arbeit zu nutzen und weiterzuentwickeln. Nicht zuletzt bleibt die Forschung zu Ausschlüssen, machtvollen Differenzierungen und der Blockierung von Handlungsfähigkeit und -mächtigkeit eine weite und noch weiter zu bearbeitende Aufgabe der Forschung Sozialer Arbeit. Nicht in den Blick genommen wurde etwa die mit der Analyse struktureller Diskriminierung (Czollek/Perko/Weinbach 2012; Perko/Czollek 2012) verbundene Perspektive auf die intersektionale Verwobenheit unterschiedlicher Diskriminierungsformen und damit einhergehende machtvolle Schließungen. Eine entsprechende Weiterarbeit am Forschungsthema böte die Möglichkeit, eine kritisch-radikale und an sozialer Gerechtigkeit orientierte Professionalisierung Sozialer Arbeit zu befördern.

Die Arbeit nutzte die Situationsanalyse (Clarke 2012) als Möglichkeit, die Situationen veranstalteter Partizipation durch Dezentrierung in der Komplexität und Heterogenität einzufangen. Der Frage nach dem in der Methodendiskussion als unklar gerahmten Diskursbegriff bei Clarke (Diaz-Bone 2013) wurde insofern Rechnung getragen, als dass der Diskurs als Praxis (Wrana/Langer 2007) diskurstheoretisch gefasst und die Situationsanalyse entsprechend erweitert werden konnte. Die Arbeit versteht sich insofern auch als möglicher Beitrag zur Methodendiskussion zur Situationsanalyse, die zuletzt wieder an Fahrt aufgenommen hat (Offenberger et al. 2023; Gauditz et al. 2023; May/Müller 2023).

Die Forschungstradition rekonstruktiver Forschung Sozialer Arbeit (siehe u.a. Aghamiri et al. 2018a; Kubisch/Franz 2022) wurde in der vorliegenden Arbeit nicht referenzierend einbezogen. Rekonstruktionen von Praxis und deren Bedeutungen finden sich jedoch durch die ganze Arbeit hinweg. Die Bezugnahme auf die rekonstruktive Forschung Sozialer Arbeit könnte demnach ein lohnendes Unterfangen

darstellen, die kritische Weiterentwicklung einer Forschungsprogrammatik aus der Wissenschaft Soziale Arbeit heraus zu unterstützen.

Der Ausgangspunkt der Forschung war ein *Problem der Praxis* – das Unbehagen bzw. die Kritik gegenüber den für die Alltagsakteur_innen nicht gebrauchswert-haltigen Formaten veranstalteter Partizipation bei gleichzeitiger Eingebundenheit in lokale Strukturen, die eine als partizipativ intendierte Praxis zunehmend entwickeln und einfordern. Daraus ergibt sich für die professionell involvierten Akteur_innen ein Spannungsverhältnis zwischen der programmatisch geforderten Partizipation einerseits, die sich innerprofessionell, aber insbesondere auch in multiprofessionellen Zusammenhängen in Praxis manifestiert (siehe dazu auch Löffler/Sommer/Pigorsch 2023), und andererseits den mit professionseigenen (kritischen) Wissensbeständen der GWA verbundenen Bedingungen, nach denen Partizipation prozess-, beziehungs-, konfliktorientiert und empowernd ausgerichtet sein sollte. Insbesondere das professionseigene Wissen klar konturieren und gegenüber Deutungstraditionen aus anderen Handlungsfeldern abzugrenzen und zu verteidigen, zeigte sich jedoch als fachliches Desiderat in der Praxis, wo das Spannungsverhältnis häufig eher im Gemenge des Arbeitsalltags bearbeitet werden muss, anstatt sich diesem analytisch-argumentativ zuzuwenden. Die mit dem Partizipationsbegriff verbundenen Unschärfen spielen in der Praxis zudem eine besondere Rolle, werden Bedeutungen dort häufig implizit mitgemeint und eben nicht in kritischer Absicht zugunsten der Alltagsakteur_innen explizit ausgehandelt. Die vorliegende Arbeit versteht sich daher als anwendungsbezogene Forschung Sozialer Arbeit, die letztlich einen Transfer in die Praxis ermöglichen und anstoßen möchte. Dazu gab es im Rahmen des Forschungsprozesses vereinzelt Gelegenheiten zur gemeinsamen Problemfokussierung und Rückkopplung mit Vertreter_innen der GWA. Den Transfer von Praxis zu Forschung zu Praxis noch weiter auszubauen, ist Anliegen zukünftiger Bemühungen.

Gleichsam ist die Forschung nicht nur in der Praxis gestartet, sondern steht auch in besonderer Weise in Verbindung zu eigenen berufsbiografischen Erfahrungen. Dass damit die Frage der Normativität der Forschung angebunden ist an das Forscherin-Subjekt, wurde an einigen Stellen der Arbeit expliziert. Die Auseinandersetzung zwischen beruflicher und forschender Identität wurde immer wieder durch die Kontrolle der Standortgebundenheit des Wissens in den Blick genommen und letztlich zugunsten einer kritisch-normativen Positionierung beantwortet. Dies musste im Forschungsprozess vor dem Hintergrund eigener Einzsozialisierung in Forschung »selbstlegitimierend« erst erarbeitet und mit der immer noch weit verbreiteten Prämisse der neutralen und unvoreingenommenen Forscherin dem Forschungsgegenstand und -interesse gegenüber kritisch abgeglichen werden. Somit erscheint der Prozess der Anfertigung der Forschungsarbeit auch als ein Prozess der Selbstverortung der Forscherin in der Bandbreite normativer Implikationen von Forschung der Sozialen Arbeit.

Schließlich die Frage: Gibt es wünschenswerte Praxis, die als Konsequenz aus den Ergebnissen der Analyse vorgeschlagen wird? Diese Arbeit versteht sich als Beitrag zu einem kritischen Verständnis Sozialer Arbeit in einer konflikthaft strukturierten Gesellschaft, das zuvorderst die eigene Eingebundenheit in die Reproduktion ausschließender Strukturen zu reflektieren imstande ist. Mit den Verdichtungen (1.) hin zu einem kritischen Partizipationsbegriff einerseits, der als alltagsakteur_innenorientierte Blickrichtung auf Praxis die Analyse beeinflusst hat, und (2.) dem Partizipationsbegriff kritischer GWA andererseits, der sich auf die Attribute »alltags- und beziehungsorientiert«, »parteilich-konfliktorientiert«, »Partizipation als Prinzip« sowie »orientiert auf Organizing, Empowerment« verdichten lässt, liefert die Arbeit ein verdoppeltes Sichtfeld auf Partizipation: Dieses ist zum Ersten anschlussfähig an die Perspektive *from below*, die für die alltäglichen Kämpfe von Alltagsakteur_innen jenseits sozialarbeiterischer Bearbeitung sensibilisiert ist und als kritisches Korrektiv sozialarbeiterischer Praxis dienen kann. Zum Zweiten verhilft die auf die GWA als professionelles Handlungsfeld bezogene kritische Begriffsfassung, eine konfliktorientierte Parteilichkeit in den Blick zu nehmen. Während die (Nicht-)Nutzungsforschung also nicht in erster Linie danach trachtet, Praxis Sozialer Arbeit durch Handlungsimplicationen und fachliche Konzepterarbeitungen zu verbessern, sondern eher auf Kritik orientiert ist (Bareis 2012: 312; Herzog 2015: 54f.), vermag mit der Schärfung der Fachlichkeit partizipativer GWA zumindest ein Startpunkt gelegt werden, an den es im Rahmen kritischer Praxisforschung und -entwicklung anzuknüpfen gilt. So kann diese Arbeit im Hinblick auf Prozesse sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation schließlich auch als Aufforderung verstanden werden, für und mit Alltagsakteur_innen Prozesse der Sozialraumentwicklung (May/Alisch 2008; May 2017) anzustoßen, die ihnen eine ihren Interaktionsformen angemessene Politik der Bedürfnisinterpretation ermöglicht. Entsprechende mögliche Formate veranstalteter Partizipation könnten so in einen Prozess von Sozialraumorganisation transformiert werden. Dieser setzte allerdings auch veränderte Verfügungsmöglichkeiten über öffentliche Ressourcen voraus.

Literatur

- Ackermann, Timo (2017): Über das Kindeswohl entscheiden. Eine ethnographische Studie zur Fallarbeit im Jugendamt (= Pädagogik), Bielefeld: transcript.
- Aghamiri, Kathrin/Reinecke-Terner, Anja/Streck, Rebekka et al. (Hg.) (2018a): Doing Social Work. Ethnografische Forschung als Theoriebildung (= Rekonstruktive Forschung in der Sozialen Arbeit, Band 21), Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Aghamiri, Kathrin/Reinecke-Terner, Anja/Streck, Rebekka/Unterkofler, Ursula (2018b): »Doing Social Work. Ethnografische Forschung als Theoriebildung«, in: Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete 67, S. 398–404.
- AGJ (2018): Partizipation im Kontext von Kinder- und Jugendarbeit – Voraussetzungen, Ebenen, Spannungsfelder. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Berlin, https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2018/Partizipation_im_Kontext_von_Kinder-_und_Jugendarbeit.pdf vom 22.05.2024.
- Ahrens, Sönke/Wimmer, Michael (2014): »Das Demokratieversprechen des Partizipationsdiskurses. Die Gleichsetzung von Demokratie und Partizipation«, in: Alfred Schäfer (Hg.), Hegemonie und autorisierende Verführung, Paderborn: Schöningh, S. 175–200.
- Alcántara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren (= Bürgergesellschaft und Demokratie), Wiesbaden: Springer VS.
- Alinsky, Saul D. (1974): Die Stunde der Radikalen. Ein praktischer Leitfaden für realistische Radikale, Gelnhausen: Burckhardthaus Verlag.
- Alisch, Monika (2018): »Entweder vor dem Tresen oder dahinter«. Barrieren und Chancen für Partizipation in der Zusammenarbeit von Professionellen, Engagierten und Adressat_innen in gemeinwesenbezogenen Projekten gegen Armut«, in: Johannes Stehr/Roland Anhorn/Kerstin Rathgeb (Hg.), Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand. Widersprüche der

- Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution, Wiesbaden: Springer VS, S. 201–212.
- Alisch, Monika/May, Michael (2010): »Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en im Spannungsfeld zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit«, in: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 32, S. 49–81.
- Allianz Vielfältige Demokratie (2017): Wegweiser Breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele, Gütersloh, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf vom 22.05.2024.
- Althusser, Louis (1977): »Ideologie und ideologische Staatsapparate (Anmerkungen für eine Untersuchung)«, in: Louis Althusser (Hg.), Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg: VSA-Verl., S. 108–153.
- Amann, Klaus/Hirschauer, Stefan (1997): »Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm«, in: Stefan Hirschauer/Klaus Amann (Hg.), Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7–52.
- Anhorn, Roland (Hg.) (2007): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Anhorn, Roland/Stehr, Johannes (Hg.) (2021): Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit, Wiesbaden: Springer VS.
- Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt, München: Piper.
- Arnstein, Sherry R. (1969): »A Ladder of Citizen Participation«, in: Journal of the American Planning Association 35, S. 216–224.
- Arriagada, Céline/Tesch-Römer, Clemens (2022): »Politische Partizipation«, in: Julia Simonson/Nadiya Kelle/Corinna Kausmann et al. (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 263–289.
- Asbrand, Barbara/Gasterstädt, Julia/Hackbarth, Anja/Martens, Matthias (2020): »Was bewegt Inklusion? Theoretische und empirische Analysen zu Spannungsverhältnissen einer inklusiven Schule«, in: Isabell van Ackeren/Helmut Bremer/Fabian Kessl et al. (Hg.), Bewegungen. Beiträge zum 26. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 517–528.
- Aurata, Otger (2013): »Was ist eigentlich Partizipation? Bestandsaufnahme und neue Theorie«, in: Sozial Extra 37, S. 16–19.
- Bandura, Albert (1997): Self-efficacy. The exercise of control. New York: W.H. Freeman and Company.

- Barber, Benjamin R. (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen (= Rotbuch-Rationen)*, Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Bareis, Ellen (2012): »Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsfor- schung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Parti- zipation«, in: Schimpf/Steher, *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Ge- genstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven*, S. 291–314.
- Bareis, Ellen/Cremer-Schäfer, Helga (2013): »Empirische Alltagsforschung als Kri- tik. Grundlagen der Forschungsperspektive der ›Wohlfahrtsproduktion von un- ten‹«, in: Gunther Graßhoff (Hg.), *Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezo- gene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit*, Wiesbaden: Springer VS, S. 139–159.
- Bareis, Ellen/Kolbe, Christian/Ott, Marion/Rathgeb, Kerstin/Schütte-Bäumner, Christian (2013): »Einleitung: Zwischen Ausschließung und Eigensinn. Nach- denken über Wissenschaft und Alltag in institutionalisierten Zusammenhän- gen«, in: Bareis/Kolbe/Ott/Rathgeb/Schütte-Bäumner, *Episoden sozialer Aus- schließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Festschrift zum 65. Geburtstag von Helga Cremer-Schäfer*, S. 10–18.
- Bareis, Ellen/Kolbe, Christian/Ott, Marion/Rathgeb, Kerstin/Schütte-Bäumner, Christian (Hg.) (2013), *Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämp- fe und widerständige Praktiken. Festschrift zum 65. Geburtstag von Helga Cremer-Schäfer*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bartelheimer, Peter (2007): »Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel«, in: *Fachforum Analysen und Kommentare der Friedrich Ebert Stiftung*, Berlin: FES.
- Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Hajasch, Lydia (Hg.) (2017): *Partizipation in der Bürgerkommune (= KWI Schriften, Band 10)*, Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Bauer, Hartmut/Hajasch, Lydia (2017): »Vom passiven Untertan über den Wutbürger zum aktiven Citoyen in der Bürgerkommune. Einleitende Problemskizzen«, in: Bauer/Büchner/Hajasch, *Partizipation in der Bürgerkommune*, S. 15–32.
- Bayard de Volo, Lorraine/Schatz, Edward (2004): »From the Inside Out. Ethno- graphic Methods in Political Research«, in: *Political Science and Politics* 37, S. 267–271.
- Becker, Elke/Gualini, Enrico/Runkel, Carolin/Graf Strachwitz, Rupert (Hg.) (2010): *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, Stutt- gart: Lucius & Lucius.
- Becker, Howard S. (2014): *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*, Wiesbaden: Springer VS.

- Becker, Katharina J./Schramkowski, Barbara (2017): »Politische Partizipation junger Menschen mit Migrationshintergrund«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 66, S. 470–476.
- Becker, Ruth (2010): »Raum: Feministische Kritik an Stadt und Raum«, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 806–819.
- Behrmann, Laura/Eckert, Falk/Gefken, Andreas/Berger, Peter A. (Hg.) (2018): »Doing Inequality«. *Prozesse sozialer Ungleichheit im Blick qualitativer Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Benhabib, Seyla (1995): *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Benhabib, Seyla (Hg.) (1996), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Berg, Eberhard/Fuchs, Martin (Hg.) (1993): *Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bergold, Jarg/Thomas, Stefan (2012): »Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 13, Art. 30.
- Bethmann, Stephanie/Niermann, Debora (2015): »Crossing Boundaries in Qualitative Research – Entwurf einer empirischen Reflexivität der qualitativen Sozialforschung in Deutschland und den USA«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 16, Art. 19.
- Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane (2010): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven*, http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_betz_gaiser_pluto_101015.pdf vom 22.05.2024.
- Beushausen, Jürgen/Rusert, Kirsten/Stummbaum, Martin (2019): »Hilfe zur Selbsthilfe. Notwendigkeiten, Ansätze und Perspektiven einer partizipativen Gestaltung und Förderung dieser Handlungsmaxime«, in: Köttig/Röh, *Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie*, S. 271–279.
- Bipar (2018): *Das Konzept der Partizipationsleiter. Ein Modell von Sherry R. Arnstein zur Klassifikation von Bürgerbeteiligungsverfahren*, <https://www.bipar.de/das-konzept-der-partizipationsleiter/> vom 22.05.2024.
- Birkholz, Sina/Bochmann, Annett/Schank, Jan (2018): »Ethnografie und Teilnehmende Beobachtung«, in: Claudius Wagemann/Achim Goerres/Markus Siewert (Hg.), *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 1–26.

- Bitzan, Maria (2013): »...damit die Menschen Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse bekommen...«. Lebensweltorientierung und Gemeinwesenarbeit«, in: Stövesand/Stoik/Troxler, Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich, S. 110–121.
- Bitzan, Maria (2016a): »Gemeinwesenarbeit«, in: Klaus Grunwald/Hans Thiersch (Hg.), Praxishandbuch Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Handlungszusammenhänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 371–381.
- Bitzan, Maria (2016b): »Recht auf Beteiligung. Kommunale Planung und Gemeinwesenarbeit unter Genderaspekten«, in: Drilling/Oehler, Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen, S. 237–251.
- Bitzan, Maria/Stövesand, Sabine (2022): »Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und Gemeinwesenarbeit«, in: Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 42, S. 39–50.
- Blumer, Herbert (1954): »What's wrong with Social Theory?«, in: American Sociological Review 19, S. 3–10.
- Boban, Ines/Hinz, Andreas (Hg.) (2020): Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft. Erfahrungen, Methoden, Analysen, Weinheim: Beltz.
- Bock, Karin/Maischatz, Katja (2010): »Ethnographie und Soziale Arbeit – Ein kritisches Plädoyer«, in: Heinzel/Thole/Cloos/Köngeter, »Auf unsicherem Terrain«. Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens, S. 49–66.
- Bödeker, Sebastian (2012): »Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland«, in: WZBrief Zivil-Engagement, S. 2–7.
- Boehm, Andreas (1994): »Grounded Theory – Wie aus Texten Modelle und Theorien gemacht werden«, in: Andreas Boehm (Hg.), Texte verstehen. Konzepte, Methoden, Werkzeuge, Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz, S. 121–140.
- Böhnke, Petra (2011): »Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 61, S. 18–25.
- Bohnsack, Ralf (2007): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Bollig, Sabine/Kelle, Helga (2014): »Kinder als Akteure oder als Partizipanden von Praktiken?«, in: ZSE – Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, S. 263–279.
- Boulet, J.J./Krauss, E.J./Oelschlägel, Dieter (2019[1980]): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip. Eine Grundlegung, Bielefeld: ajz-Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2014[1982]): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Brandenberg, Elias/Kaschlik, Anke (2022): »Partizipation in Genossenschaftssiedlungen. Warum? Für wen? Und was braucht es dafür?«, in: pnd|online, 253–268.
- Breidenstein, Georg (2017): »Interdisziplinäre Tradition und disziplinäre Konvention in der erziehungswissenschaftlichen Ethnographie«, in: ZQF – Zeitschrift für Qualitative Forschung 18, S. 9–20.
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2013): Ethnografie. Die Praxis der Feldforschung, Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft mbH; UVK/Lucius.
- Breidenstein, Georg/Jergus, Kerstin (2008): »Doing Pupil among Peers. Ethnographic Observations«, in: Heinz-Hermann Krüger/Werner Helsper/Gesine Foljanty-Jost/Rolf-Torsten Kramer/Merle Hummrich (Hg.), Family, school, youth culture. International perspectives of pupil research, Frankfurt a.M.: Lang, S. 115–134.
- Bringt, Friedemann (2021): Umkämpfte Zivilgesellschaft. Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Budde, Jürgen (2010): »Inszenierte Mitbestimmung?! Soziale und demokratische Tendenzen im schulischen Alltag«, in: Zeitschrift für Pädagogik 56, S. 384–401.
- Budde, Jürgen (2015): »Reflexionen zur Bedeutung von Handlung und Praktik in der Ethnographie«, in: ZQF – Zeitschrift für Qualitative Forschung 16, S. 7–24.
- Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hg.) (2006): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bührmann, Andrea D. (2004): »Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans-)Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen«, in: FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 6, Art. 16.
- Bührmann, Andrea D. (2005): »Die Politik des Selbst. Rezeptionssperren und produktive Aneignungen der Foucault'schen Studien zur Gouvernementalität«, in: Cilja Harders/Heike Kahlert/Delia Schindler (Hg.), Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175–192.
- Bührmann, Andrea D./Schneider, Werner (2007): »Mehr als nur diskursive Praxis? – Konzeptionelle Grundlagen und methodische Aspekte der Dispositivanalyse«, in: FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 8, Art. 28.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommune, Kinder- und Jugendarbeit und

- Erzieherische Hilfen, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kindergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf> vom 22.05.2024.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung«, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/zweiter-bericht-ueber-die-entwicklung-des-buergerschaftlichen-engagements-in-der-bundesrepublik-deutschland/115660> vom 22.05.2024.
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) (2007): LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt, https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf vom 22.05.2024.
- Bundesministerium für Frauen und Jugend (1990): 8. Jugendbericht, <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/literatursuche/detailansicht/literatur/12730-8-jugendbericht.html> vom 22.05.2024.
- Burckhardt, Lucius (2004): Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch, Berlin: Schmitz.
- Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg (Hg.) (1971): Sanierung für wen? Gegen Sozialstaatsopportunismus und Konzernplanung, Berlin: Agit Druck.
- Butler, Judith (1990): Gender trouble. Feminism and the subversion of identity, New York: Routledge.
- Butler, Judith (2003): Kritik der ethischen Gewalt. Adorno-Vorlesungen 2002, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Charmaz, Kathy (2006): Constructing grounded theory. A practical guide through qualitative analysis, London: SAGE.
- Clarke, Adele E. (2005): Situational analysis. Grounded theory after the postmodern turn, Thousand Oaks, Calif.: Sage Publ.
- Clarke, Adele E. (2009): »From Grounded Theory to Situational Analysis. What's new? Why? How?«, in: Janice M. Morse/Phyllis N. Stern/Juliet Corbin/Barbara Bowers/Kathy Charmaz/Adele Clarke (Hg.), Developing Grounded Theory. The Second Generation, Walnut Creek, CA: Left Coast Press, S. 194–233.
- Clarke, Adele E. (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn (= Interdisziplinäre Diskursforschung), Wiesbaden: Springer VS.
- Clarke, Adele E./Frieze, Carrie/Washburn, Rachel (2015): »Introducing Situational Analysis«, in: Adele E. Clarke/Carrie Frieze/Rachel Washburn (Hg.), Situational analysis in practice. Mapping research with grounded theory, Walnut Creek, Calif.: Left Coast Press, S. 11–75.

- Clarke, Adele E./Frieze, Carrie/Washburn, Rachel (2018): *Situational analysis. Grounded theory after the interpretive turn*, Los Angeles, London, New Delhi, Singapore: SAGE.
- Clarke, Adele E./Keller, Reiner (2011): »Für mich ist die Darstellung der Komplexität der entscheidende Punkt.« Zur Begründung der Situationsanalyse«. Adele E. Clarke im Gespräch mit Reiner Keller, in: Mey/Mruck, *Grounded theory reader*, S. 109–131.
- Claussen, Wiebke (2013): Wo können Beteiligungsprojekte in der Sozialen Stadt auf der Stufenleiter der Partizipation angesiedelt werden?, https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_claussen_131213.pdf vom 22.05.2024.
- Cremer-Schäfer, Helga (2012): »Kritische Institutionenforschung. Eine Forschungstradition, an der weiter gearbeitet werden kann?«, in: Schimpf/Stehr, *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven*, S. 135–148.
- Cremer-Schäfer, Helga (2018): »Soziale Ausschließung als Voraussetzung und Folge Sozialer Arbeit«, in: Roland Anhorn/Elke Schimpf/Johannes Stehr/Kerstin Rathgeb/Susanne Spindler/Rolf Keim (Hg.), *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit*, Wiesbaden: Springer VS, S. 35–50.
- Czollek, Leah C./Perko, Gudrun/Weinbach, Heike (2012): *Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2018): *Wirksame Jugendbeteiligung ist mehr*, <https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2018/2018-DBJR-VV-POSITION-v2-beteiligung.pdf> vom 11.06.2022.
- DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (2016): *Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und DBSH. Übersetzung der »Global Definition of Social Work« der International Federation of Social Workers (IFSW)*, <https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html> vom 22.05.2024.
- Debiel, Stefanie (2006): »Lebensweltorientierung, Sozialraumorientierung und Partizipation. Zentrale Handlungsmaximen Sozialer Arbeit im 21. Jahrhundert«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 55, S. 343–348.
- Deinet, Ulrich/Mildner, Markus (2009): »Projekte der Mobilen Jugendarbeit gegen die Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum«, in: *Deutsche Jugend* 57, S. 312–318.
- Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt/von Schwanenflügel, Larissa/Schwerthelm, Moritz (Hg.) (2021): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Demirović, Alex (2008): Das Problem der Macht bei Michel Foucault. IPW Working Paper 2/2008, https://ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2008_IPW_Working_Papers_Demirovic.pdf vom 22.05.2024.
- Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe (2012): »Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns«, in: Werner Thole (Hg.), *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 197–217.
- Diaz-Bone, Rainer (2013): »Review Essay: Situationsanalyse – Strauss meets Foucault?«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 14, Art. 11.
- Diebäcker, Marc (2014): *Soziale Arbeit als staatliche Praxis im städtischen Raum*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Dirks, Sebastian/Kessl, Fabian/Lippelt, Maike/Wienand, Carmen (Hg.) (2016): *Urbane Raum(re)produktion. Soziale Arbeit macht Stadt*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dirks, Sebastian/Kessl, Fabian/Schulz, Kristina (2016): »Kapitel V: »Also mal sehen – wenn wir das so hinkriegen, wie wir das wollen – wo die dann landen ...«. Zur (Re)produktion von (Un)Ordnung im öffentlichen Raum«, in: Dirks/Kessl/Lippelt/Wienand, *Urbane Raum(re)produktion. Soziale Arbeit macht Stadt*, S. 109–129.
- DIVSI – Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (2014): *DIVSI-Studie zu Bereichen und Formen der Beteiligung im Internet. Ein Überblick über den Stand der Forschung*, <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2014/04/DIVSI-Studie-zu-Bereichen-und-Formen-der-Beteiligung-im-Internet.pdf> vom 22.05.2024.
- Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hg.) (2013): *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Dzudzek, Iris (2016): *Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen (= Sozial- und Kulturgeographie, Band 13)*, Bielefeld: transcript.
- Dzudzek, Iris (2017): »Wem gehört die Planung? Recht auf Stadt jenseits des Kolumbus-Syndroms. Kommentar zu Lucius Burckhardts »Wer plant die Planung?«, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5, S. 163–172.
- Eggers, Maureen M. (o.J.): Gleichheit und Differenz in der frühkindlichen Bildung – Was kann Diversität leisten?, <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/08/01/gleichheit-und-differenz-der-fruehkindlichen-bildung-was-kann-diversitaet-leisten> vom 22.05.2024.
- Engelhardt, Anina/Kajetzke, Laura (2010): *Handbuch Wissensgesellschaft. Theorien, Themen und Probleme (= Sozialtheorie)*, Bielefeld: transcript.

- Equit, Claudia (2018): »Bildung und Beteiligung oder doch Teilhabe? Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen«, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 13, S. 87–97.
- Etzold, Benjamin (2011): »Die umkämpfte Stadt. Die alltägliche Aneignung öffentlicher Räume durch Straßenhändler in Dhaka (Bangladesch)«, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg: VSA-Verl., S. 187–220.
- European Conference of Ministers Responsible for Regional Planning (1983): European Regional/spatial Planning Charter: Torremolinos Charter, Adopted on 20 May 1983 at Torremolinos (Spain), <http://rm.coe.int/09000016807a9b1f> vom 22.05.2024.
- Fegter, Susann (2015): »Die doppelte Krise der Jungen. (Neu-)Ordnungen von Geschlecht und Männlichkeit im Modus generationaler Aufmerksamkeit und Sorge«, in: Susann Fegter/Fabian Kessl/Antje Langer et al. (Hg.), Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen, Wiesbaden: Springer VS, 325–345.
- Fegter, Susann/Kessl, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (2015): »Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Theorien, Methodologien, Gegenstandskonstruktionen«, in: Fegter/Kessl/Langer/Ott/Rothe/Wrana, Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen, S. 9–55.
- Fegter, Susann/Kessl, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (2015) (Hg.), Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen, Wiesbaden: Springer VS
- Fehren, Oliver (2006): »Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend?«, in: neue praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 35, S. 575–595.
- Fishkin, James S. (2009): When the people speak. Deliberative democracy and public consultation, Oxford: Oxford Univ. Press.
- Flick, Uwe (2014): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Flösser, Gaby/Otto, Hans-Uwe (1998): »Towards More Democracy in Social Services. Models and Culture of Welfare«, in: Hans-Uwe Otto (Hg.), Towards More Democracy in Social Services. Models of Culture and Welfare, Berlin/Boston: de Gruyter, S. 3–16.
- Flügel, Alexandra (2021): »Im Klassenrat – Handlungsmacht zwischen Passung und Verletzbarkeit«, in: Müller/Munsch, Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation, S. 52–62.
- Flyvbjerg, Bent/Richardson, Tim (2002): »Planning and Foucault. In Search of the Dark Side of Planning Theory«, in: Philip Allmendinger (Hg.), Planning futures. New directions for planning theory, London u.a.: Routledge, S. 44–62.

- Foucault, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978): »Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere. Ein Gespräch mit Lucette Finas«, in: Michel Foucault (Hg.), *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve, S. 104–117.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1994[1976]): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1994): »Wie wird Macht ausgeübt?«, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow/Michel Foucault (Hg.), *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Weinheim: Beltz-Athenäum, S. 251–261.
- Foucault, Michel (1996): *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Foucault, Michel (2000): »Die Gouvernementalität«, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 41–67.
- Foucault, Michel (2005): »Subjekt und Macht«, in: Michel Foucault (Hg.), *Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits. Band IV, 1980–1988*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 269–294.
- Foucault, Michel (2017[1977]): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit: Erster Band*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy (1994a): »Die Frauen, die Wohlfahrt und die Politik der Bedürfnisinterpretation«, in: Fraser, *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, S. 222–248.
- Fraser, Nancy (1994b): »Foucault über die moderne Macht: Empirische Einsichten und normative Unklarheiten«, in: Fraser, *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, S. 31–55.
- Fraser, Nancy (1994c): »Foucaults Sprache des Körpers: Eine posthumanistische politische Rhetorik?«, in: Fraser, *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, S. 86–103.
- Fraser, Nancy (1994) (Hg.), *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Friebertshäuser, Barbara/Kelle, Helga/Boller, Heike/Bollig, Sabine/Huf, Christina/Langer, Antje/Ott, Marion/Richter, Sophia (Hg.) (2012): *Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Friedrich, Stefanie (2012): »Brüderlich geteilt? Politische Teilhabe aus der Geschlechterperspektive«, in: Gabriele Wilde (Hg.), *Im Blick der Disziplinen. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 55–70.
- Fritzsche, Bettina (2014): »Inklusion als Exklusion. Differenzproduktion im Rahmenschulischen Anerkennungsgeschehens«, in: Tervooren/Engel/Göhlich/Miethe/

- Reh, Ethnographie und Differenz in pädagogischen Feldern. Internationale Entwicklungen erziehungswissenschaftlicher Forschung, S. 329–345.
- Fuchs, Gesine (2006): »Politische Partizipation von Frauen in Deutschland«, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 235–260.
- Funk, Christian/Scholten, Lisa (2022): »Engagementprofile in formalisierten und informellen Settings. Ergebnisse des ethnografischen Forschungsprojekts ›Informelles Engagement im Sozialraum‹ (IZESO)«, in: Gille/Jepkens, Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement, S. 123–138.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina (2012): »Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen«, in: Thomas Rauschenbach/Walter Bien (Hg.), Aufwachsen in Deutschland. AID:A – der neue DJI-Survey, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 136–159.
- Gasterstädt, Julia/Rüger, Stella (2021): »Differenzsetzung situieren? Möglichkeiten und Grenzen der Situationsanalyse am Beispiel der empirischen Auseinandersetzung mit Differenz«, in: Sabine Gabriel/Katrin Kotzyba/Patrick Leinhos/Dominique Matthes/Karina Meyer/Matthias Völker (Hg.), Soziale Differenz und Reifizierung. Theoretische Zugänge und forschungspraktische Bearbeitungen, Wiesbaden: Springer VS, S. 51–75.
- Gauditz, Leslie/Klages, Anna-Lisa/Kruse, Stefanie/Marr, Eva/Mazur, Ana/Schwertel, Tamara/Tietje, Olaf (Hg.) (2023): Die Situationsanalyse als Forschungsprogramm. Theoretische Implikationen, Forschungspraxis und Anwendungsbeispiele, Wiesbaden Springer VS.
- Gebhardt, Dirk/Holm, Andrej (2011): »Initiativen für ein Recht auf Stadt«, in: Holm/Gebhardt, Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Anordnungen, S. 7–23.
- Geertz, Clifford (1987): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Geißel, Brigitte (2008): »Wozu Demokratisierung der Demokratie? Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements«, in: Angelika Vetter (Hg.), Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29–48.
- Geißel, Brigitte (2012): »Regieren und Partizipation – zwischen Legitimität und Effektivität?«, in: Björn Egner (Hg.), Regieren. Festschrift für Hubert Heinelt, Wiesbaden: Springer VS, S. 219–233.
- Geißel, Brigitte/Kersting, Norbert (2014): »Zwischen Parteiendemokratie und partizipativen Innovationen – Beteiligungskultur in Deutschland«, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.), Teilhaben und Mitgestalten. Beteiligungskulturen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 80–99.

- Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung, http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/partizipation/Dynamiken_der_politischen_Partizipation/geissel_penrose.pdf vom 22.05.2024.
- Gerhartz-Reiter, Sabine/Reisenauer, Cathrin (Hg.) (2020): Partizipation und Schule. Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Gesemann, Frank/Riede, Milena (2021): Potentiale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht, https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._21_GWA_und_lokale_Demokratie.pdf vom 22.05.2024.
- Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (2014a): »Einleitung«, in: Gestring/Ruhne/Wehrheim, Stadt und soziale Bewegungen, S. 7–21.
- Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (2014b): Stadt und soziale Bewegungen (= Stadt, Raum und Gesellschaft), Wiesbaden: Springer VS.
- Giddens, Anthony (1995): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt: Campus.
- Giesecke, Hermann (1978): Die Jugendarbeit, München: Juventa.
- Gille, Christoph/Jepkens, Katja (Hg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement, Baden-Baden: Nomos.
- Gillingham, Philip/Smith, Yvonne (2020): »Epistemological Siblings. Seven Reasons to Teach Ethnography in Social Work Education«, in: The British Journal of Social Work 50, S. 2233–2251.
- Girtler, Roland (1996): »Die zehn Gebote der Feldforschung«, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SUB) 19, S. 378–379.
- Girtler, Roland (2009): 10 Gebote der Feldforschung, Wien: Lit.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research, New York: Aldine.
- Glaser, Barney G./Tarozzi, Massimiliano (2011): »Vierzig Jahre nach ›The Discovery‹: Grounded Theory weltweit«, in: Mey/Mruck, Grounded theory reader, S. 53–67.
- Glasze, Georg/Mattisek, Annika (2009): »Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe«, in: Georg Glasze/Annika Mattisek (Hg.), Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung, Bielefeld: transcript, S. 153–179.
- Goffman, Erving (1996): »Über Feldforschung«, in: Hubert Knoblauch (Hg.), Kommunikative Lebenswelten. Zur Ethnographie einer geschwätzigen Gesellschaft, Konstanz: UVK, S. 261–269.
- Goffman, Erving (2011[1969]): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München, Berlin, Zürich: Piper.

- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the prison notebooks*, New York: International Publishers.
- Graßhoff, Gunther/Renker, Anna/Schröer, Wolfgang (Hg.) (2018): *Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Gribat, Nina (2021): *Stadt für wen?*, <https://www.marlowes.de/stadt-fuer-wen/vom-22.05.2024>.
- Gribat, Nina/Kadi, Justin/Lange, Jan/Meubrink, Yuca/Müller, Jonas (2017): »Planung als politische Praxis. Zur Einleitung in den Themenschwerpunkt«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, S. 7–20.
- Griesbacher, Martin (2016): »Kodierparadigma und Temporal Sensitivity in der Grounded Theory. Bemerkungen zu den »Methodological Assumptions« von A. Strauss und J. Corbin«, in: Claudia Equit/Christoph Hohage (Hg.), *Handbuch Grounded Theory. Von der Methodologie zur Forschungspraxis*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 141–157.
- Habermas, Jürgen (1984): »Vorlesungen zu einer sprachtheoretischen Grundlegung der Soziologie (1970/71)«, in: Jürgen Habermas (Hg.), *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 11–126.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): »Three Normative Models of Democracy«, in: Benhabib, *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, S. 21–30.
- Habermas, Jürgen (2005): *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hamm, Marion (2013): »Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie. Methodische Überlegungen zur Forschung in sozialen Bewegungen«, in: Beate Binder (Hg.), *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 55–72.
- Hanhörster, Heike/Reimann, Bettina (2007): *Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren. Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft*, <https://repository.difu.de/jspui/bitstream/difu/131762/1/DF11271.pdf> vom 22.05.2024.
- Hansen, Rüdiger/Knauer, Rainard/Friedrich, Bianca (2006): *Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertageseinrichtungen*, <https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/kinderstubederdemokratie.pdf> vom 22.05.2024.

- Hansen, Rüdiger/Knauer, Rainard/Sturzenhecker, Benedikt (2011): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern!, Bonn: bpb.
- Hart, Roger (1997): Children's participation. The theory and practice of involving young citizens in community development and environmental care, London, New York: Routledge.
- Harvey, David (2008): »The Right to the City«, in: New Left Review 53, <https://newleftreview.org/issues/ii53/articles/david-harvey-the-right-to-the-city> vom 22.05.2024.
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Healey, Patsy (1997): Collaborative planning. Shaping places in fragmented societies, Vancouver: UBC Press.
- Hebestreit, Ray (2013): Partizipation in der Wissensgesellschaft. Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren, Wiesbaden: Springer VS.
- Hechler, Daniel/Philipps, Axel (2008): »Einleitung«, in: Daniel Hechler/Axel Philipps (Hg.), Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht, Bielefeld: transcript, S. 7–16.
- Heeg, Susanne (2016): »Zur Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter. Eine wissenschaftliche Debatte«, in: Oehler/Thomas/Drilling, Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke, S. 11–22.
- Heinzel, Friederike/Thole, Werner/Closs, Peter/Köngeter, Stefan (Hg.) (2010): »Auf unsicherem Terrain«. Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. Discussion Paper P 2018–001, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> vom 22.05.2024.
- Herrera, Chris D. (2016): »A Clash of Methodology and Ethics in »Undercover« Social Science«, in: Philosophy of the Social Sciences 33, S. 351–362.
- Herzog, Kerstin (2015): Schulden und Alltag. Arbeit mit schwierigen finanziellen Situationen und die (Nicht-Nutzung) von Schuldner-Beratung, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Herzog, Kerstin (2020): »Lehren aus der (Nicht-)Nutzung von Schuldenberatung?«, in: Anne van Rießen/Katja Jepkens (Hg.), Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 259–273.
- Hickerson, Andrea/Gastil, John (2008): »Assessing the Difference Critique of Deliberation. Gender, Emotion, and the Jury Experience«, in: Communication Theory 18, S. 281–303.

- Hildebrand, Marius (2018): »Emanzipation und Demokratie jenseits der Aporien eines anti-soziologischen Egalitarismus. Ernesto Laclaus politische Ontologie als Antwort auf Jaques Rancières Soziologiekritik«, in: Thomas Linpinsel/Il-Tschung Lim (Hg.), Gleichheit, Politik und Polizei. Jacques Rancière und die Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 9–29.
- Hildebrandt, Frauke (2021): »Das Recht auf Beteiligung in Krippen«, in: Frühe Kindheit, S. 14–19.
- Hillebrandt, Frank (2002): »Die verborgenen Mechanismen der Materialität. Überlegungen zu einer Praxistheorie der Technik«, in: Jörg Ebrecht/Frank Hillebrandt (Hg.), Bourdieus Theorie der Praxis. Erklärungskraft – Anwendung – Perspektiven, Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 19–45.
- Hillebrandt, Frank (2016): »Die Soziologie der Praxis als post-strukturalistischer Materialismus«, in: Hilmar Schäfer (Hg.), Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm, Bielefeld: transcript, S. 71–93.
- Hinte, Wolfgang (2005[1994]): Intermediäre Instanzen in der Gemeinwesenarbeit: Die mit den Wölfen tanzen, <https://www.stadtteilarbeit.de/gemeinwesenarbeit/grundlagen/intermediaere-instanzen-der-gemeinwesenarbeit-die-mit-den-woelfen> vom 22.05.2024.
- Hinte, Wolfgang (2018): »Gemeinwesenarbeit«, in: Graßhoff/Renker/Schröer, Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung, S. 205–216.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis, Neuwied: Luchterhand.
- Hinte, Wolfgang/Litges, Gerhard/Springer, Werner (1999): Soziale Dienste: vom Fall zum Feld. Soziale Räume statt Verwaltungsbezirke, Berlin: Edition Sigma.
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (Hg.) (2011): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven, Weinheim, München: Juventa.
- Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2014): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Hirschauer, Stefan (2001): »Ethnografisches Schreiben und die Schweigsamkeit des Sozialen. Zu einer Methodologie der Beschreibung«, in: Zeitschrift für Soziologie 30, S. 429–451.
- Hirschauer, Stefan (2004): »Praktiken und ihre Körper. Über materielle Partizipanden des Tuns«, in: Hörning/Reuter, Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, S. 73–91.
- Hirschauer, Stefan (2008a): »Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis«, in: Kalthoff/Hirschauer/Lindemann, Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, S. 165–187.

- Hirschauer, Stefan (2008b): »Körper macht Wissen – Für eine Somatisierung des Wissensbegriffs«, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft*, Frankfurt, New York: Campus, S. 974–984.
- Hitzler, Ronald (1986): »Die Attitüde der künstlichen Dummheit. Zum Verhältnis von Soziologie und Alltag«, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen (SOWI)* 15, S. 53–59.
- Hoecker, Beate (Hg.) (2006): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Holland-Cunz, Barbara (1994): »Öffentlichkeit und Intimität – demokratietheoretische Überlegungen«, in: Elke Biester/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer (Hg.), *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*, Frankfurt, New York: Campus, S. 227–246.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg: VSA-Verlag, S. 7–23.
- Honer, Anne (1993): »Das Perspektivenproblem in der Sozialforschung. Bemerkungen zur lebensweltlichen Ethnographie«, in: Thomas Jung/Stefan Müller-Doohm (Hg.), »Wirklichkeit« im Deutungsprozess. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 241–257.
- Hörning, Karl H. (2001): *Experten des Alltags. Die Wiederentdeckung des praktischen Wissens*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hg.) (2004a): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis (= Sozialtheorie)*, Bielefeld: transcript.
- Hörning, Karl H./Reuter, Julia (2004b): »Doing Culture: Kultur als Praxis«, in: Hörning/Reuter, *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*, S. 9–15.
- Howarth, David R. (2005): »Applying discourse theory: The method of articulation«, in: David R. Howarth/Jacob Torfing (Hg.), *Discourse theory in European politics. Identity, policy and governance*, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 316–349.
- IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2011): *Partizipation vor Ort. Endbericht*, http://www.vernetzung-migration-hamburg.de/fileadmin/user_upload/zentrale-pdf/Sudie_PartizipationMSO_April13.pdf vom 22.05.2024.
- Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (2022): »Migrationsgesellschaftliche Anforderungen für Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements mit Fokus auf die Teilhabe Geflüchteter«, in: Gille/Jepkens, *Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement*, S. 34–50.
- Initiative »Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!« (2016): »Der Lucius-Burckhardt-Platz in Kassel. Eine Geschichte über den Kampf um Legitimität und Deutungsho-

- heit bei der Neugestaltung des Campus der Universität Kassel«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4, S. 249–264.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013): *Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/studien/Engagement_Motive_Bericht.pdf vom 22.05.2024.
- Ipsen, Detlev (2010): »Bürgerbeteiligung und konzeptionelle Planung«, in: Becker/Gualini/Runkel/Graf Strachwitz, *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement*, S. 237–249.
- ISSAB – Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (Hg.) (1989): *Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe. Stadtteilbezogene soziale Arbeit als Handlungsansatz in beruflicher Praxis und studentischer Ausbildung*, Essen: Klartext-Verlag.
- Jacobs, Jane (1992[1961]): *The death and life of great American cities*, New York: Vintage Books.
- Jaeggi, Rahel (2009): »Was ist Ideologiekritik?«, in: Rahel Jaeggi/Tilo Wesche (Hg.), *Was ist Kritik?*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 266–295.
- Jäger, Siegfried (2001): »Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1. Theorien und Methoden*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81–112.
- Jantzen, Wolfgang (2003): »Materialistische Behindertenpädagogik als basale und allgemeine Pädagogik«, in: Armin Bernhard/Armin Kremer/Falk Rieß (Hg.), *Kritische Erziehungswissenschaft und Bildungsreform. Programmatik – Brüche – Neuansätze; 1: Theoretische Grundlagen und Widersprüche*, Baltmannsweiler: Schneider, S. 104–125.
- Jepkens, Katja/van Rieën, Anne/Streck, Rebekka (2020): »Auch Nutzer*innen spielen Theater. Teil 2«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 69, S. 82–89.
- Jergus, Kerstin (2014): »Figuren der Teilnahme. Der Anteil des Sozialen in der wissenschaftlichen Erkenntnis«, in: *Berliner Debatte Initial* 25, 115–125.
- Jergus, Kerstin (2020): »Partizipation«, in: Gabriele Weiß/Jörg Zirfas (Hg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungsphilosophie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 453–465.
- Jörke, Dirk (2011): »Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61, S. 13–18.
- Kaase, Max (1992): »Vergleichende Politische Partizipationsforschung«, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), *Vergleichende Politikwis-*

- senschaft. Ein einführendes Studienhandbuch, Opladen: Leske + Budrich, S. 145–160.
- Kaase, Max (1996): »Partizipation«, in: Dieter Nohlen (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 521–527.
- Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.) (2009): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kalthoff, Herbert (1997): Wohlerzogenheit. Eine Ethnographie deutscher Internatschulen, Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Kalthoff, Herbert/Hirschauer, Stefan/Lindemann, Gesa (Hg.) (2008): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kardorff, Ernst von (2014): »Partizipation im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs. Anmerkungen zur Vielfalt eines Konzepts und seiner Rolle in der Sozialarbeit«, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 45, S. 4–15.
- Karnick, Nora/Simonson, Julia/Hagen, Christine (2022): »Organisationsformen und Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement«, in: Julia Simonson/Nadiya Kelle/Corinna Kausmann et al. (Hg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 183–202.
- Kaßner, Jan/Kersting, Norbert (2021): Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen. Abschlussbericht (= vhw-Schriftenreihe 22), https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw-Schriftenreihe_Nr._22_Politische_Partizipation_maginalisierter_Menschen.pdf vom 22.05.2024.
- Katzenmaier, Daniel/Böttcher, Norman (2021): »Das S in Partizipation kommt von Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Zu (halb) vergessenen Begriffen aus der Geschichte der Jugendarbeit«, in: Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete 70, S. 384–391.
- Kausmann, Corinna/Kelle, Nadiya/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (2022): »Freiwilliges Engagement – Bedeutung für Gesellschaft und Politik«, in: Simonson/Kelle/Kausmann, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019, S. 319–326.
- Keller, Donald A. (1996): »Planung als Verstandes- und Verständigungsarbeit«, in: Klaus Selle (Hg.), Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden, Berlin: Bauverlag, S. 133–142.
- Keller, Reiner (2005): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert (2008): »Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung«, in: Kersting, Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, S. 11–39.

- Kersting, Norbert (Hg.) (2008): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert (2013): »Online participation: from ›invited‹ to ›invented‹ spaces«, in: International Journal of Electronic Governance 6, S. 270–280.
- Kersting, Norbert/Caulfield, Janice/Nickson, R. Andrew/Olowu, Dele/Wollmann, Hellmut (2009): Local Governance Reform in Global Perspective, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert/Schmitter, Philippe/Trechsel, Alexander (2008): »Die Zukunft der Demokratie«, in: Kersting, Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, S. 40–62.
- Killian, Margarete/Rinn, Moritz (2020): »Aufsuchende Soziale Arbeit in Konflikten um städtische Räume«, in: Soziale Passagen 12, S. 399–420.
- Klages, Helmut/Vetter, Angelika (2013): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung, Berlin: Edition Sigma.
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement (= Gesellschaft der Unterschiede), Bielefeld: transcript.
- Klöti, Tanja (2016): »Zum Verhältnis von partizipativer Stadtentwicklung, neoliberaler Stadtpolitik und stadtteilbezogener Sozialer Arbeit«, in: Oehler/Thomas/Drilling, Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke, S. 53–73.
- Kluge, Friedrich/Seebold, Elmar (2011): Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin: de Gruyter.
- Kluschatzka, Ralf E./Wieland, Sigrid (2009): Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knauer, Rainard/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.) (2016): Demokratische Partizipation von Kindern, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Köttig, Michaela/Röh, Dieter (2019): »Demokratie und Soziale Arbeit – ein herausforderndes Verhältnis«, in: Köttig/Röh, Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie, S. 11–20.
- Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hg.) (2019): Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Krappmann, Lothar (Hg.) (2016): Kinderrechte in die Schule. Gleichheit, Schutz, Förderung, Partizipation, Frankfurt a.M., Schwalbach am Taunus: Debus Pädagogik.

- Kress, Celina (2015): Rezension zu: Schubert, Dirk (Hg.): *Contemporary Perspectives on Jane Jacobs. Reassessing the Impacts of an Urban Visionary*. Farnham 2014/ Schubert, Dirk: *Jane Jacobs und die Zukunft der Stadt. Diskurse – Perspektiven – Paradigmenwechsel*. Stuttgart 2014, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-21878> vom 22.05.2024.
- Krug, Melanie/Corsten, Michael (2010): »Sind Nicht-Engagierte nicht eigensinnig?«, in: Angela Pilch Ortega/Andrea Felbinger/Regina Mikula et al. (Hg.), *Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41–61.
- Kubes, Tanja (2018): *Fieldwork on High Heels. Eine ethnographische Studie über Hostessen auf Automobilmessen*, Bielefeld: transcript.
- Kubicek, Herbert/Lippa, Barbara/Westholm, Hilmar (2009): *Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*, Berlin: Edition Sigma.
- Kubisch, Sonja/Franz, Julia (2022): »Professionalisierung in der Sozialen Arbeit aus der Perspektive der Praxeologischen Wissenssoziologie«, in: Ralf Bohnsack/Andreas Bonnet/Uwe Hericks (Hg.), *Praxeologisch-wissenssoziologische Professionsforschung. Perspektiven aus Früh- und Schulpädagogik, Fachdidaktik und Sozialer Arbeit*, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, S. 413–442.
- Küchler, Sandra (2021): »Beziehungsweise Partizipation«, in: Müller/Munsch, Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation, S. 98–108.
- Kühl, Jana (2019): »Planen für Praktiken. Alltagsbezüge in planerischen Abwägungen am Beispiel von urbanem Grün«, in: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning* 77, S. 131–145.
- Kühl, Stefan (2002): »Visualisierte Diskussionsführung«, in: Stefan Kühl/Petra Strodtholz (Hg.), *Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 243–276.
- Künkel, Jenny (2011): »Soziale Kämpfe von SexarbeiterInnen gegen städtische Neoliberalisierung. Das Beispiel Madrid«, in: Holm/Gebhardt, *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, S. 141–163.
- Kunstreich, Timm (1975): *Der institutionalisierte Konflikt. Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge*, Offenbach: Verlag 2000.
- Kunstreich, Timm (2001): »Vom Missverständnis eines politischen Mandates Sozialer Arbeit«, in: Merten, *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, S. 121–130.
- Kunstreich, Timm (2014): *Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Bd. 2: Blicke auf die Jahre 1955, 1970 und 1995 sowie ein Rückblick auf die Soziale Arbeit in der DDR*, <https://www.timm-kunstreich.de/publikationen/> vom 22.05.2024.

- Kunstreich, Timm/May, Michael (1999): »Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen«, in: *Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 19, S. 35–52.
- Kunstreich, Timm/May, Michael (2020): »Partizipation als Arbeitsprinzip – zur Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung«, in: *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 40, S. 49–60.
- Labitzke, Jan (2016): »Von partizipativen Demokratietheorien zu Stufenmodellen partizipativer Governance«, in: Jan Labitzke (Hg.), *Mehr partizipative Demokratie wagen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 43–100.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen Verlag.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal/Hintz, Michael/Vorwallner, Gerd (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen Verlag.
- Lang, Markus/Sarimski, Klaus (2019): »Soziale Teilhabe von Kindern mit Sehbeeinträchtigung in inklusiven Schulsettings aus Sicht der Grundschullehrkräfte«, in: *Empirische Sonderpädagogik* 11, S. 225–240.
- Langer, Antje (2003): *Klandestine Welten. Mit Goffman auf dem Drogenstrich*, Königstein/Taunus: Helmer.
- Langer, Antje (2008): *Disziplinieren und entspannen. Körper in der Schule – eine diskursanalytische Ethnographie*, Bielefeld: transcript.
- Langer, Antje (2012): »Diskursanalyse und Kritik (nicht nur) Sozialer Arbeit«, in: Roland Anhorn/Frank Bettinger/Cornelis Horlacher (Hg.), *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit*, S. 43–62.
- Latour, Bruno (1996): »On actor-network theory. A few clarifications«, in: *Soziale Welt* 47, S. 369–381.
- Lefebvre, Henri (1975): *Metaphilosophie. Prolegomena*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lefebvre, Henri (1991): *The production of space*, Oxford, Cambridge: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (1996): *Writings on cities*, Cambridge: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (2016): *Das Recht auf Stadt*, Hamburg: Edition Nautilus.
- Leßner, Tobias (2021): »Regeln als Medium von Partizipation. Herstellung von Regeln zwischen institutionalisierter Schulversammlung und Alltag in einer demokratischen Schule«, in: Müller/Munsch, *Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation*, S. 109–120.
- Liel, Manfred (2019): »Die Kinder und ihr beredtes Schweigen. Zu Partizipation und Selbstvertretung«, in: *ZEP – Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 42, S. 11–15.
- Lietzmann, Hans J. (2016): »Die Demokratisierung der Repräsentation. Dialogische Politik als neue Form der repräsentativen Demokratie«, in: Manuela Glaab (Hg.), *Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 41–57.

- Lindner, Rolf (1990): *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lindner, Werner (2016): »Prepare to lose control«. Grenzen und Möglichkeiten von Partizipation in der Kooperation mit Schule«, in: *Deutsche Jugend* 64, S. 218–225.
- Lindner, Werner (2021): »Offene Kinder- und Jugendarbeit und Kommunalpolitik«, in: Deinet/Sturzenhecker/von Schwanenflügel/Schwerthelm, *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, S. 911–923.
- Lindner, Werner (2022): »Demokratie-Illusionen (in) der Kinder- und Jugendarbeit«, in: *Deutsche Jugend* 70, S. 219–228.
- Löffler, Eva M./Sommer, Elisabeth/Pigorsch, Stephanie (2023): »Das Wissen der Sozialen Arbeit in der multiprofessionellen Kooperation. Ein Blick auf Aushandlungsprozesse, Herausforderungen und Chancen«, in: Michaela Köttig/Sonja Kubisch/Christian Spatscheck (Hg.), *Geteiltes Wissen – Wissensentwicklung in Disziplin und Profession Sozialer Arbeit*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 165–176.
- Lorey, Isabell (1999): »Macht und Diskurs bei Foucault«, in: Hannelore Bublitz/Andrea D. Bührmann/Christine Hanke et al. (Hg.), *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, Frankfurt: Campus, S. 87–96.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Macgilchrist, Felicitas/van Hout, Tom (2011): »Ethnographic Discourse Analysis and Social Science«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 12, Art. 18.
- Mannheim, Karl (1964): »Das Problem einer Soziologie des Wissens«, in: Kurt H. Wolff (Hg.), *Karl Mannheim. Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Berlin, Neuwied: Luchterhand, S. 308–387.
- Mannheim, Karl (1980): *Strukturen des Denkens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Masschelein, Jan/Quaghebeur, Kerlijn (2005): »Participation for Better or for Worse?«, in: *Journal of Philosophy of Education* 39, S. 51–65.
- May, Michael (2008): »Die Handlungsforschung ist tot. Es lebe die Handlungsforschung«, in: Michael May/Monika Alisch (Hg.), *Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 207–238.
- May, Michael (2017): *Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen (= Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 14)*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- May, Michael (2018): »Kritik der praxeologischen Analyse von Lebensformen und Perspektiven einer praxisphilosophisch-alltagskritischen Alternative«, in: *Soziale Passagen* 10, S. 45–65.

- May, Michael/Alisch, Monika (Hg.) (2008): *Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen* (= Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 2), Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- May, Michael/Alisch, Monika (2013): *AMIQUS – Unter Freunden. Ältere Migrantinnen und Migranten in der Stadt* (= Beiträge Zur Sozialraumforschung, Band 8), Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- May, Michael/Maurer, Susanne/El-Mafaalani, Aladin/Höblich, Davina/Affolderbach, Friedemann/Kiefer, Michael (2019): »Sozialisation und Soziale Arbeit in Bezug auf Diversitäten«, in: Tanja Grendel (Hg.), *Sozialisation und Soziale Arbeit*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 125–188.
- May, Michael/Müller, Falko (2023): »Von der Situationsanalyse zur Analyse von Grenzsituationen. Über das Problem der Relationierung und das emanzipatorische Potenzial der Situationsanalyse«, in: Gauditz/Klages/Kruse/Marr/Mazur/Schwertel/Tietje, *Die Situationsanalyse als Forschungsprogramm. Theoretische Implikationen, Forschungspraxis und Anwendungsbeispiele*, S. 173–185.
- Maykus, Stephan (2018): »In der Großstadt Jugend ermöglichen – Stadtteile als junge Bildungs- und Beteiligungsräume«, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 98, S. 112–118.
- Mead, George H. (1934): *Mind, self, and society. From the standpoint of a social behaviorist*, Chicago, Ill.: The University of Chicago Press.
- Menzl, Marcus (2014): »Nimby-Proteste – Ausdruck neuerwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens?«, in: Norbert Gestring/Renate Ruhne/Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 65–82.
- Merten, Roland (Hg.) (2001): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen: Leske + Budrich.
- Meuser, Michael (2007): »Repräsentation sozialer Strukturen im Wissen. Dokumentarische Methode und Habitusrekonstruktion«, in: Ralf Bohnsack/Iris Nentwig-Gesemann/Arnd-Michael Nohl (Hg.), *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 209–224.
- Mey, Günter/Mruck, Katja (2011): »Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven«, in: Mey/Mruck, *Grounded Theory Reader*, S. 11–48.
- Mey, Günter/Mruck, Katja (Hg.) (2011), *Grounded Theory Reader*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, Katrin (2011): »Kritik der konsensuellen Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit«, in: *Leviathan* 39, S. 21–38.
- Micheletti, Michele (2003): *Political Virtue and Shopping. Individualism, Consumerism and Collective Action*, New York: Palgrave.
- Moser, Sonja (2010): *Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Motzke, Katharina (2014): Soziale Arbeit als Profession. Zur Karriere »sozialer Hilfstätigkeit« aus professionssoziologischer Perspektive, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Mouffe, Chantal (1996): »Twelve Democracy, Power, and the »Political«, in: Benhabib, Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political, S. 245–256.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Müller, Carl W. (1997): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit, Weinheim: Beltz.
- Müller, Falko (2015): »Professionelles Handeln als organisierte und situierte Tätigkeit. Eine praxisanalytische Methodologie zur Untersuchung von Arbeitsbündnissen«, in: neue praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 45, S. 469–487.
- Müller, Falko (2019): Lebensqualität als Konflikt. Eine Ethnografie häuslicher Sterbebetreuung, Frankfurt a.M.: Campus.
- Müller, Falko/Munsch, Chantal (Hg.) (2021): Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Mullis, Daniel (2017): Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment (= Raumproduktionen, Band 27), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Munsch, Chantal (2003): »Die haben alles schon geplant«. Ein ethnographisches Beispiel des Engagements unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen«, in: Chantal Munsch (Hg.), Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit, Weinheim: Juventa, S. 239–269.
- Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle. Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.
- Munsch, Chantal (2010): Engagement und Diversity. Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration (= Übergangs- und Bewältigungsforschung), Weinheim: Juventa.
- Munsch, Chantal (2011): »Engagement und Ausgrenzung – Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24, S. 48–55.
- Munsch, Chantal (2012): Engagement und Ausgrenzung. Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. Stiftung Mitarbeit, https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_munsch_121123.pdf vom 22.05.2024.
- Munsch, Chantal/Müller, Falko (2021): »Jenseits der Intention. Ambivalenzen, Störungen und Ungleichheit mit Partizipation zusammendenken«, in: Müller/

- Munsch, Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation, S. 10–36.
- Nadai, Eva (2012): »Von Fällen und Formularen: Ethnographie von Sozialarbeitspraxis im institutionellen Kontext«, in: Schimpf/Steher, Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven, S. 149–163.
- Najemnik, Nicole (2021): Frauen im Feld kommunaler Politik. Eine qualitative Studie zu Beteiligungsbarrieren bei Online-Bürgerbeteiligung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt a.M.: Zweitausendeins.
- Netting, F. Ellen/Kettner, Peter M./McMurtry, Steven L./Thomas, M. Lori (2017): Social Work Macro Practice (= Connecting Core Competencies Series), Boston: Pearson.
- Neumann, Jana/Riedel, Julia/Sturzenhecker, Benedikt (2020): »Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine qualitative Studie zur Sicht der Nutzer/innen offener Einrichtungen in Hamburg-Eimsbüttel«, in: Deutsche Jugend 68, S. 57–65.
- Niermann, Oliver/Schnur, Olaf/Drilling, Matthias (Hg.) (2019): Ökonomie im Quartier. Von der sozialräumlichen Intervention zur Postwachstumsgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS.
- Nieß, Meike (2016): Partizipation aus Subjektperspektive. Zur Bedeutung von Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten, Wiesbaden: Springer VS.
- Nonhoff, Martin (2007): »Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung«, in: Martin Nonhoff (Hg.), Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, S. 7–23.
- Oehler, Patrick (2018): Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität, Wiesbaden: Springer VS.
- Oehler, Patrick (2019): »Demokratische Professionalität: Neun Handlungsleitlinien für eine demokratische professionelle Praxis in der Sozialen Arbeit«, in: Köttig/Röh, Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie, S. 238–248.

- Oehler, Patrick/Thomas, Nicola/Drilling, Matthias (Hg.) (2016), *Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt. Kontexte, Programmatiken, Ausblicke*, Wiesbaden: Springer VS.
- Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hg.) (2005): *Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit*, München: Verlag Ernst Reinhardt.
- Oelschlägel, Dieter (2011): »Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer«, in: Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel, *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven*, S. 99–128.
- Oelschlägel, Dieter (2016): »Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer partei-lichen Perspektive«, in: Drilling/Oehler, *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen*, S. 45–56.
- Offenberger, Ursula (2019): »Anselm Strauss, Adele Clarke und die feministische Gretchenfrage. Zum Verhältnis von Grounded-Theory-Methodologie und Situationsanalyse«, in: FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 20, Art. 6.
- Offenberger, Ursula/Baumgartner, Renate/Schwertel, Tamara/Tietje, Olaf/Evans-Jordan, Sarah B./Kimmerle, Birte (2023): »Editorial: Soziale Welten, Arenen und Situationsanalysen.Theoretische Debatten und forschungspraktische Erfahrungen«, in: FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 24, Art. 14.
- Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.) (2003): *Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle*, München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Ott, Marion (2011): *Aktivierung von (In-)Kompetenz. Praktiken im Profiling. Eine machtanalytische Ethnographie (= Analyse und Forschung, Band 66)*, Konstanz: UVK.
- Ott, Marion/Langer, Antje/Rabenstein, Kerstin (2012): »Integrative Forschungsstrategien – Ethnographie und Diskursanalyse verbinden«, in: Frieberthäuser et al., *Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie*, S. 169–184.
- Ott, Marion/Wrana, Daniel (2010): »Gouvernementalität diskursiver Praktiken. Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen«, in: Johannes Angermüller/Silke van Dyk (Hg.), *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 155–181.
- Pateman, Carole (1974): *Participation and democratic theory*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Perko, Gudrun/Czollek, Leah C. (2012): *Social Justice und Diversity Training. Intersektionalität als Diversitymodell und Strukturanalyse von Diskriminierung*

und Exklusion, <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/> vom 22.05.2024.

- Perko, Gudrun/Czollek, Leah C. (2022): *Lehrbuch Gender, Queer und Diversity. Grundlagen, Methoden und Praxisfelder (= Studienmodule Soziale Arbeit)*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Pickel, Susanne (2010): »Frauen versus Männer«, in: Manuela Glaab/Werner Weidenfeld/Michael Weigl (Hg.), *Deutsche Kontraste 1990–2010. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 319–354.
- Pigorsch, Stephanie (2021a): »Editorial. Raum für Selbstorganisation in der Jugendarbeit«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 70, S. 362–367.
- Pigorsch, Stephanie (2021b): »Miesepetriges Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation. (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis«, in: *Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 41, S. 9–30.
- Pigorsch, Stephanie (2021c): »Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird«, in: Müller/Munsch, *Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation*, S. 63–75.
- Pigorsch, Stephanie (2022a): »Ein kritischer Blick auf die Partizipationspraxis«, in: *Rundbrief Stadtteilarbeit* 55, S. 12–16.
- Pigorsch, Stephanie (2022b): »Orte der Partizipation als Orte der Ausschließung? Zur Praxis sozialer Ausschließung in Situationen veranstalteter Partizipation im Kontext von Gemeinwesenarbeit«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 71, S. 449–457.
- Pigorsch, Stephanie/Lack, Matthias (2015): *Kulturelle Nischen erobern die Stadt. Implizites Handlungswissen soziokultureller Initiativen (= Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 11)*, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Pigorsch, Stephanie/Rothmaler, Joseph (2021): »Von Essensplänen und ›Super-Bürgern‹. Ein Feldvergleich von Beteiligungspraktiken in Kita und Stadt«, in: Thomas/Rothmaler/Hildebrandt/Budde/Pigorsch, *Partizipation in der Bildungsforschung*, S. 224–250.
- Ploder, Andrea (2009): »Wollen wir uns irritieren lassen? Für eine Sensibilisierung der Methoden qualitativer Forschung zur interkulturellen Kommunikation durch postkoloniale Theorie«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 10, Art. 42.
- Pokorny, Sabine (2016): *Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern (= Forum empirische Sozialforschung)*, Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Pongratz, Ludwig A. (1990): Schule als Dispositiv der Macht. Pädagogische Reflexionen im Anschluss an Michel Foucault, <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2439> vom 22.05.2024.
- Posmek, Jana (2022): »Die Fridays for Future-Bewegung Deutschland. Skizzierung eines ethnographischen Forschungsprogramms«, in: Soziale Passagen 14, S. 215–224.
- Prenzel, Annedore (2016): Bildungsteilhabe und Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Eine Expertise der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF) (= Inklusion, Band 47), München: Deutsches Jugendinstitut.
- Rabenstein, Kerstin (2010): »Antje Langer: Disziplinieren und Entspannen. Körper in der Schule – eine diskursanalytische Ethnografie. Bielefeld: transcript Verlag 2008. 309 S. [Rezension]«, in: Zeitschrift für Pädagogik 56, S. 291–293.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik, Zürich: Diaphanes.
- Rathgeb, Kerstin (2013): »Nachdenken über Eigensinn und Nichtidentisches«, in: Bareis/Kolbe/Ott/Rathgeb/Schütte-Bäumner, Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Festschrift zum 65. Geburtstag von Helga Cremer-Schäfer, S. 320–331.
- Reckwitz, Andreas (2003): »Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive«, in: Zeitschrift für Soziologie 32, S. 282–301.
- Reckwitz, Andreas (2004): »Die Reproduktion und die Subversion sozialer Praktiken. Zugleich ein Kommentar zu Pierre Bourdieu und Judith Butler«, in: Hörning/Reuter, Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, S. 40–53.
- Reckwitz, Andreas (2008): »Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation«, in: Kalthoff/Hirschauer/Lindemann, Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, S. 188–209.
- Reichenbach, Roland (2020): Grenzen der interpersonalen Verständigung. Eine Kommunikationskritik, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Reimann, Bettina (2018): »Positionierung: Alle wollen Stadt entwickeln?! Alle sollen Stadt entwickeln?! Wie Good Governance eine vielfältige Stadtentwicklung befördern kann«, in: Bettina Reimann/Gudrun Kirchhoff/Ricarda Pätzold/Wolf-Christian Strauss (Hg.), Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 299–310.
- Reutlinger, Christian (2020): »Sicherheiten und Sichtbarkeiten: Ordnungspolitiken in öffentlichen Räumen und die Verdrängung der problematisierten Anderen«, in: Marc Diebäcker/Gabriele Wild (Hg.), Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum, Wiesbaden: Springer VS, S. 39–53.
- Riede, Milena/Dölker, Frank (Hg.) (2019): Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie (= mitarbeiten.skript Nr. 13), Bonn: Stiftung Mitarbeit.

- Riede, Milena/Noack, Michael (Hg.) (2017): *Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier (= mitarbeiten.skript Nr. 11)*, Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Rieger, Judith (2015): »Partizipation als Korrektiv der Sozialen Arbeit«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete*, S. 341–347.
- Rinn, Moritz (2017): *Etwas Besseres als Beteiligung? Kritische Partizipation und Partizipationskritik in der Stadtentwicklungspolitik*, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216888/partizipationskritik-in-der-stadtentwicklungspolitik-vom-22.05.2024>.
- Ritzi, Claudia/Wagner, Aiko (2018): »Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter ›critical citizens‹ im Vergleich«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59, S. 549–576.
- Rohr, Jascha (2018): *Verfahren in der Partizipation*, <https://www.partizipativ-gestalten.de/informative-deliberative-und-kollaborative-verfahren/> vom 22.05.2024.
- Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin: Orlanda-Frauenverlag.
- Rosol, Marit/Dzudzek, Iris (2014): »Partizipative Planung«, in: Bernd Belina/Matthias Naumann/Anke Strüver (Hg.), *Handbuch kritische Stadtgeographie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 212–217.
- Ross, Murray G./Lappin, Ben W. (1971): *Gemeinwesenarbeit. Theorie, Prinzipien, Praxis*, Freiburg i.Br.: Lambertus.
- Roßteutscher, Siegrid (2009): »Soziale Partizipation und Soziales Kapital«, in: Kai-na/Römmele, *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, S. 163–180.
- Roth, Roland (2017): »Bürgerpartizipation – Stärkung oder Aushöhlung kommunaler Demokratie?«, in: Bauer/Büchner/Hajasch, *Partizipation in der Bürgerkommune*, S. 57–80.
- Roth, Roland/Stange, Waldemar (2022): »Kommunale Kinder- und Jugendparlamente – ein unterschätzter Ort politischer Bildung und Beteiligung«, in: *Deutsche Jugend* 70, S. 199–208.
- Rund, Mario (2022): »Partizipation«, in: Mario Rund/Friedhelm Peters (Hg.), *Schlüsselbegriffe der Sozialplanung und ihre Kritik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 139–156.
- Säck-da Silva, Sabine (2009): *MitWirkung Zukunft gestalten. Prozessmanagement in der räumlichen Planung*, <https://kobra.uni-kassel.de/bitstream/handle/123456789/2009031026620/DissertationSaeckDaSilva.pdf;jsessionid=D83D2D754FC1CD2C8B5536000559B04F?sequence=3> vom 22.05.2024.
- Said, Edward W. (2003): *Orientalism*, New York: Vintage Books.
- Sauer, Birgit (1994): »Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung«, in: Elke Biester/Barbara Holland-Cunz/Birgit Sauer (Hg.), *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Pra-*

- xis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion, Frankfurt, New York: Campus, S. 99–130.
- Sauer, Birgit (1997): Geschlecht, Emotion und Politik, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-263930> vom 22.05.2024.
- Schaal, Gary S./Ritzi, Claudia (2009): Empirische Deliberationsforschung (= MPIfG Working Paper 09/9), https://pure.mpg.de/rest/items/item_1232511_3/component/file_1232509/content vom 22.05.2024.
- Schaarschuch, Andreas (1998): Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. Perspektiven eines sozialpädagogischen Handlungsmodus, https://www.erziehungswissenschaft.uni-wuppertal.de/fileadmin/erziehungswissenschaft/fach_sozialpaedagogik/Schaarschuch_Soz_Dienstleistung_Habilschrift.pdf vom 22.05.2024.
- Schäfer, Gerd E. (2019): Bildung durch Beteiligung. Zur Praxis und Theorie frühkindlicher Bildung, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schäfer, Hilmar (2016a): »Praxis als Wiederholung. Das Denken der Iterabilität und seine Konsequenzen für die Methodologie praxeologischer Forschung«, in: Hilmar Schäfer (Hg.), Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm, Bielefeld: transcript, S. 137–159.
- Schäfer, Hilmar (2016b): Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm (= Sozialtheorie), Bielefeld: transcript.
- Schatz, Edward (Hg.) (2009): Political ethnography. What immersion contributes to the study of power, Chicago: The University of Chicago Press.
- Schatzki, Theodore R. (2016): »Praxistheorie als flache Ontologie«, in: Schäfer, Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm, S. 29–44.
- Scheffer, Thomas (2014): »Das Bohren der Bretter. Zur trans-sequentiellen Analyse des Politikbetriebs«, in: Jens Adam/Asta Vonderau (Hg.), Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder, Bielefeld: transcript, S. 333–361.
- Schelle, Regine/Blatter, Kristine/Michl, Stefan (2019): »Erforschung pädagogischer Qualität aus Sicht der Kinder. Chancen und Herausforderung«, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 14, S. 359–362.
- Scheller, David (2020): Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City (= Urban Studies), Bielefeld: transcript.
- Scherr, Albert/Sturzenhecker, Benedikt (2014): »Jugendarbeit verkehrt – Thesen gegen die Abwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre Fachkräfte«, in: Deutsche Jugend 62, S. 369–376.
- Scheu, Bringfriede (2013): »Partizipation und Soziale Arbeit. Gestaltung des Sozialen als Denkprinzip«, in: Sozial Extra 37, S. 20–23.
- Schimpf, Elke/Steher, Johannes (Hg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schmidt, Marcel (2020): »Zur Entstehung und Bedeutung des ›Recht auf Stadt‹ im Werk Lefebvres«, in: sozialraum.de 12, <https://www.sozialraum.de/zur-entstehung-und-bedeutung-des-recht-auf-stadt-im-werk-lefebvres.php> vom 22.05.2024.
- Schmidt, Marcel/Pigorsch, Stephanie (2022): »Editorial. Soziale Arbeit als Makropraxis«, in: Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete 71, S. 282–286.
- Schmidt, Nicole D. (2013): Partizipation ohne Barrieren? Behinderte Menschen auf dem Weg – vom Objekt des Engagements zum Subjekt der Beteiligung, https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nwbb_beitrag_schmidt_130319.pdf vom 22.05.2024.
- Schmidt, Robert (2012): Soziologie der Praktiken. Konzeptionelle Studien und empirische Analysen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schneider, Werner/Hirsland, Andreas (2005): »Macht – Wissen – Gesellschaftliche Praxis. Dispositivanalyse und Wissenssoziologie«, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider et al. (Hg.), Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung, Konstanz: UVK, S. 251–275.
- Schnurr, Stefan (2018): »Partizipation«, in: Graßhoff/Renker/Schröer, Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung, S. 631–648.
- Schnurr, Stefan (2022): »Zu Bedeutung von Partizipation für die Kinder- und Jugendhilfe«, in: Ivo Züchner/Katrin Peyerl (Hg.), Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 14–25.
- Scholten, Lisa/Jepkens, Katja (2022): »Formalisiertes und informelles Engagement. Chancen und Herausforderungen der Teilhabe spezifischer Engagementformen«, in: Gille/Jepkens, Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement, S. 104–122.
- Scholten, Lisa/van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (2020): »Räume der Integration? Orte aus der Perspektive Jugendlicher und junger Erwachsener mit Fluchtgeschichte«, in: van Rießen/Jepkens, Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven, S. 221–238.
- Schöne, Helmar (2005): »Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexion und Werkstattbericht«, in: Historical Social Research 30, S. 168–199.
- Schöne, Helmar (2010): Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie (= Studien zum Parlamentarismus, Band 15), Baden-Baden: Nomos.
- Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung, Weinheim: Beltz.

- Schröer, Wolfgang (2012): »Partizipation«, in: Klaus-Peter Horn/Heidemarie Kemnitz/Winfried Marotzki/Uwe Sandfuchs (Hg.), *Klinkhardt-Lexikon Erziehungswissenschaft*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 493–494.
- Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): *Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*, Tübingen: Verlag Burkhard Fehrle.
- Schulz-Nieswandt, Frank (2019): *Person – Selbsthilfe – Genossenschaft – Sozialversicherung – Neo-Korporatismus – Staat. Transformationen des frei-gemeinwirtschaftlichen Mutualismus zwischen Lebenswelt und System*, Baden-Baden: Nomos.
- Schwanenflügel, Larissa von/Schwerthelm, Moritz (2021): »Partizipation – ein Handlungskonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit«, in: Deinet/Sturzenhecker/von Schwanenflügel/Schwerthelm, *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*, S. 987–1000.
- Schwerthelm, Moritz/Kohlschmidt, Jonas (2022): »Demokratische Partizipation in postmigrantischen Gesellschaften – Überlegungen für die Soziale Arbeit«, in: *Migration und Soziale Arbeit* 44, S. 11–18.
- Schwerthelm, Moritz/Sturzenhecker, Benedikt (2021): »In der Offenen Jugendarbeit geht noch was. Demokratische Selbstorganisation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen«, in: *Sozial Extra* 45, S. 339–343.
- Seckinger, Mike/Pluto, Liane/Peucker, Christian/van Santen, Eric/Gadow, Tina (2016): *Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme (= Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfeforschung)*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Selle, Klaus (2000): »Zur sozialen Selektivität planungsbezogener Kommunikation. Angebote, Probleme und Folgerungen«, in: Annette Harth/Gitta Scheller/Wulf Tessin (Hg.), *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen: Leske + Budrich, S. 293–309.
- Selle, Klaus (2006): »Bürgerschaftliche Teilhabe in Quartier und Stadt. Anspruch und Wirklichkeiten. Oder: Es ist nicht alle Tage Sonntag«, in: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung – Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung*, S. 234–241.
- Selle, Klaus (2013): »Mitwirkung mit Wirkung? Anmerkungen zum Stand der Forschung über planungsbezogene Kommunikation und das, was von ihr bleibt«, in: *pnd|online*, <https://doi.org/10.18154/RWTH-CONV-082016>, S. 1–19.
- Selle, Klaus (2015): »NIMBY, NIMFYE, LULU und andere... Vom Umgang mit Eigensinn, oder: Gemeinwohl als Verfahren«, in: *pnd|online*, <https://doi.org/10.18154/RWTH-2015-04883>, S. 1–6.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hg.) (2012): *Handbuch zur Partizipation*, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:109-opus-210521> vom 22.05.2024.

- Siebel, Walter (2010): »Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft«, in: Becker/Gualini/Runkel/Graf Strachwitz, Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, S. 25–38.
- Simonson, Julia/Hameister, Nicole (2017): »Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement«, in: Simonson/Vogel/Tesch-Römer, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, S. 439–464.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019, Wiesbaden: Springer VS.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2022): »Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement«, in: Simonson/Kelle/Kausmann/Tesch-Römer, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019, S. 67–94.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia (2017): »Politische Partizipation. Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter«, in: Simonson/Vogel/Tesch-Römer, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, S. 199–216.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden: Springer VS.
- Sinnig, Heidi (2013): »Partizipation in der sozialen Stadtteilentwicklung. Daueraufgabe für öffentliche Hand und Wohnungswirtschaft«, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung – Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, S. 13–18.
- Sinning, Heidi (2018): »Beteiligung«, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 207–219.
- Smith, Dorothy E. (1998): Der aktive Text. Eine Soziologie für Frauen, Hamburg: Argument Verlag.
- Sommer, Jörg (Hg.) (2015): Kursbuch Bürgerbeteiligung #1, Berlin: Republik Verlag.
- Sommer, Jörg (2021): Kursbuch Bürgerbeteiligung #4, Berlin: Republik Verlag.
- Specht, Harry (1973): »Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit«, in: Carl W. Müller/Peter Nimmermann (Hg.), Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente, München: Juventa, S. 208–227.
- Spivak, Gayatri C. (1994): »Can the Subaltern Speak?«, in: Patrick Williams/Laura Chrisman (Hg.), Colonial discourse and post-colonial theory. A reader, New York: Columbia University Press, S. 66–111.
- Spivak, Gayatri C. (Hg.) (2020a): Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien, Berlin: Verlag Turia + Kant.
- Spivak, Gayatri C. (2020b): »Ein Gespräch über Subalternität«, in: Spivak, Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, S. 119–148.

- Spradley, James P. (1980): Participant observation, Belmont: Wadsworth Cengage Learning.
- SteHR, Johannes (2013): »Vom Eigensinn des Alltags«, in: Bareis/Kolbe/Ott/Rathgeb/Schütte-Bäumner, Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Festschrift zum 65. Geburtstag von Helga Cremer-Schäfer, S. 347–362.
- SteHR, Johannes (2021): »Konfliktorientierung in der Forschung zur sozialen Ausschließung«, in: Anhorn/SteHR, Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit, S. 191–214.
- Steinert, Heinz (2003): »Review Essay. Die kurze Geschichte und offene Zukunft eines Begriffs: Soziale Ausschließung«, in: Berliner Journal für Soziologie 13, S. 275–285.
- Stiftung Mitarbeit (2013): »Leitlinien guter Beteiligung«, in: mitarbeiten – Informationen der Stiftung Mitarbeit, S. 1–2, https://www.mitarbeit.de/fileadmin/inhalte/06_service/sm_mitarbeiten_13_02.pdf vom 22.05.2024.
- Stoik, Christoph (2018): »Auf einer Spurensuche nach einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit in Wien«, in: soziales_kapital 19, S. 76–85.
- Stough, Laura M./Lee, Sungyoon (2021): »Grounded Theory Approaches Used in Educational Research Journals«, in: International Journal of Qualitative Methods 20.
- Stövesand, Sabine (2019): »Gemeinwesenarbeit als sozialraumbezogenes Handlungsfeld«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger (Hg.), Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich, Wiesbaden: Springer VS, S. 557–579.
- Stövesand, Sabine (2021): »Gemeinwesenarbeit«, in: Ralph-Christian Amthor/Brigitta Goldberg/Peter Hansbauer/Benjamin Landes/Theresia Wintergerst (Hg.), Kreft/Mielenz Wörterbuch Soziale Arbeit, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 345–347.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph (2013): »Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung«, in: Sabine Stövesand/Christoph Stoik/Ueli Troxler (Hg.), Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden, S. 14–36.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (Hg.) (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden ; Deutschland – Schweiz – Österreich (= Buchreihe Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 4), Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Straßburger, Gaby/Rieger, Judith (2019a): »Bedeutung und Formen der Partizipation – Das Modell der Partizipationspyramide«, in: Gaby Straßburger/Judith Rieger (Hg.), Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, S. 12–41.

- Straßburger, Gaby/Rieger, Judith (2019b): »Partizipation kompakt. Komplexe Zusammenhänge auf den Punkt gebracht«, in: Gaby Straßburger/Judith Rieger (Hg.), Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, S. 230–240.
- Straßburger, Gaby/Wurtzbacher, Jens (2009): Mehr Demokratie. Sicherstellung der bürgerschaftlichen Beteiligung im Wohnquartier. Abschlussbericht des gleichnamigen Forschungsprojektes mit einer Analyse des Quartiersbeirates Reuterkiez und Hinweisen zur Weiterentwicklung, <https://digital.zlb.de/viewer/meta/data/33346989/1/> vom 22.05.2024.
- Strauss, Anselm L. (1978): »A social world perspective«, in: *Studies in Symbolic Interaction* 1, S. 119–128.
- Strauss, Anselm L. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung, München: Fink.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet (1995): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung, Weinheim: Beltz.
- Strauss, Anselm L./Legewie, Heiner/Schervier-Legewie, Barbara (2011): »Forschung ist harte Arbeit, es ist immer ein Stück Leiden damit verbunden. Deshalb muss es auf der anderen Seite Spaß machen.«, in: Mey/Mruck, Grounded theory reader, S. 69–78.
- Streich, Bernd (2005): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas (2018): »Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 47, S. 83–100.
- Sturzenhecker, Benedikt (2013): »Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie und Postdemokratie«, in: *Widersprüche – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 33, S. 43–58.
- Sturzenhecker, Benedikt/Noack, Wolfgang/Freitag, Michael (2018): »Jugendarbeit muss die Sozialräume zur Kenntnis nehmen«. Ein Gespräch mit dem Hamburger Professor für Sozialpädagogik Benedikt Sturzenhecker über die Räume der Kinder und Jugendlichen, über Konflikte im Sozialraum, über Aushandlungsprozesse und die Unmöglichkeit, dies alles zu ignorieren«, in: *Das Baugerüst* 70, S. 36–39.
- Sturzenhecker, Benedikt/Schwerthelm, Moritz (2016): Methodische Anregungen und Praxisbeispiele für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Sünker, Heinz (2001): »Soziale Arbeit und Gesellschaftspolitik. Politisches Mandat als konstitutives Moment moderner Sozialarbeit«, in: Merten, Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema, S. 71–86.

- Sünker, Heinz (2005): »Gelingendes Aufwachsen von Kindern. Gesellschaftlich-pädagogische Bedingungen und Perspektiven«, in: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit 59, S. 9–20.
- Sünker, Heinz (2006): »Soziale Arbeit, Sozialpolitik und Gerechtigkeit«, in: Christopher Frey (Hg.), *Gerechtigkeit – Illusion oder Herausforderung. Felder und Aufgaben für die interdisziplinäre Diskussion*, Münster: Lit, S. 141–159.
- Supik, Linda (2014): *Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Surowiecki, James (2005): *Die Weisheit der Vielen. Warum Gruppen klüger sind als Einzelne und wie wir das kollektive Wissen für unser wirtschaftliches, soziales und politisches Handeln nutzen können*, München: Bertelsmann Stiftung.
- Swyngedouw, Erik/Moulaert, Frank/Rodriguez, Arantxa (2002): »Neoliberal Urbanization in Europe. Large-Scale Urban Development Projects and the New Urban Policy«, in: *Antipode* 34, S. 542–577.
- Templin, David (2015): *Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre*, Göttingen: Wallstein Verlag.
- Teorell, Jan/Torcal, Mariano/Montero, José R. (2007): »Political Participation. Mapping the Terrain«, in: Jan W. van Deth/José R. Montero/Anders Westholm (Hg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, London: Routledge, S. 334–357.
- Tertilt, Hermann (1996): *Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Tervooren, Anja/Engel, Nicolas/Göhlich, Michael/Miethe, Ingrid/Reh, Sabine (Hg.) (2014): *Ethnographie und Differenz in pädagogischen Feldern. Internationale Entwicklungen erziehungswissenschaftlicher Forschung*, Bielefeld: transcript.
- Thiersch, Hans (2014): *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Thole, Werner/Heinzel, Friederike/Cloos, Peter/Köngeter, Stefan (2010): »Auf unsicherem Terrain«. *Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens*, in: Heinzel/Thole/Cloos/Köngeter, »Auf unsicherem Terrain«. *Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens*, S. 11–13.
- Thole, Werner/Simon, Stephanie/Prigge, Jessica (2022): »Kinder – von ›Objekten‹ zu Akteur:innen von Forschung. Positionierungen von Kindern in der kritisch-reflexiven Kindheitsforschung«, in: Isabelle Naumann/Julian Storck-Odabaşı (Hg.), *Teilhabe und Ausschluss von Kindern in der Gesellschaft. Perspektiven der Kindheitsforschung, Grundschulpädagogik und Lehrer:innenbildung*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 53–65.
- Thomas, Stefan (2019): *Ethnografie. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Thomas, Stefan (2021): »Partizipative Forschung mit Kindern und Jugendlichen. Ein methodischer Überblick«, in: Thomas/Rothmaler/Hildebrandt/Budde/Pigorsch, *Partizipation in der Bildungsforschung*, S. 16–66.

- Thomas, Stefan/Rothmaler, Joseph/Hildebrandt, Frauke/Budde, Rebecca/Pigorsch, Stephanie (Hg.) (2021): *Partizipation in der Bildungsforschung*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Thomas, Stefan/Scheller, David/Schröder, Susan (2021): »Co-creation in citizen social science. The research forum as a methodological foundation for communication and participation«, in: *Humanities and Social Sciences Communications* 8, S. 1–11.
- Tietje, Olaf (2015): »Im Treibhaus wächst der Eigensinn. Methode(n), Migration und Widerstand«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 3, S. 135–144.
- Tissot, Oliver (2009): Gewinnbringendes Lachen? Humor als Humanfaktor zur Erreichung von Unternehmenszielen, <https://open.fau.de/server/api/core/bitstreams/2d18bb9d-8010-41c6-b67e-e59c70facd4c/content> vom 22.05.2024.
- Tomczak, André/Lutz, Manuel/Zschoge, Holger (2018): »Make Potsdam great again«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6, S. 231–244.
- Uray-Preininger, Katrin (2019): »Beteiligung von Anfang an – wie frühe politische Bildung die Demokratie der Zukunft sichern kann«, in: *Unsere Kinder* 9, S. 14–18.
- Urban, Ulrike (2005): »Partizipation, Fachlichkeit und Entscheidungsmacht in der Sozialen Arbeit«, in: *Zeitschrift für Sozialpädagogik* 3, S. 173–184.
- van Deth, Jan W. (2001): »Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?«, in: Achim Koch/Martina Wasmer/Peter Schmidt (Hg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 195–219.
- van Deth, Jan W. (2003): »Vergleichende politische Partizipationsforschung«, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167–188.
- van Deth, Jan W. (2009): »Politische Partizipation«, in: Kaina/Römmle, *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, S. 141–161.
- van Deth, Jan W. (2021): What Is Political Participation?, *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.68>.
- van Dülmen, Richard/Rauschenbach, Sina (Hg.) (2004): *Macht des Wissens. Die Entstehung der modernen Wissensgesellschaft*, Köln: Böhlau.
- van Rießen, Anne/Jepkens, Katja (Hg.) (2020): *Nutzen, Nicht-Nutzen und Nutzung Sozialer Arbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Erkenntnisse subjektorientierter Forschungsperspektiven*, Wiesbaden: Springer VS.
- van Rießen, Anne/Scholten, Lisa/Funk, Christian (2020): »Soziale Arbeit in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 69, S. 404–411.

- Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1972): *Participation in America. Political Democracy and social Equality*, New York: Harper & Row.
- Vetter, Angelika (2011): »Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61, S. 25–32.
- Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe (2017): *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Victor-Gollancz-Stiftung (Hg.) (1975): *Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit*, Frankfurt a.M.
- Voigtländer, Leiv E. (2015): *Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen (= Gesellschaft der Unterschiede, Band 26)*, Bielefeld: transcript.
- Voigts, Gunda (2021): »Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit. Leitendes Handlungsprinzip und beständige Herausforderung«, in: *Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 70, S. 368–376.
- Völter, Bettina (2008): »Verstehende Soziale Arbeit. Zum Nutzen qualitativer Methoden für professionelle Praxis, Reflexion und Forschung«, in: *FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 9, Art. 56.
- Voss, Kathrin (2014): »Internet & Partizipation – Einleitung«, in: Kathrin Voss (Hg.), *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden: Springer VS, S. 9–23.
- Wagner, Thomas (2013): *Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns*, Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, Thomas (2017): »Dabei sein ist nicht Alles! Gründe der Nicht-Nutzung von Teilhabeverfahren in der Sozialen Arbeit aus demokratie- und ungleichheitstheoretischer Perspektive«, in: Barbara Schäubel/Leonie Wagner (Hg.), *Partizipative Hilfeplanung*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 230–244.
- Wagner, Thomas (2021): »Praxen von Bürgerschaft und soziale Ausschließung«, in: Anhorn/Stein, *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit*, S. 791–811.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen: Mohr.
- Wesselmann, Carla (2019): »Teilhabe und/oder Partizipation – eine Auseinandersetzung mit Schlüsselbegriffen einer demokratieorientierten Sozialen Arbeit«, in: Köttig/Röh, *Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie*, S. 93–102.
- West, Candace/Fenstermaker, Sarah (1995): »Doing Difference«, in: *Gender and Society* 9, S. 8–37.
- Whisker, Craig (2018): »Review. Adele E. Clarke, Carrie Friese & Rachel S. Washburn (2018). *Situational Analysis: Grounded Theory After the Interpretive Turn*«, in:

- FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 19, Art. 35.
- Whyte, William F. (1996): *Die Street corner society. Die Sozialstruktur eines Italienerviertels*, Berlin: de Gruyter.
- Widersprüche Redaktion (Hg.) (2015): *Das Kommune: Kämpfe um das Gemeinsame. Von Commons, Gemeingütern und sozialer Infrastruktur* (= Band 137), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Widersprüche Redaktion (2022): *Bewegungen und Aktivismen in, neben und gegen Soziale Arbeit* (= Band 165), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wilker, Nadja (2019): *Online-Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation. Rollen und Einstellungen kommunaler Mandatsträger in der digitalen Demokratie*, Wiesbaden: Springer VS.
- Wrana, Daniel (2006): *Das Subjekt schreiben. Reflexive Praktiken und Subjektivierung in der Weiterbildung – eine Diskursanalyse* (= Grundlagen der Berufs- und Erwachsenenbildung, Band 47), Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Wrana, Daniel (2012): »Diesseits von Diskursen und Praktiken. Methodologische Bemerkungen zu einem Verhältnis«, in: Friebertshäuser et al., *Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie*, S. 185–200.
- Wrana, Daniel (2014): »Praktiken des Differenzierens. Zu einem Instrumentarium der poststrukturalistischen Analyse von Praktiken der Differenzsetzung«, in: Tervooren/Engel/Göhlich/Miethe/Reh, *Ethnographie und Differenz in pädagogischen Feldern. Internationale Entwicklungen erziehungswissenschaftlicher Forschung*, S. 79–96.
- Wrana, Daniel/Langer, Antje (2007): »An den Rändern der Diskurse. Jenseits der Unterscheidung diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken«, in: FQS – Forum: Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research 8, Art. 20.
- Wright, Michael T./von Unger, Hella/Block, Martina (2010): »Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention«, in: Michael T. Wright (Hg.), *Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention*, Bern: Verlag Hans Huber, S. 35–52.
- Wurtzbacher, Jens (2022): »Partizipation«, in: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hg.), *Fachlexikon der Sozialen Arbeit*, Baden-Baden: Nomos, S. 635–636.
- Young, Iris M. (2001): »Activist Challenges to Deliberative Democracy«, in: *Political Theory* 29, S. 670–690.

